

Zur Begründung einer materialistischen Ökonomiekritik

von Robert Schlosser

**zusammengestellte Artikel und
Arbeitsmanuskripte aus den Jahren 1990–2013**

Inhaltsverzeichnis

ABSCHNITT 1:

GRUNDLEGENDE VERSTÄNDNISFRAGEN	3
Über den Unterschied zwischen gängiger linker Kritik und Kritik der Politischen Ökonomie	5
Über Ontologie und Kritik der Politischen Ökonomie	7
Ware, Wert und Tauschwert	10
Wert und Kapital	13
Zusammenhänge: Aktienkapital und Finanzkapital/Finanzmärkte	16
Kapitalkritik und Kapitalismuskritik	18
„Herrschaft des Kapitals schlechthin“ oder „Herrschaft des Finanzkapitals“	34
Das Industriekapital ein Opfer von Gier und Maßlosigkeit der Banken und des Handelskapitals?	44
„Comeback der Industrie“?	49

ABSCHNITT 2:

KRISENTHEORIE HEUTE	53
Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation stellt die Systemfrage	55
Alles Krise oder was? Was Kapital ist und was Krise des Kapitals (Thesen)	79

ABSCHNITT 3:

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER ÖKONOMIE- UND GESELLSCHAFTSKRITIK VERSCHIEDENER AUTOREN	105
Im Club der "toten Dinge"	107
Markt und Sozialismus – eine Begegnung der unheimlichen Art	129
Materialien zur Kritik der „monetären Werttheorie“	148
Selbstverwirklichung als Flop	204

Abschnitt 1: Grundlegende Verständnisfragen

Über den Unterschied zwischen gängiger linker Kritik und Kritik der Politischen Ökonomie

Gänge linke Kritik am Kapitalismus ist geläuterte Kritik, eine Kritik, die unter Vorbehalten formuliert wird. Diese Vorbehalte bestimmen die Grenzen der Kritik. Eine solche Kritik kann enthüllen, anklagen, für die Opfer des Kapitals Partei ergreifen, aber sie kann nur noch beschränkt verstehen und erklären und sie kann schon gar keine Perspektive zur Überwindung des Kapitalverhältnisses eröffnen. Linke Kritik erklärt die gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr aus einem ökonomischen Bewegungsgesetz sondern spricht von veränderlichen „Akkumulationsmodellen“, von möglichen „Paradigmenwechseln“ und damit von der Gestaltbarkeit des Kapitalismus. Das letzte Wort linker Kritik wird immer der Reformismus bleiben (Keynesianismus), manchmal auch ein utopischem Reformismus (sei es das BGE oder die solidarische, solare Ökonomie).

Was sind die Vorbehalte linker Kritik, die die Kritik der Politischen Ökonomie verstummen lassen? Diese Vorbehalte werden formuliert wie Glaubenssätze und ähneln denen der bürgerlichen Marktideologen. Sie beziehen sich zumeist auf die Erfahrungen des „realen Sozialismus“, auf die Erfahrungen der lange erfolgreichen kapitalistischen Entwicklung nachdem 2. Weltkrieg, verarbeiten den Verlust des „revolutionären Subjekts“ auf bestimmte Weise oder sie beziehen sich gar ganz platt auf individuelle Erfahrungen in „alternativen Lebensformen“, „reflektieren“ Erfahrungen aus Wohngemeinschaften. (Schon da habe es mit der Verteilung der Arbeit nicht geklappt.) Allen Vorbehalten ist gemein, dass eine moderne Gesellschaft ohne Markt und Geld einfach nicht vorstellbar und machbar sei. Diese Vorbehalte gelten ihren Vertretern als so selbstverständlich, dass sie sie nicht einmal gründlich begründen müssen. Es handelt sich um Vorbehalte, die ganz und gar dem bürgerlichen Mainstream entsprechen und gerade deshalb keiner weiteren Begründung bedürfen.

Drei Beispiele: In einer Polemik gegen die Grün-Alternative-Liste in Hamburg formulierte es der Ex-KBwler Wilfried Meier 1989 so:

„Je differenzierter sich eine Gesellschaft entwickelt hat, um so zerstörerischer müsste sich der Versuch einer freien Assoziation der Produzenten ohne Marktbeziehungen, ohne besondere Verwaltungs- und Staatsapparate auswirken...Gewaltsame Gedankenkonstrukte, ernsthaft umgesetzt in politisches Handeln und versehen mit politischer Macht, legen terroristische und totalitäre Konsequenzen nahe - und das hat nicht nur mit der Rückständigkeit Russlands zu tun.“ (KOMMUNE Nr.3/89 S.46)

In seinem Buch „Die Zukunft des Marktes formulierte es Elmar Altvater 1991 so:

„Der von Marx gegen die verdinglichte Vergesellschaftung der Marktwirtschaft angedeutete 'Verein freier Menschen' kommt, wenn es sich bei dem Verein um eine Massengesellschaft handelt, ohne die Entlastungen, die die verdinglichte 'Zurückspiegelung' der Gesellschaftlichkeit in den Waren und im Geld bietet, nicht aus.“ (Elmar Altvater „Die Zukunft des Marktes“, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 1991, S. 359)

Und in ihrem Plädoyer für eine „sozialistische Marktwirtschaft“ zogen Joachim Bischoff und Michael Menard von den SOST 1990 die Lehren aus dem „realen Sozialismus“ so:

„Sein Zusammenbruch zeigt, dass eine soziale Steuerung der Ökonomie ohne Marktwirtschaft nicht möglich ist.“ (Joachim Bischoff/Michael Menard „MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALISMUS“, VSA Verlag Hamburg 1990, S.37)

Damit ist klar, wie weit Kritik gehen darf, und wo sie aufhören muss. Oder?

Grundlegende Verständnisfragen

Es ist aber auch klar, dass derjenige, der Kritik unter solchen Vorbehalten formuliert, nicht mehr an die Wurzel des Übels und damit des sozialen Elends im Kapitalismus, gehen kann. Sind Privateigentum, Ware und Wert einmal als unabdingbar akzeptiert, muss auch die Kritik am Kapital „modifiziert“ werden. Es geht dann nur noch um die „radikale“ Kritik einer bestimmten Form des Kapitals, des „entfesselten Kapitalismus“, des „entbetteten“ Marktes usw.. Die theoretische Distanz zur „Kritik des Heuschreckenkapitalismus“ schwindet. Von einem allgemeinen Bewegungsgesetz, dass sich in einer bestimmten Veränderung der Gesellschaft ausdrückt, ist nirgends mehr die Rede.

Die Kritik der Politischen Ökonomie (um die sich Leute wie Altwater oder Bischoff früher Verdienste erworben haben) beanspruchte im Gegensatz dazu Radikalität, Vorbehaltlosigkeit und Wissenschaftlichkeit in einem anderen Sinne. Mit seiner Kapitalkritik wollte Marx das „ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft“ aufdecken. Das bedeutete, die Phänomene der kapitalistischen Gesellschaft samt ihrer Entwicklung und damit ihrer Veränderung, als notwendige Resultate des Verwertungszwangs des Kapitals zu erklären. Das der Wert der Waren durch gesellschaftliche Arbeit bestimmt ist, erschien Marx als eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht lange streiten könne. Es ging ihm darum, aufzuzeigen, wie der Wert sich durchsetzt, die widersprüchlichen und sich verändernden Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft als notwendiges Resultat des Prozesses der Verwertung von Wert zu beschreiben. Darin bestand sein Wissenschaftsanspruch. (Deshalb wollte er sein „Kapital“ ursprünglich Darwin widmen.) Er konnte sein Kritik nur deshalb so konsequent formulieren auf die Kritik am kapitalistischen Privateigentum zuspitzen, weil er keinerlei Vorbehalte der oben angesprochenen Art machte.

Linke Kritik erklärt die aktuelle gesellschaftlichen Entwicklung aus der Hegemonie neoliberaler Ideologie und Politik. Sie erklärt den Neoliberalismus und die durch ihn betriebene Gesellschaftsveränderung nicht aus den Verwertungszwängen des Kapitals (Fall der Profitrate). Die Zerstörung erkämpfter und zugestandener sozialer Reformen erscheint nicht als eine notwendige Entwicklung, die nach der Rekonstruktionsperiode des Kapitals (Periode nach dem 2. Weltkrieg bis Ende der 60iger Jahre) einsetzen musste. Sie wird vorgeführt als politischen und ökonomische Fehlentwicklung, der es durch realistische Politik gegenzusteuern gelte. Diese realistische Politik schließt eine „solare Revolution“ nicht aus.

Linke Kritik kann sehr nützlich sein, eine hervorragende Anklage des sozialen Elends liefern, mag Phänomene systematisch zu beschreiben, die sonst vielleicht unterbelichtet blieben, aber sie vermag keine Perspektive zur Überwindung des Kapitals zu eröffnen. Dominanz linker Kritik bedeutet letztlich die Preisgabe des Anspruchs auf soziale Emanzipation und beschränkt soziale Phantasie, die darauf ausgerichtet ist. Die Schere im eigenen Kopf beschneidet, was sonst andere beschneiden müssen. Da, wo linke Kritik antikommunistisch wird oder schon ist, wird sie zum Bremsklotz sozialer Bewegung. Soziale Bewegung, die sich primär auf linke Kritik stützt, hat keine Perspektive. Man muss sich entscheiden, durch welche Brille man schauen will und für welchen Horizont sich die Anstrengung des Kampfes lohnt.

Robert Schlosser, September 2006

Über Ontologie und Kritik der Politischen Ökonomie

Die Kritik der Politischen Ökonomie durchzieht wie ein roter Faden die Abarbeitung am Doppelcharakter aller Erscheinungen der kapitalistischen Ökonomie. Grundlegend dabei sind:

- der Doppelcharakter der Waren (Gebrauchswert, Tauschwert)
- der Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit (konkret nützliche Arbeit, abstrakte Arbeit)
- der Doppelcharakter von Produktionsmitteln (technisches Arbeitsmittel, Kapital)

In diesen grundlegenden, prozessierenden Widersprüchen, der auf dem Wert beruhenden Produktion, kommen zugleich wesentliche Momente der gesellschaftlichen Dynamik zum Ausdruck.

1. Bei den allgemeinen Kategorien Gebrauchswert, konkrete nützliche Arbeit, technisches Arbeitsmittel/Produktionsmittel handelt es sich bei Marx durchgängig um primär ontologische Kategorien, in denen Zusammenhänge gefasst werden sollen, die für alle bisherige menschliche Gesellschaft Gültigkeit beanspruchen. Der Kapitalismus muss auch als historisch-spezifische Produktionsweise elementare Grundbedingungen menschlicher Existenz erfüllen, und er wird auch erst dann verschwinden, erfolgreich abgeschafft werden können, wenn er sein Entwicklungspotential erschöpft hat und diese Grundbedingungen nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt erfüllen kann, also die Reproduktion der Masse der Menschen praktisch durch Krise der Verwertung in Frage gestellt ist. Der Kapitalismus ist erst dann in Frage gestellt, wenn die Verwertung von Wert nicht mehr funktioniert. Wenn die Verwertung von Wert nicht mehr funktioniert, verliert der Kapitalismus zugleich seine Fähigkeit grundlegende Erfordernisse der menschlichen Reproduktion zu erfüllen. Solange er diese Erfordernisse, wenn auch in den oft unerträglichen Formen der Lohnarbeit, erfüllen kann, wird es keine erfolgreiche soziale Revolution geben. Daraus folgt nicht, dass der Inhalt der sozialen Revolution durch Bezugnahme auf schon immer vorhandene menschliche Grundbedürfnisse und Fähigkeiten, sozusagen ontologisch, gewonnen werden könnte. Der Inhalt der sozialen Revolution kann nur gewonnen werden aus der Kritik der historisch-spezifischen Form der kapitalistischen Vergesellschaftung, durch die Entwicklung radikaler Bedürfnisse und neuer Fähigkeiten, die erst ermöglicht werden durch einen Entwicklungsstand der Produktivkräfte auf dem Niveau eines vollständig entwickelten Kapitalismus. Die Wiedergewinnung der elementaren Bedingungen für menschliche Existenz verlangt dann neue, kommunistische Produktions- und Verkehrsverhältnisse.
2. Schaut man sich einen einzelnen Gebrauchswert, eine einzelne konkrete Arbeit, ein einzelnes technisches Arbeitsmittel an, dann sind diese oft ganz einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation zugeordnet. Z. B.: Die römische Sklavenhaltergesellschaft konnte kein Auto produzieren, die konkrete Arbeit etwa eines Energie-Anlagen-Elektronikers kam nicht vor und computergesteuerte Werkzeugmaschinen ebenfalls nicht. All dies gehört eindeutig dem Kapitalismus an, ist also von historisch-spezifischer Qualität. Die Frage ist aber nun, macht das Kapital das Auto, den Computer etc. oder machen Auto, Computer etc. das Kapital. Dahinter steckt die Frage nach dem Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Traditionsmarxistische Antwort ist klar: Nicht der einzelne Gebrauchsgegenstand, die einzelne Arbeit oder das einzelne Produktionsinstrument bringen das Kapital hervor, wohl aber der in der Summe dieser Dinge zum Aus-

Grundlegende Verständnisfragen

druck kommende Entwicklungsstand der Produktivkraft menschlicher Arbeit. Hier wieder das gleiche, denken wir an einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, dann gehört dieser ganz einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation an. Benutzen wird den Begriff der Produktivkräfte allgemein, so haben wir es wieder mit einer ontologischen Kategorie zu tun, der für die ganze menschliche Geschichte Gültigkeit beansprucht.

3. Wenn man den Begriff der „konkreten Arbeit“ allgemein benutzt, nicht mit Bezug auf eine spezielle, einzelne Arbeit, sondern mit Bezug auf die Summe aller konkreten Arbeiten, dann ist er deckungsgleich mit dem Begriff der abstrakten Arbeit oder menschlichen Arbeit schlechthin. Folgen wir Postone, dann gibt es nur ein entweder oder: entweder diese Kategorie ist gesellschaftlich bestimmt oder physiologisch und damit natürlich ontologisch. Beides kann seiner Meinung nicht sein. Und weil Marx eben eine Kritik des Kapitals, der „Moderne“ (???) geschrieben habe, würden alle ontologischen Bezüge der Mystifikation des Kapitals Vorschub leisten, indem es als ewiges Naturverhältnis erscheinen müsse. Meiner Meinung nach kann aber das historisch-spezifische des Kapitals überhaupt nicht als solches sozusagen monologisch entwickelt werden. Das historisch-spezifische des Kapitals kann überhaupt nur im Dialog mit der Ontologie des gesellschaftlichen Seins der Menschen begriffen werden. Es bedarf der Abgrenzung, der ständigen Spannung zwischen diesen beiden Polen mit denen wir es in jeder Gesellschaftsformation, auch der des Kapitalismus, zu tun haben. Die Kritik der Politischen Ökonomie ist geprägt von dieser Spannung., die Postone mit seiner Neuinterpretation gern aus der Kritik der Politischen Ökonomie verbannen möchte, in dem er die „Basiskategorien“ „rein entwickeln“ will. Die Kritik der Politischen Ökonomie konnte aber überhaupt erst Gestalt annehmen, nach dem sich Marx und Engels über ihre historisch-materialistischen Grundanschauungen verständigt hatten. Der darin gewonnene „Begriffsapparat“ blieb in der Kritik der Politischen Ökonomie erhalten und wurde weiterentwickelt.
4. Der Kategorie der „abstrakten Arbeit“ kommt bei diesem Spannungsverhältnis von Ontologie und historisch-spezifischer Gesellschaftsformation eine Schlüsselrolle zu. Sie drückt zugleich eine uralte Beziehung aus und wird doch erst praktisch wahr in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. (vergl. Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie in den Grundrissen.) Postone sagt, entweder oder, entweder physiologische Kategorie oder gesellschaftliche. Beides geht nicht. Wieso eigentlich nicht? Ich flüchte erst einmal in ein Beispiel:

Keine Frage, dass die Begriffe Mann und Frau, sowohl eine (uralte) biologische, wie auch eine historisch-spezifische gesellschaftliche Bedeutung haben. Die Beziehungen zwischen Mann und Frau sind sowohl gesellschaftlich (Patriarchat) als auch natürlich bestimmt. Die natürlichen Unterschiede von Mann und Frau erklären nicht das soziale Verhältnis des Patriarchats, aber sie erlangen im Patriarchat gesellschaftliche Bedeutung. Die Gebärfähigkeit der Frau z.B. erklärt nicht die gesellschaftlichen Einschränkungen, denen Frauen unterworfen sind, aber diese Einschränkungen werden u.a. mit Bezugnahme auf diese Gebärfähigkeit gerechtfertigt. Die produktiven Fähigkeiten des Menschen, sein lebendiges Arbeitsvermögen wie dessen Betätigung gehören zu seinen natürlichen Begabungen, sind physiologisch bestimmt. Die Anwendung, Nutzung dieses Arbeitsvermögens geschieht unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, hängen also von konkreten gesellschaftlichen Beziehung ab, die die Individuen bei der Reproduktion ihres Lebens eingehen. Dass menschliche Arbeit Werte schafft und Wertform (bis hin zum Geld)

annimmt, liegt nicht an der Arbeit selbst, sondern an den Produktionsverhältnisse unter denen sie verausgabt wird. In der Wertform nimmt eine „Naturkraft“ gesellschaftliche Form an. Dies widerfährt übrigens nicht nur der Betätigung des menschlichen Arbeitsvermögens, sondern auch der Produktivkraft „Boden“, wenn seine unterschiedliche Fruchtbarkeit sich in Differenzialrente niederschlägt. (vergl. Kapital Bd. III) Und eigentlich geschieht es mit jedem Stückchen bearbeiteter Natur, das Ware wird. Eigentlich müsste Postone auch hier ausrufen: eins geht nur, entweder nützlicher Gebrauchsgegenstand oder Wert, beides geht nicht. Hier rettet er sich dadurch, dass er den Gebrauchswert auch in seiner allgemeinen Bedeutung als historisch-spezifische gesellschaftliche und nicht als ontologische Kategorie interpretiert. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass die Natur Objekt der „Inwertsetzung“ ist und das Natur nicht aufhört Natur zu sein, nur weil sie in Wert gesetzt ist. Mit dem Widerspruch haben wir es in Ökonomie und Ökologie zu tun und die Kritik der Politischen Ökonomie muss diesem Spannungsverhältnis Rechnung tragen, will sie nicht in blutleeren Abstraktionen erstarren.

Abschließend:

Abstrakte Arbeit ist nicht spezifische gesellschaftliche Form der Arbeit im Kapitalismus, sondern zunächst bestimmt als formlose Substanz des Wertes. Der Begriff der abstrakten Arbeit hat gerade das absehen von jeder spezifischen Form der Arbeit zum Inhalt. Abstrakte Arbeit als Form ist ein Widerspruch in sich. Sie nimmt Gestalt an gerade nicht als Form von Arbeit, sondern als Form von Wert, Wertform, letztlich Geld. Die abstrakte Arbeit nimmt die Wertform nicht in der Produktion an sondern im Austausch. Schon die elementare Wertform setzt mindestens das Verhältnis einer Ware zu einer andern voraus, ein Verhältnis, dass so nur im Austausch und nicht in der Produktion zustande kommen kann. Wertform ist nur ein anderer Ausdruck für Tauschwert, dessen verselbständigter Ausdruck das Geld ist. Geld ist spezifische Form der abstrakten Arbeit. Das die abstrakte Arbeit nicht unvermittelt erscheint, also solche formlos ist, sondern uns nur in der verdinglichten Form des Geldes begegnet, das ist eine wesentliche Besonderheit und zugleich ein schwer zu durchschauendes Rätsel des Wertverhältnisses. Der Versuch einer Rekonstruktion der Werttheorie (noch nicht Kapitaltheorie! wozu später mehr), die diesen besonderen Zusammenhang zwischen abstrakter Arbeit und Geld, zwischen Wertform und Austausch nicht herausstreicht, gilt für mich als von vornherein gescheitert.

Ware, Wert und Tauschwert

Die marxische Arbeitswerttheorie ist bis heute umstritten, nicht nur zwischen bürgerlichen Ökonomen und linken Kritikern dieser Ökonomie, sondern auch unter den linken Kritikern. (Linkskeynesianer, linke Ricardianer bis hin zu „Wertformkritikern“ kritisieren die Existenz einer „Werts substanz“, das Wirken eines Wertgesetzes, dass die Preise reguliert.)

Ich mache mir im Folgenden meine eigenen Gedanken dazu, Gedanken, die auf der Basis der marxischen Theorie entwickelt sind, aber ihrer eigenen Logik folgen.

Marx über Wert und Tauschwert

Ausgangspunkt der marxischen Analyse ist nicht die Arbeit, sondern die Ware. Er beschreibt sie zunächst in ihrer Widersprüchlichkeit von Gebrauchswert und Tauschwert und als Produkt menschlicher Arbeit. Den Tauschwert der Waren kennzeichnet er zunächst wie folgt:

„Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen, ein Verhältnis, das beständig mit Zeit und Ort wechselt. Der Tauschwert scheint daher etwas Zufälliges und rein Relatives, ein der Ware innerlicher, immanenter Tauschwert (valeur intrinseque) also eine contradictio in adjecto.“ MEW Bd. 23 S. 50, 51

Dann betrachtet Marx die Sache näher und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Eine gewisse Ware, ein Quarter Weizen z. B. tauscht, sich mit x Stiefelwichse oder mit y Seide oder mit z Gold usw., kurz mit andern Waren in den verschiedensten Proportionen. Mannigfache Tauschwerte also hat der Weizen statt eines einzigen. Aber da x Stiefelwichse, ebenso y Seide, ebenso z Gold usw. der Tauschwert von einem Quarter Weizen ist, müssen x Stiefelwichse, y Seide, z Gold usw. durch einander ersetzbar oder einander gleich große Tauschwerte sein. Es folgt daher erstens: Die gültigen Tauschwerte derselben Ware drücken ein Gleiches aus. Zweitens aber: Der Tauschwert kann überhaupt nur die Ausdrucksweise, die „Erscheinungsform“ eines von ihm unterscheidbaren Gehalts sein.“ (ebenda S. 51)

Was also ist der von seiner Erscheinungsform unterscheidbare Gehalt von Tauschwert, also „zunächst“ (!!!) dem quantitativen Verhältnis, „worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen“?

Marx fährt fort:

„Dies Gemeinsame kann nicht eine geometrische, physikalische, chemische oder sonstige natürliche Eigenschaft der Waren sein. Ihre körperlichen Eigenschaften kommen überhaupt nur in Betracht, soweit selbe sie nutzbar machen, also zu Gebrauchswerten.“ (ebenda S. 51)

„Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten.“ (ebenda S. 52)

und kommt zu dem Ergebnis:

*„Betrachten wir nun das Residuum der Arbeitsprodukte. Es ist nichts von ihnen übriggeblieben als dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedloser menschlicher Arbeit, d.h. der **Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung**. Diese Dinge stellen nur noch dar, dass in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabte, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie Werte – Warenwerte.“* (ebenda S. 52)

Ich finde, dass diese Unterscheidung von Tauschwert und Wert ebenso klar wie einsichtig ist. Was unserem Vorstellungsvermögen solche Schwierigkeiten bereitet, ist die „gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedslos menschlicher Arbeit“ zu sein.

Nachdem er die den Waren immanenten Werte als Kristalle einer „gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz“ (unterschiedslos menschliche Arbeit) identifiziert hat, geht er den nächsten Schritt:

„Es könnte scheinen, dass, wenn der Wert einer Ware durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler oder ungeschickter ein Mann, desto wertvoller seine Ware, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht. Die Arbeit jedoch, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit braucht. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen. Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z.B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der Tat nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines frühern Werts....Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt. Die einzelne Ware gilt hier überhaupt als Durchschnittsexemplar ihrer Art.“ (Ebenda S. 53, 54)

Damit hat er nach der Werts substanz bestimmt, was die Wertgröße ausmacht. Bleibt noch die Entwicklung der Wertform, die dem „gesunden Menschenverstand“ ebenfalls viel Kopfzerbrechen bereitet. Die Überschrift des Abschnittes über die Wertform heißt: „Die Wertform oder der Tauschwert“.

Der Tauschwert der Waren wird jetzt also nicht mehr betrachtet als quantitatives Austauschverhältnis, in der er zunächst erscheint, sondern als bloße Form des Wertes. Marx entwickelt darin Schritt für Schritt die Wertform von der einfachen Wertform bis hin zur Geldform.

„Wir gingen in der Tat vom Tauschwert oder Austauschverhältnis der Waren aus, um ihrem darin versteckten Wert auf die Spur zu kommen. Wir müssen jetzt zu dieser Erscheinungsform des Wertes zurückkehren.“ ebenda S. 62

Im Gegensatz zu manch modernen Interpretationen sind für Marx Waren etwas „Doppeltes“, nämlich „Gebrauchsgegenstände und zugleich Wertträger“ und besitzen schon als Waren „Wertform“, nämlich in der einfachen Wertform.

*„Sie erscheinen daher nur als **Waren** oder besitzen nur die Form von Waren, sofern sie **Doppelform** besitzen, **Naturalform und Wertform.**“ (ebenda S. 62)*

Um Unterschied zu manch moderner Interpretation spricht Marx in diesem Zusammenhang ausdrücklich von der „Wertgegenständlichkeit der Waren“:

Grundlegende Verständnisfragen

*„Im graden Gegenteil zur sinnlich groben Gegenständlichkeit der Warenkörper geht kein Atom Naturstoff in **ihre Wertgegenständlichkeit** ein. Man mag daher eine einzelne Ware drehen und wenden, wie man will, sie bleibt unfaßbar als Wertding. Erinnern wir uns jedoch, daß die Waren nur **Wertgegenständlichkeit** besitzen, sofern sie Ausdrücke derselben gesellschaftlichen Einheit, menschlicher Arbeit, sind, daß **ihre Wertgegenständlichkeit** also rein gesellschaftlich ist, so versteht sich auch von selbst, daß sie nur im **gesellschaftlichen Verhältnis von Ware zu Ware** erscheinen kann.“ (Ebenda S. 62)*

Daraus, das die Wertgegenständlichkeit der einzelnen Ware nicht an ihr selbst erscheinen kann, machen nun manche Leute, dass die einzelnen Waren gar keine Wertgegenständlichkeit besäßen, keine Träger von Wert seien. Die sei erst vorhanden mit der höchsten Entwicklung der Wertform, dem Geld. Im Gegensatz zu Marx spielt die einfache Wertform, die sich ausdrückt im Verhältnis einer Ware zu einer anderen, darin keine große Rolle. Für Marx jedoch bestand gerade in der Analyse der einfachen Wertform, das zu lüftende Geheimnis:

*„Das Geheimnis aller Wertform steckt in dieser einfachen Wertform. Ihre Analyse bietet daher die **eigentliche Schwierigkeit**.“ (ebenda S. 63)*

Worin also besteht diese einfache Wertform:

„Es spielen hier zwei verschiedenartige Waren A und B, in unsrem Beispiel Leinwand und Rock, offenbar zwei verschiedene Rollen. Die Leinwand drückt ihren Wert aus im Rock, der Rock dient zum Material dieses Wertausdrucks. Die erste Ware spielt eine aktive, die zweite eine passive Rolle. Der Wert der ersten: Ware ist als relativer Wert dargestellt, oder sie befindet sich in relativer Wertform. Die zweite Ware funktioniert als Äquivalent oder befindet sich in Äquivalentform.“ (ebenda S. 63)

In der einfachen Wertform drückt also eine einzelne Ware (zufällig) den Wert einer anderen aus. Eine einzelne Ware ist in diesem Verhältnis „Wertform“. Es ist diese Äquivalentform, deren Entwicklung zu einem allgemeinen Äquivalent und schließlich zum Geld führt. Mit seiner Geldanalyse ist für Marx die Wertformanalyse dann abgeschlossen.

Der Wert einer Ware wird ausgedrückt im Preis und nach Marx ist der Preis der Geldname der in der Ware dargestellten Arbeit. Aus meiner heutigen Sicht ist das wörtlich zu nehmen! Es geht hier also nicht um die im gesellschaftlichen Durchschnitt benötigte Arbeit, sondern um die Summe der Arbeiten - unabhängig von der konkreten Form ihrer Verausgabung - die eine Ware produziert.

Die Kapitalisten rechnen nicht mit dem Wert, sondern mit dem verselbständigten Tauschwert, dem Geld. Sie interessieren Kosten und Gewinn. Der Wert der Waren drückt sich aus im Verhältnis zum Geld, nicht unmittelbar im Verhältnis zu anderen Waren. Wie noch zu zeigen sein wird, ist der verselbständigte Tauschwert die Form, in der der Wert sich verselbstündigt und die Produktion beherrscht.

Wert und Kapital

(über die "2 Charakterzüge der kapitalistischen Produktionsweise")

In Kapital Bd. III (Distributionsverhältnisse und Produktionsverhältnisse) nennt Marx „zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise auszeichnen“. (Kapital Bd. III, S. 886 ff, alle folgenden Zitate ebenda).

„Erstens: Sie produziert ihre Produkte als Waren. Waren zu produzieren, unterscheidet sie nicht von anderen Produktionsweisen; wohl aber dies, dass Ware zu sein, der beherrschende Charakter dieses Produktes ist.“

Aus diesem Vorherrschen der Warenproduktion ergibt sich „die Regelung der Gesamtproduktion durch den Wert.“

*„Nur als inneres Gesetz, den einzelnen Agenten gegenüber als **blindes Naturgesetz**, wirkt hier das Gesetz des Wertes und setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch.“*

„Das zweite, was die kapitalistische Produktionsweise auszeichnet, ist die Produktion des Mehrwerts als direkter Zweck und bestimmendes Motiv der Produktion. Das Kapital produziert wesentlich Kapital, und es tut dies nur, soweit es Mehrwert produziert.“ ...

„Die Autorität, die der Kapitalist als Personifikation des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozess annimmt, die gesellschaftliche Funktion, die er als Leiter und Beherrscher der Produktion bekleidet, ist wesentlich verschieden von der Autorität auf Basis der Produktion Sklaven, Leibeigenen usw.“

Marx selbst fasst diese beiden ebenso widersprüchlichen, wie sich ergänzenden Seiten der kapitalistischen Produktionsweise wie folgt zusammen:

„Während, auf Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt - welche Autorität ihren Trägern aber nur als Personifizierung der Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit, nicht wie in früheren Produktionsformen als politischen oder theokratischen Herrschern zukommt -, herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenüberstellen, die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht.“

Sofern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse einen Klassengegensatz, also Herrschaft von Menschen über Menschen konstituieren, so geschieht das in Gestalt des Kommandos über fremde Arbeitskraft in den kapitalistischen Unternehmen. Grundlage dafür ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, „die Trennung von Arbeit und Eigentum“.

Der Charakter des Arbeitsprodukts als Ware schafft keine Herrschaft von Menschen über Menschen, vielmehr formale Gleichheit von Warenproduzenten und -anbietern. Aus der Allge-

Grundlegende Verständnisfragen

meinheit der Warenproduktion folgen dagegen „ökonomische Sachzwänge“, deren Befolgung über die Konkurrenz den einzelnen Warenproduzenten und -anbietern aufgezwungen wird.

Die Allgemeinheit der Warenproduktion verlangt die **formale Gleichheit** der Warenproduzenten und Warenanbieter auf dem Markt, wie die Produktion von Mehrwert die **formale Ungleichheit** von Leitungspersonal und Arbeitenden in der Produktion verlangt (Hierarchie mit Weisungsbefugnis des Leitungspersonals). Diese in Form gegossene Ungleichheit realisiert im Kapitalismus zuallererst die Herrschaft von Menschen über Menschen. (Daran ändert auch ihr ökonomisch-versachlichter Inhalt nichts!)

Was die Überwindung der Warenproduktion und damit die Außerkraftsetzung des Wertgesetzes (Herrschaft von Angebot und Nachfrage, der „invisible hand“) anbetrifft, so ist und bleibt die entscheidende Voraussetzung dafür, dass das Privateigentum fällt und durch Gemeineigentum ersetzt wird. Ohne Aneignung der gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion durch die Masse der Menschen kann es keine Abschaffung der Warenproduktion geben. **Die Menschen können erst dann zur Verteilung der Produkte ihrer Arbeit schreiten, wenn sie sich in freier Assoziation die Produktionsmittel angeeignet haben.** Das eine setzt nicht nur logisch das andere voraus; es handelt sich dabei auch um ein zeitliches Nacheinander!

Zu verlangen, das eine solle mit dem anderen auf einen Schlag erledigt werden, verkennt die Komplexität und Schwierigkeit des Prozesses und ist aus meiner Sicht ohne jede praktische Perspektive, eben theoretische Spielwiese für Sektierer.

Die Aneignung der Produktionsmittel in der Form der radikaldemokratischen Selbstverwaltung bedeutet die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen in der Produktion. Dies gilt schon für einen einzelnen genossenschaftlichen Betrieb in der kapitalistischen Marktwirtschaft. (Gemeint sind damit auch kommunale Betriebe!) Handelt es sich jedoch nur um einzelne Betriebe, dann bedeutet das natürlich keine Überwindung des Systems der Lohnarbeit. Es bedeutet aber dann eine Überwindung des Systems der Lohnarbeit, wenn alle, oder die Mehrheit der Betriebe in radikaldemokratischer Selbstverwaltung geführt werden. Damit wäre die spezifisch kapitalistische Form der Klassenherrschaft – der Herrschaft von Menschen über Menschen in der kapitalistischen Produktion – beseitigt. Damit wäre noch nicht die Warenproduktion beseitigt. Es wäre denkbar, dass die frei assoziierten ProduzentInnen in gesellschaftlicher Arbeitsteilung weiter ohne gemeinsamen Plan für den Markt produzieren, statt nach Plan zu produzieren und nach Bedürfnis zu verteilen. Ein solcher Zustand würde das Wertgesetz nicht außer Kraft setzen. Die Konkurrenz würde für Gewinner und Verlierer sorgen, mit all den entsprechenden sozialen Konsequenzen. Es gäbe zweifellos Armut und Reichtum auch ohne die Herrschaft von Menschen über Menschen in der Produktion. Ich halte es für müßig, das weiter auszumalen, weil ich einen solchen Zustand auf Dauer für rein hypothetisch halte. Entweder wird das Gemeineigentum für Überwindung der Warenproduktion sorgen, oder der Markt zur Abschaffung des Gemeineigentums führen. Festhalten will ich hier lediglich, dass das Bochumer Programm selbstverständlich zielt auf **die allgemeine Durchsetzung** von selbstverwalteten Betrieben und insofern auf die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die das bedeuten würde.

Eine allgemeine Bewegung für genossenschaftliche, radikaldemokratisch selbstverwaltete Betriebe kann nicht auf einen Schlag entstehen. Je nach den ökonomischen Umständen und der

Ausbreitung und Klarheit von Kapitalismuskritik kann es zu Bestrebungen in einzelnen oder mehreren Betrieben kommen. Aus meiner Sicht muss man solche Bestrebungen auf alle erdenkliche Art und Weise unterstützen und fördern, auch wenn man weiß, dass sie als Inseln im kapitalistischen Markt letztlich scheitern müssen. Ohne Unterstützung und Förderung solcher Bestrebungen kann es aber niemals zu deren Verallgemeinerung kommen, wenn die Bedingungen dafür heran gereift sind. Ohne eine solche Unterstützung und Förderung ist weder eine Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft noch eine Überwindung der Marktwirtschaft und des damit verbundenen Wertgesetzes möglich.

Zusammenhänge: Aktienkapital und Finanzkapital/Finanzmärkte

I.

In den vergangenen Jahren ist viel geschrieben worden über die Verselbständigung des Finanzkapitals, über Dominanz der Finanzmärkte über die „Realwirtschaft“ etc.. Dabei ist mir aufgefallen, dass die Bedeutung des Aktienkapitals für die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte kaum auch nur erwähnt wird. Wo die Berücksichtigung der Aktiengesellschaften fehlt, bleibt jedoch der Zusammenhang zwischen „realwirtschaftlichen“ Entwicklung und der Ausdehnung der Finanzmärkte im Dunkeln. Die Tendenz geht dahin, dass immer mehr kapitalistische Unternehmen sich in Aktiengesellschaften verwandeln. Zum Beispiel ein paar jüngere Zahlen aus Deutschland: Zwar gab es 2004 nur 815 börsennotierte Aktiengesellschaften, aber die Zahl der Aktiengesellschaften hatte sich zwischen 1996 und 2006 von 3.600 auf 16.000 erhöht, also mehr als vervierfacht. (<http://www.zeit.de/2006/15/G-Aktiengesellschaften/seite-1>)

II.

Was bedeutet die Umwandlung eines kapitalistischen Unternehmens mit klassischem Privateigentümer in eine Aktiengesellschaft?

*„Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Manager, Verwalter fremden Kapitals, und der Kapitaleigentümer in **bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten**. Selbst wenn die Dividenden, die sie beziehen, den Zins und Unternehmergewinn, d. h. den Totalprofit einschließen (...), so wird dieser Totalprofit nur noch bezogen in der Form des Zinses, d. h. als bloße Vergütung des Kapitaleigentums, das nun ganz so von der Funktion im wirklichen Reproduktionsprozess getrennt wird wie diese Funktion, in der Person des Managers, vom Kapitaleigentum.“ K. Marx, Kapital III, MEW 25, 452ff.*

Der Kapitalbesitzer wird also zum bloßen Geldkapitalisten. Marx spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „neuen Finanzaristokratie“, „Projektenschmälern, Gründern und bloß nominellen Direktoren“, von einem „System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienaussgabe und Aktienhandel“. (Kapital III, MEW 25, 454) Man könnte das noch weiter treiben: der Kapitaleigentümer wird als Geldkapitalist zum Eigentümer von bloß fiktivem Kapital, von Wertpapieren, die ihm einerseits einen Zins abwerfen und mit denen er andererseits auf „Gewinnmitnahme“ spekuliert (billig kaufen, teuer verkaufen). Je verbreiteter die Form der Aktiengesellschaft, desto ausgedehnter das Geschäft mit Aktienaussgabe und Aktienhandel. Die Aktiengesellschaft selbst ist **„Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion, ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum einzelner Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter, als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andererseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozess in bloße Funktionen des assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.“** K. Marx, Kapital III, MEW 25, 453.

Die Aktiengesellschaften sind danach also Produkt der „Realwirtschaft“ selbst und erzeugen ihrerseits – in Gestalt des Kapitaleigentümers als bloßen Eigentümer – eine „neue Finanzaristokratie“.

Wenn man sich dieser Zusammenhänge bewusst wird, dann erscheint die allenthalben verlangte „Rückbesinnung auf die Realwirtschaft“, alle Vorschläge, die Finanzmärkte wieder in den Dienst der „Realwirtschaft“ zu stellen, als einigermaßen absurd. Die Verwirklichung dieser reaktionären Utopie würde jedenfalls – mit Konsequenz zu Ende gedacht - die Abschaffung der Aktiengesellschaften verlangen, die Aufhebung der Trennung zwischen Kapitaleigentümer und der Leitung der Produktion (Manager). (Übrigens: der letzte Betrieb, in dem ich arbeitete, war ein weltweit operierender, an der Börse notierter Konzern. Bei jeder „Restrukturierung“, jeder neuen Welle von Entlassungen, musste ich mich mit KollegInnen auseinandersetzen, die die Lohnarbeit in einem mittelständischen Unternehmen idealisierten. Dort könnten solche als Zerstörung empfundenen "Restrukturierungen" nicht stattfinden, weil „der Alte“ sozusagen eine persönliche Beziehung zu dem Laden habe. Und als ich vor einiger Zeit vor klassenkämpferischen Kollegen und Ex-Kollegen von Opel ein Referat über Kapital, Krise und Kredit hielt, wollte einer der Anwesenden für sich ebenfalls den Schluss ziehen, das Aktienkapital abzuschaffen. Solch reaktionäre Utopien fallen also durchaus auf fruchtbaren Boden.)

III.

In dem Artikel der „Zeit“, auf den ich bereits verwiesen habe, heißt es auch:

„Gegenüber anderen Kapitalgesellschaften bietet eine AG zwei entscheidende Vorteile. Der erste ist Flexibilität. Bei keiner anderen Rechtsform können die Besitzer so schnell und formlos wechseln wie bei einer AG. Ein Kaufvertrag genügt, Aktien in Papierform werden dabei schon lange nicht mehr übergeben. Der Käufer behält den Kaufvertrag, und der Vorstand der AG trägt den Namen des neuen Teilhabers auf einer Liste ein. Das geht völlig formlos, die Liste kann ein Notizbuch sein, das im Firmensafe liegt. Der zweite große Vorteil der AG: Die Aktie ist das ideale Instrument, um ein Unternehmen auf viele Eigentümer zu verteilen. Damit ermöglicht sie zum Beispiel die Beteiligung von Mitarbeitern, einen Börsengang oder aber auch den relativ problemlosen Einstieg von Finanzinvestoren.“

Solange Aktiengesellschaften bestehen, kann also der Besitz von Anteilen „schnell und formlos wechseln“, kann sich das Unternehmen auch unabhängig von Banken über die Finanzmärkte Mittel verschaffen usw.. **Das Aktienkapital trennt also nicht nur den Kapitalbesitz von der Leitungsfunktion, es schafft zugleich das Betätigungsfeld für die Geldkapitalisten, „Finanzinvestoren“ (Kapitaleigentümer als bloße Eigentümer und Geldkapitalisten).** Das Aktienkapital verlangt und erzeugt einen speziellen Finanzmarkt und ist die „realwirtschaftliche“ Grundlage, auf der sich gesetzmäßig das Schwindel erregende Geschäft mit fiktivem Kapital ausdehnt.

Das Aktienkapital ist ebenso notwendiges Produkt der kapitalistischen Produktionsweise, wie die modernen Banken mit ihrem Kreditgeschäft. Beides sorgt für die breiteste mögliche Erfassung von Geldeinkommen, der Umwandlung von Geld in Kapital und dessen Mobilität. Die Auswüchse des Finanzmarktes zu beklagen, sie abschaffen zu wollen, ohne die kapitalistische Produktionsweise abschaffen zu wollen, das erscheint mir einigermaßen daneben.

Kapitalkritik und Kapitalismuskritik

I. Allgemeiner Kapitalbegriff und Kapitalismuskritik

Es gibt eine unüberschaubare Menge an Variationen von Kapitalismuskritik. Selbst Münzferings Kritik der „Heuschrecken“ gilt manchen Zeitgenossen als Kapitalismuskritik. Was man nur noch ganz selten findet, ist eine Kapitalismuskritik, die sich bewusst an der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie orientiert, also mit dem darin entwickelten Kapitalbegriff arbeitet. Dieser besagt, dass das Kapital sich selbst verwertender Wert ist, nur einen Zweck verfolgt, die Produktion und Realisierung von Mehrwert.

Soweit das Kapital als Mehrwert produzierend bestimmt ist, gilt diese Bestimmung nicht für alle Einzelkapitale, sondern nur für bestimmte Einzelkapitale und das gesellschaftliche Gesamtkapital. Bestimmte Funktionen im Kreislauf des Kapitals verselbständigen sich zu besonderen, nicht Mehrwert produzierenden Sorten von Kapital, wie etwa das Handelskapital und das Bankkapital, Spezialisten für die Vermarktung von Waren und die Bereitstellung von Geldkapital.

Zur Erinnerung ein längeres Zitat aus Kapital Bd. 2:

Der Kreislaufprozeß (1) des Kapitals geht vor sich in drei Stadien, welche, nach der Darstellung des ersten Bandes, folgende Reihe bilden:

Erstes Stadium: Der Kapitalist erscheint auf dem Warenmarkt und Arbeitsmarkt als Käufer; sein Geld wird in Ware umgesetzt oder macht den Zirkulationsakt $G - W$ durch.

Zweites Stadium: Produktive Konsumtion der gekauften Waren durch den Kapitalisten. Er wirkt als kapitalistischer Warenproduzent; sein Kapital macht den Produktionsprozeß durch. Das Resultat ist: Ware von mehr Wert als dem ihrer Produktionselemente.

Drittes Stadium: Der Kapitalist kehrt zum Markt zurück als Verkäufer; seine Ware wird in Geld umgesetzt oder macht den Zirkulationsakt $W G$ durch.

Die Formel für den Kreislauf des Geldkapitals ist also:

$G - W \dots P \dots W' - G'$, wo die Punkte andeuten, daß der Zirkulationsprozeß unterbrochen ist, und W' wie G' ein durch Mehrwert vermehrtes W und G bezeichnen.

Das erste und dritte Stadium wurden im ersten Buch nur erörtert, soweit dies nötig für das Verständnis des zweiten Stadiums, den Produktionsprozeß des Kapitals. Die verschiedenen Formen, worin das Kapital in seinen verschiedenen Stadien sich kleidet, und die es bei wiederholtem Kreislauf bald annimmt, bald abstreift, blieben daher unberücksichtigt. Sie bilden jetzt den nächsten Gegenstand der Untersuchung.

Um die Formen rein aufzufassen, ist zunächst von allen Momenten zu abstrahieren, die mit dem Formwechsel und der Formbildung als solchen nichts zu tun haben. Daher wird hier angenommen, nicht nur, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden, sondern auch, daß dies unter gleichbleibenden Umständen geschieht. Es wird also auch abgesehen von den Wertveränderungen, die während des Kreislaufprozesses eintreten können.“ Kapital Bd. 2 S. 31, 32

Im Verlauf der realen Zirkulation des Gesamtkapitals beanspruchen und realisieren diese unproduktiven Einzelkapitale einen Teil des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts. Blicke es bei

dieser Feststellung, so hätte ihre Existenz im Rahmen maximaler Verwertung eigentlich keinen Sinn, weil sie ja nur wie „Schmarotzer“ am Gesamtmehrwert mit zehren. Ihre positive Wirkung für die profitable Reproduktion des Gesamtkapitals erlangen sie z. B. dadurch, dass sie die Umschlagszeit des Kapitals verkürzen, den Markt erweitern und Geldkapital für die produktive Anlage in einzelnen Unternehmen bereitstellen können, dessen Größe die finanziellen Möglichkeiten des jeweiligen Einzelkapitals weit überschreitet. Auf diese Weise leisten die unproduktiven Kapitale einen Beitrag zur Ausdehnung, Erweiterung der Mehrwertproduktion. Im Sinne modernen Managements könnte man das Ganze als eine Art „outsourcing“ beschreiben. Das Mehrwert produzierende Kapital konzentriert sich auf sein „Kerngeschäft“, die Auspressung unbezahlter Mehrarbeit, die sich in Waren vergegenständlicht oder als Dienstleistung angeboten wird, und überlässt andere Funktionen Spezialisten, die diese Funktionen effektiver und billiger wahrnehmen können.

Das Unverständnis dieser Zusammenhänge war schon immer die Basis für alle möglichen zweifelhaften Kapitalismuskritiken. In der Kritik an der Verselbständigung des Finanzkapitals geht das bis hin zu reaktionärer Kritik, die sich mit rassistischen Ideologien paart.

Der allgemeine Begriff des Kapitals geht eben nicht auf in dem Begriff Kapitalismus. Das funktioniert schon in reiner Ökonomiekritik nicht und schon gar nicht wenn man an das Ganze der bürgerlichen Gesellschaft denkt, die ja nur von den ökonomischen Gesetzen der Verwertung von Wert beherrscht wird und nicht mit diesen identisch ist. Die Kritik der Politischen Ökonomie ist zentral für das Verständnis der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, sie hat aber auch ihre Grenzen.

Die meiste aktuelle Kapitalismuskritik ist Kritik an bestimmten gesellschaftlichen Erscheinungen, die durch die ökonomische Entwicklung produziert werden. Sie ist bewusst nicht Kapitalkritik, nämlich Kritik des zugrunde liegenden Produktionsverhältnisses und resultiert nicht in der Forderung nach Überwindung desselben.

Die Kritik an den „Heuschrecken“ ist nur der flachste Ausdruck von Kritik an den Verselbständigungen von Momenten der Kapitalreproduktion. Verständiger zeigt sich beispielsweise die Kritik am Finanzkapital, die auf dessen Verselbständigung gegenüber der „Realakkumulation“ verweist. Doch auch diese Kritik bleibt beim Beklagen der Verselbständigung stehen, bzw. reduziert die soziale Frage weitgehend auf diese Verselbständigung und führt sie nicht auf ihre Ursachen zurück. Man erklärt die gesellschaftlichen Entwicklung („Wachstumsschwäche“, Massenarbeitslosigkeit etc.) aus den Praktiken des Finanzkapital und nicht mehr diese Praktiken aus der Entwicklungsgesetzlichkeit des Mehrwert produzierenden Kapitals, also der „Realakkumulation“.

Gegenüber der „Realakkumulation“ verselbständigte und aufgeblähte Finanzmärkte sind Produkt der langfristig sinkenden Profitraten des produktiven Kapitals und diese wiederum sinken in Folge der Investitionstätigkeiten, der kontinuierlichen Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Wenn Geldkapital nicht in Warenkapital rückverwandelt wird (Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft, unmittelbarer Produktionsprozess), sondern aufgehäuft wird, um damit etwa auf allen möglichen Anlagemärkten zu spekulieren, dann ist das Folge zu niedriger Rentabilität des produktiven Kapitals, die sich etwa in der „Pleitenflut“ ausdrückt. Irgendeine vorgestellte, gewünschte Kontrolle dieser Finanzmärkte ändert nichts an der gesunkenen Profitrate des produktiven Kapitals und wird daher auch nichts an der beklagten „Wachstumsschwäche“ und deren sozialen Folgen ändern können. Würde das riesig aufgehäufte Geldkapital, etwa durch Politik gezwungen, zu Investitionen in produktives Kapital genutzt und somit die technische Zusammensetzung des Kapitals weiter erhöht, würde dadurch

Grundlegende Verständnisfragen

der Fall der Profitrate nur weiter beschleunigt.

Umgekehrtes geschieht, indem die Politik dazu „gezwungen“ wird, Maßnahmen zu ergreifen, die den Spielraum für den ökonomischen „Klassenkampf von oben“ erweitern, der allein für die Wiederherstellung einer größeren Rentabilität des Kapitals sorgen kann. Mit der Vergrößerung und Konsolidierung der Massenarbeitslosigkeit ist der Boden dafür bereitet. Allein dieser Umstand schwächt die Position von VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft enorm. Zusätzlich werden jetzt durch die Politik zugestandene Rechte beseitigt oder eingeschränkt. Die „Zumutbarkeit“ von Lohnarbeitsbedingungen wird neu definiert, ausschließlich nach den Forderungen des Kapitals. Dabei wird keine Rücksicht mehr genommen auf Interessen von Lohnabhängigen. Erworbene Qualifikation und bisheriger Lohn sind keine „Zumutbarkeitskriterien“ mehr. Die Lohnabhängigen haben die Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die dem Kapital „wettbewerbsfähige“ Lohnarbeitsplätze schaffen.

Auch das verselbständigte Finanzkapital erkennt die Gunst der Stunde und wendet sich in Gestalt von Hedgefonds wieder der Produktion von Mehrwert zu. Unternehmen werden gekauft und – nach entsprechender Behandlung – wieder verkauft. Die beklagte Verselbständigung gegenüber der „Realakkumulation“ wird in dem Moment wieder teilweise aufgehoben, wo bestehende Schranken für die Ausbeutung von Lohnarbeit fallen und Veräußerungsgewinne kaum oder gar nicht besteuert werden.

Die „Flexibilisierung“ der Lohnarbeit ist der Schlachtruf des ganzen Kapitals und erhält dadurch einen weiteren Schub. Es ist zugleich die Stunde für die „Rückkehr“ der absoluten Mehrwertproduktion. „Mehr leisten, länger Arbeiten, weniger verdienen“ wird zum allseits verfolgten und umgesetzten Programm. Technischer Fortschritt und - darauf gestützte relative Mehrwertproduktion - allein können den Heißhunger des Kapitals nach unbezahlter Mehrarbeit unter den Bedingungen anhaltender Überakkumulation nicht mehr stillen. Die darauf gestützte Kapitalakkumulation ist an ihre Grenze gelangt, was sich in „Wachstumsschwäche“ überzyklisch steigender Massenarbeitslosigkeit und ebenso steigender Pleitenflut ausdrückt.

Alle von Marx genannten Gegenden denzen gegen den Fall der Profitrate werden aktiviert und zeigen ihre Wirkung. (vor allem: Zentralisation des Kapitals durch Pleiten und Firmenaufkäufe, Steigerung der Intensität der Ausbeutung, Direktinvestitionen in „Billiglohnländer“, etc.) Dies ist der einzige Weg zur Sanierung der Profitraten des Mehrwert produzierenden Kapitals und damit auch zur Abschwächung der Spekulationsblasen des Finanzkapitals. Der dafür, nämlich für eine wenigstens kurzfristige Rückerlangung von größerer „Wachstumsdynamik“ des Kapitals, zu zahlende soziale Preis ist hoch, und wir sind noch lange nicht am Ende der Fahnenstange. Die Ausbeutungsverhältnisse etwa in chinesischen Fabriken lassen gruseln. In hoch entwickelten Ländern wie Deutschland steigt die Belastung durch „flexibilisierte“ Lohnarbeit enorm an und hinterlässt bereits deutliche Spuren bei den Lohnabhängigen, sowohl den schlechter wie auch den besser gestellten. Psychische und psychosomatische Erkrankungen nehmen rapide zu, weil immer mehr Lebenszeit in Arbeitszeit für das Kapital verwandelt wird, bei gleichzeitig wachsenden Leistungsanforderungen in der Arbeit. Im Zuge der „Flexibilisierung“ wird die ganze Lebensweise von Lohnabhängigen so umgewälzt, dass ihre Verfügbarkeit im selben Maße zunimmt, wie ihre Existenz im Kapitalismus unsicherer, „prekärer“.

Das Kapital, der auf der Basis des kapitalistischen Privateigentums prozessierende Wert, verändert die Gesellschaft, ist die beschleunigt dominierende Kraft der Gestaltung. Man kann das produktive, Mehrwert produzierende Kapital als das pulsierende Herz der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen. Kommt es zu „Herzrhythmusstörungen“ in Folge erhöhter Verwertungsschwierigkeiten, sinkender Rentabilität, dann werden alle Register gezogen, um die ganze Ge-

sellschaft auf „Wertschöpfungsgemeinschaft“ zu trimmen.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 ist dieser Prozess im Gang und erfährt seit dem Untergang des „Realsozialismus“ eine enorme Beschleunigung. Der gesellschaftliche Diskurs ist immer deutlicher ökonomisch bestimmt. Alle gesellschaftlichen Bereiche werden darauf hin überprüft, ob sie in der vorliegenden Form mit den Anforderungen der Mehrwertproduktion kompatibel sind. Es wird eine politische „Reform“-Lawine losgetreten, die auf breiter Front die Rahmenbedingungen für Kapitalverwertung verbessert. Kapitalistische Unternehmen, werden steuerlich entlastet, brauchen weniger Beiträge in die Sozialversicherungen zahlen, die Zumutbarkeit von Arbeitsbedingungen für Lohnabhängige wird drastisch verschärft, „öffentliche Daseinsvorsorge“ und Sozialsysteme werden privatisiert, Studiengebühren werden eingeführt, usw. usf. Alle diese Maßnahmen zielen direkt oder indirekt auf den gleichen Zweck: die Belastungen, Kosten des Kapitals zu reduzieren, seine Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu vergrößern, und die Möglichkeiten der Belastung von Lohnabhängigen möglichst schrankenlos zu erweitern. Den Exportweltmeister Deutschland „wettbewerbsfähig“ fähig machen, so lautet die verlogene Devise. Es geht hier aber nicht um eine sportliche Veranstaltung, sondern um die Schaffung von Ausbeutungsbedingungen, die dem Fall der Profiteure entgegenwirken.

Die gesamtgesellschaftliche Mehrwertmasse muss vergrößert werden und die Zahl der Einzelkapitale, auf die sie sich verteilt, verringert werden. Der sogenannte „Wettbewerb“ (Welcher sportliche Wettbewerb würde wohl dazu führen, dass die Letzten ihre Existenz einbüßen, weil die Sieger sie erschlagen?), nämlich die kapitalistische Konkurrenz, sorgt für die Verringerung der Zahl der Einzelkapitale, der „Klassenkampf von oben“ sorgt für Ausbeutungsbedingungen, die die gesamtgesellschaftliche Mehrwertmasse anschwellen lassen.

Jede Kapitalismuskritik, die nicht auf die Kapitalkritik, d.h. auf den Prozess der Verwertung von Wert, auf die Mehrwertproduktion und die Gesetze, die sie regeln zugespielt wird, kann aus meiner Sicht weder die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft erklären, noch Auswege aufzeigen. Radikal kann sich eine Kapitalismuskritik nur nennen, die die Kritik des Kapitalverhältnisses selbst zum Dreh- und Angelpunkt macht. Nur eine solche Kritik geht an die Wurzel des Übels. Es geht um Verständnis und Kritik des ökonomischen Bewegungsgesetzes der bürgerlichen Gesellschaft.

II. Über Gewalt und ökonomische Sachlichkeit des Kapitals

Das letzte Buch Elmar Altvaters "Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen" trägt den bemerkenswerten Untertitel: „Eine radikale Kapitalismuskritik“. Schon deshalb war ich gespannt und musste es lesen. Es enthält einen sehr interessanten Abschnitt mit der Überschrift "Kapital und Kapitalismus". Altvater weist u.a. darauf hin, dass der Begriff "Kapitalismus" im "Kapital" nur einmal, nämlich im 2. Band auftaucht. In dem besagten Abschnitt von Altvater heißt es auch:

"Interessanter Weise verwendet Marx den Kapitalismus-Begriff nicht dann, wenn er die kapitalistische Gesellschaft und ihre Dynamik analysiert, sondern wenn er sich mit möglichen Alternativen jenseits des Kapitalismus, mit dem Genuss des Lebens (und nicht mit der Bereicherung) oder mit den Potenzen der Dorfgemeinde auseinandersetzt." (Altvater, "Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen", S. 37)

Leider macht er nichts Brauchbares aus diesen Feststellungen. Im Gegenteil! Diese Unterscheidung zwischen Kapital und Kapitalismus wird im Verlauf seiner weiteren Untersuchung komplett ausgeblendet, in seiner Bedeutung für das Verständnis des Kapitals ignoriert.

Marx benutzte statt Kapitalismus in der Regel den Begriff "bürgerliche Gesellschaft", wenn er

Grundlegende Verständnisfragen

das Ganze der modernen Gesellschaft vor Augen hatte, während er das Kapital als ein prozessierendes Produktionsverhältnis rein darstellte, sozusagen als ökonomische Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft.

Dieses Produktionsverhältnis entstand durch eine Phase "ursprünglicher Akkumulation", in der die Masse der ländlichen ProduzentInnen von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion enteignet wurden, ein politischer Prozess, Klassenkampf voller Gewalt. Das so entstandene Kapital kann nur überwunden werden durch eine Aneignungsbewegung, die dieses Ergebnis der „ursprünglichen Akkumulation“ wieder aufhebt.

Ist das Kapital als Produktionsverhältnis einmal installiert, entwickelt und reproduziert es sich auf seinen eigenen Grundlagen, will sagen, die doppelt freie Lohnarbeit reproduziert das Kapitalverhältnis. Dies ist wesentlich ein ökonomisch-sachlicher Vorgang, der idealtypisch von Marx beschrieben wird, ohne jede Betrachtung von direkter Ausübung von Gewalt und politischer Herrschaft, rein durch den Austausch von Lohnarbeit und Kapital. Dies geleistet zu haben, gezeigt zu haben, wie unter den Bedingungen allgemeinen Äquivalententauschs Mehrwert produziert und angeeignet wird, darin besteht eine der wesentlichen wissenschaftlichen Leistungen der Kritik der Politischen Ökonomie. Wenn aber heutzutage Mehrwert und Profit schon gar nicht mehr als zentrale Kategorien der Ökonomiekritik gehandelt werden, wie in der „fundamentalen Wertkritik“, wie sollte da überhaupt ein Verständnis entstehen von dem, was die bürgerliche Gesellschaft real bewegt?

Das Kapitalverhältnis ist ein Klassenverhältnis und es bleibt ein *"Zwangsverhältnis, um Mehrarbeit zu erzwingen durch Verlängerung der Arbeitszeit - ein Zwangsverhältnis, das auf keinen persönlichen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen beruht, sondern einfach aus verschiedenen ökonomischen Funktionen entspringt."* (Karl Marx, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Verlag neue Kritik, Frankfurt 1969, S. 47)

Dieses Zwangsverhältnis hat nichts zu tun mit der allenthalben formulierten Kritik am "Zwang zur Arbeit", wie sie etwa durch alle möglichen Ideologen des bedingungslosen Grundeinkommens formuliert wird. Marx meinte explizit den Zwang zur unbezahlten Mehrarbeit, wie er in der kapitalistischen Industrie ausgeübt wird! Er hatte keinesfalls den Zwang vor Augen, wie er z. B. von der Bundesagentur für Arbeit ausgeübt wird, um Leute überhaupt zum Abschluss eines Lohnarbeitsvertrages auch unter erbärmlichsten Verhältnissen zu zwingen. Diese Art von Zwang zum Abschluss eines Lohnarbeitsvertrages ist nicht Ausdruck eines Kapitalverhältnisses, das sich auf seinen eigenen Grundlagen reproduziert, sondern Ausdruck eines Kapitalverhältnisses, das entweder noch nicht auf seinen eigenen Grundlagen oder nicht mehr störungsfrei funktioniert! (Ich komme darauf noch zurück.) Beschreibungen des Kapitalverhältnisses als Gewaltverhältnis mögen radikal klingen, mit wissenschaftlicher Kritik der politischen Ökonomie haben sie aus meiner Sicht nicht viel zu tun!

Eine Kapitalverhältnis, dass sich auf seinen eigenen Grundlagen reproduziert, reproduziert sich vermittelt über den Austausch von Lohnarbeit und Kapital auf dem Warenmarkt. Nicht zuletzt darin drückt sich das historisch besondere dieses Klassenverhältnisses aus. Damit das funktioniert, müssen die LohnarbeiterInnen in doppeltem Sinne frei sein:

- „frei“ von den gegenständlichen Bedingungen ihrer eigenen Reproduktion
- frei aber auch gegenüber ihren Ausbeutern, den Kapitalisten (im Unterschied zu Sklaven und Leibeigenen)

Zu dieser 2. Freiheit gehört, dass sie als gleiche, freie Warenbesitzer anerkannt sind (was wiederum durch Gesetz, also politische Macht, geregelt ist) und auf dem Warenmarkt als Verkäu-

fer und Käufer („Konsumenten“) in Erscheinung treten. Letzteres ist auch von ökonomischer Bedeutung für den Reproduktionsprozess von Kapital und den Möglichkeiten seiner Erweiterung. Diese 2. Freiheit erfährt ihre Grenze nicht zuletzt durch die 1. Freiheit, d. h., die Lohnabhängigen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft als Ware zu Markte zu tragen. Dabei handelt es sich aber um einen Sachzwang, der aus der Eigentumslosigkeit entspringt. So zentral die Kritik an der 2. Freiheit im Kontext der Kapitalkritik ist, so bleibt die „Lohnsklaverei“ doch ein historischer Fortschritt gegenüber der wirklichen Sklaverei und der Leibeigenschaft. (Um das zu verstehen, muss man seinen Blick nur mal auf manche Länder Asiens richten, in denen es neben Lohnarbeit auch wirklich Sklavenarbeit gibt. Eine Blick auf die Zwangsprostitution mit Sklavinnen der Sex-Arbeit in unseren Breiten tut es aber auch.) Ein Fortschritt der sich nicht zuletzt auch in der politischen Demokratie, dem Wahlrecht etc. ausdrückt, eben der dem entwickelten Kapitalverhältnis entsprechenden politischen Form des Staates. Wer das Kapital wesentlich als (politisches) Gewaltverhältnis darstellt und kritisiert verwischt meiner Meinung nach den Unterschied zu anderen Formen von Ausbeutung und verfehlt den zentralen Gegenstand der Kritik. Um das historisch besondere des Kapitalverhältnisses, seines ökonomischen Bewegungsgesetzes, heraus zu arbeiten, hat Marx bewusst von solchen Umständen abstrahiert. Selbstverständlich gehören politische Zwangsmaßnahmen und Gewaltausübung zur bürgerlichen Klassenherrschaft. Sie beziehen sich aber auf die Rahmenbedingungen der Mehrwertproduktion, nicht auf diese selbst. Soweit von kapitalistischen Staaten im Inneren wie im Äußeren (Imperialismus) Gewalt ausgeübt wird, verfolgt das wesentlich den Zweck solche ökonomisch-sachlichen Verhältnisse, Vertragsverhältnisse von Warenbesitzern auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse, herzustellen, aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen.

Anmerkung:

Soweit es sich um organisierte politische Gruppen in hoch entwickelten kapitalistischen Ländern handelt (RAF etc. klammere ich hier mal aus), die in jüngster Geschichte ihre Kapitalismuskritik immer auf die politische Unterdrückung und die staatliche Gewalt zugespitzt haben, fällt auf, dass nicht einmal ihr Untergang Folge staatlicher Unterdrückung war, sondern sie sich aus freien Stücken, nämlich auf der Basis ihres Misserfolgs, selbst auflösten. Die größten Kritiker der Gewalt sind meist nicht Opfer dieser Gewalt, sondern ihrer eigenen, bisweilen unangenehm arroganten und großmäuligen Bedeutungslosigkeit.

Über das theoretische Arbeitsprogramm von Marx schreibt Altvater:

„Bereits im ersten Satz des ersten Bandes des >Kapital< entwirft Marx sein Programm: >Der Reichtum der Nationen, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als ungeheure 'Waren-sammlung' (MEW 23:49), und daher muss die Analyse des Kapitalismus mit der Analyse der Ware beginnen.“ (ebenda S. 36)

Das ist nicht einmal die halbe Wahrheit über das theoretische Programm, das Marx verfolgte. Im Vorwort zur ersten Auflage des "Kapital" hob dieser hervor, dass *"der letzte Endzweck dieses Werks"* darin besteht, *"das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen."* (MEW 23:15) Dabei war sich Marx darüber im Klaren, dass ein solches ökonomisches Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft - wie alle Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung - nur als Tendenz wirksam sein kann, sich also nie unverfälscht, unmittelbar durchsetzt. Um dieses Gesetz zu verstehen und herauszuarbeiten, bedarf es der Abstraktion von verfälschenden Einflüssen, Gegentendenzen etc., also einer Darstellung des Kapitals in seinem "idealen Durch-

Grundlegende Verständnisfragen

schnitt". Was Marx in seiner "allgemeinen Kapitaltheorie" darstellt ist "reiner Kapitalismus", wozu Elmar Altvater nichts anderes einfällt als:

"Einen >reinen Kapitalismus< gibt es nicht." (Ebenda S. 36)

Wie wahr! Doch das war nicht die Frage, um die es Marx bei seiner Kritik der Politischen Ökonomie ging. Es ging und geht darum, "wie der Wert sich durchsetzt" oder anders ausgedrückt, ob in der realen gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus eine Tendenz zum Ausdruck kommt, in der diese Entwicklung immer deutlicher die "Natur" des "reinen Kapitalismus", des Kapitals "in seinem idealen Durchschnitt", erkennen lässt, die gesellschaftliche Entwicklung also zunehmend reiner durch das Gesetz der Verwertung von Wert beherrscht wird. Dieser Frage wird aber schon lange nicht mehr wissenschaftlich nachgegangen durch die Vielzahl modernisierter Kritiker des Kapitalismus. Leider, leider!... und wenig würde mich mehr erfreuen, also wenn sich Leute zusammenfänden, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Dazu ist nämlich mehr nötig als hin und wieder unter „Lohnarbeitslast“ solche Pamphlete wie dieses hier zu verfassen.

III. Ökonomisches Bewegungsgesetz und „das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“

In seinem denkwürdigen Aufsatz "Das Jahr 2000, der Weltmarkt und Fidel Castro" aus dem Jahr 1985 (erschieden in "Arbeit 2000", VSA-Verlag, Hamburg 1985) bemerkte Altvater allgemein zu Zusammenbruchprognosen des Kapitalismus, dass sie *"heute allenfalls ein unverständiges Kopfschütteln über so viel Naivität"* (S. 21) hervorriefen. Und weiter:

"Sicher ist, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht zusammenbrechen wird." (ebenda S. 22)

"Endzeitstimmung ist also nicht angesagt." (ebenda S. 21)

Das Kapital verfüge danach über zu viele Gestaltungsmöglichkeiten.

"Die Alternative zu Transformationen in der Gesellschaft, die >aktive Revolution<, steht nicht auf der Tagesordnung, ..." (ebenda S. 24)

Er konstatierte damals eine "Formkrise" des Kapitalismus, die sich äußere in einer "Krise der Institutionen und der Medien, mit denen die Institutionen arbeiten" (S. 22)

Nein, die Form des Privateigentums an Produktionsmitteln war da nicht gemeint. Weshalb es Altvater auch um Einflussnahme auf die "Restrukturierungstendenzen im Transformationsprozess" des Kapitals ging. Er machte auch gleich Vorschläge dafür und wollte die "Übel bei der Wurzel packen" ohne die Grundlagen der Verwertung von Wert, das kapitalistische Privateigentum, auch nur ins Visier zu nehmen. Altvater wollte eine "Lösung für die Krise des (Welt-)Geldes projektieren". (S. 27)

"Vor dem Jahr 2000 müssen ... einige Hürden auf dem Parcours der weltwirtschaftlichen Entwicklung genommen werden, damit zur Jahrhundert- (und Jahrtausend-)Wende die Arbeits- und Lebensbedingungen erträglich sind." (S. 30)

Ja so sind sie, unsere forsch-reformistischen Reitersleute, immer realistisch, pragmatisch und ganz und gar nicht naiv. Sie stolpern immer schon über die kleinsten Hindernisse, aber tun ständig so, als hätten sie die Hindernisse vorher genau vermessen.

Der ganze Artikel strotzt nur so von verheerenden Fehleinschätzungen. Z.B.:

In seinen "Stichwörtern" für eine Intervention in den "Restrukturierungsprozess" des Kapitals heißt es unter "Technologie und Entwicklung":

"Neue (und neueste) Technologien bergen in sich die Tendenz, die künftige internationale Arbeitsteilung

noch einseitiger als bisher schon auf die hochentwickelten Länder auszurichten und selbst die Produktionsverlagerungen in sogenannte Niedriglohnländer im Zuge der 'neuen internationalen Arbeitsteilung' der 70iger Jahre wieder rückgängig zu machen." (S. 31)

2007 kann man nur feststellen: voll daneben! Oder soll man das heute so verstehen, dass die Stichworte für den Eingriff in den Restrukturierungsprozess von den Sachwaltern des Kapitals erhört und berücksichtigt worden sind? Das nenne ich "Realismus" und "Weitsichtigkeit"! Vielleicht wird es ja demnächst, so ein oder zwei industrielle Zyklen weiter, möglich sein, über die Naivität des Reformismus und seiner Kritik am „unreinen“ Kapitalismus zu diskutieren?

Wie aber auch sollte jemand die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen halbwegs realistisch einschätzen können, der, statt vom „reinen“ ökonomischen Bewegungsgesetz des - nicht existierenden - "reinen Kapitalismus", also vom "automatischen Subjekt", von der Logik ökonomischer Entwicklung des „reinen“ Kapitals, auszugehen, sich von Tendenzen verwirren lässt, die angeblich die neuen Technologien "in sich" bergen?

Mit seinem Buch "Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen" hat Altvater nun, nach weiteren 20 Jahren selbst die Endzeitstimmung angesagt :

"Die Fortsetzung des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, endet im Desaster." (S. 21 des besagten Buches)

Und jetzt heißt es:

„Die Frage nach Alternativen ist ... auf der Tagesordnung“. (S. 14)

Jetzt doch „aktive Revolution“? Nicht wirklich!

Ist Altvater auf seine alten Tage nun selbst "naiv" geworden? Nein, natürlich nicht. Selbstverständlich wird auch hier nicht das Kapital sich selbst zur Schranke, sondern es kommen "externe" Faktoren ins Spiel. Es handelt sich um die Endlichkeit natürlicher Ressourcen, an denen das Kapital jetzt angeblich seine Schranke finden soll. Speziell die sich abzeichnende Endlichkeit der Erdölreserven wird zum Menetekel für die weitere kapitalistische Entwicklung. Das Kapital stößt danach ausschließlich an eine stoffliche Schranke.

Elmar Altvater glaubt, einen zwingenden Zusammenhang zwischen einer bestimmten Technologie (der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen) und „dem Kapitalismus“ erkannt und nachgewiesen zu haben. Wieder geht es um eine soziale Tendenz des Kapitalismus, die aus einer Technologie entspringen soll und nicht aus dem ökonomischen Bewegungsgesetz des „reinen“ Kapitals. Es ist diese Methode der Kapitalismuskritik, die ich für fragwürdig halte (weil sie notwendig zu falschen Resultaten führt), ohne hier im Einzelnen die Argumente Altvaters kritisieren zu können oder zu wollen.

Kapitalismus, wie er gekannt wurde, nämlich von Menschen erfahren, ist schon verschiedentlich an sein Ende geraten. Der „Manchesterkapitalismus“ des 19. Jahrhunderts geriet an sein Ende, der durch 2 große imperialistische Kriege und blutige Klassenkämpfe geprägte Kapitalismus der ersten Hälfte des 20igsten Jahrhunderts geriet an sein Ende, der durch „Systemkonkurrenz“ und „Wohlfahrtsstaat“ geprägte Kapitalismus der 2. Hälfte des 20igsten Jahrhunderts geriet an sein Ende. Jeder dieser „Kapitalismen“ hatte seine technologische Basis und wurde auf der Basis technologischer Entwicklung und der damit einhergehenden Entwicklung der Arbeitsproduktivität verändert. Das Kapital ist sich über alle diese Veränderungen hinweg gleich geblieben. Das allgemein gültige ökonomische Gesetz wurde nicht durch diese Veränderungen aus der Welt geschafft, sondern allenfalls in seiner Wirkungsmacht modifiziert. Das Kapital ist sich in seiner gesellschaftlichen Qualität über alle diese Veränderungen hinweg gleich geblieben. Mehr noch es hat sich über alle Einschränkungen hinweg (zugestandene Sozialreformen) immer mächtiger, die gesellschaftliche Entwicklung prägender, durchgesetzt und ausgeweitet.

Grundlegende Verständnisfragen

Warum das von Elmar Altvater vorhergesagte Ende auf jeden Fall anders kommen wird, als er es darstellt

Ich werde mich wiederum auf einen sehr allgemeinen Gesichtspunkt aus der "allgemeinen Kapitaltheorie" beschränken, dem Altvater auch nicht einmal 2 Zeilen seines Werkes widmet.

Alle Konsequenzen spontaner, nicht geplanter, gesellschaftlicher Entwicklung (kapitalistische Privatproduktion) stellen sich ökonomisch vermittelt ein. Etwas wird billig oder teuer, Einkommen werden größer oder kleiner, usw.. Darüber, dass sich Preise ändern, erfahren die Menschen die zu Grunde liegenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Wenn Öl, Kohle etc. knapp werden oder gar ausgehen, dann wird das zunächst spürbar in einem außerordentlichen, nicht mehr durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage reversiblen, Preisanstieg. Öl, Kohle etc. gehören zum konstanten, zirkulierenden Kapital. Explodieren die Preise für dieses konstante Kapital, dann verändert sich die Wertzusammensetzung des Kapitals nicht in Folge erhöhter technischer Zusammensetzung, aber das Resultat bliebe das gleiche: die Profitrate ginge drastisch in den Keller. Hätte Altvater also Recht mit seiner Annahme, das Kapital sei auf Gedeih und Verderb an die fossilen Energieträger gebunden (wovon ich nicht überzeugt bin), dann würde das zu einem ökonomischen Zusammenbruch der Kapitalakkumulation führen, lange bevor diese Energieträger wirklich erschöpft wären. Die Kapitalreproduktion könnte nicht fortgesetzt werden, nicht weil keine Energie für das Wachstum des Kapitals mehr zu Verfügung stünde, sondern bereits weil die Energie zu teuer wäre.

Dass Elmar Altvater diese Zusammenhänge nicht einmal ansatzweise diskutiert, zeigt, wie weit er sich mittlerweile von der Kritik der Politischen Ökonomie, der "allgemeinen Kapitaltheorie" von Marx, entfernt hat. Es handelt sich eben um keine radikale Kapitalismuskritik, weil die Kritik nicht auf das Kapitalverhältnis zugespielt wird und diese „Wurzel des Übels“ auch gar nicht aus der Welt geschafft werden soll. Es handelt sich ja auch nur um das Ende eines „Kapitalismus, wie wir ihn kennen“. Seine aktuellen Prognosen werden jedenfalls genauso daneben liegen, wie jene, die er uns 1985 nahe bringen wollte.

IV. Über „entbettete“ Märkte, „innere moralische Ressourcen“ und die Zirkulation des Kapitals

Der Produktionsprozess des Kapitals fällt auseinander in unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals und Zirkulationsprozess des Kapitals und ist nur als einheitlicher Reproduktionsprozess zu verstehen, indem beide Prozesse in ihrer Verschlingung als Gesamtproduktionsprozess verstanden und dargestellt werden.

Exkurs über Einzelkapital, Gesamtkapital und Mehrwert

Der von einem Einzelkapital erzielte Profit ist bloß Teil des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts. Zu meinen, dieser Profit sei der in einem einzelnen Unternehmen erzeugte Mehrwert, zeugt eben vom Unverständnis des Kapitals als einem gesellschaftlichen Produktionsverhältnis.

- Wenn heute in einem Auto Teile und Material verbaut sind, die aus ca. 200 Ländern kommen, dann verweist das auf die ungeheuer weit aufgefächerte gesellschaftliche Arbeitsteilung. Schon darin wird deutlich, dass in dem Auto nicht nur die Arbeit der Lohnabhängigen bei Opel, VW, etc. steckt, sondern auch die Arbeit der Lohnabhängigen aus sehr vielen anderen Betrieben. Verkaufen die großen Autoproduzenten ihre Autos erfolgreich, dann realisieren sie auch Wert und Mehrwert, der nicht in ihren Unternehmen den Autos zugesetzt wurde.

- Wenn diese Autos erfolgreich verkauft werden, dann werden sie getauscht gegen eine Summe Geldes, die bloß Teil der allgemeinen, gesellschaftlichen Kaufkraft ist. Je größer der Teil der allgemeinen Kaufkraft der Gesellschaft ist, den die Autoproduzenten auf ihre Produkte ziehen können, desto größer wird ihr Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert. Geregelt wird das durch die Konkurrenz der kapitalistischen Privatproduzenten. Man stößt also sowohl bei der unmittelbaren Produktion, wie bei der Zirkulation auf den gesellschaftlichen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise, auf bestimmte gesellschaftliche Zusammenhänge.

Vom Standpunkt des Einzelkapitals aus gesehen ist der „Markt“ eine externe Existenzbedingung, die es als Einzelkapital nicht unmittelbar beeinflussen kann. Jede Gegenüberstellung von Kapital und „Markt“, jede Betonung der Unabhängigkeit von Kapital und „Markt“, beruht auf dieser Sichtweise.

Vom Standpunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist der „Markt“ als Zirkulationssphäre des Kapitals bloß ein immanenter Faktor, Vermittlerin seiner Bewegung, der Metamorphosen des Wertes.

G-W-G' so lautet die allgemeine Formel des Kapitals. Der „Markt“ ist sowohl der Ort des Umschlags von Geld in Ware, wie der Ort des Umschlags von Ware' in Geld', wobei die Bedingung, dass die unbezahlte Mehrarbeit als realisierter Mehrwert an die vielen Einzelkapitale zurückfließt, das Vorhandensein einer bestimmten Größe der gesellschaftlichen Kaufkraft, vom gesellschaftlichen Gesamtkapital selbst gesetzt wird.

Die Verwertungssituation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bestimmt die Größe der kaufkräftigen Nachfrage. Sie bestimmt die Größe der Nachfrage unter den Kapitalisten nach Produktionsmitteln, sie bestimmt die Größe der Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft und damit auch letztlich die Größe der Nachfrage nach Konsumtionsmitteln aller Art. Dass die zirkulierende Geldmenge groß genug ist, ist eher eine technische Frage, die vom bürgerlichen Staat gelöst wird, der sich in diesem Fall als ganz praktischer Gesamtkapitalist bewährt. Kapitalistische „Märkte“ sind also immer „eingebettet“, nämlich ins Kapital, eben G-W-G'.

Wenn Elmar Altvater in seiner weiteren Untersuchung moderner kapitalistischer Verhältnisse anfängt zwischen gesellschaftlich "eingebetteten" und gesellschaftlich "entbetteten" Märkten zu unterscheiden (Kapitel 6.1, S. 110 ff), so hat das rein gar nichts mehr zu schaffen mit der wissenschaftlichen Ökonomiekritik, wie sie Marx entwickelt hat. Die Märkte, soweit es sich um kapitalistische handelt, sind allesamt "gesellschaftlich entbettet", nämlich ohne soziale Kontrolle, weil es sich bei diesen Märkten um die Zirkulationssphäre des Kapitals handelt. Oder anders ausgedrückt:

Unter der Voraussetzung verallgemeinerter Warenproduktion ist der Markt nichts als das gesellschaftliche "Bett" des Einzelkapitals. Das Prinzip lautet: möglichst billig kaufen und möglichst teuer verkaufen. Andere Erwägungen sind dem "Markt" fremd, bzw. werden diesem Prinzip untergeordnet. Das Gesetz der Verwertung von Wert bestimmt Produktion und Markt. Altvater dagegen stellt fest:

„In der entbetteten kapitalistischen Marktwirtschaft zählt nur die Logik der maximalen Verwertung von Kapital.“ (S. 112)

Nur da? War maximale Verwertung nicht unter allen Umständen der Zweck des Kapitals? Nicht das Kapital erklärt und bestimmt hier den Markt, sondern der Markt das Kapital. Das Kapital ist hier dem kapitalistischen Markt, der Zirkulation, subsumiert, nicht umgekehrt.

Grundlegende Verständnisfragen

Nicht das Kapital ist der übergeordnete Begriff, sondern der Markt! Ist dieser famose Markt „gesellschaftlich eingebettet“, dann zählt nicht mehr nur die Logik der maximalen Verwertung. Auch soziale Wohlfahrt ist dann möglich! Also braucht man das Kapitalverhältnis nicht zu überwinden, sondern muss nur den Markt gehörig ins Bett bewegen. Jedoch:

„Auch entbettete Märkte können sich nicht ganz von der Gesellschaft entkoppeln“. (S. 117)

Gott sei Dank, möchte man ausrufen und beruhigt in den Sessel zurück sinken. Schließlich braucht das Kapital billige Lohnarbeitskräfte, davon kann es sich nicht „entkoppeln“. (Alles, was modernisierte Linke über Kapital, Privateigentum und Markt zum besten geben, behandelt den Markt nicht mehr als Zirkulationssphäre des Kapitals, als notwendiges immanentes Element des Gesamtproduktionsprozesses, dessen Bestimmungen nur aus der allgemeinen "Natur" des Kapitals verstanden werden können! Bei diesen Linken handelt es sich um reinen Dualismus, Nebeneinander von "Kapital" und Markt.) Ob bei der Metamorphose von Geld in Ware oder bei der Metamorphose von Ware' in mehr Geld', es geht immer um die Verwertung von Wert, um seinen Erhalt und seine Vermehrung. Alle "inneren moralischen Ressourcen des kapitalistischen Systems", sofern sie denn überhaupt vorhanden sind, werden von dieser ökonomischen Logik gebrochen und ihr untergeordnet, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht.

Das, was Elmar Altvater sich als Resultat "eingebetteter" Märkte verspricht, worum es ihm natürlich geht („Sozialstaat“), war nichts anderes als eine Summe zugestandener Reformen an eine sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung, die das Privateigentum in Frage stellte und hat nichts zu tun mit Eigenschaften oder Möglichkeiten des "Kapitalismus", gar den angeblich vorhandenen „inneren moralischen Ressourcen des kapitalistischen Systems“ (ebenda S.140). Sie waren das Produkt sich über Jahrzehnte entwickelnder, teils blutiger Klassenkämpfe. Indem der Sozialreformismus sich selbst vollständig von sozialistischen und kommunistischen Zielen verabschiedet hat, hat er selbst die "moralischen Ressourcen" in der bürgerlichen Gesellschaft untergraben. In dem Maße, wie der Sozialreformismus das Privateigentum an Produktionsmitteln heilig gesprochen hat, wurden seine Ideologen zunächst zu besseren "Ökonomen", Volkswirtschaftlern, die es "verstehen", wie man Profitproduktion und „soziale Wohlfahrt“ zusammen bringt. Diese Sorte ökonomisch begründeten Reformismus ist in Gestalt der Sozialdemokratie zu Vorreitern sozialer Reaktion geworden, in dem Maße, wie die Kapitalakkumulation selbst krisenhaft wurde. Der traditionelle Sozialreformismus ist unter den Bedingungen sich verschärfender Schwierigkeiten der Kapitalverwertung vollständig unrealistisch, oder, um mit Altvater zu sprechen: naiv. Dem Kapital können nur mit radikaler Kritik Zugeständnisse abgerungen werden. Das war immer so und ist heute aktueller denn je.

V. Historisches

Die Analyse und Kritik der ökonomischen Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft kann nichts für die ganze Latte ihrer Missverständnisse. Wer von dieser Analyse und Kritik verlangt, alle Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft müssten als Bestimmungsgrund in sie eingehen, der sitzt meiner Meinung nach einem Missverständnis auf. Das Kapital ist z. B. weder rassistisch noch patriarchalisch, es ist ökonomisch. Ware, Wert und Kapital enthalten keinerlei rassistische oder patriarchalische Bestimmungen! Rassistische und patriarchalische Verhältnisse gehören zweifellos zur Geschichte und Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, aber bezogen auf die Ökonomie und deren Bewegungsgesetz handelt es sich um „externe Faktoren“, die diese nicht erklären, wohl aber durch die Sachwalter des Kapitals genutzt werden können und

werden.

Alle Missverständnisse über moderne Klassengesellschaften hängen auf die eine oder andere Art mit diesen Grundsatzfragen zusammen. Wenn Marx das Kapital idealtypisch als ökonomische Kernstruktur analysiert hat, dann kann das so gekennzeichnete Kapital niemals mit der empirischen Wirklichkeit vollständig übereinstimmen. Wenn allerdings die totalitäre Tendenz der Verwertung von Wert in der allgemeinen Kapitaltheorie richtig begriffen wurde, dann muss sich in der Wirklichkeit eine Tendenz feststellen lassen, die dieses Kapitalverhältnis immer reiner herausarbeitet. Weil ich das so sehe und beobachte, ohne es hier weiter ausführen zu können, behaupte ich, dass die "Durchsetzungsgeschichte" des Kapitals, trotz der ökonomischen Zusammenbruchstendenz noch längst nicht zu Ende ist, was sowohl für die Betrachtung der Geschichte der sozialrevolutionären Bewegung wie für unsere Perspektiven in Bezug auf soziale Reform und soziale Revolution von größter Bedeutung ist.

Lohnarbeit und Sklavenarbeit

"Kapitalismus" ist nicht „Kapital“ und auch nicht jeder "Kapitalismus" beruht ausschließlich auf dem Produktionsverhältnis "Kapital".

1. Sklaverei in den Südstaaten der USA

Die amerikanische Gesellschaft zu Zeiten der Sklaverei in den Südstaaten kann mit Fug und Recht als bürgerlich bezeichnet werden, mit einem dynamisch sich entwickelnden Kapitalverhältnis. Diese Gesellschaft profitierte lange Zeit von der rassistischen Sklaverei der Südstaaten (vergl. Marx Brief an Annenkow, vom 28. Dezember 1846, indem Marx die Lohnarbeit auch als „indirekte Sklaverei“ bezeichnet), es musste aber zum Konflikt kommen, weil das Kapital für seine Expansion "freie" Lohnarbeit braucht! Es geht eben nicht nur um Produktion von Mehrwert, sondern auch um Zirkulation, ständig sich erweiternde Märkte. Das Kapitalverhältnis kann nur in dem Maße expandieren, indem der Markt sich als seine Zirkulationssphäre entwickelt. Im Inneren verlangt das Arbeit nicht nur als Schöpferin von Mehrwert sondern auch Lohn Einkommen als Realisiererin von Wert. Das vermag nur ein System allgemeiner Lohnarbeit zu gewährleisten. Sklaven bekommen keinen Lohn und sind keine "Konsumenten". Sklavenarbeit behindert die Entfaltung des inneren Marktes einer kapitalistischen Gesellschaft. Darum muss sie beseitigt werden und wurde in den USA beseitigt.

2. Sklavenarbeit der Nazis

Als die bürgerliche Gesellschaft in der großen Weltwirtschaftskrise und Depression (1929 und folgende Jahre) durch den Zusammenbruch der Kapitalakkumulation in eine existenzielle Krise geriet, gelang es den Nationalsozialisten in Deutschland, die Macht zu ergreifen und ein Regime ganz besonderer Art einzurichten, das meiner Meinung nach von den damaligen Kommunisten falsch verstanden wurde als Herrschaft der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals. Das Programm der Nationalsozialisten war eigentlich klar und wurde während des 2. Weltkrieges auch teilweise umgesetzt. Es handelte sich nicht um ein Programm zur Ausdehnung und Verallgemeinerung von „freier“ Lohnarbeit. Das Programm der Nazis zielte vor allem und von Anfang an auf Sklavenarbeit von zu unterwerfenden Völkern ab (Entscheidungsschlacht mit den "Ostvölkern"). Realisiert wurde es teilweise in der Kriegswirtschaft. Der "Sozialismus" der Nazis bezog sich einzig auf die "Rasse" der Arier und hatte auch hier nichts mit "freier Assoziation der unmittelbaren ProduzentInnen" zu tun, sondern allenfalls mit "sozialen Geschenken" der "arischen" Elite an ihre "Gefolgschaft". Was installiert werden sollte war vor allem ein

Grundlegende Verständnisfragen

Produktionsverhältnis rassistischer Sklavenarbeit, nicht Rekonstruktion eines Systems doppelt freier Lohnarbeit! Das System (auf Zeit) des Nationalsozialismus war eine Klassenherrschaft, aber keine, die mit dem Begriff „kapitalistisch“ hinreichend zu charakterisieren ist, weil die Rekonstruktion des Systems doppelt freier Lohnarbeit nicht im Zentrum seiner Bemühungen stand. (Dies war erst das Resultat seiner gewaltsamen Zerstörung). Er wollte das Privateigentum, die moderne Klassengesellschaft in einer Situation bewahren, als das Kapitalverhältnis am Ende schien, also durch Installation von nicht-kapitalistischer Ausbeutung, Sklavenarbeit. Die behebt von der Produktionsseite her jeden Fall der Profitrate, weil diese Arbeit so gut wie nichts kostet, besonders dann, wenn sie ein rassistisches Programm der Vernichtung durch Arbeit beinhaltet.

3. Sklavenarbeit im "realen Sozialismus"

Das, was als realer Sozialismus nunmehr in die Geschichte eingegangen ist, war immer die Herrschaft einer Partei. Teils, besonders in ihren Anfängen, wurde die Parteierrschaft dazu genutzt, soziale Reformen durchzuführen die der „Arbeiterklasse“ zugute kamen. Je länger jedoch der Zustand eines solchen „Sozialismus“ anhielt, der durch die Herrschaft einer Minderheit gekennzeichnet war, je deutlicher sich die Rückständigkeit vieler Länder des Realsozialismus bemerkbar machte und eine Politik der Industrialisierung verlangte, desto stärker mussten die „Parteien der Arbeiterklasse“ Zwangsmaßnahmen gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen. Es entstand eine neue Klasse und neue Klassengegensätze. Wenn es Sinn macht, wie neuerdings üblich, von einer „politischen Klasse“ zu sprechen, dann gilt das ausschließlich für den Realsozialismus. Die herrschende Klasse dieser Gesellschaft erlangte ihre politische Macht nicht, weil sie über die Produktionsmittel verfügte, sondern sie konnte über die Produktionsmittel verfügen, weil sie auf gewaltsamen Wege zur politischen Macht gelangt war. Der reale Sozialismus basierte nicht auf Privatproduktion, es handelte sich nicht um Kapitalismus. Die Individuen der neuen herrschenden Klasse verdankten ihren sozialen Status und ihr Macht nicht ihrem privaten Eigentum an Produktionsmitteln, nicht ihren privaten Geldvermögen, sondern ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation. Sie konnten über die Produktionsmittel nur Verfügungen als Teil dieser politischen Organisation, in Gemeinschaft. Die vorherrschende Form des Eigentums war das Staatseigentum, der Staat selbst vollständig durch die Partei beherrscht. Der Staat war im Grunde genommen eine Parteiorganisation, ein Machtmittel mit der die neue, in einer politischen Partei organisierte, herrschende Klasse ihre Herrschaft ausübte. Die Partei selbst wiederum war streng zentralistisch organisiert, beherrscht von Zentralkomitee und Politbüro, die mit Hilfe der staatlichen Unterdrückungsinstrumente Parteiorganisationen und Gesellschaft beherrschten. „Herrschaft der Arbeiterklasse“ und „Sozialismus“ verkamen beide zu leeren Phrasen. Die neue Ökonomie war Planwirtschaft, aber keine Planwirtschaft, die irgend etwas damit zu tun hatte, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre Reproduktion mit Willen und Bewusstsein selbstbestimmt organisierte. Diese Ökonomie wurde mit Willen und Bewusstheit der durch die Partei beherrschten Planungsbürokratie betrieben. Es war eine Ökonomie, die schon deshalb niemals ohne Geld auskommen konnte, ohne dass das Geld jedoch die gleiche Rolle spielen konnte, wie im Kapitalismus. Die Preise waren nicht der Geldname der in den Waren dargestellten Arbeit, weil das Wertgesetz sich nicht frei entwickeln konnte. Preise waren vor allem Ausdruck des ökonomischen Kalküls der Planungsbürokratie. Der Realsozialismus kannte kein spontan sich durchsetzendes ökonomisches Bewegungsgesetz, das dadurch bestimmte worden wäre, dass Geld im Besitz von konkurrierenden Privatpersonen durch diese Personen ungehindert dort angelegt werden konnte, wo es am

meisten Profit abwirft. Es gab weder private Vermögen die frei verfügbar waren, noch gab es Arbeitskraft, die frei verfügbar war. Es gab weder Privatproduzenten, die, ihrem ökonomischen Interesse folgend, Leute nach ökonomischen Erfordernissen weitgehend frei entlassen konnten, noch gab es LohnarbeiterInnen, die ihren Arbeitsplatz im bürgerlichen Sinne frei wählen konnten. Ohne freie Konkurrenz aber kann das Wertgesetz sich nicht folgerichtig entfalten und die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen.

"Die Konkurrenz exequiert die inneren Gesetze des Kapitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht." (Grundrissen; S. 638)

Ohne diese Konkurrenz kann es keine Entfaltung des Wertgesetzes geben und in dem Maße, wie diese Konkurrenz ausgeschaltet ist, werden die Preise nicht durch den Wert als Gravitationszentrum reguliert. Weder die Preise allgemein, noch die Preise für die Ware Arbeitskraft konnten durch den Wert reguliert werden. Je umfassender die Macht der Partei, bzw. der führenden Organe, je drängender die ökonomischen Probleme und die Notwendigkeit der Industrialisierung, in desto größerem Umfang wurde auf Sklavenarbeit zurück gegriffen. Das System der Arbeitslager hat weit weniger mit „Umerziehung“ als mit der Auspressung von Mehrarbeit für die Industrialisierung zu tun. Eine wirklich sozialistische Gesellschaft auf einer so wenig entwickelten Basis (Stand der Produktivkraftentwicklung) hätte niemals ein Mehrprodukt schaffen können, das groß genug gewesen wäre, um die Industrialisierung in so kurzer Zeit voranzutreiben, wie das in der SU unter Stalin der Fall war. Niemand unternimmt freiwillig auf Dauer solche unmenschlichen Anstrengungen. Das geht nur mit Zwang. Ständige „Säuberungen“ der Partei, politische Verfolgung von Abweichlern und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft lieferten ausreichend „kriminelles Menschenmaterial“, das man in Arbeitslager stecken und zur Sklavenarbeit nutzen konnte.

Abschließende Bemerkungen

In den letzten "Grundrissen" (22_2007) las ich einen sehr interessanten und informativen Artikel über den "Realsozialismus", dem ich in vielen Aspekten nur zustimmen kann. ("Ein ganz normaler Kapitalismus" von Gaspar Miklos Tamas)

Aber auch dieser Artikel reproduziert unbewusst die Fehler einer mechanistischen Geschichtsauffassung, weil der den sogenannten "Realsozialismus" allein unter der Fragestellung "Kapitalismus oder Sozialismus" angeht und sich nichts anderes vorstellen kann. Für mich ist es wirklich faszinierend und bedrückend zugleich, wie sehr dieses mechanistische Geschichtsbild bei Linken sich gerade dort reproduziert, wo ein dualistisches Verständnis von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Markt ausgebreitet wird. Dann, und nur dann, wird es nämlich möglich diesen Realsozialismus als "Kapitalismus" zu kennzeichnen und zu kritisieren. Dann wird auch ein Kapitalismus ohne Markt, eine Kapital ohne entsprechende "innere" Zirkulations-sphäre denkbar.

Das eine Extrem dieser Auffassung ist die dogmatische Kurzschien Schiene ("Kollaps der Modernisierung") in der der Wert immer schon durch "abstrakte Arbeit" und Geld gegeben ist und sich durchsetzt durch die angeblich "selbstreflexive abstrakte Arbeit". Wie immer sich dann die notwendige Arbeitszeit für die Herstellung von Waren – Wertgröße - herauschälen mag („Werts substanz“ reicht ganz hin). Der gesellschaftliche Prozess zur Bestimmung der Wertgröße, seine notwendigen Bestimmungen in der Bewegungsfreiheit von Kapital und Lohnarbeit, der Austausch, die Konkurrenz, die Vertragsfreiheit von Warenbesitzern, mit einem Wort die

Grundlegende Verständnisfragen

bürgerliche Demokratie, interessieren nicht und sind nicht erforderlich für das Kapitalverhältnis!

Das andere Extrem kommt in solchen undogmatischen, kenntnisreichen linken Artikeln zum Ausdruck, die aber gleichermaßen vom Dualismus von kapitalistischen Produktionsverhältnissen (Eigentumsverhältnissen) und Markt ausgehen und deshalb genauso mit Begriffen aus einem mechanistischen Geschichtsbild hantieren, ohne sich dessen bewusst zu sein. Die (unausgesprochene) Abfolge lautet dann Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus. Letztlich sind keine Zwischentöne möglich, weil die Geschichte der Klassengesellschaften nicht als Geschichte des Privateigentums verstanden wird und weil das Kapital nicht als eine besondere, wenn auch die höchste Form des Privateigentums angesehen wird. Die Durchsetzungsgeschichte dieses kapitalistischen Privateigentums mit der ihr eigenen ökonomischen Struktur und Gesetzmäßigkeit kennt aber sehr viele Übergangsformen, Variationen und selbst scheinbare Unterbrechungen, die bereits durch Zusammenbrüche der krisenhaften Kapitalakkumulation produziert wurden.

Der Nationalsozialismus und der reale Sozialismus sind solche "Unterbrechungen", die besondere Produktionsverhältnisse der Sklaverei installiert haben, aber letztendlich damit dafür gesorgt haben, das das Kapitalverhältnis sich weltweit immer reiner entfalten kann. Sollte der Kommunismus jemals wieder eine große und machtvolle soziale Bewegung werden, dann muss gewährleistet sein, das sich solche „realsozialistischen“ Entwicklungen nie wieder abspielen.

Dazu ist vorbehaltlose Kritik nicht nur des Kapitals sondern auch des „Sozialismus“ nötig. Es gibt keinen Automatismus der zum Kommunismus führt und es gibt keine Gewähr, dass kommunistische Zustände jemals realisiert werden. „Postkapitalismus“ kann auch zu einer gesellschaftlichen Katastrophe führen. „Antikapitalismus“, „Postkapitalismus“ und ähnliche Begriffe sind aus meiner Sicht ganz und gar ungenügend. Schlimmer noch, sie verklären nach-kapitalistische Zustände, die schlimmer sein können als das Kapitalverhältnis selbst. Sie blockieren Klärung, statt sie zu fördern. Sie verheimlichen unsere Geschichte, wollen ihre entfliehen.

Wenn der Kommunismus nicht erreichbar ist, dann sollte man den Kapitalismus wenigstens soweit reformieren, dass er erträglicher wird. Letzteres kann aber nur gelingen, wenn man das Ziel des Kommunismus möglichst klar vor Augen hat und in diesem Sinne energisch wirken kann. Auch so betrachtet, gibt es keine chinesische Mauer zwischen sozialer Reform und sozialer Revolution. Alles das, was den Menschen jetzt genommen wird, war Produkt radikaler Kritik und sozialer Kämpfe, die viel mehr wollten. Nur einer starken sozialistischen und kommunistischen Bewegung macht das Kapital weitreichende Zugeständnisse! Gibt es jedoch keine sozialistischen und kommunistischen Überzeugungen, dann kann es auch keine solche Bewegung geben. Der Kommunismus kann und muss von Anfang an neu begründet werden aus der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft.

Der „Realsozialismus“ entstand in Russland und war Produkt des Zusammenbruchs im Kontext des 1. imperialistischen Weltgemetzels. Er breitete sich aus im Kontext des 2. imperialistischen Weltgemetzels, dem ökonomischer Zusammenbruch der Kapitalakkumulation und Depression vorangegangen waren.

Der „Sozialismus“ der Sowjetunion war entweder Export-Modell, das gestützt auf die Macht der roten Armee in Ländern installiert wurde, oder er war Vorbild an dem man sich orientierte (z. B. in China). Dieser „Sozialismus“ wurde geprägt durch die Erfordernisse der Industrialisierung rückständiger Länder. Industrialisierung verlangt vor allem ein großes Mehrprodukt, dass für die Industrialisierung genutzt werden kann und eine Umwandlung der überwiegend

bäuerlichen Bevölkerung in ein riesiges Herr von IndustriearbeiterInnen. Das sind beides Aufgaben, die mit dem Projekt sozialer Emanzipation von den Fesseln des Kapitals buchstäblich nichts zu tun haben. Sie können nur gelöst werden dadurch, dass man der Masse der arbeitenden Bevölkerung enorme Belastungen zumutet und aufzwingt, anstatt sie davon zu befreien. Der „Sozialismus“ in Russland und China vollbrachte das, was anderen Orts die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals bewirkt hatte. Er vollbrachte es im Unterschied zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals nicht durch Entfesselung privater Initiative, privater Bereicherung und doppelt freier Lohnarbeit, sondern durch erzwungene kollektive Anstrengung im Interesse eines „sozialistischen“ Gemeinwohls.

Dieser „Sozialismus“ war weder Sozialismus noch Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft auf Zeit. Er sollte eine Übergangsgesellschaft zum Kommunismus sein, wurde aber eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus. Man kann diese Gesellschaft formation vergleichen mit einer zufällig erstarrten metallischen Schmelze, die durch nicht Berücksichtigung wesentlicher Umstände (extrem niedrige Temperaturen, sprich Rückständigkeit) erstarrte, bevor sie in die eigentlich vorgesehene Form gegossen wurde. Was dabei herauskommt ist Schrott, der bei Gelegenheit entsorgt wird.

Wer nicht einem mechanistischen Geschichtsverständnis aufgesessen ist, der kann damit gut leben. Andere mögen weiter diskutieren, ob das nun Kapitalismus oder Sozialismus war, weil anderes nicht in ihr Weltbild passt.

Robert Schlosser
Juni 2007

„Herrschaft des Kapitals schlechthin“ oder „Herrschaft des Finanzkapitals“

(eine Kritik an Lenins Imperialismustheorie)

Vorbemerkung:

Gleich zu Beginn seiner Kritik an G. Sandlebens Artikel über den Mythos der Bankenmacht schreibt Lucas Zeise: in der Jungen Welt

„Nichts hätte uns deutlicher die Herrschaft des Finanzkapitals vor Augen führen können als die Vorgeschichte, der Ausbruch und der Verlauf der immer noch aktuellen Finanz- und Weltwirtschaftskrise.“
(<http://www.jungewelt.de/2012/05-30/020.php>)

Das ist eine mutige These! Zumindest Ausbruch und Verlauf der Krise haben ja demonstriert, auf welch tönernen Füßen mindestens die Macht der Banken steht. Eine große Zahl von ihnen saß auf Wertpapieren, die nichts wert waren. In den USA verloren zahllose kleine und mittlere Banken daher alle Macht und büßten ihre Existenz ein. Lehman ging Bankrott. Andere große Banken überlebten nur, weil sie vom Staat gerettet wurden. Sieht so Bankenmacht aus? Wenn ja worüber??

G. Sandleben hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Macht der Banken auf der Macht des Kredits beruht, der in der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise den gesamten Reproduktionsprozess des Kapitals vermittelt. Die Macht der Banken steht und fällt mit der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer. Diese Zahlungsfähigkeit wird aber nicht von den Banken selbst erzeugt, sondern in der sogenannten „Realwirtschaft“. Tilgung des Kredits und Bezahlung der Zinsen verlangen wachsenden Profite und Lohneinkommen. Bleibt entsprechendes Wachstum der „Realwirtschaft“ aus, sinken Preise, Profite und Löhne, dann machen Banken Pleite.

Die Kreation von und der Handel mit Wertpapieren, die zu einem erheblichen Teil aus der Verbriefung von Krediten bestehen und eben noch (Vorgeschichte der Krise) den nominellen Wert von fiktivem Kapital in schwindelerregende Höhen trieb, was scheinbar unendliches Wirtschaftswachstum versprach, wurde zum Bumerang, der „die Herrschaft des Finanzkapitals“ bis in die Grundfesten erschütterte.

Lucas Zeise fährt fort:

„Kein Wunder, daß die These von der Herrschaft des Finanzkapitals – in dieser oder jener Formulierungsvariante – mittlerweile Allgemeingut geworden ist. Manche reden von der zu großen Macht der Banken, andere von der Dominanz des Finanzmarktes, wieder andere von der Vorherrschaft des Finanzsektors. Die Herrschaft des Finanzkapitals dürfte mittlerweile ein Teil des Alltagsbewußtseins geworden sein.“

Wo der Autor Recht hat, da hat er Recht! In der Tat gibt es viele „Formulierungsvarianten“ von der Herrschaft des Finanzkapitals und ebenso viele Formulierungsvarianten der Definition, was man denn eigentlich unter Finanzkapital zu verstehen habe. Das stört ihn aber weiter nicht, weil die These von der Herrschaft des Finanzkapitals mittlerweile ein Teil des Alltagsbewusstsein geworden sei.

Lucas Zeises stellt weiter fest:

„Schon Sandlebens erstes Argument zielt auf den Kern der Sache, es richtet sich nämlich gegen die seit

Hilferding, Lenin, Luxemburg und vielen anderen mehrheitlich unter Marxisten vertretene Auffassung von einem wesentlich von Monopolen geprägten Kapitalismus. Er wendet sich also gegen deren Imperialismustheorien.“

Hilferding, Lenin, Luxemburg und deren „Imperialismustheorien“ in einem Atemzug zu nennen, das nenne ich wieder sehr mutig. Zumindest Rosa Luxemburg hatte da ihren ganz eigenen Kopf und was sie in ihrer Version der „Akkumulation des Kapitals“ schrieb hat wenig gemein mit den Ausführungen von Hilferding und Lenin.

Was „den Kern der Sache“ betrifft, so möchte ich hier nun Lenin kurz heraus greifen und – sicherlich vorerst sehr verkürzt – deutlich machen, dass seine Theorie des Finanzkapitals äußerst fragwürdig ist. Mitte 1917 wurde Lenins Buch unter dem Titel „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus (Populärer Abriss)“ mit Lenins Vorwort gedruckt, das mit dem 26. April 1917 datiert war. Aus der „jüngsten Etappe“ wurde die „höchste Stufe“ und aus dem „populären Abriss“ eine wissenschaftliche Leistung zur Weiterentwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie. Die „höchste Stufe“ des Kapitalismus und die Weiterentwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie darf mit gutem Recht bezweifelt werden.

I.

Lenin schreibt:

„Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach: 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900-1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“ *Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 781*

und:

„Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zur Herrschaft des Finanzkapitals.“ *Lenin, Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 802*

Die „Herrschaft des Kapitals schlechthin“, die sich ausdrückt in der Verallgemeinerung der Lohnarbeit und Verallgemeinerung der Warenproduktion, entsteht nur dort, wo sich die spezifisch kapitalistische Produktionsweise durchsetzt, wo also eine „industrielle Revolution“ stattfindet. Die „industrielle Revolution“ selbst verlangt die Mobilisierung des Geldes einer Gesellschaft, die umfassende Verwandlung von Geld in Leihkapital, also eine entsprechende Entwicklung des Kreditwesens.

Jede durchschlagende „industrielle Revolution“ verlangt also gewaltiges Wachstum der Finanzmärkte und Finanzoperationen. Die Industrialisierung liefert den Impuls für die Ausdehnung des Kredits, die stürmische Entwicklung der Finanzmärkte, die ihrerseits wieder die Entwicklung des industrieller Kapitals beschleunigen. Dieser Zusammenhang zeigt sich nicht nur historisch in der Entwicklung ab Mitte des 19. Jahrhunderts, er zeigt sich auch vergleichsweise aktuell in der Entwicklung von „nachholender Industrialisierung“ in großen, bevölkerungsreichen Ländern wie China oder Indien. Die Zeitgleichheit, Parallelität der neuen, besonders auffälligen „Herrschaft der Finanzmärkte“ (besonders seit Beginn der 1990er Jahre) mit der enor-

Grundlegende Verständnisfragen

men Ausdehnung der Industrieproduktion in Indien und China ist nicht zufällig. Es drückt sich darin erneut der oben angesprochene Zusammenhang aus, diesmal noch dominanter durch Entwicklungen auf dem Weltmarkt. Daraus zu schlussfolgern, die „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ werde abgelöst durch die Herrschaft des Finanzkapitals, der Monopole, beruht auf der Verkennung dieser Zusammenhänge. **Die „Dominanz der Finanzmärkte“ ist nichts weiter als eine notwendige Bedingung zur Durchsetzung, der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ in Gestalt der weltweiten Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion.**

Man kann die jüngste Entwicklung auch in sofern mit derjenigen der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichen, als sie einhergeht mit der Durchbrechung eines Monopols. Wurde damals die alleinige Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt gebrochen, so wird heute die Monopolstellung der alten Industriemächte gebrochen.

II.

Lenin geht von folgender Periodisierung des Kapitalismus aus: Vor den 1870er Jahren „Herrschaft der freien Konkurrenz“, die in den 1860iger und 70iger Jahren ihren Höhepunkt hat und zum Abschluss kommt. Danach – bis zur Jahrtausendwende – starke Tendenz zur Monopolisierung und Durchsetzung der Monopole und des Finanzkapitals. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts ist dieser Übergang abgeschlossen und der Monopolkapitalismus tritt an die Stelle des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Damit tritt der Kapitalismus ein in ein Stadium der Fäulnis und Stagnation. Lenin kennzeichnet diesen Kapitalismus daher als sterbenden Kapitalismus. Wer daran festhalten will, müsste nachweisen, dass die Entwicklung des Kapitals insgesamt seit Beginn des 20igsten Jahrhunderts zum Stillstand (Stagnation) gekommen ist. Eine theoretische Herausforderung, an die sich allenfalls Religionsstifter wagen können. Aber nicht nur Lenins Charakterisierung des „Monopolkapitalismus“ als stagnierenden und sterbenden Kapitalismus hat sich als falsch erwiesen. Auch seine Kennzeichnung der Periode vor den 1860iger und 1870iger Jahren lässt sich aus meiner Sicht nicht halten. Man kann diese Periode aus 2 Gründen nicht als ein Periode des „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ kennzeichnen: 1. Vor der Mitte des 19. Jahrhundert gab es überhaupt nur in England eine „industrielle Revolution“ (beginnend etwa Mitte des 18. Jahrhunderts). Das englische Industrie- und Handelskapital hatte eine unangefochtene Monopolstellung auf den damaligen Weltmärkten. Das war geradezu lupenreiner „Monopolkapitalismus“. 2. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann - erst allmählich dann stürmisch - die Industrialisierung anderer Länder (vor allem der USA und Deutschlands, dann aber auch Japans). Mit dieser Industrialisierung entwickelte sich auch in diesen Ländern die typisch kapitalistische Produktionsweise und mit ihr die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion. Damit entwickelte sich auf dem Weltmarkt überhaupt erst „Konkurrenzkapitalismus“, getragen und geprägt vom Mehrwert produzierenden Industriekapital in verschiedenen Ländern.

Vor 1850 gab es nur „Kapitalismus in einem Land“. Wer will, kann diesen Kapitalismus als „Kapitalismus der freien Konkurrenz“ in Abgrenzung zum „Monopolkapitalismus“ missverstehen. Was aber dieser „Kapitalismus in einem Land“ auf jeden Fall nicht war, das war „die Herrschaft des Kapitals schlechthin“. Die kann sich nämlich erst entfalten als Konkurrenz der Mehrwert produzierenden Industriekapitale auf dem Weltmarkt. Wenn es überhaupt einen Sinn macht, von einer empirisch feststellbaren „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ zu

sprechen, dann bezeichnet das sehr aktuelle Entwicklungen nach dem Untergang der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ und nach der Öffnung Chinas für den kapitalistischen Weltmarkt.

III.

Die Durchsetzung der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“, also die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion geschieht immer und überall unter unterschiedlichen Bedingungen. Diese besonderen Bedingungen resultieren aus der Geschichte des jeweiligen Landes und dem bereits international erreichten Niveau der technischen Zusammensetzung des Kapitals und der dadurch bestimmten Arbeitsproduktivität. Hier sollen nur kurz die nationalen Besonderheiten exemplarisch angesprochen werden. Es macht einen Unterschied, ob die „nachholende Industrialisierung“ unter den politischen Bedingungen der US-amerikanischen Demokratie, der preußischen Monarchie (jeweils in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts) oder chinesischen Diktatur der „Kommunistischen“ Partei stattfindet. Diese unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen bestimmten insbesondere auch die Formen, die das Kreditwesen annimmt, in welchen institutionalisierten Formen also das Geld der Gesellschaft in Leihkapital verwandelt und dem industriellen Kapital per Kredit zur Verfügung gestellt wird. Zwar spielen dabei überall die Banken eine Rolle, aber das Bankwesen selbst und die Finanzmärkte der Länder weisen durchaus bedeutende Unterschiede aus. Für Lenin war klar, dass Deutschland das „fortschrittlichste“ kapitalistische Land war. Was er über die Rolle der Banken und die Form des Bankwesens schrieb, bezog sich fast ausnahmslos auf empirische Daten des deutschen Reiches. Warum aber sollte ausgerechnet Deutschland mit seiner reaktionären preußischen Monarchie den anderen Ländern zeigen, wohin die kapitalistische Entwicklung führt, welche Formen sie herausbildet? Die kapitalistische Entwicklung in den USA blieb praktisch ausgeblendet und man kann heute zweifellos sagen, dass – wenn es ein „Modell“ gab, das sich durchsetzte, weil es dem „ökonomischen Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ am effektivsten zum Durchbruch verhalf – dann war es das US-amerikanische „Modell“. Das galt zumindest bis jetzt und es lässt sich auch aus dem von Marx entdeckten „ökonomischen Bewegungsgesetz“ erklären, warum dieses US-amerikanische Modell das „fortschrittlichste“ im Sinne des Kapitals war. Beispiel „Verschmelzung von Industrie und Bankkapital zum Finanzkapital“: Lenin zitiert Hilferding zustimmend wie folgt:

„Anderseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“ Lenin Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 802

Wie Hilferding geht Lenin davon aus, dass die Banken notwendiger Weise immer mehr Anteile an Industrieunternehmen erwerben müssen. Das jedoch war eine deutsche Besonderheit, die lange Jahrzehnte überdauerte, heute jedoch durch die Entwicklung weitgehend überholt ist. Die Deutsche Bank hat 2009 ihre letzten Industriebeteiligungen verkauft. (http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Bank; vergl. Allgemein zu diesem Punkt auch: www.mxks.de/files/ag/V_8_Finanzkapital.ppt). Über den Unterschied zwischen dem deutschen und den US-amerikanischen Bank-/Finanzkapital und ihrem Verhältnis zum Industriekapital lässt sich etwa folgendes festhalten:

„Das in den USA und Großbritannien vorherrschende finanzmarktorientierte bzw. outsiderkontrollierte System ist das Gegenstück zu dem deutschen bankorientierten System. Diese marktorientierten Corporate Governance-Systeme verfügen im Gegensatz zu Deutschland über einen gut entwickelten Finanz-

Grundlegende Verständnisfragen

markt. Die Rolle der Eigen- und Fremdkapitalmärkte für die Unternehmensfinanzierung ist dominant. Dagegen hat die in Deutschland sehr ausgeprägte Unternehmensfinanzierung über Hausbanken in den USA und Großbritannien keine Bedeutung. Folglich existiert auch keine Kontrolle der Unternehmen durch Banken. In kapitalmarktorientierten Systemen finanzieren sich die Unternehmen überwiegend über Unternehmensanleihen, durch Kredite von Nichtbanken sowie über die Beschaffung von Eigenkapital.“ ... *„Die Bedeutung der Banken im Hinblick auf die Unternehmensfinanzierung hat zudem in Großbritannien und den USA in den letzten 25 Jahren zugunsten kapitalmarktnah operierender Finanzintermediäre wie Investmentfonds, Finance Kompanies und Versicherungen immer weiter abgenommen.“* Kristian Köpke, *„Die Relevanz der in Deutschland obligatorischen Informationen zur Corporate Governance. Doktorarbeit, Kiel 2010“* Quelle: <http://d-nb.info/1012543927/34> (Auf die historischen Wurzeln dieser Unterschiede kann hier nicht näher eingegangen werden.)

Die von Hilferding und Lenin betonte Notwendigkeit der „Verschmelzung von Industriekapital und Bankkapital“ durch sich ausdehnende Bankbeteiligung an Unternehmen lässt sich als allgemeine Tendenz, als Gesetzmäßigkeit, nicht halten. Sie ist allenfalls typisch für einzelne Länder in einem begrenzten Zeitabschnitt. Damit ist aber auch ihr Begriff vom „Finanzkapital“ selbst fragwürdig; mehr noch die These von der „Herrschaft des Finanzkapitals“. Ferner bezeichnen „Dominanz der Finanzmärkte“ und „Herrschaft des Finanzkapitals“ - anders als Lucas Zeise meint - durchaus unterschiedliche Sachverhalte, die sich geradezu gegenseitig ausschließen. Es sei hier nur am Rande vermerkt, dass Lenin nicht nur die These von der „Verschmelzung von Industrie und Bankkapital“ vertritt, sondern gleichzeitig betont, dass *„die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital“*, die *„dem Kapitalismus überhaupt eigen“* sei, unter der *„Herrschaft des Finanzkapitals ...gewaltige Ausdehnung erreicht“*. (vergl. Lenin, *Ausgewählte Werke* Bd. 1, S. 813) Ein Widerspruch, den vermutlich nur seine besten Schüler in Sachen *„Kritik der Politischen Ökonomie der Imperialismus“* auflösen können.

„Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist. Es bedingt daher den Charakter der Produktion; sein Dasein schließt das des Klassenverhältnisses von Kapitalisten und Lohnarbeitern ein.... Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“ Kapital Bd. 2 S. 61

Lenin erkennt diese Zusammenhänge und behauptet die Macht der Banken über „die Wirtschaft“, jenseits der Konkurrenz. Damit ist bei ihm tatsächlich nicht nur eine (teilweise) beherrschende Stellung von Großbanken über einzelne kapitalistische Unternehmen gemeint, sondern tatsächlich die *„Beherrschung des Marktes“*. So schreibt er: *„drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands;“* oder mit Bezug auf die Kartelle und Trusts, die von den Banken gefördert werden:

„Solche internationalen Kartelle, die den gesamten Weltmarkt beherrschen und ihn „gütlich“ unter sich teilen – solange er durch den Krieg nicht neu verteilt wird –, gibt es schon über hundert!“ (*„Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“*, <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1916/10/spaltung.html>)

Wäre es tatsächlich so, das einige Riesenbanken „das ganze Wirtschaftsleben“ und Kartelle „den gesamten Weltmarkt“ beherrschen, dann hätte in der Tat „das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ ausgedient (das Wertgesetz selbst und die Gesetze, die

die Verwertung von Wert regeln)! Von einer solchen Herrschaft konnte weder damals und kann heute noch viel weniger die Rede sein.

IV.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Banken stellt Lenin auch fest:

„Die Ablösung des alten Kapitalismus mit der Herrschaft der freien Konkurrenz durch den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols findet unter anderem ihren Ausdruck in der sinkenden Bedeutung der Börse.“

Eigentlich kann kaum etwas deutlicher unterstreichen, wie sehr Lenin sich geirrt hat. Wann jemals war die Bedeutung der Börse größer, als in der jüngsten Geschichte des Kapitalismus. Und tatsächlich hat diese außerordentliche Bedeutung, die die Börse heute erlangt hat, etwas mit der Konkurrenz zu tun. Sie ist das Dementi auf die Herrschaft des Monopols. Kaum irgendwo ist die Konkurrenz ungezügelter als an den Börsen, dem Handelsplatz, auf dem das Kapital selbst Ware ist. Ein solch zügelloses Wirken von Angebot und Nachfrage gepaart mit ebenso ungezügelter Spekulation findet sich nirgendwo sonst. Die Bedeutung der Börse drückt die Bedeutung der Finanzmärkte aus, im Unterschied zur "Herrschaft des Finanzkapitals" (durch Beteiligung von Banken an Industrieunternehmen). Umso erstaunlicher ist es, wenn moderne Kritiker der Finanzmärkte sich auf Lenins und Hilferdings Kritik des Finanzkapitals berufen. Niemand dieser modernen Ökonomiekritiker spricht von einer „sinkenden Bedeutung der Börse“. Ausnahmslos wird verlangt der Börse die Kette anzulegen, wird die „Deregulierung und Liberalisierung“ der Finanzmärkte beklagt. Was heißt das anderes als Kritik der ungehemmten Konkurrenz? Ferner: die neue antikapitalistische Bewegung (occupy) demonstriert gern und vorwiegend vor Börsen, indem sie den Stichworten der modernen Kritiker des Finanzkapitals folgt. Warum tut sie das, wenn doch der angeblich vorherrschende Monopolkapitalismus die sinkende Bedeutung der Börsen herbei geführt hat?

V.

Lenins „Weiterentwicklung“ der Marxschen Kapitalkritik beruht auf verschiedenen auch sehr grundsätzlichen Irrtümern. So schlussfolgert er aus „dem absoluten Monopol“ - und den daraus resultierenden Monopolprofiten -, das etwa die 4 größten Banken Frankreichs bei der Emission von Wertpapieren/Anleihen besaßen:

„Der Kapitalismus, der seine Entwicklung als kleines Wucherkapital begann, beendet seine Entwicklung als riesiges Wucherkapital.“ Ausgewählte Werke Bd.1, S. 809

Hier werden die Grenzen eines „populären Abrisses“ deutlich spürbar. Danach nämlich hätten die industrielle kapitalistische Produktionsweise selbst und das auf sie zugeschnittene spezifisch kapitalistische Kreditwesen ebenfalls eine außerordentlich kurze und unbedeutende Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus gespielt. Ich werde auch das hier nicht ausführlich besprechen, sondern nur kurz anreißen: 1. Auch Wucherkapital ist zinstragendes Kapital. Aber es ist zinstragendes Kapital ohne die spezifisch kapitalistische Produktionsweise, es leitet sich nicht aus der Mehrwertproduktion ab. 2. In der verallgemeinerte Warenproduktion des entwickelten Kapitalismus ist praktisch alles zinstragende Kapital abhängig von der Mehrwertproduktion. Das gilt beispielsweise auch für Staatsanleihen, weil fast alle Steuereinnahmen (direkte und indirekte Steuern) aus Umsatz von Ware in Geld sowie Profiten und Lohneinkommen resultieren. Sofern die Staatsanleihen kapitalistischer Staaten durch diese Steuereinnahmen be-

Grundlegende Verständnisfragen

sichert sind, handelt es sich also um Wertpapiere auf der Basis der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise, so entrückt sie ihr auch erscheinen mögen. Ohne Wachstum der kapitalistischen „Realwirtschaft“, also ohne davon abhängiges Wachstum der Steuereinnahmen, können kapitalistische Staaten die Zinsen für ihre ausgegebenen Staatsanleihen nicht bezahlen usw. Abhilfe schafft in diesem Zusammenhang die Neuverschuldung, Aufnahme von Krediten an den Finanzmärkten. Wird die „Bonität“ dieser Staaten an den Finanzmärkten wegen mangelnden Wachstums der „Realwirtschaft“ schlecht eingeschätzt, dann steigen die zu zahlenden Zinsen. Mit Wucher hat diese spezifische Form der Verwertung von fiktivem Kapital nichts zu tun. Der Wucherzins entwickelt sich weitgehend unabhängig von den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise, weil er nicht vorrangig aus Einkommen und Steuern bezahlt werden muss, die der spezifisch kapitalistischen Produktion entspringen, nicht Teil des kapitalistisch produzierten Mehrwerts ist. Soweit es im Kapitalismus noch Wucherkapital gibt, bleibt dies eine ganz untergeordnete Kategorie des zinstragenden Kapitals. (vergl.: http://www.marx-forum.de/marx-lexikon/lexikon_w/wucher.html)

VI.

Neben das Wucherkapital tritt im „sterbenden“ Kapitalismus Lenins noch eine weitere ökonomische Besonderheit:

„Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist und faktisch eine Monopolstellung einnimmt, zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf.“ Lenin Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 808

Bei Lenin tritt also - im Unterschied zu Marx – neben Profit, Zins und Grundrente, die alle aus dem Mehrwert abgeleitete Formen sind, ein „Tribut“, den das Finanzkapital „der gesamten Gesellschaft“ auferlegt. Offenbar sieht er in diesem „Tribut“ den Wucher, weil beides ja im Zusammenhang z. B. mit Staatsanleihen steht. Die Staatsanleihe selbst ist aber zunächst einmal nichts anderes als ein Kredit, den Staaten an den Finanzmärkten aufnehmen. Wie jeder Kredit wirft auch die Staatsanleihe einen Zins für die Anleger ab, die die Staatsanleihe kaufen. Die gekaufte Staatsanleihe ist dann ein handelbares Wertpapier. Dass dem „Wucher“ bei den Zinsen für Staatsanleihen Grenzen gesetzt sind, zeigt die aktuelle Entwicklung genauso, wie die Tatsache, dass der Kauf von Staatsanleihen keineswegs „stets zunehmende Profite“ garantiert. Es ist alles doch wohl ein wenig komplizierter. Tatsächlich kaufen Anleger momentan Staatsanleihen etwa von Deutschland, selbst dann, wenn sie gar keinen Profit (Zins) abwerfen. Sie meiden dagegen Staatsanleihen von Ländern wie Griechenland, Spanien etc., die einen sehr hohen Zins versprechen. Jeder Zins beinhaltet auch einen Risikoaufschlag für möglichen Ausfall der Rückzahlung des Kredits wegen Zahlungsunfähigkeit der Kreditnehmer, in diesem Fall der Staaten. Wer bereit ist, ein hohes Risiko einzugehen, der darf auf hohe Zinsen („Wucher“) hoffen; wenn er bereit ist großen Verlust zu riskieren. Es zeigt sich auch in diesem Kontext wieder, dass das moderne Kreditsystem ganz auf den Säulen der kapitalistischen Produktionsweise beruht. Es ist letztlich die Konkurrenz der „Realökonomie“, die bestimmt, welche Zinsen die Staaten für ihre ausgegebenen Anleihen zu zahlen haben. Die Staaten mit „Realwirtschaften“, die Verlierer in der Konkurrenz sind, müssen die höchsten Zinsen zahlen. Die Gewinner die geringsten oder gar keine. Wenn sie gar keine Zahlen müssen, zeigt das wiederum nicht die Macht, sondern die Ohnmacht „des Finanzkapitals“. Das sitzt nämlich auf jede Menge fauler Papiere und hat Angst vor größerem Verlust, bis hin zum Existenzverlust. (Allerhand Beispiele fallen mir dazu

ein.) Daher kaufen sie lieber Staatsanleihen von den Gewinnern der „realwirtschaftlichen“ Konkurrenz und nehmen sogar kompletten Profit(Zins)ausfall in Kauf, um Verlust zu vermeiden. Die „realwirtschaftlichen“ Verliererstaaten hingegen haben trotz dieses Versprechens auf hohe Zinsen Schwierigkeiten, sich zu refinanzieren, weil „das Finanzkapital“ ihre Anleihen verschmäht. Von wegen „Wucher“ und „stets zunehmende Profite“ im Geschäft mit Staatsanleihen! Diese Wechselwirkungen von Verwertung des Industriekapitals, Verwertung des fiktiven Kapitals etc. sind es wert genauer untersucht zu werden, was in diesen knappen Thesen aber nicht geschehen soll.

VII.

Lenins „Imperialismustheorie“ ist in jeder Beziehung ein Bruch mit der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, sowohl methodisch als auch inhaltlich. Er nimmt sich eins der von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze – Konzentration und Zentralisation des Kapitals – untersucht seine aktuellen Resultate – hauptsächlich an Hand der Daten eines Landes – und konstruiert daraus einen neuen Kapitalismus. Selbst wenn es gesetzmäßig zu einer „Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital“ durch Beteiligung der Banken an Industrieunternehmen überall käme, würde das inhaltlich nichts ändern am typischen Kreislauf des Industriekapitals und am typischen Kreislauf des Geldkapitals (vergl. Kapital Bd. II, den meist „übersehenen“ Band des Kapitals!) Die Industrieunternehmen verwerteten sich weiter durch direkte Ausbeutung von Lohnarbeit, das Geldkapital verwertete sich weiter durch den Zins usw. „Das Kapital schlechthin“ bliebe dominant. Typisch für Lenin und viele moderne Kritiker des „Finanzkapitalismus“ ist, dass sie die Verselbständigungen des Werts im Kapital in ihrer Erscheinung nehmen und sie nicht mehr ableiten (lateinisch: derivare=ableiten). Die „Derivate“, die tatsächlich ihr „Eigenleben“ führen, ihre eigenen Kreisläufe entwickeln, bleiben aber immer Derivate, in welcher von der Mehrwertproduktion entfernten Form auch immer. Alle „Derivate“ sind nichts als Wertformen. Sofern sie Kapital sind und sich verwerten, bleiben sie abhängig von der Produktion des Mehrwerts. Bei Marx beginnt die Ableitung der Verselbständigungen schon beim Geld, das nichts ist als die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren. Der Begriff der Verselbständigung ist zentral in seiner ganzen Kritik der politischen Ökonomie. Jede neue Stufe der Verselbständigung des Werts in seinen verschiedenen Formen provoziert bei ihm „die Ableitung“. Anders bei Lenin und der durch ihn „begründeten“ neuen Kritik der politischen Ökonomie. Da geht es vorrangig um „Herrschaft“ und „Macht“, die den neuen Formen, Verselbständigungen zukommt. „Macht“ und „Herrschaft“, die sie angeblich ausüben über die Mehrwertproduktion und die Gesetze, die sie regeln. Die Kritik der ökonomischen Kategorien selbst verliert ihre Bedeutung. Am Schluss steht nicht mehr der Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert der durch das Kapital verallgemeinerten Warenproduktion, sondern der Widerspruch zwischen „Realökonomie“ und „Finanzkapital“.

Robert Schlosser Juni 2012

Ergänzung 1: Praktische Konsequenzen

All die nur kurz angesprochenen Aspekte einer wissenschaftlichen Ökonomiekritik haben praktisch-programmatische Konsequenzen.

Lenin konstatierte das Ende der „freien Konkurrenz“ und die Herrschaft des Monopols. Er ging noch weiter und behauptete, dass das Monopol sich zum Staatsmonopol entwickeln müsse. Mit dem Staatsmonopol sei die ökonomische Grundlage des Sozialismus geschaffen. Wo

Grundlegende Verständnisfragen

dieses Staatsmonopol oder der staatsmonopolistische Kapitalismus noch nicht geschaffen sei, müsse nach einer Revolution die „proletarische Staatsmacht“ einen solchen Staatskapitalismus einführen, damit alle Arbeiter und Angestellten bei einem Staats'syndikat' beschäftigt würden. Die Partei müsse dann die Produktion leiten und ihre Diktatoren einsetzen, weil Großproduktion ohne Unterordnung des Willens von tausenden unter den Willen einzelner nicht funktionieren könne. (Dumm nur, dass durch die Privatisierungssorgen des Kapitals mittlerweile in hoch entwickelten kapitalistischen Ländern die Staatsmonopole als ökonomische Grundlage des Sozialismus aufgelöst wurden.) Lucas Zeise meint abschließend in seiner Kritik an Sandleben:

„Marxisten sollten der im Alltagsbewußtsein der Menschen mittlerweile weitgehend akzeptierten These von der Vorherrschaft des Finanzkapitals nicht widersprechen, sondern detailliert aufzeigen, wie sich die staatliche Förderung des Finanzkapitals vollzieht und wie sie im Einzelnen und Allgemeinen zu verhindern ist.“

Darum also soll es jetzt gehen: die staatliche Förderung des Finanzkapitals im Einzelnen und Allgemeinen zu verhindern! Ein großes Ziel sozialer Emanzipation, basierend auf „radikaler“ Kritik an der „Herrschaft des Finanzkapitals“. (Wieso das Finanzkapital "im Einzelnen und Allgemeinen" überhaupt staatlicher Förderung bedarf, wo es doch "im Einzelnen und Allgemeinen" alles beherrscht, das würde ich auch gern mal erfahren.) Die Orientierung an Lenins Imperialismustheorie führt eben entweder schnurstracks zum realen „Staatssozialismus“, zur „antimonopolistischen Demokratie“ (alte DKP) oder zur „Verhinderung staatlicher Förderung des Finanzkapitals“. Sie führt nicht zu einer antikapitalistischen Programmatik und Praxis, die der „Herrschaft des Kapitals schlechthin“ ein Ende setzen könnte. Mit dem Bochumer Programm wurde hier im Forum ein Vorschlag entwickelt, der sich von solchen Perspektiven grundsätzlich unterscheidet und Zielen sozialer Emanzipation verpflichtet ist.

Ergänzung 2: Anmerkungen zu Monopolpreisen- und profiten

Je entwickelter die gesellschaftliche Arbeitsteilung je stürmischer die Entwicklung neuer Produkte, desto flüchtiger wird jede Art von Monopol. Aktuelles Beispiel Microsoft: Microsoft ist ein Monopolist für Betriebssysteme auf Desktop PCs und klassischen Notebooks. Der Umsatz mit diesen Geräten bricht weg und damit die Bedeutung des Monopols für Betriebssysteme auf diesen Geräten. Tablets und Smartphones ziehen immer mehr Kaufkraft auf sich, die die Leute für „Rechner“ ausgegeben haben. Apple und Google haben mit ihren Betriebssystemen die Nase mit großem Abstand vorn und Microsoft tragt vorerst mit mäßigem Erfolg hinterher. Monopole sind relativ stabil bei „Stagnation“, bei wenig Dynamik, weil Monopole sich immer auf bestimmte Waren, deren Angebot und Nachfrage beziehen. Jedes neue Produkt, dem es gelingt, Kaufkraft auf sich zu ziehen, bedroht bestehende Monopole. Dieser Prozess ist in einer kapitalistischen Gesellschaft mit spontan sich entwickelnder Arbeitsteilung von niemandem wirklich zu kontrollieren und zu „beherrschen“. Er kann überhaupt nur durch staatliche Verbote begrenzt werden.

Es gibt Angebots- und Nachfragemonopole. Angebotsmonopole sind Preistreiber (Monopolpreise), Nachfragemonopole sind Preisdrücker. Besonders letztere sorgen für Umverteilung des Mehrwerts von kleinen Kapitalen hin zu großen, „marktbeherrschenden“ Kapitalen. Beides spielt überall, in nahezu jedem einigermaßen entwickelten Industriebetrieb eine Rolle. Als Redakteur des QM-Handbuches und Interner Auditor - jeder Kommunist sollte in „seinem“ Betrieb so eine Art „interner Auditor“ zwecks Untersuchung sein. :-)) - habe ich einen sehr guten Einblick, wie das läuft: Die Ware, die bei „uns“ produziert wird ist sehr komplex und es

werden viele Teile zugekauft. Der Einkauf muss jedes Jahr „savings“ in bestimmter Größe erzielen, sagen wir mal 10%. Für jedes Zukaufteil muss er mindestens 3 Angebote einholen. Und dann geht das los. Gibt es mehrere Anbieter für ein solches Zukaufteil und darunter etwa einen, der fast seinen gesamten Umsatz mit „uns“ macht, dann haben „wir“ ein Nachfragemonopol und entsprechend wird der Preis gedrückt. Gibt es nur einen Anbieter für das Zukaufteil und „unser“ Umsatz mit dem ist gering, dann funktioniert das gar nicht. Umgekehrt kann dieser Anbieter „uns“ gegenüber einen ziemlich hohen Preis (Monopolpreis) durchsetzen. Ich habe das genau recherchiert und war selbst mehrfach Zeuge solcher Preisverhandlungen. Die Bildung von Monopolpreisen oder von Dumpingpreisen sind Alltag der Konkurrenz und gehen in die Ausgleichsbewegung ein. Das besagt eigentlich nichts anderes, als das die Preise über oder unter Wert liegen. 3. Beispiel Autoindustrie: Im Auto stecken sehr viel Vorprodukte, die nicht vom Autoproduzenten selbst erzeugt werden. Ich nehme mal nur 2 heraus, um einen bestimmten Zusammenhang deutlich zu machen: Erze für die Stahlerzeugung und die Stahlerzeugung inkl. Erzeugung der Bleche für das Auto. Beide Bereiche seien monopolisiert. Dann passiert folgendes: Die Stahlerzeuger müssen den Erzlieferanten einen Monopolpreis zahlen. Die Autoproduzenten müssen den Blechlieferanten einen Monopolpreis zahlen. Sofern hier also ein „Tribut“ gezahlt werden muss, zahlt ihn nicht die gesamte Gesellschaft, sondern die Monopole zahlen sich wechselseitig einen Tribut. Der Monopolpreis des Erzlieferanten geht ein in den Kostpreis der Stahl- bzw. Blechproduzenten, die Monopolpreise von Erz- und Blechproduzenten gehen ein in den Kostpreis des Autoproduzenten. Das treibt den Preis für das Auto. Der Autoproduzent hat aber als Nachfragemonopol die Macht gegenüber anderen Lieferanten, die teils 100% ihres Umsatzes mit ihm abwickeln, deren Preise zu drücken. Wäre das nicht der Fall, müsste der Autoproduzent die Monopolpreise für Erz und Blech 1 zu 1 im Preis für das Auto fortschreiben. Der Autoproduzent hätte vermutlich die Arschkarte gezogen, weil er seine Autos zu „Monopolpreisen“ kaum verkaufen könnte. Der Tribut der ganzen Gesellschaft bestünde eher darin, dass erhebliche Teile der lohnabhängigen Käufer des Autos, auf ein Auto verzichten müssten. Es sei denn, die lohnabhängigen Käufer hätten auch einen Monopolpreis für den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft erzielt. Dann aber würde sich der ganze „Monopolprofit“ in Luft auflösen ... oder eben in allgemeiner Inflation.

Kurzes Fazit:

Monopolpreise und Monopolprofite ändern nichts an der Masse der unbezahlten Mehrarbeit, die das Kapital sich aneignen kann. Monopolpreise können nur dazu dienen, den Mehrwert unter den Kapitalisten umzuverteilen. Sofern erfolgreich und nicht in allgemeiner Inflation endend, realisieren sich die Kapitale wechselseitig die tatsächlichen Monopolprofite. Kommt es aber zur allgemeinen Inflation ist die Entwertung des Geldes in der Tat ein „Tribut“, den die ganze Gesellschaft zahlt, inkl. der Monopole selbst. So what? Wie gesagt, fertig bin ich mit dieser Problematik noch nicht, aber dieses ganze Gerede vom Monopolkapitalismus, der den Kapitalismus der freien Konkurrenz ersetzt habe, geht mir ziemlich auf den Keks. Und schließlich: welche politischen Konsequenzen sollten wir aus der Umverteilung des Mehrwerts ziehen??? Partei für die kleinen Kapital ergreifen??? Zu mehr wäre die ganze Monopolkacke wohl kaum nütze.

Das Industriekapital ein Opfer von Gier und Maßlosigkeit der Banken und des Handelskapitals?

I.

Folgt man einer bestimmten Sorte von linker Kapitalismuskritik, dann gilt es, die „Herrschaft des Finanzkapitals“ über die „Realwirtschaft“ zu brechen. Dies verlange Kontrolle des Finanzkapitals. Was die Lohnabhängigen davon hätten?

Man stellt in Aussicht, dass solch schwere Krisen, wie die von 2008/2009 nicht mehr stattfinden und folglich die verheerenden sozialen Folgen vermieden werden könnten. Die „Finanzkrise“ selbst wird auf die „Herrschaft des Finanzkapitals“ über die „Realwirtschaft“ zurück geführt, auf Maßlosigkeit und Gier des Finanzkapitals.

Solche Art Kapitalismuskritik lässt sich weiter treiben. Schaut man sich die „Realwirtschaft“ genauer an, dann lassen sich wieder unterschiedliche Sorten von Kapital ausmachen: vor allem das Handels- und das Industriekapital. So, wie das Finanzkapital der „Realwirtschaft“ im Nacken sitzt, so sitzt das Handelskapital dem Industriekapital innerhalb der „Realwirtschaft“ im Nacken. In bestimmten Branchen lässt sich konkret zeigen, wie das große Handelskapital den zu liefernden Industriekapitalen Lieferbedingungen aufzwingt, die in der Produktion maßlose Ausbeutung und Umweltzerstörung nach sich ziehen.

II.

Zum Beispiel Bekleidungsindustrie:

„Entgegen der kapitalintensiven Produktion in der Textilindustrie ist die Bekleidungsindustrie durch eine generell hohe Arbeitsintensität gekennzeichnet. Die Möglichkeiten der Automatisierung sind durch die so genannte „biegeschlaffe“ Beschaffenheit der zu verarbeitenden textilen Vormaterialien, die unterschiedlichen Eigenschaften der Oberflächen verschiedener Textilien sowie die teilweise kleinen Losgrößen, die durch die Modevielfalt bedingt sind, stark eingeschränkt. Bereits in den frühen 70er Jahren des letzten Jahrhunderts waren hier die Grenzen der Automatisierung der bekleidungsindustriellen Produktion erreicht, sodass die Auslagerung der arbeitsintensiven Konfektionierung in das lohnkostengünstigere Ausland einsetzte. Bot die westdeutsche Bekleidungsindustrie in der Bundesrepublik 1973 noch 360.000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz, waren im Jahr 2002 in Gesamtdeutschland nur noch 55.000 Personen beschäftigt, und es kann davon ausgegangen werden, dass weitere 250.000 Beschäftigte im Ausland auf der Lohnliste deutscher Unternehmen stehen. Diese Entwicklung macht die massive Produktionsverlagerung der lohnintensiven Teile der Bekleidungsindustrie, d.h. die eigentliche Produktion, in Niedriglohnländer seit Anfang der 70er Jahre deutlich.“ (Matthias Grüger, „Die Vertikalisierung der Textilwirtschaft durch Handelsmarken- Produktdesignteams, Shop-in-Shop- und Concession-Konzepte , Überlegungen zur Variation der Arbeitsteilung zwischen Bekleidungsindustrie und Handel “, Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln 2007, <http://kups.ub.uni-koeln.de/2141/>)

Vormarsch der Giganten

„Entwicklungsländer haben seit den 1950er Jahren die arbeitsintensive Textil- und Bekleidungs-

das-trie als Einstieg in eine exportorientierte, nachholende Industrialisierung genutzt. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beschäftigte diese Industrie 2004 knapp 30 Millionen Menschen weltweit. Die Zahl der informell Beschäftigten dürfte deutlich darüber liegen. ...

In der EU sind noch rund 176.000 Unternehmen in dieser Branche tätig, in China etwa 50.000. Doch sie stehen in wachsendem Maße unter dem Druck und dem Preisdiktat globaler Handelshäuser und -ketten. Einige von ihnen wie Adidas haben früher selbst Kleidung hergestellt, organisieren jetzt aber nur noch als beherrschende Glieder ein globales Produktionsnetzwerk. Wo, was, wie viel und zu welchem Preis produziert wird, bestimmt eine immer kleinere Zahl solcher großer Anbieter in den Hauptabsatzmärkten. Sie sind die wirklichen Profiteure der Liberalisierung. Ihr Handlungsspielraum hat sich enorm vergrößert. Sie vergeben ihre Aufträge dorthin, wo der Preis und die Qualität stimmen.

Da die Hauptabsatzmärkte gesättigt sind und deshalb immer schnellere Modewechsel erforderlich sind, um mehr zu verkaufen, verkürzen sich auch die Lieferzeiten. Das wiederum führt in den Lieferländern zu einer zunehmenden Verschränkung von formeller und informeller Produktion: Die direkten Lieferanten fangen Auftragsspitzen mit Hilfe von Sublieferanten auf, die zum Teil formell, zum Teil informell in kleinen Klitschen und in Heimarbeit arbeiten. Dicken spricht von einer händlergesteuerten Lieferkette im Unterschied zu producentengesteuerten Lieferketten wie der Automobilindustrie.

China beliefert die ganze Welt

Die Liberalisierung im Textil- und Bekleidungshandel hat die Welthandelsströme umgeleitet. Sie konzentrieren sich zunehmend auf Asien, wie der WTO-Vergleich der zehn größten Bekleidungs-Exporteure zeigt. 2007 wuchs der Wert des Weltbekleidungshandels um 12 Prozent auf 345 Milliarden US-Dollar (Textilien: 238 Milliarden US-Dollar), der Wert der chinesischen Bekleidungsexporte wuchs sogar um 21 Prozent auf 115 Milliarden US-Dollar. Der chinesische Anteil am Welttextilmarkt ist von 13,5 Prozent im Jahr 2002 auf 23,5 Prozent im Jahr 2007 gestiegen.

China hat also, anders als vor 2005 vermutet, noch nicht die Hälfte des globalen Textil- und Bekleidungsmarktes erobert. Doch zeigen die Entwicklungen im EU-Markt 2008 und im US-Markt im ersten Quartal 2009, dass das chinesische Wachstumspotenzial noch nicht ausgeschöpft ist: Der Anteil Chinas an den Textil- und Bekleidungseinfuhren Deutschlands ist von Januar bis September 2008 im Vergleich zum Vorjahr von 24 auf 26,2 Prozent gestiegen. China hatte bereits zwischen 2004 und 2007 enorme Wachstumsraten im EU-Markt verzeichnet: Im Bereich Textil erhöhten sich die Einfuhren von 18,5 Prozent auf 26 Prozent, im Bekleidungssektor von 25,6 Prozent auf 37,7 Prozent. Für die USA gilt seit Januar 2009 vergleichbares: Die chinesischen Importe stiegen im ersten Quartal 2009 um bis zu 36 Prozent. Durch die Wirtschaftskrise schrumpften zwar die Textil- und Bekleidungsexporte Chinas Anfang 2009 deutlich (das chinesische Konjunkturprogramm federte mit Hilfen für die Branche den Einbruch ab, was von der US-amerikanischen Textil- und Bekleidungsindustrie bereits als Exportsubventionierung angeprangert wurde). Doch hat China weiterhin die besten Karten auf diesem Markt. Das zeigen auch Zahlen für Afrika: Bis Mitte 2006 ist der chinesische Anteil an den Textil- und Bekleidungsimporten Südafrikas auf 75 Prozent gestiegen. ...

Die Discounter sind auf dem Vormarsch und gehören zu den führenden Anbietern von Textilien und Bekleidung. Aldi wird bereits seit 1987 auf der Liste der größten Anbieter geführt; mittlerweile sind Lidl, Tchibo, Tengelmann (mit Kik und Plus, wobei Plus seit Ende 2008 zu Edeka gehört) und andere nachgerückt. Insbesondere der Discounter Kik macht seit einigen Jahren den „alten“ Discountern Konkurrenz

Warum dieser Trend so bemerkenswert ist, formuliert eine neue Studie der internationalen Kampagne für Saubere Kleidung in aller Deutlichkeit: Das Spezielle an Wal-Mart, Tesco, Carrefour, Lidl und Aldi

Grundlegende Verständnisfragen

„ist ihre Größe: ihre globale Reichweite und ihre großen Marktanteile in vielen Ländern. Diese Giganten erledigen ihr Geschäft, indem sie ihre Zulieferer dominieren und sie dazu bringen, niedrigere Preise anzubieten.“ Der Studie zufolge tragen die Arbeiterinnen und ihre Familien die Kosten dafür, dass die Giganten ihre Bekleidungslieferanten auf niedrigere Preise und schnellere Umschlagszeiten drängen ...

Die „Discounterisierung“ des Marktes verschärft die Preiskonkurrenz und somit die Kostensenkung in der Produktion - zu Lasten der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Konsumenten in den Hauptabsatzmärkten profitieren hingegen von fallenden Preisen infolge der „Discounterisierung“. Der Umsatz mit Textilien und Bekleidung in Deutschland ist zwischen 1995 und 2007 von 65 Milliarden Euro auf 60,8 Milliarden Euro gesunken. Entsprechend ist der Anteil der Bekleidung an den gesamten Konsumausgaben der Haushalte gesunken. Weniger als jeder zwanzigste Euro des privaten Konsums wird für Bekleidung ausgegeben - mit leicht fallender Tendenz in den vergangenen Jahren. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird den Wettlauf um Kostensenkung und Konzentration im internationalen Textil- und Bekleidungshandel vermutlich verschärfen.“ (<http://www.welt-sichten.org/artikel/art-...r-giganten.html>)

III.

Armes Industriekapital! Bedrängt durch Finanzkapital und Handelskapital! Um „gute (Lohn-)Arbeit“ zu bekommen, muss nicht nur die Macht des Finanzkapitals beschnitten werden, sondern auch die Macht des Handelskapitals. Die eine Kontrolle verhindert dann die Krisen, die andere elende Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung. Alles könnte so schön sein in der kapitalistischen Marktwirtschaft, wenn man nur Gier und Maßlosigkeit von Banken und Handel zügeln würde! Ist das Kapital erstmal sauber unterteilt in die Herrschaftsbereiche verschiedener Sorten von Kapital, der allgemeine Begriff vom Kapital und seiner Reproduktion ausgelöscht, dann bleibt vom Verständnis und der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise selbst nicht mehr viel übrig. Der Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit erscheint dann als das originäre und zu korrigierende Ergebnis des zinstragenden Kapitals und des Handelskapitals.

Schaut man sich die Sache unter Berücksichtigung der Mehrwerttheorie an, dann stellen sich die Zusammenhänge anders dar. Finanzkapital wie Handelskapital erscheinen dann bloß als verselbständigte Funktionen innerhalb des Reproduktionsprozesses von produktivem Kapital, also innerhalb der Produktion und Realisierung von Mehrwert. (Vergl. Kapital Bd. II „Die Metamorphosen des Kapitals und ihr Kreislauf“) Als zu besonderen Kapitalen verselbständigte Funktionen des produktiven Kapitals existieren Finanzkapital und Handelskapital nur, indem sie einen Teil des Mehrwerts für sich realisieren und zugleich einen effektiven Beitrag leisten zur erweiterten Reproduktion des Gesamtkapitals. Ihren Profit realisieren sie in den besonderen Kreisläufen des Geld- und Warenkapitals in Form von Zins und kommerziellem Profit als verwandelten Formen des Mehrwerts, als Anteil an diesem Mehrwert.

In diesen Verselbständigen des Zusammenhörigen (das produktive Kapital muss innerhalb seines Reproduktionsprozesses abwechselnd bestimmte Formen annehmen und wieder abstreifen) liegen zugleich die Möglichkeiten der Störung, in der sich die Einheit des Zusammengehörigen sozusagen gewaltsam Geltung verschafft.)

Als Spezialisten für Warenabsatz, Vermarktung, und für die Verwandlung von Geld in Leihkapital scheint Banken und Handelsketten die „Herrschaft“ über das Industriekapital geradezu in den Schoß zu fallen, können sie doch einzelnen Industriekapitalen Bedingungen diktieren. Aus Sicht der angesprochenen Kapitalismuskritik scheint demzufolge aller Druck auf die

Lohnabhängigen, die Unsicherheit und Prekarität ihrer Existenz, von großen Handelsketten und Banken auszugehen. Tatsächlich bleibt Handelskapital und Bankkapital vollständig abhängig von der Produktion des Mehrwerts und ihr Druck, den sie innerhalb der Konkurrenz auf das Industriekapital ausüben ist nichts, als der konkrete Ausdruck des Strebens nach maximaler Verwertung von Wert, das den Gesamtproduktionsprozess bestimmt. Sofern das Bankkapital an die Vergabe von Krediten Bedingungen knüpfen kann, sofern das Handelskapital an den Ankauf von Waren Bedingungen knüpfen kann, erscheinen beide als Herrscher über das Mehrwert erzeugende Industriekapital. Sofern das Bankkapital seinen Profit als Zins realisiert, sofern das Handelskapital seinen Profit als kommerziellen Profit realisiert, bleiben beide jedoch vollständig abhängig von der kapitalistischen Warenproduktion selbst und von den Einkommen (Profit und Lohn), die innerhalb dieser Warenproduktion entstehen.

Unterstellen wir mal, dass die vielen kleinen Hausbesitzer in den USA ab 2007 nicht zahlungsunfähig, sondern zahlungsunwillig gegenüber den Banken gewesen sind. An der ökonomischen Wirkung hätte das ja nichts geändert, weil die „Finanzkrise“ auch dann mit den gleichen Resultaten ausgebrochen wäre. Was hätten unsere Macht- und Herrschaftstheoretiker dann erklärt? Die „Herrschaft der kleinen Leute“ über das Finanzkapital? Dass man die „Herrschaft der kleinen Leute“ beenden und sie sozial kontrollieren muss? Dass hinter der „Herrschaft des Finanzkapitals“ die „Herrschaft der kleinen Leute“ steht? In der ständigen Neuzusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals durch Entwicklung besonders der internationalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung erkennen und kritisieren manche linken Kritiker nur noch die Herrschaft eines Kapitals über ein anderes Kapital. Das praktische Bestreben geht folgerichtig dahin, die Herrschaft von Kapital über Kapital zu brechen oder einzuschränken. Das Bestreben nach sozialer Emanzipation bleibt dagegen stecken in Forderungen nach UmFairTeilen und FairTrade.

IV.

In der letzten LunaPark21 kommentiert W. Wolf eine Statistik („Global 500“) des US-Wirtschaftsblattes „Fortune“, die Umsatz und Profite der 500 größten Konzerne auf der Welt (sortiert nach Branchen) 1999 und 2011 vergleicht. Er stellt u.a. fest:

„Überraschend ist die Tatsache, dass der Finanzsektor zwar auch erheblich wuchs, jedoch unterproportional wuchs und damit deutlich an Gewicht verlor – und zwar beim Anteil an den addierten Umsätzen ebenso wie beim Anteil an den Profiten.“

Seine Überraschung hält jedoch nicht lange an:

„Nun sprechen alle Anzeichen für das Gegenteil: Der Finanzsektor wuchs in der genannten Periode überproportional zum sonstigen Wachstum. Des Rätsels Lösung: Das überproportionale Wachstum der „Finanzindustrie“ fand vor allem in den Bereichen statt, die von dieser Statistik nicht erfasst werden: bei den Hedge Fonds, den Private Equity Gesellschaften, den sonstigen Fonds und den Schattenbanken aller Art.“

Damit ist die Welt des Autors wieder in Ordnung und er kann abschließend feststellen:

„Eine Alternative ist notwendiger denn je – und diese Alternative bekommen wir nicht, ohne die real herrschende Wirtschaftsweise grundsätzlich in Frage zu stellen, nicht ohne die Eigentumsfrage bei den Konzernen der Global 500 und bei den hinter diesen stehenden Finanzkonzernen zu stellen.“

(lunapark21, Heft 19, S. 13ff)

Zur erkannten Weltordnung des Autors gehört eben, das „hinter“ den großen Konzernen der

Grundlegende Verständnisfragen

kapitalistischen Warenproduktion (Öl/Bergbau/Rohstoffe, Autoindustrie, Chemie, Pharma, Stahl/Maschinenbau, Flugzeugbau, Rüstung, Nahrung/Genuss, Elektro/Elektronik/PC/Software, Bau, Telekommunikation, Energie usw.) noch etwas steht – oder soll man sagen „steckt“?: die Finanzkonzerne. Warum die Finanzkonzerne angeblich hinter den Konzernen der „Realwirtschaft“ stehen und nicht die Konzerne der „Realwirtschaft“ hinter den Finanzkonzernen, das erklärt der Autor in diesem Artikel nicht. Geht man davon aus, dass der Zins nur Form und Teil des Mehrwerts ist, dann stehen die Konzerne der „Realwirtschaft“ hinter den Finanzkonzernen. Lässt man sich von den Verselbständigungen von Funktionen des produktiven Kapitals blenden, dann stehen die Finanzkonzerne hinter den Konzernen der „Realwirtschaft“.

Ferner: Wenn man eine andere „Wirtschaftsweise“ will, dann reicht es nicht, die bestehende Wirtschaftsweise und die Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen! (Wer soll da denn wem die Fragen stellen?) Die Fragen nach einer anderen „Wirtschaftsweise“ und nach anderen Eigentumsverhältnissen sind objektiv durch die sozialen und ökologischen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise gestellt. Man muss sie subjektiv beantworten und man muss speziell die Frage nach den Eigentumsverhältnissen nicht nur beantworten für die „Konzerne der Global 500“ und der angeblich hinter ihnen stehenden Finanzkonzerne. Das greift erheblich zu kurz und legt den Verdacht nahe, dass diese Konzerne verstaatlicht werden sollen, was eine Aneignung durch die unmittelbaren ProduzentInnen eher ausschließt. Allein in der Aneignung der gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion durch die unmittelbaren ProduzentInnen liegt die Perspektive einer alternativen „Wirtschaftsweise“ und der sozialen Emanzipation. Wenn eine solche Perspektive heute unter den LohnarbeiterInnen nicht mehrheitsfähig ist, dann ist das kein Grund, sich nicht um die Beantwortung der objektiv aufgeworfenen Fragen zu kümmern, oder sie im Sinne von „Staatssozialismus“, „Sozialstaat“ etc. zu beantworten.

Abschließend:

Die überwältigende Mehrheit der LohnarbeiterInnen leistet weltweit ihre unbezahlte Mehrarbeit in der „Realwirtschaft“. Die angeblich „dahinter“ stehende „Finanzindustrie“ beschäftigt nur einen kleinen Bruchteil davon. Der ständige Fokus auf diese „Finanzindustrie“, ihre Umsätze und Gewinne mit fiktivem Kapital – so groß sie auch sein mögen, so bedeutend dieses fiktive Kapital auch für die Reproduktion des Gesamtkapitals geworden sein mag – desorientiert letztlich jeden sozialen Widerstand, weil die soziale Emanzipation (Selbstbefreiung!) der großen Masse der LohnarbeiterInnen nicht einmal mehr zum Thema gemacht werden kann. Die hervorgehobene Kritik am Finanzkapital endet immer in einer Reform des Systems der Lohnarbeit mit Hilfe politischer Macht. Denn wie sollte die überwältigende Mehrheit der LohnarbeiterInnen weiter LohnarbeiterInnen der „Realwirtschaft“ bleiben und das Finanzkapital kontrollieren? Die Antwort ist klar: mit Hilfe des Staates, mit Hilfe von Stellvertretern, Politikern, die das Finanzkapital im Interesse der LohnarbeiterInnen kontrollieren und für UmFair-Teilung sorgen.

Die Macht, die großen Banken und Handelsketten zugewachsen ist, ist ein notwendiges Produkt der sich immer weiter ausdifferenzierenden kapitalistischen Produktionsweise (gesellschaftliche Arbeitsteilung), sie ist ein notwendiges Produkt der Entwicklung von Mehrwertproduktion selbst und trägt dazu bei, die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit zu forcieren. Sie als zu korrigierende „Fehlentwicklung“ misszuverstehen, bedeutet, den Widerstand gegen das Kapital auf eine sozialstaatliche Reform und Regulation zu orientieren und sich von der sozialen Emanzipation zu verabschieden.

"Comeback der Industrie"?

"Comeback der Industrie" überschreibt die Frankfurter Rundschau einen Artikel in ihrer Ausgabe vom 28.10.2012. Darin heißt es:

„Vorwärts in die Vergangenheit: Wenn es um Zukunftsbranchen geht, dann sprechen Politiker und Ökonomen heute nicht mehr von der Internet- und Dienstleistungswirtschaft. Stattdessen besinnen sie sich auf die Basis: die Industrie. In den USA beruht der Aufschwung auf dem Verarbeitenden Gewerbe, in Griechenland zeigt allein die Industrie Lebenszeichen, Frankreichs Regierung stützt ihre Autobauer, und die EU hat ein Programm aufgelegt, das einen jahrzehntealten Trend stoppen soll: die Deindustrialisierung Europas. Deutschland mit seinen exportstarken Industriegiganten gilt dabei als Vorbild.“

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/weltwirtschaft-comeback-der-industrie,1472780,20732586.html>

Man hatte ganz übersehen - und besinnt sich jetzt -, was die Dynamik der kapitalistischen Welt auch zu Zeiten der höchsten Blüte von Finanzspekulationen und beeindruckenden Volumen- und Wachstumswahlen des fiktiven Kapitals in den 1990iger Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends, wirklich bestimmte: die industrielle Entwicklung der BRIC-Länder, allen voran Chinas!

China ist in einem beispiellosen Tempo zur zweitgrößten kapitalistischen Wirtschaft geworden. Seine stürmische Industrialisierung entwickelt einen Heißhunger nach Energie und Rohstoffen, sowie nach Maschinen und Anlagen (somit natürlich auch nach Krediten!). Kein Wunder also, dass die Wirtschaft, die den Weltmarkt für Maschinen und Anlagen seit langem dominiert (Deutschland) davon besonders profitiert!

Chinas erfolgreiche Industrien produzieren dagegen vor allem billige Konsumgüter für die alten kapitalistischen Metropolen. (In den USA liegt der Anteil des privaten Konsums am BIP bei ca. 70% in der EU bei ca. 57%. Lohnende Märkte also.)

Die nach wie vor starke Nachfrage nach billigen Konsumgütern in den alten kapitalistischen Metropolen war und ist eine Bedingung für die Industrialisierung Chinas (auch wenn diese private Endnachfrage geringes Wachstum ausweist und besonders in den USA durch starke private Verschuldung finanziert ist). Umgekehrt ist die Industrialisierung Chinas - aber auch das industrielle Wachstum in der anderen BRIC-Staaten - bzw. die davon ausgehende Nachfrage auf den Weltmärkten nach Maschinen und Anlagen etc., Bedingungen für ökonomisches Wachstum in den alten Zentren - soweit sie über entsprechende industrielle Produktion verfügen!

Es gibt kein „Comeback der Industrie“. Die Bedeutung des industriellen Kapitals (als produktives, Mehrwert produzierendes Kapital) gegenüber Handelskapital und Bankkapital hat sich nie geändert. Es war insofern immer „dominant“ oder „antreibend“. Handels- und Bankkapital sind seine Produkte, also bloß verselbständigte Funktionen. Möglicherweise aber werden manche Linke demnächst wieder ein neues „Akkumulationsregime“ erkennen, dominiert oder angetrieben von der Industrie, oder besser noch der „Realwirtschaft“.

In der gleichen Ausgabe der Frankfurter Rundschau steht auch ein Artikel, die Banken betreffend. Darin heißt es unter der Überschrift „Kahlschlag bei der UBS“:

„Das Investmentbanking gehörte bislang zu den prestigeträchtigen Bankgeschäften. Die Banker mit Sitz in London oder New York waren mächtig innerhalb der Finanzinstitute. Nun zeigen Berechnungen des

Grundlegende Verständnisfragen

Analysehauses Faïresearch, dass bei mindestens drei bedeutenden Geldhäusern der Glanz der Investmentabteilungen mehr Schein als Sein war.

Aktionäre mussten Kapital zuschießen

Die Expansion der Deutschen Bank ins globale Investment Banking seit 1999 hat bei weitem nicht die Gewinne und Wertsteigerungen für die Aktionäre gebracht, die das Management versprochen hat“, erklärt Analyst Dieter Hein. „Im Gegenteil, die Aktionäre mussten netto Kapital zuschießen und haben massiv an Vermögen verloren.“ Dem Investmentbanking sei es noch nicht einmal gelungen, die internen Kapitalkosten zu verdienen. Bei seiner Berechnung geht Hein davon aus, dass das Investmentbanking mehr Kapital absorbiert, als die Deutsche Bank offiziell angibt.

Bei der Crédit Suisse habe das Investmentbanking in elf Jahren insgesamt nur 5,9 Milliarden Schweizer Franken zum Vorsteuergewinn beigetragen, das klassische Bankgeschäft dagegen 46,5 Milliarden. Eine Berechnung für 2011 zeigt, dass ohne das Investmentbanking die Eigenkapitalrendite vor Steuern 29,3 statt elf Prozent betragen hätte.

Am düstersten sieht es bei der UBS aus. Dort hat das Investmentbanking in elf Jahren einen Vorsteuerverlust in Höhe von 29,8 Milliarden Franken eingefahren, während das klassische Bankgeschäft einen Gewinn von insgesamt 68,5 Milliarden Franken erzielte. Die Vorsteuerrendite auf das eingesetzte Eigenkapital hätte 2011 ohne das Investmentbanking 43 Prozent betragen, so waren es nur 10,7 Prozent.“

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/schwe...0,20740988.html>

Wer hätte das gedacht? „Comeback“ einer realistischen Einschätzung von Banken und Finanzgeschäften?

Schon 1847 (!!!) in seiner Polemik gegen Proudhon (Das Elend der Philosophie) hielt Marx fest: *„Es gibt sogar Phasen im ökonomischen Leben der Völker, wo alle Welt von einer Art Taumel ergriffen ist, Profit zu machen, ohne zu produzieren. Dieser Spekulationstaumel, der periodisch wiederkehrt, enthüllt den wahren Charakter der Konkurrenz, die den notwendigen Bedingungen des industriellen Wett-eifers zu entschlüpfen sucht.“* http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_125.htm#K2_3

und in Kapital Bd. 2 heißt es („Der Kreislauf des Geldkapitals“):

„Eben weil die Geldgestalt des Werts seine selbständige, handgreifliche Erscheinungsform ist, drückt die Zirkulationsform G ... G‘, deren Ausgangspunkt und Schlußpunkt wirkliches Geld, das Geldmachen, das treibende Motiv der kapitalistischen Produktion, am handgreiflichsten aus. Der Produktionsprozeß erscheint nur als unvermeidliches Mittelglied, als notwendiges Übel zum Behuf des Geldmachens. {Alle Nationen kapitalistischer Produktionsweise werden daher periodisch von einem Schwindel ergriffen, worin sie ohne Vermittlung des Produktionsprozesses das Geldmachen vollziehen wollen.}“ http://www.mlwerke.de/me/me24/me24_031.htm#Kap_1_IV

Wie konnte der Mann vor so langer Zeit sowas aufschreiben, wo wir es doch angeblich mit so bedeutenden Neuerungen des Kapitalismus zu tun haben?

In der Tat gibt es immer wieder solche Phasen, gerade auch vor großen allgemeinen Wirtschaftskrisen (Beginn der 1870iger Jahre, zweite Hälfte der 1920iger Jahre). Jedes Mal ging das einher mit großen Umbrüchen in der Weltwirtschaft, wurde sie getragen durch die Hoffnung auf grenzenloses Wachstum der Warenproduktion.

Nach 2000: Die Spekulation vor der Dotcom-Krise setzte auf die „realwirtschaftlich“ unerschütterliche Potenz der Software-Industrie. Die Spekulation vor der großen Krise, die sich 2007 ab-

zeichnete, setzte u.a. auf Bauboom ohne Ende, auf ständig steigende Immobilienpreise. Immer waren es sehr „realwirtschaftliche“ Entwicklungen auf die spekuliert wurde und die Anlass zu dieser Spekulation gaben. Und man spekuliert auch heute munter weiter z.B. auf grenzenloses Wachstum in China. Je mehr Anlage suchendes Geldkapital die Zirkulation „ausschwitzt“, im Verhältnis zu profitablen Anlagemöglichkeiten, desto riskanter wird die Spekulation, desto selbstverständlicher begleitet sie den Akkumulationsprozess des Kapitals.

Das „Profit machen, ohne zu produzieren“, ist weder ein praktikables "Akkumulationsmodell" noch "Akkumulationsregime". Bei diesem "Taumel" verhält sich ungefähr so, wie mit den Gewinnchancen beim Lotteriespiel: Einzelne haben Erfolg damit, was die Illusion der Spieler nährt. Gewinner gibt es durchaus, aber nur, solange eingezahlt wird (Mehrwertproduktion)!

Wem es übrigens zu kompliziert ist, sich mit den Details des „Profit machens, ohne zu produzieren“ auseinander zu setzen (warum sowas innerhalb bestimmter Grenzen funktioniert), den kann ich abschließend mit Marx trösten:

„Es gibt wahrscheinlich keinen größeren Humbug in der Welt als das sogenannte Finanzwesen. Die einfachsten Operationen, die Budget und Staatsschuld betreffen, werden von den Jüngern dieser ‚Geheimwissenschaft‘ mit den abstrusesten Ausdrücken bezeichnet; hinter dieser Terminologie verstecken sich die trivialen Manöver der Schaffung verschiedener Bezeichnungen von Wertpapieren – die Umwechselung alter Papiere gegen neue, die Herabsetzung des Zinses und die Erhöhung des nominellen Kapitals die Erhöhung des Zinses und die Herabsetzung des Kapitals, die Einführung von Prämien, Bonussen und Prioritätsaktien, die Unterscheidung zwischen amortisierbaren und nicht amortisierbaren Annuitäten, die künstliche Abstufung der Übertragungsmöglichkeiten der verschiedenen Papiere in einer Weise, daß das Publikum von dieser abscheulichen Börsenscholastik ganz verwirrt ist und sich in der Mannigfaltigkeit der Details ganz verliert. Den Wucherern aber bietet jede derartige neue Finanzoperation eine gierig erwartete Gelegenheit, ihre unheilvolle und räuberische Tätigkeit zu entfalten.“ MEW 9, „Die neue Finanzgauckelei oder Gladstone und die Pennies“ http://www.mlwerke.de/me/me09/me09_043.htm

Daraus kann man natürlich auch die Schlussfolgerung vieler Linker ziehen, „den Wucherern“ und ihrer „unheilvollen und räuberischen Tätigkeit“ das Handwerk zu legen, damit alle endlich oder wieder von der segensreichen (aber bestimmt nach wie vor kapitalistischen!!) „Realwirtschaft“ profitieren.

Abschnitt 2: Krisentheorie heute

Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation stellt die Systemfrage

„Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“ K. Marx, Kapital III, MEW 25, 457.

Dieses Manuskript kann man lesen als Fortsetzung der Argumentation, die Günther Sandleben in seinem Artikel „Mythos Finanzmarktkrise“ begonnen hat. Es geht mir darum, die „Finanzmarktkrise“ auf die Kapitaleigenschaften der Produktivkräfte zurückzuführen und sie als notwendiges Produkt erweiterter Kapitalreproduktion darzustellen.

Für eine ständige Erweiterung der Reproduktion von Kapital reicht die vorhandene Liquidität, die bereits realisierten Geldeinkommen aus Profit und Lohn, bei Unternehmen und Privathaushalten nie aus. Es muss beständig neues Geld, mehr Geld als Zirkulationsmittel in den Wirtschaftskreislauf gepumpt werden. Dieser objektive Zusatzbedarf von **Geld als Zirkulationsmittel** zur Realisierung des Mehrwerts kann jedoch nur befriedigt werden, indem zusätzliches **Geld als Kapital**, also mit Anspruch auf Verwertung durch Zins, in die Zirkulation kommt. Die „Dienstleistung“ des Finanzkapitals am Industriekapital ist ebenso wenig uneigennützig, wie die „Dienstleistung“ des Industriekapitals am Kunden. Das Finanzkapital verlangt als kapitalistisches Unternehmen einen Profit in Gestalt des Zinses. Das zusätzlich benötigte Geld (Zirkulationsmittel) für die Erweiterung der Kapitalproduktion ist in Gestalt des Kredites nur zu haben, wenn es als Geldkapital geboren wird. Indem dieses Geld, das ja eigentlich nur dazu dienen soll, dass mehr Produktionsmittel und Konsumtionsmittel gekauft werden können, einen Anspruch auf wundersame Selbstvermehrung hat, wird es zu einer Maschine der Geldvermehrung und zugleich zu einer Maschine zur Vermehrung der Ansprüche auf Profit. **Dies ist letztlich das ganze Geheimnis der verselbständigten Aufblähung des Finanzkapitals und ganz und gar unvermeidlich im Kapitalismus.** Alle Versuche, die Auswüchse dieser Entwicklung auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse beschneiden zu wollen, werden daran scheitern, dass der Geldbedarf (zusätzliches Geld als Zirkulationsmittel) für die erweiterte Reproduktion von Kapital nur dadurch befriedigt werden kann, dass dieses Geld als Kapital auf die Bühne tritt. Die neoliberalen Praktiken der Vermehrung des Geldes durch Vermehrung der Profitansprüche erwachsen also aus den Erfordernissen der notwendigen Erweiterung der Kapitalreproduktion („Realwirtschaft“). Diese Praktiken könnten auf der Basis des Systems nur beendet werden, wenn Kredit und Zins verschwinden. Wenn aber der Kredit verschwindet, bricht der ganze Kapitalismus zusammen. Würde der Zins verboten, dann würde dem Geld verboten Kapital zu sein. Eine ebenfalls ziemlich wirklichkeitsfremde Lösung des Problems.

Der Versuch, die beständige Tendenz zur Überproduktion mittels Kredit zu überwinden oder zu lindern, führt unvermeidlich zur Überproduktion von Geld als Kapital. Je höher die Produk-

tivkraft der Arbeit und je stärker daher die Überproduktion an Waren aller Art (gemessen an den bereits erzeugten Geldeinkommen), desto größer die Bedeutung des Kredits. Je aufgeblähter der Kredit und der damit verbunden Zinsanspruch, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Überproduktionskrise von Waren ihren Ausgang nimmt von der Überproduktionskrise des Geldkapitals. Der Kredit löst die Schwierigkeiten der Verwertung des Industriekapitals durch Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage nur, indem er die Schwierigkeiten der Verwertung des Gesamtkapitals durch uneinlösbare Zinsansprüche potenziert.

Die Systemfrage ist gestellt. – Aber welche?

In Deutschland hatten wir es bis vor kurzem noch mit einer ökonomischen Krise zu tun, die man teils erstaunt, teils empört sozusagen als ZuschauerIn – Krise als Medienereignis - begleiten konnte. Politiker und Vertreter der Arbeitgeberverbände erklärten uns, dass „Deutschland gut aufgestellt sei für die Krise“ und möglicherweise als Sieger aus ihr hervorgehe.

Sicher, da hatten auch kleine Leute ihr mühsam erspartes Geld mit Blick auf die versprochene hohe Rendite in Papiere von Lehman Brothers gesteckt und alles verloren, aber die sozialen Auswirkungen der ökonomischen Krise nehmen jetzt erst in Breite spürbar Gestalt an und bereiten dem Zuschauerdasein für immer mehr Menschen ein Ende.

Bereits in den letzten beiden Quartalen 2008 sank das BIP. Ständig werden neue Pleiten gemeldet und die Zahl der Lohnarbeitslosen nimmt dramatisch zu, im Januar allein um 387.000. Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau, das Flaggschiff des deutschen produktiven Kapitals auf dem Weltmarkt mit fast einer Million Beschäftigten, meldet Auftragsrückgänge wie noch nie seit dem 2. Weltkrieg. Im Januar 2009 brachen die Aufträge real um 42% ein! Die Aufträge von heute aber sind die Produktion von morgen. Das lässt Böses erahnen. Wie tief diese ökonomische Krise gehen wird und wie verheerend letztlich deren soziale Folgen sein werden, das weiß heute niemand mit Gewissheit zu sagen. Das zerstörerische Potential der aktuellen Weltwirtschaftskrise ist jedenfalls so groß, wie noch in keiner Krise nach dem 2. Weltkrieg.

Damit ist auch eindeutig, und allenthalben von links bis rechts anerkannt, die Systemfrage gestellt.

Z.B. Arbeitgeberpräsident Hundt:

„Wir stehen am Beginn einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Systemdebatte. Und wir Unternehmer müssen und werden diese Systemdebatte offensiv führen.“ Rede auf dem deutschen Arbeitgebertag, November 2008

Die Frage ist, welches System hier in eine schwere Krise taumelt und was in Folge dessen in Frage gestellt ist. Aus der Beantwortung dieser Fragen ergeben sich die Antworten, also die vorgeschlagenen und gewünschten Alternativen.

Für die Arbeitgeberverbände ist klar, dass die Ursachen der Krise nichts mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu tun haben. Für sie handelt es sich um Fehler von Banken und Politik in den USA. Daher wollen sie die *„soziale Marktwirtschaft im besten ordoliberalen Sinne“* (Hundt ebenda) verteidigen.

Auf seiner Homepage wirbt der DGB für einen „Kapitalismuskongress“, der in Berlin stattfinden soll. Über den Kongress heißt es:

„Es wird der Auftakt für eine breite öffentliche Diskussion, an deren Ende eine wirklich soziale Markt-

wirtschaft stehen muss, die in eine bessere Zukunft führt und solche auch aus Gier geborenen Krisen künftig vermeidet“, kündigte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer an.

Das Ziel: eine 'Marktwirtschaft für Menschen'“

Als Ursache der Krise wird die Gier von Menschen benannt und entsprechend weitreichend und radikal sind die formulierten Alternativen: „eine wirklich soziale Marktwirtschaft, eine Marktwirtschaft für Menschen“! Was soll das werden? Eine allgemeine Warenproduktion ohne Kapital?

Die Attac Finanzmarkt AG lässt uns in einem Flugblatt unter dem Titel „Nach der Krise ist vor der Krise“ wissen:

„Krisen gehören zum neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystem.“ Nur dazu???

Messerscharf wird ein „systematisches Versagen“ dieses „neoliberalen Finanz- und Wirtschaftssystems“ diagnostiziert. Typisch für dieses System sei es, dass „AnlegerInnen versuchen, ihre Kapital dort anzulegen, wo es die höchste Rendite bringt....“. So käme es unvermeidlich zu Krisen, die sich dann auch „auf die Realwirtschaft“ ausweiten könnten.

Attac stellt die „Systemfrage“, indem es das „neoliberale Finanz- und Wirtschaftssystem“ in Frage stellt. Schaut man näher hin, dann bleibt allerdings selbst von diesem System nur ein System falscher Verteilung durch eine falsche Politik übrig. Zitat:

„Diese Entwicklung muss nicht zwangsläufig so ablaufen. Die ungleiche Vermögensverteilung, die zur Ansammlung riesiger Vermögen geführt hat, ist auch das Ergebnis falscher Politik.“

Das lässt sich natürlich dann durch verlangte richtige Politik ändern.

Hier taucht sie zum ersten Mal auf, diese famose „Realwirtschaft“, das Gute der kapitalistischen Ökonomie, zu der wir zurückgeführt werden sollen. (Untertitel des Supplements der Zeitschrift „Sozialismus“ 2/2009: „Zurück zur Realwirtschaft“.) Wenn man nicht aufpasst, dann ist man selbst versucht, diesen unsinnigen diskursbeherrschenden Begriff zu gebrauchen.

Im Supplement 12/2008 belehrt uns Karl Georg Zinn darüber, dass die „Expansion der finanzkapitalistischen Spekulationsanlagen“ schon lange zu einer Deindustrialisierung in den hochentwickelten Ländern geführt habe, in deren Folge es „zum Verlust guter Arbeitsplätze“ gekommen sei, die anderen Orts als „Niedriglohnarbeitsplätze“ wieder erstanden seien. (ebenda S. 5). Frei nach dem Motto: Alles ist relativ! Z.B.: Die Lohnarbeitsplätze von Frauen in der Textilindustrie Deutschlands waren beschissen! Sie werden im Rückblick nicht dadurch gut, dass die Lohnarbeitsplätze in der chinesischen Textilindustrie noch beschissener sind!

Das linke „Zurück zur Realwirtschaft“ wird nur noch übertönt vom linken „Zurück zur beschleunigten Kapitalakkumulation“! Richtig gehört: Trotz der ungeheuer zerstörerischen Potenz der zur Zeit existierenden industriellen Produktionsweise will da jemand zurück zu möglichst zweistelligen Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts, auch in den hochentwickelten Ländern!

Unter der Zwischenüberschrift: „Ansatzpunkte zur Beherrschung der Krisenprozesse und weiterreichende Perspektiven“ schreibt Stephan Krüger in der bereits zitierten Beilage zur „Sozialismus“ 12/2008:

*„Eine neu-initiierte **beschleunigte reproduktive Kapitalakkumulation** ist einzubetten in ein wirksames Steuerungsregime gesamtwirtschaftlicher und regionaler Strukturpolitik.“ S. 39*

Eine beängstigende Perspektive, in der ein Verlangen nach sozialer Emanzipation vollkommen ausgelöscht ist. Und das kommt von einem Mann, dessen Beiträge zur Erklärung der Krisen im Kapitalismus noch immer hervorragend sind.

Über die Verselbständigung des Finanzkapitals gegenüber der „Realwirtschaft“ – oder wie viel Spekulation darf es denn sein?

Überall begegnet einem dieser merkwürdige Widerspruch zwischen Finanzkapital und „Realwirtschaft“, der der Grund des aktuellen Übels zu sein scheint. Man könnte den Eindruck gewinnen, für manche Autoren sei das Finanzkapital „irreal“ wirtschaftlich, ein Gespenst, das es nur zu verscheuchen gelte, um zu dem „guten“ Kapitalismus der 50iger und 60iger Jahre zurück zu kehren. Eine solche Betrachtungsweise, Gegenüberstellung von verselbständigtem Finanzkapital und „Realwirtschaft“, ist natürlich absurd und hat mit der Realität der Kapitalismus nichts zu tun. Das Finanzkapital ist genau so real im Kapitalismus, wie etwa Handels- und Industriekapital. Seine Verselbständigung ist genau so notwendiges Produkt verallgemeinerter Warenproduktion, spontaner, durch Privatinteressen vorangetriebener, gesellschaftlicher Arbeitsteilung wie bereits die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld. Zu versuchen, dieser Verselbständigung Herr zu werden durch gesellschaftliche Kontrolle, das läuft auf den Versuch hinaus, die Verselbständigung des Wertes im Kapital einer gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen. Als Produktionsverhältnis impliziert das Kapital – wenn man sich denn noch einen allgemeinen Begriff davon macht – verschiedene Verselbständigungen. Es handelt sich um ein System von Verselbständigungen:

- Schon das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln drückt eine erste Stufe der Verselbständigung aus. Nämlich die der Teilarbeit gegenüber der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (unabhängig voneinander verausgabte Privatarbeiten, jedes Einzelkapital ist nur ein verselbständigtes Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals).
- Die unabhängig voneinander verausgabten Privatarbeiten machen das Arbeitsprodukt zur Ware. Als Ware hat das Arbeitsprodukt Gebrauchs- und Tauschwert, der sich im Geld gegenüber der Ware verselbständigt.
- Im Zuge der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verselbständigen sich bestimmte Funktionen des Kapitals zu besonderen Formen des Kapitals. Neben das industrielle Kapital treten das Handelskapital und das Bank- oder Finanzkapital. *„Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“. Kapital Bd. 2, S. 61*
- Last but not least die Verselbständigung des Weltmarktes – heute auch Globalisierung genannt -, die *„wächst mit der Entwicklung der Geldverhältnisse ... und umgekehrt, ...“ (Grundrisse S. 78)*

Alle Verselbständigungen von Teilen gegenüber dem Ganzen sind Produkt einer spontan sich entwickelnden gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf der Basis von Privateigentum. Sie erzeugen in Kapital und Weltmarkt ein unmenschliches, ökonomisch-sachliches Ganzes, in dem die materielle Reproduktion der menschlichen Gesellschaft ohne bewusste Kontrolle durch die Ge-

meinschaft gesellschaftlicher Individuen abläuft. Auf Grund der kapitalistischen Produktionsverhältnisse existiert kein kollektives menschliches Subjekt, das den Prozess dieser Reproduktion steuern, mit Willen und Bewusstsein lenken könnte. Es existiert lediglich so etwas, wie ein „automatisches Subjekt“, das Kapital selbst, der Prozess der Verwertung von Wert, der als scheinbar naturgegebener „Sachzwang“ sein Werk verrichtet. Und selbstverständlich gibt es kapitalistische Privateigentümer, die ganz bewusst und zielgerichtet um die Durchsetzung ihrer Privatinteressen kämpfen. Erst die Dominanz dieser Privatinteressen, die Konkurrenz der Privatproduzenten untereinander, erzeugt ein „automatisches Subjekt“, einen ökonomischen Sachzwang, dem sich alle beugen müssen.

Diesen Stufen der Verselbständigung entsprechen Formen und Ausmaß der Spekulation. **Ein System verallgemeinerter Warenproduktion ist grundsätzlich spekulativ. Jeder einzelne Warenproduzent muss spekulieren.** Wo gesellschaftliche Arbeit in der Form voneinander unabhängiger Privatarbeiten verausgabt wird, ist nie sicher, dass diese Privatarbeit als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit Anerkennung findet, also ob und zu welchem Preis die Waren verkauft werden können. Es ist somit auch unsicher,

- ob das Kapital Profit abwirft und ob dieser groß genug ist, sich in der Konkurrenz der vielen Kapitale zu behaupten
- ob und in welchem Umfang Lohneinkommen entstehen.

Die Spekulation ist ein wesentliches Element der kapitalistischen „Realwirtschaft“. So wie der ganze Zweck der kapitalistischen Produktion, aus Geld mehr Geld zu machen, seinen konzentriertesten Ausdruck in der Zirkulation des Geldkapitals ($G-G'$) findet, so findet die Spekulation ihren vollendeten, systematischen Ausdruck in der Spekulation des Finanzkapitals.

Jede Schöpfung von Kreditgeld, jede Bereitstellung von Krediten für die „Realwirtschaft“ beruht auf der Spekulation auf erfolgreiches ökonomisches Wachstum (Produktion und Verkauf von Waren) und der Entstehung entsprechender Geldeinkommen (Profit und Lohn).

Alle Spekulation des Finanzkapitals bezieht sich letztlich immer auf den erfolgreichen Verkauf von Waren und die Entwicklung ihrer Preise. Das Finanzkapital spekuliert etwa auf Absatz und Preise von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, es spekuliert auf erzielbare Profite von Unternehmen und es spekuliert auch auf die Entstehung von neuem Lohneinkommen. Jede Krise beruht auf dem Platzen einer Spekulationsblase und je größer die Bedeutung des Kredits und des Finanzkapitals wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Krise ihren Ausgang nimmt von einer Krise des Finanzkapitals.

Insofern ist also die Spekulation nicht Folge, sondern beständige Ursache einer möglichen Überakkumulation von Kapital, die erst dann schlagend hervortritt, wenn die vermehrt produzierten Waren nicht absetzbar oder nur unter Wert absetzbar sind. Kreditvermittelt entsteht ständig Geldkapital, das sich erst noch verwerten muss, es wird ständig in zu viele Produktionsmittel investiert, die sich erst noch verwerten lassen müssen, es entstehen ständig größere Warenberge, die erst noch verkauft werden müssen. Ob als Ware, Geld oder Wertpapier, es handelt sich immer um Formen von Kapital, die es in seinem Verwertungsprozess von Produktion und Zirkulation beständig annimmt und wieder abstreift.

In der sogenannten Dotcom-Krise Anfang des Jahrtausends platzte die Spekulation auf mögliche Umsätze und Profite vor allem in der Internetbranche; in der jetzigen Krise platzte die Spekulation auf die Entwicklung von Immobilienpreisen und auf entstehende Lohneinkommen,

Krisentheoretisches

sowie deren Fähigkeit, den Profit der Banken und Fonds zu realisieren. Die Krisen des Finanzkapitals verschlingen sich immer stärker mit dem industriellen Zyklus. Das Wirken des internationalen Finanzkapitals, die Freiheit der Bewegung des Geldkapitals, die Investitionstätigkeit prägt und synchronisiert im stärker den industriellen Zyklus aller kapitalistischen Länder. **Nur wer nicht vorwärts will, sondern rückwärts, zu einer „Realwirtschaft“ mit beschleunigter Kapitalakkumulation, kann übersehen, welche progressive Rolle das Finanzkapital spielt bei der Herstellung von Bedingungen einer internationalen sozialen Revolution. Die Synchronisation der industriellen Zyklen, die Gleichzeitigkeit, in der die jetzige Krise die ganze kapitalistische Welt trifft, sind der wesentliche Bedingungen für die Gleichzeitigkeit und Internationalität der Bewegungen, die um soziale Emanzipation kämpfen. Mögen die verheerenden sozialen Folgen je nach Entwicklungsstand eines Landes auch deutliche Unterschiede ausweisen, so tritt überall gleichermaßen hervor, wer der Verursacher des Dramas ist. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Verständigung über gemeinsame Ziele, deren Realisierung das Übel an der Wurzel packen.**

Eine Ökonomiekritik, die nur die Verselbständigung und Spekulation des Finanzkapitals im Auge hat, ist eine Kritik an der Spitze des Eisbergs, die sich weigert, zur Kenntnis zu nehmen, dass neun Zehntel des Eisbergs unter der Wasseroberfläche verborgen liegen. Titanic lässt grüßen! Eine solche Kritik verkennt insbesondere, dass die „segensreiche Wirkung“ des Kredits für die „Realwirtschaft“ wesentlich Produkt von Spekulation ist. (Gern möchte man jetzt das Finanzkapital auf diese „Dienstleistungsfunktion“ für die „Realwirtschaft“ beschränken und darüber hinausgehende Freiheiten unterbinden.)

Der Kredit ist zweifellos das Schmiermittel für die erweiterte Reproduktion von Kapital. Er bedeutet letztlich immer einen Vorgriff auf künftige Geldeinkommen und ist damit spekulativ. Ohne den Kredit in allen seinen Formen (Kredit der Zentralbank an die Geschäftsbanken, Kredit der Geschäftsbanken untereinander, Kredit der Geschäftsbanken an die Unternehmen und an die Lohnabhängigen, Ratenzahlungskredite von Industrieunternehmen an ihre Kunden) aber und ohne die damit verbundene Spekulation, ist ökonomisches Wachstum, die erweiterte Reproduktion von bereits hoch akkumuliertem Kapital, überhaupt nicht möglich.

Exkurs: Zu Marx Lebzeiten hatten Lohnabhängige weder Girokonten bei Banken, noch erhielten sie von diesen Banken Kredite, um sich etwa Autos, Wohnungseinrichtungen etc. kaufen, das erträumte Eigenheim bauen oder damit einfach Urlaube finanzieren zu können. Das wenige Geld bekamen sie bar ausgezahlt und „Kredit“ erhielten sich allenfalls beim Lebensmittelhändler um die Ecke. Der Zins, den die heutigen Lohnabhängigen für ihre Kredite an die Banken zahlen müssen, stammt im Unterschied zu dem Zins, den Marx vor Augen hatte, nicht aus dem Mehrwert, dem Profit des produktiven Kapitals. Sie zahlen ihn aus ihrem Lohn, der groß genug sein muss, um diese Zinszahlungen und die Tilgung zu ermöglichen. Dieser Zins ist eine selbständige, neue Einnahme(Profit-)quelle der Banken, der aus den sich verändernden Reproduktionsbedingungen für die Ware Arbeitskraft entspringt und diese zugleich kennzeichnet. Der Konsumentenkredit ist Ausdruck der fortgeschrittenen Integration der Reproduktion von Ware Arbeitskraft in den Reproduktionsprozess des Kapitals. (vergl. dazu auch Günther Jacob in „Kapitalismus und Lebenswelt“ hier in trend online) Auch eine Form reeller Subsumtion unter das Kapital, die allerdings nicht im unmittelbaren Produktionsprozess stattfindet. (Neben dem Konsumentenkredit gehört dazu auch das Verschwinden letzter Reste von Subs-

tenzproduktion, wie sie beispielsweise noch nach dem 2. Weltkrieg in ländlichen Regionen Westdeutschlands anzutreffen war.) Die Geldeinlagen der Lohnabhängigen haben das Geschäftsfeld der Banken erweitert und bereichern es um den Konsumentenkredit. Damit zugleich werden die Möglichkeiten zur Erweiterung der Kapitalreproduktion vergrößert, nimmt aber auch die Anfälligkeit des System für Krisen weiter zu. Nichts im Kapitalismus ist unsicherer als die individuellen Lohneinkommen. Bleiben sie in der erforderlichen Größe aus, so reißt das schwächste Kettenglied in den ausgedehnten wechselseitigen Zahlungsverpflichtungen. Wurden diese Konsumentenkredite in großem Umfang verbrieft, mit weiterer Spekulation auf Rendite zu Wertpapieren geschnürt und weltweit womöglich noch mit steigenden Preisen gehandelt, so kann sich daraus schnurstracks ein tiefe Krise des ganzen Kreditüberbaus entwickeln. Bricht aber das Kreditsystem zusammen, so bricht die erweiterte Kapitalreproduktion zusammen. Produktions- wie Konsumtionsmittel werden in riesigem Umfang unverkäuflich. Unternehmenszusammenbrüche und steigende Lohnarbeitslosigkeit sind die Folge. Genau dies ist mit der US-amerikanischen Krise am Hypothekenmarkt eingeleitet worden.

In der aktuellen Situation muss man die enorme Bedeutung des Kredits eigentlich nicht theoretisch herleiten, die gesellschaftlichen Praxis führt das allen drastisch vor Augen. Je stärker die Vergabe von Krediten eingeschränkt wird, desto stärker bricht die „Realwirtschaft“ ein. Theoretisch erklärt werden muss lediglich, warum das Kreditsystem vom Kollaps bedroht ist und soweit eingeschränkt wird. Verantwortlich dafür ist nicht allein die Verselbständigung des Finanzkapitals, sondern die Summe der Verselbständigungen und die damit verknüpften Spekulationen, die ich oben angeführt habe. Vor allem aber kommt es darauf an die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der sogenannten „Realwirtschaft“ ins Visier zu nehmen, die zugleich die Möglichkeiten und Grenzen erweiterter Kapitalreproduktion deutlich machen.

„Seit Beginn der achtziger Jahre hatten die USA radikal auf Liberalisierung gesetzt. Steuern senken, Vorschriften abbauen und ansonsten die Märkte sich selbst überlassen.: Mit diesem Programm hatte Ronald Reagan 1981 seine Präsidentschaft begonnen. Was folgte, war ein lang anhaltender Wirtschaftsaufschwung.

Vorangetrieben wurde er nicht zuletzt durch eine aggressive Politik des billigen Geldes, für die eine zweite Ikone der amerikanischen Wirtschaftsblüte verantwortlich war: Notenbankchef Alan Greenspan. Wann immer Börsen und Finanzmärkte in den 18 Jahren seiner Amtszeit in Schwierigkeiten gerieten, Greenspan ertränkte die Krisen mit einer Flut billigen Geldes.. Der Aktiencrash in den asiatischen Tigerstaaten 1997, der Ausverkauf russischer Staatsanleihen ein Jahr später, der Zusammenbruch des Hedgefonds LTCM und schließlich das Platzen der New-Economy-Blase zum Beginn des Jahrtausends: Regelmäßig brachten die Rettungsaktionen des Notenbankchefs die weltweiten Börsen wieder auf Wachstumskurs. Was Greenspan übersah: Mit dem Anwerfen der Notenpresse legte er zugleich den Grundstein für die nächste Finanzblase, deren destruktive Energie von Eingriff zu Eingriff größer wurde.“... „Genährt mit billigem Geld und befreit von den meisten Regularien erlebte die amerikanische Finanzindustrie eine beispiellose Blütephase, deren exzessives Wachstum sich nicht nur in maßlosen Gehältern und protzigen Bürotürmen ausdrückte, sondern auch im Abzug eines Großteils der amerikanischen Wertschöpfung. 2007, zu Beginn der Krise, hatte der amerikanische Geld- und Kreditsektor einen Anteil von 14 Prozent an der Wirtschaftsleistung, erzielte aber 33 Prozent aller Unternehmensgewinne.“

SPIEGEL Nr. 40 vom 29.09.2008

Krisentheoretisches

Der Kredit selbst ermöglicht die erweiterte Kapitalreproduktion nur auf Zeit indem er die kaufkräftige Nachfrage erhöht. Er wird selbst zum Hemmschuh für diese erweiterte Reproduktion, weil er das produktive, Mehrwert erzeugende Kapital in steigendem Maße mit einer zusätzlichen Hypothek, dem Zins, belastet. Als Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert und Abzug vom Profit des produktiven Kapitals, verlangt der Zins eine dynamische Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit. Dieser dynamischen Ausdehnung entstehen aber ständig sich erhöhende Hindernisse aus der wachsenden organischen Zusammensetzung des industriellen Kapitals (Stichwort Automation). So bedrohen sinkende Profitraten und wachsende Zinslasten das Kapital von zwei Seiten her und erzeugen das unvermeidliche Ende erweiterter Reproduktion in der Krise. Je weiter der Prozess kreditvermittelter Überproduktion vorangeschritten ist, desto stärker wird die Spekulation und die Waghalsigkeit der Kreditvergabe, bis die Blase platzt, das überdehnte Band wechselseitiger Zahlungsverpflichtungen an einer schwachen Stelle reißt und die Zahlungsunfähigkeit sich wie ein Steppenbrand ausbreitet.

Die Banken sind überwiegend privatwirtschaftliche Unternehmen, wie das Industriekapital auch. Sofern es sich um Banken der öffentlichen Hand oder genossenschaftliche Banken dreht, müssen auch diese sich auf dem Markt behaupten. Um sich auf dem Markt gegenüber der Konkurrenz zu behaupten, müssen alle Unternehmen versuchen, ihren Umsatz zu steigern und möglichst großen Gewinn zu erwirtschaften. Eine wesentliche Voraussetzung für die Umsatzsteigerung ist die „Modernisierung“ von Produkten und die Entwicklung neuer Produkte. Das gilt auch für Banken und deshalb müssen sie unentwegt neue „Finanzprodukte“ entwickeln, ihre „Arbeitsproduktivität“ steigern. um ihren Umsatz zu vergrößern.

Das Kreditgeschäft ist das Basisgeschäft der Banken und der daraus zu erzielende Gewinn ist der einkassierte Zins. Wenn die Banken den Bogen überspannen, wenn es zu einer realen Überproduktion von Kreditgeld kommt, dann stoßen sie an die gleichen Grenzen des Systems der Lohnarbeit wie das Industriekapital. Dies tritt dann deutlich zu Tage, wenn die Zinsen aus den vorhandenen Profiten und Lohneinkommen nicht mehr bezahlt werden können, ganz so, als könnten die überproduzierten Waren nicht mehr gekauft werden. Das kann durch verschiedene Faktoren ausgelöst werden und wird durch zunehmende Arbeitslosigkeit und die Durchsetzung von Niedrigstlöhnen verschärft. Der Dienst der Banken an der „Realwirtschaft“ wird so zu einem Bären dienst und muss es werden im Fortgang des kapitalistischen Wirtschaftswachstums. Je größer das gesellschaftliche Kapital und je höher die Arbeitsproduktivität und daher die Unsicherheit jedes einzelnen kapitalistischen Unternehmens und der Lohnarbeit, desto spekulativer und risikoreicher die Ausdehnung des Kreditgeschäfts, desto größer daher die Gefahr, dass die Überproduktion von Waren auf der Basis von Lohnarbeit schlagend hervortritt in der Überproduktion von Kreditgeld. Die allgemeine Überproduktionskrise wird dann ausgelöst durch die „Finanzkrise“ aus Überproduktion von Kreditgeld, gerade weil der Kredit den Eintritt der Krise aus Überproduktion von Waren hinausgezögert oder abgeschwächt hat . (Wenn die Banken ihre risikoreichen Kredite „verbrieften“ und in „Wertpapieren“ verpacken, dann machen sie das, um sich neue Geldquellen für ihr Kreditgeschäft zu beschaffen und dieses rascher ausweiten zu können. Sie verwandeln dadurch ihren Dienst am Industriekapital nur noch schneller in einen „Bären dienst“ mit noch größeren Folgen.)

Über die Maßlosigkeit des Kapitals

Jetzt wird die Maßlosigkeit des Finanzkapitals verantwortlich gemacht für die tiefe Krise der Weltwirtschaft. Die Parole zurück zur „Realwirtschaft“ schließt auch ein, dass das Kapital auf maßvolle Profite und Zinsen festgelegt werden soll. Doch was ist das gesunde Maß von Profit und Zins, bei dem dauerhaftes stabiles Wachstum möglich ist und wie soll es fixiert werden in einer Marktwirtschaft, geprägt von gegensätzlichen Privatinteressen?

Es ist richtig, dass die jetzige Lawine durch die Maßlosigkeit des Finanzkapitals ins Rollen gebracht wurde und die Krise durch das Ausmaß der Spekulation eine besondere Schärfe erfährt. Jede wirkliche Krise erhält ihren Anstoß durch eine solche Maßlosigkeit. 1974/75 beispielsweise war es die „Maßlosigkeit“ der „Ölscheichs“, die drastische Erhöhung der Erdölpreise, die das Fass zum Überlaufen brachte. Es handelt sich immer um die Maßlosigkeit von Einzelkapitalen, Branchenskapitalen oder auch ganzer kapitalistischer Staaten, die den Zustand eines annähernden Gleichgewichts in dynamischer Überproduktion beendet. Das kann gar nicht anders sein in einem System, in dem das Sonderinteresse, das Privatinteresse als Produkt der Produktionsverhältnisse über dem Allgemeininteresse steht. Ein Ereignis bringt das Fass zum Überlaufen. Dieses Ereignis kann aber nur so wirken, weil das Fass bereits randvoll ist. Weder die Maßlosigkeit der Ölscheichs, noch die Maßlosigkeit jener Banker, die massenweise subprime-Kredite unters Volk brachten und diese obendrein verbrieften, waren die Ursache der tiefen Wirtschaftskrise, die sie auslösten. Wäre das Finanzkapital so verselbständigt und der „Realwirtschaft“ entrückt, wie oft getan wird, so könnte sein „maßloses Streben nach Rendite“ die „Realwirtschaft“ nicht in den Abgrund reißen.

Ein „gesundes Maß“ für Profit und Zins kann sich nur zufällig und vorläufig einstellen als Ergebnis der Konkurrenz der Sonder- und Privatinteressen. Die Konkurrenz, das Streben jedes Einzelkapitals nach möglichst hohem Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert, das Streben nach größeren Marktanteilen und Maximalprofit, hebt ein solches Maß ebenso selbstverständlich wieder auf. Es kann keine Politik geben, die diese im System verankerte Tendenz aufheben kann, ohne dass das Privateigentum selbst fällt und durch Gemeineigentum ersetzt wird. **Das Privateigentum durch Beschneidung seiner Freiheiten, durch Begrenzung seines Profits auf Betätigung im Sinne des Gemeinwohl festlegen zu wollen ist jedenfalls lächerlich.** (Womit ich nichts gegen die Beschneidung dieser Freiheit und die Begrenzung des Profits gesagt haben will. Nur machen solche Maßnahmen aus dem Privateigentum keine soziale Einrichtung, aus der Marktwirtschaft keine „Marktwirtschaft für Menschen“.)

Die Maßlosigkeit des Kapitals in allen seinen Formen ist bereits angelegt im Geld, das gleichgültig ist gegenüber dem spezifischen Gebrauchswert von Waren. Es macht keinen Sinn, sich tausende Autos für den eigenen Gebrauch auf eine riesige Fläche angeeigneten Grund und Bodens zu stellen, Autos die man nicht nutzen kann. Aber es macht Sinn, diese Autos in Geld zu verwandeln, dadurch Milliarden an Dollars, Euros etc. aufzuhäufen, die sich gegen alles tauschen lassen, mit denen man sich alles kaufen kann. Diese Anhäufung von Reichtum in seiner abstrakten Form macht somit auch deshalb Sinn, weil sie gesellschaftliche Macht verleiht.

„Das Geld ist aber selbst Ware, ein äußerlich Ding, das Privateigentum eines jeden werden kann. Die gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson.“ Kapital Bd. 1, S. 146

Das Geld schafft die Möglichkeit der Bereicherung, die im Kapital, der Verwertung von Wert, zum treibenden Motiv der Privateigentümer und zum Zweck der Produktion wird. Der Zwang jedes Einzelkapitals - um den Preis des eigenen Untergangs - den angeeigneten Mehrwert stän-

Krisentheoretisches

dig vergrößern zu müssen, macht die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu einer „*Bewegung des rastlosen Gewinnens*“ (Marx), für die es kein Maß gibt.

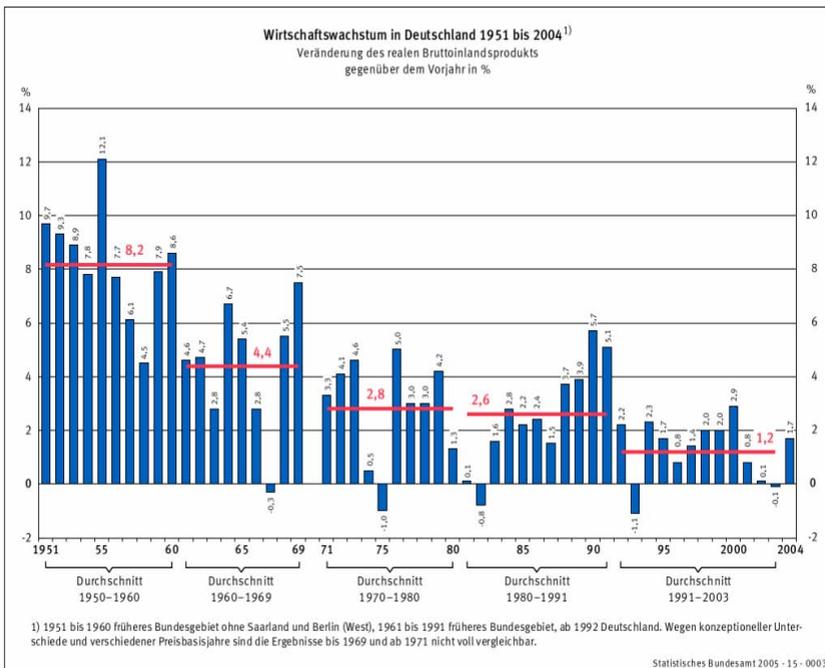
Die auf der subjektiven Seite entwickelte Gier von Menschen ist Produkt der objektiven Verhältnisse. Wo Geld als Privatbesitz der Ausgangs- und Endpunkt der gesellschaftlichen Produktion ist die Entwicklung einer maßlosen Gier vorprogrammiert und ganz und gar unvermeidlich. Man kann von jedem einzelnen Gebrauchsgegenstand genug haben, aber man kann nie genug Geld haben. Wer die subjektive Gier von Menschen für die Verhältnisse verantwortlich macht, der stellt den Zusammenhang auf den Kopf. Wer für die jetzige Krise des Kapitals die Gier einzelner Menschen verantwortlich macht, der hat nichts verstanden von den Verhältnissen, in denen die Produkte menschlicher Arbeit als Waren erzeugt werden.

Die Verselbständigung des Finanzkapitals und die Krise der „Realwirtschaft“ – oder: wie viel Krise darf es denn sein?

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass das Kapital unabhängig von der Verselbständigung des Finanzkapitals und unabhängig von seiner speziellen Spekulation und „Renditegier“ Krisen produziert. Wirtschaftskrisen gehören zur „Realwirtschaft“, sind Teil des zyklischen verlaufenden Reproduktionsprozesses von Kapital.

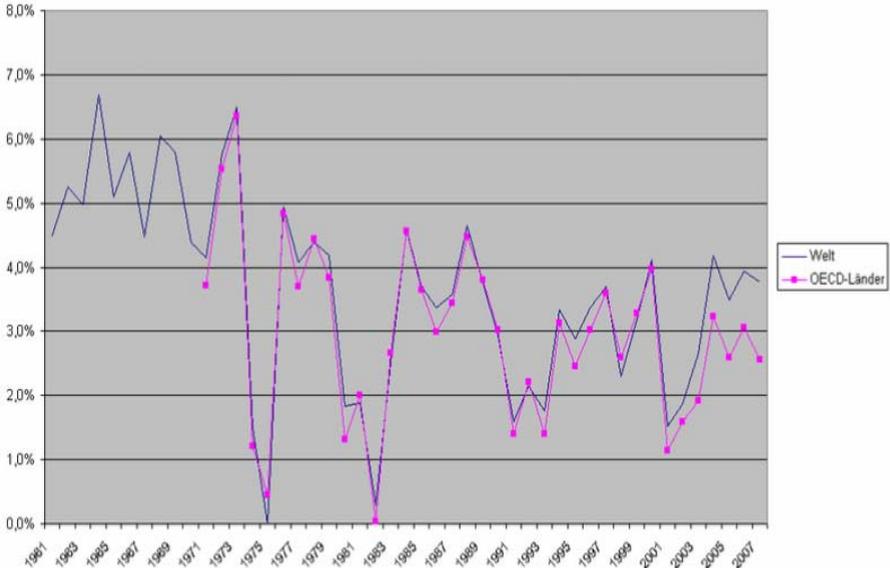
Statistisches Bundesamt 2005

Schaubild 3



Seite 6

Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts seit den 60er Jahren nach IWF und OECD



Die Dominanz des verselbständigten Finanzkapital hat lediglich Einfluss auf den Verlauf der krisenhaften Reproduktion des Gesamtkapital. Seine Aktivitäten wirken widersprüchlich, indem dieselben Maßnahmen, die eine Konjunkturkrise abschwächen, gerade durch ihre doppelte Wirksamkeit (Ausdehnung der Märkte, Vergrößerung von Umsatz, bei gleichzeitig zunehmender Belastung von Profiten und Löhnen durch den Zins) eine noch größere vorbereiten!! Der Kredit löst die Verwertungsschwierigkeit des Kapitals nur, um sie auf höherer Stufe zu reproduzieren. Die letzte Krise um die Jahrtausendwende wurde durch die hochspekulativen, riskanten Aktivitäten des Finanzkapitals abgemildert und es wurden Aufschwungimpulse gesetzt. Die gleichen Maßnahmen haben jetzt eine sehr viel größere Krise provoziert. (Ich komme darauf noch kurz zurück.)

Es gibt besondere Situationen, in denen das zyklische Auf und Ab des kapitalistischen Reproduktionsprozesses auf einem sehr hohen Niveau stattfindet und selbst im Tiefpunkt der Konjunktur das Kapital noch wächst. (z. B.: Situation in den hochentwickelten Ländern nach dem 2. Weltkrieg; Situation in den ehemals „sozialistischen“ Ländern, nach Zusammenbruch oder grundlegender „Reform“ des „Realsozialismus. Von den Kapitalverwertungsbedingungen her ist eine solche Situation immer gekennzeichnet durch eine enorme Masse „freigesetzter“ Menschen, die genötigt und bereit sind, für Niedrigstlöhne am Existenzminimum zu arbeiten.)

In der überzyklischen Tendenz löst das Kapital die Probleme seiner Verwertung nur, in dem es größere Schranken für die erfolgreiche Produktion und Realisierung von Mehrwert erzeugt. In den Wirkungen der Finanzkapitalaktivitäten, besonders natürlich in seinem Kreditgeschäft tritt dies am schlagendsten hervor. Die Rechnung mit dem verallgemeinerten „Defizitpendig“, wonach die Verschuldung, die die Krise überwinden hilft und die erweiterte Reproduktion stimu-

liert, in der Phase des Aufschwungs und Booms wieder abgetragen wird, geht in der Praxis nicht auf. Die Verschuldung bleibt auf hohem Niveau und wird allgemein, staatlich und privat. Es bleiben nicht nur vermehrte Eigentums- und Zinsansprüche zurück, sondern sie werden überzyklisch progressiv aufgebaut. So entsteht eine Überakkumulation von Geldkapital als Ausdruck der allgemeinen Überakkumulation von Kapital.

Der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals

Zurück zur „Realwirtschaft“. Deren Wachstumsraten fallen in der überzyklischen Tendenz und im Tiefpunkt der Konjunkturen schrumpft das gesellschaftliche Gesamtkapital. Mit Marx lässt sich diese Entwicklungsdynamik auf den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate zurückführen.

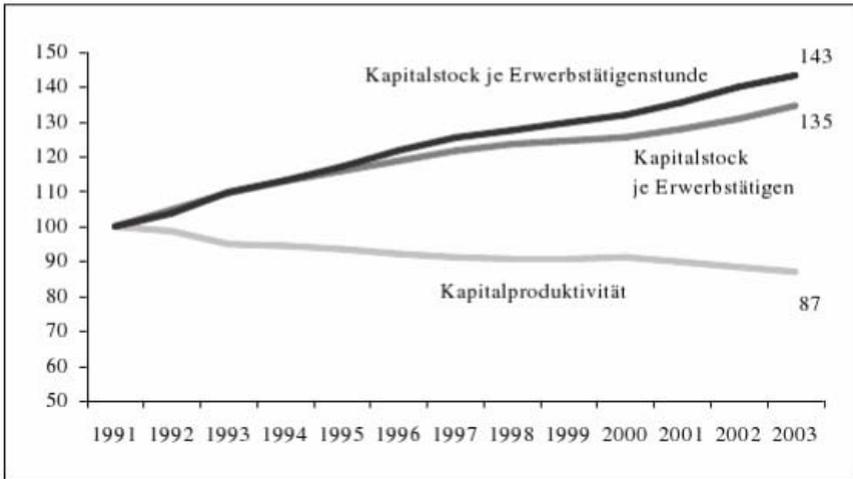
Die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist Produkt der Konkurrenz. In ihrem Fall drückt sich das wachsende Missverhältnis zwischen dem gesamten Kapitalvorschuss und der erzielbaren Mehrwertmasse aus. Der Kapitalvorschuss für eine bestimmte Mehrwertmasse wird immer größer, bzw. die Mehrwertmasse nimmt relativ zum angelegten Kapital ab. (Wie beispielsweise Michael Heinrich richtig feststellt, sind Wert und Mehrwert keine empirischen Kategorien, lassen sich also nicht an Hand empirischen Zahlenmaterials direkt berechnen. Also lässt sich auch die relative Abnahme der durch ein Kapital gegebener Größe erzielbaren Mehrwertmasse nicht direkt berechnen.)

Der tendenzielle Fall der Durchschnittsprofitrate erklärt weder den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses noch eine konkrete Krise, aber er erklärt eine Entwicklungstendenz, in der das Wachstum des Kapitals schwächer wird und Krisen sich verschärfen. Die zyklische Bewegung der „Realwirtschaft“ selbst hat ihre Basis in der Investitionstätigkeit der Unternehmen, die als Kernprozess der Konjunkturen bezeichnet werden kann. Jeder Aufschwung wird eingeleitet durch ausgedehnte Neuanlage von fixem kontanten Kapital (Gebäude, aber vor allem neue, verbesserte Technik, die die Arbeitsproduktivität erhöht). Jeder Abschwung wird dadurch eingeleitet, dass im Boom mit dieser erhöhten Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, diesem optimierten Produktionsapparat, die Produktion bis aufs äußerste gesteigert wird, ohne Rücksicht auf die Grenzen der real begrenzten kaufkräftigen Nachfrage. Die Grenzen der kaufkräftigen Nachfrage werden überschritten, die Überproduktion von Waren findet keinen Absatz mehr. Usw.

Selbst eine direkte Berechnung dieser Durchschnittsprofitrate an Hand des Zahlenmaterials, dass uns die bürgerliche Statistik liefert, ist voller Tücken und ich will mich auch hier nicht an den unterschiedlichen Berechnungsarten abarbeiten, die dann jeweils zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führen. Ich halte mich lieber an die Parallelität ökonomischer und sozialer Indikatoren, die in ihrer Bewegungsrichtung auf einen tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hinweisen. Da wären vor allem die Entwicklung des BIP (Wachstumsraten), die Entwicklung der Kapitalintensität ...

Kapitalintensität und Kapitalproduktivität

- Kapitalintensität¹⁾ und Kapitalproduktivität²⁾ in Deutschland, Index 1991 = 100 -



1) Kapitalintensität: Kapitalstock in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde.

2) Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Kapitalstock jeweils in Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



... und die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen zu erwähnen. Besonders die sogenannte „Pleitenflut“ der kleinen und mittleren Unternehmen deutet auf eine relative Abnahme der gesamtgesellschaftlich erzielbaren Mehrwertmasse hin.

Nach einer Schätzung von Deutschlands führendem Kreditversicherer (Allianz Gruppe) wird der viel gefeierte Rückgang der Pleiten (2006, R.S.) in den letzten zwölf Monaten bereits im neuen Jahr wieder zum Stillstand kommen, die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche sogar ansteigen, und zwar um 3,6 Prozent auf 40.000. Das wäre ein neuer Negativrekord !

Besorgniserregend ist die steigende Insolvenzquote

Interessanter als absolute sind auch hier relative Insolvenzzahlen. So liegt die „Insolvenzquote“, also das Verhältnis zwischen insolventen Firmen und bestehenden Unternehmen, derzeit bei 1,3 Prozent, bzw. bei 130 Pleiten je 10.000 Unternehmen. Für 2006 rechnet Euler Hermes sogar mit 137, die Quote erreicht dann fast 1,4 Prozent. Anfang der siebziger Jahre betrug sie dagegen nur 0,2 Prozent.

Die Insolvenzquote ist somit in den zurückliegenden Jahrzehnten „schubartig“ gestiegen, und zwar jeweils im Gefolge der drei Rezessionen in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren sowie der Wachstumsschwäche seit Beginn dieses Jahrzehnts. Allerdings bildete sich die Quote in den konjunkturell guten Jahren nicht genügend zurück, so dass jeweils die nächste Rezession von einem höheren Sockel aus begann. Eine wirkliche Erholung fand nur während der langjährigen Aufschwungphase in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre statt.

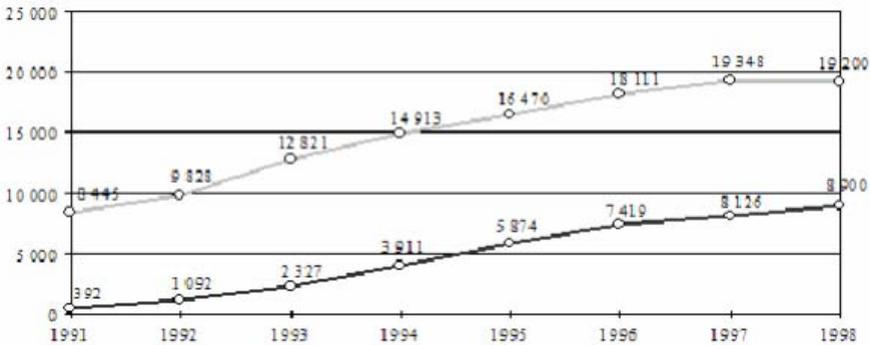
Trauriges Fazit der Kreditversicherer: „Langfristig nimmt die Insolvenzquote zu.“

Krisentheoretisches

Und immer mehr gute Firmen gehen pleite

Besorgniserregend ist zudem, dass immer mehr eigentlich gut aufgestellte („markterfahrene“) Unternehmen vom Pleitestrudel erfasst werden. So stieg deren Anteil von 20 Prozent Anfang der neunziger Jahre auf aktuell 30 Prozent, ein deutliches Indiz für die Verfestigung der Insolvenzanfälligkeit innerhalb der letzten zehn Jahren.

Quelle: Das Ende der Pleitewelle ? Insolvenzprognose 2006 für Deutschland und die Industrieländer, Wirtschaft Konkret, Nr. 411, Euler Hermes Kreditversicherung (Allianz Gruppe)



Im letzten Jahr gab es ca. 29.000 Insolvenzen und für 2009 werden rund 35.000 erwartet.

Wenn der Gewinn der Einzelkapitale aus einem Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert besteht, so zeigt die „Pleitenflut“ an, dass der gesellschaftliche Gesamtmehrwert nicht groß genug ist, um den Profitbedarf des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu decken. Da wir es mit einem System der freien Konkurrenz vieler Einzelkapitale zu tun haben, ist es ausgeschlossen, dass alle Einzelkapitale gleichmäßig weniger Profit erzielen. Der Kampf der verfeindeten Brüder sorgt dafür, dass besonders kleine und mittlere Kapital mit geringerer Arbeitsproduktivität sich nicht erfolgreich verwerten können, zahlungsunfähig werden und ausscheiden. Eine Entwicklungsdynamik vermehrter Insolvenzen deutet also auf eine Tendenz der relativen Abnahme der Mehrwertmasse hin. Eine sich entwickelnde „Pleitenflut“ bedeutet damit zugleich Überakkumulation von Kapital. Ebbs diese „Pleitenflut“ im Konjunkturaufschwung nicht signifikant aber, wächst sie gar ähnlich hartnäckig, wie die Lohnarbeitslosigkeit, so kann man mit Fug und Recht von einer „strukturellen Überakkumulation“ sprechen.

Produktion und Realisierung von Mehrwert

Krisen zeigen sich auf der Oberfläche der Zirkulation (G-W-G') als Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage gegenüber dem Warenangebot. Diese Unterkonsumtion ist jedoch verankert in der Produktionsverhältnissen, dem monopolisierten Privateigentum an Produktionsmitteln und dem Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft. Letztere ermöglicht die **Produktion von Mehrwert**, weil ihr Preis grundsätzlich durch ihren Wert beschränkt wird, ihre Anwendung durch das Kapital jedoch mehr Wert liefert, als zur Reproduktion der Arbeitskraft nötig

ist. Der durch den Wert begrenzte Preis der Ware Arbeitskraft schränkt jedoch zugleich die Möglichkeiten der **Realisierung von Mehrwert** ein. Sofern die wachsende Kaufkraft der Löhne (Lohnsumme) nötig ist, für die Realisierung von wachsendem Mehrwert, muss sie bestimmt werden von der Zunahme der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen. Würden dagegen die individuellen Löhne aller Lohnabhängigen über den Wert der Ware Arbeitskraft steigen, so würde das die Möglichkeiten der **Produktion von Mehrwert** stark einschränken oder unmöglich machen. Das gesamt Mehrprodukt wäre ggf. absetzbar, aber wir hätten es nicht mehr mit Kapitalismus zu tun, Aneignung von Mehrwert und Kapitalakkumulation hörten auf. (Nach Marx ist daher der letzte Grund aller wirklichen Krisen die Unterkonsumtion der Massen. Diese Unterkonsumtion ist allerdings in den Produktionsverhältnissen, dem Lohnsystem selbst, systematisch verankert. Ihr mit Lohnerhöhung beikommen zu wollen, dass verkennt diesen Charakter der Unterkonsumtion, wie es alle Konsequenzen aus dem Warencharakter der Arbeitskraft verkennt.)

Was von der (End-)Nachfrageseite her als Unterkonsumtion erscheint, erscheint von der Angebotsseite als Überproduktion von Waren, in denen bezahlte Arbeit und unbezahlte Mehrarbeit sich vergegenständlicht hat. Die Überproduktion von Waren bedeutet zugleich Überproduktion von Kapital, dass bei seiner Metamorphose von Geld zu Ware und von Ware zu mehr Geld, im Warenstadium stecken bleibt. Diese Überproduktion von Waren zeigt ferner eine Überakkumulation von Kapital in Gestalt des fixen konstanten Kapitals (Maschinen, Gebäuden, etc.) an. Es ist, gemessen an der Aufnahmefähigkeit der Märkte, der vorhandenen kaufkräftigen Nachfrage, zu viel Geld in Produktionsmittel investiert worden, deren Anwendung in Folge eine nicht absetzbare Menge an Waren erzeugt.

Jede Krise des Kapitals gibt uns einen Wink mit dem Zaunpfahl auf ihre Ursachen. In jeder Krise wird Kapital vernichtet (Entwertung und physische Vernichtung), werden LohnarbeiterInnen entlassen und Löhne gesenkt. Diese „Leistungen“ der Krise schaffen die Voraussetzung für neuen Aufschwung. Sie machen zugleich deutlich, dass eine Überakkumulation bezogen auf gegebene, ungenügende Verwertungsbedingungen die Ursache der Krise waren. Die Überakkumulation wird durch Vernichtung von Kapital beseitigt oder reduziert (weniger Einzelkapitale balgen sich um den gesamtgesellschaftlichen Mehrwert) und die besseren Verwertungsbedingungen werden durch Verringerung der Zahl der Lohnabhängigen und das Senken der Löhne realisiert.

Eine sogenannte Phase „beschleunigter Kapitalakkumulation“ mit dauerhaft hohen Wachstumsraten und vergleichsweise schwachen Konjunkturerinbrüchen, setzt immer besonders günstige Verwertungsbedingungen voraus, die eine zum Eklat drängende Überproduktion und Überakkumulation verhindern. Das verlangt vor allem anderen ein großes Überangebot von Lohnarbeitskräften, die bereit sind, sich zu niedrigsten Löhnen ausbeuten zu lassen. Solche Bedingung können eintreten nach einem Krieg, oder durch anderweitige „Freisetzung“ von Menschenmassen, etwa während der Zeit der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“ oder nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Unter den Bedingungen, die heute in den hochentwickelten Ländern herrschen, ist eine solche beschleunigte Akkumulation undenkbar! Sie könnte nur wieder erzeugt werden durch entsprechende Verwertungsbedingungen, sprich riesige Massenarbeitslosigkeit und die dadurch geschaffene Bereitschaft zu Hungerlöhnen zu arbeiten. Um diese Gedanken nachzuvollziehen, muss man gar nicht die Geschichte bemühen. Es reicht, wenn man die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von Ländern wie China, Russland, Indien etc. mit

denen in Deutschland, England, Frankreich etc. vergleicht. Schaut man genauer hin, dann werden diese hohen Wachstumsraten des BIP in China etc. aber nicht nur durch die entwurzelte Landbevölkerung allein erklärlich. Auch hier bedurfte und bedarf es der entsprechenden Bereitstellung von riesigen Mengen an Geldkapital. Diese Finanzmittel kommen heute nicht aus dem Marshall-Plan einer Supermacht, die sich daran macht den Weltmarkt zu rekonstruieren, sondern wurden und werden bereitgestellt durch die liberalisierten Finanzmärkte der Welt. Es grenzt an pure Heuchelei und verbirgt den „verschämten imperialistischen Nationalismus“ mancher Keynesianer, wenn dieser Zusammenhang nicht berücksichtigt wird. Man zieht es im Zweifelsfall vor, den „Verlust guter Arbeitsplätze“ hier zu bejammern. Tatsächlich aber sähe es um die „guten Arbeitsplätze“ hier sehr viel schlechter aus, hätte die Liberalisierung der Finanzmärkte nicht für die entsprechende Mobilität des Geldkapitals gesorgt. Ohne die Wachstumsimpulse Chinas, Russlands etc. für die Weltwirtschaft, hätte es hierzulande in den letzten Jahren erheblich weniger Wirtschaftswachstum gegeben, speziell in der Investitionsgüterindustrie, dem Zugpferd des deutschen Kapitals.

Wachsende organische Zusammensetzung von Kapital

Je mehr der Einsatz arbeitsparende Technologien (Produktionsmittel) die Produktivkraft der menschlichen Arbeit steigert, desto häufiger und stärker drängt der Widerspruch zwischen der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte und der durch die Produktionsverhältnisse selbst beschränkten Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zum Eklat.

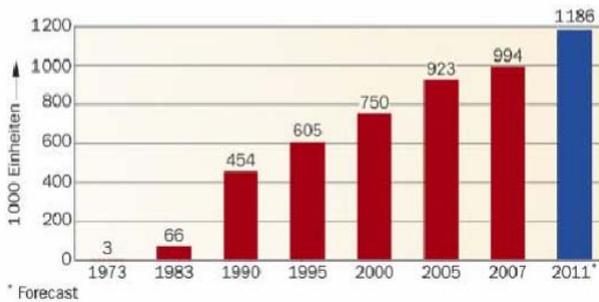
Die überall zum Einsatz kommenden arbeitsparenden Technologien, mit deren Hilfe in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren produziert werden, finden in der Automationstechnologie ihren vollendetsten Ausdruck. Wie die Erfolgsbilanz (Wachstumsraten des Umsatzes etc.) jener Industrien, die diese Technologien entwickeln und auf den Markt bringen, unterstreicht, investierte das Kapital in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker in die Automationstechnologie.

Mit der Automationstechnologie ist aber eine Stufe der Arbeitsproduktivität erreicht, in der die relative Abnahme der angewandten Lohnarbeit kaum noch durch eine absolute Vergrößerung des Kapitals, also auch der dadurch erreichbaren absoluten Zunahme von Lohnarbeit kompensiert werden kann, was wiederum einschneidende Konsequenzen für das Verhältnis vom erzielbaren Mehrwert zum insgesamt vorgeschossen Kapital hat. Wäre diese Automationstechnologie die einzige noch zum Einsatz kommende Technologie, dann wäre die von Robert Kurz verkündete „finale Krise“ vielleicht Realität.



Industrieroboter - Schlüsselkomponente für die Automation

Im letzten Jahr waren weltweit insgesamt 6,5 Mio. Roboter im Einsatz: rund 1 Mio. Industrie- und 6 Mio. Serviceroboter. Bis 2011 sollen es insgesamt mehr als 18 Mio. sein, davon 1,2 Mio. Industrieroboter. Die Marktzahlen, Einschätzungen, Trends und Prognosen hat das IFR Statistical Department nun in seinem aktuellen Bericht „World Robotics 2008“ veröffentlicht.



2007 waren laut IFR weltweit rund 1 Mio. Industrieroboter im Einsatz; bis 2011 sollen es rund 1,2 Mio. sein (Quelle: IFR)

Exkurs:

Der hier angezeigte Einsatz von Robotern in der Industrie ist nur die Spitze des Eisbergs und die angeführte Statistik erfasst längst nicht alle tatsächlich eingesetzten Roboter. Zum Beispiel: In den letzten Jahrzehnten hielten überall CNC-gesteuerte Werkzeugmaschinen und Bearbeitungszentren Einzug in die Fertigung. Jede dieser Maschinen enthält einen typischen Handhabungsroboter für den Werkzeugwechsel. Die mehr oder weniger zahlreichen Werkzeuge (Bohrer, Drehmeißel, etc.) sind in einem Magazin gelagert. Über ein Computerprogramm gesteuert entnimmt ein Greifarm das Werkzeug und steckt es in die Werkzeugaufnahme der Maschine. Wird das Werkzeug nicht mehr benötigt, bzw. ist ein anderes für den nächsten Bearbeitungsschritt erforderlich, so tritt der Greifarm erneut in Aktion. Der Einsatz solcher CNC-gesteuerten Werkzeugmaschinen bedeutete einen enormen Fortschritt in der Arbeitsproduktivität. Weitere Informationen zum Wachstum der Automationsbranche und zum Einsatz von Robotern in der Anlage.

Mit der Veränderung der technischen Zusammensetzung Kapitals und der dadurch bedingten Veränderung in der Wertzusammensetzung (konstantes zu variablem Kapital) wächst der erforderliche Kapitalvorschuss für die Erweiterung der Produktion. Investitionen werden in immer größerem Umfang abhängig von den Krediten der Banken ... oder auch von der

Krisentheoretisches

risikoreichen Beteiligung an dem spekulativen Handel mit fiktivem Kapital an den Finanzmärkten. (Letzteres gilt nur für die großen Kapitale). Die großen Kapitale der „Realwirtschaft“ sind in den letzten Jahren immer stärker auch zu Finanzkapitalen geworden. Die Grenzen verschwimmen. Wenn Porsche in seiner Bilanz einen erheblichen größeren Nettogewinn als Umsatz ausweisen konnte, so spricht das Bände. Die Finanzspekulation wird allgemein.

Der jetzige, alles überrollende Crash an den Finanzmärkten zeigt an, wie groß die Diskrepanz zwischen Produktivkraft der Gesellschaft und ihrer realen Konsumtionsfähigkeit wirklich geworden ist. In allen Bereichen der „Realwirtschaft“ brechen Aufträge und Umsätze in großem Umfang ein. Er zeigt, dass die kapitalistische Gesellschaft ohne den spekulativen Vorgriff auf künftige „erwirtschaftete“ Geldeinkommen, ohne erfolgreiche Reproduktion des fiktiven Kapitals auf ständig wachsender Stufenleiter, in die soziale Katastrophe schlittert, weil die real erzielten Geldeinkommen (Profite und Löhne) offensichtlich nicht ausreichen, um das ungeheure Mehrprodukt als Mehrwert zu realisieren. Die allseits verlangte Beschneidung der Freiheiten des Finanzkapitals, wird die existierenden, grundlegenden Widersprüche nicht lösen, sondern sie kurzfristiger aufdecken und zuspitzen. Sie wird die erweiterte Reproduktion von Kapital nicht fördern, sondern sie erschweren. Sollten die Begrenzer der Freiheit des Finanzkapitals und Rückkehrer zur „Realwirtschaft“ Erfolg haben, so wäre das gut und nicht schlecht. Nicht, weil das den Kapitalismus reparieren und das Kapital vor sich selbst beschützen wird, sondern weil die Systemfrage sich noch dringlicher stellen wird.

Es ist deshalb aber weder falsch noch illusorisch, für eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle des Finanzkapitals zu streiten. Das ist genauso wenig falsch und illusorisch wie der Kampf um mehr gesellschaftliche Kontrolle des Industriekapitals. Illusorisch wird das Ganze, wenn man meint dadurch eine krisenfreie kapitalistische Wirtschaft mit dauerhafter sozialer Sicherheit und allgemeiner Wohlfahrt konstruieren zu können und es wird bürgerlich, wenn man mit solchen Positionen eine Diskussion und Verständigung über sozialistischer Ziele blockiert. Man kann die Wirkungsweise des Wertgesetzes beschränken, indem man die Freiheit der konkurrierenden Warenproduzenten und -Anbieter einschränkt. Man kann bei entsprechendem Willen und politischer Stärke die Wirkungsweise des Wertgesetzes (Wirkung von Angebot und Nachfrage) sogar weitgehend ausschalten, aber dann ist der Motor für Wachstum der kapitalistischen Privatproduktion entweder ausgebremst oder ganz abgestellt. In einer auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft ist bleibt der Profit das Steuerungszentrum für die ökonomische Entwicklung. Man kann kapitalistische Ökonomie weder von der Angebotsseite her krisenfrei steuern, noch von der Nachfrageseite her. Anzustrebende Reformen können und sollen nicht dazu dienen, das Kapital wieder flott zu machen, sondern es zu schwächen und an eine soziale Revolution heranzukommen.

Keynesianismus – Eigentore und offene Fragen

Nicht ohne Triumphgefühl verkünden Keynesianer unterschiedlichster Couleur den Bankrott des Neoliberalismus und werden nicht müde, die aktuelle, schwere Weltwirtschaftskrise als Produkt neoliberaler Wirtschaftspolitik und neoliberaler Unternehmenspraxis darzustellen. Sofern diese Krise jedoch überhaupt auf eine verfehlte Politik und verfehlte Unternehmensstrategien zurückzuführen ist, handelt es sich um eine gelungene Mischung aus keynesianischer Finanzpolitik und institutionalisierter neoliberaler Unternehmenspraxis.

I.

Nationalökonom Stephan Schulmeister (nomen est omen?) vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien hat – vor Beginn der jetzigen Weltwirtschaftskrise – in einem Artikel „Die 'ausgeblendeten' Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise...“ die „wahren“ Ursachen der ökonomischen Wachstumsschwäche in Deutschland und Europa zwischen 1991 und 2005 „eingebildet“. Gleichzeitig hat er am „positiven“ Beispiel der USA gezeigt, wie man erfolgreich ökonomisches Wachstum des Kapitals erzeugen und eine antizyklische Politik betreiben kann. Unter der Zwischenüberschrift „Keynesianische Geld- und Fiskalpolitik in den USA“ heißt es da u.a.:

„In den USA reagierte die Wirtschaftspolitik auf die Wachstumsverlangsamung im Lauf des Jahres 2000 mit einem raschen Wechsel zu einem expansiven Kurs. Der Rückgang der Kreditzinsen – die Prime Rate sank von 9,0% auf 4,0% – reduzierte die Zinslast von Unternehmen und Haushalten, für die überdies die Umschuldung von Hypothekarkrediten zu einer wichtigen Einnahmequelle wurde.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau und die Erwartung einer auch mittelfristig expansiven Geldpolitik förderten die Bereitschaft von Unternehmen und Haushalten, zusätzliche Investitions-, Konsum- und Wohnbaudarlehen aufzunehmen. Insbesondere die Wohnbauinvestitionen profitierten von der markant antizyklischen Geldpolitik, sie expandierten zwischen 2000 und 2004 um insgesamt 25,6%. ...

Die sinkende Belastung der privaten Haushalte mit Zinszahlungen und Steuern als Folge der expansiven Geld- und Fiskalpolitik sowie die positiven Vermögenseffekte weiterhin steigender Immobilienpreise (gefördert durch die Zinssenkungen) waren die wichtigsten Gründe, warum der private Konsum trotz Rezession, steigender Arbeitslosigkeit und erhöhter Unsicherheit als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 zwischen 2000 und 2004 um 13,1% expandierte und damit rascher als das verfügbare Realeinkommen (+10,7%).“ www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/schulmeister.pdf

Ja, ja, die Geister, die sie riefen! Kann man sich ein schöneres Eigentor vorstellen? Als „Ökonom“ müsste der Mann doch eigentlich „tot“ sein. Zu gern würde ich hören, was er heute so an „wissenschaftlichen“ Erkenntnissen verbreitet. Eben diese phantastische, expansive „keynesianische Geld und Fiskalpolitik in den USA“ hat die Lawine ins Rollen gebracht, die heute die ganze Welt der Kapitalverwertung zu verschütten droht. Manche Keynesianer sind eben einfach nur Fetischisten ökonomischen Wachstums („Bastard-Keynesianismus“), die bereits leuchtende Augen bekommen, wenn es gelingt durch „Defizit spending“ etwas Wachstum des Kapitals zu induzieren. Dabei wird immer unterstellt, das die Begleichung der Schuld im folgenden Aufschwung kein Problem sei. Funktioniert hat das noch nicht.

II.

Die Zeitschrift „Sozialismus“ verbreitet schon seit längerem die Vision einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Auf ihren Seiten wird immer wieder ein linker Keynesianismus ausgebreitet. In Heft 11/2008 hat sich Peter Wahl des „Finanzcrashes“ angenommen. Darin heißt es:

„Der Crash an der Wall-Street ist zugleich eine Bankrotterklärung des herrschenden wirtschaftspolitischen Leitbildes. Es hat sich gezeigt, dass der Markt nicht in der Lage ist, sich selbst zu regulieren. Daher ist jetzt eine strikte Regulierung notwendig.“ S. 20

Ein „stabiles, vorhersehbares Finanzsystem“ sei „ein globales öffentliches Gut“, dass dringend bereitgestellt werden müsse. Keine Spur von einem Bankrott der kapitalistischen Produktionsweise sondern nur eines „wirtschaftspolitischen Leitbildes“. Aber was soll das dann überhaupt noch für ein Markt sein, der sich nicht selbst reguliert? Zumal er doch von Redakteuren der „Sozialismus“ als ganz und gar unverzichtbares Regulierungsinstrument gefeiert wird (vergl. Bischoff und Menard in „Marktwirtschaft und Sozialismus“, VSA-Verlag Hamburg 1990)? In dem durchaus interessanten und lesenswerten Artikel von Peter Wahl steht auch folgendes geschrieben:

„Finanzkrisen, wie die Verschuldungskrise der 1980er, die Asienkrise oder die gegenwärtige Krise, waren unter den Bedingungen von Bretton Woods nicht möglich.“ S. 16

Dem kann man nicht widersprechen. Das Bretton Woods System war zweifellos ein System „striktter Regulierung“. Bei Wahl heißt es dann weiter:

„Nach dem Zusammenbruch des Systems 1973 setzte ein weltwirtschaftlicher Umbruchprozess ein, dessen historische Tragweite herausstellen sollte: Das Ende von Bretton Woods war der Urknall der gegenwärtigen Welle der Globalisierung.“ ebenda S. 16

Also unter dem System von Bretton Woods hätte die konkrete Form der aktuellen Krise nicht Gestalt annehmen können. Bretton Woods ist aber genauso „zusammengebrochen“ wie das noch bestehende liberalere Finanzregime gerade zusammenbricht. Wie aber konnte das nur passieren?

„Wer als Antwort auf die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Vorherrschaft der globalen Finanzmärkte eine Rückkehr zur regulierten kapitalistischen Weltwirtschaft und zu einer Politik der Sozialreformen anpreist, wird zweifellos argumentieren, der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems sei eine Folge politischer Entscheidungen gewesen.“

Natürlich hätte eine andere Politik vielleicht zu einem anderen Verlauf der Ereignisse geführt. Aber das Ableben des Bretton-Woods-Systems hätte sie nicht verhindern können, denn dessen Zusammenbruch wurzelte in objektiven Entwicklungstendenzen. Eine umfassende Studie bemerkt dazu:

„Es erforderte eine zu starke Koordination der Politik der einzelnen Länder. Die einzelnen Länder konzentrierten sich immer stärker auf das heimische Wachstum, während die technologischen Kräfte, die das Wirtschaftswachstum beschleunigten, die Internationalisierung von Waren, Märkten, aber auch Kapital verlangten. Man kann die Krise des Bretton-Woods-Systems als besonderes und sehr dramatisches Beispiel für das Zusammenprallen der nationalen Wirtschaftsregulierung mit der Logik des Internationalismus betrachten. Unter den Umständen von 1971 erfolgte die Störung des Systems sehr offensichtlich und direkt von Seiten der Vereinigten Staaten.“ (Harold James, *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*, page 207) www.wsws.org/de/2001/aug2001/bret-a18.shtml

Ein System „striktter Regulierung“ des Geldkapitals lässt sich auf Dauer nicht vereinbaren mit dem Expansionsdrang des produktiven Kapitals. Der Konflikt ist unvermeidlich, weil die er-

weitere Reproduktion des produktiven Kapitals unreguliert, zwanghaft, spontan-arbeitsteilig (zwischen den Einzelkapitalen wie zwischen den „Volkswirtschaften“) voranschreitet. Diese erweiterte Reproduktion impliziert die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit - darin eingeschlossen Wertrevolutionen, die die bestehenden Verhältnisse (inkl. Wechselkurse zwischen Währungen etc.) beständig erschüttern - und verlangt entsprechende Ausdehnung der Märkte, also eine entsprechende Freiheit des Kreditgeschäftes. Dieser Konflikt kann systemimmanent nur überwunden werden durch Deregulierung, also mehr Freiheit für das Finanzkapital. Es ist und war Sache der bürgerlichen Politik dieser objektiven Tendenz Rechnung zu tragen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

Dass überhaupt eine solche „strikte Regulierung“ des Geldkapitals innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert und praktiziert wurde, ist nur zu erklären vor dem Hintergrund des ökonomischen Zusammenbruchs durch Weltwirtschaftskrise 1929, sich anschließender Depression und Weltkrieg. Von den alten kapitalistischen Großmächten blieben allein die USA vor den gigantischen Zerstörungen verschont und konnten ökonomisch vom Krieg profitieren.

Es lag in ihrem ureigensten Interesse als kapitalistisches Land, für eine Rekonstruktion von Kapital und Weltmarkt zu sorgen und dabei ihre militärisch durchgesetzte Überlegenheit in eine durch sie geführte kapitalistische Weltwirtschaft umzusetzen. In einer solchen Situation auf das „freie Spiel der Marktkräfte“, also eine von selbst anspringende Weltmarktkonjunktur zu warten, das wäre in Anbetracht „realsozialistischer Bedrohung“ einem Selbstmord der USA gleichgekommen. Die Politik der „strikten Regulierung“ war also nichts anderes als ein notwendiges Programm der internationalen Rekonstruktion des Kapitals, das im nationalen Interesse der USA lag. Der Eckpfeiler von Bretton Woods war die Installation des Dollars als Leitwährung der Weltwirtschaft. Die damit verbundenen festen Wechselkurse der Währungen im Verhältnis zum Dollar waren ein zentraler Hebel für die Rekonstruktion des Weltmarktes. Das System musste zusammenbrechen, sobald es seine Aufgabe erfüllt hatte, eben einen Beitrag zu liefern, zum kontrollierten Wiederingangsetzen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sobald Länder wie Deutschland und Japan im „Wirtschaftswunder“ erblühten, musste das System fester Wechselkurse zur Stützung der US-Vorherrschaft kollabieren.

Ein konsequent durchgehaltener Keynesianismus, eine „strikte Regulierung“ des Finanzkapitals ist natürlich grundsätzlich vorstellbar, aber das Projekt ist nicht realistischer als die soziale Revolution. Mit einem „stabilen, vorhersehbaren Finanzsystem“ hätte das allerdings wenig zu tun. Dafür würde die spontane Dynamik des (produktiven) Kapitals sorgen. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 ist der lebendige Beweis dafür, dass ein erfolgreicher Keynesianismus die Überakkumulation von Kapital und damit die Überproduktionskrisen des Kapitals nicht verhindern kann.

Dass den USA nach dem 2. Weltkrieg sehr an einer Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktes gelegen war und sie zu diesem Zweck auf Keynesianismus zurückgriff, ist verständlich. Aber warum sollte uns an einer Rekonstruktion des jetzt in die Brüche gehenden Weltmarktes gelegen sein? Es gibt lohnendere Ziele.

III.

Alle Varianten des linken Keynesianismus möchten das Geldkapital auf Investition in produktive Anlage verpflichten. Gemeint sind aber nur die Investitionen in den alten hochentwickelten Ländern; die Bereitstellung von Geldkapital der liberalisierten Finanzmärkte für Investitionen in andern Ländern der Welt werden geschmäht, weil sie „gute Arbeit“ durch „schlechte“ ersetzen. Plötzlich spielt das viel beschworene Wachstum des Kapitals keine entscheidende

Rolle mehr und das Streben nach möglichst hoher Rendite wird zurückgeführt auf die missratene Gier des Finanzkapitals. Die angebliche Blockade für „produktive Investition“ durch hohe Zinsen, ist jedenfalls keine Blockade für das internationale Kapital. Es sucht, findet und schafft seine Anlagemöglichkeiten, was wiederum katastrophale Weltwirtschaftskrisen nicht verhindert.

Besonders in der Zeitschrift PROKLA (das stand mal für Probleme des Klassenkampfes und die Zeitschrift sollte jetzt besser PROREKA=Probleme der Regulation des Kapitals heißen) mit ihrem theoretischen Schlachtschiff Elmar Altvater hat man die hohen Realzinsen als Übeltäter ausgemacht, die die Investition in produktives Kapital behindern.

Im Editorial zur Nr. 118 wird allen ernstes gefragt: „Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?“ und dann heißt es weiter:

„Die ... Konsequenz zu hoher Realzinsen besteht in der Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit in Produktivvermögen.“ (Editorial PROKLA 118 „Ist der entfesselte Weltmarkt noch zu bändigen?“)

Wenn das Zinsniveau insgesamt sinken würde, wird in Aussicht gestellt, dass „langfristige Anlagen in der Realwirtschaft möglicherweise wieder rentabler“ (ebenda) werden.

Nein, der „entfesselte Weltmarkt“ ist die notwendige Konsequenz, die aus dem Zwang zu erweiterter Kapitalreproduktion entsteht. Er ist nicht zu bändigen und war es nie. Das viel beschworene Bretton Woods, die damit verbundene „strikte Regulierung“, war nichts anders als das notwendige Anschubprogramm zur *Rekonstruktion und Entfesselung dieses kapitalistischen Weltmarktes nach seinem vollständigen Zusammenbruch*.

Zur Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit bedarf es nicht zu hoher Realzinsen. Diese sind nicht Ursache sondern Folge einer ganz anderen Blockade. Das produktive Kapital besorgt diese Angelegenheit ganz alleine. Die Behinderung oder gar Unterdrückung der Investitionstätigkeit ist Resultat wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals, oder erhöhter Kapitalintensität und daraus resultierender sinkender Profitraten des produktiven Kapitals.

Der Zusammenhang wird auch hier immer wieder geradezu auf den Kopf gestellt.

Man meint allen ernstes, dass durch angemessene Zinspolitik, also senken der Zinsen, die Anlagen in produktives Kapital wieder rentabel werden könnten. Wie soll das funktionieren, wo bei den aktuell erzielbaren Renditen ständig neue Pleitenrekorde erzielt werden? Es geht eben nicht nur mit Keynes um den Vergleich der zu erwartenden Renditen und den Vergleich zwischen Zinsen und Profiten. Das Kapital hat keine Wahlfreiheit, wenn die Durchschnittsprofitrate auf ein Niveau gesunken ist, dass den Kampf der verfeindeten Brüder entzündet hat und jede Neuanlage in industrielles Kapital die große Gefahr des Verlustes in sich birgt.

Die Chancen sozialer Emanzipation

Eine Rückkehr zu einer kapitalistischen „Realwirtschaft“ mit hohen Wachstumsraten ist kein Programm zur Verhinderung der sozialen Katastrophe, es setzt diese vielmehr voraus! Weil die jetzige Weltwirtschaftskrise die hereinbrechende soziale Katastrophe möglich macht, darum setzt sie eine ganz andere Systemfrage auf die Tagesordnung, als sie im Lager aller linken und rechten Marktwirtschaftler angesprochen wird. Sie verlangt die Diskussion und den Kampf für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative, jenseits des Kapitals.

Die objektive Entwicklung hat die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung gesetzt in Gestalt der

Verstaatlichung von Banken. Sie wird diese Frage im Laufe der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise weiter zuspitzen und immer stärker auch für das Industriekapital stellen (siehe Opel). Im Desaster des Zusammenbruchs der Kapitalakkumulation offenbart sich das Versagen des kapitalistischen Privateigentums. Selbst die bürgerlichen Parteien sehen sich gezwungen, nach gesellschaftlichen Lösungen zu suchen. Alle lauthals und selbstbewusst hinaus posaunten Parolen über das segensreiche Wirken von Privateigentum, Markt und Konkurrenz werden von der Realität als hohle, verlogene und hilflose Sprüche entlarvt. Man ist jetzt daher erneut nicht „ideologisch“ sondern, wie immer, ganz „pragmatisch“. (Was interessiert uns unser Geschwätz von gestern?)

Die gesellschaftlichen Lösungen bürgerlicher Parteien sollen allerdings nur dazu dienen, das ganze Spiel von vorne zu beginnen, die „segensreichen“ Privatinteressen wieder zum Zuge kommen zu lassen und erneut zu entfesseln. Darum sehen ihre gesellschaftlichen Lösungen so aus, dass sie das Geld der Gesellschaft mobilisieren, um kapitalistisches Privateigentum zu retten. Sofern das mit „Aneignung“ von Banken etc. einhergeht, handelt es sich um eine bloß formelle, vorübergehende Aneignung durch den bürgerlichen Staat.

Wenn das ganze Spiel nach dem Desaster nicht wieder von vorne losgehen soll, dann kommt es nicht darauf an, das Geld der Gesellschaft, sondern die Menschen zu mobilisieren. Dann geht es nicht um eine vorübergehende formelle Vergesellschaftung zum Zwecke der Wiederbelebung kapitalistischer „Realwirtschaft“, sondern um eine dauerhafte, reale Vergesellschaftung in einer Aneignungsbewegung der Masse der lohnabhängigen Menschen.

Wo das Privateigentum herrscht, dominiert das Privatinteresse. Wo Gemeineigentum herrscht dominiert das Gemeininteresse. Jeder Versuch, das Privateigentum auf Gemeininteresse zu verpflichten, wird auf Dauer scheitern. Die Eigentumsfrage muss theoretisch und praktisch gelöst werden!

+++

Schon im Kapitalismus entwickeln sich verschiedene Formen von gesellschaftlichem oder Gemeineigentum. Dazu zählen so unterschiedliche Unternehmensformen wie Staatsunternehmen, Aktiengesellschaften (diese sind natürlich nur Gemeineigentum einer Gruppe von Privateigentümern) oder genossenschaftliche Betriebe.

Die höchste Form dieser Art von Gemeineigentum ist zweifellos das Staatseigentum, aber es ist nur der Form nach gesellschaftliches Eigentum. Betriebe, die sich im Besitz des bürgerlichen Staates befinden, haben nichts zu tun mit wirklichem Gemeineigentum auf der Stufe nationalstaatlicher Vergesellschaftung, geschweige denn der heutigen Stufe der Internationalisierung. **Wirkliche Vergesellschaftung setzt immer eine Aneignungsbewegung der Masse der Lohnabhängigen voraus.** Solange ein solcher Wille und eine solche Bewegung der Lohnabhängigen nicht da ist, kann von einer wirklichen Vergesellschaftung, die die soziale Emanzipation vollendet, nicht die Rede sein. Insofern könnte auch jede aktuelle Forderung etwa nach Vergesellschaftung der Banken oder nach Vergesellschaftung von Auto-Konzernen allenfalls zu einer formellen Vergesellschaftung führen.

Andererseits:

Sofern einzelne Betriebe besetzt werden, um sie unter Leitung von gewählten Belegschaftsmitgliedern und unter Kontrolle von Belegschaftsversammlungen (vergl. Zanon), zu betreiben, findet tatsächliche Vergesellschaftung durch Aneignung statt, allerdings auf der sehr beschränk-

ten Stufe eben eines einzelnen Betrieben. Es handelt sich um Aneignung im allgemeinen Milieu von Marktwirtschaft. Der Betrieb produziert sein Produkte weiterhin als Ware, mit allen spekulativen, unsicheren Konsequenzen, die das hat.

Man muss beides zusammenbringen, die Form des Staatseigentums mit der Selbstverwaltung in den Betrieben, die nur vollbracht werden kann durch aktive Aneignung. Die Belegschaften organisieren also quasi treuhänderisch die Produktion eines einzelnen Betriebes im Auftrage der Gesamtgesellschaft.

Ferner muss man diese Formen des Eigentums und der Selbstverwaltung ergänzen um das Element einer demokratischen Planung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Ohne eine solche demokratische Planung, in die alle selbstverwalteten Betriebe einbezogen sind, könnte nach wie vor nicht von einer gesellschaftlich kontrollierten materiellen Reproduktion die Rede sein, weil jeder Betrieb nach wie vor auf eigene Rechnung für den Markt produzieren würde. Allein mit einer solchen demokratischen Planung der Gemeinschaft genossenschaftlicher Betriebe könnte der Markt überwunden werden.

Die hier skizzierten Produktionsverhältnisse einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus hat es so noch nie gegeben. (Elemente davon finden wir allenfalls in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung.) Allein eine solche Perspektive könnte man durchaus mit Recht als „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Realsozialismus bezeichnen. Mit letzterem hätte er so gut wie nichts gemein, weil er einzig zu verwirklichen wäre durch die Klasse der Lohnabhängigen, die überwältigen Mehrheit der Menschen. Ihre Aneignungsbewegung wäre der Schlüssel zum Erfolg. Ein solcher Weg schließt jede Partei „bolschewistischen Typs“ (Führungsanspruch) und deren verheerende, entmündigende, diktatorische Wirkung aus.

Wenn also durch die aktuelle Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft die Systemfrage aufgeworfen wird, so kommt es meiner Meinung nach darauf an, dass zunächst in der radikal-antikapitalistischen Linken eine offene und gründliche Diskussion über einen solchen Weg sozialer Revolution geführt wird. Auf der Tagesordnung steht eine solche Revolution nicht, weil die entscheidenden subjektiven Voraussetzungen dafür fehlen (der Wille und die Bewegung zur Aneignung), wir sogar weiter davon entfernt zu sein scheinen, also jemals zuvor in der Geschichte des Kapitalismus und der durch ihn erzeugten sozialen Auseinandersetzungen. Um so dringlicher aber ist der Beginn der Debatte mit dem Ziel der Klärung, Verständigung und letztlich auch der Organisation. Die jetzige Krise bietet die große Chance, eine solche Debatte konstruktiv zu führen. Auf der Tagesordnung steht jetzt der Kampf gegen die Abwälzung der Krise auf die Masse der Menschen, der Kampf zum weitreichende soziale Reformen. Dieser Kampf erfordert ein möglichst breites Zusammenwirken aller sozial engagierter Menschen und darf an grundsätzlichen theoretischen Differenzen, wie sie hier skizziert wurden über die Ursachen der Krise und die Fragen der weiterreichenden gesellschaftlichen Perspektive, wie sie hier skizziert wurden, nicht scheitern.

Alles Krise oder was? Was Kapital ist und was Krise des Kapitals (Thesen)

Wir leben in einem Zeitalter, indem die überflüssige Information überhand nimmt und die notwendigen Gedanken ausbleiben. (Joseph Joubert, französischer Philosoph, 1754-1824!!)

Die linke Publizistik hat fast nur noch ein Thema und das heißt „Krise“. So viel und solange Krise war noch nie, angeblich seit den 1970iger Jahren. Nahezu alle sozialen Phänomene des Kapitalismus werden als Krisenphänomene dargestellt und kritisiert. Das gipfelt dann z.B. in der Parole „*Der Kapitalismus ist die Krise*“.

Schaut man sich das auf und ab der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab und die widersprüchlichen Erscheinungen in verschiedenen Ländern an, dann muss diese Sicht der Dinge eher verwundern. Manchen Autoren bereitet es jedoch keinerlei Probleme selbst das gigantische ökonomische Wachstum in China als Ausdruck der Krise des Kapitals zu interpretieren, weil jedes kapitalistische Wachstum ja nur noch „auf Pump“ zu bewerkstelligen sei.

Die folgenden Thesen wurden nicht geschrieben, um die Tiefe der aktuellen Krise und die Schärfe der Widersprüche, die durch diese Krise behoben werden müssen, herunter zu spielen. (Siehe dazu meinen Artikel „Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulations stellt die Systemfrage“) Sie sollen lediglich dazu dienen, sich – unter Rückgriff auf die marxische Mehrwerttheorie - ein **realistisches Bild von den Möglichkeiten weiterer kapitalistischer Entwicklung und sozialer Emanzipation** zu machen.

Ich werde ich mich mit folgenden Themen und Fragestellungen beschäftigen:

- Von welcher Krise oder von welchen Krisen reden wir eigentlich?
- Ist das Phänomen der kreditvermittelten Kapitalexpansion neu und kann man in diesem Zusammenhang von einem bloß scheinbaren Wachstum sprechen?
- Was sind die Gegenteilstendenzen gegen den Fall der Profitraten oder auch den vermeintlichen „Substanzverlust“ von Mehrwertproduktion?
- Was heißt überhaupt Mehrwertproduktion? Ist das nur Produktion von mehr Wert?
- Was steckt hinter der „Umverteilung von unten nach oben“ und kann die verlangte „Umverteilung von oben nach unten“ die Verwertungsprobleme des Kapitals beheben und für Wachstum sorgen?
- Welche Bedeutung hat der Klassenkampf für die ökonomische Entwicklung?

Was mir am meisten aufgefallen ist in aktuellen theoretischen Abhandlungen über „die Krise“: Es gibt kaum Beiträge, die sich mit der Produktion des Mehrwerts und dem Wert der Ware Arbeitskraft beschäftigen. Alles dreht sich um Finanzkapital und Kredit, um Zinsbelastung der „Realökonomie“ und ungenügende Geldeinkommen. Jedes Wachstum des Kapitals scheint nur noch abhängig von der Ausdehnung des Marktes.

I. Über Wachstum und Krise des Kapitals

Wachstum des Kapitals, die Erweiterung seiner Reproduktion, verlangt immer zweierlei:

- Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit
- Ausdehnung des Marktes

Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeit lässt das Mehrprodukt der gesellschaftlichen Arbeit wachsen. Ausdehnung des Marktes verwandelt dieses Mehrprodukt in realisierten Mehrwert des Kapitals.

Jede Krise des Kapitals beginnt damit, dass der Markt sich nicht mehr genügend ausdehnen lässt, um das produzierte Mehrprodukt als Mehrwert zu realisieren. Waren werden unverkäuflich oder müssen zu Preisen verkauft werden, die die kapitalistischen Unternehmen in die roten Zahlen treiben. Firmen machen Pleite, LohnarbeiterInnen werden arbeitslos.

Jede Krise des Kapitals ist Ausgangspunkt für erneutes Wachstum. In und durch die Krise geschaffene Voraussetzungen für dieses Wachstum sind zunächst und vor allem:

- Verkleinerung des Kapitals, sei es durch Reduzierung seines Wertes, also durch allgemeinen Preisverfall, sei es durch komplette Vernichtung einzelner kapitalistischer Unternehmen
- Korrektur des Verhältnisses der notwendigen Arbeit zur unbezahlten Mehrarbeit zugunsten letzterer (die Zeit, die die LohnarbeiterInnen für die eigene Reproduktion arbeiten, für die sie also ein Äquivalent erhalten, wird verkürzt und die Zeit, die sie ohne Äquivalent für das Kapitals arbeiten wird verlängert)

Erst wenn beides in ausreichendem Umfang geleistet ist, die Verwertungsbedingungen des Kapitals nach beiden Seiten (Produktion und Realisierung von Mehrwert) optimiert wurden, also die Zahl der Einzelkapitale vermindert, der Exploitationsgrad der Lohnarbeit erhöht und die Preise der Waren auf ein niedriges Niveau abgesenkt sind, kann es erneut zu steigender Produktion und - wegen der gesunkenen Preise (nicht wegen in der Krise gewachsener Einkommen!) - zu einer Ausdehnung des Marktes und damit zunehmender Realisierung von Mehrwert bei erhöhter Profitabilität kommen. **Der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft aus einer Krise heraus beginnt immer auf der Basis gesunkener Einkommen (Löhne und Profite)! Wer meint, kapitalistische Wachstum setze gestiegene Einkommen voraus und könne nur auf der Basis gestiegener Einkommen entstehen, der hat nicht verstanden, was die Krise des Kapitals ist und was sie bewirkt. Steigende Lohn- und Profiteinkommen sind nicht Voraussetzung sondern Produkt des kapitalistischen Wachstums!**

In der gesellschaftlichen Praxis können die hier skizzierten Abläufe auf verschiedene Weise durch den Klassenkampf, das mehr oder weniger bewusste Handeln des Staates, der einzelnen Unternehmen und ihrer Verbände, der LohnarbeiterInnen und ihrer Organisationen beeinflusst werden. Alle möglichen Modifikationen ändern aber nichts an dem ökonomischen Sachzwang dieser Abläufe, solange eben kapitalistische Produktionsverhältnisse existieren.

- Alle Versuche von Seiten der Sachwalter des Kapitals, notwendige Entwertung und Vernichtung von Kapital zu vermeiden, führen zu einer anhaltenden, sich aufbauenden Überakkumulation von Kapital und bereiten damit letztlich noch schärfere Krisen vor.
- Alle Versuche von Seiten der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen, die notwendige Erhöhung des Ausbeutungsgrades ihrer Arbeitskraft zu vermeiden, würden im Erfolgsfall das für neuen Aufschwung und Wachstum des Kapitals notwendige Ansteigen der Profitrate verhindern.

Beides ist aus ökonomischen Gründen zum Scheitern verurteilt, bestimmt aber trotzdem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den Krisen der letzten Jahrzehnte und bleibt nicht ohne Wirkung.

II. Strategien zur Vermeidung der unvermeidlichen Kapitalentwertung und -vernichtung und ihre Resultate

Die Verwertungsprobleme des überakkumulierten Kapitals können umso weniger durch den ökonomischen Mechanismus der Krise (Entwertung und Vernichtung überakkumulierten Kapitals, Vergrößerung der industriellen Reservearmee) behoben werden, als die „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Staaten) bemüht sind, eine Klassensolidarität der Besitzer von Kapital herzustellen, indem sie aus Steuermitteln finanzierte Solidaritätsfonds bereitstellen, die die ökonomisch notwendige Entwertung und Vernichtung von Kapital verhindern sollen. Diese Klassensolidarität der Kapitalbesitzer wird zum einen hergestellt um den Preis gigantischer Staatsverschuldung, die die heute schon maßlosen Ansprüche des zinstragenden Kapitals auf künftig zu produzierenden Mehrwert weiter erhöht. Sie wird zum anderen hergestellt durch Maßnahmen zur Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit, im sogenannten „Klassenkampf von oben“. Ohne diesen „Klassenkampf von oben“ wäre in der Tat jeder Versuch, den durch wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals produzierten Fall der Profitraten zu stoppen und umzukehren, aussichtslos und würde die Kapitalakkumulation gänzlich zum Stillstand kommen. Dieser unausweichliche „Klassenkampf von oben“ zerstört allmählich oder abrupt die Grundlagen eines „sozialen Friedens“, der in den entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich auf sozialen Zugeständnissen des Kapitals an die LohnarbeiterInnen beruht.

Seit der Krise in den 1970er Jahren wird die gesellschaftliche Entwicklung in den hochentwickelten Ländern wesentlich geprägt durch diesen „Klassenkampf von oben“, den die herrschenden Klassen unter Parolen wie „Deregulation“, „Flexibilisierung“, etc. mit einigem Erfolg geführt haben (siehe USA, England oder Deutschland). Hinter der sogenannten „Umverteilung von unten nach oben“ verbirgt sich vor allem eins: die von der ökonomischen Entwicklung geforderte Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit.

Die Strategie zur Vermeidung gigantischer Entwertungsprozesse des überakkumulierten Kapitals wurde und wird ergänzt durch wirkungsvolle Maßnahmen zur „Entwertung der Ware Arbeitskraft“. Von Einzelkapitalen wie von den verschiedenen nationalstaatlich organisierten Gesamtkapitalen werden den LohnarbeiterInnen weltweit Verhältnisse aufgezwungen, unter denen sie weniger für die eigene Reproduktion und mehr unbezahlt für das Kapital arbeiten müssen. **Alle Maßnahmen zur Reduzierung von Kosten, die direkt oder indirekt für die Reproduktion von Ware Arbeitskraft ausgegeben werden, bewirken ökonomisch vor allem eins: Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeit. Sie erhöhen also den Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit und sind wesentliche Instrumente, um dem Fall der Profitrate entgegen zu wirken.**

III. Krise – welche Krise?

„In den Weltmarktkrisen bringen es die Widersprüche und Gegensätze der bürgerlichen Produktion zum Eklat.“ (Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 500)

Nicht zu unterscheiden zwischen dem „Eklat“ und den Widersprüchen und Gegensätzen der bürgerlichen Produktion, die in den Krisen ihre gewaltsamen Ausgleichung finden, scheint heute allgemeiner Konsens linker Kapitalismuskritik zu sein. Überall herrscht „Krise“ und das schon seit langem.

Beispiele:

In der Wildcat 87 wird auf ein von Robert Brenner 2009 geschriebenes Buch verwiesen:

*„Hierin fasst Brenner die kapitalistische Krisenentwicklung seit 1973 als **eine Krise**.“ (S. 56)*

In der „Sozialismus“ 6/2010 schreibt jetzt auch Joachim Bischoff:

*„Die Mitte 2007 ausgebrochene ‘Große Krise’ hatte ihren Ausgangspunkt im Immobilien und Hypothekenbereich. **Unterliegend hatte sich über Jahre eine strukturelle Überakkumulationskrise aufgebaut.**“ (S.23)*

Schon 1986 schrieb Robert in seinem Artikel „Die Krise des Tauschwertes“:

*„Die neue und finale Krise des Kapitalismus unterscheidet sich grundsätzlich von allen früheren Krisen ... **Die neue Krise ist keine vorübergehende Überakkumulations- bzw. Überproduktionskrise mehr, sondern eine Krise der Wertschöpfung selbst, aus der es für das Kapital keinen Ausweg mehr gibt.**“ (Marxistische Kritik“ Nr.1, S. 35)*

Diese „finale Krise“ habe in den 1970iger Jahren begonnen. Die konkreten Auswege, die das Kapital in den letzten Jahrzehnten aus den konkreten Krisen gefunden hat, werden per Definition als Auswege ausgeschlossen. Beispiele für ein solches Verständnis der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte ließen sich nahezu beliebig fortsetzen. Je nach theoretischer Ausrichtung wird die „lange Krise“ entweder in einer sinkenden Profitrate oder in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ verortet.

Nicht nur was die Länge der Krise anbetrifft hat sich mittlerweile quer durch verschiedenste theoretische Richtungen ein Konsens herausgebildet, es ist geradezu ein Wettkampf entbrannt, wer die meisten Krisen aufzählen kann. In der besagten Ausgabe der „Sozialismus“ berichtet J. Bischoff neben der seit Jahren andauernden „Überakkumulationskrise“ etwa von der „Schulden-, Griechenland- und Eurokrise“, der Krise in der Automobil- und Stahlindustrie, der Krise von Geldkapital und Kredit. Ferner stecke der Euro in einer „Vertrauenskrise“ usw.

Winfried Wolf schrieb ein Buch über „7 Krisen – ein Crash“.

*„Winfried Wolf ortet sieben Krisen, die sich zu einer großen historischen Krise bündeln und in einen kapitalen Crash münden. Im Zentrum stehen für Wolf die **Krise der materiellen Produktion (1)** und die **Krise in den zwei Schlüsselindustrien, der Automobil- und der IT-Branche (2)**. Die soziale Krise (3) mit der extrem ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung beschleunigte schließlich die **Finanzkrise (4)**, die mit der de facto-Pleite des gesamten weltweiten Finanzsektors eine neue Dimension in der Geschichte des Kapitalismus darstellt. Die **„Hegemonie-Krise“ - oder auch die Dollar-Krise (5)** – erinnert an vorausgegangene historische Krisen, die beispielsweise zur Ablösung der niederländischen Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem Mitte des 18. Jahrhunderts bzw. der britischen zu An-*

fang des 20. Jahrhunderts führten. Die Globalisierung der letzten zwei Jahrzehnte trug des weiteren maßgeblich dazu bei, dass wir zugleich ein immer weiteres Auseinanderklaffen zwischen der nördlichen und der südlichen Erdhälfte beobachteten, die durch eine **Hungerkrise (6)** manifest wird. Schließlich – nicht zuletzt und noch nie da gewesen – ist **die Umwelt- und Klimakrise (7)**: Die Endlichkeit der spezifischen, stofflichen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise ist erstmals in der Geschichte menschlicher Produktion ein maßgeblicher – und möglicherweise entscheidender – Krisenfaktor.“ (<http://www.mediaishop.at/typolight/index.php/buecher/items/wolf-winfried-sieben-krisen-ein-crash>)

In solchen Zusammenstellungen wird deutlich, dass es wohl doch eher um die „Krise der Gesellschaft“ als um die Krise des Kapitals geht. Wachstum des Kapitals und sich ausbreitende „Hungerkrise“ sind beispielsweise keinesfalls sich ausschließende Gegensätze und die „Umwelt und Klimakrise“ ist umso stärker ausgeprägt, je stürmischer das Kapital wächst.

Wenn es aber darum geht, den „Kapitalismus“ als Krise der Gesellschaft anzuklagen, dann muss man feststellen, dass die menschliche Gesellschaft schon viel länger in einer Krise steckt und Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus nur jeweils vorhergehende Etappen dieser „Krise“ waren. Wir hätten es dann weniger mit einer historischen Abfolge bestimmter Produktionsverhältnisse zu tun, als mit einer Abfolge verschiedener Formen der Krise der menschlichen Gesellschaft.

Was die Krise des Kapitals anbetrifft, sah Marx das eher nüchtern:

„Wenn Kauf und Verkauf sich nicht gegeneinander festsetzen und daher nicht gewaltsam ausgeglichen werden müssen existiert keine Krise.“ (MEW Bd. 26.2, S. 512)

Überproduktion und Überakkumulation sind nicht die Krise, aber sie führen zur Krise. Der tendenzielle Fall der Profitrate ist nicht die Krise des Kapitals, aber er muss in Krisen gestoppt, aufgehalten und umgedreht werden, wenn die Akkumulation nicht gänzlich erlahmen soll.

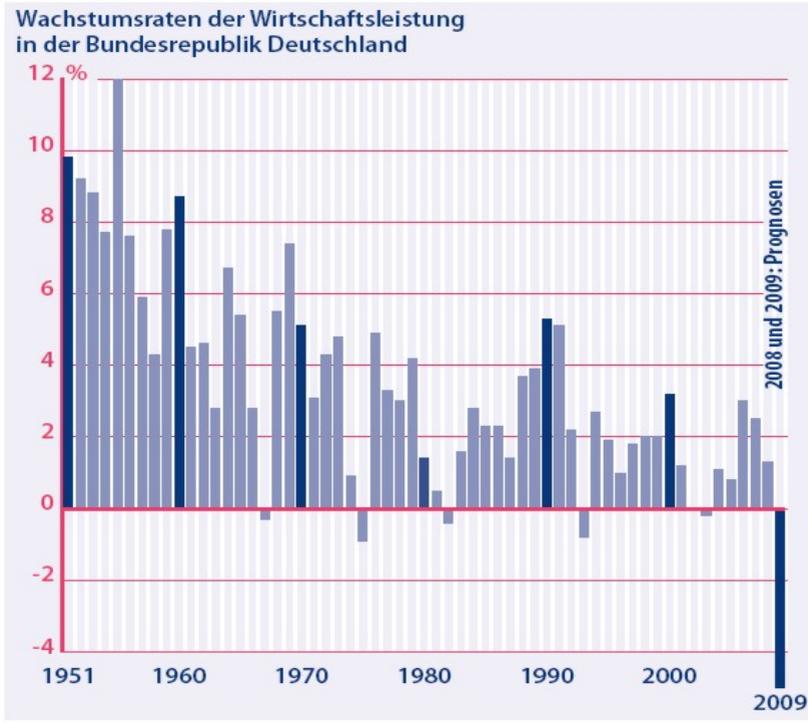
Krise bedeutet, dass Waren zu gegebenen Preisen unverkäuflich sind, dass Schulden nicht bezahlt werden können usw., also dass das produktive Kapital keinen Profit, das zinstragende Kapital keine Zinsen realisieren kann und, weil das so ist, Kapital nicht wächst sondern schrumpft. Das jedenfalls ist Krise des Kapitals. Mit dieser Betrachtung hat man einen einigermaßen verlässlichen Maßstab, um feststellen zu können, ob sich ein Einzelkapital, bestimmte Branchen oder das gesellschaftliche Gesamtkapital in einer Krise befinden.

Dass die 2007 einsetzende Weltmarktkrise des Kapitals nicht ausgestanden ist, wird vor allem darin deutlich, dass die Produktion noch längst nicht wieder das Niveau des Standes zu Beginn dieser Krise erreicht hat. Stützungsmaßnahmen für die Banken und diverse Konjunkturprogramme haben es aber vermocht, vorerst den ungebremsten, spontanen Verlauf der Krise zu stoppen. Man kann gegenwärtig nicht davon sprechen, dass Kauf und Verkauf sich gegeneinander festgesetzt haben und „gewaltsam ausgeglichen“ werden. Der Preis, der dafür zu zahlen war, ist eine gigantische Staatsverschuldung, die nun ihrerseits eine Lösung verlangt. Aber auch Staatsbankrotte sind vorerst verhindert worden.

Betrachtet man die ökonomische Entwicklung seit den 1970iger Jahren aus diesem Blickwinkel, dann findet man reichlich empirische Bestätigung (Entwicklung des BIP der kapitalistischen Länder) dafür, dass wir es nicht mit „einer Krise“ zu tun haben, sondern mit einer Abfolge konjunktureller Zyklen, dem Wechsel zwischen Aufschwung und Krisen, bei nachlassenden

Krisentheoretisches

Wachstumsraten des Kapitals. Z. B.:



Auf den Einwand, die Phasen des Aufschwungs seien bloß noch „Defizitkonjunktoren“, Wachstum „auf Pump“ und hätten als solche nichts mehr mit einem sogenannten „klassischen Konjunkturzyklus“ zu tun, gehe ich gleich noch genauer ein, weil dem ein schon recht merkwürdiger Kapitalbegriff zugrunde liegt. Hier nur so viel:

Tatsächlich waren die zunehmende private und „öffentliche Verschuldung“, also die Staatsverschuldung, wesentliche Hebel, um die jeweilige Krise des Kapitals abzumildern, einschneidendere Entwertungsprozesse zu vermeiden und einen Konjunkturaufschwung zu initiieren oder zu stärken. Diese Art der Verschuldung ist jedoch keineswegs eine Besonderheit des Kapitalismus seit den 1970er Jahren, sondern eine allgemeine Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Die allgemeine Verschuldung, die Ausdehnung und Aufblähung des Kreditwesens ist ein Mittel, den „Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung“ zu lösen, um ihn auf erweiterter Stufenleiter verschärft zu reproduzieren!!

Was die „Widersprüche und Gegensätze der bürgerlichen Produktionsweise“ anbelangt, die zum „Eklat“ drängen, so gibt es aus meiner Sicht bis heute keine bessere Zusammenfassung, als die, die Marx in seiner Darstellung vom tendenziellen Fall der Profitrate geliefert hat. Besonders zu erwähnen diesem Zusammenhang der Abschnitt „Konflikt zwischen Ausdehnung der Produktion und Verwertung“ (MEW Bd. 25, S. 257 ff)

„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat. Ihr spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet. Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte.

Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses.“ (ebenda S.259)

Überproduktion von Waren und Kapital in allen seinen Formen, Überakkumulation von Kapital, drücken diese Tendenz des Kapitals aus, die Produktivkräfte absolut zu entwickeln, abgesehen von Erhaltung des vorhandenen Kapitalwerts und seiner Verwertung. Diese Tendenz kommt in jedem Konjunkturaufschwung zum Ausdruck und endet notwendig im Eklat der Krise, schlägt um in Entwertung und Vernichtung von Kapital oder von Waren und Geld, die als Kapital fungieren sollen. Krise bedeutet vor allem, dass der Umsatz von Ware in Geld nicht mehr funktioniert!

Das Kapital ist weder – wie uns die Bürgerlichen immer gerne weismachen wollen – ständiges Wachstum, noch ist es ständige Krise („Die Krise heißt Kapitalismus“), wie es sich jetzt in linken Krisen festzusetzen scheint.

II. Wachstum „auf Pump“ – der ganze normale Kapitalismus

Jede konkrete Krise „...kann nur aus der der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit, dargestellt werden“ (MEW Bd. 26.2, S. 513)

Seit dem Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 2007 ist mittlerweile so viel über Kredit, Kreditgeldschöpfung etc. geschrieben worden, wie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr.

Ich selbst habe auch eine Menge gelernt und lerne ständig dazu. Lese parallel zu aktuellen Artikeln - wie immer - in „Kapital“ Bd. 1-3, den „Theorien über den Mehrwert“ und den „Grundrissen“.

Obwohl man viel lernen kann, aus dem was passiert und was darüber geschrieben wird, dürfen sich „ChefökonomInnen“ wie Angela Merkel immer noch vor die laufende Kamera stellen und verkünden:

„Wir können nur das ausgeben, was wir einnehmen!“

Das ist ebenso dumm, wie interessiert. Die Botschaft wird verkündet, um die LohnarbeiterInnen auf die sozialen Schweinereien vorzubereiten, die folgen werden. Es handelt sich um eine unglaubliche Vulgarisierung „ökonomischen Sachverstands“. Würde das zur Handlungsmaxime des Kapitals, würde überhaupt kein kapitalistisches Wachstum mehr möglich sein und wäre nie Wirklichkeit geworden!

Nebenher bemerkt:

„Das System des öffentlichen Kredits, d.h. der Staatsschulden, dessen Ursprünge wir in Genua und Venedig schon im Mittelalter entdecken, nahm Besitz von ganz Europa während der Manufakturperiode. Das Kolonialsystem mit seinem Seehandel und seinen Handelskriegen diente ihm als Treibhaus. So setzte es sich zuerst in Holland fest. Die Staatsschuld, d.h. die Veräußerung des Staats - ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch - drückt der kapitalistischen Ära ihren Stempel auf. Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - ihre Staatsschuld. Daher ganz konsequent die moderne Doktrin, daß ein Volk um so reicher wird, je tiefer es sich verschuldet. Der öffentliche Kredit wird zum Credo des Kapitals.“ (MEW 23, S. 782)

Diese Zeilen schrieb Marx übrigens im Kontext seiner Abhandlung über die „ursprüngliche Akkumulation“!! Lang ist es her und man könnte meinen, die Krise des Kapitals dauert schon länger.

Die Sachwalter des Kapitals haben zwar ein Interesse an der Verdummung des Volkes, aber sie können sich nicht darauf beschränken, wenn sie handlungsfähig bleiben wollen.

Ackermanns Einsichten zur Geldschöpfung

„Die Krise legt offen, dass die Rolle des Geldes und der Geschäftsbanken in den volkswirtschaftlichen Theorien und insbesondere auch in den Geldtheorien unterbelichtet ist. Einiges Licht in dieses Dunkel hat - schon im Jahre 1977 - Josef Ackermann gebracht, der heutige Chef der deutschen Bank: In seiner Dissertation „Der Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen - eine theoretische Analyse“ zeigt er scharfsichtig die Mängel der überkommenen geldtheoretischen Ansätze auf ... Aus dieser Kritik entwickelt er, zusammen mit seinem Doktorvater, dem Schweizer Ökonomen Hans Christoph Binswanger, einen eigenen Ansatz, der die Zeitdimension des Zahlungsprozesses explizit einbezieht. Daraus ergibt sich eine Erkenntnis, die Ackermann selbst als „von größter Tragweite für die ökonomische“ Theorie einschätzt: Dass nämlich die volkswirtschaftlichen Ersparnisse einer Periode nie ausreichen, um die für ein gleichgewichtiges Wachstum notwendigen Investitionen zu finanzieren. Und dass deshalb die Geschäftsbanken die benötigte Finanzierung durch Kreditvergabe und Giralgeldschöpfung bereitstellen müssen. ... Ackermanns akademischer Lehrer Binswanger, ..., hat diese Einsicht in seinem 2006 erschienenen Werk „Die Wachstumsspirale“ wesentlich vertieft und erweitert. Sehr kurz dargestellt, zeigt er auf, dass sich aus den Institutionen einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft, dem Vorhandensein von Unternehmen, ein Zwang zum Wirtschaftswachstum ergibt. Denn anders als natürliche Personen müssen Unternehmen das eingesetzte Kapital bei Strafe des Untergangs vermehren, um das Kapital der Eigen- und Fremdkapitalgeber zu verzinsen. Dieses zusätzlich zu erwirtschaftende Geld kann aber in jeder Periode nur dadurch entstehen, dass die Unternehmer zusätzlich investieren - und dass die Geschäftsbanken, wie schon von Ackermann aufgezeigt, die dazu benötigten Kredite gewähren und Giralgeld schaffen. Da auch diese Kredite verzinst werden müssen, sind weitere Investitionen unumgänglich - es kommt zu einer Wachstumsspirale. Ackermann und Binswanger zeigen, dass sich das Wirtschaftswachstum in einer Marktwirtschaft nicht durch exogene Faktoren wie „technischen Fortschritt“ oder Ähnliches ergibt, sondern aus dem institutionellen Aufbau und den Zahlungsprozessen selbst - und dass damit zwingend permanente Geldschöpfung durch das Bankensystem einhergehen muss. ...“

Utopie kreativ, Juni 2007, S. 571-571

Man könnte also sagen, dass es für kapitalistisches Wachstum grundsätzlich nötig ist, mehr auszugeben als „wir“ verdienen.

Was Leute wie Ackermann oder Binswanger nicht sehen ist, dass es sich beim „technischen Fortschritt“ um einen endogenen Faktor der Kapitalverwertung handelt – es ist gerade Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Tauschwert, zwischen technischem Arbeitsprozess und Verwertungsprozess, der die Dynamik des Kapital auszeichnet und prägt -, der nur zu haben ist, um den Preis erhöhter „Kapitalintensität“ und damit einhergehender sinkender „Kapitalrentabilität“. Sinkende „Kapitalrentabilität“ bedroht aber das Wachstum, das nötig ist, um all die gewachsenen Ansprüche auf Teilhabe am Mehrwert – vor allem des zinstragenden Kapitals - zu befriedigen. Je größer die Diskrepanz wird zwischen Rate des Wachstums (Produktion von Waren und Dienstleistungen des produktiven Kapitals) und der Rate, in der die „permanente Schöpfung“ von Geld als Kapital zunimmt, desto bedrohlicher wird die Situation und desto näher rückt die erforderliche Entwertung dieses Geldes!

Ackermann und Binswanger benennen **eine** nötige Voraussetzung für Wachstum des Kapitals. Worin dieses Wachstum selbst besteht und was seine anderen Voraussetzungen sind, verstehen sie nicht! Und darum können sie auch die Schranken für solches Wachstum und die „permanente Geldschöpfung“ nicht erkennen.

Durch manche linke Kapitalismuskritiken geistern jedoch ähnliche Vorstellungen, wie die der Frau Merkel. Da wird so getan, als hätte es mindestens historisch mal einen Kapitalismus gegeben, in dem nur ausgegeben wurde, was vorher eingenommen wurde. Ein Beispiel:

In seinem Artikel „Krisenmythos Griechenland“ (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32551/1.html>) konfrontiert uns Tomasz Konicz, nachdem er seitenlang die angeblich neue Qualität von „Defizitkonjunkturen“ vorgestellt hat, mit folgender „Preisfrage“:

*„Die Preisfrage lautet nun: Wieso kann sich das kapitalistische Wirtschaftssystem ohne Verschuldung **nicht mehr** reproduzieren.... Der Kapitalismus scheint **nur noch** „auf Pump“ zu funktionieren ...“ (S. 18)*

Da werden gleich 2 Mythen ganz selbstverständlich zur Ausgangsannahme gemacht:

1. Es muss irgendwann mal eine „kapitalistische Wirtschaft“ gegeben haben, die sich ohne Verschuldung reproduzierte. Das muss ein Kapitalismus gewesen sein, indem es noch keine Banken und keinen Kredit gab. Eine Zeit, in der die kapitalistischen Unternehmen jeder Zeit über genug Bares für das laufende Geschäft verfügten und ihre Gewinne mühsam aufsparten, bis sie zu neuer Investition in der Lage waren. (Nur ausgeben, was eingenommen wurde.) Die „Preisfrage“ lautet hier, wann und wo denn dieser merkwürdige Kapitalismus bestanden hat. Leider beantwortet der Autor diese Frage nicht. Sein Mythos gilt ihm als zu selbstverständlich.
2. Wenn der Kapitalismus heute nur noch auf Pump funktioniert, dann setzt das voraus, dass das Kapital gar keine Gewinne mehr einfährt und sich für laufendes Geschäft und Investitionen alles Geld pumpen muss (null Eigenkapitalquote). Die „Preisfrage“ lautet hier, was es denn mit dem tatsächlich realisierten Mehrwert, den Profiten auf sich hat. Sind sie etwa deshalb nur „fiktiv“, weil Produktion und Verkauf der Waren durch Kreditaufnahme realisiert wurde? Spielt die tatsächliche geleistete Arbeit und unbezahlte Mehrarbeit, die sich in den tatsächlich produzierten und verkauften Waren vergegenständlicht hat, keine Rolle mehr? Die Millionen und Abermillionen von Arbeitsstunden, die weltweit geleistet werden und einen weiterhin wachsenden Warenberg zurücklassen, kapitalistisch

Krisentheoretisches

betrachtet, für die Katz? Nun, wer die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und die „finale Krise“ des Kapitalismus zu Ende gedacht hat, der sieht natürlich überall nur noch Automaten werkeln.

Mit dem wirklichen Kapital hat so etwas aber nun wirklich nichts zu tun. Alle Konjunkturen des Kapitals, nämlich die mehr oder weniger große Erweiterung seiner Reproduktion, waren „Defizitkonjunkturen“, gingen also mit einer Ausdehnung des Kreditwesens einher. Ohne Ausdehnung des Kredits, der Produktion auf „Pump“, kein Wachstum des Kapitals.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- Der „Gründerboom“ in Deutschland nach dem Krieg mit Frankreich 1870/71 (siehe Anlage)
- Die „goldenen zwanziger Jahre“ nach dem ersten Weltkrieg (besonders in den USA finanziert mit kurzfristigen Krediten; siehe Anlage)
- Last but not Least das „Wirtschaftswunder“ in Deutschland und der gesamte Nachkriegsboom des Kapitals. (Welche Rolle dabei die für damalige Verhältnisse gigantische Verschuldung des amerikanischen Staates seit Kriegseintritt 1941 spielte, wäre eine besondere Betrachtung wert.)

Es bleibt nicht bei diesen beiden Mythen, ein Mythos wird vielmehr an den nächsten gereiht. Die Einzigartigkeit und neue Qualität heutiger Krisen wird in Abgrenzung zur „klassischen, zyklischen Krise“ (derselbe Thomas Koniecz in „Kein Boden in Sicht“ - <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30119/1.html>) behauptet.

Wann hat es denn diese angeblich „klassischen, zyklischen Krisen“ gegeben, die ohne „Defizitkonjunkturen“ zustande kamen?

1. Waren es die Krisen vor der Weltwirtschaftskrise der 1870iger Jahre mit anschließender kurzer Depression? Diese Krise war vom Ablauf her der aktuellen Krise übrigens so ähnlich wie nur was.
2. Danach blieben rund 30 Jahre für die Herausbildung der angeblich „klassischen, zyklischen Krise“, dann kam der 1. Weltkrieg und die Zeit der „Klassik“ war fürs erste vollständig vorbei.
3. Nach dem 1. Weltkrieg gab es die kurze Blüte der 20iger Jahre, die ihr jähes Ende schon 1929 fand. War das, was jetzt folgte, eine „klassische, zyklische Krise“? Man muss schon ganz schön mutig sein, um das zu behaupten.
4. Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg hatten die Voraussetzungen geschaffen für eine neue Blütezeit des Kapitals. Das Wachstum des Kapitals, dass mit dem „Koreaboom“ einsetzte war auch beispiellos. Mindestens die 1950iger Jahre lassen sich kennzeichnen als Rekonstruktion des während Weltwirtschaftskrise, Depression und Krieg zerstörten Weltmarktes. Kaum eine Zeit für die Herausbildung einer Klassik zyklischer Krisen.
5. Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970iger Jahre zerplatzten erneut alle Blütenräume stetigen kapitalistischen Wachstums. Im Kontext der Theorie von der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ gehört diese Krise jedenfalls schon nicht mehr zur Klassik, sondern markiert den Beginn der „finalen Krise“.

Das Kapital hatte in seiner Geschichte allenfalls 2 längere Phasen Zeit, um so etwas wie „klassische, zyklische Krisen“ herauszubilden. Die Zeit vom Ende der 1870iger Jahre bis zum 1. Welt-

krieg und die Zeit von der Weltwirtschaftskrise der 1970iger Jahre bis heute. Da das Kapital Ende des 20igsten Jahrhunderts jedenfalls viel entwickelter und reifer war, als das Kapital gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, spricht jedenfalls einiges dafür, dass eine Klassik zyklischer Krisen sich allenfalls seit der Krise Mitte der 1970iger Jahre herausgebildet hat. Die Entwicklung des BIP der entwickelten kapitalistischen Ländern, sowie Verläufe der Krisen und ihre Resultate sprechen dafür. Schaut man sich ferner an, was Marx über den tendenziellen Fall der Profitrate geschrieben hat und wie er in diesem Zusammenhang Wirkungsweise und Bedeutung der Krisen eingeordnet hat, dann kann man für die Zeit von der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970iger Jahre bis heute wahrhaft von einer Periode sprechen, in der sich die von Marx entdeckten allgemeinen Entwicklungsgesetze kapitalistischer Ökonomie in bisher nie gekannter Reinheit bemerkbar machten, inklusive „progressive Produktion einer industriellen Reservearmee.“

III. Schranken der kreditvermittelten Kapitalexpansion

Die von Marx hinterlassenen Bruchstücke einer Kredittheorie sind immer noch interessanter und lehrreicher als das meiste, was heute so zusammengeschrieben wird. Schon zu seinen Lebzeiten konnte er feststellen, dass **der Kapitalismus auf einem Produktionssystem beruht**, „wo der ganze Zusammenhang des Reproduktionsprozesses auf dem Kredit beruht“ (MEW Bd. 25, S. 507), ohne „Pump“ also nicht viel passiert. Marx schreibt aber auch:

„Die Antizipation kommender Früchte der Arbeit ist (also) keineswegs eine Folge von Staatsschulden etc., kurz keine Erfindung des Kreditsystems. Sie hat ihre Wurzel in der spezifischen Verwertungsweise, Umschlagsweise, Reproduktionsweise des capital fixe.“ Grundrisse, S. 619

Wie Marx in den „Grundrissen“ (Abschnitte über den Zirkulationsprozess des Kapitals) nachvollziehbar entwickelt, ist der Vorgriff auf künftige Reichumsproduktion, also Verschuldung schon das Produkt der spezifischen Reproduktion des fixen Kapitals. Bei Investition in fixes Kapital wird eine bestimmte Summe auf einen Schlag fällig. Der Wert dieses Kapitals kann aber nur scheinbar auf die Waren, die mit seiner Hilfe produziert werden, übertragen werden. Ein Rückfluss des angelegten Geldes auf einen Schlag ist nicht möglich und niemand kann mit Sicherheit im voraus sagen, ob die Investition (Anlage in Gebäuden und Maschinen) sich jemals rechnen wird.

Der Kredit ist nur die für das Kapital typische Form der „Antizipation kommender Früchte der Arbeit“ und zugleich wesentliches Instrument der Erweiterung seiner Reproduktion (Reproduktion des fixen Kapitals aber auch Ausdehnung, Beschleunigung der Zirkulation des Kapitals insgesamt). Der Kredit ist damit zugleich Motor für die Produktion des „ideellen Geldes“, der Loslösung von der Geldware.

„Soweit das Geld in seiner unmittelbaren Form selbst Wert hat, nicht nur der Wert anderer Waren ist, Symbol ihres Wertes ...sondern selbst Wert hat, selbst vergegenständlichte Arbeit in einem bestimmten Gebrauchswert ist, ist das Geld soweit entfernt die Zirkulation des Kapitals zu beschleunigen, dass es sie vielmehr aufhält....

Das Geld in seiner unmittelbaren Form, wie es einer dem Kapital vorhergehenden historischen Stufe der Produktion angehört, erscheint ihm daher als Zirkulationskost und das Bestreben des Kapitals geht daher dahin, es sich adäquat umzugestalten; es daher zu machen zu keinem Arbeitszeit kostenden nicht selbst Wertvollen, Repräsentanten eines Momentes der Zirkulation. Das Kapital ist daher darauf gerichtet es in seiner überlieferten, unmittelbaren Realität aufzuheben, und es in ein nur vom Kapital Gesetztes und

ebenso Aufgehobenes, rein Ideelles zu verwandeln....Aufhebung des Geldes in seiner unmittelbaren Form erscheint als Forderung der zum Moment der Kapitalzirkulation gewordenen Geldzirkulation; weil in seiner unmittelbar vorausgesetzten Form es Schranke der Zirkulation des Kapitals ist.“ Grundrisse, S.562, 563

Alle Diskussion über die Notwendigkeit einer Geldware im Kapitalismus hätte sich zuallererst mit den hier angesprochenen Zusammenhängen auseinander zu setzen. Dies um so mehr, als die Geschichte des Kapitalismus diese „Forderung des Kapitals“ weitgehend erfüllt hat, spätestens mit der Aufhebung der Bindung des Geldes an die Geldware Gold.

Im Gegensatz zur Produktion der Geldware ist vor allem die Schöpfung von Geld mittels Kredit eine Geldschöpfung „aus dem nichts“. Die Banken benötigen nur ein vergleichsweise geringes Eigenkapital zur Absicherung ihrer ausgegebenen Kredite.

Dies alles senkt zweifellos die „Zirkulationskost“ und trägt zur Beschleunigung und Ausdehnung der Zirkulation - also des Marktes - bei. Es handelt sich um notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen kapitalistischen Wachstums und der ganze Prozess bewegt sich in dem Widerspruch zwischen mangelnder und überschießender Liquidität. Die Ablösung des Geldes von der Geldware beschwört die Gefahr der inflationären Geldentwertung herauf. Mit der Ausdehnung des Kredits, dem Überangebot an Leihkapital läuft das Kapital auch Gefahr, das der „Preis des Kapitals“, also der Zins, zum Teufel geht.

Wenn die Zentralbanken in gewisser Weise die steuernde Funktion des Wertes der Geldware übernommen haben, so erweist sich dies mehr und mehr als problematisch, weil sie sich unter dem Druck von Kapitalinteressen schwer tun mit ihrer Funktion zur Beschränkung der Geldmenge. Man hat die durch die Geldware gesetzten Schranken erweiterter Kapitalreproduktion aufgehoben, aber damit zugleich ein Fass aufgemacht. Die objektiven Schranken, die für Knappheit der Geldware und damit letztlich des Geldes sorgten (Arbeitsproduktivität, Vorkommen des Goldes) lassen sich eben nicht ohne weiteres durch subjektiv gesetzte Schranken ersetzen. Die Politik der US-amerikanischen FED in den letzten Jahrzehnten unterstreicht das. Man vermeidet die restriktive Funktion, die die Geldware ausübte, um auf diese Weise eine rigide Krisenmechanik, wie sie in der Vergangenheit vorkam, auszuschließen, produziert damit aber andere sich rapide verschärfende Widersprüche, wie sie besonders drastisch in der Weltwirtschaftskrise seit 2007 zum Ausbruch kamen und keinesfalls gelöst sind.

Einschub:

Stufen der Verselbständigung des Tauschwertes und der Herrschaft des Wertes

Man kann das Marxsche „Kapital“ nur schlecht verstehen, wenn man nicht die „Grundrisse“ gelesen hat, die noch viel stärker den Gang der Marxschen Forschung zum Ausdruck bringen. Vieles, was im „Kapital“ als a priori gesetzte Logik der kapitalistischen Entwicklung erscheint, wird in den „Grundrissen“ aus konkreter historischer Entwicklung abgeleitet. Die Logik des Kapitals ist eben nichts, was der Existenz des Kapitals vorausgesetzt wäre. Es handelt sich vielmehr um eine Logik, die durch die reale kapitalistische Entwicklung erst entsteht und sich in immer neuen Formen durchsetzt. Marx hat seine Darstellung der Logik des Kapitals immer wieder unterbrochen, um die neuesten Entwicklungen zu berücksichtigen. Heute, da die objektiven Widersprüche sich so zuspitzen, kann man wieder besonders viel lernen über diese „allgemeine Logik“ und ihre konkrete Entwicklung. Alles, was da als neu und besonders entdeckt wird, erweist sich bei Lichte betrachtet nämlich genau als Weiterentwicklung, konsequente

Fortsetzung und Durchsetzung einer allgemeinen Logik/Gesetzmäßigkeit.

Es handelt sich um die immer weitergehende Durchsetzung des Wertes, Durchdringung und Beherrschung der gesellschaftlichen Reproduktion durch das Wertgesetz mittels einer Verallgemeinerung der Warenproduktion, die wiederum kapitalistische Produktionsverhältnisse voraussetzt. Diesem Prozess entsprechen die Stufen der Verselbständigung des Wertes gegenüber seiner stofflichen Basis (Produktion von Gebrauchswerten in Gestalt von Waren für die gesellschaftliche Reproduktion).

Die Verselbständigung des Wertes nimmt Gestalt an in immer neuen Formen des Wertes, die die jeweiligen historischen Entwicklungsstufen von Wert und Kapital kennzeichnen:

- Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld (Entstehung der Geldware)
- Verselbständigung des Geldes gegenüber der Geldware (Schöpfung des „ideellen Geldes“)
- Verselbständigung schließlich des Kredits (Stichwort: Verbriefungen) und der ganzen "Finanzindustrie" gegenüber der sogenannten "Realwirtschaft"

Scheinbar losgelöst von aller materiellen Produktion und Reproduktion findet die Verwertungslogik des Kapitals seinen vollkommensten, konzentriertesten Ausdruck in der Zirkulationsform des zinstragenden Kapitals G-G', einfach aus Geld mehr Geld machen.

Wie verselbständigt die Formen des Wertes aber immer sein mögen, sie bleiben inhaltlich, substantiell letztlich gebunden an den Wert der Waren, der durch gesellschaftliche Arbeit bestimmt ist.

Schon die Verselbständigung des Tauschwertes der Waren im Geld ermöglicht die Abweichung des Preises vom Wert der Waren.

„Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße liegt also in der Preisform selbst. Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz der Regellosigkeit durchsetzen kann.“ (MEW Bd. 23, S. 117)

Es mag also nicht wundern, wenn die Sachwalter des Kapitals allenthalben nach „Deregulation“ verlangen, damit „Marktwirtschaft“ funktionieren soll.

Je weiter jedoch die Verselbständigungen des Tauschwertes gehen und mit immer neuen Wertformen (Wertpapiere aller Art) eigene, von Angebot und Nachfrage bestimmte Kreisläufe entwickeln, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass die in diesen Kreisläufen entstehenden „Wertgrößen“ (auf Papier gedruckt oder nur in Computerprogramme eingegeben) nichts mehr mit den realen, durch gesellschaftliche Arbeit tatsächlich geschaffenen Wertgrößen zu tun haben. Es werden „ungedechte Checks“ zu Hauf produziert und man reibt sich die Augen in Anbetracht der Billionen, die da quasi aus dem Nichts entstehen. Die durch heftige Spekulationen vorangetriebenen „Blasen“ an den Finanzmärkten sind heute der entwickeltste Ausdruck der hier angesprochenen Verselbständigung von Wertformen, die keinen durch gesellschaftliche Arbeit geschaffenen Wert mehr repräsentieren. Der Eklat, die punktuelle gewaltsame Aufhebung dieser Verselbständigungen, in der sich die gesellschaftliche Arbeit zu Wort meldet, ist immer wieder vorprogrammiert. „Wertsommen“, die aus dem Nichts entstanden sind, verschwinden wieder im Nichts. Verschwinden sie nicht, oder verschwinden sie in zu geringem Umfang, weil Staatsintervention in Gestalt aller möglichen Rettungsmaßnahmen das verhindert, so baut sich von Zyklus zu Zyklus zunehmend Überakkumulation von (Geld-)Ka-

pital mit Zinsanspruch und Staatsverschuldung auf. Die Widersprüche werden auf erweiterter Stufenleiter reproduziert, um ihre aktuelle Zuspitzung zu vermeiden.

Senkung der Zirkulationskosten, Verkürzung der Zirkulationszeit, somit Erweiterung und Beschleunigung der Zirkulation sind kein Selbstzweck. Alle diese Veränderungen in der Zirkulation des Kapitals gehen einher und werden bedingt durch Veränderungen in der Produktion, auf die sie ihrerseits zurückwirken. Sie sind zunächst Ausdruck und Folge der tatsächlich gesteigerten Arbeitsproduktivität, der Erweiterung der Produktion und bewirken erweiterte Reproduktion durch Wert- und Mehrwertrealisierung. Treten jedoch Umstände ein (wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und daraus resultierend tendenziell sinkende Profitraten), die die verlangte Vergrößerung des Mehrwerts unter gegebenen Bedingungen durch relative Abnahme des variablen Kapitals verhindern bzw. begrenzen, dann kommt es auf der Basis der Verselbständigung des Finanzkapitals notwendig zur „Blasenbildung“ überschüssigen Geldkapitals, dessen Anspruch auf Zins, also Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert nicht mehr realisiert werden kann. Werden die Eigentumstitel mit Anspruch auf künftigen Mehrwert entwertet, so droht der Zusammenbruch des Kreditystems. Bricht das Kreditssystem ein, dann folgt dem Einbruch der Aufträge durch den Großhandel, Stilllegung von Produktion und Unverkäuflichkeit von Waren aller Art.

IV. Konjunkturzyklus und „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Die „Preisfrage“, um die es letztlich geht, ist nicht die von Thomas Konicz. Sie laut vielmehr, warum die für das Kapital nicht neuen, sondern typischen „Defizitkonjunktoren“ immer weniger funktionieren und erneut auf einen riesigen Scherbenhaufen zulaufen, also auf eine Krise mit noch verheerenderen sozialen Folgen wie nach 1929.

Für alle Kapitalismuskritiker, die sich von der marxschen Mehrwerttheorie verabschiedet haben, ist diese Frage wiederum schnell und widerspruchsfrei beantwortet. Sie diagnostizieren eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und damit zusammenhängend eine angebliche absolute Schranke für weitere Kapitalverwertung, bzw. Erweiterung seiner Reproduktion. Schuld sei eine erreichte technische Zusammensetzung des Kapitals (Stichwort: Automation), die keine Expansion des Kapitals mit entsprechender Ausdehnung von Lohnarbeit mehr zulasse.

Deutlicher Ausdruck dieser „Krise der Arbeitsgesellschaft“ sei es, dass die Lohnarbeitslosigkeit seit Mitte der 1970iger Jahren angeblich „zyklusunabhängig“ wachse. In dem bereits zitierten Artikel „Kein Boden in Sicht“ ruft Thomas Konicz Oskar Hegt in den Zeugenstand. Der behauptet „die Arbeitslosigkeit“ sei von „den herkömmlichen Wellenbewegungen von Konjunktur und Rezession abgekoppelt“. Nicht genug damit, dass dieser Blödsinn zustimmend zitiert wird, auf der selben Seite folgt noch das Dementi des Autors, ohne dass er sich des offenkundigen Widerspruchs bewusst ist. Zitat: „Der Sockel an Arbeitslosigkeit wuchs mit jeder neuen Krise weiter an“.

Da stellen sich doch gleich wieder verschiedene „Preisfragen“: Wieso ist die Massenarbeitslosigkeit vom Zyklus abgekoppelt, wenn sie mit jeder Krise zunimmt? Und was zum Teufel hat es jetzt mit diesen Krisen auf sich? Was sind diese Krisen innerhalb der „Krise der Arbeitsgesellschaft“, wenn sie nicht „klassische, zyklische Konjunkturkrisen“ sind?

„Zyklusunabhängig“ ist die progressive Produktion einer „Überbevölkerung“ zweifellos nicht. Vielmehr steigt die Lohnarbeitslosigkeit „zyklusabhängig“, nämlich schubweise von Zyklus zu Zyklus, wie wir selbst vom Autor lernen konnten. Die Zahlen belegen das und wenn man auf

der Basis dieser Zahlen eine Aussage treffen will, über die Frage der Abhängigkeit der Lohnarbeitslosigkeit vom Zyklus, dann muss man feststellen, dass gerade mit der Krise Mitte der 1970iger Jahre eine Entwicklung eintrat, in der die Lohnarbeitslosigkeit zyklusabhängig zunahm. Man ahnt aber, welche Vorstellung vom „klassischen Konjunkturzyklus“ im Hinterkopf herumspuken muss: in der Krise entsteht Lohnarbeitslosigkeit und im Aufschwung verschwindet sie wieder. Solche „klassischen Konjunkturzyklen“ hat es aber in der Realität nie gegeben und Marx spricht in seinem „Allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ ausdrücklich von der „**progressiven** Produktion einer relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee“. Sobald die „atypische“ Entwicklung ohne „klassischen Konjunkturzyklus“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1. Weltkrieg, Kurze Phase der Erholung, dann Weltwirtschaftskrise, Depression, 2. Weltkrieg und Rekonstruktionsphase des Weltmarktes) zu Ende war, begann das Kapital ebenso tüchtig wie „zyklusabhängig“ mit der „progressiven Produktion“ einer solchen Reservearmee.

V. Mehrwerttheorie – Kommando über Arbeit oder über unbezahlte Mehrarbeit?

Trotz Grundsatzkritik von Michael Heinrich am vom Marx formulierten Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, ist Fall der Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gemeinsamer Bezugspunkt fast aller Theorien einer „langen Krise“, die Mitte der 1970iger Jahre begonnen habe. Egal ob gesetzmäßig erzeugt oder zufällig entstanden, wird sie allenthalben empirisch wahrgenommen, als Schranke für die progressive Kapitalverwertung.

Die Profitrate drückt das Verhältnis des produzierten und realisierten Mehrwerts zum insgesamt angelegten Kapital (konstantes und variables Kapital) aus. Nimmt das variable Kapital im Verhältnis zum konstanten ab, so sinkt die Profitrate, bei sonst gleich bleibenden Umständen der Kapitalverwertung. Die Verwertung des Kapitals wird aber nicht ausschließlich durch das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital bestimmt, also davon, in welchen Verhältnissen das Kapital in Maschinerie etc. und in den Ankauf von Ware Arbeitskraft investiert. Die Menge des produzierbaren Mehrwerts wird nicht nur bestimmt von der Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen, sondern auch von der Länge der notwendigen Arbeitszeit für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft, von der Intensität der Arbeit und von der Länge des Arbeitstages. Marx schreibt schon in Kapital Bd. 1:

„Verminderung des variablen Kapitals ist (also) ausgleichbar durch proportionelle Erhöhung im Exploitationsgrad der Arbeitskraft, oder die Abnahme in der Anzahl der beschäftigten Arbeiter durch proportionelle Verlängerung des Arbeitstages. Innerhalb gewisser Grenzen wird die vom Kapital erpressbare Zufuhr der Arbeit also unabhängig von der Arbeiterzufuhr.“ MEW Bd. 23. S. 323

Jede kapitalistische Krise demonstriert diese relative Unabhängigkeit der unbezahlten Mehrarbeit von der „Arbeiterzufuhr“. Die Zahl der beschäftigten LohnarbeiterInnen nimmt ab und der „Klassenkampf von oben“ sorgt dafür, dass diese verringerte Zahl von LohnarbeiterInnen eine größere Masse unbezahlter Mehrarbeit liefert.

Fast alle Theorien einer „langen Krise“, die sich ausdrücke in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ und zunehmender Verschuldung, Aufblähung des Kredits, Vermehrung des fiktiven Kapitals, beziehen sich jedoch ausschließlich auf die „Verminderung des variablen Kapitals“. Sofern die Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeitskraft und die Verlängerung des Arbeitstages überhaupt untersucht und zur Kenntnis genommen wird, geschieht dies in der Form der

Krisentheoretisches

Anklage gegen soziale Missstände, ohne die ökonomische Wirksamkeit dieser Veränderungen angemessen zu diskutieren. Nirgends wird jedenfalls ein systematischer Zusammenhang hergestellt zwischen den Aufschwungphasen in den 1980igern, 1990igern Jahren und dem Aufschwung im 1. Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts und der Erhöhung des Exploitationsgrades der Arbeitskraft und der Verlängerung des Arbeitstages. Angeblich war alles nur kreditvermittelter „Schein“.

Wie schrieb doch Franz Schandl in einem denkwürdigen Aufsatz:

„Unsere Aufgabe besteht nun darin, die Mehrwertkritik in ihre Schranken zu weisen ...“

Und wie macht er das?

„Mehrwert kann ohne Wert nicht gedacht werden. Jener ist eine abgeleitete Größe, nichts Eigenständiges, schon gar nicht das, was die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse definiert.“

*„Ziel des Kapitals ist also die „Verwertung des Werts“ (MEW 23:167), dass aus Wert mehr Wert (**nicht: Mehrwert!**) wird, G-W-G'! (<http://www.trend.infopartisan.net/trd0604/t140604.html>)*

Danach wäre dann nicht Profit sondern größerer Umsatz der letzte Zweck kapitalistischer Produktion. Der Zweck mehr Wert zu produzieren wäre aber auch bereits erfüllt, wenn ein Kapitalist statt Fahrrädern z.B. Autos produzieren lässt. Ein Auto hat zweifellos mehr Wert als ein Fahrrad. Das Geheimnis des Profits, warum der den Waren durch menschliche Arbeitskraft zugesetzte Neuwert Mehrwert und nicht nur mehr Wert ist, interessiert den desinteressierten fundamentalen Wertkritiker nicht.

*„Das Kapital ist also nicht nur Kommando über Arbeit, wie A. Smith sagt (oder wovon viele moderne Kritiker der „Arbeitsgesellschaft“ ausgehen! R.S.). Es ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwert, in welcher besonderen Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später kristallisiert, ist seiner Substanz nach Materiativ unbezahlter Arbeitszeit. **Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit.**“ MEW Bd. 23, S. 556*

Von Aneignung unbezahlter Mehrarbeit und der damit einhergehenden Spaltung der Gesellschaft in Klassen ist bei solch „fundamentaler Wertkritik“ nicht mehr die Rede. Krise kann damit immer sein, wenn aus Wert nicht mehr Wert wird.

Den Mehrwert, den Marx meinte, war mehr Wert, der auf unbezahlter Mehrarbeit beruhte. Dem Werte nach geschrumpftes Kapital, geringerer Umsatz bei mehr Gewinn, das passiert ständig bei „Restrukturierungen“ von Einzelkapitalen und ist der Ausgangspunkt jedes Aufschwungs nach einer Krise! **„Weniger Wert“ ist also geradezu die Voraussetzung und Ausgangspunkt für die Überwindung der Krise des Kapitals! Entscheidend ist, dass der Exploitationsgrad der Lohnarbeit steigt, mit ihm die Profitrate und das durch Krise dezimierte Kapital daher erneut expandieren kann.**

Die Wachstumsphasen des Kapitals in den Zyklen nach der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970iger Jahre beruhten nicht **allein** auf Verschuldung! Sie beruhten in den kapitalistischen Ländern ebenso sehr auf der Zentralisation des Kapitals durch Pleiten und Fusionen (also Verteilung des Mehrwerts auf weniger Einzelkapitale) und sie beruhten in diesen Ländern vor allem auf der Steigerung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit (Intensivierung der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages, Kürzung von Lohnzahlungen, etc.). Wer behauptet, das Wachstum des Kapitals beruhe nur noch auf bloßer Verschuldung, der hat nicht verstanden, was das Kapi-

tal ist und kann demzufolge auch nicht begreifen, worin seine Krise besteht und was sie bewirkt.

„Die Tendenz des Kapitals ist, ..., den absoluten und den relativen Surpluswert zur verbinden; also größte Ausdehnung des Arbeitstags mit größter Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage, zugleich Reduktion einerseits der notwendigen Arbeitszeit auf das Minimum, andererseits der notwendigen Arbeiteranzahl auf das Minimum. Diese widersprechende Forderung, deren Entwicklung in verschiedenen Formen als Überproduktion, Überpopulation etc. sich zeigen, macht sich geltend in der Form eines Prozesses, worin die widersprechenden Bestimmungen sich in der Zeit ablösen.“ Grundrisse, S. 656

Wenn man sich die Entwicklung des Weltkapitalismus der letzten Jahrzehnte anschaut, dann wird diese Tendenz handgreiflich in all ihrer Widersprüchlichkeit. Man sieht in den hochentwickelten Ländern die dominante Tendenz, die notwendige Arbeiteranzahl auf ein Minimum zu beschränken, man sieht in Ländern wie China die dominante Tendenz zur „größten Ausdehnung des Arbeitstages“ usw. Man sieht darüber hinaus die Tendenz, die in den hochentwickelten Ländern durch gesellschaftliche Konvention und Klassenkompromisse gesetzten Schranken (Rekonstruktionsperiode nach dem 2. Weltkrieg) für maximale Kapitalverwertung einzureißen, um durch Kombination der „widersprüchlichen Forderungen“ kapitalistisches Wachstum zu erzeugen.

VI. Mehrwerttheorie - Über den Wert der Ware Arbeitskraft

Wenn man vom Mehrwert spricht, muss man über den Wert der Ware Arbeitskraft sprechen. Marx schreibt in Kapital Bd. 1:

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder anderen Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. ... Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Produktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“ MEW Bd. 23, S. 185

Später, im Abschnitt über die Akkumulation des Kapitals, heißt es:

„In den Abschnitten über die Produktion des Mehrwerts ward beständig unterstellt, dass der Arbeitslohn wenigstens gleich dem Wert der Arbeitskraft ist. Die gewaltsame Herabsetzung des Arbeitslohnes unter diesen Wert spielt jedoch in der praktischen Bewegung eine zu wichtige Rolle, um uns nicht einen Augenblick dabei aufzuhalten....

Wenn ... die Arbeiter von der Luft leben könnten, so wären sie auch um keinen Preis zu kaufen. Ihr Nichtkosen ist also eine Grenze im mathematischen Sinn, stets unerreichbar, obgleich stets annäherbar. Es ist die beständige Tendenz des Kapitals, sie auf diesen nihilistischen Standpunkt herabzudrücken.“ MEW Bd. 23, S. 626

Die Arbeitszeit, die notwendig ist für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ist also zugleich Bedingung (könnten die LohnarbeiterInnen von der Luft leben, wären sie nicht käuflich) und Schranke (Begrenzung für die unbezahlte Mehrarbeit) für die Kapitalverwertung. Die Tendenz, die notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft gegen Null zu drücken, resultiert also keineswegs nur aus der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, durch Automation der Produktion. **Beim interessierten Versuch, seine in der Produktion des Mehrwerts entste-**

henden Verwertungsprobleme zu lösen, übt das hoch akkumulierte Kapital einen zunehmenden Druck auf den Lohn aus und ist bemüht, sich aller Kosten zu entledigen, die als Abzug vom Profit in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen.

Die Grenzen zwischen notwendiger Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit sind also sehr elastisch. Es kommt hinzu, dass der Wert der Ware Arbeitskraft ein „historisch-moralisches Element“ (Marx) enthält, dass durch gesellschaftliche Konvention, Klassenkompromisse etc. bestimmt wird. Wie lange die LohnarbeiterInnen also tatsächlich für die eigene Reproduktion arbeiten und wie lange sie unbezahlt für das Kapital werkeln, das hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die ihrerseits vom Klassenkampf, egal ob bewusst geführt oder nicht, abhängen.

Alle Schranken für die Kapitalverwertung, die sich in Krisen Geltung verschaffen, sind immer relativ, niemals absolut. (Eine absolute Schranke für Kapitalverwertung lässt sich allenfalls als „Grenze im mathematischen Sinne“ konstruieren.) Dass es sich um relative Schranken handelt, macht sie nicht weniger wirkungsmächtig! Der zyklisch wiederkehrende und sich verschärfende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation ist unvermeidlich. Ebenso unvermeidlich ist aber auch der jeweilige kapitalistische Ausweg aus der Krise, nicht zuletzt durch „Klassenkampf von oben“, wenn diesem nicht mit systemüberwindenden Klassenkampf von unten begegnet wird.

Sofern die notwendige Arbeitszeit eine konkrete Schranke für die Kapitalverwertung ist, wird sie in den Krisen verkürzt. Sei es, dass der Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert gedrückt wird, sei es, dass die erreichten Klassenkompromisse aus dem „historisch-moralischen Element“ entfernt werden.

So geschehen in allen zyklischen Krisen seit der Krise Mitte der 1970iger Jahre. Im Resultat arbeiten die LohnarbeiterInnen nach jeder Krise weniger für sich und mehr für das Kapital. Ohne diese Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit, nur gestützt auf Ausdehnung des Kredits, hätte es keinerlei ökonomisches Wachstum des internationalen Kapitals mehr gegeben.

Die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Lohnarbeit drückt sich u.a. darin aus, dass das „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ deutlich stärker wächst, als die „Einkommen aus abhängiger Beschäftigung“. Es handelt sich hierbei also um weit mehr als eine bloße Umverteilung von Geldern von unten nach oben und kann nicht beliebig durch eine Umverteilung von oben nach unten korrigiert werden! Es handelt sich vielmehr um eine ökonomische Notwendigkeit der Mehrwertproduktion! Je spürbarer der Mehrwertmangel für das überakkumulierte Kapital, desto heftiger seine Angriffe, desto unverblümter sein „nihilistischer Standpunkt“.

Um die in sozialer Hinsicht bedrohlichen Spielräume für weitere Kapitalverwertung ermessen zu können, muss man sich aber auf eine Betrachtung der konkreten Schranken für die Ausdehnung der unbezahlten Mehrarbeit einlassen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die LohnarbeiterInnen in vielen hochentwickelten kapitalistischen Ländern viel länger für die eigene Reproduktion arbeiten, als gemeinhin in linksradikalen Kreisen angenommen wird. In solchen Ländern wurden und werden noch immer Teile des Profits direkt oder indirekt – sozusagen zweckentfremdet – auf die Reproduktion von Ware Arbeitskraft verwandt. Die LohnarbeiterInnen arbeiten dadurch weit aus länger für die eigene Reproduktion, als es im ausbezahlten

Lohn zum Ausdruck kommt.

Ich erwähne hier nur 2 Beispiele aus Deutschland.

1. Beispiel: Gesetzliche Unfallversicherung in Deutschland und deren Träger, die Berufsgenossenschaften

Die Berufsgenossenschaften werden ausschließlich aus den Profiten des Kapitals finanziert. Sofern aus ihren Mitteln u.a. Kuren und andere Rehabilitationsmaßnahmen finanziert werden, dienen diese eindeutig der Reproduktion von Ware Arbeitskraft! Doch damit nicht genug. Die Berufsgenossenschaften erlassen Unfallverhütungsvorschriften (heute „Berufsgenossenschaftliche Vorschriften und Regeln“ (BGVR), die das Kapital eine hübsche Stange Geld kosten. (Einstellung einer Sicherheitsfachkraft, Entwicklung und Aushang von Betriebsanweisungen, Durchführung von Unterweisungen während der Arbeitszeit, Installation von Vorrichtungen, die der Arbeitssicherheit dienen, usw.) All diese Maßnahmen zur Unfallverhütung dienen einerseits dazu, den Gebrauchswert der lebendigen Arbeitskraft für das Kapital zu erhalten. Die dadurch reduzierten Arbeitsunfälle, gerade auch solche, die Behinderungen oder Tod nach sich ziehen, schaffen aber zugleich für LohnarbeiterInnen eine deutlich bessere „Lebensqualität“, dienen unmittelbar ihrer verbesserten Reproduktion.

2. Beispiel: Bestimmte Produktrichtlinien in der EU, hier Maschinenrichtlinie

Die Maschinenrichtlinie beinhaltet als Schwerpunkt (neben dem rein marktwirtschaftlichen definierten Zweck des Abbaus technischer Handelshemmnisse) ausführliche „Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen“ an Maschinen. Gefahren für Mensch und Umwelt müssen zunächst konstruktiv ausgeschlossen werden. Ist das aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, müssen Sicherheitsvorrichtungen eingebaut werden usw. Zu solchen Sicherheitseinrichtungen zählen z.B. „trennende Schutzvorrichtungen“, die den Zugang zu Gefahrstellen ausschließen und die Maschine abschalten, wenn diese Schutzvorrichtungen geöffnet werden. Auch europäische Richtlinien wie die Maschinenrichtlinie, die jeweils in nationales Recht umgesetzt werden müssen, kosten das Kapital viel Geld und nützen zunächst unmittelbar nur den LohnarbeiterInnen, die vor Verletzungen und Verstümmelungen in einem hohen Maße geschützt werden. Der Nutzen für das Kapital ergibt sich erst mittelbar aus der längeren „Maschinenlaufzeit“ der Ware Arbeitskraft, die länger zur Verfügung steht und aus geringeren Produktionsstillstandzeiten. **Alle Arbeit, die für Arbeitssicherheit und Arbeitssicherheitseinrichtungen verausgabt wird, ist unmittelbar Arbeit für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft (was leider auch die heutigen LohnarbeiterInnen nicht verstehen, obwohl die erreichte Arbeitssicherheit wesentlich mit ihre „Lebensqualität“ bestimmt). Die Kosten, die daraus entstehen werden aber „durch die Bank“ (nicht nur sprichwörtlich) vom Kapital getragen. Ein weites Feld für Kostensenkungsprogramme des Kapitals, je bedrückender die Kosten werden und je knapper die Profite.**

Der Kampf um Arbeitssicherheit war daher ein Anliegen „der alten Arbeiterbewegung“ und musste gegen das Kapital geführt werden.

3. Beispiel und last but not least muss in diesem Zusammenhang die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle erwähnt werden.

Für einen begrenzten Zeitraum von Krankheit können sich die LohnarbeiterInnen reproduzieren, ohne zu arbeiten, und diese Reproduktion wird einzig aus den Profiten des Kapitals bestritten.

Dieses und vieles mehr (Sozialversicherungsbeiträge des Kapitals, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Erschwernis- und Überstundenzulagen, etc.) steht zur Disposition und wird vom Kapital Zug um Zug abgebaut.

Wer meint, dies alles seien Selbstverständlichkeiten eines „normalen“ Kapitalismus und es handele sich dabei nicht um einzureißende Schranken für die Mehrwertproduktion, der wird sich noch wundern, welches Potential für ökonomisches Wachstum des Kapitals darin schlummert. Aller Tendenz zur Automation zum trotz!

Das Kapital in den hochentwickelten Ländern erschließt sich verloren gegangene Quellen unbezahlter Mehrarbeit, bzw. stopft die Löcher, aus denen Profit abgezogen und für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft genutzt wird. Das ist der ökonomische Kern von „Sozialabbau“ und von der sogenannten „Umverteilung von unten nach oben“ und zugleich der kapitalistische Ausweg aus der Krise. Zu diesem Ausweg gibt es unter kapitalistischen Bedingungen keine Alternative!

VII. Mehrwerttheorie – Ein kurzer Blick über die Grenzen

Mit der Auflösung des „Realsozialismus“ erhielt das internationale Kapital Zugriff auf ein Heer von Abermillionen MehrwertproduzentInnen. Will man wissen, welche Bedingungen das heutige, hoch akkumulierte Kapital braucht, um in großen Raten zu wachsen, so muss man nach China schauen. Ein paar aktuelle Daten:

„Der Wert der chinesischen Industrieproduktion hat sich im April 2010 gegenüber dem Vorjahrsmonat um 17,8 Prozent erhöht (im März waren es 18,1 Prozent), die Anlageinvestitionen sind sogar mit 26,1 Prozent (26,4 Prozent) höher ausgefallen. Das Kreditvolumen der Banken hat nochmals um 24,1 Prozent zugenommen. Dieser seit der Jahreswende 2009/2010 anhaltende Aufschwung wird vor allem durch binnenwirtschaftliche Faktoren getragen: Der inländische Konsum hat im April 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18,5 Prozent zugelegt, während die Importe auf 118,2 Milliarden US-Dollar stiegen und somit gegenüber dem Vorjahresmonat um 50,1 Prozent zunahmen....“ Karl-Heinz Roth in „Lunapark“ 21, S. 40

Allein über 200 Millionen (!!!) WanderarbeiterInnen, die nach Lohnarbeit suchen und notgedrungen Löhne und Arbeitsbedingungen akzeptieren (siehe Anlage), die dem Kapital ein Höchstmaß an unbezahlter Mehrarbeit liefern und dadurch ebenso außerordentliche Profitraten ermöglichen. (Zum Vergleich: die USA zählen rund 300 Millionen Einwohner!) Unter solchen Bedingungen ist es sogar möglich, dass ein Konzern wie Foxcon seinen Beschäftigten ohne größere Kämpfe eine Lohnerhöhung von 30% zugesteht.

Robert Kurz nannte das außerordentliche Wachstum des Kapitals in China schon 2008 *„Die chinesische Täuschung“* und meint:

„Dieses scheinbar reale Wachstum ist auf Sand gebaut, weil es seinen Ausgangspunkt nicht in Einkommen aus realer Mehrwertproduktion hatte, sondern von den Finanzblasen genährt wurde. Deshalb ist auch die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze etwa in die Wachstumsstaaten China und Indien eine optische Täuschung.“ WOZ vom 27.11.2008

Es sei *„keinerlei autonomes (????) Wachstum“* mehr möglich, *„die Illusion einseitiger Exportströme“* sei zu Ende usw. Das gipfelt dann in der Feststellung, dass das *„Realitätsprinzip substantzieller Mehrwertproduktion“* nicht mehr möglich sei.

Das ist eine Ökonomiekritik, die sich in bloßen Untergangsszenarien erschöpft und mit der Realität kapitalistischer Entwicklung und daraus resultierender tatsächlicher sozialer Katastro-

phen wenig zu tun hat.

Wenn die Importe in China innerhalb eines Jahres um rund 50% zunehmen und die Exporte beispielsweise von Deutschland nach China innerhalb eines Jahres ebenfalls um 7% steigen, dann liegt die „optische Täuschung“ und „Illusion einseitiger Exportströme“ einzig beim Autor solcher Zeilen.

SPIEGEL ONLINE

2. März 2010

Deutsche Exporte nach China boomen trotz Krise

Wiesbaden - Obwohl die deutschen Exporte massiv eingebrochen sind, haben die Unternehmen in Deutschland im vergangenen Jahr mehr Waren nach China ausgeführt als im Vorjahr. Der Wert der Exporte in die Volksrepublik stieg 2009 auf 36,5 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mitteilte. Dies entspricht einem Zuwachs von sieben Prozent. Die deutschen Gesamtausfuhren gingen in diesem Zeitraum hingegen um 18,4 Prozent zurück.

Den größten Teil der Exporte nach China machte den Zahlen zufolge die Ausfuhr von Maschinen aus: Die deutschen Unternehmen exportierten demnach Maschinen im Wert von elf Milliarden Euro in die Volksrepublik, sieben Prozent mehr als noch 2008. Im Wert von 6,4 Milliarden Euro (plus 18 Prozent) wurden Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile nach China ausgeführt. Auf Rang drei lagen der Statistikbehörde zufolge elektrische Ausrüstungen mit einem Exportwert von 3,9 Milliarden Euro (plus 1,1 Prozent). China ist der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU. Am meisten exportieren deutsche Unternehmen nach Frankreich, in die Niederlande und in die Vereinigten Staaten.
luk/apn

Wer das Wirtschaftswachstum in China als „scheinbar real“ bezeichnet, der hat selbst ein Wahrnehmungsproblem in Bezug auf ökonomische und soziale Realität. Dieses Wahrnehmungsproblem resultiert aus einer theoretischen Konstruktion, wonach das erreichte Niveau technischer Zusammensetzung des Kapitals kein Wachstum „substanzialer Mehrwertproduktion“ mehr zulasse. (Man muss sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass für „fundamentale Wertkritiker“ Mehrwert nur gleich mehr Wert und die Substanz des Mehrwerts Arbeit und nicht unbezahlte Mehrarbeit ist. Und offensichtlich geht R. Kurz davon aus, das durch Kredit zur Verfügung gestelltes Geld ungeeignet ist, um Mehrwert zu realisieren. Er verwechselt nicht zuletzt einfache mit erweiterter Kapitalreproduktion.) In einer solchen verkehrten Sicht der Dinge dreht sich alles um wachsenden Umsatz und wachsende Einkommen. Weil der wachsende Umsatz mit immer weniger „Arbeit“ erzielt würde, könnten nicht genügend Einkommen aus „realer Mehrwertproduktion“ entstehen, um den Umsatz von Ware in Geld bzw. mehr Geld erfolgreich zu realisieren. Sobald der Kredit ins Spiel kommt, gilt den Kritikern der „Arbeitsgesellschaft“ das Wirtschaftswachstum nicht mehr als real. Danach wäre auch des „Wirtschaftswunder“ in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg „irreal“ gewesen, denn auch hier funktionierte das Wachstum des Kapitals nur mit Hilfe der Ausdehnung des Kredits.

Dreht sich für das Kapital alles um die Differenz zwischen notwendiger Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit, so dreht sich für die Kritiker der Arbeitsgesellschaft alles um die Differenz zwischen mit Automaten erzeugten Warenbergen und fehlenden Geldeinkommen.

Krisentheoretisches

“Wir haben versucht, die Menschheit mit einer hoch mechanisierten Ausstattung zu beglücken, und dabei vergessen, dass in Spanien Lohn- und Lohnnebenkosten preiswerter, in der Tschechischen Republik noch preiswerter und in China am preiswertesten sind. Es ist unsere Aufgabe, mit einer niedrigen Mechanisierung die Menschen einzusetzen, solange sie wenig kosten, und damit ein gutes Geschäft zu machen.” Ferdinand Piech von VW zitiert nach: Handelsblatt, 19.11.1993

Tatsächlich ist das enorme Wachstum der industriellen Produktion in China mit einem riesigen Heer an billigen Lohnarbeitskräften, unter die Gesundheit der Menschen ruinierenden Arbeitsbedingungen, die damit einhergehende rasante Veränderung der chinesischen Gesellschaft, ein einziges Dementi auf „fundamentale Wertkritik“, besonders deren Kritik an der marxischen Mehrwerttheorie.

Das kreditvermittelte Wachstum des Kapitals in China schafft zunehmend jene „Einkommen aus realer Mehrwertproduktion“, die Robert Kurz so schmerzlich als angeblich notwendigen Ausgangspunkt dieses Wachstums vermisst. Infolge der großen Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft wachsen mittlerweile die Lohneinkommen in großen Raten, es entsteht eine neue „Mittelschicht“, die Zahl der Millionäre und Milliardäre nimmt zu und es entsteht ein gigantischer innerer Markt, der an Größe alles übertrifft, was es bisher gegeben hat. Das ist nicht „Schein“, sondern Realität, die mit einem hohen sozialen Preis bezahlt wird.

Die Hoffnung des Kapitals ist darauf gerichtet, dass dieses außerordentliche Wirtschaftswachstum kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Darauf spekuliert es mit großem finanziellen Aufwand. Die Hoffnung der Mehrheit der chinesischen Bevölkerung ist vor allem darauf gerichtet, durch Erhöhung der Löhne und soziale Absicherungen kontinuierlich Anteil zu haben am rasch wachsenden Reichtum.

Was auf Sand gebaut ist, was trügerisch ist, das sind allein diese Hoffnungen auf ungebrochene Kontinuität diese Wachstums. Das chinesische „Wirtschaftswunder“ wird an die gleichen Schranken stoßen, wie jedes kapitalistische „Wirtschaftswunder“. Je rascher das Kapital in China wächst, je vollständiger die Integration des Landes in den Weltmarkt, desto schneller werden die Raten des Wirtschaftswachstums geringer ausfallen und wird ein Konjunkturzyklus mit sich verschärfenden Krisen die weitere Entwicklung prägen.

Die Produktion von realem Mehrprodukt in China - das sich kreditvermittelt und durch wachsende Geldeinkommen (Löhne und Profite) auf dem Markt in realisierten Mehrwert verwandelt - vollzieht sich als Ausbeutung von Lohnarbeit, als Aneignung einer ungeheuren Masse an unbezahlter Arbeit.

Dieser reale Prozess ist nicht nur von Bedeutung für die rapide Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft in China sondern auch für die Verwertung des internationalen Kapitals. Ohne Integration Chinas in den Weltmarkt, ohne das chinesische „Wirtschaftswunder“ wären die hochentwickelten kapitalistischen Länder vermutlich schon an ihrer wahnwitzigen Spekulation auf hohe Renditen und Wachstumsraten erstickt; will sagen: Bankenrettung und Konjunkturprogramme hätten versagt und die Arbeits- und Lebensverhältnisse in diesen Ländern wären grundlegend erschüttert worden.

(Ich gehe hier nicht weiter ein auf Länder wie Indien, Russland, Brasilien etc.)

Ergänzungen zum Thema Export:

In seinem bereits zitierten Artikel „Mythos Griechenland“ schrieb Thomas Konicz am 04.05.2010 auch:

„Die aggressive, exportorientierte Ausrichtung der deutschen Industrie ist sowohl für die schleichende Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland, wie auch für die griechische Defizitbildung verantwortlich. Diese expansive Ausrichtung ist aber kein ewiges Naturgesetz, sondern Produkt einer bestimmten Politik, die spätestens seit den Hartz-IV-Gesetzen unter Rot-Grün forciert wurde.“

Da bin ich fast sprachlos! Was heute „Made in China“ ist, war schon im 19. Jahrhundert „Made in Germany“. Beides steht bzw. stand für billige Produkte für den Weltmarkt („Made in Germany“ war im England des 19. Jahrhunderts, dem damals führenden kapitalistischen Land, ein Schimpfwort für die aggressiv auf den Markt drängenden billigen deutschen Kopien ihrer Produkte.) Aggressive Exportorientierung ist ein Merkmal jedes auf dem Weltmarkt erfolgreichen Gesamtkapitals. England, USA, Deutschland, Japan, „Tigerstaaten“ und jetzt vor allem China.

Schon im England des 19. Jahrhunderts profitierten die LohnarbeiterInnen dieses Landes von dieser Exportorientierung. Gleiches kann man sagen von der Entwicklung in Deutschland und Japan nach dem 2. Weltkrieg.

Hier gilt, was eigentlich überall auffällt, wo tatsächlich Widerspruch herrscht, wird alles einseitig interpretiert, damit es in ein bestimmtes theoretisches Raster passt. Ohne die aggressive, exportorientierte Ausrichtung der deutschen Industrie ginge es „breiten Bevölkerungsschichten“ in Deutschland heute bedeutend schlechter. Wer den Zusammenhang zwischen in Deutschland produzierten Waren für den Weltmarkt und der Nachfrage nach LohnarbeiterInnen in Deutschland nicht sieht, was soll man dem noch sagen?

Die aggressive Exportorientierung einer „nationalen“ Industrie, eines Gesamtkapitals, ist nichts anderes als die aggressive Marktorientierung eines beliebigen Einzelkapitals, nur auf höherer Stufenleiter. Auch Einzelkapitale auf einem nationalen Markt können sich nur behaupten durch aggressive Marktstrategie. Die Nachfrage nach Lohnarbeit hängt entscheidend von den Erfolgen dieser Strategien ab und damit auch der Preis für den Wert der Ware Arbeitskraft. Je weniger Einzel- und Gesamtkapitale auf dem nationalen oder dem Weltmarkt erfolgreich sind, desto stärker die „Verelendung breiter Bevölkerungsschichten“.

Auch in diesem Zusammenhang stellt sich wieder die „Preisfrage“, was denn da eigentlich für ein Verständnis von Kapital und Krise des Kapitals vorliegt?

Die jetzt offensichtlich sich verschärfenden Widersprüche zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gesamtkapitalen, die sich entwickelnden Widersprüche zwischen Staaten sind nichts anderes als die Reproduktion der Widersprüche zwischen den Einzelkapitalen auf höherer Stufenleiter. Dass diese Widersprüche nicht, oder noch nicht, schärfer ausgetragen werden, liegt daran, dass die Integration des Kapitals über den Weltmarkt und speziell die Integration des Kapitals in Europa, sehr viel weiter fortgeschritten ist, als sie etwa zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise in den 1920 und 1930iger Jahren war. Platte historische, politische Parallelen zu den Verhältnissen vor dem 2. Weltkrieg werden jedenfalls nicht dazu beitragen, die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verstehen.

Besonders in Europa ist die Herausbildung eines neuen Gesamtkapitals sehr weit fortgeschritten (gemeinsamer „Wirtschaftsraum“ durch gemeinsame Währung, gemeinsame gesetzliche Rahmenbedingungen für Kapitalverwertung, gemeinsame Normung in den verschiedenen Industrien etc.) Die jetzige Weltwirtschaftskrise ist zugleich ein Prüfstein für die Beständigkeit dieses neuen, im Werden begriffenen Gesamtkapitals und für die Intensität der erreichten Kapitalintegration über den Weltmarkt.

Der Erfolg der nachholenden Industrialisierung:

- der enormen Größe des zu entwickelnden inneren Marktes
- ihrer aggressiven Exportorientierung

Dass das enorme ökonomische Wachstum dieser Länder mit unbeschreiblicher sozialer Polarisierung einhergeht ist jedenfalls nicht Ausdruck von Krise. Es ist Ausdruck einer stürmischen Akkumulation ohne „soziale Gegenmacht“, wie es die alte Arbeiterbewegung war. Auf jeden Fall besteht hier enormes Potential für weiteres Wachstum des Kapitals, was sich verschärfende Krisen nicht ausschließt, und ebenso Raum für die „reformistische – und möglicherweise auch aggressiv-nationalistische - Integration“ einer sich naturwüchsig entwickelnden Bewegung der LohnarbeiterInnen.

VIII. Mehrwerttheorie – merkwürdige Gemeinsamkeiten

Suggestiert die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ die angebliche Ausweglosigkeit des Kapitals, so die linksreformistische Kritik an der „Umverteilung von unten nach oben“ den möglichen Ausweg aus der Krise durch erneute Umverteilung, diesmal von oben nach unten. In aller Regel wird dabei auf Keynes Bezug genommen, der bekanntlich ohne Wert- und Mehrwerttheorie auskam (umso erstaunlicher wenn Autoren wie J. Bischoff oder S. Krüger das machen). Nur so kann man überhaupt auf den Trichter kommen, alle Probleme der Kapitalverwertung seien letztlich Probleme ungenügender Nachfrage, die man im Kapitalismus lösen könne. Das heißt Erscheinung und Verlauf der Krise mit ihrem Wesen zu verwechseln. Dieses Wesen der Krise besteht immer in dem Widerspruch zwischen der Größe des bereits akkumulierten Kapitals, der Erhaltung seines Wertes in der Produktion von Neuwert und der Menge der unbezahlten Mehrarbeit, die angeeignet werden werden kann. Es gibt keine Lösung einer Krise der Kapitalverwertung, die ausschließlich auf Ausdehnung des Marktes durch wachsende Einkommen beruhen könnte. Diese neuerliche Ausdehnung des Marktes muss vielmehr vorbereitet werden durch die Entwertung und Vernichtung von Kapital und durch Erhöhung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit. Sie verlangt also Verkleinerung des Kapitals, Verkürzung der Zeit, die die LohnarbeiterInnen für die eigene Reproduktion arbeiten und Verlängerung der unbezahlten Mehrarbeit. Nur durch solche Korrekturen am **Kapitalverhältnis, seiner Zusammensetzung**, die das Kapital selbst dezimieren und den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für das Kapital erhöhen, kann es zu neuem Wachstum kommen. Ohne letzteres ist keine erneute Ausdehnung des Marktes zu haben.

Die notwendigen „Restrukturierungen“ des Kapitals – sei es eines Einzelkapitals, sei es eines gesellschaftlichen Gesamtkapitals - dienen der Wiedererlangung oder Erhöhung seiner Profitabilität. Diese Profitabilität hängt nicht in erster Linie von der Größe der Nachfrage ab, sondern von den Verhältnissen unter denen der Mehrwert produziert wird, also letztlich vom Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeit. Wird Lohnarbeit zu lange damit beschäftigt, einen vorhandenen, zu großen Kapitalwert zu erhalten und sich selbst zu reproduzieren, dann muss der vorhandene Kapitalwert vermindert und die Zeit reduziert werden, in der die LohnarbeiterInnen für die eigene Reproduktion arbeiten. Erst wenn das geschafft ist, kann die erneute Erweiterung der Reproduktion des Kapitals mit einer entsprechenden Ausdehnung des Marktes einsetzen. Daran kann auch keinerlei „gesellschaftliche Kontrolle“ des Kapitals etwas ändern!

Alle Theorie, die die kapitalistische Bewältigung der Krise, ohne drastische Kostensenkung bloß durch Ausdehnung der Nachfrage bewerkstelligen will, verkennt den Zusammenhang

zwischen Produktion und Realisierung von Mehrwert und leugnet die mit Hilfe der Mehrwerttheorie gewonnen Erkenntnisse.

Letztlich treffen sich hier die Reformisten mit den fundamentalen Kritikern in ihrer Analyse. In beiden Fällen spielt die Mehrwerttheorie keine Rolle mehr. In beiden Fällen kreist das Denken um das Realisierungsproblem. Erklären die einen dieses Problem für unlösbar, weil nicht mehr genügend wertbildende Arbeit nachgefragt würde, so lösen die anderen es durch Stimulierung der Nachfrage, ohne die Produktionsseite in ihrer Darstellung als Kostenseite der Mehrwertproduktion zu berücksichtigen.

Dieser „Klassenkampf von oben“ wird auch gern beschrieben als „Umverteilung von unten nach oben“. Er erscheint so ausschließlich als eine Vermehrung der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ und eine Verminderung von Lohneinkommen und Sozialleistungen. Linke Ökonomen schlussfolgern daraus messerscharf „ungenügende Nachfrage“ und folglich Krise und ungenügendes ökonomisches Wachstum. Der „Klassenkampf von oben“ wird nicht bezogen auf die Gesamtheit der Verwertungsbedingungen des Kapitals und erscheint nicht als ökonomische Notwendigkeit, sondern wird beklagt als ökonomische Unvernunft. Der Zusammenhang von Produktion des Mehrwerts und seiner Realisierung bleibt außen vor, das Verwertungsproblem des Kapitals einzig in ungenügender Realisierung also in mangelhafter Ausdehnung des Marktes gesehen. Also wird gefolgert, man müsse der Umverteilung von oben nach unten Einhalt gebieten, bzw. eine Umverteilung von oben nach unten einleiten, um wieder genügende Nachfrage und folglich ökonomisches Wachstums herbei zu zaubern. Mit anderen Worten: es muss nur genügend Ware produziert und in Geld umgesetzt werden, damit die Wirtschaft wachsen kann. Die Frage, wie viel unbezahlte Mehrarbeit abgepresst wurde und wird, um die Waren zu erzeugen, scheint kein Problem mehr der kapitalistischen Produktionsweise zu sein.

Wird einerseits die Kritik darauf zu gespitzt, dass überhaupt zu wenig Arbeit vom Kapital angewendet wird, so wird sie andererseits darauf zugespitzt, dass das Kapital nicht genügend Einkommen entstehen lässt, um den Umsatz von Ware in Geld zu ermöglichen. In beiden Fällen wird das „Geheimnis der Selbstverwertung des Kapitals“ nicht gelüftet und wird nicht verstanden, was hier eigentlich vorgeht.

IX.

Schutzschilde für bankrotte Banken, Schutzschilde für bankrotte Staat, Abwrackprämien und andere Subventionen für das Kapital, die Politik tut „menschennmögliches“ um Schlimmeres zu verhindern. Das Kapital ist ganz „spontan und ungewollt“ in die Krise gerauscht, unter jenen ebenfalls durch Politik gesetzten Rahmenbedingungen seiner Reproduktion, die es weitgehend aber nicht ausschließlich bestimmt hat. Anlass genug, um die Verwertungsbedingungen zu überprüfen! Vorher sahen alle in diesen Rahmenbedingungen Garanten des Wachstums und sie verwandelten sich in ebenso viele Barrieren für weiteres Wachstum. So ist das im Kapitalismus. Gleichgültig, wie diese Rahmenbedingung für Kapitalverwertung gesetzt sind, irgendwann verwandeln sie sich aus Bedingungen des Wachstums in ebenso viele Schranken dafür, die eingerissen werden müssen.

Die eine Sorte Kapitalismuskritik meint nun, sie kenne Rahmenbedingungen für Kapitalverwertung, die Krisen ausschließen würden, die andere Sorte meint, es gäbe überhaupt keine Möglichkeit mehr, Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wachstum zu gestalten.

Die einen machen grandiose Reformprogramme für stetiges Wachstum, die anderen lehnen jede Reformforderung ab, ohne auch nur über den Ansatz zu einem Weg raus aus dem Kapitalismus benennen zu können oder gar zu wissen wie diese andere Gesellschaft denn aussehen sollte.

Aus meiner Sicht ist beides verkehrt.

Währenddessen tasten sich die Sachwalter des Kapitals an ihre Krisenlösung heran, mehr getrieben durch die Umstände, als mit einem klaren Konzept. Noch möchten auch sie am liebsten, dass alles so bleibt wie es ist (wie die Lohnabhängigen auch). Doch das geht ebenso wenig. Ihr weg wird ihnen diktiert werden durch ökonomische Notwendigkeit.

Für die Perspektive der sozialen Revolution gilt, dass der Kampf um Reformen im Kapitalismus, der zugleich ein Kampf gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise ist, eine zentrale Bedeutung erhält. **Nur der Kampf gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise enthält die Möglichkeit des Umschlagens in eine beginnende soziale Revolution!** Wenn es nicht gelingt, in der mit den fortlaufenden „Restrukturierungen“ des Kapitals zugleich neu zusammengesetzten „Arbeiterklasse“ - die nur noch eine Klassen der Lohnabhängigen ist - ein Klassenbewusstsein zu entwickeln, das auf soziale Emanzipation aus ist und sich nicht durch „ökonomische Vernunft“ ausbremsen lässt, dann ist jede Hoffnung vergebens. Die Unterstützung der Bildung des „Proletariats“ – das, genau betrachtet, in den entwickelten und sich rasch entwickelnden kapitalistischen Ländern keines mehr ist, weil die modernen LohnarbeiterInnen mehr besitzen als ihre Kinder – zur Klasse (in seinen Kämpfen, die sich unbewusst gegen die Erhöhung der Mehrwertrate also den kapitalistischen Ausweg aus der Krise wenden), wäre die aktuelle Aufgabe der KommunistInnen.

Robert Schlosser

Juni 2010

**Abschnitt 3:
Auseinandersetzung mit der Ökono-
mie- und Gesellschaftskritik ver-
schiedener Autoren**

Im Club der "toten Dinge"

Eine Auseinandersetzung mit dem Buch von Robert Kurz

"Der Kollaps der Modernisierung "

Einleitung

Wenn heute tatsächlich noch einmal versucht wird die historische Fälligkeit des Kapitalismus im Kontext einer Zusammenbruchsgesetzlichkeit zu thematisieren, so löst dies bei den Köpfen des akademischen Marxismus allenfalls noch Kopfschütteln oder bissigste Polemik aus. Unter Bezug auf den gesunden Menschenverstand und die tatsächliche oder vermeintliche Blamage historisch überlieferter Zusammenbruchstheorien (Luxemburg, Varga, Grossmann) wird jedes theoretische Einlassen auf die Fragestellung verweigert. Die Linke gefällt sich mehr und mehr im Arrangement mit scheinbar unabänderlichen Notwendigkeiten der Marktwirtschaft. Robert Kurz Buch ist ein einziger Affront gegen den Realismus der Linken und einen sich abfindenden Marxismus. Erstaunlich genug, dass er einen namhaften Verleger und guten Absatz gefunden hat. Offenbar gibt es aber noch oder wieder genügend Leute, die sich nicht abfinden und können und wollen mit den zweifelhaften Errungenschaften der durch krasseste Widersprüche gekennzeichnete Entwicklung des bürgerlichen Universums. Das Buch ist zweifellos eine gelungene literarische Leistung. Wie es um seinen wissenschaftlichen, theoretischen Stellenwert im Kontext der Rekonstruktion und Weiterentwicklung der Kritik der politischen Ökonomie steht, ist eine andere Frage. Das Werk versucht ja zweierlei:

- zum einen geht es um den theoretischen Nachweis einer Zusammenbruchsgesetzlichkeit,
- zum anderen um den empirischen Nachweis, dass der Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft schon begonnen hat.

Dort, wo es sich um die Darstellung der konkreten, unerträglichen Widersprüchlichkeiten der weltumspannenden Wertvergesellschaftung handelt, ist das Buch stark und provozierend. Wenn es darum geht diese widersprüchliche Entwicklung auf ihren theoretischen Begriff zu bringen wird die Geschichte ebenso problematisch, wie bei den daraus abgeleiteten Einschätzungen, was die nächste Zeit uns denn so bringen wird. Der Versuch, den konkreten Verlauf der modernen Geschichte weitgehend unvermittelt aus den "Basisstrukturen", daß heißt für Kurz, den elementarsten Abstraktionen der bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, erscheint verlockend. Und so wie die Geschichte von Kurz durchgezogen wird entbehrt sie nicht jeder Plausibilität.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, daß es dem Autor nicht gelingt, die Widersprüche auf den gesuchten gemeinsamen Nenner zu bringen. Vielmehr verwickelt er sich selbst in gravierende Widersprüche, die alle aufzuzeigen, ein ganzes Buch füllen könnten. In meiner Kritik muss ich mich notgedrungen beschränken auf die zentralen "Neuerungen" und "Entdeckungen" der fundamentalen Wertkritik. Das heißt ich werde mich über weite Strecken damit begnügen die Kurzschen wertfundamentalistischen Zuspitzungen von Gesellschaftskritik heute zu kritisieren. Das ist schon Stoff genug und sprengt fast den Rahmen eines Artikels. Schließlich ist nichts vor dem Autor sicher und man müsste schon fast die ganze Kapitalkritik nachzeichnen, um ihm überall hin folgen zu können. Die Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie als Ganzes kann jedoch nicht das Thema dieses Aufsatzes sein. Beim "Kollaps der Modernisierung" handelt es sich jedenfalls weniger um eine Fortsetzung der Kritik der Politi-

schen Ökonomie, als um deren ebenso fleißige wie kurzschlüssige Übersetzung in das Vokabular "fundamentaler Wertkritik", wie sie in der Zeitschrift KRISIS seit geraumer Zeit ihren Ausdruck findet. In meiner Kritik sollte deutlich werden, daß mit dieser Verdolmetschung ein derber Realitätsverlust einsetzt, obwohl es den Anschein hat, als bewege sich der Autor mit außerordentlicher Souveränität durch die ätzende Wirklichkeit.

Ein offenkundig immanenter Widerspruch

Beginnen möchte ich meine Kritik mit dem wohl offenkundigsten Widerspruch der Kurzschen Arbeit.

Die Kritik des dahin geschiedenen "Sozialismus" nimmt in der Streitschrift einen breiten Raum ein. Vernünftigerweise nimmt der Autor diese Gesellschaften nicht als das, was ihre Ideologen über sie meinten, sondern als das was sie im Kontext des historischen Prozesses der "Modernisierung" waren, nämlich nunmehr gescheiterte Versuche der "nachholenden Industrialisierung". Er ordnet sie ein in den Prozess der weltweiten Verallgemeinerung von Warenproduktion und der damit einhergehenden Kapitalbildung. Soweit so gut! Doch Kurz gibt sich damit nicht zufrieden. Im Kollaps dieser Form der Modernisierung sieht er den Beginn des Untergangs des "warenproduzierenden Systems" überhaupt. Während er uns einerseits wissen läßt, daß dem realen Sozialismus "die mechanische Seele des Konkurrenzprinzips heraus operiert" (S.93) worden ist, und ihm damit "das Leben innerer Dynamik" des entwickelten westlichen Kapitalismus genommen wurde, behauptet er andererseits, "die realsozialistische Kommando-Ökonomie" habe "die Widersprüche und die Logik des warenproduzierenden Systems nur auf die Spitze getrieben" (S.146)

"Der Realsozialismus musste zugrunde gehen an einer eigenen Irrationalität der auf die Spitze getriebenen Warenform, und an der unhaltbar gewordenen Außenbeziehung, in der diese sich negativ realisierte." (S. 173)

Was es heißt, diese Widersprüche und diese Logik auf die Spitze zu treiben, daß sagt er uns an anderen Stellen. z.B.:

"Trotz ihrer Zerstörungskraft an Mensch und Natur ist die Konkurrenzmaschine gleichzeitig "negative Emanzipation", indem sie am Gesamtprozess der ununterbrochenen Produktivkraftentwicklung logisch bis an die Schwelle einer "Abschaffung der Arbeit" gelangt, d.h. der abstrakten, repetitiven, allein 'wertproduktiven' Produktionsarbeit..." (S.86)

Wie aber soll das im Kontext der Wertvergesellschaftung gehen? Einerseits ausschalten der "Konkurrenzmaschine" und andererseits die Widersprüche der Warenproduktion auf die Spitze treiben, die doch angeblich erst durch diese "Maschine" auf die Spitze getrieben werden können? Die Kurzsche Arbeit beweist eigentlich sehr deutlich, daß der real existierende Sozialismus nicht am Schwinden der Werts substanz, sondern an ihrem verschwenderischen Einsatz zugrunde gegangen ist.

Daß Kurz in Untergang des realen Sozialismus nur einen Beweis für die begonnene "finale Krise" des Kapitalismus sieht, für den begonnen Untergang des "warenproduzierenden Systems" überhaupt, liegt in seinem "wertfundamentalistischen" Ansatz begründet. Erst nach dem dieser nachvollzogen und kritisiert ist, werde ich am Schluss darauf zurückkommen, daß der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus nichts tun hat mit einem angeblich bereits begonnenen Zusammenbruch des Kapitalismus.

Eine Fetischismuskritik, die daneben geht – die gespenstische Welt des Robert Kurz

Bei seinem Versuch die Kapitalismuskritik auf eine Fetischismuskritik zuzuspitzen, auf die Kritik der unbewussten, subjektlosen Vergesellschaftung, geraten die *differentia specifica* des Kapitalverhältnisses unter den Hammer. Das Drama beginnt aber schon damit, daß Kurz nicht einmal einen klaren Begriff von Gesellschaft entwickeln kann und damit den Gegenstand der Kritik aus den Augen verliert.

In seinem "Glossar" läßt der Autor uns wissen, was er unter Fetischismus versteht. Der moderne gesellschaftliche Fetischismus wird identifiziert mit dem "Warenfetisch und dessen Darstellungsform Geld" (S.276). Es geht ihm um die "Charakterisierung eines gesellschaftlichen Zustands, in dem die Gesellschaft sich ihrer selbst nicht bewusst ist, ihre eigene Gesellschaftlichkeit nicht durchschaut und unmittelbar praktisch organisiert, sondern diese vielmehr in einem äußeren Gegenstand symbolisch 'darstellen' muss." (S. 275) Dieser Gegenstand erlangt dann "Macht über alle Mitglieder dieser Gesellschaft" (ebenda)

Der Begriff der Gesellschaft nun ist zunächst eine inhaltsleere Abstraktion und dieser Abstraktion wird vorgehalten sie sei sich ihrer selbst nicht bewusst. Wie sollte sie das auch?! Gesellschaft ist immer die Gesellschaft von Menschen (ihrer "Mitglieder"), der gesellschaftliche Zusammenhang von Individuen oder die "gesellschaftlichen Beziehungen der Personen" (Marx). Es geht nicht darum, daß "die Gesellschaft" sich ihrer selbst bewusst wird, sondern die tätigen Individuen sich ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. (Wie wir noch sehen werden ist dieser scheinbar haarspalterische Unterschied von entscheidender Bedeutung.)

Näher bestimmt sind die gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen untereinander durch jene Beziehungen die sie in der Produktion und Reproduktion ihres Lebens eingehen. In der Warenproduktion sind diese Produktionsverhältnisse gekennzeichnet durch gesellschaftliche Arbeitsteilung und durch die unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeiten. Es ist nicht die Ware, die diesem Produktionsverhältnis vorausgesetzt ist, sondern es sind die Produktionsverhältnisse, die die Arbeitsprodukte zu Waren werden lassen. Im Tauschwert nun "ist die gesellschaftliche Beziehung der Personen in ein gesellschaftliches Verhalten der Sachen verwandelt.... Der gesellschaftliche Charakter der Tätigkeit, wie die gesellschaftliche Form des Produkts, wie der Anteil des Individuums an der Produktion erscheint hier als den Individuen gegenüber Fremdes, Sachliches."(Grundrisse S.75) Die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse setzt eine reale Dialektik, Wechselwirkung zwischen Beziehungen der gesellschaftlichen Individuen und den Wertdingen in Gang, die in gewisser Weise "tautologisch" - ein Lieblingswort von Kurz - ist. Die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Beziehungen der Personen zueinander reproduzieren sich durch äußeren Zwang, der von den Wertdingen ausgeht. Hier erst beginnt die real abgeleitete und theoretisch abzuleitende "Macht über alle Mitglieder der Gesellschaft". Robert Kurz nun kann weder den Wert richtig ableiten, noch gar den Mehrwert, weil er die je zugrundeliegenden "gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der Personen" (Marx) kaum benennt, geschweige denn darstellt. Sein Ausgangspunkt ist vielmehr die Arbeit schlechthin, die abstrakte Arbeit. In seinem "Glossar" heißt es über den Wert kurz und bündig: *"In ihm verdinglicht sich die abstrakte Arbeit zur gesellschaftlichen Fetischgestalt der Produkte."* (S. 280)

Insofern abstrakte Arbeit die Substanz des Wertes ist, sagen sie beide das gleiche aus. Statt zu sagen, im Wert verdinglicht sich abstrakte Arbeit, könnte ich genauso gut sagen, der Wert verdinglicht sich im Wert. Es handelt sich um eine nichtssagende Tautologie. Im Wert verdinglicht

„Fundamentale Wertkritik“

sich nicht abstrakte Arbeit, sondern bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnisse.

„Kapital ist kein Ding, so wenig wie Geld ein Ding ist. Im Kapital wie im Geld, stellen sich bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnisse der Personen als Verhältnisse von Dingen zu Personen dar, oder erscheinen bestimmte gesellschaftliche Beziehungen als gesellschaftliche Natureigenschaften von Dingen.“ (RESULTATE S.32)

Die Vorstellung von "Arbeit schlechthin" ist so alt wie die Arbeit selbst. Abstrakte Arbeit als "ökonomische Kategorie", d.h. als eine bestimmende Größe für einen bestimmten gesellschaftlichen Formzusammenhang (Wertvergesellschaftung, bürgerliche Gesellschaft) wird erst wahr unter ganz bestimmten und zu bestimmenden Produktionsverhältnissen. Für Kurz sind diese aber ebenso abstrakt, wie Gesellschaft überhaupt.

Da haben wir zum einen die "abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine", die "abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzung von Mensch und Natur", etc., und wir haben auf der anderen Seite "Ware-Geld-Subjekte" oder "abstrakte gesellschaftliche Monaden". Die Menschen werden zu "Verausgabungsmonaden abstrakter Arbeitskraft" und "arbeiten in hoch differenzierten Aggregaten direkt gesellschaftlich zusammen, aber im höchsten Grade gegenseitiger Gleichgültigkeit und Entfremdung". (S.273)

Warum diese Monaden auch noch in ihrem direkten gesellschaftlichen Zusammenarbeiten Monaden bleiben, das sagt er uns hier nicht. Im Zusammenhang seiner Kritik aber ist es deutlich. Sie bleiben Monaden, weil sie als Ware-Geld-Subjekte in den Arbeitsprozess gehen. Nicht die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Zusammenarbeit macht sie zu den spezifischen Empfängern ihrer Revenue in Geldform (Profit und Lohn) und zu Käufern von spezifischen Waren (hier Produktionsmittel aller Art, Arbeitskraft und Lebensmittel dort nur Lebensmittel), sondern ihr Dasein als schon immer vorausgesetzte Ware-Geld-Subjekte macht sie zu diesen merkwürdigen unterschiedslos gleichen Monaden, die sie dann auch in der direkt gesellschaftlichen Zusammenarbeit bleiben. In dem ganzen langen Buch erfahren wir über die "direkte gesellschaftliche Zusammenarbeit" buchstäblich nichts anderes, als das es sich hierbei um eine "abstrakte Vernutzung" handelt. Kein Wunder, daß dem Autor der Mehrwert als "aufgesetzt" erscheint. (Kritik am Arbeiterbewegungsmarxismus). Kein Wunder auch, daß ihm mit Ausnahme der Maffia, die wenigstens "noch die Karikatur eines fassbaren menschlichen Gesichts erkennen lässt" (S. 208) die "Personifikation des Kapitals" ein Buch mit sieben Siegeln sind. Was er kritisiert ist eine Gesellschaft ohne Menschen, nicht die menschliche Gesellschaft selbst. Er kritisiert nicht die verkehrten Verhältnisse sondern nur deren folgerichtigen verdinglichten Widerschein und selbst das gelingt ihm nicht vollständig, weil er die verkehrten Verhältnisse nicht vollständig zu Kenntnis nimmt.

Statt über kapitalistische Produktionsverhältnisse erfahren wir etwas über verschiedene "Maschinen" etwa über "Abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine" (S.11 ff). Dieser Begriff ist allerdings weniger gewonnen aus der Kritik realer Verhältnisse und ökonomischer Kategorien als aus der Kritik des protestantisch-bürgerlichen Arbeitsethos (Ideologiekritik). Von dieser Ideologie wird sozusagen kurzgeschlossen auf die zugrundliegenden Verhältnisse.

„Freilich ist das protestantische Prinzip des abstrakten und entsinnlichten Fleißes nicht bloß ein Sittliches, sondern seine spezifische Sittlichkeit leitet sich umgekehrt ab aus dem gesellschaftlichen Formzusammenhang, in dem "Arbeit" überhaupt erst zum Selbstzweck wird und die Gesellschaft zur Arbeitskraft-Verausgabungsmaschine wird.“ (S. 15)

Im Kontext der fundamentalen Wertkritik tritt fast durchgängig und konsequent an die Stelle des Begriffs Produktionsverhältnisse, daß auf Menschen verweist, der Begriff Maschine, der

auf Sachen verweist. Die Gesellschaft ist "Arbeitskraftverausgabungsmaschine" und - wo diese "tautologische Selbstzweckmaschine" nicht mehr greift (Zusammenbruchstendenz) - "Konkurrenzmaschine". Von Kommando über und Aneignung von fremder Arbeit (Ausbeutung) will Kurz ebenso wenig etwas wissen wie von der "Trennung von Eigentum und Arbeit" (Marx). Das alles ist ihm blamierter Arbeiterbewegungsmarxismus. Die Personifikationen von Kapital (Manager, "alte" Kapitalisten) und Arbeit (Lohnabhängige) haben sich aufgelöst in "Ware-Geld-Subjekte", "abstrakte gesellschaftliche Monaden", die uns allenfalls noch in der widersprüchlichen Form des "Produzenten" und "Konsumenten" begegnen. (Dazu später mehr.) Die Kritik am Fetischismus der bürgerlichen Gesellschaft bekommt so einen ganz neuen Inhalt. Es handelt sich nicht mehr um die Kritik einer Verdinglichung schon vorausgesetzter, in ihrer historischen Qualität nicht begriffener Produktionsverhältnisse von Menschen zueinander, sondern ausschließlich um die Kritik der "toten Dinge", die erst die sozialen Beziehungen strukturieren. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen setzen den Wert heraus und erzeugen damit einen äußeren versachlichten Zwang, dem sich die Individuen nun beugen müssen, sondern das Ganze verkürzt und vereinfacht sich erheblich, indem die vorausgesetzten Wertdinge die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander erzeugen. Kurz erkennt im Kapitalfetisch nicht eine "richtige", nämlich folgerichtige Rückspiegelung immer schon vorausgesetzter "falscher" gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Fetischismuskritik dient hier nicht zur Aufdeckung der Mystifikationen, um zur Kritik der Produktionsverhältnisse vorzustoßen, sondern ist bloße Kritik der Wertdinge (Ware und Geld), als solche. Diese gilt es denn auch abzuschaffen ("radikale Abschaffung der modernen Ware und ihres Weltsystems" S.270). Nicht durch Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander sollen Ware und Geld abgeschafft werden, sondern durch Abschaffung von Ware und Geld die Beziehungen erneuert werden. Das riecht natürlich nach despotischen Eingriffen in die gesellschaftliche Reproduktion und von daher darf sich der Autor nicht wundern wenn er in die Nähe Pol Pots gerückt wird. Indes bleibt der "gesunde Kern" seiner Kritik erhalten, wenn wir ihm unterstellen, er wolle die Überwindung "der modernen Ware und ihres Weltsystems". Dies ist allerdings ein grundsätzlich anderes Projekt, als das der "radikalen Abschaffung".

Anders als bei der Kritik des realen Sozialismus wird also bei der Kritik des westlichen Kapitalismus die Ideologie (puritanischer Selbstzweck der Arbeit) als bare Münze genommen, in der sich der "gesellschaftliche Formzusammenhang" ganz unmittelbare widerspiegeln. So kann aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine scheinbar sinnlose "Arbeitskraft-Verausgabungsmaschine" werden. In immer wieder neuen begrifflichen Variationen begegnet uns dieses Monstrum.

Da Kurz die Fetischismuskritik der Politischen Ökonomie überhaupt in den falschen Hals bekommen hat, kann er natürlich den Unterschied zwischen Waren und Geldfetisch hier und Kapitalfetisch dort nicht wahrnehmen, weil er die je unterschiedlichen, zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse hinweg abstrahiert. Für ihn ist der Fetischismus der Warenwelt mit seiner Subjekt-Objekt Verkehrung "in der Selbstbewegung des Geldes ... abgeschlossen." S.281

Über kapitalistische Lohnarbeit und Ware-Geld-Subjekte

Anlässlich einer Kennzeichnung der ursprünglichen Kapitalakkumulation lässt er uns u.a. folgendes wissen:

"Aus Subsistenzproduzenten im weitesten Sinne werden wirkliche oder potentielle Lohnarbeiter und somit moderne Ware-Geld-Subjekte.." (S. 218)

„Fundamentale Wertkritik“

Diese mögen anfangs noch von "roher Gestalt" sein, gar im realen Sozialismus "als eine Verpuppungsform" des "abstrakten Geldsubjekts" existiert haben, gleiche unter gleichen waren sie allemal. Da der Autor mit der Produktion des Mehrwerts "abstrakten", kurzen Prozess gemacht hat und ohne Umschweife die Produktionsverhältnisse zu einer Selbstzweckmaschine umfabierte, stehen uns jetzt das Geld in seiner tautologischen Selbstzweckbewegung und die Ware-Geld-Subjekte gegenüber. Vermittelt wird das ganze durch den abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsmechanismus von Arbeitskraft und Natur. Wir wissen damit aber weder etwas über die Herkunft des Mehrwerts noch etwas über die reale Sozialstruktur kapitalistischer Gesellschaft, weil uns Kurz nichts anderes bietet als die immer wiederkehrenden zirkulationstheoretischen Floskeln über die Mechanik von Vergesellschaftungsmaschinen. Aber schon ein etwas genauerer Blick auf das Markt geschehen lässt uns zweifeln.

Auf dem Arbeitsmarkt tauscht sich Geld gegen lebendiges Arbeitsvermögen. Damit es zu diesem Austausch überhaupt kommen kann, ist aber schon logisch die "Trennung von Arbeit und Eigentum" vorausgesetzt, d.h. historisch die ursprüngliche Akkumulation von Kapital. Erst wenn die Besitzer dieses lebendigen Arbeitsvermögens ihrer sachlichen Mittel zur Reproduktion beraubt wurden, sind sie gezwungen ihre Arbeitskraft als Ware zu Markte zu tragen. Der spezielle Austausch von Ware Arbeitskraft gegen Geld setzt also nicht bloß die Bedingungen von Warenproduktion voraus, sondern unterstellt bereits bestimmte weiterentwickelte Produktionsverhältnisse. Dies ist jedoch noch nicht der Punkt, an dem die fundamentale Wertkritik versagt. So weit könnt sie gerade noch folgen.

Das Geld trägt sich ebenso wenig zu Markte, wie die Ware Arbeitskraft oder irgend eine andere Ware. Es sind die jeweiligen Besitzer der unterschiedlichen Waren um die es hier geht. Den Besitzern von Arbeitskraft stehen also die Geldbesitzer gegenüber, die sich nicht nur die Ware Arbeitskraft kaufen können, sondern gleichermaßen Produktionsmittel aller Art (Maschinen, Gebäude, Rohstoffe, Halbfertigprodukte aller Art). So bedeutungslos in der fundamentalen Wertkritik der bloße Besitz des Arbeitsvermögens, so bedeutungslos auf der anderen Seite der Besitz einer Menge von Geld, die den Ankauf aller zur Produktion nötigen Mittel erlaubt. Die Frage nach dem Eigentum wird bei Kurz überhaupt nicht gestellt.

Der Austausch von Geld gegen Ware Arbeitskraft hat also nichts zu tun mit Ware-Geld-Subjekten schlechthin. Er setzt vielmehr voraus die Trennung von Produktionsmittelbesitzern und Arbeitskraftbesitzern, also besondere Produktionsverhältnisse der Personen zu einander.

Auch dies könnte unser fundamentaler Wertkritiker noch ausnahmsweise gelten lassen, nämlich für die Zeit als uns das Kapital noch nicht als "juristische Person" sondern als "natürliche Person" begegnete. Spätestens jetzt wird das ganze jedoch zu einem einzigen Mysterium oder einer "Selbstzweckmaschine". Mit der Umwandlung erheblicher Teile des bisherigen Kapitalbesitzes in Kapitalgesellschaften, der Umwandlung des "alten", besitzenden Kapitalisten in den Gehalt empfangenden Manager, hört das ganze spätestens auf vorausgesetztes Produktionsverhältnis zu sein. Gar Unter- und Überordnung, Kommando über fremde Arbeit, Ausbeutung etc.

Indem der Kapitalist zum Manager wird, wird er für die fundamentale Wertkritik zum bloßen Ware-Geld-Subjekt. Das Geld schleppt sich jetzt selbst zum Markt um Ware Arbeitskraft, vom Manager bis zum Bandarbeiter, und die dazugehörigen Produktionsmittel einzukaufen. Man übersieht dabei geflissentlich ein paar "Kleinigkeiten". Zum einen ist die "Geschäftsfähigkeit" der juristischen Person "Kapitalgesellschaft" gebunden an eine Willensäußerung und freie Willensentscheidung. Das Geld tut sich damit schwer, folglich müssen wieder Personen her, welche auch schnell zur Hand sind, z.B. in Gestalt des geschäftsführenden Vorstands einer Aktien-

gesellschaft. Dieser kann nun die nötigen Vertragsabschlüsse, den Ankauf aller zur Kapitalproduktion nötigen Voraussetzungen tätigen und findet sie auch auf dem Markt vor.

Man hat nun alles zusammengebracht, aber es muss auch in Bewegung gesetzt werden. Die Malocher sind und bleiben "faule Schweine" und meinen tatsächlich allein mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft hätten sie sich schon ihr Geld verdient. Der Arbeitsvertrag verpflichtet sie wohl dazu, "ihren Arsch in Bewegung zu setzen", aber tun sie es auch? Mitnichten, sie lassen Selbstzweckmaschine Selbstzweckmaschine sein, Saufen, Fressen und nutzen jede sich ihnen bietende Gelegenheit, um auszuruhen? Wovon denn eigentlich? Was soll der geschäftsführende Vorstand nur machen? Schließlich kann er nicht hinter jedem einzelnen Ware-Geld-Subjekt stehen und aufpassen. Mit ständigen Prozessen (Einklagen der Arbeitspflicht) ist keinem gedient und das Geld ist eine schlechte, ungenügende Arbeitsaufsicht. Die Lösung des Rätsels ist sehr einfach. Es heißt "Delegation von Verantwortung"! Das mit dem Arbeitsvertrag beschlossene "Weisungsrecht" des "Arbeitgebers" wird an einen kompletten Stab von "Führungspersönlichkeiten" delegiert. Und schneller als die fundamentale Wertkritik von Ware und Geld es sich vorstellen kann, ist eine komplette betriebliche Hierarchie von "Über- und Unterstellungen" zusammengezimmert. (Stellenausschreibungen und Führungsanweisungen) Jetzt klappt die Sache schon besser und man muss nicht immer gleich die Gerichte beschäftigen. Die fein abgestufte Drohung damit durch die jeweiligen Vorgesetzten tut ihr Werk.

Dies alles geschieht tagtäglich gleichermaßen in produktiven und unproduktiven kapitalistischen Betrieben. Mehr noch, es reproduziert sich auf der Ebene des "ideellen Gesamtkapitalisten", des Staates. Was im Bereich der Produktion der Vertrag, ist hier die Wählerentscheidung. Was hier die Übertragung der Entscheidungsgewalt, des Weisungsrechts auf die Kapitalisten, ist auf der anderen Seite die Übertragung der Entscheidungsgewalt auf die Politiker, mit denen man natürlich hinterher ebenso unzufrieden ist, wie mit den "Kapis". Aber Vertrag ist Vertrag und gewählt ist gewählt. So wie das Management einen ganzen Stab von exekutierenden Offizieren und Unteroffizieren beschäftigt, so delegiert auch das Parlament der Politiker die Ausführung und Überwachung der Entscheidungen an einen unüberschaubaren Schwarm von Polizisten und Bürokraten, mit denen wir es tagtäglich auf die freundlichste Art zu tun bekommen. Immer dann erfahren wir die bürgerliche Gleichheit hautnah. Frei und gleich waren wir nämlich nur bei Vertragsabschluss und bei der Wahl. Mit Vertrag und Wahl haben uns aber quasi selbst abgetreten und erleben jetzt die Wirklichkeit als eine gewaltige Bürokratie von Über- und Unterstellungen der Individuen. Alle Gewalt geht vom Volke aus, doch wo geht sie hin? Die Frage hat immer noch und gerade heute ihr volle Berechtigung. Je reiner die Demokratie entwickelt ist, desto deutlicher tritt die besondere bürgerliche Ungleichheit der Ware-Geld-Subjekte zutage.

Für die "Antiklässler" der Zeitschrift "KRISIS", deren "überlegener theoretischer Kopf" Kurz ist, mag dies allenfalls noch verrauchender Schein sein, für Millionen von Menschen ist es täglich erfahrende Realität. Mehr noch, es sind die der Ware-Geld-Subjektivität der scheinbaren Gleichheit immer schon vorausgesetzten ungleichen Produktionsverhältnisse, die den Knackpunkt gesellschaftlicher Veränderung ausmachen. Die Aufhebung des "Privateigentums an den Produktionsmitteln" ist so oder so der Durchgangspunkt einer möglichen sozialen Revolution. Bei Kurz hingegen ist davon nirgends die Rede. Stattdessen wird das "Zerbrechen der Apparate" verlangt, die "mit Sicherheit den Wert als Wert erhalten wollen". S.261 (Hier sind wir in unserer willens- und bewusstlosen Vergesellschaftung plötzlich doch einem fremden Willen unterworfen, nämlich dem von "Apparaten"! sic!)

Warum spiegelt sich die unterschiedslose Gleichheit der Ware-Geld-Subjekte nicht im Bewusst-

sein der Lohnabhängigen wieder? Warum ist das "dichotomische Weltbild" von "Wir hier unten - Ihr da oben" auch unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen unausrottbar? Eben weil diese Unter- und Übereignungen zur Grundkonstitution der bürgerlichen Gesellschaft gehören! Warum werden sie wie selbstverständlich akzeptiert ("Das hat es immer gegeben und wird es immer geben!")? Eben weil der Kapitalfetisch nicht nur in der Personifikation von Sachen (Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel, Herrschaft der toten, vergegenständlichten Arbeit über die lebendige Arbeit) besteht, sondern gleichermaßen in der Versachlichung von Personen. Die Personifikationen von Lohnarbeit und Kapital sind eben bloß noch Funktionsträger des Kapitalverhältnisses selbst. Es scheint so als ob die Über- und Unterordnungsverhältnisse aus den Dingen, genauer gesagt den Produktionsmitteln, selbst entspringen. Wie sagt doch Robert Kurz an anderer Stelle:

"Radikale Wertkritik stellt als Gesellschaftskritik die Identität von Daseins- und Denkformen im Denken wieder her; die Kritik der modernen, okzidentalischen Dichotomien von Individuum und Gesellschaft ebenso wie von Ökonomie und Politik geht ihrer praktischen Aufhebung voraus." WIDERSPRUCH, Münchener Zeitschrift für Philosophie, 12. Jahrgang Nr.22, S. 19

Sehr richtig! Bloß für diese "institutionell festgehaltenen Dichotomien der Warenwelt" (Kurz) ist in der fundamentalen Wertkritik aus Nürnberg überhaupt kein Platz mehr, weil sie sich angeblich noch in der "Warenwelt" selbst auflösen. (ebenda S.24) Ein Blick in die bürgerliche Realität bestätigt uns hingegen sehr rasch unser angeblich "arbeiterbewegungsmarxistisches" Vorurteil, daß das Kapital ein Produktionsverhältnis ist, daß auf Kommando über und somit Aneignung von fremder Arbeit beruht.

Nehmen wir als abschließendes Beispiel zu diesem Komplex die ständig sich in einem beliebigen Einzelkapital vollziehende Rationalisierung. Der Motor der Selbstzweckmaschine gerät ins Stocken, womit sich die Selbstbewegung des Geldes als Trugschluss erweist. Die bloße Abstraktion entläßt ihre Monaden in den Alltag. Die "Instandhalter" machen sich ans Werk. Der normale wenig abstrakte Vorgang sieht wie folgt aus:

Im Management des Unternehmens wird Bilanz gezogen und die "Miesen" werden zum Ausgangspunkt aller Überlegungen und allen Handelns. Zunächst werden "Rationalisierungsfachleute" benötigt und auf die Probleme angesetzt. Diese Fachleute gibt es zum einen in jeder Arbeitsvorbereitung oder in besonderen Abteilungen, die der Geschäftsführung in "Stabsfunktion" zugeordnet sind. Sollte beides nicht ausreichen, werden auswärtige spezialisierte Unternehmen herbeigeholt. Aufgabe dieser Fachleute ist es, ausfindig zu machen, wo Kosten eingespart werden können. Auf Grundlage entsprechender Analysen werden dem Management Vorschläge unterbreitet, worüber dieses dann zu entscheiden hat. Sind im Management die Entscheidungen gefallen, werden sie an die in "Linienfunktion" untergeordneten Stellen weitergegeben, die wiederum für deren Umsetzung zu sorgen haben. Die Masse der lohnabhängig "Beschäftigten" ist von a bis z Objekt sowohl aller Planungen als auch deren Umsetzung. (Mit der Installierung von Teamarbeit soll neuerdings versucht werden, daß sich die Lohnabhängigen selbst einschalten, um sich sozusagen selbst wegzurationalisieren. Ob das auf Dauer dem Kapital die gewünschten "Früchte" einfährt muss sich noch zeigen. Der "Kooperative Führungsstil" (Führung durch Zielvorgabe, Harzburger Modell) jedenfalls weist in gewisser Weise schon wieder selbst über das Kapitalverhältnis hinaus. Die damit verbundenen "Flausen" der Gleichheit unter den Bedingungen der Verwertung von Wert haben sich schon heute als solche blamiert.)

Sind die Entscheidungen getroffen und umgesetzt, dann kann es mit der angeblichen "Selbst-

bewegung des Geldes" vielleicht wieder funktionieren und das Unternehmen aus den roten Zahlen gelangen.

Dies alles mag dem Kundigen als Banalität erscheinen, muss aber doch gegenüber der fundamentalen Wertkritik ausgeführt werden, um unter dem Trommelfeuer Nürnberger Abstraktion überhaupt wieder einen Zugang zur sozialen Realität des Kapitalismus zu finden, die hinter dem Rauchvorhang "abstrakter betriebswirtschaftlicher Vernutzung von Mensch und Natur" verschwunden ist. Dies auch deshalb, weil das erlittene Kommando über ihre Arbeitskraft zum ständigen Ausgangspunkt für soziale Querelen aller Art wird, mögen sie auch noch so nichtig sein. Das Verlangen nach sozialer Emanzipation beginnt nicht jenseits dieser Verhältnisse und der dadurch entzündeten Auseinandersetzung, sondern mitten drin oder gar nicht. Der Anspruch auf sie kann sich nur innerhalb der realen sozialen Auseinandersetzung Geltung verschaffen.

Um Missverständnissen noch einmal vor- und nachzubeugen, sei hier jedoch ausdrücklich betont, daß es sich bei den oben aufgezeigten Akteuren um Personifikationen des Kapitals handelt. Sie handeln in ihrer Funktion, was nichts mit persönlicher Willkür zu tun hat. Auch das Streben nach persönlicher Bereicherung ist nichts anderes als Ausfluss der "rastlosen Bewegung des Gewinns". Die Kritik an der Herrschaft von Menschen über Menschen, wie sie sich im Kapitalverhältnis darstellt, muss zugespitzt werden auf die Versachlichung der Personen und nicht auf deren scheinbare Willkür. Die Personen selbst sind beliebig austauschbar. Es handelt sich nicht um persönliche Herrschaftsverhältnisse, sondern um verdinglichte Herrschaftsverhältnisse. Die Personen können sich dem nicht durch freie Entscheidung entziehen, es sei denn als Aussteiger. Das Management kann und muss sein Kommando über fremde Arbeit nur ausüben als Sachwalter eines gesellschaftlichen Verhältnisses, das sich auch als eine Personifikation von Sachen darstellt, der es selbst unterworfen ist. Ist der Verwertung von Wert also einerseits schon immer ein bestimmtes "gesellschaftliches Produktionsverhältnis von Personen" vorausgesetzt, so reproduziert sich dieses Verhältnis in der dadurch erzeugten Verdinglichung, als äußerer Zwang, der die Gültigkeit eines Naturgesetzes zu haben scheint. Kapitalverhältnis und Demokratie scheinen in ihrer "Rollenzuweisung", ihrer "Delegation" von Macht zur Herrschaftsausübung von Menschen über Menschen Ausdruck von Gesellschaft schlechthin zu sein. Gesellschaftliche Reproduktion ohne vertragsmäßige oder "wählerische" Abtretung von Selbstbestimmung scheint funktional unmöglich. Der Zwang zu dieser "freiwilligen" Abtretung erscheint als Natureigenschaft, die den Dingen selbst anhaftet, während die Menschen dem in ihren konkreten Unter- und Überordnungen nur folgen oder Rechnung tragen. Dies alles jedoch eher verwickelte und komplizierte Verhältnisse, zu denen die fundamentale Wertkritik nicht vorstößt, allenfalls Anlass zu ihrer Erörterung gibt.

Personifikationen des Kapitals heute

So wie das Kapital sich "gleichgültig gegen die Besonderheit jeder Produktionssphäre", gleichgültig gegen "den besonderen Charakter des Arbeitsprozesses, den es sich aneignet" verhält, so unterstellt es "dieselbe Flüssigkeit oder Variabilität in der Arbeit, also in der Anwendungsfähigkeit des Arbeitsvermögens durch den Arbeiter ..."

Über alle ständischen Schranken hinweg wird die Lohnarbeit zur Arbeitskraftverausgabung, gleichgültig gegen über ihren besonderen Inhalt. Der "Kapitalist" verschwindet nicht, sondern ihm widerfährt das gleiche. An Stelle der stahlproduzierenden Krupps, Thyssens und wie sie alle heißen, die mit Ihrem persönlichen Eigentum und ihrer speziellen Produktion ein Leben

lang verheiratet sind, treten die modernen Manager, die heute bei VW Autoproduktion managen, morgen bei Bertelsmann Medienproduktion und übermorgen im Parlament Politik. Der Gleichgültigkeit der LohnarbeiterInnen gegenüber der besonderen Art ihrer Tätigkeit entspricht die Gleichgültigkeit der Manager (Funktionäre des Kapitals) gegenüber ihrer besonderen Tätigkeit. Beides entspricht nur der Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber einem besonderen Arbeitsprozess, den es sich aneignet. Was sich auf Seiten der LohnarbeiterInnen als Tendenz Geltung verschafft ist im Management schon längst ausgereifte Wirklichkeit.

Mit einer Einebnung der Klassenschranken durch die Gleichsetzung zu "abstrakten Geldmonaden" hat das alles nichts zu tun. Die Klassenschranken sind so unüberwindlich wie eh und je. Im Gegenteil, der Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital wird erst jetzt in Reinheit entwickelt. Das "abstrakte bürgerliche Individuum" bedeutet nicht die Überwindung des kapitalistischen Klassengegensatzes, sondern dieser erfährt erst dort und dann seinen klarsten Ausdruck, wo dieses Individuum durch die gesellschaftliche Entwicklung erzeugt ist.

Es versteht sich von selbst, daß die Revenue der Manager sich aus dem Profit speist, aus der unbezahlten Mehrarbeit, und nur ganz oberflächlich betrachtet etwas mit der Revenue der Lohnabhängigen (Lohn - notwendige Arbeit) zu tun hat. Beides ist Geld. Das eine jedoch Preis, Wert der Ware Arbeitskraft, die jede Bereicherung ausschließt, das andere Anteil am Profit, was Bereicherung nicht nur einschließt, sondern wesentlich ausmacht. Ein Blick in die Realität bestätigt uns auch dieses "Vorurteil" des "Arbeiterbewegungsmarxismus". Sein Versagen hat denn auch weniger etwas mit der Vorstellung des erfahrenen Klassengegensatzes zu tun, als mit dessen eher "arbeiterständischer" Interpretation, einschließlich der entsprechenden Lösungsversuche. Der "Arbeiterbewegungsmarxismus" hatte als revolutionäres Subjekt weniger den gegenüber seiner Tätigkeit gleichgültigen, aber eben auch schon vielseitigen Lohnabhängigen, der durch die Verhältnisse selbst dazu getrieben wird, sich seine eigene allgemeine Produktivkraft anzueignen, vor Augen, als den auf sein "Tagewerk" stolzen Stahlarbeiter, Automobilwerker (Opelner, Kruppianer) etc. Den Gegensatz zum Kapital sah dieses eher ständische Bewusstsein verwirklicht im "Mann der Faust", sei er nun Facharbeiter oder unqualifizierter, angelernter Arbeiter. Der Klassenstandpunkt sah sich selbst schon in Frage gestellt allein durch die Existenz von "Angestellten" oder KopfarbeiterInnen. Das alles passte bereits nicht ins rechte Bild und führte zu ständigen Irritationen, denen mit einem ebenso dogmatischen wie sektiererischen "Proletkult" begegnet wurde. Mit der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung selbst löst sich dieser "Klassenstandpunkt" auf, weil die ständischen Bezugspunkte verschwinden. Dies erreicht heute auch die Gewerkschaften. Der ständische "Proletkult" muss sich in religiös anmutende Sekten zurückziehen um überhaupt noch eine Weile am Leben zu bleiben.

Der Springpunkt der Kritik der Politischen Ökonomie und die "Selbstzweckmaschinen" fundamentaler Wertkritik

Während die klassische Politische Ökonomie die abstrakte Reichtumsproduktion als Fortschritt bejubelte, zeigt Kurz nun deren Sinnlosigkeit und Zynismus auf. Wir sind alle Produzenten und Konsumenten, Brüder und Schwestern in Ware und Geld. Schauen wir das etwas genauer an.

"Der Wert erscheint hier in der vorher noch nie zum Produktionsverhältnis erhobenen Gestalt des Mehrwerts keineswegs bloß als gesellschaftlich vermittelnde Form der sinnlichen Gebrauchswerte, sondern bezieht sich im Gegenteil tautologisch auf sich selbst: Der Fetischismus ist selbstreflexiv geworden und

konstituiert dadurch die abstrakte Arbeit als Selbstzweckmaschine. Er 'erlischt' jetzt nicht mehr im Gebrauchswert, sondern stellt sich dar als Selbstbewegung des Geldes, als Verwandlung eines Quantum toter und abstrakter Arbeit in ein anderes, größeres Quantum toter und abstrakter Arbeit (Mehrwert) und somit als tautologische Reproduktionsbewegung und Selbstreflexion des Geldes, das erst in dieser Form Kapital und also modern wird. In diesem Dasein des Geldes als Kapital aber wird die Verausgabung von Arbeit aus dem Kontext der sinnlichen Gebrauchswertschöpfung herausgelöst und in jenen abstrakten Selbstzweck verwandelt. Lebendige Arbeit erscheint nur noch als Ausdruck der verselbständigten toten Arbeit, das konkrete, sinnliche Produkt somit nur noch als Ausdruck der Geldabstraktion...Sinnliche Bedürfnisse können also nur noch befriedigt werden durch die unsinnliche Produktion von Mehrwert, die sich als abstrakte betriebswirtschaftliche Gewinnproduktion bewusstlos durchsetzt...Der gesamte gesellschaftliche und individuelle Lebensprozess wird damit der fürchterlichen Banalität des Geldes und seiner tautologischen Selbstbewegung unterworfen..." S.18,19

Dies ist eine der ganz wenigen Stellen, wo überhaupt das Wort "Produktionsverhältnisse" auftaucht, wenn auch in einer "unbegriffenen" Form nämlich als Phrase, die sich unter unseren Augen ins nichts auflöst. Wert kann als Produktionsverhältnis entziffert werden (unabhängig voneinander betriebene Privatarbeiten in gesellschaftlicher Arbeitsteilung), ebenso Verwertung von Wert (Ergänzung des Wertverhältnisses durch Trennung von Arbeit und Eigentum), was aber der Mehrwert für ein Produktionsverhältnis sein soll, das bleibt das Geheimnis von Kurz.

Bei Marx ist die Form in der das Kapital zirkuliert (G-W-G') sozusagen der Einstieg in Problematik des Kapitals und zugleich sein abstraktester und allgemeinsten Ausdruck. Die Kurzschon Überlegungen enden hier. Während die Kritik der Politischen Ökonomie sich daran abgearbeitet hat, wie aus G ein G' werden kann, was denn eigentlich passiert wenn Geld sich in Ware verwandelt, bleibt Kurz bei mehr oder weniger klugem Rasonnement über die Selbstreflexion des Geldes stehen.

Der Autor meint offenbar mit dem Hinweis auf die Tautologie der gesellschaftlichen Bewegung einen besonders klärenden und kritischen Beitrag geliefert zu haben. Der Hinweis auf diese Tautologie ist jedoch nichtssagend, wenn nicht falsch oder in die Irre führend. Tatsächlich waren alle bisherigen Gesellschaftsformationen tautologisch in dem Sinne, das sie reproduktiv waren, sich also mit mehr oder weniger großen Veränderungen als solche erhielten. Ebenso offenkundig ist die Tatsache, daß sich innerhalb dieser Gesellschaften Veränderungen abspielten, die letztlich zur Auflösung des "gesellschaftlichen Formzusammenhangs" führten und ein neuer an die Stelle des alten trat. Diese ganz und gar nicht tautologischen Bewegungen spielen sich im Inneren der bürgerlichen Gesellschaft mit atemberaubendem Tempo ab. Unterhalb der "Gürtellinie" der Selbstreflexivität des Geldes liegt die Zone der "Erregung", der unausgesetzten Revolutionierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich in ständigen "Wertrevolutionen"(Marx) Geltung verschafft. Das Kapital kann sich erfolgreich nur verwerten durch die Entfaltung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit. Es reproduziert sich in dem beständigen Widerspruch einer Tendenz zu absoluter Produktivkraftentwicklung und dem Versuch, den bereits vorhanden Kapitalwert zu erhalten. (vergl. Kapital Bd.3 S.259,260)

Der real wirksame, die Dynamik des Kapitals erzeugende Widerspruch ist gerade der zwischen Wert und Gebrauchswert.

Wenn das "moderne warenproduzierende System" seinem Wesen nach tautologisch ist, die abstrakte Arbeit eine Selbstzweckmaschine, dann schließt das Wesen dieses Systems logisch seine Selbstaufhebung aus. Das Kapital ähnelte so eher jenen alten Gemeinwesen, die sich in Subsistenzproduktion auf stets gleicher Stufe reproduzierten. Da Kurz "Zusammenbruchstheo-

retiker" ist weiß er sich zu helfen, indem eine zweite Maschine ihr Werk beginnt, nämlich die "Konkurrenzmaschine". Auf diese ist gleich noch näher einzugehen.

Die von Kurz immer wieder betonte Gleichgültigkeit des die Gesellschaft beherrschenden Wertes gegenüber dem Gebrauchswert stimmt eben nur im Kontext der These von "der tautologischen Selbstbewegung des Geldes". Sie stimmt außerdem insofern, als der unmittelbare Zweck kapitalistischer Produktion nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, der Genuss ist, sondern die Verwertung. Wenn des Geld zum Kapital wird, hört es aber auf ein handgreifliches Ding zu sein, ist schon gar nicht die "letzte ...Gestalt des Mehrwerts" S.83.

Geld ist gerade nicht Kapital in seinem Dasein "als letztendliche Inkarnationsgestalt", "nicht mehr in seiner besonderen Substanz und daher ausgeschlossen von anderen Substanzen der Tauschwerte..., sondern in allen Substanzen, den Tauschwerten jeder Form und Daseinsweise.." (Grundrisse S.205) Es gibt keine Selbstbewegung des Geldes!

"Die Arbeit ist das Ferment, das in es geworfen wird, es nun zur Gärung bringt." ebenda S.206

Weil das Kapital die "rastlose Bewegung des Gewinnens" ist der "abstrakte Reichtum in seiner letzten Inkarnationsgestalt" (S.82) ein flüchtiges Durchgangsstadium. Jedes G' also jeder Mehrwert muss sich sofort wieder in Ware verwandeln, sonst hört es auf Kapital zu sein (abgesehen von der Schatzbildung als Voraussetzung weiterer Akkumulation). Sich in Ware verwandeln, das heißt aber auch sich in Gebrauchswert für Kapitalproduktion zu verwandeln. Kapitalproduktion ist die konkrete Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozess, der wir mit der Formel des "abstrakten Vernutzungsprozesses lebendiger Arbeit" nicht beikommen können. Weil kurz keinen Begriff davon hat, was der Gebrauchswert für das Kapital bedeutet, geht er noch einen Schritt weiter:

"Die abstrakte Vernutzung menschlicher Arbeitskraft wendet dieselbe Abstraktion gegen die dabei benutzten Naturstoffe." S. 235

Damit ist die Konfusion schon einigermaßen komplett und über die Quelle des Mehrwerts haben sich undurchdringliche Nebelschwaden gelegt. Einen Unterschied zwischen Vernutzung menschlicher Arbeitskraft und benutztem Naturstoff im Produktionsprozess selbst kann der Autor nicht mehr ausfindig machen. Jedenfalls keinen, der irgend etwas mit gesellschaftlichen Formbestimmungen zu tun hätte.

Natürlich kann dieser Unterschied der gesellschaftlichen Formbestimmung unberücksichtigt bleiben, wenn der Produktionsprozess hinter der Phrase der "abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzung" untertaucht und der Mehrwert eher ein "äußerlich aufgesetzter" ist. Wichtig wird dieser Unterschied jedoch, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß diese Gebrauchswerte zur Kapitalproduktion zugleich als Werte (konstantes und variables Kapital) in den Produktionsprozess eingehen und daß wir ohne Berücksichtigung dieses feinen Unterschiedes nichts gescheites über die Herkunft des Mehrwertes erfahren können.

Da Kurz jedenfalls von Ausbeutung nichts wissen will und diesen Begriff allenfalls naserümpfend in Anführungszeichen setzt, sich nirgendwo über notwendige Arbeit und Mehrarbeit äußert und keine Zeile über die Besonderheiten der Ware Arbeitskraft und ihres Austausches mit dem Kapital verliert, bleibt der Mehrwert bei ihm ein aufgesetztes Mysterium. Wenn er vom Zweck der kapitalistischen Produktion spricht, so meint er "Verwandlung der Arbeit in Geld (Lohn und Profit)" (S.101) Ob Arbeitskraft oder Naturstoff, beides wird abstrakt vernutzt, ob Lohn oder Profit- beides ist Geld und damit Zweck kapitalistischer Produktion. Ist es wirk-

lich ein Fortschritt in der Kritik der Politischen Ökonomie, wenn hier mit einem unvergleichlichen Abstraktionshobel alle Formunterschiede eingeebnet werden? Mir Jagt das eher eine Gänsehaut über den Rücken.

Sowenig wie es eine Selbstbewegung des Geldes gibt, sowenig ist die Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft Selbstzweck. Als Gebrauchswert für das Kapital ist sie vielmehr Mittel zum Zweck. Damit das Kurz buchstäblich jede Formbestimmung auf abstrakte Arbeit zurückgeführt hat, hat er zugleich alle Formunterschiede in ihrer Bestimmtheit ausgelöscht und am Ende bleiben nur gleichgeschaltete Ware-Geld-Subjekte, Geldmonaden der Arbeitsselbstzweckmaschine gegenübergestellt. Innerhalb der bürgerlichen Formhülle lösen sich scheinbar alle Unterschiede auf. Wir versinken im Reich der abstrakten Arbeit, daß ebenso sinnlos, wie eingeebnet ist.

Bei seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft geht Kurz von der "modernen Ware" als konstituierender Größe aus, aber nicht vom Doppelcharakter der Ware (Gebrauchswert-Wert) und dem Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit (konkret nützliche-abstrakte Arbeit). Er verlässt den "Springpunkt der Kritik der Politischen Ökonomie" (Marx) - der nichts mit "Arbeiterbewegungsmarxismus" zu tun hat - sondern kehrt in gewisser Weise wieder zum Ausgangspunkt der klassischen Nationalökonomie zurück, der Arbeit schlechthin oder der abstrakten Arbeit. Für ihn ist "die Verausgabung von Arbeit aus dem Kontext der sinnlichen Gebrauchswertschöpfung herausgelöst" und, wie wir eingangs schon hörten, "nur noch wertproduktiv". Von konkret nützlicher Arbeit, die sich in Gebrauchswerten darstellt und darstellen muss ist hier überhaupt nicht mehr die Rede. Im Kontext der Kapitalreproduktion spielt für Kurz der Gebrauchswert, gerade in seinen spezifischen Formbestimmung jedenfalls keine Rolle. Bei Kurz begegnen wir dem Gebrauchswert erst wieder im Kontext der Wiederentdeckung der "Mitglieder" der Gesellschaft als "Produzenten" und "Konsumenten".

"Der Drang und das Interesse des Warenproduzenten, seinen Ausstoß möglichst ohne Rücksicht auf den jeweiligen Gebrauchswert zu erhöhen, wird durch die Marktkonkurrenz konterkariert und zwingt ihn zu einer gewissen Berücksichtigung auf den jeweiligen Gebrauchswert für den Konsumenten, den er diesen offerieren und präsentieren will." S.103/104

Hier ist unser "Vollender" der Kritik der Politischen Ökonomie nun vollends dem Diskurs der vermaledeiten Linken aufgesessen. Gebrauchswert ist immer gleich "Gebrauchswert für den Konsumenten". Wohingegen die "Furien der Abstraktion" schon in der "vormodernen Warenproduktion" schlummern. Aus der Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber einem besonderen Gebrauchswert, wird das "Interesse des Warenproduzenten, seinen Ausstoß möglichst ohne Rücksicht auf den jeweiligen stofflichen Gebrauchswert zu erhöhen".

Den Gebrauchswert für das Kapital lässt Kurz gänzlich unerwähnt. Es erscheint einfach nur gleichgültig in Anbetracht der erreichten Abstraktionen. Das verquere an dieser ganzen Betrachtungsweise liegt nun nicht an der Thematisierung des Gebrauchswertes im Kontext der Interessen und Bedürfnisse der Konsumenten, sondern

- darin, daß uns hier das erste und einzige Mal systematisch die Interessen von Menschen vorgeführt werden, die ansonsten einfach der Selbstbewegung des Geldes folgen und
- darin, daß der Gebrauchswert in der ganzen Schrift nur in diesem Zusammenhang erscheint und nirgendwo als Gebrauchswert für das Kapital und der ihm angemessenen Formbestimmung.

In der gesamten Schrift ist nirgendwo die Rede von der Einhaltung bestimmter Gebrauchswertproportionen für die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, schon gar nicht von dem Gebrauchswert der Arbeit für das Kapital, in seiner Form als "aller Objektivität entblößtes" menschliches Arbeitsvermögen. Tatsächlich kann das Kapital seinen "Ausstoß" nur erhöhen, wenn es auf dem Markt die für seine erweiterte Reproduktion benötigten stofflichen Gebrauchswerte in angemessener Qualität und Menge (Proportion) vorfindet. Dazu gehören eben bestimmte Produktionsmittel (Maschinen, Rohstoffe etc.) die dann als Werte (fixes und zirkulierendes = konstantes Kapital) ihrer Verwertung in der Produktion zugeführt werden. Sie können ihren Wert nur erhalten, indem er auf das neue Produkt übertragen wird. Dieser Prozess der Wertübertragung vollzieht sich während des Arbeitsprozesse zugleich mit der Produktion eines neuen Mehrwerts. Neben den Produktionsmitteln aller Art muss das Kapital also die Ware Arbeitskraft in genügend großer Zahl vorfinden. Auch die Ware Arbeitskraft geht nun als Wert (variables Kapital) in den Produktionsprozess ein. Sein Gebrauchswert fürs Kapital ist das entscheidende Ferment, um den Mehrwert erzeugenden Gärungsprozess (Produktion) in Gang zu setzen. Erst jetzt kommt die "Berücksichtigung des Gebrauchswertes für den Konsumenten" in Betracht. Damit die Lohnabhängigen sich als Mehrwertproduzenten reproduzieren können, müssen auch sie Lebensmittel in ausreichenden Mengen auf dem Markt vorfinden. Weil das Kapital weit davon entfernt ist, die Selbstbewegung des Geldes zu sein, muss bei seiner Reproduktion der Gebrauchswert Berücksichtigung finden. Die für die Kapitalreproduktion benötigten Gebrauchswerte werden dabei nicht bewusst geplant, sondern die Berücksichtigung des Gebrauchswertes verschafft sich Geltung über die wechselseitige Nachfrage. Bei dieser Nachfrage geht es aber nicht allein und nicht vorrangig um die Nachfrage, die Kurz im Auge hat, nämlich jene Lebens- und Genussmitteln für die Konsumenten, sondern um die Nachfrage insgesamt und vor allem um die nach Produktionsmitteln aller Art, also um die wechselseitige Nachfrage der "Produzenten" untereinander nach den Mitteln für "produktive Konsumtion".

Da Kurz den wirklichen Produktionsprozess von Kapital keiner Betrachtung für Wert hält kann er auch, wo er reproduktive Zusammenhänge anspricht, nur bei der "formellen Manier der Darstellung" bleiben indem er sich in der Zirkulationssphäre (Markt) herumtreibt. Es gelingt ihm auch nicht an einem Punkt die dem Kapital immanenten Gesetze herauszuarbeiten. Die Berücksichtigung des Gebrauchswertes resultiert nicht aus den Notwendigkeiten der Kapitalreproduktion, sondern wegen der Interessen und Wünsche der Konsumenten. die von vornherein notwendige Berücksichtigung des Gebrauchswertes in der kapitalistischen Reproduktion setzt sich nicht vermittelt über die Konkurrenz durch, sondern die Konkurrenz selbst erst erklärt die Berücksichtigung des Gebrauchswertes. Im Kontext seines wertfundamentalistischen Rundumschlags gegen den realen Sozialismus lässt uns Kurz also weiter wissen:

"Da mit dem Wegfallen des Konkurrenzprinzips in den ökonomischen Binnenbeziehungen auch der objektive Zwang zur Einhaltung von Gebrauchswertkriterien wegfällt, muss an die Produzenten entsinnlicher 'Arbeitsgalerten' in sich ewig wiederholenden Kampagnen mit Zuckerbrot und Peitsche appelliert werden, sie sollten sich doch sinnlich zu ihrer Produktion verhalten; den fetischkonstituierten Geldmonaden muss permanent mit der Sonntagspredigt des gesunden Menschenverstands gekommen werden...Tatsächlich sind die Sanktionsmöglichkeiten der subjektiven, bürokratische Kontrolle von Bedarf und Gebrauchswert begrenzt und kaum erst zu nehmen. Das subjektlose "Zwangsgesetz der Konkurrenz" vollstreckt unverzüglich in Form des drohenden Bankrotts," S. 105

Der objektive Zwang zur Einhaltung von Gebrauchswertkriterien fällt keinesfalls mit dem Wegfallen des "Konkurrenzprinzips". Es stellt sich nur die Frage, wie er sich ohne Konkurrenz

Geltung verschaffen soll. Der objektive Zwang zur Einhaltung dieser Kriterien ist der Konkurrenz immer schon vorausgesetzt. Dies gilt im übrigen für jede Gesellschaftsformation, so sich denn innerhalb der Form tatsächlich Gesellschaft reproduziert.

"Die "Konkurrenzmaschine" – eine Allzweckwaffe

Kommen wir nun etwas ausführlicher zur zweiten Kurzschen Maschine, der "Konkurrenzmaschine", um unseren Maschinenpark in der abstrakten Welt der "betriebswirtschaftlichen Verwertung" der "Selbstbewegung des Geldes" komplett zu machen. Wir werden dann endgültig sehen, wohin uns die angebliche Weiterentwicklung der Kritik der politischen Ökonomie führt, wenn die Fetischismuskritik nicht der Kritik veränderbarer und zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse dient, sondern an deren Stelle tritt. In der Konsequenz nämlich landen wir wieder bei der Begriffslosigkeit der Politischen Ökonomie, was aber nur ins linke Bild passt.

Wie bereits erwähnt, lässt die Tautologie von Selbstzweckmaschinen eigentlich logisch-begrifflich keine Dynamik zu, die über sich selbst hinausweist. Kurz investiert deshalb in die "Konkurrenzmaschine", um so seine "Selbstzweckmaschine der abstrakten Arbeitskraft- und Naturverwertung", so in Schwung zu bringen, daß sie selbst wiederum zum Stillstand kommt.

Das Geld als "die Inkarnation abstrakter Arbeit schlechthin" (S.81) - wieder so eine Tautologie, denn abstrakte Arbeit schlechthin ist Arbeit schlechthin schlechthin - ist "gänzlich entkoppelt vom konkreten Produktionsinhalt."

"Da nun der Endzweck der ganzen Veranstaltung nicht mehr die Vermittlung konkreter Güter ist (wann ist sie das je gewesen???? Es geht um Vermittlung gesellschaftlicher Reproduktion R.S.) sondern die Verwandlung von Geld in (mehr) Geld tritt eine eigentümliche Spannung und Inkongruenz auf zwischen der Produktion des Mehrwerts und seiner Realisierung in der Zirkulationssphäre. Als Geldmasse ist der abstrakte Reichtum in seiner letzten Inkarnationsgestalt schon unmittelbar gesamtgesellschaftlich, und somit auch der Mehrwert. Als seine erst transitorische Darstellungsform in Gestalt der konkreten Produkte ist er hingegen noch partikular, ungesellschaftlich, noch 'unvollendet'.

Aus dieser Spannung zwischen den verschiedenen Aggregatzuständen des Mehrwerts aber erwächst die Konkurrenz als der Kampf der betriebswirtschaftlichen Partikulareinheiten um die Realisierung des Mehrwerts." S. 82

"Eigentümliche Spannung", unvollendet? Das hört sich geheimnisvoll an! Wieso aber ist der Mehrwert, der doch auch in der unvollendeten partikularen Gestalt der Produkte steckt, in Form der Geldmasse schon "unmittelbar gesamtgesellschaftlich"? Auch die Geldmasse ist schließlich nie auf einem Haufen sondern ist immer nur "partikular", in der Hand der verschiedenen Besitzer vorhanden. Es gibt weder eine "unmittelbar gesamtgesellschaftliche" Daseinsweise des Mehrwerts noch des Kapitals (gesellschaftliches Gesamtkapital). Der Begriff des Werts selbst schließt ja gerade jedes "unmittelbar gesamtgesellschaftliche" Dasein aus. Wie sollte das Geld selbst, das verdinglichter Ausdruck mittelbarer Vergesellschaftung war, plötzlich Form einer unmittelbaren Gesellschaftlichkeit sein? Natürlich geht das nur wenn wir das Geld nicht mehr als Verdinglichung der zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse betrachten, sondern als Inkarnation der "abstrakten Arbeit schlechthin". Doch halten wir uns nicht mit solchen Kleinigkeiten auf und kommen wir lieber schnell zum Kern der Sache.

„Fundamentale Wertkritik“

„Indem die Konkurrenz um die Aneignung des Mehrwerts, d.h. seine Transformation in die Geldform, zur beständigen Steigerung der Produktivität bei Strafe des Untergangs der partikularen Produktionseinheit zwingt, wurde durch diesen gesellschaftlichen Mechanismus, sobald er einmal installiert war, ein beispielloser Schub in Gang gesetzt, eine gewaltige Explosion der Produktivkräfte, die in einem historischen winzigen Zeitraum von knapp zweihundert Jahren mehr gesteigert worden ist als in der gesamten bisherigen Geschichte. Gerade diese Dynamik ist der geheime 'Sinn' der Konkurrenz. In der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie wird dies auch klar benannt.“ S.84

Ach was!?? Möchte man mit Lorient ausrufen! Da springt uns ja der vermeintlich überwundene "Arbeiterbewegungsmarxismus" und mit ihm die ganze klassische Nationalökonomie geradewegs ins Gesicht. Um dies im Einzelnen zu beweisen, müsste ich allerdings Varga, Hilferding Ricardo, Smith und wie die ganzen Kanonen alle heißen ausführlich zitieren. Ich vertraue notwithstanding auf die Kundigkeit der Leserinnen und wende mich dem Inhalt dieser Aussagen zu.

Zunächst die "Konkurrenz um die Aneignung des Mehrwerts" ist nicht identisch mit "seiner Transformation in Geldform". Zumindest im Kontext der Kritik der Politischen Ökonomie bewirkt diese Konkurrenz eine der Größe der Kapitalien entsprechende Verteilung der Mehrwertmasse. Es handelt sich dabei nicht um das Problem der "Transformation von Mehrwert in Geld", sondern um das Problem der Transformation von Werten in Produktionspreise. (Wie R. Kurz dieses Problem an anderer Stelle "löst" ist wieder eine eigene Schrift wert, zumal er besonders die durch Bortkiewicz entzündete Debatte offenbar ebenso wenig zur Kenntnis genommen hat wie die Marxsche Behandlung der Frage selbst.) Der fundamentalen Wertkritik ist aber bekanntlich schon der Begriff der Mehrwertmasse ein Gräueltum, vielmehr noch alle Fragen, die mit deren Verteilung zusammenhängen. Das alles hat für sie dem Geruch von "Arbeiterbewegungsmarxismus" weil für sie jede Behandlung der Verteilung des Mehrwerts gleichbedeutend ist mit dem Versuch, daran teilzunehmen. Und das wäre eh bürgerlich. Im folgenden geht es mir nur darum aufzuzeigen, daß Kurz, weil er den Kapitalbegriff und seine immanente Logik nicht folgerichtig entwickelt, alle Probleme und Verheißungen dieser Welt, soweit sie nicht unmittelbar den "fetischistischen Selbstzweck" berühren, auf die Konkurrenz zurückführt.

"Denn die Konkurrenz raubt den Menschen jede Ruhe, aber sie diskreditiert auch Starre und Borniertheit auf niedrigem Niveau; sie zerstört massenhaft Existenzen, aber sie macht auch jedes ständische und rohe Existenzverhältnis obsolet; sie schneidet auf immer neuer Stufenleiter Menschenmassen von der Bedürfnisbefriedigung ab, aber sie entwickelt auch auf immer neuer Stufenleiter die Massenbedürfnisse und 'verwohlfleiert' (Marx) bisher dem Luxuskonsum der wenigen vorbehalten Güter; sie entmenscht die Menschen und macht sie zu bloßen Charaktermasken des Geldes, aber sie vermenschlicht sie gleichzeitig zu (vorerst abstrakten, bedingten konstituierten) Subjekten, ...

Vor allen aber: die Konkurrenz zwingt und peitscht die Menschen in die abstrakte Verausgabung ihrer Arbeitskraft hinein, aber sie ist gleichzeitig das dynamisch Prinzip, das tendenziell die 'Arbeit' aufhebt und obsolet macht, durch ihren ändern ebenso unerbittlichen Zwang zu immer neuen Produktivitäts- und Verwissenschaftlichungsschüben...Marx hat das positive Moment der Konkurrenz nie erkannt und als 'zivilisatorische Mission des Kapitals' bezeichnet." S.85, 86

Jeden morgen höre ich sie knallen, ich meine die Peitsche der Konkurrenz. Allein mir geht es wie vielen anderen: es kostet mich nicht einmal ein müdes Arschrunzeln!... wenn da nicht die Eigentumslosigkeit wäre!. Doch Scherz beiseite! Weil Kurz Ware und Geld schon mit Kapital gleichsetzt, diese allenfalls als "modern" etikettiert, wird sowohl der "stumme Zwang der Verhältnisse" wie auch die zivilisatorische Seite des Kapitals mit der Konkurrenz identifiziert. In-

der Tat ergibt sich die Konkurrenz schon aus der Tatsache von "unabhängig voneinander verausgabten Privatarbeiten" also auf der Ebene der Warenproduktion schlechthin. Konkurrenz von Warenproduzenten hat es auch schon in vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen überall da gegeben, wo Märkte sich breit machten (vergleiche dazu Braudel Bd.2 "Der Handel") ohne die Menschen in die "abstrakte Verausgabung ihrer Arbeitskraft" hineinzupeitschen und ohne den "unerbittlichen Zwang zu immer neuen Produktivitäts- und Verwissenschaftlichungsschüben" zu erzeugen. Diese Warenproduktion, einschließlich der durch sie erzeugten Konkurrenz konnte sich nicht einmal verallgemeinern. Dies deutet schon darauf hin, daß die Konkurrenz ein Verhältnis ist, daß dem Kapital wohl vorausgesetzt ist, aber keinesfalls mit ihm identisch. Insofern das Kapital Wert ist, nämlich sich selbst verwertender Wert, ist die Konkurrenz die ihm angemessene Form seiner Bewegung, in der sich auf sich selbst als Kapital bezieht. (Marx). Für das Einzelkapital ist es äußeres Zwangsgesetz, sich seinem Wesen gemäß als Kapital zu verhalten. Mit Bezug auf das gesellschaftliche Gesamtkapital und dessen Bewegung vermag uns die Konkurrenz schon gar nichts mehr zu erklären, sondern sie muss selbst erklärt werden. Angetreten mit dem heren Anspruch der radikalen theoretischen Kritik, reiht sich Kurz nunmehr ein in "Begriffslosigkeit der Politischen Ökonomen"(Marx).

Sowohl der stumme Zwang "zur Verausgabung der Arbeitskraft", wie auch der "unerbittliche Zwang zu immer neuen Produktivitäts- und Verwissenschaftlichungsschüben" hat vorerst nichts mit der Konkurrenz zu tun. Beides ergibt sich aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis selbst. Was sich einerseits als Schranke des Eigentums darstellt ist auf der anderen Seite die Schranke der absoluten Produktion von Mehrwert. Wie sich die Freiheit und Gleichheit des Individuums am Eigentum in der bürgerlichen Gesellschaft bricht, so das Kapital zunächst an den physischen Schranken der ausbeutbaren Arbeitsbevölkerung. Sein zivilisatorisches Werk vollbringt das Kapital erst jenseits absoluter Mehrwertproduktion, indem es zur Produktion des relativen Mehrwerts fortschreitet. Nicht nur das damit die Produktivität der Arbeit entfesselt wird, die Bedürfnisse sich gleichermaßen entwickeln, wie die Mittel zu ihrer Befriedigung, sondern auch damit daß die Arbeit selbst als große Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, tendenziell aufgehoben wird, und damit jedes auf dem Wert beruhende Produktionsverhältnis. Marx hat dies wohlgemerkt als immanentes Gesetz des Kapital logisch entwickelt und dargestellt. Von Konkurrenz war bei ihm in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

Wir sind damit wieder an eine wichtigen Ausgangspunkt unserer Kritik zurückgekehrt, nämlich den Widerspruch von Wert und Gebrauchswert. Weil die Arbeit der Gebrauchswert für das Kapital ist, das Kapital die Bewegung des rastlosen Gewinnens, daß sich dabei an den Grenzen der absoluten Mehrwertproduktion stößt, muss es den Gebrauchswert der Arbeit für sich erhöhen. D.h. mit weniger Arbeitskräften eine größere Masse an unbezahlter Mehrarbeit mobilisieren. Die daraus sich ergebenden Probleme für die Mehrwertproduktion lassen sich erst wieder darstellen im Kontext des tendenziellen Falls der Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. (Deshalb finden wir diese Probleme der Verwertung von Wert erst im dritten Band des Kapitals, und nicht schon im ersten Band im Zusammenhang mit der Akkumulationstheorie.) Um die Schranken der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Kontext des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate darstellen zu können - und hier erst der Platz das zu erörtern, was hier wiederum nicht auszuführen ist - muss zunächst das Zustandekommen der Durchschnittsprofitrate selbst entwickelt werden. Erst damit wären wir bei der Bedeutung der Konkurrenz und ihren Wirkungen. Im ganzen Gewusel von "Basisstrukturen" der Wertvergesellschaftung, die niemals Produktionsverhältnisse, sondern immer gleich Fetischismen sind, kann Kurz aber überhaupt keine wissenschaftliche Logik der Abfolge der

ökonomischen Kategorien und damit der aufsteigenden Fetischismen durchhalten. Die Keimzelle ist immer schon das ganze, d.h. die moderne Ware schon das Kapital. ("... das warenproduzierende System alias Kapital..." S.219) Als "überlegener Kopf" hat man das heute auch nicht mehr nötig. Kurz ähnelt da wiederum ganz den heutigen Akademikern der Sozialwissenschaften. Die "Überflieger" sind überall am Werk, und geben den platten Empirikern ständig Nahrung für den entsprechenden wissenschaftlichen Diskurs. Insofern passt er selbst hervorragend in die "Moderne", was vielleicht eine andere eher negative Erklärung für den Erfolg seines Buches sein könnte.

Das Scheitern des realen Sozialismus und die Krise der Weltökonomie (Gegenthesen)

Was ist nun vor dem Hintergrund dieses wirklich "neuen" Zugangs zur Gesellschaftskritik als Kritik an der Herrschaft der "toten Dinge", der sich durch Rückgriff auf die Erklärungsmuster der klassischen Politischen Ökonomie (abstrakte Arbeit, Konkurrenz) auszeichnet? Kann uns Kurz wirklich eine Erklärung des Zusammenbruchs des Realsozialismus liefern? Und wie verhält es sich mit der Krise der Weltökonomie? Wie ich bis jetzt hoffentlich deutlich machen konnte, geht es mir um einen anderen Zugang zu den gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit. Das beinhaltet eine andere theoretische Methodik der systematischen und sukzessiven Annäherung an die Oberflächenerscheinungen und damit die konkrete Totalität der Wertgesellschaft. (Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten. Logische Abfolge der ökonomischen Kategorien, also der historischen, ökonomischen Formen statt unvermitteltem Zugriff auf das Konkrete mit Hilfe der elementarsten Abstraktionen, Verdinglichungen, Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft) Mit dieser sich von der fundamentalen Wertkritik unterscheidenden Methodik ist aber sogleich an anderer inhaltlich begründeter Ansatz gegeben. (Kritik der zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse der Menschen statt davon losgelöste Kritik der Herrschaft der "toten Dinge") Was die letztlich andere Beantwortung der durch Robert Kurz behandelten Fragen anbetrifft, so muss ich in diesem Artikel die Antwort schuldig bleiben. Erstens und vor allem, weil ich mir den Stoff nicht genügend angeeignet habe und somit von einer angemessenen Darstellung nicht die Rede sein kann und zweitens, weil das außerdem noch den Rahmen dieses Artikels selbstverständlich sprengen würde. Was für mich hier abschließend zu tun bleibt ist also die Formulierung von Gegenteilthesen in Bezug auf die Hauptteilen des Buches von Kurz.

I. Zu den Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus:

Wie bereits eingangs betont, halte ich die Einordnung des Kasernenhofsozialismus in den historischen Prozess der Durchsetzung des Wertgesetzes (Verallgemeinerung von Waren Produktion, Kapitalbildung) für richtig.

Damit wird die Geschichte verständlich, der Zusammenbruch aber noch nicht erklärt. Falsch und oberflächlich wird die Sache bei Kurz, wenn er das Abschalten der "Konkurrenzmaschine" als die entscheidende innere Ursache des Zusammenbruchs vorführt. ("...die mechanische Seele des Konkurrenzprinzips (wurde) heraus operiert" und damit "das Leben innerer Dynamik")

Es handelt sich weniger um das bewusste außer Kraft setzen der Konkurrenz, als darum, daß die durchaus gewollte Konkurrenz ("sozialistischer Wettbewerb") nicht greifen konnte. Nicht die Ausschaltung der "Konkurrenzmaschine" erklärt das Scheitern des "Sozialismus", sondern das nicht funktionieren der gewollten Konkurrenz ist selbst zu erklären aus den zugrundelie-

genden Produktionsverhältnissen, die ebenso gewaltsam durchgesetzt wurden, wie die kapitalistischen des Westens. Im Realsozialismus konnte die Konkurrenz als äußeres Zwangsgesetz den einzelnen Produktionsstätten gegenüber nicht greifen, weil sie ihres sozialen Inhalts beraubt war. In keinem Land des "sozialistischen Lagers" gab es einigermaßen "reine" kapitalistische Produktionsverhältnisse. Dies bezieht sich sowohl auf die Selbständigkeit der Unternehmen gegeneinander als auch auf die Gegenüberstellung von Lohnarbeit und Kapital auf dem Markt. Immer wieder wurde versucht die Konkurrenz in der Form des "sozialistischen Wettbewerbs" anzustacheln. Allein es funktionierte nicht wegen der unveränderten "Basisstrukturen". Produktivitätsentwicklung ermöglicht im Kapitalismus die Produktion von relativem Mehrwert und eröffnet damit seine spezifische Akkumulationsdynamik. Die Umsetzung von Produktivitätsfortschritt in Vergrößerung des (relativen) Mehrwerts indes ist an bestimmte Produktionsverhältnisse gebunden. Dies schließt für das einzelne Kapital ein, die Möglichkeit zur Entlassung überschüssiger Lohnarbeitskräfte. Es schließt ferner ein, autonome Preisgestaltung der gegeneinander unabhängigen Produktionsstätten, um sich gegenseitig auf dem Markt unterbieten und den eigenen Umsatz vergrößern zu können. Warum auch sollte die Produktivität gesteigert werden, wenn man nicht Leute entlassen und die Preise selbst bestimmen konnte? Wie sollte es zu einer freien Bestimmung der Preise durch die einzelnen Unternehmen kommen, entsprechend ihrer Produktivität, wenn sie doch den anderen gegenüber nicht wirklich selbständig waren? Die Unternehmen waren in Staatsbesitz, wodurch die Selbständigkeit gegeneinander aufgehoben war. Die Lohnarbeitskräfte waren sozusagen unkündbar und standen damit nicht wirklich "bar aller Objektivität" (Marx) dem Kapital gegenüber. Die ökonomischen Formen von Ware und Geld konnten damit auch nicht wirklich den gesellschaftlichen Zusammenhang vermitteln, waren nicht Ausdruck des "entfesselten Wertes". Das Kapital als entfesseltes Wertverhältnis ist eben kein "totes Ding", sondern ein "gesellschaftliches Produktionsverhältnis von Personen", daß sowohl auf der "unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeit (sprich Selbständigkeit der Produktionsstätten), als auch auf der Verselbständigung der objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen (sprich wirkliche "freie" und damit auch kündbare Lohnarbeit) beruht. Erst diese wechselseitige Verselbständigung der zusammengehörigen Momente gesellschaftlicher Reproduktion verlangt nach einer "äußeren" Vermittlung durch die Wertdinge (Verdinglichungen, Wertformen). Im "Sozialismus" waren Ware und Geld den Produktionsverhältnissen in Ermangelung von Alternativen (objektive Voraussetzung für unmittelbar vergesellschaftetes kommunistisches Gemeinwesen, Möglichkeit der bewussten Verteilung gesellschaftlicher Arbeit und des dadurch erzeugten Produkts) aufgesetzt. Ware und Geld waren ihrer gesellschaftlichen Substanz und Qualität beraubt, nicht verdinglichter Ausdruck zugrundeliegender Produktionsverhältnisse. Insoweit handelte es sich hierbei im "Sozialismus" tatsächlich um "tote Dinge". An dem Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Wertvergesellschaftung, die sich Geltung verschaffte in immer wiederkehrenden Versuchen, diesen "toten Dingen" Leben einzuhauchen (Ware-Geld-Beziehung entfalten, sozialistischen Wettbewerb entfalten etc.) und dem gewaltsamen Festhalten an damit nicht vereinbaren Produktionsverhältnissen, ist der "Sozialismus" letztlich zugrunde gegangen. Wir haben also nicht das Scheitern des "Sozialismus" aus der bewussten Außerkräftsetzung des "Konkurrenzprinzips" zu erklären, sondern die Unwirksamkeit der Konkurrenz im "Sozialismus" aus dem faktischen Fehlen des Wertverhältnisses, bzw. seiner ungenügend Entwicklung. Den Gesellschaften fehlten alle Voraussetzung für den Kommunismus und trotzdem wurden durch staatliche Gewalt Produktionsverhältnisse installiert, die gemeinschaftliche mit Willen und Bewusstsein betriebene gesellschaftliche Reproduktion sichern sollten. Die Wertform des Arbeits-

produkts war diesen Gesellschaften somit in einem ganzen anderen, als oben beschriebenen Sinne, äußerlich. Das Wertgesetz konnte seine Wirkung nicht entfalten. Es hat sich gezeigt, daß der freie Kapitalismus effektiver akkumuliert als die Zwangsstrukturen des Realsozialismus. Der Zwang zur Akkumulation hat die dem Akkumulationszwang feindlichen Produktionsverhältnisse zermürbt, umso mehr als sich die Länder der Weltmarktkonkurrenz nicht entziehen konnten. Der reale Sozialismus ist nicht daran zugrunde gegangen, daß er die Widersprüche der Warenproduktion auf die Spitze getrieben hat, sondern weil er diese Widersprüche nicht entfesseln konnte. Das Fehlen der inneren Konkurrenz ist nur Ausdruck dieses Dilemmas gewesen nicht seine Ursache.

II. Die Krise der Weltökonomie

Im Kontext der Kritik an der Herrschaft der "toten Dinge" wird weder die wirkliche Ursache mangelhafter gesellschaftlicher Dynamik des Realsozialismus begreifbar, noch die reale Dynamik des Kapitalismus. Unabhängig von den zugrundeliegenden Produktionsverhältnissen sind die Dinge überall gleich tot, ist die wertförmige Vergesellschaftung am Ende. Die ganze Projektion ähnelt auffällig einer Rutsche, auf der sich alles unaufhaltsam in den Abgrund bewegt. Die Bewegungsform ist linear, daß Kapital eigentlich schon am Ende. In der maßlosen Überspitzung der Kurzschen Einschätzung des Zustand der Weltwirtschaft tritt sogleich sein Unverständnis und sein Realitätsverlust zutage. Er läßt uns wissen, daß die "die Formen des warenproduzierenden Systems" zwar weiter bestehen, sie "aber von Monat zu Monat an 'produktiver Substanz'...verlieren" (S.216) Somit ist auch sonnenklar, daß die "alte Welt des Geldverdienens...im Koma" liegt. (S.172) Daß es in diesem Zustands des Komas der eh schon "toten Dinge" überhaupt noch eine Bewegung gibt, nämlich die lineare Abwärtsbewegung, ist schon erstaunlich genug.

Die gesamte Kapitalreproduktion liegt sozusagen auf der Intensivstation und wird nur künstlich durch die bald crashende Spekulation und Kreditvergabe am Leben erhalten. Reales wertproduktives Wirtschaftswachstum gibt da nicht mehr.

Kurz bleibt jedoch jeden Beweis schuldig! Wenn jemand die These aufstellt, daß die produktive Lohnarbeit weltweit "von Monat zu Monat" schwindet, dann ist es nicht mehr mit dem Hinweis auf die ständige Verwissenschaftlichung der Produktion getan und auch nicht mit dem richtigen Hinweis darauf, daß es infolge der sukzessiven Durchsetzung moderner Automationstechnologie und der rapiden Ausbreitung der elektronischen Datenverarbeitung einen qualitativen Sprung in der technischen Zusammensetzung von Kapital gibt, der sich auch in einer veränderten organischen Zusammensetzung ausdrückt. Wollte Kurz ernstgenommen werden, dann müsste er seine Behauptung empirisch verifizieren und nicht schwadronieren. Dazu wiederum müsste er den Begriff der kapitalproduktiven Lohnarbeit zunächst so präzisieren, daß er für eine entsprechende Untersuchung brauchbar würde. Anschließend hieße es fleißig Sozialstatistik betreiben, die ökonomische Entwicklung beobachten, um schließlich einer interessierten Öffentlichkeit die Zahlen zu präsentieren. Die Abstraktionskunst der fundamental wertkritischen Philosophie indes macht dies alles überflüssig. Da fliegen wir mal soeben drüberweg!

Ich kann und will an dieser Stelle nicht den Gegenbeweis zur Kurzschen Behauptung anstellen, sondern sie lediglich mit den nötigen Fragezeichen versehen.

Niemand bestreitet ernsthaft, daß die kapitalistische Weltwirtschaft nach der großen Krise Ende der siebziger, anfang der achtziger Jahre im Verlaufe der achtziger Jahre gewachsen ist. In

einigen Regionen, wie in Südostasien hatten Länder zweistellige Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts. Wie dies alles geschehen sein soll, ohne Zunahme der kapitalproduktiven Lohnarbeit, bleibt das Geheimnis von Robert Kurz. Wohl hat er recht damit, daß die "Schwellenländer" Südasiens der "Schuldenfalle" keineswegs entronnen sind, der Hinweis jedoch auf eine "auf Dauer unhaltbare innere Zerreißprobe", wegen der "einseitig exportorientierten...insular weltmarktfähigen Industriestruktur", der "mangelhaften Fähigkeit dieser High-Tech-Produktionen, genügende Massen von Arbeitskraft anzusaugen" (S. 201,202) besagt nur etwas über die überzyklische Brisanz der Entwicklung. Hierbei geht es nicht um die Entwicklung von Monat zu Monat, sondern um die Entwicklung über Jahre hinweg. Kurz hat damit weder das reale wertproduktive Wirtschaftswachstum erklärt, noch nachgewiesen, daß die kapitalproduktive Lohnarbeit tatsächlich linear im Weltmaßstab abnimmt. Nur so gelingt es ihm, auch in diesem Kontext ein Szenario zu entwerfen, indem auch "ein nur moderater rezessiver Schnupfen der USA" den "Tod" dieser Länder bedeuten könnte. Der "moderate rezessive Schnupfen" in den USA ist nicht nur eingetreten, er hat mittlerweile schon zu einem kleinen grippalen Infekt entwickelt. Das hat wohl die Schwierigkeit der besagten Länder vergrößert, ihr Tod wurde jedoch noch nicht vermeldet. Aber ob Tod oder Koma, letztlich nehmen wir das alles nicht so genau. Die Kritik an der Herrschaft der toten Dinge verlangt eh mehr philosophische Anstrengung, als die wissenschaftlichen Anstrengung von Kritik der Politischen Ökonomie.

III. Produktivität und Profitrate

Kurz behauptet, daß die "betriebswirtschaftliche Rentabilität nur auf der jeweils erreichten Höhe der Produktivität hergestellt werden, und zwar nur noch im weltgesellschaftlichen Maßstab,..." S.263

Damit dokumentiert er lediglich, daß er nicht verstanden hat wie betriebswirtschaftliche Rentabilität, nämlich die Rentabilität des Einzelkapitals mit der Rentabilität des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zusammenhängt, wie ihm diese Beziehungen überhaupt "böhmische Dörfer" bleiben müssen, wegen seines Beharrens auf den "Basisabstraktionen". Tatsächlich wäre der Kapitalismus wahrscheinlich längst zusammengebrochen, wenn die außerordentlich hohe technische und damit organische Zusammensetzung der größten und produktivsten Kapitale die Messlatte für "betriebswirtschaftliche Rentabilität" wären. Gerade das Produktivitätsgefälle zwischen den verschiedenen Einzelkapitalen ist ein Lebenselixier für die großen Kapitale. Sie können ihre Rentabilität nur noch erreichen, weil sie über die Produktionspreise (Herstellung der Durchschnittsprofitrate) auf dem Markt Mehrwert realisieren können, der anderenorts erzeugt wurde. Hier also wo wirklich über Konkurrenz und ihren Inhalt zu sprechen wäre, spricht Kurz nur noch von Produktivität, die aber als unmittelbare Bestimmungsgröße für den Mehrwert, der "betriebswirtschaftlichen Rentabilität" gerade der großen Kapitale ein Ende setzen würde. In der Wirklichkeit haben wir es eben mit einem lebendigen Widerspruch zu tun, der die kleinen Kapitale zwingt, hinter der Produktivität der großen herzuhecheln und das Leben der großen Kapitale abhängig macht von der Existenz vieler kleiner Kapitale mit geringerer Produktivität (also kleiner Mehrwertrate aber größerer Profitrate, welche sich "auflöst" in die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals). In der Wirklichkeit sind die großen Kapitale mit hoher organischer Zusammensetzung beständig gezwungen ihre Produktivität weiter zu steigern, die Mehrwertrate zu erhöhen (dieser Zwang wird für sie wechselseitig vollstreckt durch die Konkurrenz untereinander) und zum andern geben sie durch die "Ver-ringerung der Fertigungstiefe" ebenso beständig Anlass zu neuer Kapitalbildung mit niedrigerer technischer Zusammensetzung. Die Produktion von Mehrwert erhält so von zwei Seiten

her einen Anstoß. Der Prozess selbst ist noch lange nicht am Ende, wird aber immer wieder unterbrochen durch den Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate, der seinerseits wieder kurzfristig behoben wird durch Kapitalvernichtung und allgemeiner Steigerung der Mehrwertrate in der Krise. Somit bleibt uns der Zyklus als die typische Bewegungsform des industriellen Kapitals auch noch erhalten mit all ihren Widersprüchlichkeiten, wozu auch Ab- und Zunahme von Produktiver Lohnarbeit gehören. Die überzyklische lineare absolute Abnahme der kapitalproduktiven Lohnarbeit jedenfalls würde bedeuten, daß keinerlei kapitalistisches Wirtschaftswachstum mehr möglich wäre. Die Verallgemeinerung der gegenwärtig in der Spitze sichtbaren technischen Zusammensetzung des Kapitals wird mit Sicherheit zu einem solchen Zustand führen. Davon sind wir allerdings auch in den hochentwickelten Ländern noch weit entfernt (man denke nur an den Maschinenbau mit seinen vielen kleinen und "mittelständischen Betrieben"). Ob die Weltwirtschaft nicht schon unterhalb dieses Niveaus der Wertvergesellschaftung aus ganz anderen Gründen (ökologische Krise) in einer Sackgasse endet, kann hier nicht diskutiert werden.

Robert Schlosser

Bochum, den 15. Mai 1992

Markt und Sozialismus – eine Begegnung der unheimlichen Art

(Eine Kritik an den „sozialistischen Marktwirtschaftlern“)

Der Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft über den Sozialismus ist viel größer als vielfach angenommen. Es ist nicht nur ein praktischer Sieg gewesen, sondern auch ein theoretischer, der tief bis in linkes Denken hinein seine Spuren hinterlassen hat! Schon in der noch aufblühenden ökologischen Bewegung, gab es marxistische „RenegatInnen“, die sich von radikalen „Anti-KapitalistInnen“ zu ökologischen Marktwirtschaftlern gewandelt hatten. Wie verheerend und komplett der Sieg der Marktwirtschaft für die radikale Linke in Westdeutschland wirklich war und ist, das wird am besten deutlich an der Entwicklung derjenigen, die nach 68 mit am meisten beigetragen hatten zu Überlieferung der Kritik der Politischen Ökonomie – den Sozialistischen Studiengruppen (SOST), der PROKLA, etc. Sie alle sind zu Regulationsökonomern der Marktwirtschaft geworden. Die zahlenmäßig starken maoistischen und autonomen Sektierer (K-Gruppen etc.) der 70iger Jahre, die es heute noch als Randerscheinung gibt und in ihrer Bedeutungslosigkeit immer geben kann, haben mit der theoretischen Kritik des Kapitalismus unserer Tage nie viel am Hut gehabt. Sie können existieren unabhängig von richtig oder falsch ihrer „theoretischen“ Leistungen. Die Existenz einer radikalen Linken insgesamt aber hängt letztlich ab von ihrem theoretischem Vermögen zur Kritik des aktuellen Kapitalismus, von ihrer Fähigkeit, die von Marx begonnene Kritik der Politischen Ökonomie lebendig zu erhalten.

Die SOST beispielsweise waren politisch immer eher „reformistisch“, doch Anfang der 90iger Jahre haben sie in einer Reihe von Artikeln und Büchern einen entscheidenden theoretischen Schwenk gemacht, womit sie sich der theoretischen Hypothek des Kommunismus endgültig entledigten. Sie haben auf den Punkt gebracht, was viele akademische MarxistInnen wie Altwater etc. schon lange fühlten und dachten. Sie haben den Versuch unternommen Marktwirtschaft und Sozialismus theoretisch-systematisch miteinander zu versöhnen. Nunmehr erscheint jede Vorstellung von einer Gesellschaft, in der die Menschen ihren Reproduktionsprozess mit Willen und Bewusstsein steuern, begraben. Weil die moderne Zivilisation das Produkt verallgemeinerter Warenproduktion ist, erscheint der Gedanke an eine Zivilisation ohne Ware und Geld und ohne die damit sich konstituierenden Marktbeziehungen entweder als illusionär oder aber als direkter Weg in die Despotie Stalins oder Pol Pots.¹

Wurde früher die Marktwirtschaft mit einer durch die Gesetze der Verwertung von Wert be-

¹ Wilfried Maier, der als strammer KBWler die proletarische Revolution gestern noch durchführen wollte, war meines Wissens einer der ersten 68er, der diesen Gedanken in seiner Kritik an der Hamburger GAL konsequent formulierte: *„Je differenzierter sich eine Gesellschaft entwickelt hat, um so zerstörerischer müsste sich der Versuch einer freien Assoziation der Produzenten ohne Marktbeziehungen, ohne besondere Verwaltungs- und Staatsapparate auswirken...Gewaltsame Gedankenkonstrukte, ernsthaft umgesetzt in politisches Handeln und versehen mit politischer Macht, legen terroristische und totalitäre Konsequenzen nahe - und das hat nicht nur mit der Rückständigkeit Rußlands zu tun.“* (KOMMUNE Nr.3/89 S.46)

Offenbar genügt es heute, die Rückständigkeit der Länder, in denen der „Sozialismus aufgebaut“ wurde, in einem Nebensatz abzutun. Mit derselben Oberflächlichkeit haben Leute wie Maier, die ganze Bewegung der K-Gruppen, mich eingeschlossen, die Rückständigkeit dieser Länder auch schon früher abgetan. Damals allerdings unter der Fahne der Möglichkeit des „proletarischen Sozialismus“ in jedem vom Imperialismus beherrschten Land.

herrschen Gesellschaft identifiziert, so will es heute linken Mitteleuropäern mit akademischer Bildung und relativ großen Freiräumen individueller Lebensgestaltung nicht mehr in den Kopf, daß Wertvergesellschaftung für die Individuen noch ein Verhängnis sein könnte. Die Verdinglichung sozialer Verhältnisse in der Marktwirtschaft sei vielmehr unverzichtbar für eine arbeitsteilige, hochindustrialisierte Gesellschaft, mindestens aber bedeute sie eine „Entlastung“ für die Menschen, die mit einer bewussten Gestaltung ihrer Reproduktion einfach überfordert seien.²

Selbst die theoretisch ernst zunehmende Kritiker der kapitalistischen Weltwirtschaft halten heute den Markt für ganz und gar unverzichtbar, trotz seiner Mensch und Natur ruinierenden „Regulation“. War früher aus berufenem Munde zu hören, daß die „aktive Revolution“ nicht auf der Tagesordnung stehe, weil es keine revolutionäre Arbeiterbewegung gab, so werden jetzt der Marktwirtschaft mehr und mehr positive Eigenschaften zuerkannt. Bei Autoren der Zeitschrift SOZIALISMUS - vor allem Joachim Bischoff und Michael Menard - gipfelt das in der Proklamation einer „**Sozialistischen Marktwirtschaft**“ als drittem Weg zwischen Kapitalismus und Planungssozialismus.³ Dieses Projekt ist nicht neu, auch wenn so getan wird als hätten wir es mit einer ganz und gar unverbrauchten Erfindung zu tun, deren Patentierung erst noch ausstehe.⁴

Eine „realistische“ Fragestellung

Selbstverständlich betonen auch die sozialistischen Marktwirtschaftler von heute die Notwendigkeit „*gesellschaftlicher Kontrolle und Steuerung der Ökonomie*“, die entscheidende Frage sei lediglich, wie dieses Ziel zu erreichen ist.

„Die theoretisch-politische Auseinandersetzung dreht sich um die Frage, ob nur durch eine zentralstaatliche Planung des Arbeits- und Bedürfnissystems eine effiziente Steuerung und Kontrolle sicherzustellen ist, oder ob sich auch bei Anerkennung von Marktstrukturen Kapitallogik aufheben lässt. Die bloße Negation der Anarchie und Zufälligkeit der Kapitallogik läuft auf den widersinnigen Versuch hinaus, die allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit jenem undemokratischen Regime zu unterwerfen, das bis heute für die innerbetriebliche Organisation der Arbeitsteilung charakteristisch ist. Ignoriert oder unterbelichtet bleibt dabei die Tatsache, daß durch gewerkschaftliche Gegenmacht und entsprechend erkämpfte Unternehmensverfassungen die Hegemonie der Kapitaleigentümer eingeschränkt und gesetzlich geregelt wurde; gleichermaßen handelt es sich bei der gesellschaftlichen Verteilung der Arbeit um eine

² „Der von Marx gegen die verdinglichte Vergesellschaftung der Marktwirtschaft angedeutete 'Verein freier Menschen' kommt, wenn es sich bei dem Verein um eine Massengesellschaft handelt, ohne die Entlastungen, die die verdinglichte 'Zurückspiegelung' der Gesellschaftlichkeit in den Waren und im Geld bietet, nicht aus.“

Elmar Altwater „Die Zukunft des Marktes“, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 1991, S. 359

³ Im nun folgenden werde ich mich vor allem auf das 1990 beim VSA-Verlag erschienen Buch „Marktwirtschaft und Sozialismus“ der beiden Autoren beziehen.

⁴ Bereits seit den 30iger Jahren machte sich vor allem Oskar Lange an die theoretische Begründung einer „sozialistischen Marktwirtschaft. (vergl. dazu Oskar Lange, „Ökonomisch-theoretische Studien“, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt am Main, 1977) Praktische Versuche zu einer solchen „sozialistischen Marktökonomie“ gab es seit 1952 in Jugoslawien, in Ungarn seit 1968. Zu erwähnen in diesem Zusammenhang natürlich auch die Arbeiten von Ota Sik und der sogenannte „Prager Frühling“. Die jüngste Variante einer - nunmehr verfassungsmäßig verankerten - „sozialistischen Marktwirtschaft liefert die VR China.

Eine ernsthaftige Neubegründung „sozialistischer Marktwirtschaft“ hätte sich nicht nur kritisch vom „staatlich-administrativen Planungsmodell“ abzusetzen, sondern müsste gleichermaßen die entwickelten Theorien und gemachten Erfahrungen eines „sozialistischen“ Marktes aufarbeiten. Dazu fehlt jedoch bisher jeder Ansatz.

'regulierte' Anarchie. Der entscheidende Ansatz für eine Durchgreifende Qualitätsveränderung in der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung liegt folglich nicht in der abstrakt-utopischen Entgegensetzung von Plan und Markt, sondern in der umfassenden Demokratisierung der Betriebsverfassungen. <<Markt>> kennzeichnet nur eine spezifische Verfassung des gesellschaftlichen Zirkulationsprozesses; die entscheidenden Fragen nach dem >>Wie<<, >>Was<< und >>Wofür<< hängen von der Qualität der demokratischen Beteiligung im gesamten Wirtschaftsprozess ab."⁵

Zunächst wird hier die zentralstaatliche Planung als einzig denkbare Alternative zur marktwirtschaftlichen Regulation vorgestellt. Dezentrale, kommunikative Planungsprozesse bei intensiver gesellschaftlicher Vernetzung nicht-staatlicher Organisationen hat es bisher noch nicht gegeben, also scheiden sie im Zuge des endlich gewonnenen „Realismus“ schon als Denkalternative aus. Die Linke soll sich offenbar an das halten, was es schon gibt:

- „gewerkschaftliche Gegenmacht“
- „Ansätze einer demokratischen Unternehmensverfassung“, etc.

„Demokratische Beteiligung im gesamten Wirtschaftsprozess“ lautet die Zauberformel! Offenbar setzen die Autoren der SOZIALISMUS auf den Sieg des Kurzzeitgedächtnisses über das Langzeitgedächtnis. Das Scheitern des Entwicklungs„sozialismus“ wird nicht etwa zum Anlass gründlicher neuer Überlegung, sondern führt zu eifriger Wiederbelebungsversuche an der Leiche der sozialdemokratischen „Wirtschaftsdemokratie“. In halsbrecherischem Tempo verändert sich die Welt und die Phantasie linker Alternativen soll sich trotzdem erschöpfen im Ausbuddeln gesellschaftlicher Partizipationsmodelle. Der „demokratische Sozialismus“ wird jedoch auch dadurch nicht lebendiger, daß Bischoff und Menard ihn mit Bucharin anreichern. Alle Versuche, Marktökonomie einer bewussten Lenkung zu unterwerfen, sind jedenfalls ebenso blamiert, wie die bisherigen Versuche, diese Ökonomie zu überwinden! Wenn ausgerechnet die „Gegenmacht der Gewerkschaften“ und die durch sie erkämpften Reformen als Ausdruck bewusster gesellschaftlicher Regulierung empfohlen werden, so ist das in Anbetracht der sozialen Zustände heute doch eher ein schlechter Witz.

Nachdem die „zentrale Frage“ für den politischen Bedarf zurechtgestutzt ist, folgt die Unterstellung auf dem Fuß. Wenn es keine andere Alternative zur Marktwirtschaft gibt, als die „zentralistische Planung“, dann muss diese „bloße Negation der Anarchie und Zufälligkeit der Kapitallogik“ zwangsläufig die Unterwerfung der gesellschaftlichen Organisation unter ein Regime die Folge sein, wie es in der kapitalistischen Fabrik bestimmend ist. Die reale Geschichte des „Sozialismus“ sowjetischer Prägung straft diese Schlussfolgerung indes Lügen. Von einer Negation der Kapitallogik kann nicht die Rede sein, solange die Masse der Menschen einem sie beherrschenden Fabrikregime unterworfen bleibt. Der Bolschewismus hat wohl den Anspruch auf Negation der Kapitallogik proklamiert, einlösen konnte er ihn dagegen nie, weil in der russischen Gesellschaft, die kommunistische werden sollte, nahezu alle Voraussetzungen für einen modernen Kommunismus fehlten.

Alle großen historischen Versuche, die „Anarchie und Zufälligkeit der Kapitallogik“ zu negieren, fanden in Gesellschaften statt, denen das Kapitalverhältnis eher äußerlich war. Die Dynamik kapitalistischer Entwicklung hatte sich weder auf dem Weltmarkt, noch in diesen Ländern erschöpft. Die krisenhaft stagnierende Gesellschaftsentwicklung und die dadurch erzeugten re-

⁵ Joachim Bischoff „Moderner Kapitalismus und Reformpolitik“ in „ECKPUNKTE MODERNER KAPITALISMUSKRITIK“, VSA-Verlag Hamburg 1991, S.55

„Sozialistische Marktwirtschaft“

volutionären Situationen in Ländern wie Russland oder China wurden von den Kommunisten weniger als Ausdruck behinderter ursprünglicher Kapitalakkumulation, sondern vielmehr als Ausdruck einer generell auslaufenden kapitalistischen Dynamik begriffen (vergl. die „Theorie der allgemeinen Krise“ der Komintern). Der „Planungssozialismus“ überwand nicht eine in den betroffenen Ländern selbst scheiternde Kapitallogik, sondern vorkapitalistische Zustände, deren Transformation in Kapitalismus (ursprüngliche Akkumulation) unter imperialistischen Weltmarktbedingungen erschwert oder auf absehbare Zeit unmöglich war.

Was denn der soziale Inhalt der in den 30iger Jahren in der Sowjetunion entstehenden Wirtschaftsplanung auf Grund der gegebenen Ausgangsbedingungen nur sein konnte (Schröpfung der Bauern, Aneignung des ländlichen Mehrproduktes), und welche Folgen das für die konkrete Ausformung des „Planungssozialismus“ haben musste (despotische Eingriffe in die gesellschaftliche Reproduktion), scheint ohne jede Bedeutung. Für die Frage, ob eine kommunistische Organisation der Gesellschaft in Abgrenzung zum gescheiterten „Planungssozialismus“ und unter Berücksichtigung der Umwälzungen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern neu zu diskutieren ist, zeigen die „sozialistischen“ Marktwirtschaftler keinerlei Interesse. Eine differenzierte Analyse der materiellen und ideellen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen für soziale Emanzipation im Russland des frühen und in den hochentwickelten Ländern des ausgehenden 20. Jahrhunderts wird nicht einmal thematisiert, geschweige denn ansatzweise skizziert (Ausbildungsstand der Menschen, soziale Charaktere, Möglichkeiten des „Rechts auf Faulheit“, also drastischer Arbeitszeitverkürzungen, technische Hilfsmittel, sprich Automations- und Kommunikationstechnologien für großräumig vergesellschaftete Gemeinwesen, mit einem Wort: Stand der Produktivkraftentwicklung und entsprechender sozialer Organisation).

Bischoff und Menard diskutieren scheinbar voraussetzungslose gesellschaftliche Modelle und bewerten sie nach Maßstäben, die ganz geprägt sind von den Erfahrungen der erfolgreichen „sozialen Marktwirtschaft“ im Nachkriegsdeutschland. Sie kritisieren die „Planungsversuche des administrativen staatssozialistischen Systems“, wie es sich im ehemaligen „Ostblock“ herausbildete und meinen die Planung gesellschaftlicher Reproduktion (ohne Marktbeziehungen) in jeder Form, also unabhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der damit erreichten Vergesellschaftung.

*„Sein Zusammenbruch zeigt, daß eine **soziale(?)** Steuerung der Ökonomie ohne Marktwirtschaft nicht möglich ist.“⁶*

So diktiert denn der gesunde Menschenverstand folgende Alternative:

„Die Alternative zu autoritärem Staatssozialismus und kapitalistischer Gesellschaftsordnung besteht in der Verknüpfung von demokratisierten Wirtschaftsunternehmen, gesamtgesellschaftlicher Steuerung und sozialstaatlicher Regulierungspolitik.“

„Auch in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft wird die Ermittlung des jeweils in einem Produkt enthaltenen Quantums gesellschaftlicher Arbeitszeit weitgehend durch Nachfrage und Zufuhr auf dem Markt erfolgen müssen. ...Bewusste Gestaltung kann nur heißen: die Gesellschaft legt in ihrer politischen Willensbildung die Prioritäten ihrer Entwicklung fest; vornehmlich durch Methoden der indikativen Wirtschaftslenkung werden diese zu Handlungsparametern der einzelnen Wirtschaftseinheiten. Jede Form von Marktwirtschaft braucht diese gesellschaftliche Regulierung, denn unter Marktbedingungen

⁶ Joachim Bischoff/Michael Menard „MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALISMUS“, VSA Verlag Hamburg 1990, S.37

*zählt alles, was auf zahlungsfähige Nachfrage trifft, als gesellschaftlich notwendige Arbeit.*⁷

Bedeutung und Wirkung des Marktes lassen sich jedoch nicht reduzieren auf den Aspekt der ex-post Ermittlung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit in der Produktion von Waren. Markt prägt den gesellschaftlichen Verkehr der Menschen, ist in seiner Verallgemeinerung und Dominanz kapitalistisches Verkehrsverhältnis. Überkommene, kleinräumige Gemeinwesen mit mehr oder weniger entwickelter Selbstversorgung wurden (und werden im Weltmaßstab noch immer) aufgebrochen und die Menschen in großräumige, tauschwertvermittelte Beziehungen zueinander gesetzt. Nur als WarenbesitzerInnen sind sie Subjekte des Marktes und nehmen Teil am „öffentlichen“ gesellschaftlichen Leben. Der Besitz einer nachgefragten Ware ist die Eintrittskarte ins Reich der bürgerlichen Freiheiten. Das Schicksal der Einzelnen hängt ganz davon ab, welche Waren sie feilbieten können und wie produktiv sie diese Waren erzeugen.

Insofern die Beziehungen der Menschen zueinander Produkt des Austauschs von Waren werden, weisen sie einen Grad von ökonomischer Versachlichung auf, der für menschliche Regungen, die sich unvermittelt und banal am Wohlergehen orientieren, wenig Raum gibt. Die Subjektivität, der Wille von MarktteilnehmerInnen beugt sich allemal der Rationalität eines unbewusst gesellschaftlich erzeugten Dritten, der Wertschubstanz (abstrakte Arbeit). Die Gesellschaftlichkeit der Individuen beruht im Kapitalismus letztlich auf dem Tausch individueller Arbeitsmengen, deren Produktivität verglichen wird.

Weil an diesen Tauschakten und der damit verknüpften Verteilung des Reichtums die Existenz hängt, wirkt diese ökonomische Versachlichung zwischenmenschlicher Beziehung mit ebenso großem, wie zerstörerischem Erfolg auch dort, wo scheinbar rein persönliche Beziehungen eingegangen werden.

Solange solche Tauschakte auf dem Markt die Reproduktion menschlicher Gesellschaft vermitteln, werden die Subjekte nach der ökonomischen Rationalität des Marktes sozialisiert und entsprechende soziale Charaktere herausbilden. Nur pure Heuchelei oder Blindheit vermag es, diese Verhältnisse beibehalten zu wollen und gleichzeitig von den Individuen „Gemeinschaftsinn“, „Solidarität“ und ähnlich Werte zu fordern. In kapitalistischen Marktwirtschaften beharrt sich auf Dauer nur der rücksichtslose Egoismus als wirksame Waffe im Ringen um individuelles Wohlergehen. Der so gewonnene Reichtum und Genuss beruht immer auf der Niederlage, dem Verzicht und der Arbeitstortur anderer.

Eine „sozialistische Marktwirtschaft“ ist eine der unsinnigsten und widersprüchlichsten Formeln unter denen mensch Kapitalismus überwinden zu wollen vorgibt. Marktwirtschaft lässt bewusst getroffene Übereinkünfte zur gesellschaftlichen Regulation allenfalls als Ausnahme und auf Zeit zu. Sie ist dem Prinzip nach indirekte Vergesellschaftung, reguliert durch die „invisible hand“ und als solche der direkte Gegensatz von bewusster Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Ein- und Vorsicht.

Die Suche nach einer sozialistischen oder kommunistischen Alternative muss sich also gerade an der Kritik tauschwertvermittelter Vergesellschaftung, sprich kapitalistischer Verkehrsverhältnisse zwischen Menschen entzünden. Die Vision einer Zurücknahme des erreichten Niveaus der Weltvergesellschaftung von Menschen via Markt erscheint mir dabei ebenso hilf- und perspektivlos, wie der „Realismus der Unverzichtbarkeit des Marktes in „Massengesellschaften“. Eine sozial-emanzipatorische Perspektive kann von neuem nur erschlossen werden über die kritische Darstellung der heutigen kapitalistischen Verkehrsverhältnisse. Dabei stößt man

⁷ ebenda S.11 und 49,50

automatisch auf die modernen Kommunikations- und Informationstechnologien mit ihrer Verdichtung großräumiger, tauschwert-induzierter Kommunikation. Der Wille zu bewusster gesellschaftlicher Regulation kann nur dort massenwirksam sich entfalten, wo einerseits das „Weiter wie bisher“ nicht mehr geht und andererseits die Mittel vorhanden sind, um die durch den Markt geschaffene großräumige Vergesellschaftung in direkter Kommunikation zwischen Menschen planen und gestalten zu können. Die reale Möglichkeit des Kommunismus ist keine Frage der demokratischen Politik, die wesentlich auf der Abtretung von Verantwortung beruht. Die reale Möglichkeit des Kommunismus beginnt erst dort, wo „Massenkommunikation“ jenseits der Formen von Demokratie Wirklichkeit wird, in „Internet“zen und „Intranet“zen. Die Entwicklung zu dieser Massenkommunikationstechnologie hat erst begonnen.

Weltmarkt als Grundlage von Sozialismus?

Selbstverständlich schließt die indikative Wirtschaftslenkung der Marktwirtschaft katastrophale Fehlentwicklungen nicht aus. Das wissen auch die „sozialistischen“ Marktwirtschaftler:

„Der Mangel marktförmiger Allokation der gesellschaftlichen Ressourcen liegt darin, daß sich erst nach der Produktion entscheidet, ob das Produkt einen Gebrauchswert hat und gesellschaftlich durchschnittlichen Produktivitätsbedingungen entspricht. Mithin können sich die Arbeitsresultate ganzer Produktionszweige bei der Veränderung von Arbeitsprozessen und Bedürfnisstrukturen als unnützlich erweisen. Dieser Mangel muss bewusst in Kauf genommen werden, will man nicht in autoritäre Formen der Diktatur über die Bedürfnisse verfallen.“⁸

Unbewusst, nämlich erzwungenermaßen, nimmt die große Masse der lohnabhängigen Menschen diesen Mangel schon lange in Kauf. Es wäre wahrlich eine große soziale Errungenschaft, wenn die Menschen die Mängel des Systems der Lohnarbeit nun endlich bewusst akzeptierten. Damit lebt es sich gleich viel besser. Therapie tut also not und man sollte sofort mit einer Kampagne in den Ländern der „3. Welt“ beginnen. Schließlich treten hier die „Mängel marktförmiger Allokation“ am deutlichsten zu Tage und muss folglich hier die meiste Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Anstrengungen der Weltbank, des internationalen Währungsfonds etc. reichen da längst noch nicht aus.

Marx kam bei seiner Kennzeichnung der allgemeinen Gesetzmäßigkeit der Kapitalakkumulation zu folgendem Ergebnis:

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist (also) zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die ihre eigenen Produkt als Kapital erzeugt.“⁹

Jede ernst zunehmende Untersuchung des heutigen Kapitalismus kann nur zum gleichen Ergebnis der gesetzmäßigen sozialen Polarisierung gelangen, auch wenn es über viele Jahre so schien, als gelte das nur noch für den Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern. Die kapitalproduktiven LohnarbeiterInnen der hochentwickelten kapitalistischen Ländern kamen wegen der hier ausgefochtenen sozialen Gegensätze vor dem Hintergrund tatsächlicher Akkumulation von Kapital in den Genuss von Reformen, die nicht nur ihr Elend etc. gelindert haben, sondern ihnen eine geradezu „passable Lage“ bescherten.

⁸ Joachim Bischoff „Moderner Kapitalismus und Reformpolitik“ in „Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik“ VSA-Verlag Hamburg 1991, S.44

⁹ Karl Marx „DAS KAPITAL“ Bd.1, S.675

Die armen Länder dieser Welt hingegen waren und sind in ihrer Mehrheit dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen keine oder nur eine sehr beschränkte Kapitalakkumulation stattfindet, sich also das Kapitalverhältnis, die Ausbeutung von Lohnarbeit, nicht rasch ausbreitet. Was sich rasch ausbreitet sind Ware und Geld und der damit verbundene Zwang, sich die Dinge des täglichen Bedarfs kaufen zu müssen. Der Versuch, die Ware Arbeitskraft zu verkaufen, scheitert meist an mangelnder Nachfrage von seiten des Kapitals.

Weltweit büßen somit immer mehr Menschen die Grundlagen einer vom Kapital unabhängigen Existenz ein. Sie werden lohnabhängig. Diese Lohnabhängigkeit bedeutet jedoch nicht automatisch Existenzsicherung durch die widerliche Prozedur der Lohnarbeit. Wachstum von Kapital und Nachfrage nach Lohnarbeit sind keineswegs proportional sich entwickelnde Größen. Die Nachfrage des Kapitals nach Lohnarbeit wird in zweifacher Hinsicht gebrochen:

1. Mit der sich rapide verändernden technischen Zusammensetzung des Kapitals verringert sich die pro Kapitaleinheit benötigte menschliche Arbeitskraft.
2. Jede zyklische Krise führt die Anzahl der gleichzeitig beschäftigten LohnarbeiterInnen auf das für die Verwertung von Kapital verträgliche Maß zurück, indem es jene freisetzt, deren Arbeit den Mehrwert nicht vergrößern würde.

Die über den Markt vermittelte Vergesellschaftung beinhaltet immer auch den „Integrationsprozess“ von Lohnarbeitskräften in den kapitalistischen Verwertungsprozess. Wenn das Kapital unfähig wird, die im Drange seiner Expansion - Auflösung vorkapitalistischer Gesellschaften - freigesetzten, nunmehr Lohnabhängigen in den Produktionsprozess von Kapital zu „integrieren“, so bedeutet dies nicht nur soziales Elend für Millionen von Menschen, sondern deutet auch auf die Überlebtheit des Kapitalverhältnisses selbst hin.

Wenn wir den Kapitalismus ganz und nicht nur halb bilanzieren, zeigt sich, daß für die Mehrheit der Menschheit das Verhängnis nicht *unmittelbar* in Gestalt kapitalistischer Produktionsweise und Produktionsverhältnisse über sie kommt, sondern in Gestalt des (Welt-) Marktes. Wenn also in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern das spezifisch kapitalistische Produktionsverhältnis und die damit verbundene Entfremdung in der Arbeit, der Mangel an Selbstbestimmung, das Kommando über fremde Arbeit (modernes Management und innerbetriebliche Hierarchie) etc. als zu beseitigendes „Restübel“ erscheint, wohingegen der Markt als Errungenschaft (Garant für Wachstum und Wohlstand) daherkommt, so ist das in den armen Ländern eher umgekehrt.¹⁰

Diese beiden widersprüchlichen Erscheinungen ein und derselben Sache müssen als solche entziffert werden. Beide Seiten sind Erscheinungsformen des Kapitals, das real im Weltmaßstab agiert.¹¹ Seine zivilisatorische Seite offenbart das Kapital allein in jenen Ländern, in denen es akkumuliert. Selbst dieser positive Aspekt bedarf allerdings der Relativierung. Auch in den

¹⁰ In nüchterner Blick in unsere nahe Umgebung, die Ex-DDR, stößt uns mit der Nase auf gleiche Erscheinungen. Der die Menschheit beglückende freie Markt hat Einzug gehalten. Leider wächst das noch geschmähte Kapital nicht rasch genug. Die sozialen Folgen sind katastrophal.

¹¹ Die von Marx hinterlassene „allgemeine Theorie des Kapitals“ formuliert nur das „ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“. Zu einer systematischen Darstellung der realen Durchsetzung dieses Gesetzes auf dem Weltmarkt ist er nicht mehr gekommen. Außerdem ist die Frage danach, wie sich das Gesetz der Verwertung von Wert auf dem Weltmarkt durchsetzt nur konkret zu beantworten. Jedenfalls sah diese Durchsetzung zu Marx Lebzeiten anders aus als heute. Die seit der Jahrhundertwende entwickelten diversen Imperialismustheorien haben es nicht mehr vermocht, die Logik der realen Weltmarktentwicklung im Sinne der Durchsetzung des Wertverhältnisses zu behandeln. (Monopoltheorie).

hochentwickelten kapitalistischen Ländern verfestigt sich die Kluft zwischen arm und reich und nimmt während einer zyklischen Krise dramatisch zu. Die „Barbarei“ ist hingegen ständige Begleiterscheinung der Zerstörung subsistenzierender Reproduktionsformen in Ländern der „3. Welt“.

Heute so zu tun, als gäbe es in Anbetracht des Scheiterns des real nun nicht mehr existierenden Sozialismus keinen Anlass mehr, um auf eine grundsätzliche Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft hinzuwirken, heißt, die Augen zu verschließen vor einer ebenso realen wie verheerenden, die gleichermaßen durch erweiterte Kapitalreproduktion in einigen wenigen Ländern, wie durch ständig sich erweiternde Armutsreproduktion in vielen anderen Ländern gekennzeichnet ist. Der Kapitalismus hat nicht nur über den „Sozialismus“ triumphiert, sondern das soziale Elend auf diesem Planeten in dramatischer Art und Weise vermehrt. Nur die bornierte Nabelschau wohlsituerter Mitteleuropäer, Nordamerikaner oder Japaner kann darüber hinwegtäuschen.

Verheißungen sozialen Wohlstands in den kapitalistischen Metropolen

Für die Mehrheit der Menschheit in den sogenannten Dritt-Welt-Ländern kennzeichnen kapitalistische Produktion und Akkumulation auch heute noch eher exotische Verhältnisse. Sehr real hingegen ist die Einbindung in den Weltmarkt. Die Menschen wurden und werden zwangsweise in Tauschwertverhältnisse hineingerissen, in denen sie als kleine Davids einem meist unsichtbaren Goliath gegenüberstehen. Geschäfte „zu beiderseitigem Vorteil“ können dabei kaum abgeschlossen werden. Die Unterschiede in der Produktivität der Arbeit sind so erdrückend, daß jeder Tausch von Wertäquivalenten den Abstand zwischen armen und reichen Ländern vergrößert. Ausnahmen bestätigen die Regel. Innerhalb von Marktverhältnissen kann es für den größten Teil der Menschheit keinen entscheidenden sozialen Fortschritt geben. Und trotzdem soll der Massen von Menschen ruinierende Weltmarkt Grundlage sozialer Wohlfahrt werden, indem kluge Köpfe aus sozialistischen Studienbüros ihn regulieren. Ein starkes Stück „Realismus“! Vorerst allerdings begnügen sich die „sozialistischen“ Marktwirtschaftler mit erfolgreicher (theoretischer) Regulation der kapitalistischen Metropolen, die sie mit großer Kunstfertigkeit zu sozialen Gebilden umformen wollen.

„Es wird eine immer größere Kunstfertigkeit in der sozialstaatlichen Regulierung erforderlich, um gewaltige Rezessionen und Wirtschaftskrisen zu vermeiden.“

Unter der Voraussetzung von demokratisierten Unternehmensverfassungen kann mit den wichtigsten Steuerungsmethoden - Kreditpolitik in einem zweistufigen Banksystem, Fiskal- und Steuerpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik, regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik - eine Marktkoordination aufrechterhalten werden, die die negativen Implikationen der kapitalistischen Gewinnsteuerung und die gewaltigen Fehlentwicklungen einer umfassenden Planwirtschaft vermeidet.“¹²

Schließlich werden folgende Errungenschaften angepeilt:

„Die Aufhebung der Kapitaleigenschaften der Produktionsmittel durch die - wie auch immer ausgestaltete - Verbindung von Arbeit und Miteigentum an den Produktionsmitteln würde es wesentlich erleichtern, (also doch einfache Änderung der Eigentumsverhältnisse? - R.S.) einer Krise gegenzusteuern und Voraussetzungen einer glatteren Wirtschaftsentwicklung zu schaffen.“

¹² ebenda S.56/57

„Voraussetzung für diese Glättung und Verstetigung des Wachstums wäre, daß die Nachfrage nach Arbeit nicht mehr die abhängige Variable der Kapitalakkumulation ist.“¹³

Die von den „sozialistischen Marktwirtschaftlern“ versprochene Verstetigung des Wachstums hieße Verstetigung der Akkumulation durch kontinuierliche Steigerung der Nachfrage vor allem nach Konsumgütern. Halleluja! Vorweihnachtszeit in Deutschland ohne Ende!

Als Marx über den Kapitalismus sagte:

„Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“

war das eher kritisch gemeint. Im Sozialismus sollte der Produktivitätsfortschritt eigentlich primär dazu genutzt werden, um disponible, von Arbeit freie Zeit für die Individuen zu schaffen, und nicht um neue Mehrarbeit zu setzen. Nun erfahren wir, daß die Bewegung des rastlosen Gewinnens erst im „Sozialismus“ so richtig abgeht. Es fehlte nur noch, daß eine Prozentzahl des stetigen Wachstums angegeben würde und daß dieses Wachstum allen Ländern der Erde garantiert würde, damit wir das Ende des ganzen Desasters möglichst genau angeben können. Von einem Ende des gegenwärtigen zerstörerischen Industrialismus jedenfalls ist bei den Autoren der SOST nirgends die Rede. In der „sozialistischen Marktwirtschaft“ besteht vor allem Kontinuität des Wachstums der Warenproduktion. Die einschneidendsten Veränderungen bestünden in kunstfertiger Politik und in der „Verbindung von Arbeit und Miteigentum“. Was hätte sich aber dabei an der Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte geändert? Mein Einsichtsvermögen sperrt sich und mit fällt nicht anderes ein, als mit einer kleinen Glosse zu antworten.

Ich unterstelle mal, alles ist so weit vollbracht: Bischoff Kanzler, die Betriebe demokratisiert etc. Und die Regulation des Marktes geht so richtig los. Nunmehr ist das Miteigentum der Lohnabhängigen so „radikal“ verwirklicht, daß das Management diese vor jeder Entscheidung befragen muss. Es bleibt aber dabei, daß die einzelnen Betriebe voneinander unabhängige Gebilde sind, die ihre Produkte auf dem Markt mit Profit verkaufen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Mit Ware und Geld leben heißt, daß das in den „radikal“ mitbestimmten Unternehmen erzeugte Mehrprodukt in Form von Geld an sie zurückfließen muss. Ohne Realisierung von Mehrwert keine Akkumulation und ohne kontinuierliche Akkumulation keine Verstetigung des Wachstums. Massenhafte Firmenzusammenbrüche und dadurch erzeugte Lohnarbeitslosigkeit soll es nicht mehr geben. Das bedeutet aber, daß es keine Ausreißer in Punkto Arbeitsproduktivität und Preisen geben darf. Sobald es diesbezüglich Differenzen gibt, vollbringt die Konkurrenz ihr schäbiges Geschäft und verteilt des gesamtgesellschaftlichen Mehrwert um. Nur jene Betriebe machen ausreichend „Gewinn“ (das scheußliche Wort Profit gibt es im marktwirtschaftlichen Sozialismus natürlich nicht mehr, wegen der neuen political correctness), in denen mit durchschnittlicher oder überdurchschnittlicher Produktivität zu Werke gegangen wurde. Betriebe mit unterdurchschnittlicher Arbeitsproduktivität bleiben auf der Strecke. Nun allerdings schlägt die Stunde von Bundeskanzler Bischoff, der ein Gesetz einbringt und verabschieden lässt, wonach „die Nachfrage nach Arbeit nicht mehr die abhängige Variable der Akkumulation“ sein darf! Da heißt es „aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ mit „großer Kunstfertigkeit“ in Angriff zu nehmen! Die ganze Kunst dieser staatlichen Beschäftigungspolitik reduziert sich jedoch sehr zum Leidwesen aller politischen Künstler rasch auf die Frage des Geldes: Woher nehmen und nicht stehlen? Schließlich hat sich der Staat noch nie

¹³ Joachim Bischoff/Michael Menard „MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALISMUS“ S.54/55

„Sozialistische Marktwirtschaft“

durch seinen Beitrag zur Erzeugung gesellschaftlichen Reichtums hervorgeraten, als vielmehr durch dessen Verzehr.

Findig, wie man als linker Keynesianer ist, wird der lange Finger schon mal in die Taschen des zinstragenden Kapitals gesteckt! Doch ach! Dummerweise sind jetzt auch die Banken „radikal“ mitbestimmt. Als tüchtig aufgeklärte lohnabhängige Miteigentümer stellen sich die Angestellten der Banken genauso störrisch, wie vor das allein bestimmende Management. Sie wittern bei Plünderung des Gewinns ihrer Bank Gefahr für die eigenen sozialen Standards, gar Bedrohung ihres Arbeitsplatzes. Ihnen geht es wie allen Lohnabhängigen: erst kommt „ihr“ Betrieb und dann der Rest der Welt. Die Identifikation mit dem „eigenen“ Betrieb ist durch das mitbestimmte Miteigentums sogar noch größer geworden.

Wem Kanzler Bischoff auch in die Tasche greifen will, um den vom Untergang bedrohten Betrieben zu helfen, alle wehren sich heftig und sagen: 'Die anderen sollen zahlen!' Schließlich gibt Kanzler Bischoff genervt auf und entscheidet sich, den Großteil der finanziellen Mittel für „aktive Beschäftigungspolitik“ durch staatliche Neuverschuldung aufzubringen. Das allerdings bedeutet Vorgriff auf künftige Reichtumsproduktion, mit entsprechend negativen Konsequenzen, Inflation etc. Ich will nicht kleinlich sein und unterstelle, daß die Künstler „sozialistischer“ Politik die daraus erwachsenen Probleme in den Griff bekommt. Das Geld für „aktive Beschäftigungspolitik“ ist also da. Doch welche Beschäftigung? Zwar weiß Kanzler Bischoff von Herrn Keynes, daß es notfalls auch der Bau von Pyramiden tut, aber man will nun mal innovativ sein und denkt sich alle möglichen nützlichen Dinge aus: von der Rücknahme von Flussbegradigungen und unsinnigen Versiegelungen der Erde, über Wohnungsbau bis hin zu neuen, unter ökologischen Gesichtspunkten produzierten neuen Industrieerzeugnissen. Doch auch dabei nichts als Murren und Ärger. Die StahlarbeiterInnen wollen weiter Stahl produzieren, die Bankangestellten weiter Geld verleihen usw. Sie alle wollen nicht nur Geld verdienen, sondern unbedingt ihren ausgeübten Beruf in „ihrem“ Betrieb weiter ausüben. Stets hatte sich die Regierung Bischoff gegen „unrealistische“ Ansprüche bezüglich eines kommunistischen Bewusstsein gewehrt. Nun musste er sich mit bornierten Denkfiguren „sozialistischer“ Miteigentümer marktwirtschaftlicher Betriebe herumschlagen.

Auf der einen Seite werden weiter Überstunden gekloppt und die Gewinne der erfolgreichen Unternehmen explodieren, während auf der anderen Seite Konkurse an der Tagesordnung sind. Angesichts der unangenehmen Klemme besinnt sich der Kanzler auf eines seiner alten Lehrbücher, in dem er geschrieben hatte:

„Wenn die Produktionsmittel als Instrumente zur Verbesserung der Lebensbedingungen eingesetzt werden können, dann muss die Existenzform von Gewinn nicht mehr ausschließlich eine vergrößerte Summe vergegenständlichter Arbeit sein. Sie kann genauso gut in der Verkürzung der Arbeitszeit und in der menschenwürdigen Gestaltung des Arbeitsprozesses liegen.“¹⁴

Er bringt also einen weiteren Gesetzentwurf ins Parlament ein, wonach der Produktivitätsfortschritt „genauso gut in der Verkürzung der Arbeitszeit und in der menschenwürdigen Gestaltung des Arbeitsprozesses“ umzusetzen sei! Doch da geht ein Aufschrei durchs Parlament, denn alle fühlen sich betrogen! In der Regierungserklärung hatte es schließlich noch geheißt: „Verstetigung des Wachstums!“ Wie sollte das gehen, wenn der Produktivitätsfortschritt nun nicht mehr zu erneuter Mehrarbeit mit vermehrten Produktionsmitteln genutzt wird? Jetzt, wo die Karre im Dreck steckt und es mit der Verstetigung des Wachstums nicht so recht klappt,

¹⁴ ebenda S.57/58

kommt der Kanzler mit der Arbeitszeitverkürzung! Vielleicht gar ohne Lohnausgleich?

Das Maß ist endgültig voll und Kanzler Bischoff wird durch ein Misstrauensvotum innerhalb der PSM (Partei der sozialistischen Marktwirtschaft) gestürzt. Nach kurzer Übergangszeit wird Graf Lambsdorff mit überwältigender Mehrheit zum Kanzler gewählt. Alle freuen sich, daß wieder jemand Kanzler ist, der von Marktwirtschaft etwas versteht.

Folgen wir der Argumentation von Bischoff und Menard, dann scheint die „sozialistische Marktwirtschaft“ als wahre Wundertüte, in der der Produktivitätsfortschritt gleich doppelt genutzt werden kann:

- zur Verstiegung des Wachstums, sprich Akkumulation
- soziale Wohlfahrt für alle durch Arbeitszeitverkürzung und menschenwürdige Gestaltung des Arbeitsprozesses

Die Verstiegung von Wachstum durch kontinuierliche Akkumulation bei gleichzeitiger Garantie des Rechts auf Lohnarbeit plus Verkürzung der Lohn-Arbeitszeit lässt sich wohl dummdreist marktwirtschaftlich versprechen, aber nicht marktwirtschaftlich realisieren. Verstiegung des wertproduktiven Wachstums heißt immer Ausdehnung von unbezahlter Mehrarbeit! Verwirklichung des „Rechts auf Lohnarbeit“ und Verkürzung der Lohnarbeitszeit würde immer die Einschränkung der unbezahlten Mehrarbeit bedeuten.

Auf den Gedanken, daß der Wachstums- sprich Akkumulationswahn in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern beendet werden muss, kommen unsere famosen „sozialistischen“ Marktwirtschaftler nicht. Statt dessen machen sie sich Sorgen über eine angeblich drohende „Diktatur über die Bedürfnisse“. Die reale und immer bedrohlicher werdende kapitalistische „Diktatur über die Bedürfnisse“, nämlich wie sich das Angebot die Nachfrage schafft, wie die Profitproduktion die Entwicklung der Bedürfnisse bestimmt, wird mit keinem Wort kritisiert.

Das Kapitalverhältnis lässt keine soziale kontrollierte Entwicklung von Bedürfnissen zu. Jede Art von Produktion darf probiert werden und wenn das Produkt verkauft werden kann und dem Betrieb einen Profit abwirft, dann ist dem Zweck genüge getan. Es würde zu weit führen, wollte ich hier eine Liste von Produkten aufführen, auf die die Menschheit durch Übereinkunft besser verzichten würde (aus der Kernspaltung gewonnene Energie, Kriegsgeräte aller Art, eine endlose Reihe von Verpackungen, etc.)

Das Kapitalverhältnis wird immer bedrohlicher für gesellschaftliches Zusammenleben von Menschen wie für die natürlichen Lebensgrundlagen, je länger es existiert. Es schafft aber zugleich materielle Produktivkräfte für ein gesellschaftliches Zusammenleben, daß nur dem einen Zweck dienen könnte, jedem einzelnen Individuum ein Höchstmaß an Selbstverwirklichung (Entwicklung und Aneignung der eigenen vielseitigen Produktivkraft) zu gestatten, ohne darin zugleich die Unterwerfung anderen Individuen zu bedeuten. Ohne Überwindung der kapitalistischen „Angebotsdiktatur über die Bedürfnisentwicklung“, ohne Lenkung der Produktion nach den Bedürfnissen, die sich durch und in der gesellschaftlichen Kommunikation formen, wird soziale Emanzipation zur Unmöglichkeit. Die Maßstäbe für die so sich entwickelnden und die Produktion beherrschenden Bedürfnisse könnten nur gewonnen werden aus sozialer wie ökologischer Ein- und Vorsicht. Wer dagegen an der durch Profit gesteuerten Angebotsökonomie nichts ändern will, sollte von irgendeiner Art von Sozialismus besser schweigen.

Heute ist gesellschaftliche Entwicklung gleichbedeutend mit ökonomischem, als wertproduktivem Wachstum. Jeder Fortschritt in der Arbeitsproduktivität muss bei Strafe des Untergangs zu einer Ausdehnung unbezahlter Mehrarbeit führen. An diesem kapitalistischen Entwicklungsmuster werden die „sozialistischen“ Marktwirtschaftler festhalten müssen, wenn sie ihr Modell durchhalten wollen. Eine sozialistische Gesellschaft beginnt hingegen erst dort, wo diese Art der gesellschaftlichen Entwicklung durchbrochen ist.

Der Trick mit dem Fetischismus in seiner „einfachen“ Form (Über Wert, Ware, Geld und Kapital)

Bischoff und Menard begründen die Möglichkeit ihres sozialistisch regulierten Kapitalismus durch neue Reflexionen über Ware, Geld und Kapital. Einzigartig und grotesk sind ihre theoretischen Erwägungen, weil sie ausgerechnet Marx „zum Stammvater des Marktsozialismus“¹⁵ machen wollen. Die Autoren entwickeln vor allem zwei Argumentationsstränge:

1. Der Markt sei weder ein Produktionsverhältnis, noch lasse er Rückschlüsse auf zugrunde liegende Produktionsverhältnisse zu.
2. Die Vernichtung des Fetischismus in seinen einfachen Formen (Ware und Geld) führe zwangsläufig zu einer „despotischen Regierung über gesamtgesellschaftliche Produktion und Distribution“.

Im Zentrum der Betrachtungen von Bischoff und Menard steht der Zusammenhang von Waren- und Kapitalfetisch, genauer gesagt die Differenzierung und letztlich die Auflösung dieses Zusammenhangs. Damit die Marktwirtschaft sozialistisch werde muss sie dem Kapital gegenübergestellt werden. Dem Markt als der Zirkulationssphäre des Kapitals wird eine überhistorische Qualität verpasst, indem zunächst behauptet wird, er sage „als solcher“ nichts „über die ihm zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse“¹⁶ aus.

Der Markt als bestimmender Ort der Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs setzt die Verallgemeinerung der Wertgegenständlichkeit des Arbeitsprodukts voraus, also allgemeine Warenproduktion und Geld. Die Warenform des Arbeitsprodukts bedingt gesellschaftliche Teilung der Arbeit und setzt voraus, daß die Produktionsstätten gegeneinander selbständig sind.¹⁷ Marx benutzt in diesem Zusammenhang den Terminus der voneinander unabhängig betriebenen „Privatarbeit“. Der von vornherein notwendige gesellschaftliche Zusammenhang dieser sozusagen individuell verausgabten Arbeit verschafft sich erst über den Austausch vermittelt, ex post, Geltung. Jeder macht, was er will, aber was davon von allen wirklich gebraucht wird, d.h. in der bürgerlichen Gesellschaft gekauft werden kann, zeigt sich erst im nachhinein, wenn Angebot und Nachfrage auf dem Markt verglichen werden. Nicht die planvolle Verteilung der Arbeit im voraus, sondern die kaufkräftige Nachfrage im nachhinein entscheidet da-

¹⁵ vergl. dazu Michael Heinrich „MARX-EIN MARKTSOZIALIST?“ in SOZIALISMUS 4/91 S.30 ff
Dieser Artikel zeigt schon recht deutlich die Willkür von Bischoff/Menard auf, Marx für ihren „Marktsozialismus“ zu reklamieren.

¹⁶ Bischoff/Menard a.a.O S.57

¹⁷ Das Recht auf Privateigentum ist lediglich juristischer Ausdruck dieses gesellschaftlichen Zustands und gibt ihm eine bestimmte, aber auch wandelbare Form.

rüber, ob zu viel oder zu wenig Arbeit auf die Produktion bestimmter Waren verwandt wurde. Ware und Geld verweisen also zweifelsfrei auf ganz bestimmte, ihnen zugrunde liegende Produktionsverhältnisse, die bei Marx als Wertverhältnis bezeichnet werden. Im Geld findet dieses Wertverhältnis seinen ersten, noch nicht vollständig entwickelten Ausdruck. Das Geld ist zwar noch nicht Kapital, aber es ist ein „*gesellschaftliches Produktionsverhältnis*“¹⁸, besser gesagt, die Verdinglichung eines zugrunde liegenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses. Das Geld ist die selbständige Daseinsform des Tauscherts und in seiner reinen Form „*zugleich der erste Begriff des Kapitals und die erste Erscheinung desselben*.“¹⁹ Das Kapital ist Wert und in seiner Besonderheit sich verwertender, Mehrwert erzeugender Wert. Geld und Kapital sind zwei unterschiedliche Entwicklungsstufen des Wertverhältnisses, die logisch und historisch zu differenzieren sind. Unter den Bedingungen der verallgemeinerten Warenproduktion sind sie aber praktisch untrennbar miteinander verbunden.

*„Das Kapital kommt zunächst aus der Zirkulation her, und zwar vom Geld als seinem Ausgangspunkt.“*²⁰

Man könnte das auch anders ausdrücken: die sich entwickelnde Marktwirtschaft beschert uns das Kapitalverhältnis. Bei Marx ist dieser Zusammenhang gleichermaßen logisch entwickelt, wie historisch nachvollziehbar. (Warum das in den Ländern der dritten Welt heute nicht so reibungslos klappt gehört nicht hierher.)

Als Kapital verliert das Geld seine Starrheit und wird aus *einem „handgreiflichen Ding zu einem Prozess“* (Marx). Das Kapital wird abwechselnd Ware und Geld. Die allgemeine Formel dieses Prozesses lautet G-W-G'. Sie steht für die Bewegung des rastlosen Gewinnens, deren einziger Sinn und Zweck in der Vergrößerung des vorgeschossenen Tauscherts besteht. Der vermehrte Tauschert kann jedoch nicht mehr aus der Zirkulation stammen, sondern muss in der Produktion erzeugt werden.

Die historischen Existenzbedingungen des Kapitals beruhen zum einen auf entwickelter Waren- und Geldzirkulation und zum anderen auf der Trennung der ProduzentInnen von den Produktionsmitteln. Letztere wird gewaltsam durchgesetzt im Prozess ursprünglicher Akkumulation. In der Folge entsteht eine Klasse lohnabhängiger ArbeiterInnen, die sich selbst nur am Leben erhalten können, indem sie ihr lebendiges Arbeitsvermögen durch Verkauf den EigentümerInnen der Produktionsmittel zur Verfügung stellen. Im Austausch erhalten sie den Wert ihrer Ware Arbeitskraft und sind gleichzeitig gezwungen durch Mehrarbeit den von den KapitalistInnen vorgeschossenen Tauschert zu vergrößern. Die im Geld bisher am deutlichsten zutage tretende Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse wird so auf eine neue Stufe gehoben.

Unterstellt das Geld lediglich die Verselbständigung der unabhängig voneinander betriebenen Produktionsstätten gegeneinander, so unterstellt das Kapital in seiner fertigen Gestalt außerdem die Verselbständigung der sachlichen Produktionsbedingungen insgesamt gegenüber den unmittelbaren ProduzentInnen.

„Es ist nicht diese gesellschaftliche Teilung der Arbeit und Verselbständigung der verschiedenen Arbeits-

¹⁸ KAPITAL Bd.1, S. 97

¹⁹ GRUNDRISSE S. 164

²⁰ GRUNDRISSE S. 164

„Sozialistische Marktwirtschaft“

zweige gegeneinander....Es ist die Teilung der zusammengehörigen Elemente des Produktionsprozesses selbst und ihre bis zur Personifikation fortgehende Verselbständigung gegeneinander, wodurch Geld als allgemeine Form der vergegenständlichten Arbeit zum Käufer von Arbeitsvermögen, der lebendigen Quelle des Tauschwertes und daher des Reichtums wird...

Indem Mehrwert das spezifische Produkt des Produktionsprozesses, ist sein Produkt nicht nur Ware, sondern Kapital. Innerhalb des Produktionsprozesses verwandelt sich die Arbeit in Kapital. Die Tätigkeit des Arbeitsvermögens, d.h. die Arbeit, vergegenständlicht sich im Produktionsprozeß, wird so Wert, aber da die Arbeit, schon bevor sie beginnt, aufgehört hat dem Arbeiter zu gehören, ist das was sich für ihn vergegenständlicht, Vergegenständlichung fremder Arbeit und daher dem Arbeitsvermögen selbständig gegenüberstehender Wert, Kapital.“²¹

„Kapital ist kein Ding, so wenig wie Geld ein Ding ist. Im Kapital, wie im Geld, stellen sich bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnisse der Personen als Verhältnisse von Sachen dar, oder erscheinen bestimmte gesellschaftliche Beziehungen als gesellschaftliche Natureigenschaften von Dingen.“²²

Im Kapital wird die Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Spitze getrieben, indem die Produktionsmittel sich verwandeln in Mittel des Kommandos über und die Exploitation von lebendiger Arbeit. Diese Kommandogewalt erscheint als natürliche Eigenschaft der Dinge selbst, also als Eigenschaft von Gebrauchswerten, die Mittel der Produktion sind.

Der ganze Zauber theoretischer Spitzfindigkeit der „sozialistischen“ Marktwirtschaftler besteht nun darin, daß sie das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis kritisieren und überwinden wollen, das Geld aber wieder als „Ding“ behandeln, mit dem man „umgehen“ kann. Während bei Marx logischerweise das Kapital das letzte auf dem Wert beruhende Produktionsverhältnis ist, kulminiert die Kapitalkritik bei Bischoff und Menard in folgendem Satz:

„Ein anderer Umgang mit Ware-Geld-Beziehungen wird denkbar.“²³

So das angebliche Resultat der kapitalistischen Entwicklung. Damit ist der logische und historische Zusammenhang von Geld und Kapital aufgelöst, die Werttheorie selbst ad absurdum geführt.

Die Wertvergesellschaftung als Ausdruck einer unkontrollierten, unbewussten Vergesellschaftung kann akzeptiert werden, weil die Menschen jetzt angeblich in der Lage sind, mit den verdinglichten Inkarnationen des Werts bewusst und kontrolliert umzugehen. Wenn die Menschen aber in der Lage sind, mit den Verdinglichungen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse bewusst umzugehen, um sie ihrer subjektiven Kontrolle zu unterwerfen, warum können sie dann nicht gleich diese Produktionsverhältnisse selbst so gestalten, daß jede Form der Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse, also Abtretung von Subjektivität ausgeschlossen wird? Denke ich hingegen an die von Bischoff und Menard in Aussicht gestellte Kunstfertigkeit der Politik, wie an die Gegenmacht der Gewerkschaften, dann ahne ich Böses! Das letzte Wort der „Marktsozialisten“ bleibt die Demokratie mit ihren Vertretungskörperschaften. Wäh-

²¹ Karl Marx „RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES“, Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main 1969, S.41,42

²² ebenda S.32

²³ Bischoff/Menard a.a.O., S. 139

rend die gesellschaftlichen Individuen immer unfähig bleiben, ihren Reproduktionsprozess mit Willen und Bewusstsein zu betreiben, sind die richtigen „Vertreter“, Politiker, doch in der Lage, Ware-Geld-Beziehungen ihrer Eigengesetzlichkeit weitgehend zu berauben und mit ihnen so umzugehen, daß es allen Menschen zum Segen gereicht.

Immerhin bedarf es der theoretischen Präparation von Ware-Geld-Beziehungen, um sie der gewünschten Manipulation zugänglich zu machen. Ohne Eiertanz geht das nicht ab. Einerseits erfahre ich von den Autoren, unter Rückgriff auf Marx, daß bei Betrachtung des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses, sich die *„Verhältnisse der Warenzirkulation als 'immanente Form der Vermittlung der kapitalistischen Produktion' „* erweisen.²⁴ Andererseits wird ständig betont, daß *„die Gleichsetzung von Marktwirtschaft und kapitalistischer Produktionsweise“* zu den Irrtümern des Alltagsbewußtseins gehöre.²⁵ Bei diesem fein angerichteten Salat haben die Autoren einmal den Gesamtproduktionsprozess des Kapitals vor Augen und ein andermal den unmittelbaren Produktionsprozess.

Nun macht zwar in der Analyse des Kapitalismus die Trennung von Zirkulation und unmittelbarer Produktion des Kapitals einen Sinn, es zeugt jedoch von einer theoretischer Konfusion oder vielleicht auch plumper politischer Absicht, wenn Markt und kapitalistische Produktionsverhältnisse sozusagen auch praktisch getrennt werden sollen.

Verallgemeinerte Produktion für den Markt, also Marktwirtschaft und kapitalistische Produktionsweise lassen sich nur theoretisch trennen im Sinne einer Unterscheidung von Zirkulation und unmittelbarer Produktion. Praktisch sind Marktwirtschaft und Kapitalismus untrennbar miteinander verbunden. Entweder der Markt ist *„immanente Form der Vermittlung der kapitalistischen Produktion“* oder kapitalistisches Verkehrsverhältnis. Ihn als Raum ohne bestimmte gesellschaftliche Qualität zu behandeln, den man nach Belieben auch mit sozialistischen, also unmittelbar planerischen Inhalten füllen kann, läuft in jedem Fall auf *„despotische Eingriffe“* in einen Prozess hinaus, dessen Wirkungsweise sich gerade durch das freie Spiel der Kräfte, also das unkontrollierte Aufeinanderprallen von Sonderinteressen auszeichnet. Es kann ebenso wenig einen gesteuerten Markt geben, wie ein unmittelbar existierendes gesellschaftliches Gesamtkapital. Entweder Steuerung diverser Einzelkapitale durch Konkurrenz in der Marktwirtschaft oder bewusste Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch Aufhebung der Verselbständigung von Produktionsstätten gegeneinander und Aufhebung der Trennung von Eigentum und Arbeit! Despotisch-sozial-regulative Eingriffe in den Marktmechanismus erweisen sich entweder als bloß leere Versprechungen (Sozialdemokratismus) oder sie scheitern in toto als alternativer Gesellschaftsentwurf (Bolschewismus). Im Grunde genommen stellen Bischoff und Menard den gescheiterten *„Realsozialismus“* nur auf den Kopf. Wurde hier de facto versucht, unter Beibehaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse Ware und Geld abzuschaffen, sollen nun unter Beibehaltung von Ware und Geld die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abgeschafft werden. Das eine ist so unsinnig wie das andere.

Bei Bischoff/Menard hört sich das im Originalton so an:

„Obwohl der Tauschwert erst auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion zur beherrschenden Form der Verteilung von Arbeit und Produkten wird, ist immer unterstellt worden, daß die Herrschaftsverhältnisse der Warenform der Arbeitsprodukte als solcher geschuldet sind. Weil die Elementarform des

²⁴ Bischoff/Menard a.a.O., S.130

²⁵ Bischoff Menard a.a.O., S.155

Kapitals die Ware ist, wurde die Unterordnung der Produzenten unter einen fremden Willen der Wareneigenschaft der Arbeitsprodukte angelastet; freie, selbstbewusste Entscheidung der Gesellschaft über ihren produktiven Lebensprozess war demnach mit Warenproduktion unvereinbar. Damit war aber auch der Weg verbaut, der zur Verfügung der Produzenten über ihr gesellschaftliches Eigentum und zur umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft hätte führen können.“²⁶

Hier wird die Sprache verräterisch und offenbart eine offenkundige Missachtung der eigentlichen Stoßrichtung einer auf der Wertkritik beruhenden Kapitalkritik.

Weder bei der Kritik des Kapitals, und schon gar nicht bei der Kritik von Ware und Geld geht es nur um die Unterordnung unter einen „fremden Willen“. Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse meint ja die Quasisubjektivität objektiver Verhältnisse. Das schließt zwar die Willenshandlungen von Individuen und Gruppen nicht aus, wohl aber die gesellschaftlich bestimmende Macht dieses Willens. Nicht böse, ausbeuterische Absichten missratener Exemplare der menschlichen Gattung sind das Grundübel kapitalistischer Vergesellschaftung, sondern der alle individuellen Absichten beherrschende Automatismus des Kapitalverhältnisses, in das die Menschen verstrickt sind und aus dem sie nicht austreten können, wie aus einem Verein. Marx benutzte in diesem Zusammenhang die Metapher vom „automatischen Subjekt“, hinter dem ein sich selbst regulierender gesellschaftlicher Prozess steht. Die Menschen sind dabei keinesfalls unbeteiligte und willenlose Objekte dieses Prozesses, sondern erzeugen ihn durch ihre Verhaltensweisen selbst. Die Dominanz der egoistischen Einzelinteressen ist zugleich Garant für die Herrschaft des abstrakt allgemeinen.

Der Zusammenhang der unabhängig voneinander betriebenen Privatarbeiten stellt sich als äußerer Zwang gegenüber den ProduzentInnen her. Die Gesellschaft etabliert sich nicht in unmittelbar gewollter Gemeinschaft, sondern als Produkt von Tauschhandlungen auf dem Markt. Die Kritik am Wertverhältnis zielt nicht primär auf die „Unterordnung unter einen fremden Willen“ ab, sondern auf die willenlose Vergesellschaftung. Der fremde Wille kommt überhaupt erst beim Kapitalverhältnis in Betracht, also unter Bedingungen, wo die ProduzentInnen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verloren haben. Soweit die Lohnabhängigen aber unter diesen Verhältnissen einem fremden Willen unterworfen sind, haben sie es nur mit Personifikationen des Kapitals zu tun.

Der sich verwertende Wert tritt den Lohnabhängigen im unmittelbaren Produktionsprozess u.a. in Gestalt einer straff gegliederten betrieblichen Hierarchie gegenüber, die ihre Arbeit kommandiert. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte hat sich diese Hierarchie im Laufe der Geschichte, entsprechend den Anforderungen des Arbeits- und Verwertungsprozesses, erheblich gewandelt. (Vom Einzelkapitalisten zum selbst formell lohnabhängigen Manager, vom autoritären zum kooperativen Führungsstil.) Dieser Wandel korrespondiert mit einer zunehmenden Kontrolle des Managements über den Arbeitsprozess selbst²⁷, die aber nicht der persönlichen Willkür dient, sondern immer offenkundiger „sachlichen“ Erfordernissen der Verwertungslogik.

„Während, auf der Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt -

²⁶ Bischoff/Menard a.a.O., S.18

²⁷ vergl. dazu Harry Braverman, „DIE ARBEIT IM MODERNEN PRODUKTIONSPROZESS“, Campus Verlag Frankfurt/New York 1977

welche Autorität ihren Trägern aber nur als Personifizierung der Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit, nicht wie in früheren Produktionsformen als politischen oder theokratischen Herrschern zukommt-, herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenüberreten, die vollständigste Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht.“²⁸

Der ganze theoretisch sehr aufwendige und in seinen Ergebnissen doch so flache Trick der „sozialistischen“ Marktwirtschaftler besteht nun darin, daß sie die Kapitalkritik auf den ersten der genannten beiden Aspekte beschränken und die Illusion nähren, daß mit einer Überwindung der innerbetrieblichen Hierarchie durch demokratische Betriebsverfassung, ergänzt durch eine kunstfertige Politik, zugleich das übermächtige „Naturgesetz“ des Wertes zu bändigen sei. Von einer Überwindung desselben wollen sie nichts mehr wissen. Drohend wird uns vor Augen geführt, daß die „Vernichtung des Fetischismus in seinen einfachen Formen (Ware und Geld) zu einer despotischen Regierung über gesamtgesellschaftliche Produktion und Distribution führt“.²⁹ Und weil dieser Fetischismus so „einfach“ ist, darum soll eine kunstfertige Politik lieber „Umgang“ damit pflegen.

Der Hinweis auf die Einfachheit des Fetischismus von Ware und Geld führt jedoch in die Irre, wenn wir es mit verallgemeinerter Warenproduktion zu tun haben. Mehr noch er ist demagogisch. Mit dem Hinweis auf den drohenden Despotismus sollen die wenigen noch verbliebenen KommunistInnen zu kleinen Stalins und Pol Pots zurechtgestutzt werden.

„Einfach“ ist der Fetischismus von Ware und Geld jedoch nur in der einfachen Warenproduktion, wie sie nebenher in vorkapitalistischen Zuständen anzutreffen ist. Unter den Bedingungen verallgemeinerter Warenproduktion wird der Wert zu einem übermächtigen Naturgesetz nicht nur der individuellen sondern auch der kollektiven Willkür gegenüber. Solange die Produktionsstätten gegeneinander selbständige Einheiten bilden, die für den Markt produzieren, muss sich das Wertgesetz ihnen gegenüber als übermächtiges Naturgesetz geltend machen. Selbst wenn wir unterstellen, daß eine SOST-Regierung mit Bischoff als Kanzler den Übergang zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ vollzieht, so werden sich im Resultat erneut gesellschaftliche Verhältnisse einstellen, in denen sich die Produktionsmittel durch Kapitaleigenschaften auszeichnen. Die dann durch demokratische Betriebsverfassungen mögliche kollektive Willkür wird sich genauso an den Gesetzen des Wertes brechen, wie die kollektive Willkür zahlreicher Alternativbetriebe sich bereits daran aufgerieben hat. Zug um Zug werden sich in der Folge auch im Betrieb wieder Verhältnisse durchsetzen, in denen „der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt“.

Das Ansinnen von Bischoff und Menard beruht auf dem frommen Wunsch, daß „der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.“³⁰

Auf die „sozialistische“ Marktwirtschaft trifft daher die folgende Kritik von Marx in vollem

²⁸ KAPITAL BD.3 S.888

²⁹ Bischoff/Menard a.a.O., S.39

³⁰ GRUNDRISSE S.160

Umfang zu:

„Der Austausch als vermittelt durch den Tauschwert und das Geld setzt allerdings die allseitige Abhängigkeit der Produzenten voneinander voraus, aber zugleich die völlige Isolierung ihrer Privatinteressen und eine Teilung der gesellschaftlichen Arbeit, deren Einheit und wechselseitige Ergänzung gleichsam als ein Naturverhältnis außer den Individuen, unabhängig von ihnen, existiert. Der Druck der allgemeinen Nachfrage und Zufuhr aufeinander vermittelt den Zusammenhang der gegeneinander Gleichgültigen....

Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben. Es kann also nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des Tauschwertes, des Geldes, die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion voranzusetzen...“³¹

Diese Aussagen behalten auch dann ihre Gültigkeit, wenn es sich bei den „Individuen“ um eine für den Markt produzierende Genossenschaft handelt, die „umfassend demokratisiert“ ist. Von einer bewussten Gestaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses kann nicht die Rede sein, solange die Produkte der Arbeit als Waren erzeugt werden.

Marx' Absicht lag in der **Kritik** der Politischen Ökonomie, indem er die Wertverhältnisse in ihrer Entwicklung hin zum Kapital als historisch bestimmte und damit vergängliche Produktionsverhältnisse darstellte und kritisierte. Wenn nun unter Berufung auf Marx die Unwandelbarkeit und der überhistorische Charakter der Wertform des Arbeitsprodukts (Ware und Geld) heraus gearbeitet werden soll, so ist das ein Beitrag zur Politischen Ökonomie, der auf die „fundamental“-kritischen Implikationen der Werttheorie verzichtet.

„Für die bürgerliche Gesellschaft ist aber die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform.“³²

Ist das Kapital die Krebsgeschwulst am Organismus der Gesellschaft, so die Waren seine Metastasen, die den ganzen Organismus durchdringen und verseuchen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft gleichen den Methoden der Schulmedizin bei der Behandlung von Tumoren. Durch chirurgische Eingriffe oder mit Hilfe von Bestrahlungen wird die Krebsgeschwulst entfernt oder ihr Wachstum eingedämmt, während im Stoffwechsel des Organismus unausgesetzt neue Metastasen entstehen und sich ausbreiten. Man vertröstet uns damit, daß diese Metastasen ja „einfach“ seien und keineswegs lebensbedrohend, wie der Tumor selbst. Die Metastase sei ja nicht identisch mit dem Tumor, und man könne bei entsprechender Behandlung durchaus mit ihr leben. Was in der Medizin die Chemotherapie, ist in der sozialistischen Marktwirtschaft die Kunstfertigkeit der Politik.

Sucht jemand ernsthaft nach Alternativen und will mit der Krebsgeschwulst zugleich seine Metastasen beseitigen, so wird im versuchter „Despotismus“ unterstellt. Ein Stoffwechsel ohne Krebserkrankungen sei ganz und gar undenkbar bei „zivilisierten“ Lebensformen.

Der „sozialistischen“ Marktwirtschaft liegen offenkundig ganz pragmatische Überlegungen zugrunde, eine oberflächliche Vision von Machbarkeit! Für mich ist es besonders ärgerlich, daß diesem ausgelutschten Konzept auch noch eine höhere theoretische Weihe verliehen werden soll.

³¹ GRUNDRISSE S. 76

³² KAPITAL Bd. I S. 12

Resümee

Die grundsätzliche Gleichgültigkeit der Kapitalverwertung gegenüber den wirklichen Sachzwängen des Stoffwechselprozesses zwischen Mensch und Natur erzeugt schon heute ökologische und soziale Katastrophen ungeahnten Ausmaßes. Solange der unmittelbare Zweck der Produktion in der Vermehrung des vorgeschossenen Geldes besteht, wird jede Produktivkraftentwicklung dieses Dilemma nur vergrößern. Ökologische Reformen beseitigen dieses Problem ebenso wenig, wie soziale Reformen. Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und ihre fatalen Auswirkungen aus der Welt schaffen konnten. Nur Zyniker können uns eigentlich zumuten, daß wir uns mit diesen „Segnungen“ der Marktwirtschaft abzufinden haben.

Jede Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit verkürzt nicht die effektive Arbeitszeit, sondern vermehrt die Menge der auf den Markt geworfenen Gebrauchswerte. Jedes Gesetz zum Schutz vor schrankenloser Ausplünderung der Natur und Ausbeutung des Menschen erhöht wiederum die nicht produktiven Auslagen jedes einzelnen Kapitals und verringert damit dessen Konkurrenzfähigkeit. Soll diese erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden, bleibt nur die erneute Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, wobei die wirklichen Sachzwänge des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur sich erneut den ökonomischen „Sachzwängen“ der Verwertung von Kapital beugen müssen. Dies ist ein Wettlauf, der durch Reformen nicht gewonnen werden kann.

Die Summe der auf den Markt geworfenen Gebrauchswerte muss vergrößert und die Kosten für die einzelne Ware verringert werden. Die bedrohlichen Konsequenzen dieser Entwicklung spüren wir in den wenigen hochentwickelten kapitalistischen Metropolen nur vergleichsweise am Rande. (z.B. in der „verträglichen“ Form des Waldsterbens.) So wie die Bedingungen der Produktion und Realisation von Mehrwert nach Zeit und Raum auseinanderfallen, fallen auch die Bedingungen von „Produktion“ und „Realisation“ der ökologischen und sozialen Misere heute nach Raum und Zeit auseinander. Die Menschen in Bangladesch ernten, was hier gesät wurde. Es ist wieder der „gesunde Menschenverstand“, der der Unmittelbarkeit verpflichtet ist, und unsere „politischen“ Überlegung von Gesellschaftsveränderung von diesen Kleinigkeiten „abstrahieren“ lässt. Und so sollen denn die ganz offenkundigen Folgen von (Welt-)Marktökonomie unter Beibehaltung ihrer Grundlagen überwunden werden.

Heilige Einfalt!

Robert Schlosser

1990

Materialien zur Kritik der „monetären Werttheorie“

(Über Werts substanz, organische Zusammensetzung des Kapitals und den Fall der Profitrate)

Vorbemerkung

Den Titel “Materialien zur Kritik der ‘monetären Werttheorie’” habe ich gewählt, weil es sich um ein unfertiges Manuskript handelt, wie manches, was aus meiner Feder stammt. Ich kann nur an Feierabenden, Wochenenden oder im Urlaub an solchen “theoretischen Ergüssen” arbeiten. Mein Job ist oft anstrengend und lässt halt nicht mehr zu, aber irgendwann will und muss ich mit bestimmten Dingen zum Abschluss kommen, und seien sie auch nicht zu Ende ausgearbeitet und redigiert (Tippfehler, Sprünge und Wiederholungen sind nicht ausgeschlossen). Meine kritischen Anmerkungen zur “monetären Werttheorie” von Michael Heinrich beinhalten sowohl Kritik im Einzelnen, wie auch den Versuch einer Einordnung. Dies zur Vorwarnung!

Als ich die “Wissenschaft vom Wert” von Michael Heinrich das erste Mal gelesen hatte, war ich tief beeindruckt und schlug es sofort zur Lektüre und Diskussion dem kleinen “Lesekreis” vor, in dem ich “organisiert” bin. Beeindruckt war ich auf zweierlei Art:

- zunächst uneingeschränkt positiv, wie er die Kritik der Politischen Ökonomie als neue Gesellschaftswissenschaft (neues “Feld” der Wissenschaft) herausarbeitet und von seinem Verständnis aller Aspekte der Werttheorie durch Hervorhebung der Einheit von Produktion und Zirkulation in einer Gesellschaft, deren Gesamtarbeit in der Form der Privatarbeit verausgabt wird. (Wert als werdendes Resultat)
- misstrauisch bis negativ, wie er Grundbausteine der Marxschen Kapitalkritik in Frage stellt, bis hin zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, worin seine Marxkritik sozusagen kulminiert.

In unseren Diskussionen über das Buch musste ich feststellen, dass ich nicht so recht zu einer Kritik fähig war (anders als beispielsweise bei Postone, wo mir das Ganze keine sonderlichen Schwierigkeiten machte, aber ähnlich wie bei Günther Jacob, wo es auch gedauert hatte, bis ich etwas halbwegs Gescheites zu Papier brachte). Ich suchte nach Ansatzpunkten, um meinem Misstrauen Ausdruck zu verleihen und dieses in konkrete Kritik umzusetzen. Gut war das alles nicht. Also beschloss ich, wie immer in der Abarbeitung an solcher Lektüre, dran zu bleiben, die Kritik auf meine “Agenda” zu setzen. Mittlerweile beschäftigt mich das Ganze seit Jahren und ich fühle mich jetzt in der Lage, die öffentliche Kritik zu beginnen. Vor dem Hintergrund meiner eigenen Entwicklung und dem, was Michael Heinrich gegen den “Weltanschauungsmarxismus” schreibt, stehen auch manch durchgehend positive Anfangseindrücke in Frage. (Das neue “Feld” der Wissenschaft wurde betreten in einem heftigen weltanschaulichen Streit und in diesem weltanschaulichen Streit wurden bereits wesentliche Details des Begriffsapparates, der zur Kritik Politischer Ökonomie befähigt, entwickelt.)

Trotzdem: Wenn Jean Ziegler kürzlich in einem Interview meinte, dass dem internationalen Kapitalismus zunächst die theoretische Legitimation genommen werden müsse, dann stimme ich

dem vollständig zu. Dafür aber ist kritische "Theorieproduktion" notwendig, wozu der "akademische Marxismus" einen wesentlichen Beitrag leistet und geleistet hat. Es ist also sehr schade, wenn Michael Heinrich nicht die Nachfolge von Elmar Altvater antritt. All jenen, die darüber die Nase rümpfen, kann ich nur sagen: Dann leistet die theoretische Arbeit selbst! Was ihr im allgemeinen so als "Theorie" vorlegt, ist eher dürftig, mehr dogmatisch-phraseologisch und oft obendrein einfach "falsch", was nachzuweisen in der Regel nicht allzu schwer fällt! Der mehr oder weniger organisierte politische, klassenkämpferische Marxismus hat jedenfalls theoretisch nichts hervorgebracht, was hier auch nur der Erwähnung wert wäre. Und immer nur zu Hause im kleinen Kreis "recht haben", das reicht nun mal nicht!

„Dabei ist vorweg zu schicken, dass das Marxsche Werk, wie von der kommunistischen Orthodoxie, aber auch von vielen heterodoxen Strömungen des Marxismus suggeriert, kein abgeschlossenes oder doch in sich geschlossenes System darstellt, sondern in zentralen Teilen, wie etwa der "Deutschen Ideologie" oder dem "Kapital", Fragment geblieben ist. Die Suggestion des geschlossenen Systems, das aus einem Guss gefertigt ist und auf alle Fragen Antworten bereithält, ist nicht zuletzt auch in die editorische Darbietung der Marxschen Texte eingegangen. Lücken und Auslassungen wurden getilgt und ein zusammenhängender Text geschaffen, wo im Marxschen Manuskript offene Stellen waren, die deutlich machten, dass hier noch etwas eingefügt werden sollte bzw. der Gedanke Fragment war. Hier beginnt das, was die MEGA von allen anderen Editionen unterscheidet: die auch editorische Sichtbarmachung der Offenheit der Überlegungen, des Ringens mit dem Problem, des Fragmentarischen der Antwort.“ (Herfried Münkler zur Bedeutung der MEGA, aus dem Internet gefischt)

Wenn ich dem auch weitgehend zustimme, so bedeutet das für mich keinesfalls die vollständige Relativierung der durch Marx gewonnenen Erkenntnisse. Diese Feststellung sollte vielmehr Ansporn sein, die hinterlassenen Lücken der Theorie durch konkrete Entwicklung von Ökonomiekritik zu schließen. Michael Heinrichs Verdienst sehe ich darin, dass er auf sehr hohem Niveau „in den offenen Wunden“ herum bohrt und einem dogmatischen Verständnis der Marxschen Theorie das Wasser abgräbt. Dies ist gleichermaßen notwendig für die Entwicklung wie für die Bewahrung der Kritik der Politischen Ökonomie.

Ich schlage mich jetzt seit ca. 25 Jahren mit der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie, speziell mit dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate herum und die Auseinandersetzung mit der „Wissenschaft vom Wert“ hat mich genau so weiter gebracht, wie die freudige zur Kenntnisnahme der Arbeiten von Rainer Roth.

Ich bin kein Ökonom und will keiner werden! Was mich an der Ökonomie interessiert, sind die sozialen Verhältnisse, die darin zum (versachlichten) Ausdruck kommen. Kritik der Politischen Ökonomie heißt für mich primär, hinter die Kulissen schauen, die ökonomischen Kategorien und ihre Dynamik als soziale Verhältnisse (Produktionsverhältnisse) "kritisch darzustellen", zu dechiffrieren. Kritik der Politischen Ökonomie versagt dann, wenn sie die Phänomene, die Veränderung der sozialen Verhältnisse nicht mehr in ihrem inneren Zusammenhang verstehen und kritisieren kann, wenn sie unfähig wird, die in der Veränderung verborgene Logik, Gesetzmäßigkeit heraus zu arbeiten und zum Gegenstand ihrer Kritik zu machen.

Das Kapital als Produktionsverhältnis bedeutet Mehrwertproduktion. Mehrwert ist der alles dominierende Zweck dieser Produktionsweise. Die Variation der Größe dieses Mehrwerts also von entscheidender Bedeutung (Grossmann). Kann er unbegrenzt wachsen, dann hängt sozusagen alles vom ökonomisch "vernünftigen" Verhalten der beteiligten Akteure ab. Verhalten sie sich ökonomisch "vernünftig", dann steht grenzenlosem Wachstum nichts entgegen, und das Kapital stößt allenfalls an äußere Grenzen (Altvater). Eine Abschaffung des Kapitalverhält-

„Monetäre Werttheorie“

nis auf Grund immanenter Entwicklungsgesetze könnte ebenfalls ausschließlich Ergebnis einer „vernünftigen“ Entscheidung sein (Ingo Elbe in einem denkwürdigen Artikel, den ich im Internet fand), weil mensch einfach die Wertform Leid ist.

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate ist von entscheidender Bedeutung für die Bewahrung der Kritik der Politischen Ökonomie und für das Verständnis der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und zugleich Prüfstein der „Wissenschaft vom Wert“. Seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 produziert das Kapital zunehmend folgende Phänomene :

- Überzyklisch nachlassendes Wirtschaftswachstum
- Pleitenflut und steigende Lohnarbeitslosigkeit
- Flucht des Kapitals in die Spekulation
- Flucht des Kapitals ins Ausland (Billiglohnländer, wo höhere Profitrate winkt)
- Energische Versuche neue profitable Anlagesphären zu eröffnen (Stichwort: Privatisierung)
- Energischer Druck auf die Politik, die Steuerbelastung zu senken
- Rücknahme sozialer Reformen („Sozialraub“)
- Energischer Druck auf die Lohnabhängigen länger und intensiver zu arbeiten
- Ständige Versuche die Löhne zu drücken

Das sind fast alles Erscheinungen, die Marx als Ausdrücke oder notwendige Reaktion des Kapitals auf den Fall der Profitrate beschrieben hat. (Siehe dazu auch Rainer Roth in seinen Büchern „Das Kartenhaus“ und „Nebensache Mensch“) Gäbe es den Fall der Profitrate nicht, müsste ein anderes Gesetz gefunden werden, um den inneren Zusammenhang und die Logik der sozialen Entwicklung deutlich zu machen. Gelänge es nicht ein entsprechendes alternatives Gesetz zu formulieren, hörte die Kritik der Politischen Ökonomie auf eine Wissenschaft zu sein, weil eben alles auf das mehr oder weniger vorhersehbare „ökonomisch vernünftige“ Verhalten der Akteure hinausliefe.

Das entscheidende Überprüfungskriterium für Gesellschaftswissenschaft ist die gesellschaftliche Praxis, die durch keinerlei formale Logik ersetzt werden kann. An dieser Erkenntnis ist festzuhalten sowohl gegenüber dogmatischer Verteidigung des Marxismus, wonach jeder Satz von Marx schon ein Beweis ist, als auch gegenüber undogmatischer Kritik desselben!

Michael Heinrichs Arbeit über die "Wissenschaft vom Wert" ist leider

1. eine Kritik am substantialistischen Wertbegriff
2. eine Kritik am Begriff der technischen Zusammensetzung des Kapitals und - darauf aufbauend - Kritik am Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals
3. eine Kritik am Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate.

Ich werde versuchen zu zeigen, dass Heinrich in allen 3 Punkten irrt, und zwar nicht primär durch eine bestimmte Marx-Exegese, sondern durch den Versuch konkreter Ökonomiekritik, wenn diese auch nur beispielhaft, als Skizze, entwickelt wird, um hier zur Diskussion gestellt zu werden. Dabei kann ich auch kräftig irren, aber wer nur Marx rekapitulieren will, um sich in der aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu behaupten, der hat schon verloren.

Nur, wer sich „vom Buchstaben des Gesetzes“ zu lösen vermag, kann gewinnen! Er geht selbstverständlich das Risiko des Irrtums ein, den er aber schon begangen hat, wenn er dogmatisch argumentiert.

Mir geht es also nicht darum, die Marxsche Argumentation im einzelnen nachzuvollziehen und zu verteidigen oder zu verwerfen, wie Michael Heinrich es tut. Bewusst wähle ich nicht die einzelne Ware und die Arbeit, die sie schuf, um die Arbeit als Substanz des Wertes zu beweisen. Mein Ausgangspunkt wird das einzelne Kapital und sein Gewinn sein, - wie das Kapitalverhältnis ja historisch und logisch die Voraussetzung ist für die Verallgemeinerung von Ware und Wert - um zu zeigen, dass die Arbeit die Substanz des Profits ist. Zum Wert der einzelnen Ware komme ich erst auf dem Umweg über die gesamtgesellschaftliche Arbeit und Wertsumme. Also so, wie Marx es nicht im 1., sondern ab Ende des 2. Bandes (Manuskript der Reproduktionstheorie) und im Manuskript des 3. Bandes darstellt. Sozusagen Marx von hinten nach vorne gelesen. Anders hab ich ihn jedenfalls nicht verstehen gelernt, dank Rosdolsky und Grossmann.

Mir geht es darum, bestimmte Ergebnisse, zu denen Marx kommt, etwa in der Bestimmung des Preises durch den Wert, die Bestimmung der Werts substanz durch Arbeit, oder seine Bestimmung der organischen Zusammensetzung als Bestimmung der Wertzusammensetzung durch die technische Zusammensetzung des Kapitals, etc. zur verteidigen. Mir geht es auch darum, das von Marx entdeckte allgemeine Gesetz der Kapitalakkumulation und das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zu verteidigen. Nicht weil seine Argumentation im einzelnen unanfechtbar wären, sondern weil wir die reale Entwicklung des Kapitalismus ohne diese theoretischen Bausteine weder verstehen noch adäquat kritisieren können. Bei Michael Heinrich bleibt fast nichts außer einer allgemeinen Wertformkritik, was diese Bausteine ersetzen könnte.

Der innere Zusammenhang von Michael Heinrichs Argumentation ist mir erst nach und nach klar geworden. Von der Ablehnung eines „substantialistischen Wertbegriffs“ geht es zur Ablehnung einer durch technische Zusammensetzung bestimmten Wertzusammensetzung und muss in der Tat enden bei einer Kritik und Ablehnung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, das Marx selbst als das wichtigste, entdeckte Gesetz seiner Studien ansah.

Mir geht es im hoffentlich beginnenden Disput um bestimmte theoretische Fragen primär um Klärung und Verständigung und nicht um Polemik im Sinne der Durchsetzung von etwas, was vorab für richtig erklärt wurde.

Abstrakte Arbeit als Summe der konkreten Arbeiten und Wertsubstanz oder: Das Geld ist nichts ohne die darin dargestellte Arbeit

„Die Substanz des Werts ist und bleibt nichts außer verausgabter Arbeitskraft - Arbeit, unabhängig von dem besonderen nützlichen Charakter dieser Arbeit -, und die Wertproduktion ist nichts als der Prozess dieser Verausgabung.“ (Marx, Demuth, Engels in „Das Kapital“ Bd. 2, S. 385)

Michael Heinrich fasst seine Kritik an einem „substantialistischen“ Wertbegriff wie folgt zusammen:

„Die Vorstellung, die Waren würden als fertig bestimmte Wertgrößen in den Austauschprozess eintreten, verdankt sich einer Auffassung der Werts substanz als quasi materiellem Substrat, das in einer bestimmten Menge in den einzelnen Waren vorhanden ist. Sie ist aber unvereinbar mit einer Auffassung

„Monetäre Werttheorie“

der Werts substanz als bloß gegenständlicher Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses.“ .“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 233 – ich zitiere immer aus der 2. Auflage von 1999)

Sofern eine solche Vorstellung von der Werts substanz existiert, dass sie nämlich „als fertig bestimmte Wertgröße“ den produzierten Waren anhaftet und als solche in den Austauschprozess eingebracht wird, kann ich nur beipflichten: eine solche Vorstellung ist falsch. Werts substanz und Wertgröße sind aber Begriffe, die sich auf durchaus unterschiedliche Sachverhalte beziehen und nicht das gleiche meinen. Entsprechend zu unterscheiden sind die beiden Prozesse, die (Wert-)Substanz bilden und die die Größe dieser (Wert-)Substanz bestimmen. Das Wertverhältnis unterstellt, also gesellschaftliche Arbeit in der Form der Privatarbeit, ist die Bildnerin von Werts substanz menschliche Arbeit, unabhängig von der konkreten Art ihrer Verausgabung. Die Bildung von Werts substanz ist identisch mit dem Produktionsprozess der Waren. In wie weit die Menge Arbeit, die zur Herstellung einer konkreten Ware verausgabt wurde, dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht, das ergibt sich erst im Austauschprozess. Der Wert, in diesem Zusammenhang immer zu verstehen als Wertgröße, ist also insofern immer nur werdendes Resultat von Produktion und Zirkulation des Kapitals. Aber der Austauschprozess kann als Ausgleichsbewegung nur die Größe von etwas bestimmen, was vorhanden ist. Er schafft nicht selbst die Substanz, dessen Dimensionen er beeinflusst.

Beispiel: Ein Bildhauer will eine Statue erschaffen. Dazu benötigt er einen Stein, der groß genug ist, um die Statue bestimmter Größe zu erschaffen. Die Größe dieses Steins ist zwar nach unten begrenzt, aber nicht nach oben. Sie ist die Substanz aus der die Statue bestimmter Größe gefertigt wird. Erst durch seine Bearbeitung mit Hammer und Meißel nimmt die Statue Gestalt an, zeigt sich wie viel von der Substanz Stein wirklich erforderlich war. Der Rest ist Abfall. Die endgültige Dimension (Größe) erhält die Statue aus der Substanz Stein erst nach dieser Bearbeitung. Aber die Steinsubstanz in relativ unbestimmter Größe musste vorhanden sein, um sie bearbeiten zu können.

Die Tätigkeit des Bildhauers lässt sich vergleichen mit der Wirkungsweise des Austauschprozesses. Die Gestaltungskraft der Natur, die den Stein erzeugte, mit dem Produktionsprozess.

Entsprechend der Produktivkraft einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft wird durch die Kombination unterschiedlichster Arbeiten eine Menge an Waren erzeugt. Dieser Produktionsprozess kostet Zeit. Diese Menge an Arbeitszeit entspricht dem Stein unseres Bildhauers, seiner Substanz, aus der er die Statue fertigt. (Diese Arbeitszeit wurde ja tatsächlich verausgabt und hat entsprechende Warenfülle erzeugt.) Wie viel von diesem Stein er wirklich benötigt, zeigt sich erst während der Bearbeitung. Dieser Bearbeitung entspricht der Austauschprozess. Die fertige Statue entspräche der tatsächlich benötigten gesellschaftlichen Arbeitszeit, als der Wertgröße. Aller Abfall der bei der Bearbeitung entstand, entspricht der vergeudeten Arbeit, die nicht wirklich gebraucht wurde, also nicht zur Bildung einer bestimmten Wertgröße, die wiederum Ausgangspunkt für neue Verwertung sein könnte, führte.

Die Natur schafft keine Statuen, aber den Stoff aus dem die Statuen entstehen. **Der unmittelbare Produktionsprozess einer Ware schafft keine gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit und Wertgröße, aber er stellt den „Rohstoff“ bereit, aus dem sich im Austausch Durchschnittsarbeitszeit und Wertgröße ergeben.**

Michael Heinrich schreibt weiter:

„Arbeitszeit‘ als Maß der Wertgröße ist genauso wenig unmittelbare Arbeitszeit wie abstrakte Arbeit als Werts substanz unmittelbare, d.h. konkrete Arbeit ist. Abstrakte Arbeit kann daher nicht einfach durch

Arbeitszeit, sondern nur durch eine sozusagen ‚abstrakte Arbeitszeit‘ gemessen werden. Diese Messung ist aber keine, die mit der Uhr ausgeführt werden kann; nur durch den Tausch kann hier gemessen werden, da abstrakte Arbeit eben nicht isoliert existiert: ‚abstrakte Arbeitszeit‘ ist derjenige Anteil der vom individuellen Produzenten privat verausgabten konkreten Arbeitszeit, der im Tausch als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit anerkannt wird. Und diese Anerkennung – und damit auch die Messung ‚abstrakter Arbeitszeit‘ – erfolgt, wie noch zu zeigen sein wird, nur vermittelt durch das Geld.“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 219 – ich zitiere immer aus der 2. Auflage von 1999)

Somit ist es nicht verwunderlich, dass Michael Heinrich die Werts substanz nur noch als „gegenständliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses“ verstehen kann (ebenda, S. 218)

Bei Michael Heinrich gibt es also nicht nur den Unterschied zwischen konkreter und abstrakter Arbeit, sondern auch noch den zwischen „konkreter Arbeitszeit“ und „abstrakter Arbeitszeit“. Damit führt er in der Tat ein völlig neues Element in die „Wissenschaft vom Wert“ ein.

In dem eine beliebige menschliche Arbeit in Zeit gemessen wird, wird von der konkreten Art ihrer Verausgabung abstrahiert. Ist sie in Zeit gemessen dann lässt sie sich mit anderen Arbeiten vergleichen, sobald diese auch in Zeit gemessen werden. Das Messen der konkreten Arbeit in Zeit ist also Abstraktion. Ist diese Abstraktion vollbracht, dann sind die konkreten Arbeiten allesamt nur noch menschliche Arbeit schlechthin. Man weiß aber noch nicht, ob die Zeit, die die verschiedenen Arbeiten in Anspruch genommen haben, dem gesellschaftlichen Durchschnitt der Arbeitszeit entspricht, nicht nötig ist, um Waren gleicher Art herzustellen. Dieser Begriff der im gesellschaftlichen Durchschnitt benötigten Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware wird bei Michael Heinrich durch den Begriff der ‚abstrakten Arbeitszeit‘ ersetzt. Ein Begriff, den er ebenso wenig mit Inhalt füllen kann, wie den der „gegenständlichen Reflexion“. Beide bleiben geheimnisvoll. Eine ‚abstrakte Arbeitszeit“ wäre eine Abstraktion jener Abstraktion, die der konkreten Arbeit durch das Messen in Zeit widerfährt. Eine solche Abstraktion der Abstraktion wäre etwas anderes, als die Bildung eines Durchschnitts tatsächlich verausgabter Arbeitszeiten.

Dadurch, dass menschliche Arbeitskraft zur Ware geworden ist, die einen Preis hat, kann die Zeit, in der sie durch das Kapital benutzt wird, gleichfalls in Kosten (Geldmengen) gemessen werden. Auch dies eine Form der Abstraktion, in der ganz unterschiedliche Arbeiten über einen Leisten gezogen und damit verglichen werden. Sie sind dann nur noch menschliche Arbeit schlechthin, die eine bestimmte Summe Geld gekostet haben.

Beide Arten der realen Abstraktion entsprechen einander. Die Summe Geld lässt sich in einer Summe Arbeitsstunden ausdrücken und umgekehrt. Und beides entspricht wieder einer bestimmten Menge an Waren.

Diese klaren Zusammenhänge zwischen Ware, Arbeitszeit und Geldsumme gehen bei Michael Heinrich vollständig verloren. (Dazu gleich mehr.)

Grundlage für Michael Heinrichs Hilfskonstruktionen der „abstrakten Arbeitszeit“ und des „bloß gegenständlichen Reflexes“ bildet die Verwischung des Unterschiedes zwischen 2 Prozessen, die es differenziert zu betrachten gilt:

1. Die Reduktion der unterschiedlichen, konkreten menschlichen Arbeiten auf allgemein menschliche Arbeit (Werts substanz), die durch die Zeitmessung und Kontrolle sowie Kostenerfassung und Kontrolle in jedem kapitalistischen Betrieb erfolgt
2. Die Herausbildung der Wertgröße einer bestimmten Ware auf dem Markt durch die Ten-

denz zur Bildung einer durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitszeit für die Herstellung dieser Ware.

Der kapitalistische Produktionsprozess einer Ware ist Einheit von technischem Arbeitsprozess und Verwertungsprozess. Für diesen Doppelcharakter kann sich aber überhaupt nur derjenige interessieren, der bei der Umwandlung von Geld in Ware und von Ware wieder in mehr Geld von einer Metamorphose des Werts ausgeht. Wer die einzelne Ware nur noch als Gebrauchswert ansieht, wie Michael Heinrich dies tut (Seite 220 ff), kann eigentlich gar nicht auf den Gedanken kommen, sich den Produktionsprozess dieser Ware näher anzuschauen. Er kann nur technischer Arbeitsprozess sein.

Tatsächlich wird dieser technische Arbeitsprozess begleitet von Buchhaltung/Controlling und von der Arbeitsvorbereitung. Dieses Geschwisterpaar ist Weltmeister in der Abstraktion. Die einen interessieren ausschließlich die Kosten, die der ganze Produktionsprozess verursacht, die anderen interessieren „Ressourcen“ und die Zeiten, die der technische Arbeitsprozess dauert. Alle konkreten Arbeiten werden dabei jeweils über den gleichen Leisten gezogen: Zeit und Kosten. Wer etwas über Abstraktion in Aktion wissen will, der muss sich die Tätigkeiten und „Produkte“ von Buchhaltung/Controlling und Arbeitsvorbereitung nur näher anschauen.

Das unheimliche Geschwisterpaar begleitet aber nicht nur den technischen Arbeitsprozess, es kontrolliert und beherrscht ihn. Der Verwertungsprozess beherrscht den technischen Produktionsprozess lange bevor die einzelne Ware den Schauplatz Markt betritt. Schließlich soll ihr Verkauf Gewinn einbringen und das geht nur, wenn Kosten und Zeiten unter Kontrolle sind.

An diesem Gewinn lässt sich gut demonstrieren, was die Substanz des Wertes ist. Ich will dann weiter zeigen, dass es sowohl auf der Ebene des Einzel- wie des Gesamtkapitals immer eine Entsprechung gibt von Summe an Waren, Summe an benötigter Arbeitszeit und Summe an Geld. Gäbe es diese Entsprechung nicht, ließen sich Geldsummen und Warenmengen nicht in Arbeitszeit auflösen und ausdrücken, dann wäre alles Gerede vom Wert unnützlich.

Meine Überlegungen zur Arbeit als Werts substanz und dem Zusammenhang von Warenmenge, Arbeitszeit und Geldmenge beginnen also mit dem einzelnen kapitalistischen Unternehmen und seinem Nettogewinn. Ich unterstelle hierbei der Einfachheit halber, dass alle in einem Unternehmen anfallenden Lohnkosten (also auch Managergehälter, Gehälter für Controlling und ähnliche kapitalistische Beiträge zur „Wertschöpfung“) für produktive Arbeit (variables Kapital) ausgegeben werden und dass alle übrigen Kosten für Maschinen, Material, Energie etc. ausgegeben werden (konstantes Kapital). Es handelt sich also um ein rein produktives Unternehmen, was so natürlich nicht existiert.

Um einen Gewinn in einer Produktionsperiode (Geschäftsjahr) zu erzielen muss dieses Unternehmen die Gewinnschwelle, den sogenannten Break-Even-Point überschreiten. Die Gewinnschwelle markiert jenen Punkt, an dem alle Kosten gedeckt sind. Jedes Stück Ware, das verkauft werden kann über diesen Kostendeckungspunkt hinaus, bedeutet Gewinn, der sich nach Abzug von Steuern etc. als Nettogewinn darstellt. Die Gewinnschwelle hängt ab vom Umsatz und vom Stückpreis der einzelnen Ware. Je größer der Umsatz, desto kleiner kann der Stückpreis gehalten werden.

Mit Hilfe der Kostenkalkulation kann jedes Unternehmen ermitteln, welchen Umsatz es erzielen muss, um bei einem bestimmten Stückpreis die Gewinnschwelle zu knacken. Es kann umgekehrt auch ermitteln, wie hoch der Preis sein muss, um bei einem bestimmten erzielbaren Umsatz diese Gewinnschwelle zu knacken. (Es geht darum, welche Menge Waren produziert

werden kann/muss und zu welchen Preisen verkauft werden kann/muss.)

Der mögliche Umsatz selbst hängt wieder ab vom Markt und von den zur Verfügung stehenden produktiven Ressourcen (vor allem Menschen und Maschinen). Umsatz heißt, Waren in Geld umsetzen. (Metamorphose des Wertes) Ohne die Möglichkeit und Fähigkeit zur Produktion einer bestimmten Menge an Waren, also ohne entsprechende produktive Ressourcen, gibt es keine Chance auf Gewinn. Die Realisierung von Mehrwert setzt seine Produktion voraus, und möge die Größe dieses Mehrwerts auch nur als Potential in der Warenmenge enthalten sein!

Ich gehe jetzt davon aus, dass das Unternehmen richtig kalkuliert hat und am Markt erfolgreich war. Es hat einen bestimmten Nettogewinn erzielt. Dieser Nettogewinn stellt sich dar, als eine bestimmte Geldsumme, die über die Deckung aller Kosten (variables und konstantes Kapital) hinausgeht. Dieser Geldsumme entspricht eine bestimmte Anzahl von verkauften Waren und eine bestimmte Summe an geleisteten Arbeitsstunden, die diese Waren erzeugten, unbezahlte Mehrarbeit die den Kapitalisten nichts gekostet hat, für die er keinen Pfennig bezahlt hat. Wenn diese Waren nicht vom Himmel gefallen sind, dann sind sie ganz zweifellos das Produkt sehr unterschiedlicher Formen von menschlicher Arbeit in ihrer Kombination (Arbeitsteilung), die in Zeit gemessen ist. In der Summe der Stunden unterschiedlicher Arbeit ist der Unterschied der konkreten Arbeiten schon auf der Ebene des Einzelbetriebs ausgelöscht.

Der Summe dieser Arbeitsstunden, von der wir wissen, was sie kosten, entspricht die Nettogewinnsumme.

Die Arbeit ist hier also zunächst einmal die Substanz von Tauschwert, einer Geldmenge. (Ware als Träger von Tauschwert, wie Michael Heinrich Marx noch richtig wiedergibt. S. 199)

Ob sich die in einer Ware dargestellte Arbeit als Tauschwert realisieren lässt, das entscheidet sich auf dem Markt, darin stimme ich Michael Heinrich ohne weiteres zu. Aber zunächst muss sich diese Arbeit in einer Menge an Waren dargestellt haben bevor sie als Wert gesellschaftlich anerkannt werden kann. (Diese Produktion einer bestimmten Warenmenge ist nicht so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick scheint. Heute ist es aber geradezu Mode geworden, die Produktion des materiellen Reichtums als selbstverständlich vorzuschicken und sich nicht weiter um den Produktionsprozess des Kapitals zu kümmern. Waren findet Mensch im Kaufhaus, wo er oder sie sie kauft. Fertig.)

Bei Marx ist der Wert der Waren bestimmt als ein notwendiges Quantum gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit, gemessen in Zeit. Hier ging es bisher nur um die Durchschnittsarbeit in einem Unternehmen und wir wissen nicht, ob der Preis über oder unter dem Wert lag, oder ob er genau jener im gesellschaftlichen Durchschnitt benötigten Arbeitsmenge, in Zeit gemessen, entspricht, die für die Produktion gleicher Waren genötigt wird.

Die Waren sind Produkt von Privatarbeiten und sind Wert, als Atome der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, wie jedes einzelne Kapital „nur ein verselbständigt, sozusagen mit individuellem Leben begabtes Bruchstück des gesellschaftlichen Gesamtkapitals“ (Marx, Demuth, Engels) ist. Wert meint hier immer die Einheit von Werts substanz, Wertgröße und Wertform. Nur in dieser Einheit kann man von einer „Anerkennung als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit“ sprechen. Die Ware muss also von menschlicher Arbeit produziert sein, sich auf dem Markt mit anderen Waren vergleichen und eine bestimmte Geldsumme einbringen, um „Wert“ zu sein.

Ich komme zunächst zurück auf unser Einzelunternehmen, das eine bestimmte Menge Waren produziert hat, dessen Umsatz zu bestimmten Preisen auf dem Markt eine Geldsumme einge-

„Monetäre Werttheorie“

bracht hat, die einen Nettogewinn enthielt, der wiederum einer bestimmte Menge Waren und Arbeitszeit entsprach.

Die eingefahrene Geldsumme (Preissumme) nicht nur des Nettogewinns, sondern des ganzen Umsatzes von Ware in Geld geht ungeschminkt ein in eine „volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ und trifft sich hier mit den Geld- bzw. Preissummen, die andere Privatproduzenten eingefahren haben. (Die Spuren der Arbeitszeitrechnung, auf die wir in jedem Betrieb stoßen verlieren sich hier im Sande.)

Zählt man alle diese Preissummen zusammen, dann entspricht dieser Preissumme wiederum einer Summe von Waren mit völlig unterschiedlichen Gebrauchswerten, die Produkt ganz unterschiedlicher Arten und Mengen von verausgabter Arbeit sind (auch Maschinen, Material etc. lassen sich wieder auflösen in so und so viel unterschiedliche Arbeitsmengen).

Wir haben also eine gesellschaftliche Preissumme, die eine Summe an Waren repräsentiert, die wiederum das Produkt einer – nun ausgeblendeten - Summe von menschlichen Arbeitsstunden ist.

Für KommunistInnen macht es natürlich keinen Sinn, den Wert einer Ware berechnen zu wollen, weil wir diese Information für gar nichts gebrauchen könnten (was aber nicht bedeutet, dass wir eine Arbeitszeitrechnung grundsätzlich nicht bräuchten). Schließlich wollen wir das Wertverhältnis aus der Welt schaffen, weil wir dessen verheerende soziale Auswirkungen in der Form kapitalistischer Vergesellschaftung kennen und anklagen. Der Wertbegriff dient uns wesentlich zum Verständnis und zur Kritik des Kapitals.

Wenn ich im folgenden eine Formel für die Berechnung des Wertes einer Ware entwickle, dann geht es mir also nur um die Darstellung des logischen Zusammenhangs von Ware, Preis und Arbeitszeit, sowie die Begründung, wieso die einzelnen Ware, bzw. die in ihr dargestellte Arbeit nur als „Atom der gesellschaftlichen Gesamtarbeit“ Träger von Wert (als Einheit von Werts substanz, Wertgröße und Wertform) ist.

Will man wissen, wie viel Arbeitsstunden im gesellschaftlichen Durchschnitt auf die Erzeugung einer bestimmten Ware verwandt wurde, so kann man eine Verhältnisgleichung aufstellen, mit deren Hilfe man – hypothetisch versteht sich - auf den Wert einer einzelnen Ware käme.

Um zu zeigen, wie diese Verhältnisgleichung aussähe, nehme ich beispielhaft an, es gäbe gleiche Autos durchschnittlicher Qualität und Ausstattung. (Tatsächlich gibt es so etwas nicht! Es gibt keine zwei Autoproduzenten, die genau gleiche Autos produzieren. Die Konkurrenz dreht sich meist um das sogenannte „Preis-Leistungs-Verhältnis“. Immer spielt der unterschiedliche Gebrauchswert eine Rolle. Hinzu kommt der Weltmarkt mit seinen unterschiedlichen Produktivitätsniveaus, der immens entwickelten Arbeitsteilung etc. Selbst da, wo es sich um national oder international genormte Teile handelt, etwa eine Schraube oder Mutter mit M8-Gewinde aus einem bestimmten Stahl, dürfte es in Anbetracht der Internationalität von Anbietern kaum möglich sein, die im – internationalen - gesellschaftlichen Durchschnitt benötigte Arbeitszeit zur Herstellung der Normteile zu berechnen. Es gibt viele Gründe, warum die Berechnung des Werts einer Ware ein absurdes Unterfangen ist.)

Die Verhältnisgleichung zur Berechnung des Wertes dieser Autos sähe dann so aus:

$$\begin{array}{ccc} \text{X Arbeitsstunden} & & \text{Summe aller produktiven} \\ & & \text{Arbeitsstunden} \\ \hline \text{Preissumme der Autos} & = & \text{Gesamtgesellschaftliche} \\ \text{gleicher Qualität u. Ausstattung} & & \text{Preissumme} \end{array}$$

Umgestellt sähe die Gleichung dann so aus:

$$X \text{ Arbeitsstunden} = \frac{\text{Summe aller produktiven Arbeitsstunden} \times \text{Preissumme der Autos gleicher Qualiät u. Ausstattung}}{\text{Gesamtgesellschaftliche Preissumme}}$$

Die Einheit für Preis (Euro, etc.) ließe sich wegkürzen und heraus bekäme ich eine Anzahl von Arbeitsstunden, die die Gesellschaft verausgaben musste, um die Summe dieser Autos durchschnittlicher Qualität und Ausstattung herzustellen. Die Anzahl dieser Arbeitsstunden müsste ich noch dividieren durch die Anzahl dieser gleichen Autos und ich erhalte die Größe der gesellschaftlichen Arbeitszeit, die für eines dieser Autos im Durchschnitt geleistet werden müsste. Das wäre dann der Wert eines Autos, nämlich die Menge gesellschaftlicher Arbeit - unabhängig von der konkreten Art ihrer Verausgabung, von Geschicklichkeit und Qualifikation der ProduzentInnen etc., die zur Produktion dieses Autos im Durchschnitt erforderlich war.

Es ist somit klar, dass die Wertgröße einer Ware niemals im voraus durch die Produktion gesetzt ist, sondern immer nur werdendes Resultat von Produktion und Zirkulation des Kapitals sein kann. Die Bildung von Wertschubstanz ist aber Resultat des Produktionsprozesses und allemal mehr als „bloß gegenständliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses“ („Wissenschaft vom Wert“, S. 233), wie Michael Heinrich meint. Das Kapital gibt sich nicht mit Reflexionen zufrieden, auch nicht mit gegenständlichen! Es muss sich unbezahlte Mehrarbeit einverleiben!

Wie real „abstrakte Arbeit“ als Wertschubstanz in einer kapitalistischen Gesellschaft ist, dass drückt sich ferner aus in der spontanen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die Privatproduzenten. Sie sind ständig getrieben neue Arbeitsprozesse anzustoßen, wie immer die Arbeit aussehen mag und was immer ihr Produkt sei, um ihr Geld in Kapital zu verwandeln und zu vermehren. Die Vermehrung ihres Geldes gelingt letztlich nur in den Maße, indem die Produktion erweitert wird (erweiterte Reproduktion), als irgend ein neuer Arbeitsprozess irgend ein neues Produkt erzeugt, dass dann wieder in Geld umgesetzt werden kann. Der Wert bestimmt als „gegenständliche Reflexion eines gesellschaftlichen Verhältnisses“ ist kein Begriff, der zur konkreten Ökonomiekritik taugt!

Exkurs über den „naturalistischen Arbeitsbegriff“

Die Menschen sind und bleiben Teil der Natur und die Anwendung unserer Arbeitskraft ist Anwendung und Äußerung einer Naturkraft. Nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen werden die Produkte dieser Arbeit zur Ware und die Arbeit selbst zur Substanz von Wert, nämlich im Rahmen einer gesellschaftlichen Gesamtarbeit, die in der Form der unabhängig voneinander verausgabten Privatarbeit verausgabt wird. Die gesellschaftliche Gesamtarbeit nimmt nur dort diese Form an, wo die Masse der Produzentinnen von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion getrennt sind und folglich auch die Arbeitskraft zur Ware geworden ist. (Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Mehrwertrate werde ich später darauf eingehen, wie der Wert speziell der Ware Arbeitskraft sowohl „naturalistisch“ -physisches Minimum- als auch gesellschaftlich -„historisch-moralisch“ - bestimmt ist.) Zur Substanz von Wert wird diese Arbeit aber nur als allgemein menschliche, also abstrakt menschliche Arbeit, wie ich oben zu zeigen versuchte.

Wenn wir das gemeinsame der vielen konkreten Arbeiten einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft bestimmen wollen, dass was sie als unterschiedslos menschliche Arbeit ausweist, dann kommen wir um den „naturalistischen Arbeitsbegriff“ nicht herum, eben weil die menschliche Arbeit unter allen gesellschaftlichen Bedingungen, also auch unter kapitalistischen, Naturkraft bleibt und ihr Wert selbst zu einem Teil „natürlich“ bestimmt ist (physisches Minimum). Die Äußerung dieser Naturkraft, also, wie Marx es sagt, die Verausgabung von Muskel, Hirn etc. unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Kapitals, stellt sich dar zunächst in Ware, dann im Akt der Umsetzung und Verdoppelung im Geld, also in der verselbständigten Wertform. Sie lässt sich messen in Zeit (jede Arbeit, unabhängig von ihrer besonderen Art, lässt sich in Zeit messen! Die Zeit, die die verschiedenen Arbeiten dauern, ist eine ihrer wesentlichen Gemeinsamkeiten und im Kapitalismus ist Zeit Geld! Hier irrt Postone nicht!). Die Verallgemeinerung der Wertform in einer gegebenen Gesellschaft ist nicht zu haben ohne die Verallgemeinerung der Lohnarbeit, und sie ist Form der Werts substanz Arbeit. Geld repräsentiert Arbeit, stellt sie als Wertform dar! Und quantifizieren lässt sich das auch, denn der Mehrwert ist und bleibt das Wesentliche, worum es im Kapitalismus praktisch geht. Was wäre auch der Mehrwert ohne quantitative Differenz zwischen Wert und Mehrwert? Auch nur eine „gegenständliche Reflexion“? Damit könnte das Kapital schlecht leben!

Über technische und organische Zusammensetzung von Kapital

Michael Heinrich kommt zu dem Ergebnis:

„Als quantitativ bestimmte Kategorie macht die technische Zusammensetzung keinen Sinn: es ist nicht nur empirisch, sondern vor allem begrifflich unklar, wann eine technische Zusammensetzung gestiegen oder gefallen ist.“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 316)

Obwohl im Kapitalismus doch sehr offensichtlich sich alles letztlich um die Quantität dreht (Arbeitszeit, Kosten, Gewinn, etc.) kommt der Autor auch im Falle der technischen Zusammensetzung, wie schon bei der Frage der Werts substanz, auf den Punkt der „nicht Quantifizierbarkeit“. Ist es wirklich möglich, eine gesellschaftliche Produktionsweise, in der alles sich um die Quantität dreht, rein „qualitativ“ (Wertform) zu kritisieren? Diese Frage lasse ich mal so stehen, und werde stattdessen versuchen, die „technische Zusammensetzung des Kapitals“ empirisch (beispielhaft) und begrifflich genauer zu bestimmen.

Es geht um die „Masse an Produktionsmitteln“ im Verhältnis zur Arbeitsmenge. Zunächst allerdings nur in Bezug auf das fixe konstante Kapital, also Maschinen etc.. Ich folge Michael Heinrich, wohl wissend, dass für die Wertzusammensetzung des Kapitals auch das zirkulierende konstante Kapital, also Werkstoffe, Halbfertigprodukte etc., die in der Produktion weiterverarbeitet werden, Berücksichtigung finden müssen. Die aus der erhöhten technischen Zusammensetzung sich ergebende Erhöhung der Wertzusammensetzung ist aber von besonderer Bedeutung, wie ich später noch zeigen will.

Die Marxsche Argumentation hält Michael Heinrich nur eingeschränkt für „plausibel“, etwa wenn eine Spinnmaschine mit 2 Spindeln, durch eine Spinnmaschine mit 8 Spindeln ersetzt wird. Seiner Meinung nach schwindet diese Plausibilität „bei grundlegenden technologischen Veränderungen“. (Die Wissenschaft vom Wert, S. 316)

Beim Begriff der „technischen Zusammensetzung“ geht es allein um die Gebrauchswertseite des Produktionsprozesses, also um die konkrete Arbeit, konkrete Arbeitsprozesse und nicht um menschliche Arbeit schlechthin. Es macht also auch keinen Sinn, sie ad hoc übergreifend bestimmen zu wollen. Wir können sie nur in jedem einzelnen Arbeitsprozess nachweisen. Die

Erhöhung der technischen Zusammensetzung von Arbeitsprozessen ist Ausdruck der Produktivkraftentwicklung und in soweit ein allgemeines Phänomen, dass aber in jeder Branche und in jedem Arbeitsprozess andere Formen annimmt.

Michael Heinrich meint:

„Allein schon der Vergleich verschiedener Produktionsmittelmengen der Masse nach betrachtet ist eine Unmöglichkeit, sofern es sich nicht um Güter derselben Art handelt. Was ist eine größere „Masse von Produktionsmitteln“: eine Dampfmaschine plus x Zentner Kohlen oder ein Dieselmotor plus y Liter Dieselloil?“ (Die Wissenschaft vom Wert, S.316)

Die Frage so gestellt, kann das Ergebnis natürlich nur ein Achselzucken sein. Es macht überhaupt keinen Sinn, die Frage nach der „Masse von Produktionsmitteln“ so zu stellen. Die Frage war die, nach dem Verhältnis zwischen einer Masse an Produktionsmitteln und der Arbeitsmenge. Bleiben wir also bei der Dampfmaschine und dem Dieselmotor und schauen uns einen Arbeitsprozess an, in dem sie angewendet werden. Nehmen wir eine Dampflokomotive und eine Diesellokomotive, die einen Güterzug ziehen. Auf der Dampflokomotive waren in aller Regel zwei Personen aktiv: der Lokführer und der Heizer. Auf der Diesellokomotive war/ist nur noch der Lokführer erforderlich. Ferner: Die Diesellokomotive ist zu mehr Leistung (PS oder kW) fähig. Sie kann schneller fahren und/oder mehr Güterwaggons ziehen. Das Betanken geht schneller etc. Im Resultat läuft das immer auf das gleiche hinaus: Die Diesellokomotive kann mit mehr Gütern schneller am Ziel sein. Sie wird nicht nur von einer Person weniger bedient, die Person wird auch schneller wieder frei, um eine andere Lokomotive zu fahren oder dieselbe Lokomotive erneut in Bewegung zu setzen, was auf das gleiche hinausläuft. Der Diesellokführer kann in jeder Beziehung eine größere Masse Produktionsmittel in Bewegung setzen.

Weiter:

Für die empirische Plausibilität muss mensch wirklich die einzelnen Branchen und ihre Produktionsprozesse kennen und beschreiben. Ich könnte jetzt anfangen, verschiedene Produktionsprozesse im Maschinenbau und im Anlagenbau durchzusprechen (Einsatz von Werkzeugmaschinen, Einsatz von Steuerung und Programmierung, Automation in der Verfahrenstechnik) die ich am besten kenne. Das würde eine „never ending story“ der Erklärung, weil ich glaube, dass die meisten, die Michael Heinrich gelesen haben, sich in diesen Bereichen nicht auskennen. Ich werde mich auf ein Beispiel beschränken.

Anfang der 80iger Jahre arbeitete ich als Einrichtungs- und Reparaturschlosser in einer Flanschenfabrik. Deren mechanische Werkstatt war vollgestopft mit Drehautomaten, NC-Drehmaschinen und Bohrautomaten. Alles sogenannte Einzweckmaschinen. Dann kam die erste CNC-Drehmaschine. Auch sie hatte nur eine Arbeitsspindel, keine Aufstockung von 2 auf 8, dafür aber einen Werkzeugkopf für Drehmeißel, Bohrer, Reibahlen, der in Windeseile aus einem Magazin sich die unterschiedlichsten Werkzeuge griff, um damit den Werkstoff zu bearbeiten. Eine Person konnte in einer gegebenen Zeit eine größere Masse an Produktionsmitteln (hier Werkzeuge) zum Einsatz bringen und damit in rascher Folge die unterschiedlichsten Arbeitsvorgänge ausführen. Selbstverständlich war dies nur möglich mit Hilfe der Integration des Computers und der entsprechenden Programmiermöglichkeiten (noch ein Produktionsmittel mehr). Was den Wert anbetrifft, so sei hier nur kurz erwähnt, dass diese CNC-Maschine deutlich teurer war als die Einzweckmaschinen. Im Arbeitseinsatz mit den ebenfalls sehr teuren Werkzeugen, wurde die in Bewegung zu setzende Wertmenge noch größer.

Hier handelt es sich wie gesagt nur um ein Beispiel, aber der Kundige weiß, dass dieser Einsatz von CNC-Maschinen überall in der Industrie vonstatten ging.

„Monetäre Werttheorie“

Ich könnte fortfahren mit dem Einsatz von Bearbeitungszentren, von Automaten, etwa Schweißautomaten in der Autoindustrie, Ersatz von Handventilen durch Ventile mit Steuerkopf in verfahrenstechnischen Anlagen etc. Überall ergibt sich das gleiche Bild: Es mehren sich die zum Einsatz kommenden Produktionsmittel pro Beschäftigten und die Ausrüstung jedes Einzelarbeitsplatzes wird dadurch teurer. Überall wächst sich der Einsatz neuer Technologie, neuer Maschinen zu einem Maschinensystem aus, das auch dann teurer ist als die ersetzten Einzelmaschinen, die vorher im Einsatz waren, wenn ihre einzelnen Komponenten immer billiger werden.

Diesen Prozess kann man aber auch im privaten Haushalt nachvollziehen, also abseits der Wertproduktion selbst.

Im zarten Alter von 56 kann ich mich noch sehr gut erinnern an private Haushalte ohne Wasch- und Geschirrspülautomat. Wäsche wurde von Hand gewaschen und Geschirr wurde von Hand gespült. Diese Art der Arbeit ließ es nicht zu, dass die Hausfrau (holla, wir leben immer noch im Patriarchat!) gleichzeitig die Produktionsmittel bediente, die zur Essensvorbereitung benutzt wurden (Messer zum Kartoffel schälen, etc.) und die Wäsche im Trog wusch. Das musste nacheinander geschehen.

Mit der Einführung von Wasch- und Geschirrspülautomat wurde die Hausfrau „multitasking-fähig“. Sie konnte etwa gleichzeitig die Wäsche waschen und all die Produktionsmittel betätigen, die der Essensvorbereitung oder der Reinigung der Wohnung dienen. Das gleiche gilt natürlich für die Einführung des Geschirrspülautomaten.

Wie gesagt, mit Wertproduktion hat das alles nichts zu tun, aber damit auch die „technische Zusammensetzung“ zunächst nichts zu tun. Wir halten lediglich begrifflich fest, dass in der gleichen Zeit durch menschliche Arbeitskraft (Arbeitsmenge) eine größere „Masse an Produktionsmitteln“ betätigt werden kann und, dass es sich hier um einen „grundlegenden technologischen Wandel“ gehandelt hat. (Es versteht sich von selbst, dass Geschirrspülautomat oder Waschmaschine deutlich teurer sind, als die Produktionsmittel, die bei manueller Erledigung benutzt werden.)

Jetzt aber will ich mich konzentrieren auf PCs im besonderen und IT-Investitionen im allgemeinen. Das ist heute „in“, da kann man eine Menge voraussetzen und Michael Heinrich führt ja den PC ausdrücklich an (S. 321 ... und natürlich geht es auch hier nicht primär um Quantität, sondern um Qualität - der PC sei „leistungsfähiger“ und billiger geworden), um zu demonstrieren, dass die Wertzusammensetzung des Kapitals nicht gesetzmäßig erhöht wird.

Um Michael Heinrichs Argumentation begegnen zu können, muss ich allerdings den Erfahrungsbereich des Heimanwenders und auch des Autors, der den PC eigentlich nur als verbesserte Schreibmaschine nutzt, verlassen und seine industrielle Anwendung ins Spiel bringen.

Ich arbeite als technischer Redakteur mit „Sonderaufgaben“, die mir einigen Einblick verschaffen. Zunächst bleibe ich bei der reinen technischen Dokumentation. Ich muss Dokumente erzeugen, in denen Texte, Tabellen, Pixel- und Vektorgrafiken, Diagramme, etc. zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefügt werden, die mittlerweile Teil des Produkts (Maschine oder Anlage) sind und als produktive Arbeit verbucht werden. (Das will ich nicht weiter erläutern). Um dies alles leisten zu können, benötige ich eine entsprechende Hard- und Software. Auf der einen, wie auf der anderen Seite sind Schnittstellen zwischen verschiedener Hard- und Software erforderlich. (Hardware: Scanner, Drucker etc.; Software: vor allem Filter für den Datenaustausch zwischen verschiedenen Programmen.) Es handelt sich um einen Einzelarbeitsplatz,

eine Feststellung, die wichtig ist später für den Wertzusammensetzung des Kapitals.

Während meiner Ausbildung, Anfang der 90iger Jahre, war des zentrale Produktionsmittel ein 486er PC mit einem Arbeitsspeicher von 16 MB, mit Windows 3.11 als Betriebssystem. Während dieser Zeit sollten wir eine Zeitschrift für die Druckstufe erzeugen, die alle die oben genannten Dateitypen enthält. Es war eine Katastrophe und kostete uns wegen der ständigen Abstürze manche Nachtstunde, um fertig zu werden. Die einzelnen Programme und die Geräte der Peripherie konnten nur nacheinander genutzt werden.

Als ich „meinen“ ersten Arbeitsplatz im Maschinenbau „besetzte“, kam ein PC mit Pentium I Prozessor, einem etwas größeren Arbeitsspeicher und Windows 95. Benutzte Programme (Produktionsmittel im engeren Sinne) waren Microsoft Office, Pagemaker, CorelVentura, Graphic-suite CorelDraw etc. „Multitasking“ war zwar versprochen, aber in der Realität reihte sich auch hier ein Systemabsturz an den anderen, was Anspannung und Stress bei termingebundener Arbeit immens erhöhte.

Heute arbeite ich in einem Betrieb des Anlagenbaus mit einem PC, der über einen Pentium IV Prozessor mit 2,3 Ghz Taktfrequenz (Quantität! Die Geschwindigkeit der CPU wird durch die Integration von immer mehr Schaltkreisen erhöht! Schaltkreis als Produktionsmittel!), Arbeitsspeicher von 512 MB (Quantität!) verfügt. Das Betriebssystem ist Windows 2000 (32 Bit im Gegensatz zu 16 Bit vorher, Quantität! Erhöhung der Busbreite, Bus als Produktionsmittel!) und herauskommt ein qualitativ „leistungsfähigeres“ Produktionsmittel. Ich kann jetzt all die verschiedenen Software-Produktionsmittel im „Multitasking-Betrieb“ nutzen, die vorher gnadenlos Abstürze erzeugt hätten! Ich kann in einer bestimmten Arbeitszeit (Arbeitsmenge) eine größere „Massen an Produktionsmitteln“ (ja, dazu gehören auch ICs und die Leiterbahnen des Busses!) benutzen. Systemabstürze kenne ich kaum noch, was auch ein entspannteres Arbeiten ermöglicht (man muss nicht ständig sichern).

Um mich nicht zu sehr in technischen Details zu verlieren, werde ich darauf verzichten, aufzuzeigen, das alle qualitativen Veränderung am PC sich in ganz bestimmte quantitative Veränderungen auflösen lassen. (Ich kann ja später noch was nachlegen.)

Bis hierher habe ich die Entwicklungen an einem Einzelarbeitsplatz mit einem einzelnen PC beschrieben. Da ich bei uns auch einen großen Teil des Software-Supports leiste, könnte ich ähnliche Prozesse an jedem einzelnen Arbeitsplatz aufzeigen.

Jetzt will ich mich aber der auf dieser veränderten technischen Zusammensetzung aufsetzenden Wertzusammensetzung zuwenden. Michael Heinrich stellt ja lediglich fest, dass „neue, leistungsfähigere Computer“ billiger geworden sind. Das ist richtig. Aber was ist damit über die Wertzusammensetzung eines Kapitals gesagt? In der Industrie ist jeder PC eine Workstation des Netzes. Mit der Einführung der PCs entwickelte sich ein „Maschinensystem“, (Hier Informations- und Kommunikationssystem), das als Ganzes erhebliche Investitionssummen verschlingt, die um ein vielfaches über den Kosten einer traditionellen Büroausstattung liegt.

Fakt ist, dass das in IT-Technologie investierte Kapital in modernen Großunternehmen ständig zunimmt und dass dies mehr Lohnarbeitsplätze kostet als bringt. (Die Zahlen werde ich bei Bedarf noch nachreichen.) Ich werde das wiederum hier nur an einem Beispiel aus meiner Erfahrung illustrieren.

Auf Grund meiner Kenntnisse und Fertigkeiten war ich vor einiger Zeit in ein Investitionsvorhaben sozusagen beratend involviert.

Ausgangslage:

Dieselben Daten (technische Spezifikation von Anlagen-Komponenten) für das Engineering einer Anlage werden von verschiedenen Leuten mit verschiedenen Programmen immer wieder eingegeben (Angebotserstellung mit Word, Komponentenliste mit Excel, Fließbild der Anlage mit AutoCad). Eine Investition in CAE (Computer-Added-Engineering) sollte dieser „Arbeitskraftvergeudung“ ein Ende setzen.

CAE ist ein Instrument zur Erzeugung eines „intelligenten“ Fließbildes (Kernstück der Konstruktion einer verfahrenstechnischen Anlage). Wird an irgend einer Stelle eine Änderung vorgenommen, so wird diese Änderung überall übernommen, wo das nötig ist. Fehlermöglichkeiten durch Mehrfacheingabe werden reduziert. Darüber hinaus können die einmal eingegebenen Daten für verschiedene Dokumentausgaben (Angebot, Komponentenliste, etc.) genutzt werden.

Auch in diesem Fall läuft das Ganze auf folgendes hinaus:

1. Entweder die vorhandenen Arbeitskräfte, die bisher die Mehrfacheingabe der selben Daten leisten mussten, werden für andere Aufgaben frei
2. oder sie werden ganz einfach „überflüssig“.

Eine verringerte Arbeitsmenge setzt mit einer größeren Masse an Produktionsmitteln eine größere Menge an Geldkapital in Warenkapital um. CAE heißt nämlich nicht zuletzt, dass ein CAD-System (Produktionsmittel) mit einer Datenbank (einem weiteren Produktionsmittel) verbunden wird.

Dieses CAE-System ist aber bedeutend teurer als ein traditionelles CAD-System. Es hilft die Lohnkosten zu senken, aber das in Produktionsmittel ausgelegte Kapital steigt. Dabei wird alles „billiger“! Es verringert das in Lohn angelegte Kapital und erhöht das in Hard- und Software angelegte Kapital. (So wurde es in der Investitionskalkulation auf Basis verschiedener Angebote jedenfalls berechnet.)

Wenn Michael Heinrich schreibt:

„Bei der Maschinerie konzedierte er (Marx), dass zwar die einzelne Maschine billiger werden könnte, dass sich aber ein ganzes System der Maschinerie entwickle und der Arbeit gegenüberstehe, und dieses ganze System werde notwendigerweise teurer.“ (Die Wissenschaft vom Wert S. 321)

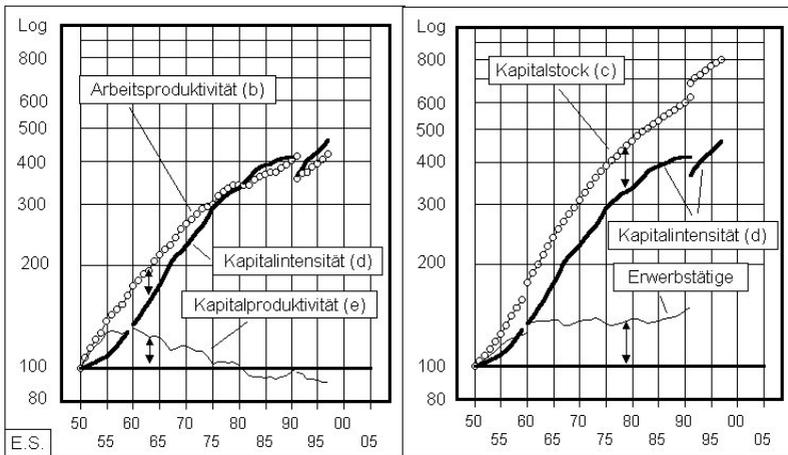
So kann ich dass vor dem Hintergrund meiner Erfahrung nur bestätigen, auch wenn es bei Marx nicht „belegt“ ist. Hinter dem einzelnen PC steht in der Industrie ein komplexes Netzwerk, mit Servern und wiederum diversen Software-Anwendungen für Administratoren. Den Hinweis auf den billigen Einzel-PC kann jedenfalls nur ein Heimanwender und Autor machen.

Diese Veränderungen habe ich überall dort beobachten können, wo ich gearbeitet habe, und wo investiert wurde. Sie drückt sich aus in der zunehmenden „Kapitalintensität“, also dem erhöhten Kapitaleinsatz pro Erwerbstätigen, die belegt ist besonders für das Wirtschaftswunderland Japan, wie auch für die Länder Westeuropas für die ganze Zeit nach dem 2. Weltkrieg.

Zum Beispiel Deutschland:

Kapitalintensität, die Faktoren Arbeit und Sachkapital sowie ihre Produktivitäten

Bundesrepublik Deutschland (a), 1950 = 100



Fußnoten im Text.

In den USA war schon vor Beginn der Nachkriegsprosperität Kapitalintensität und Produktivität sehr hoch und viel höher als in Japan oder Europa. Wenn in den USA schon seit längerem kein signifikanter Anstieg der Kapitalintensität mehr zu beobachten ist, so liegt dies meiner Meinung nach zuletzt an dem phantastischen „Beschäftigungswunder“ der „Dienstleistungsgesellschaft“ (was genauer zu untersuchen wäre). Unsanft werden die Menschen in die „Selbständigkeit“ für Dienstleistungen gedrängt, für die keine großen Maschinen und Maschinensysteme gekauft werden müssen (um Schuhe zu putzen, braucht Mensch nur Bürste, Lappen und Schuhcreme, für „hochentwickelte“ Dienstleistungen vielleicht nur einen PC mit einiger Peripherie, alles erschwinglich). Wäre in diesen Bereichen die Kapitalintensität nicht so bescheiden, würde das „Beschäftigungswunder“ ja auch überhaupt nicht funktionieren. Jedenfalls ist diese Art der „Dienstleistungsgesellschaft“ genauso ein Indiz für das Versagen des Kapitals, wie die hohe Lohnarbeitslosigkeit in europäischen Ländern. Um es in der Sprache der Ökonomen auszudrücken, wie sie es gegen den Realsozialismus „erkannt“ hatten: Beim dienstleistungserischen „Beschäftigungswunder“, besonders in der Form der „Selbständigkeit“, handelt es sich um „verdeckte Lohnarbeitslosigkeit.“ Es handelt sich um ein „Beschäftigungswunder“, dass auf dem Versagen des Kapitals beruht, weil eine große Anzahl von Menschen keine Lohnarbeit mehr finden kann. (Unsere sauberen Ökonomen hatten ja dem Realsozialismus immer „verdeckte Lohnarbeitslosigkeit“ vorgeworfen, weil die bestehenden „Beschäftigungsverhältnisse“ nicht profitabel seien. Wenn nun in Folge ungenügender Profitabilität des Kapitals Menschen in eine oft erbärmliche „Selbständigkeit“ gezwungen werden, dann ist das nichts anderes.)

Zunehmende Kapitalintensität heißt, erhöhte Wertzusammensetzung. Wie ich ansatzweise gezeigt habe, lässt sich das auf die erhöhte technische Zusammensetzung des Kapitals zurückzuführen, also das Verhältnis der Masse der Produktionsmittel zur angewandten Arbeitskraft.

In der eingefügten Grafik wird auch deutlich der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Es wird also jener Faktor angesprochen, der über die Erhöhung der Mehrwertrate den Fall der Profitrate kompensieren oder die Profitrate erhöhen soll. Ob sich aber die steigende Arbeitsproduktivität

in einer Erhöhung der Mehrwertrate niederschlägt, dass hängt auch von der Entwicklung der Lohnsumme und Anzahl der Beschäftigten, den Lohnstückkosten etc. ab und darüber entscheidet wieder der Markt und nicht zuletzt der Klassenkampf. **Interessanter Weise verlässt Michael Heinrich bei der Verfolgung der Mehrwertrate seinen eingeschlagenen Weg, dass sich alles letztlich auf dem Markt entscheidet.** Es wird vielmehr unterstellt, dass die produktionsseitig erzeugte Steigerung der Arbeitsproduktivität sich unvermittelt niederschlägt in einer Erhöhung der Mehrwertrate.

Tendenzieller Fall der Profitrate und Krise des Kapitals

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist weit mehr als das, wofür Michael Heinrich es hält. Es ist die Probe aufs Exempel ob und wie das Wertgesetz sich durchsetzt. Der Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertung in Produktion und Zirkulation muss sich ausdrücken in steigender Mehrwertrate und tendenziell sinkender Profitrate. Wenn allerdings der Wert selbst schon als bloß „gegenständliche Reflexion“ verkannt ist, die Wertsubstanz und damit deren Größenveränderungen als Fehlinterpretation beiseite gelegt sind, dann fragt es sich, warum Michael Heinrich sich überhaupt noch mit dem Fall der Profitrate und ihrem Verhältnis zur Mehrwertrate beschäftigt. Schließlich geht es bei beiden um die Größenveränderungen von Wert und Mehrwert, um die Größenverhältnisse von notwendiger bezahlter Arbeit zur unbezahlten Mehrarbeit. Mit bloß „gegenständlicher Reflexion“ kann und braucht man eigentlich zur Mehrwertrate keinerlei begründete Aussage mehr machen. Durch seine Ausführungen zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate macht er im Grunde deutlich, dass es für ihn kein „ökonomisches Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ gibt. Alles kann, nichts muss sein.

In Michael Heinrichs Verfahren der Kritik ist mir folgendes aufgefallen:

Immer mal wieder konzediert er Marx, dass der „Augenschein“ für ihn spräche, dass einzelne Argumente plausibel klängen (Entwicklung der Maschine zum Maschinensystem etc.) Diesen „Augenschein“ der Empirie, der bei Marx als logischer innerer Zusammenhang verschiedener Phänomene angesprochen wird, wird in seine Einzelteile zerlegt und jede Erscheinung für sich genommen und am Ende für zufällig erklärt (kann sein, kann auch nicht sein). Die Marxsche Theorie wird dabei ebenso in Schritten zerlegt, wie die Erscheinungen des Kapitals selbst.

Erst ist die einzelne Ware nur noch Gebrauchsgegenstand, dessen Produktion rein technischer Arbeitsprozess und nicht zugleich Verwertungsprozess. Weil die Verwertung nur noch eine Sache des Marktes ist, kann die produzierte Ware keine Werts substanz enthalten. (Wert als bloß „gegenständlicher Reflex“)

Dann wird der technische Arbeitsprozess vorgenommen und zunächst der Begriff der technischen Zusammensetzung in seiner Aussagefähigkeit in Frage gestellt, sowie daran anknüpfend der Begriff der organischen Zusammensetzung der Kapitals (Wertzusammensetzung technisch bestimmt). Vom allgemeinen Gesetz der Kapitalakkumulation bleibt so auch nicht viel übrig. („Dass diese industrielle Reservearmee, wie von Marx behauptet, langfristig zunehmen muss, lässt sich jedoch nicht behaupten.“ Die Wissenschaft vom Wert, S. 324)

Schließlich und endlich – und darin fasst sich alles zusammen – gerät das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate - als Ausdruck der widersprüchlichen Durchsetzung des Wertgesetzes, indem der unlösbare Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertung hervortritt, das Kapital selbst zur Schranke seiner Verwertung wird – auf die Abschlussliste.

Die Marxsche Absicht, mit seiner Kapitalkritik zugleich das „ökonomische Bewegungsgesetz“

der bürgerlichen Gesellschaft herauszuarbeiten verliert sich im Sande. Davon bleibt so gut wie nichts übrig. Eine letztlich beeindruckende Bilanz der Demontage der Kritik der Politischen Ökonomie.

Michael Heinrich schreibt:

„Daß im Verlauf kapitalistischer Entwicklung die Mehrwertrate steigt, ist klar.“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 331)

und weiter:

„Soll nun gezeigt werden, dass die Profitrate eine Tendenz zum Fallen hat, müsste nachgewiesen werden, dass zumindest langfristig die Wertzusammensetzung schneller steigt, als die Mehrwertrate.“ (ebenda S. 331)

Was er nicht diskutiert, ist, wie es zu einer Steigerung der Mehrwertrate kommt. Er unterstellt einfach, dass sich langfristig die gestiegene Arbeitsproduktivität automatisch in steigende Mehrwertrate umsetzt. Ich will im folgenden zeigen, dass die Mehrwertrate und Wertzusammensetzung sich auf unterschiedliche Art bilden und dass die Mehrwertrate zweifellos langsamer steigt als die Wertzusammensetzung. Ich will ferner zeigen, dass die Mehrwertrate nur dann die Profitrate wieder auf ein hohes Niveau für beschleunigte Kapitalakkumulation und Wachstum bringen kann, wenn der Fall der Profitrate zu bestimmten Ergebnissen geführt hat.

Lange habe ich überlegt, wie ich meine Kritik an Michael Heinrichs Position zum Fall der Profitrate anlegen soll und mich bei meinen Formulierungsversuchen immer wieder vergaloppiert, mich selbst in Fehler verstrickt (so ist das, wenn man sich in rein begrifflicher und formaler Logik verliert statt die begriffliche Logik aus Logik der gesellschaftlichen Entwicklung herzuleiten. Dies ist wohl der 10. Versuch nach wiederholter Recherche). Denn eins ist klar, leicht ist das Problem nicht. Im Gesetz der tendenziellen Falls der Profitrate spiegeln sich sozusagen alle Widersprüche des Kapitals wieder.

Dann bin ich bei erneuten Recherchen auf die Kritik von Henning Wasmus und die Erwiderung von Michael Heinrich gestoßen. Da ich den Beitrag von Henning Wasmus (er befindet sich im Anhang) für ausgezeichnet halte, werde ich daran und an Heinrichs Antwort anknüpfen.

Zur Verteidigung seiner Position schreibt Michael Heinrich:

„Der zentrale Fehler von Wasmus (und vielen anderen) besteht darin, dass sie aus der Voraussetzung einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals weiter schließen, dass ein Kapital gegebener Größe eine immer kleiner werdende Zahl von Arbeitskräften beschäftigen würde. Steigende Wertzusammensetzung bedeutet, dass die Zusammensetzung $c = 50$ und $v = 50$ z.B. auf $c = 80$ und $v = 20$ und weiter auf $c = 90$ und $v = 10$, $c = 95$ und $v = 5$ und immer so weiter wachsen kann. Ob aber ein v mit Wert 5 weniger Arbeitskräfte bezahlt wie ein v mit Wert 50, oder ob das v mit Wert 5 genauso viele (oder vielleicht sogar mehr) Arbeitskräfte beschäftigt wie früher ein v im Wert von 50, hängt davon ab, wie sich der Wert der Arbeitskraft entwickelt. Ist der Wert der Arbeitskraft auf $1/10$ seines alten Werts gesunken, dann werden von einem v der Größe 5 genauso viele Arbeitskräfte beschäftigt wie früher von einem v der Größe 50. Aus einer beliebig steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals, also einem beliebig klein werdenden Anteil von v am Gesamtkapital, kann somit nicht geschlossen werden, dass auch die Zahl der Arbeitskräfte, die ein gegebenes Kapital beschäftigt, beliebig klein wird - dies ist aber genau der Fehlschluss von Wasmus.“ (Nachzulesen auf der Internetseite von Michael Heinrich)

„Monetäre Werttheorie“

Um der Argumentation von Michael Heinrich entgegenzutreten, wonach ein kleineres v genau so viele oder gar mehr Arbeitskräfte beschäftigen könnte wie zuvor ein größeres variables Kapital, wenn nur der Wert der Ware Arbeitskraft entsprechend sinke, nehme auch ich zunächst den „Augenschein“ für mich in Anspruch. Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist der konjunkturelle Zyklus, in dessen widersprüchlichen Verlaufsformen sich das Wertgesetz Geltung verschafft. (Ich beziehe mich dabei auf die ebenso beeindruckende, wie monströse Arbeit – ca. 1000 Seiten - von Stephan Krüger aus dem Jahr 1986 „Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation, Langfristige Entwicklung und konjunktureller Zyklus und“, erschienen im VSA-Verlag und leider, leider nicht mehr erhältlich.) Ich verlasse damit die Logik und Kunst des Bruchrechnens, von der ich bestimmt weniger verstehe als Michael Heinrich und wende mich der Logik realer Entwicklung zu. Den Verlauf des Zyklus kann ich hier nur sehr vereinfacht, im idealen Durchschnitt, auf der Basis der ausführlichen Analyse von Krüger skizzieren.

Im industriellen Zyklus drückt sich beides aus:

- die von Marx betonte relative Unabhängigkeit von Preis und Wert, das Abweichen des Preises vom Wert (Konjunkturaufschwung mit den dafür typischen inflationären Prozessen)
- die Bestimmung des Preises durch den Wert, die Durchsetzung des Wertgesetzes (Konjunkturabschwung und Krise mit den dafür typischen deflationären Prozessen)

In diesen Momenten kommt ferner zur Geltung der widersprüchliche Charakter der Produktivkraftentwicklung selbst, die sich sowohl ausdrücken kann

- in der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung einer bestimmten Quantums an Waren (an der Zirkulationsoberfläche ausgedrückt in Preissenkung der Waren, auch der Ware Arbeitskraft bei nachlassender Nachfrage und Umsatzrückgang)
- wie in der Vermehrung und Vervielfältigung des Warenangebots (an der Zirkulationsoberfläche ausgedrückt in Anhebung der Preise bei steigender Nachfrage und Umsätzen)

Als Einstieg in meine Kurzdarstellung wähle ich die Krise, also die Schaffung von besseren Verwertungsbedingungen, die eine neue Expansion des Kapitals ermöglichen.

Der Aufschwung setzt ein mit der ausgedehnten Neuanlage von Kapital, Investitionen, die die technische Zusammensetzung erhöhen und die Arbeitsproduktivität steigern. Der Aufschwung setzt sich fort mit steigender Nachfrage nach Waren aller Art und wachsenden Umsätzen und Profiten (Anstieg auch der Profitrate). Mit steigender Produktion wächst auch die Nachfrage nach Arbeitskraft, was abhängig von den genaueren Umständen, auch zu Preiserhöhung der Ware Arbeitskraft führen kann. Bis zum Höhepunkt der Konjunktur wird dieser Prozess begleitet von steigenden Preisen, also inflationären Prozessen, schnellere Geldzirkulation, Ausdehnung des Kredits, etc. (die gestiegene Arbeitsproduktivität drückt sich aus in der Vermehrung und Vervielfältigung des Warenangebots und –umsatzes. Sie setzt sich nicht unmittelbar um in allgemein sinkende Preise, die Preise weichen vom Wert ab).

Mit Überschreitung des Konjunkturhöhepunktes setzt die Gegenbewegung ein. Der Umsatz kann nicht weiter gesteigert werden, sondern bricht ein (dazu später mehr). Mit dem Umsatz sinkt der Profit (auch die Profitrate fällt). Im Kampf um Marktanteile beginnen die Preise zu fallen (deflationäre Prozesse, die gestiegene Arbeitsproduktivität drückt sich jetzt aus in sinkenden Preise, das Wertgesetz setzt sich durch). Eine wachsende Zahl von Betrieben schreibt ro-

te Zahlen, die Zahl der Pleiten nimmt zu und ebenso die Zahl der Unternehmen, die zwar weiterexistieren, aber um den Preis von Entlassungen. Diese Entwicklung hält an, bis der Tiefpunkt der Krise erreicht ist. Der Umsatz ist heruntergefahren, aber mehr noch ist die Lohnsumme (variables Kapital) gesunken (durch Entlassungen und Lohnsenkungen) Am Ende der Krise sind alle Preise gesunken und mit ihnen ist die Zahl der beschäftigten LohnarbeiterInnen gesunken. Das Niveau der Beschäftigung liegt unterhalb des Ausgangsniveaus zu Beginn des Zyklus (ein Kapital beliebiger Größe beschäftigt jetzt weniger LohnarbeiterInnen, als ein gleich großes Kapital zu Beginn des Zyklus).

Das Kapital ist jetzt kleiner als im Konjunkturmehrwert, aber es ist größer als zu Beginn des Zyklus, was immer seine Größe sei (lässt sich annäherungsweise am BIP ablesen) Erst jetzt hat sich die zu Beginn des Zyklus erhöhte technische Zusammensetzung in eine der gestiegenen Arbeitsproduktivität entsprechende Wertzusammensetzung umgesetzt, die sich auf die Profitrate wie folgt auswirkt: war sie während des Abschwungs kontinuierlich gesunken, so steigt sie jetzt wieder an. Das Niveau aber, von dem aus sie steigt, ist niedriger als das zu Beginn des Zyklus. Zyklusübergreifend ist die Profitrate gefallen. Das muss so sein, wenn v im Verhältnis zu c auf Grund erhöhter technischer Zusammensetzung gesunken ist. (vergl. dazu Wasmus im Anhang und meine noch folgenden Ausführungen zur Wertzusammensetzung und Mehrwertrate) Stefan Krüger kommt in seiner umfassenden Untersuchung außerdem zu dem Ergebnis, dass die Akkumulationsrate des produktiven Kapitals sich allmählich der Profitrate anpasst. Sie sinkt ebenfalls tendenziell, wodurch sich das Anlage suchende Geldkapital beschleunigt vermehrt und die Spekulation jeder Art begünstigt.

Im Konjunkturaufschwung kommt die Tendenz des Kapitals zum Ausdruck, die Produktivkraft der Arbeit absolut, unabhängig von den Grenzen der Verwertung von Wert zu entwickeln (Preis und Wert weichen sozusagen systematisch voneinander ab, Produktion auf Teufel kommt raus, Hauptsache wachsender Umsatz, etc.). Im Konjunkturabschwung werden der Produktivkraftentwicklung die Grenzen gezogen, das Gesetz des Wertes verschafft sich Geltung (Rückführung der Preise auf den Wert, Einschränkung der Produktion, Hauptsache Kostenreduzierung, etc.)

Soweit meine kurze Beschreibung, die sich selbst in den verquerten Zahlen ökonomischer Statistik, in denen ständig Katzen und Mäuse als Tiere gleicher Art zusammengezählt werden (Unternehmer und Arbeitnehmer als „Erwerbstätige“ etc.) wiederfinden lassen.

Warum ein kleineres variables Kapital (bei Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft) nicht ohne weiteres gleichviel oder mehr Arbeitskräfte kaufen kann, wie das größere variable Kapital vorher

Michael Heinrichs Argumentation läuft auf eine theoretische Begründung für das raus, was alle möglichen „wohlmeinenden“ Ökonomen vorschlagen. Das Kapital möge doch bitte **bei sinkenden Umsätzen, im Konjunkturabschwung** die Löhne senken und dafür **mehr Leute einstellen**, dann würden auch die Profite wieder sprudeln. Wenn mit einem verringerten variablen Kapital mehr Leute beschäftigt werden sollen, dann müssen die Löhne purzeln. Anders jedenfalls ist das von ihm für möglich gehaltene rechnerische „Beschäftigungswunder“ nicht zu bewerkstelligen.

Das mit dem Purzeln der Löhne hat aber seine Tücken. Seine Möglichkeit hängt ab vom Angebot, also vom Umfang der bereits bestehenden und sich vergrößernden industriellen Reservearmee und vom Klassenkampf (dazu gleich mehr). Etwas weniger Tücken haben die Entlassun-

gen, zumindest wenn man an das gesellschaftliche Gesamtkapital denkt. Pleiten, Unternehmenszusammenbrüche hängen nicht von Verhandlungskompromissen und Klassenkämpfen ab. Sie sind Ausdruck purer ökonomischer Notwendigkeit und ganz unvermeidlich, selbst wenn einige meinen, man könne jeden Arbeitsplatz durch Kampf erhalten. Die Pleiten verringern die Zahl der Beschäftigten des Gesamtkapitals. Sie sind Ausdruck der sinkenden Durchschnittsprofitrate des Gesamtkapitals. **Um dies zu verhindern müssten die überlebenden Einzelkapitale im Konjunkturabschwung immer mehr Leute bei sinkenden Löhnen einstellen.** Stattdessen entlassen auch sie! Man schaue sich die Entwicklung der Unternehmenszusammenbrüche und die Entwicklung der Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten an und wird unschwer feststellen, dass der „Augenschein“ nicht gerade für die Bruchrechenlogik von Michael Heinrich spricht.

Anders verhält es sich mit den Löhnen in den Betrieben, die Abschwung und Krise überleben. Über die Lohnhöhe bestehen kollektive und individuelle Verträge zwischen den Kontrahenten. Sie können nicht einseitig mit einem Federstrich gekürzt werden. Ohne Ärger, Auseinandersetzung und Kompromiss geht das nicht. Das Ausmaß, in dem Löhne gesenkt werden können, hängt letztlich vom Überangebot an menschlicher Arbeitskraft ab, nur darüber setzt sich der ökonomische Zwang zum Senken des Preises der Ware Arbeitskraft und damit zur Anpassung auch dieses Preises an den neuen Wert durch. Unbewusst arbeitet das Kapital daran, diesen ökonomischen Zwang von Zyklus zu Zyklus zu erhöhen, solange, bis wieder Verwertungsbedingungen entstanden sind, wie etwa nach dem 2. Weltkrieg. Doch auch dazu gleich mehr.

Warum die Mehrwertrate langsamer steigt als die Wertzusammensetzung des Kapitals – Besonderheiten des Wertes der Ware Arbeitskraft und des fixen konstanten Kapitals

Immer wieder betont Michael Heinrich, dass man über die Geschwindigkeit, in der sich Wertzusammensetzung und Mehrwertrate entwickeln, keine begründete Aussage treffen könne. Man kann aber durchaus begründen, warum sich die Mehrwertrate langsamer entwickelt als die Wertzusammensetzung, wenn man sich etwas näher mit den Besonderheiten des Wertes der Ware Arbeitskraft und des fixen konstanten Kapitals im Kontext des industriellen Zyklus beschäftigt.

- Grundsätzlich gilt für die Ware Arbeitskraft, wie für alle anderen Waren, dass sich das Gesetz des Wertes erst vermittels des Wechselspiels von Angebot und Nachfrage im industriellen Zyklus durchsetzt. Konkret heißt das, dass erst bei „Überproduktion“ der Ware Arbeitskraft ihr Preis sinken kann, also die erhöhte Arbeitsproduktivität (in Gestalt der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit für die Produktion der Lebensmittel) sich im Sinken der Löhne umsetzen lässt. Die „Überproduktion“ der Ware Arbeitskraft ist nichts anderes als die Ausdehnung der industriellen Reservearmee, die von Zyklus zu Zyklus wächst. Die „Überproduktion“ von Ware Arbeitskraft braucht ihre Zeit.
- Anders als bei dem anderen Warenpöbel haben die Kapitalisten in puncto Preisfestsetzung keine uneingeschränkte Macht. Selbst wenn ein gewisses Maß an überzähliger Lohnarbeitsbevölkerung vorhanden ist, können sie nicht durch einseitige Entscheidung einfach die Löhne senken. Es gibt, wie bereits erwähnt, Verträge, die gekündigt und neu ausgehandelt und festgesetzt werden müssen. Ohne Auseinandersetzungen und Kompromisse geht das nicht. Das hält auf.

- Der Wert der Ware Arbeitskraft ist nach der einen Seite „naturalistisch“ bestimmt (Arbeitskraft als Naturkraft), das sich im physischen Minimum ausdrückt. Nach der anderen ist er rein gesellschaftlich bestimmt durch den Entwicklungsstand der Produktivkraft, der sich eben nicht nur ausdrücken kann in der Verkürzung der Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Quantums Ware, sondern auch in der Vermehrung und Vervielfältigung des Warenangebots. Zur Vervielfältigung des Warenangebots gehört auch der Umfang der Lebensmittel, die in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen. Es ist ganz offensichtlich (der „Augenschein“ trügt nicht), dass sich der Umfang der Lebensmittel, die in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingehen, im Fortgang von Produktivkraftentwicklung und Akkumulation steigert. Die Wirkungen der Produktivkraftentwicklung sind hier genau so widersprüchlich, wie bei den anderen Waren (auch hier macht zunächst steigender Umsatz von Lebensmitteln die Erhöhung des Preises der Ware Arbeitskraft wett). Mit der Entwicklung von Nachfrage und Umsatz steigen die Preise. Erst mit dem Umsatzeinbruch durch rückläufige Nachfrage setzt sich die andere Seite der Produktivkraftentwicklung durch, Senken der Preise auf ein Niveau, dass der verkürzten notwendigen Arbeitszeit entspricht oder sogar unterschreitet. Man kann das Steigen der Preise für die Ware Arbeitskraft interpretieren als ein Steigen über den Wert, oder man kann es verstehen als Steigerung des Wertes der Ware Arbeitskraft selbst, das Resultat ist immer das gleiche: **die Preise für Ware Arbeitskraft werden nicht unmittelbar durch die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung ihrer Lebensmittel bestimmt.** Diese Tendenz kann sich nur durchsetzen vermittels der überzyklisch aufgebauten und konsolidierten industriellen Reservearmee, was wiederum dauert.
- Unter Berücksichtigung dieser Faktoren, die den Wert der Ware Arbeitskraft betreffen, ist klar, dass sich die Mehrwertrate nicht im Verhältnis 1 zu 1 durch die Fortschritte in der Arbeitsproduktivität erhöhen lässt. Sie steigt langsamer als die Wertzusammensetzung des Kapitals. Letztere steigt vor allem in Folge der ausgedehnten Neuinvestition in Maschinerie (fixes konstantes Kapital) zu Beginn des Zyklus (Erhöhung der technischen Zusammensetzung, die sich direkt in einer Erhöhung der Wertzusammensetzung ausdrückt.). Der Umschlag dieses konstanten fixen Kapitals, dessen Wert allmählich im Lauf des physischen und „moralischen“ Verschleißes der Maschinerie in der Produktion auf das Produkt überragen wird, ist sozusagen die materielle Basis des Zyklus. Die erhöhte Wertzusammensetzung des Kapitals, soweit sei technisch bestimmt wird, ist mit den erfolgten Investitionen, der neuen Geldanlage, besiegelt. Erfolgreiche Mehrwertproduktion und entsprechender Umsatz von Ware in mehr Geld müssen den Vorschuss in eine rentierliche Anlage verwandeln. Die Steigerung der Mehrwertrate durch Reduzierung der Arbeitszeit, die die Lohnabhängigen auf ihre Reproduktion verwenden, ist mit der Investition keinesfalls erreicht, die Löhne sind nicht gefallen. Das muss auch nicht sein, um die Profitrate steigen zu lassen. Die Löhne können gleich bleiben oder sogar steigen, wenn nur der Umsatz in größerer Progression wächst. Jeder Zyklus bestätigt das. Die Gegenbewegung setzt mit dem Überschreiten des Konjunkturrhöhepunktes ein, mit nachlassender Nachfrage und rückläufigem Umsatz. Jetzt geraten die Löhne unter Druck, muss die Zeit, die die Lohnabhängigen für ihre eigene Reproduktion arbeiten, verkürzt werden, um der Verkleinerung des Gewinns, der sinkenden Rentabilität (gesamtgemeinschaftlich: dem Fall der Durchschnittsprofitrate) entgegen zu wirken. Das Gesetz des Wertes, dass die Preise regelt, entfaltet seine Wirkung. Es kann seine Wirkung aber nur entfalten in Abhängigkeit vom Ausmaß der bereits bestehenden industriellen Reservearmee und dem Umfang der

jetzt erneut einsetzenden „Überproduktion“ von Ware Arbeitskraft. Daraus ergibt sich, dass die Herausbildung einer höheren Mehrwertrate (Prozess der Anpassung des Preises der Ware Arbeitskraft an den Wert) in erster Linie nicht abhängig ist von der Arbeitsproduktivität, sondern der Größe der industriellen Reservearmee, die von Zyklus zu Zyklus größer wird und werden muss. (Bei Michael Heinrich führt dagegen die Erhöhung der Arbeitsproduktivität unmittelbar zum Senken des Wertes der Ware Arbeitskraft und ermöglicht so auf wundersame Weise, dass sich die Arbeitslosigkeit nicht vergrößern muss.) Dieser Prozess dauert länger, als die Einführung neuer Technologien, das Heraufsetzen der technischen Zusammensetzung des Kapitals. Erst im überzyklischen Durchschnitt kann daher auch die Mehrwertrate so stark steigen, dass sie den Fall der Profitrate nicht nur kompensieren kann, sondern sogar dafür sorgt, dass die Profitrate wieder auf ein extrem hohes Niveau gehoben wird, weit höher als in den Zyklen zuvor (neue Phase beschleunigter Akkumulation, wie nach dem 2. Weltkrieg). Dieser Punkt stellt sich aber erst dann ein, wenn die Kapitalakkumulation zu einer Situation geführt hat, wie sie sich nach Weltwirtschaftskrise, Depression und Weltkrieg anzutreffen war (das haben sogar ein paar kluge Kabarettisten verstanden). Mit anderen Worten der weitgehende ökonomische Zusammenbruch der Kapitalakkumulation (nicht des „Kapitalismus“, der bürgerlichen Gesellschaft, weil Privateigentum und der Staat mit seinem Militär, seiner Polizei etc. natürlich weiterbestehen und nicht automatisch zusammenbrechen) ist Voraussetzung für einer solche Steigerung der Mehrwertrate, die verlangt, dass der Preis der Ware Arbeitskraft auf ein Niveau gesunken ist, dass gerade mal das physische Minimum abdeckt. Langer Rede kurzer Sinn, die Mehrwertrate muss langsamer steigen als die Wertzusammensetzung und kann den Fall der Profitrate nicht verhindern. Das Gesetz bleibt in Kraft, praktisch wie theoretisch!

Exkurs zu diesem Punkt:

Investitionen gehen der Nachfrage nach Arbeitskraft voraus und bestimmen sie (begrenzend oder ausweitend), ob als Rationalisierungsinvestition oder Erweiterungsinvestition. Soweit es sich hierbei um Maschinen etc. handelt, ist der Wert „gebannt“, kann nur allmählich mit dem Verschleiß der Maschinen (physisch wie „moralisch“) auf das Produkt übertragen werden.

Das Kapital ist durch diese Investition größer geworden durch eine Vergrößerung seines fixen konstanten Teils. (Erhöhung der organischen Zusammensetzung)

Es hat damit nach der einen Seite seine Verwertungsbasis verbessert, in dem durch die erhöhte technische Zusammensetzung einer höhere Arbeitsproduktivität möglich ist. Damit sich diese höhere Arbeitsproduktivität in einer Erhöhung der Mehrwertrate ausdrücken kann, muss die Zeit, die die Lohnabhängigen für ihre eigene Reproduktion arbeiten, gekürzt werden und zwar nicht durch tatsächlich Verkürzung der Arbeitszeit, sondern durch Kürzung des Wertausdrucks der notwendigen Arbeitszeit, des Lohnes. Nur so ist sicher gestellt, dass die Lohnabhängigen weniger für ihre eigene Reproduktion und mehr für den Profit arbeiten. Es hängt jetzt also alles davon ab, wie sich das in Lohn ausgelegte variable Kapital entwickelt, wie viel Arbeitskraft dafür gekauft werden kann.

Senkt das Kapital nur die Lohnsumme durch Entlassungen, so bleibt die Mehrwertrate konstant, oder die verbliebenen LohnarbeiterInnen müssten intensiver und länger arbeiten, und zwar in angemessenem Verhältnis zur erfolgten Vergrößerung des konstanten Kapitals, um den Umsatz entsprechend zu vergrößern, den Ausfall ihrer KollegInnen zu kompensieren und

den Fall der Profitrate zu verhindern.

Tatsächlich ist die Annahme einer konstanten Mehrwertrate in der Marxschen Begründung nicht so wirklichkeitsfremd, wie sie manchem erscheint. Zyklus und historische Entwicklung beweisen vielmehr, dass die Löhne nicht mit den Investitionen purzeln. Die Verringerung der Lohnsumme durch Entlassungen muss erst den Fall der Löhne vorbereiten („Überproduktion“ von Ware Arbeitskraft, Aufbau einer industriellen Reservearmee). Die Mehrwertrate kann tatsächlich erst langfristig steigen, in dem Maße wie die Löhne der gewachsenen Arbeitsproduktivität angepasst werden. Durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Produkt der Investition einer gegebenen Summe Geldes in Maschinen etc. ist, sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft bloß potentiell. Real kann er erst sinken durch eine Reduzierung der Lohnhöhe.

(Das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit wäre geblieben) Erst wenn das Kapital die Löhne entsprechend der gestiegenen Arbeitsproduktivität senkt, kann es sicher stellen, dass jeder einzelne weniger Zeit für die eigene Reproduktion arbeitet und länger für den Profit des Kapitals. Es können dann mit verringerten variablen Kapital mehr Leute eingestellt werden, was den Fall der Profitrate, also die relative Abnahme der Mehrwertmasse verhindert.

Die technische Zusammensetzung und demzufolge Wertzusammensetzung erhöht sich also durch Investitionen zu gegebenen Preisen. Das in fixes konstantes Kapital angelegte Geld ist gestiegen, sein Wert hat zugenommen. Das variable Kapital, in Arbeitskraft investierte Geld, ist deshalb aber nicht automatisch gesunken. Zunächst nimmt es ja nur relativ ab, weil das konstante Kapital vergrößert wurde. Der Preis der Ware Arbeitskraft muss aber erst noch „gefunden“ werden, dessen Höhe eine „angemessene“ Mehrwertrate verspricht und so auch Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte ermöglicht.

Ich gebe zu, mit Bruchrechnen lässt sich diese Logik ökonomischer und sozialer Entwicklung kaum darstellen. Aber alles was ich hier beschrieben habe, lässt sich sehr schön selbst in den ökonomischen Statistiken wieder finden. Ob man das BIP nimmt, die Entwicklung der Lohnsumme, der Lohnquote, der Lohnstückkosten, die Entwicklung von Beschäftigung und Lohnarbeitslosigkeit, alle Zahlen lassen sich prima im Kontext der hier gemachten Ausführungen interpretieren, also sich in diese Art der Durchsetzung des Wertgesetzes annähernd wiederfinden, was im einzelnen zu beweisen wäre. (Eine kurze Skizze dazu folgt noch weiter unten.)

Wer einfach so tut, als könne mit einem verkleinerten variablen Kapital ohne weiteres eine wachsende Zahl von Lohnarbeitern beschäftigt werden und Wertzusammensetzung und Mehrwertrate könnten sich auf Grund der Logik des Bruchrechnens beliebig entwickeln, der wird mit dem „Augenschein“, nämlich der Logik und Realität des Zyklus, der prozessierenden Durchsetzung des Wertes und den sozialen Folgen so seine Schwierigkeiten haben. Aber es reicht ja offenbar, die Zufälligkeit der sozialen Folgen zu bemerken.

Eins ist jedoch auch klar. Das was Michael Heinrich als rechnerische Möglichkeit aufzeigt, den Preis der Ware Arbeitskraft so weit zu senken, dass mit einem verringerten variablen Kapital so viele LohnarbeiterInnen eingestellt werden können, dass die Folgen erhöhter technischer Zusammensetzung (erhöhte organische Zusammensetzung und Fall der Profitrate) kompensiert oder gar umgedreht werden können, dass ist nicht nur der Traum der Kapitalisten, daran arbeiten sie Hand in Hand mit der Politik. All ihre Anstrengungen verlaufen in eine Richtung: den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken, dass erreichte gesellschaftliche Niveau des Werts der Ware Arbeitskraft (historisch-moralisches Element des Werts der Arbeits-

kraft), dass ebenfalls wesentlich Produkt der Entwicklung der Arbeitsproduktivität ist, immer weiter in Richtung physisches Minimum zu drücken. In ihren Anstrengungen spiegelt sich nichts anderes wider als die objektive Gesetzmäßigkeit, die sich Geltung verschafft durch subjektives Befolgen der ökonomischen Logik. Es handelt sich um die vom Fall der Profitrate selbst erzeugte wesentliche Gegenteilstendenz, die sich vermittels der Handlungen von Kapitalisten und Politikern entfaltet. Solange der Endpunkt dieser Entwicklung nicht durch eine tiefgreifende Krise und Depression, vielleicht wieder ergänzt durch einen großen Krieg, erreicht ist, wird es keine Möglichkeit beschleunigter Akkumulation und damit einer längeren Aufschwungphase geben. Erst der Zusammenbruch der Kapitalakkumulation in einer großen Weltwirtschaftskrise wird ein gigantisches Arbeitslosenheer erzeugen, das gezwungen und vielleicht bereit wäre für einen Lohn zu arbeiten, der gerade das physische Minimum abdeckt. (Immerhin ist soziale Revolution auch möglich, wenn mensch sie dann will! Das hätte aber schon was mit Notwendigkeit zu tun und nicht nur mit der Kritikfähigkeit gebildeter Menschen.) Bis dahin wird die gegenwärtige Tendenz anhalten, nämlich mit jedem Zyklus die Zahl der Arbeitslosen zu vergrößern und überzyklisch das Niveau der Profitrate zu senken. Das wird begleitet sein von zunehmender Spekulation und Suche nach anderen Anlagemöglichkeiten, um dem Fall der Profitrate zu entfliehen. Es wird ferner begleitet sein mit zunehmender Flucht des Kapitals in Länder, in denen Ausbeutung zu Minimallohnen möglich ist, die kaum zum Überleben reichen. Womit wir schon wieder beim „Augenschein“ und dem Zusammenhang der Phänomene wären. Dies alles kann den großen Kladderadatsch einer gigantischen Weltwirtschaftskrise hinauszögern, wird ihn aber nicht verhindern.

Warum auch der Wert des zirkulierenden konstanten Kapitals langfristig steigen wird

Bis jetzt ging es nur um die Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und der daraus resultierenden Erhöhung der Wertzusammensetzung. Diese Erhöhung der Wertzusammensetzung bezog sich also nur auf das konstante fixe Kapital, nicht auf das zirkulierende. Auch über das zirkulierende konstante Kapital weiß Michael Heinrich nur zu berichten, dass der Wert seiner Komponenten langfristig sinkt. Der Wert sei eben ein gesellschaftliches Verhältnis und Punkt. Irgendwelche „naturalistischen“ Überlegungen bleiben ausgeschlossen. So schreibt er:

„Was die Verminderung des Wertes der Rohmaterialien angeht, sieht Marx prinzipielle Schranken in der Verbilligung von solchen Rohstoffen, die durch pflanzliche oder tierische Prozesse produziert werden, was ebenfalls nicht sehr überzeugend ist.“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 321)

Tatsächlich müssen in der langfristigen Tendenz die Preise für Rohstoffe, aus denen die Waren gefertigt werden steigen. Auch hier müssen wir wohl oder übel auf die Natur, in diesem Fall nicht auf uns, sondern auf unseren Lebensraum zu sprechen kommen. Die Verknappung von wesentlichen Rohstoffen macht sich zunächst nur zyklisch bemerkbar. Aber weder sind Kohle, Öl und Gas noch die verschiedenen Erze sowie die Metalle, die wir daraus gewinnen, beliebig vermehrbar. Selbst Holz, das nachwächst ist nicht beliebig vermehrbar. Es wächst jedenfalls nicht so schnell nach, wie es vom Kapital abgeholzt wird. Die kapitalproduktive Dezimierung der Wälder schreitet voran. (Für Wasser gilt letztlich das gleiche, auch wenn die Grenzen seiner Verfügbarkeit und Nutzbarkeit elastische sind.) Keinerlei Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Ausbeutung der Erde kann die Endlichkeit dieser Ressourcen aufheben. Eine industrielle Produktionsweise in den Formen der Verwertung von Wert kann aber auf die Endlichkeit

dieser Ressourcen keine Rücksicht nehmen und Recycling löst das Problem nicht. Der Zwang zu ständig erweiterter Reproduktion ist innerhalb dieses Systems nicht aufhebbar. Kapital muss wachsen und dabei immer größere Mengen an Rohstoffen verbrauchen. Sind die Ressourcen aufgebraucht, kann Recycling sie nicht vermehren, sondern allenfalls in gleicher Menge wieder zur Verfügung stellen. Sie müssten aber vermehrt werden, um vermehrte Warenproduktion zu bewerkstelligen. Ferner lassen sich in der Summe diese Rohstoffe nicht durch andere ersetzen. Alle Rohstoffe dieser Erde, die das Ergebnis der Evolution der Natur, der Erde, selbst sind, sind endlich und selbst die regenerativen sind nicht beliebig vermehrbar. Ohne Beendigung des Wachstumswahns steuert die menschliche Gesellschaft geradewegs darauf zu, ihre Lebensgrundlagen aufzubrechen. Eine tiefgreifende Krise des Kapitals wird aber weit eher eintreten durch ein dramatisches Ansteigen der Rohstoffpreise, je knapper sie werden. Beim Öl ist die Entwicklung bereits absehbar und die Preise werden noch dramatisch ansteigen. Andere Rohstoffe werden folgen. Anzunehmen, der Wert des zirkulierenden konstanten Kapitals könne in Folge steigender Arbeitsproduktivität langfristig sinken, das halte ich für eine große Illusion und zeigt, in welche Fallen eine Ökonomiekritik tappen muss, die die Wertproduktion als reine Angelegenheit der gesellschaftlichen Form missversteht, indem sie alle „naturalistischen“ Bezüge ausblendet. Umweltzerstörung und Wertproduktion bleiben so letztlich zusammenhanglos, ohne Wechselwirkung nebeneinander bestehen. Wert- und Stoffproduktion zerfallen bei dieser Betrachtung genauso in zwei streng geschiedene Bereiche, wie schon der technische Produktionsprozess der einzelnen Ware und ihr Verwertungsprozess, der angeblich nur auf dem Markt stattfindet.

Selbst da, wo das Ausweichen auf alternative Stoffe und Technologien möglich wäre, verweisen die Kapitalisten auf die Preise (z.B. Chemieindustrie und der Umstieg von Basis Öl auf Basis Biomasse) Sie werden erst dann umsteigen, wenn die alten Rohstoffe so teuer geworden sind, dass es sich lohnt umzusteigen. Schließlich wollen sie ihr angelegtes Kapital verwerten und nicht einfach abschreiben. Krisenhafte Prozesse sind vorprogrammiert. Und es muss sich zeigen, ob die neuen Stoffe dann zu wesentlich günstigeren Preisen erzeugt und angeboten werden können, oder ob ein hohes Preisniveau des zirkulierenden konstanten Kapitals weitgehend beibehalten werden muss.

Recycling könnte das grundlegende Problem der natürlichen Begrenztheit der Ressourcen überhaupt nur dann vom Ansatz her lösen, wenn der Zwang zum Wachstum durch die Verwertung von Wert beendet würde. An der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Einführung des Kommunismus und der Einpendelung auf eine gesellschaftlichen Reproduktion mit mengenmäßig gleicher Stufenleiter (was den Stoffwechsel mit der Natur betrifft und keinesfalls Entwicklung ausschliesse) führt kein Weg vorbei. Die schweren Gewichte des konstanten Kapitals am Bein der lebendigen Arbeit werden den „Spring-ins-Feld“ des Kapitals zum Straucheln bringen.

Tendenz zur absoluter Entfaltung der Produktivkräfte und die Begrenztheit der Märkte

Zunächst rekapitulierend:

Im dem Spruch „Zeit ist Geld“ (im Alltagsbetrieb jedes Unternehmens werden die unterschiedlichsten Tätigkeiten auf ihre Kosten und die durch sie in Anspruch genommene Zeit reduziert) wird lapidar der Zusammenhang zwischen Wertschöpfung und Wertform ausgedrückt. Nämlich: in Zeiteinheiten gemessene unterschiedliche menschliche Arbeit, die in ihrer Kombination eine Ware erzeugt, ist Geld. Der Preis ist der Geldname der in einer Ware vergegenständlichten Arbeit. Voraussetzung für diese wertschöpfende Arbeit ist eine gesellschaftliche Arbeit, die in der Form voneinander unabhängiger Privatarbeit verausgabt wird. Damit die Warenproduktion und damit die Wertproduktion allgemein wird, muss die Masse der ProduzentInnen von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion getrennt werden. Ist das einmal geschehen, also auch die menschliche Arbeitskraft zur Ware geworden, ist ein ökonomischer Sachzwang entstanden, aus dem sich alles andere logisch ergibt. (Den Versuch einer Ableitung der Geldform verknäule ich mir hier.)

Was für den Wert (Größe) im allgemeinen, dass gilt für den Mehrwert (Größe) im besonderen. Er ist werdendes Resultat von Produktion und Zirkulation des Kapitals, die nur Momente des Gesamtproduktionsprozesses sind.. Seine Größe ist also nicht durch die Produktion vorherbestimmt. Das gilt aber auch für den Mehrwert und sein Verhältnis zum variablen Kapital, also die Mehrwertrate.

Wertschöpfend ist die Arbeit in einer einzelnen Fabrik als Atom der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (Privatarbeit als Form der gesellschaftlichen Gesamtarbeit). Das Kapital ist weniger interessiert an der Wertform als solcher, als an der Größe des nach Verkauf der Ware zurückfließenden Geldes und es verallgemeinert die Warenproduktion und Wertform nur, um diesen Zweck zu realisieren. Reine Wertformkritik verfehlt sozusagen ihren Gegenstand, was mensch besonders gut an der „fundamentalen Wertkritik“ studieren kann, die es ja auch fertig gebracht hat, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate als „Paradesteckenpferd“ des „Traditionsmarxismus“ zu bezeichnen. Der „Traditionsmarxismus“ hat leider in der Regel gar keine Ahnung von diesem Gesetz.)

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate behauptet nun, dass im Fortlauf der Kapitalakkumulation die Profitmasse relativ, also im Verhältnis zum angelegten Kapital, abnehmen muss. Damit dieser Prozess stattfindet, müssen Angebot und Nachfrage, Produktion und Zirkulation ihn erzeugen.

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist Ausdruck des sich entfaltenden Widerspruchs zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertung. Aber weil die Größe des Wertes, wie des Mehrwertes sich erst als Resultat von Produktion und Zirkulation bilden kann, kann der Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertung, die ungenügende Verwertung, auch erst im Wechselspiel von Produktion und Vermarktung der Waren Gestalt annehmen.

Aufbauend auf meinen Ausführungen über den Zusammenhang von technischer und Wertzusammensetzung des Kapitals beginne ich mit dem Beispiel einer verfahrenstechnischen Anlage, natürlich etwas schief, wie alle Beispiele, aber dafür anschaulich und es hilft vielleicht zu verstehen, was vor sich geht:

Wenn eine mit entsprechender Leistung ausgestatte Pumpe (Produktivität) durch ein Rohrleitungssystem kontinuierlich (unbegrenzt) eine Flüssigkeit in einen Tank pumpt (begrenzter Raum), dann geschieht folgendes: der Tank füllt sich, sobald der Tank voll ist, wird ein wachsender Druck aufgebaut.

Früher oder später müssten Tank, Rohrleitung oder irgend eine Verbindung (schwächstes Kettenglied) platzen und der Prozess käme zum Stillstand. Um den Prozess zu kontrollieren und einen solchen Stillstand zu vermeiden, sieht die Verfahrenstechnik (vereinfacht) folgende Regelung vor:

Der Tank wird mit einer Vollmeldesonde ausgestattet, von der eine Meldung an die Steuerung geht. Es wird ein Ventil geöffnet, ein neuer Weg (Rohrleitung) freigeschaltet und ein weiterer Tank gefüllt.

Dem liegen gewisse physikalische Gesetzmäßigkeiten zugrunde und so ähnlich verhält es sich mit Angebot und Nachfrage in der kapitalistischen Ökonomie. Hier haben wir es mit einer sozialen Gesetzmäßigkeit zu tun. Der kapitalistische Markt ist ein durch Angebot gesteuertes System (spontane gesellschaftliche Arbeitsteilung in Gestalt der kapitalistischen Privatproduktion) mit Rückmeldung durch die Nachfrage, also geregelt. Die Nachfrage ist in jeder konkreten Situation ein „begrenzter Raum“, der sich zwar ausdehnen, aber nicht beliebig ausdehnen lässt.

Er ist sowohl begrenzt von der Gebrauchswertseite her, es gibt kein unbegrenztes Bedürfnis nach Autos, Stahl etc. und er ist begrenzt von der Kaufkraft her (Lohnarbeit). Jedes besondere Kapital und jede besondere Branche versucht von der allgemein vorhanden Kaufkraft so viel wie möglich auf ihr Produkt oder ihre Produkte zu ziehen. Die gesteigerte Produktivkraft pumpt die Märkte voll ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf und ohne Rücksicht auf die begrenzte Gesamtkaufkraft, die auf die verschiedenen Produkte verteilt werden muss, um die proportionale, stoffliche Reproduktion der Gesellschaft zu ermöglichen. Die tatsächlich begrenzten Bedürfnisse nach bestimmten Gebrauchswerten verschafft sich ebenso Geltung, wie die konkret begrenzte Kaufkraft.

Im Normalfall läuft das so, dass bei „Überfüllung“ des Marktes (sogenannte „Marktsättigung“) Kapital in andere Anlagesphären abfließt, in der Sprache der Verfahrenstechnik, ein Ventil wird geöffnet, eine neuer Weg (Rohrleitung) freigeschaltet, um einen neuen Tank zu befüllen. Gibt es diese Möglichkeit aktuell nicht, so erfolgt Rückmeldung und die Pumpe (das Angebot) wird heruntergefahren. (Krise einer Branche) Sind alle verfügbaren Tanks gefüllt, so muss die Pumpe heruntergefahren werden und es entsteht eine allgemeine Krise. Versagt die Steuerung, dann platzen einer oder mehrere Tanks oder Rohrleitungen und es kommt zur Notabschaltung des Systems (Zusammenbruch).

Dieses Abfließen von Kapital in andere Branchen sorgt für einen Ausgleich der Profitraten, indem das Kapital in den neuen Anlagesphären, die gleiche Dynamik entwickelt (Produktivkraftsteigerung durch Erhöhung der technischen Zusammensetzung).

In jeder Branche entwickeln die Einzelkapitale ihre Produktivkraft so, als sei der Markt unbegrenzt. Die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Erhöhung der Wertzusammensetzung, bedingt durch erhöhte technische Zusammensetzung), verlangt und ermöglicht eine Ausdehnung des Umsatzes, damit die Profitmasse weiter wachsen kann (vergl. Gewinnschwelle bei steigenden Kosten), wodurch der Fall der Profitrate kompensiert werden kann und nicht geradewegs zu Profitmangel führt. Ein Anwachsen der Profitmasse ist nötig, um erweiterte Reproduktion bei steigender Wertzusammensetzung der Einzelkapitale (Ver-

teuerung der Kosten für einen einzelnen Arbeitsplatz) zu ermöglichen. Ein Einzel- oder Gesamtkapital, das nicht wächst, steckt in der Krise.

Kann der Umsatz in einer Branche in Folge der Marktsättigung nicht weiter gesteigert werden, entbrennt der Kampf der feindlichen Brüder. Die Preise fallen auf breiter Front, erst jetzt entfaltet das Wertgesetz kompromisslos seine Wirkung, setzt sich die gestiegene Arbeitsproduktivität umfassend in Preissenkungen um, im Kampf um Marktanteile, also um einen Umsatz, der das Überschreiten der Gewinnschwelle noch möglich macht. Die Kostenreduzierung um jeden Preis (durch Entlassungen, Lohnsenkungen, durch Verlängerung der Arbeitszeit und Intensivierung der Arbeit, durch Abbau von Überkapazitäten) wird zum einzigen Mittel, um dem weiteren Sinken der Profitrate entgegen zu wirken. (Steigender Gewinn, bei gesunkenem Umsatz) Dies ist bereits ein Symptom für Krise der Kapitalverwertung bzw. Ausdruck der Krisenbewältigung durch das Kapital. **Das Wertgesetz setzt sich nur durch vermittels der Krise des Einzelkapitals, des Branchenkapitals, wie des Gesamtkapitals. Und nur vermittels dieser Krisen gelingt es, den Preis der Ware Arbeitskraft im besonderen zu senken und damit für eine neue gesellschaftliche Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft zu sorgen. (Mehrwertproduktion ist ein interaktiver sozialer Prozess.)** Ein geschrumpftes Kapital erzielt wieder mehr Gewinn, eine höhere Profitrate. Das gilt für das Einzelkapital, das Branchenkapital, wie für das Gesamtkapital. Das wirkliche Leben ist voller Ereignisse, die diese Vorgänge illustrieren.

Die Kapitalistische Produktionsweise führt notwendig zur Krise aus Mehrwertmangel. Auf der Angebotsseite (Produktion des Mehrwerts) ist dafür verantwortlich die Tendenz nach schrankenloser Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die sich ausdrückt in wachsender technischer Zusammensetzung des Kapitals und daraus sich ergebender Erhöhung der Wertzusammensetzung als Ursache des tendenziellen Falls der Profitrate. Nachfrageseitig steht dem gegenüber immer ein begrenzter Markt, begrenzt durch die Erfordernisse der stofflichen Reproduktion also dem begrenzten Bedürfnis nach bestimmten Gebrauchswerten und der begrenzten Kaufkraft vor allem der Masse der Lohnabhängigen.

Außerdem: Das Kapital selbst muss durch Neuanlage von produktivem Kapital für Erweiterung des Marktes sorgen, für Nachfrage nach Produktionsmitteln, ebenso wie nach Konsumtionsmitteln aller Art und Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft. Gelingt das nicht, ist die Krise unausweichlich. Dem Kapital geht es primär um Vermehrung des angelegten Geldes, um Rendite. Sinkt die Rendite, sucht es nach neuen Anlagemöglichkeiten mit höherer Rendite. Lässt sich diese höhere Rendite nicht durch Produktion von Waren erzielen, weil in allen wesentlichen Branchen die Profitrate gesunken ist (vorherrschende Überakkumulation, die besonders befördert wird, wenn sich die Arbeitsproduktivität durch Einsatz eines „universellen Werkzeugs“ -Computer- in allen Branchen rapide erhöht), dann flüchtet es u.a. in die Spekulation und erzeugt hier eine Blase nach der anderen.

Es geht dem Kapital nicht primär um Produktion und Arbeitsplätze, sondern nur um profitable Produktion, Arbeit, die möglichst viel Gewinn abwirft. Steht anderswo höhere Verwertung in Aussicht, dann hält es sich hier solange es geht schadlos, bis in der Warenproduktion wieder höhere Profitraten winken. Man arbeitet zwischenzeitlich daran, durch „Klassenkampf von oben“. Die Veränderungen auf der Angebotsseite ziehen notwendig Veränderungen auf der Nachfrageseite nach sich. Durch den Fall der Profitrate und dadurch verursachte nachlassende Erweiterungsinvestitionen lässt die Nachfrage der Kapitalisten nach Produktionsmitteln und Arbeitskräften nach. Das Kapital selbst begrenzt damit die Nachfrage, anstatt sie auszuweiten.

Die notwendige Erweiterung des Marktes findet nicht statt.

In jeder einzelnen Branche muss die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit früher oder später zur „Marktsättigung“ und zu „Überkapazitäten“ also zur Überakkumulation von Kapital führen, die den Kampf der feindlichen Brüder und damit die rigide Durchsetzung des Wertgesetzes heraufbeschwört (Preise, die über dem Wert liegen können nicht mehr gehalten werden). Der Mehrwertmangel macht sich nach und nach bemerkbar in rückläufigen Umsätzen und Preisverfall. Die Gewinnschwelle wird für viele kapitalistische Unternehmen zum unüberwindlichen Hindernis. Der tendenzielle Fall der Profitrate wird zum Profitmangel. Findet das Kapital nicht mehr genügend profitable Anlagemöglichkeiten in anderen Branchen, können nur ungenügend neue Anlagefelder erschlossen werden, so resultiert daraus eine allgemeine Überakkumulation von Geldkapital, die in eine allgemeine Krise umschlagen muss. Die Erscheinungen dieser Krise werden immer heftiger, wenn es nicht zum kapitalproduktiven Abfluss des überakkumulierten Geldkapitals kommt. Das Ganze muss in einem ökonomischen Zusammenbruch enden, wie wir ihn bereits einmal in Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929, sich anschließender Depression und Weltkrieg erlebten.

Exkurs zu Finanzkapital, Share-Holder-Value und Profitrate

Aus dem gesagten ergibt sich auch: der Überfluss von Geldkapital ist Folge der Überakkumulation von produktivem Kapital, dass nach rentabler Anlage sucht. Der Überfluss von Anlage suchendem Geldkapital befördert die Verdoppelung des produktiven Kapitals in produktives Kapital und Aktienkapital, ein Vorgang, ähnlich der Verdoppelung der Wertes in Ware und Geld. Die Verdoppelung des Kapitals in produktives und Aktienkapital, die Vermehrung des Aktienkapitals, hebt die Verselbständigung des Tauschwertes auf eine neue Stufe und macht ganze Unternehmen zur „Handelsware“. Zunächst verbirgt sich hinter jeder Aktie letztlich ein Eigentumsanspruch auf Geld und produziertes Warenkapital. Würden diese Ansprüche auf Privateigentum alle auf einmal eingelöst, bräche das ganze System zusammen. (Vergleiche Panikverkäufe an der Börse.) Das System der Anteilscheine funktioniert nur, solange die Privateigentumsansprüche nicht eingelöst werden. Sie werden stattdessen zum Handels- und Spekulationsobjekten, was aber immer auf eine Mehrung der Eigentumsansprüche hinausläuft. Den kurzfristigen Interessen des Geldkapitals ist damit genüge getan. Je mehr Geldkapital aber hier angelegt wird, desto unrealistischer werden die Eigentumsansprüche, die damit verbunden sind. In Börsen-Crashes wird das korrigiert.

Je mehr Geldkapital in die Börsenspekulation fließt, desto größer wird auch der Druck auf das produktive Kapital, endlich „zu Potte zu kommen“ und wieder Anlagemöglichkeiten mit höherer Profitrate zu schaffen. Dieser Druck schlägt um in Übernahme von produktivem Kapital durch Spekulationskapital, etwa in Gestalt der Hedgefonds, die Unternehmen zum bloßen Handels- und Spekulationsobjekt machen, ganz so als wären die Unternehmen selbst ein Stück (Wert-)Papier. Es geht nur noch um G-G'. Am Beispiel Grohe zeigt sich, wohin das führen kann. Da werden Kredite aufgenommen, um ein kapitalproduktives Unternehmen aufzukaufen, um hinterher den Profit des Unternehmens mit der Abzahlung der Kredite zu belasten. Insofern lösen solche Prozeduren das Problem der fallenden Profitrate nicht, sondern verschärfen sie. Um diese Folgen wieder zu kompensieren wird die „Kapitalflucht“ in „Billiglohnländer“ beschleunigt. Entsprechend sehen die Maßnahmen aus: eine Grohe-Werk wird stillgelegt und in einem „Billiglohnland“ neu errichtet. Um also einen Hedgefond vor Verlust zu bewahren, wird eine jener Maßnahmen getroffen, die dem Fall der Profitrate begegnen sollen. Mit einer

ausgedehnten Neuanlage von produktivem Kapital, mit kapitalistischem Wachstum hat das wenig zu tun. Die Krise in den Metropolen verschärft sich mit der Hoffnung auf Wachstum dort, wo die Löhne noch „Existenzlöhne“ sind, der Wert der Ware Arbeitskraft noch wesentlich durch das physische Minimum bestimmt wird. Wie rasant diese Entwicklung der „Kapitalflucht“ aus den Metropolen ist, welche Dynamik sie entwickelt, das macht das Beispiel SAP deutlich. Diesem „Weltmarktführer“ sind die Gehälter der Programmierer in Indien mittlerweile auch schon zu hoch. Man möchte nach China wechseln, geniert sich aber noch etwas, weil hier „geistiges Eigentum“ nicht besonders hoch im Kurs steht. Wohin das Kapital auch geht, um dem Fall der Profitrate zu entfliehen, es ist dazu verdammt, die Löhne anzuheben, um den Umsatz zu vergrößern und allgemeines Wirtschaftswachstum zu schaffen. Auf der Suche nach einer Ware Arbeitskraft, deren Wert vom Existenzminimum bestimmt ist, flüchtet das Kapital von Ort zu Ort und muss dabei überall die Löhne erhöhen, den Wert der Ware Arbeitskraft auf ein mehr gesellschaftlich durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bestimmtes Niveau heben, um selbst wachsen zu können. Dieser Prozess hält solange an, bis eine Situation entstanden ist, in der die Verwertung des internationalen Kapitals an eine Schranke gestoßen ist, die zum Zusammenbruch des Weltmarktes führt und in dessen Folge die Löhne überall nur noch reichen, um das physische Existenzminimum abzudecken, mag dies selbst mittlerweile auch ein größeres Spektrum an Lebensmitteln erfordern. Dann steht erneut die Frage: Sozialismus oder Barbarei.

So weisen alle Indikatoren auf einen Zusammenbruch der Kapitalakkumulation im Weltmarkt-zusammenhang hin der allein wieder profitable Bedingungen der Verwertung von Wert herstellen könnte. (Eine zeitliche Prognose ist unmöglich, weil der Wert nun mal nicht berechenbar ist, nur seine Logik, die Gesetzmäßigkeiten der Verwertung von Wert, kann aus sozialer Erfahrung nachgezeichnet werden.)

Welche sozialen Konsequenzen ein solcher „Gesundungsprozess“ nach sich zöge, kann mensch sich allenfalls ein bisschen ausmalen, indem er die gegenwärtigen Tendenzen fortschreibt oder sich an die Vorgeschichte der „Stunde Null“ erinnert!

Der „Augenschein“ und der Wert – Geschichte, Empirie, Theorie

Auch da hat Michael Heinrich zweifellos recht, Wert und Mehrwert sind keine „empirischen Kategorien“.

Das Gesetz des Werts (Bestimmung der Preise durch den Wert) und die Gesetze der Verwertung von Wert (Akkumulationsgesetz und das Gesetz vom tendenziellen Falls der Profitrate) und lassen sich nicht unmittelbar empirisch nachweisen. Sie bestimmen die gesellschaftliche Entwicklung nur in einer sehr widersprüchlichen Bewegung und sind nur überprüfbar an Hand der Resultate, zu den die gesellschaftliche Entwicklung führt.

Nach der einen Seite ist der Wert kein in Zahlen fixierbarer, unmittelbar erfahrbarer Zustand, sondern, wie Marx es sagt, „Gravitationszentrum“ und stets werdendes Resultat von Ausgleichsbewegungen, und ähnelt so er eher einer bewegenden Kraft. Insofern lässt sich der Wert vergleichen mit der Elektrizität, die wir mit unseren Sinnen auch nicht unmittelbar wahrnehmen können, deren reale Kraft wir aber eindeutig, unter Umständen sehr schmerzhaft oder gar tödlich, an ihren Wirkungen spüren.

Nach der anderen Seite beruht der Wert auf sehr „empirischen“ Verhältnissen, Produktionsver-

hältnissen, die den Handlungsrahmen der Individuen vorgeben und bestimmen. Insofern ist der Wert durchaus erfahrbare, als er die soziale Interaktion der Individuen bestimmt und sich in der sozialen Veränderung ausdrückt.

In den 20iger Jahren gab es eine abstrakte theoretische Debatte zwischen Otto Bauer, einem Sozialdemokraten und Henryk Grossmann, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung.

An Hand der Marxschen Reproduktionsschemata im Band 2 des Kapital versuchte Bauer nachzuweisen, dass das Kapital grenzenlos wachsen könne. In der Kritik dieses Ansatzes versuchte Grossmann umgekehrt ein Zusammenbruchsgesetz der Kapitalakkumulation nachzuweisen. Dieser Disput wurde ausgetragen vor der großen Weltwirtschaftskrise 1929 und der sich anschließenden Depression, die erst durch die Ergebnisse des 2. Weltkrieges überwunden wurde. Selbst wenn Grossmann theoretische Fehler begangen haben sollte, Bauers „Nachweis“ der Möglichkeit des unbegrenzten Wachstums des Kapitals abstrakt-theoretisch richtig gewesen sein sollte, an wessen Ansatz sollte man sich wohl vor dem Hintergrund der tatsächlichen Ereignisse orientieren? Der „Augenschein“ in Form bestimmter Resultate ökonomischer, gesellschaftlicher Entwicklung spricht offensichtlich für Grossmann.

Michael Heinrich hat nun auf abstrakt-theoretischer Ebene (zugespitzt auf die Bearbeitung und Diskussion der Marxschen Profitratenformel) nachzuweisen versucht, dass die Profitrate, dieser „Stachel“ der kapitalistischen Produktionsweise, im Grunde grenzenlos wachsen kann. Krisen sind bei ihm immer nur vorübergehende Störungen, die das Gleichgewicht wieder herstellen. Von einer gesetzmäßigen Verschärfung dieser Krisen bis hin zur sozialen Katastrophe ist bei ihm nicht die Rede. Sofern der Kapitalismus an Grenzen stößt, seien sie anderswo zu suchen, nicht im Fall der Profitrate.

Michael Heinrich führt die Auseinandersetzung ohne jede Einlassung auf die reale ökonomische Entwicklung und ihre sozialen Resultate. Dies ist für mich um so erstaunlicher, als wir jetzt ca. 60 Jahre kapitalistischer Entwicklung hinter uns haben, die nicht durch größere Katastrophen unterbrochen wurde. Das ist eine Periode, wie es sie seit der großen industriellen Revolution, seit der Etablierung des modernen Kapitalismus in Europa und den USA, noch nicht gegeben hat. Wie ich finde, ist das nicht nur eine ausgezeichnete Gelegenheit, sondern ein absolutes Muss, die Werttheorie an hand der ökonomischen Entwicklung (eines sehr hoch entwickelten Kapitalismus!) und ihrer Resultate zu überprüfen.

Wenn in 60 Jahren stürmischer kapitalistischer Entwicklung die Wirkungen des Wertgesetzes an der Oberfläche nicht spürbar und nachvollziehbar wären, dann könnte mensch die Marxsche Werttheorie getrost beiseite legen. Die Regelmäßigkeiten, Zusammenhänge und die Entwicklungstendenz müssen auf eine Gesetzmäßigkeit schließen lassen, wie sie Marx herausgearbeitet hat. Die Aufgabe der Ökonomiekritik müsste also vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund eigentlich darin bestehen, nicht darüber zu philosophieren, was der Wert ist, sondern zu überprüfen, wie er sich in der realen Bewegung durchsetzt! Und dies gilt für das Kapital im Weltmarktzusammenhang! Das ist besonders dann wichtig, wenn mensch radikale gesellschaftsverändernde Praxis will. Dann müssen die Gegensätze von „Lohnarbeit und Kapital“ entlang der realen Entwicklung scharf herausgearbeitet werden, und die Interessen der Lohnabhängigen in entsprechend klaren und weitreichenden sozialen Forderungen ihren Niederschlag finden. **Es ist wiederum das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, dass die Hauptklassen dieser Gesellschaft in schroffen Gegensatz bringt, sozial polarisiert und den Klassenkampf unausweichlich macht.**

„Monetäre Werttheorie“

Eine ebenso realistische wie radikale kommunistische Praxis lässt sich nur entfalten, wenn man sich der widersprüchlichen Verlaufsformen der Kapitalakkumulation bewusst wird, die durch den gesetzmäßigen Fall der Profitrate selbst provozierten und hervorgebrachten Gegenmaßnahme des Kapitals in ihrem logischen Zusammenhang erkennt und ein entsprechendes Programm entwickelt (Forderungen nach kleinen ebenso wie nach weitreichenden sozialen Reformen, die zugleich ein Übergangsprogramm zur Einleitung der sozialen Revolution darstellen). Nur so gibt es die Chance, im öffentlichen Raum Themen zu „besetzen“ und „hegemoniefähig“ zu werden, also jenen Platz zu erobern, den der klassische Sozialreformismus durch seinen ebenfalls im Zuge des Falls der Profitrate vollzogenen Übergang zur sozialen Reaktion geräumt hat.

Wie die Arbeit von Michael Heinrich und ihr Erfolg beweist, ist es aber offensichtlich nötig, sich wieder Klarheit über den Wertbegriff selbst zu verschaffen (siehe Werts substanz etc.), um überhaupt zu einer Ökonomiekritik fähig zu sein, die das „ökonomische Bewegungsgesetz“ der bürgerlichen Gesellschaft verstehen und kritisieren kann.

Es ist „akademischer Marxismus“ im schlechten Sinne des Wortes, wenn vor dem angesprochenen Hintergrund ein Buch ungerührt in ständig neuen Auflagen herausgegeben wird, das die Werttheorie überprüfen will und dabei jede Einlassung auf Empirie verweigert.

Selbstverständlich kann und will ich in diesem Diskussionsbeitrag, der ja in der Kritik an der „Wissenschaft vom Wert“ an der wirklichen Wissenschaft vom Wert festhalten will, keinen Durchgang durch die Empirie starten. Aber ich habe schon den Anspruch, dass sich in meiner Argumentation gesellschaftliche Realitäten widerspiegeln, und glaube, diesem Anspruch bis hier auch gerecht geworden zu sein. Seit der Wiederbelebung marxistischer Theorie in den 70iger Jahren sind einige Werke erschienen, die den Fall der Profitrate unter Einbeziehung der Empirie diskutieren. Ich nenne nur 4 wichtige Werke:

- „Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise“ von Altvater, Hoffmann, Semmler
- „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ von Stephan Krüger
- „Das Kartenhaus“
- und „Nebensache Mensch“ von Rainer Roth.

In den beiden letzten Büchern wird überhaupt keine abstrakt-theoretische Debatte um das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate geführt. Es wird ausschließlich an Hand verfügbarer Daten über die Entwicklung der Kapitalrentabilität verschiedener Branchenkapitale deren Tendenz zu sinken nachgewiesen, und es wird herausgearbeitet zu welchen ökonomischen und sozialen Resultaten das führt. Es handelt sich dabei um mehr, als bloßen „Augenschein“! Diese Bücher sind eindrucksvolle Belege für die Richtigkeit der Marxschen Argumentation und sie sind zugleich Vorbild dafür, in welche Richtung Kritik der Politischen Ökonomie sich entwickeln muss, wenn sie lebendig sein soll und zugleich Basis für gesellschaftsverändernde Praxis!

Marx kann man heute noch gut lesen. In seiner akribischen Auseinandersetzung mit Ökonomie lässt sich vieles über die kapitalistische Realität finden, dass immer noch seine Bestätigung in der Empirie findet. In Michael Heinrichs Argumentationsketten gegen Marx findet man leider wenig Erhellendes über heutige ökonomisch-soziale Verhältnisse und deren Entwicklung. Wenn man über die Profitrate nicht mehr aussagen kann als: ‚Sie kann fallen, muss aber nicht.‘ Dann ist das eher mager.

In den Werken von Altvater, Semmler und Hoffman sowie von Stephan Krüger werden, unmit-

telbar an der Marxschen Argumentation angeknüpft, die verfügbaren Daten der bürgerlichen Statistik auf ihre Aussagefähigkeit überprüft und so Aussagen über die Entwicklung der Profitrate getroffen. Auch hier wird die Marxsche Werttheorie bestätigt.

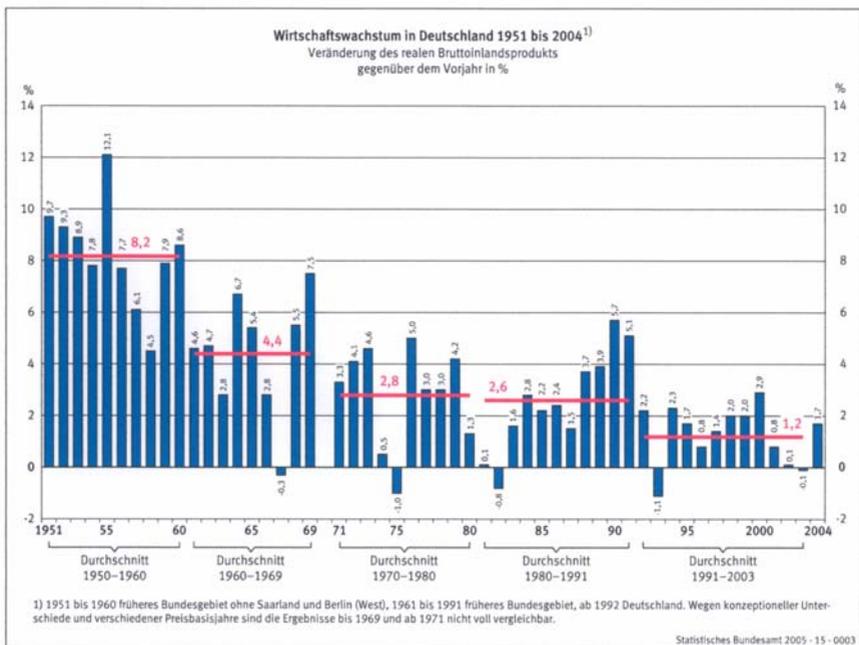
All dies interessiert Michael Heinrich nicht. In seiner Begeisterung für richtiges Bruchrechnen lässt er die ökonomische und soziale Realität links oder rechts liegen.

Selbst wenn er recht hätte, könnte er mit seinen Ergebnissen nicht einmal die wichtigsten ökonomischen Eckdaten halbwegs systematisch im Zusammenhang interpretieren. Er muss eigentlich staunend vor so viel einheitlicher Tendenz und realen Zusammenhängen in allen wichtigen kapitalistischen Ländern stehen und achselzuckend sagen: „Alles Zufall! Wie ich bewiesen habe, könnte die Entwicklung auch ganz anders aussehen!“

Ich nehme nur 3 Beispiele bundesdeutscher Realität:

1. Entwicklung des Bruttoinlandprodukts und der Inflation
2. Entwicklung der lohnabhängigen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
3. Entwicklung der Lohnsumme

Zu 1. Bruttoinlandprodukt



Natürlich bin ich mir klar über die begrenzte Aussagekraft dieser Statistik der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Schließlich erfasst es die Umsätze aller Wirtschaftsunternehmen (produktives, unproduktives Kapital, etc.) und des Staates. Es drückt also nur annäherungsweise etwas über das Wachstum des produktiven Kapitals aus. Bei einer genaueren Untersuchung

„Monetäre Werttheorie“

ließe sich aber zeigen, dass die Tendenz in allen bestimmenden Wirtschaftsbereichen (produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen) die gleiche ist.

Wo das Kapital nicht wächst, steckt es in der Krise. Es kann nur wachsen mit wachsenden Umsatzzahlen und nur wachsende Umsatzzahlen lassen die Renditen ansteigen. Rückläufige Umsätze lassen die Renditen fallen. (Im gesellschaftlichen Durchschnitt läuft das jeweils auf Steigen oder Fallen der Durchschnittsprofitrate hinaus.) Dieser Zusammenhang zwischen Umsatz und Rendite wird deutlich, wenn man sich ein einzelnes kapitalistisches Unternehmen (siehe den ersten Abschnitt meiner Kritik) oder den Konjunkturzyklus näher anschaut. Die rückläufigen Wachstumsraten des Umsatzes lassen also zumindest auf rückläufige Kapitalrenditen schließen. Eins aber ist auf jeden Fall unbestreitbar, die hohen Wachstumsraten des Umsatzes korrespondieren mit niedrigen Löhnen. Sie sind dort am höchsten, wo die Löhne am niedrigsten sind, also unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg. Zu diesem Zeitpunkt konnte ein kleines variables Kapital eine sehr große Anzahl von Lohnabhängigen beschäftigen. Es gab ein riesiges Heer an verfügbarer billiger Arbeitskraft, das noch durch ständigen Zustrom aus der DDR etc. vergrößert wurde. Ein „Arbeitsmarkt“, wie ihn die Kapitalisten sich wünschen und den das Kapital braucht, um in hohen Raten zu wachsen. Ein „Arbeitsmarkt“, der unerschöpflich erschien. Den niedrigen Löhnen und der massenhaft verfügbaren Arbeitskraft stand ein Produktionsapparat gegenüber, der eine weitaus höhere Arbeitsproduktivität als vor dem Krieg ermöglichte. Daraus kann man schlussfolgern, dass die Mehrwertrate sehr hoch war, die Lohnabhängigen relativ wenig für sich und viel für das Kapital arbeiteten.

Bereits Anfang der 60iger Jahre lief die Rekonstruktionsphase des Kapitals nach dem 2. Weltkrieg aus und es begann enger zu werden. Die Grenzen des „Arbeitsmarktes“ wurden spürbar und so warb man unaufhörlich „Gastarbeiter“ an (Italien, Spanien, Türkei etc.). Es ist klar, dass auch das nur eine Problemlösung auf Zeit sein konnte. Früher oder später musste das passieren, was wir heute sehen, der „Exodus“ des produktiven Kapitals in „Billiglohnländer“, der solange anhalten und sich verstärken wird, bis die hochentwickelten Länder selbst wieder „Billiglohnländer“ sind. Wer nicht bereit ist, diese Entwicklung aus dem Fall der Profitrate abzuleiten, der müsste mindestens erklären, warum dieser merkwürdige „Exodus“ nicht schon viel früher – von einzelnen Branchen wie der Textilindustrie abgesehen – verstärkt eingesetzt hat.

Doch zurück zu den Grenzen des „Arbeitsmarktes“ und den Konsequenzen:

Die starke Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft trieb die Löhne allmählich nach oben. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 markiert das Ende der Rekonstruktionsphase des Kapitals und den Beginn der chronischen Überakkumulation, die sich von Zyklus zu Zyklus weiter aufbaut und verfestigt.

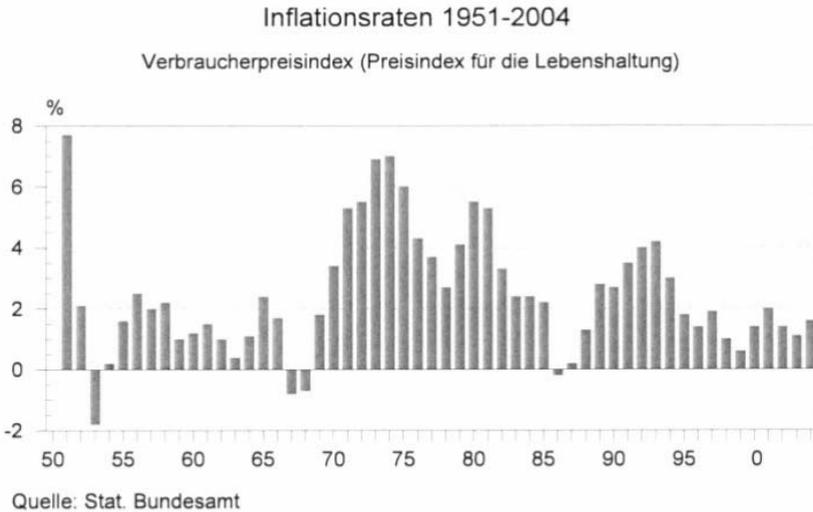
Die Bedingungen für das „Wirtschaftswunder“, von hohen Wachstumsraten und starkem Anstieg der lohnabhängigen Beschäftigung, also für beschleunigte Kapitalakkumulation, wurden gesetzt durch Weltwirtschaftskrise, Depression und Weltkrieg, die ebenfalls nur in ihrem Zusammenhang zu verstehen sind. Diese Bedingungen für starkes Wirtschaftswachstum sind immer gebunden an relative hohe Arbeitsproduktivität und billigste Ware Arbeitskraft. Das bestätigt sich auch in der aktuellen Weltwirtschaft durch die Flucht des produktiven Kapitals in „Billiglohnländer“, am liebsten nach China, Indonesien etc. aber auch in die endlich dem „freien Markt“ hinzugefügten Länder des „Realsozialismus“. Dort findet das über modernste Produktionsmittel verfügende Kapital ähnliche Bedingungen vor, wie hier nach dem 2. Weltkrieg. Ein riesiges Heer an Menschen, das gezwungen und bereit ist sich für Niedrigst- und Hungerlöhne

zu verkaufen. Speziell in Ländern wie China, Indonesien etc. sind die Bedingungen nicht verursacht durch einen vorhergehenden Zusammenbruch, sondern durch die Unterentwicklung dieser Länder, die erst kapitalisiert werden „wollen“ (Hier geht es nicht um Rekonstruktion sondern um Konstruktion, die aber jeweils auf ähnlichen Bedingungen beruhen.). Die Wachstumsraten etwa der chinesischen Wirtschaft sind beeindruckend und weisen uns den Weg, wie ein vergleichsweise kleines variables Kapital eine große Zahl von Menschen beschäftigen kann, um sich so mit hoher Profitrate zu verwerfen.

Sowohl der Blick in unsere Geschichte, wie der Blick in die heutige Weltwirtschaft machen deutlich, auf welchem Weg das Kapital auf den Wachstumspfad zurückkehren kann. Die entwickelten kapitalistischen Länder sind nun aber einmal „entwickelt“ und so kann nur die Entwicklung des Kapitals selbst hier die Bedingungen produzieren, die es anderswo vorfindet. Das bedeutet, dass ohne schwere Weltwirtschaftskrise, ohne Zusammenbruch der Kapitalakkumulation in einem Ausmaß, wie wir es noch nicht gesehen haben, sich die Verallgemeinerung von Minimal- oder Hungerlöhnen nicht durchsetzen lässt. Es werden von Zyklus zu Zyklus mehr sogenannte „prekäre“ Lohnarbeitsverhältnisse geschaffen, aber deren Verallgemeinerung verlangt die ökonomische und soziale Katastrophe, die das Kapital unbewusst aber gesetzmäßig produziert. Die widersprüchliche Entfaltung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate selbst ist es, die diese Entwicklung bestimmt und zum Eklat treibt. Im Resultat kann dann ein kleineres variables Kapital eine wachsende Zahl von Lohnabhängigen beschäftigen und Michael Heinrich bekäme recht. Keine Frage also, dass langfristig die Mehrwertrate steigt und die Profitrate wieder auf ungeahnte Höhen hieven kann. Dazu aber muss die Potenz der gestiegenen Arbeitsproduktivität sich real umsetzen in niedrigste Löhne. Michael Heinrichs „Vision“ ist also durchaus real, setzt aber eben Unterentwicklung oder Zusammenbruch der Kapitalakkumulation voraus. Eine Mehrwertrate, die in der Lage ist, die Profitrate wieder auf diese ungeahnte Höhe zu hieven, ist somit selbst das Produkt des gesetzmäßigen Falls der Profitrate. So ist der Zusammenhang.

Wo das Kapital die erträumten Wachstumsraten erreicht, nicht nur historisch sondern auch aktuell, da herrschen Mindest- und Hungerlöhne wie etwa in China. Das zeigt uns, wie „wir“ auf den Wachstumspfad zurückkehren können, wie die Mehrwertrate den Fall der Profitrate stoppen und die Profitrate wieder auf ein extrem hohes Niveau heben kann, von wo aus sie dann wieder diskontinuierlich, zyklisch gebrochen, abfällt, nämlich durch rigides Absenken des Preises für die Ware Arbeitskraft. Wir können auch dies wieder interpretieren als ein Absenken der Preises auf den Wert oder unter den Wert. Im ökonomischen und sozialen Resultat, und darauf kommt es an, läuft es auf das gleiche raus.

Was der Wert der Ware Arbeitskraft ist, was notwendig zu ihrer Reproduktion ist (Arbeitszeit, Umfang der Lebensmittel), dass wird auf diese Weise überhaupt erst neu, gesellschaftlich, in sozialer Auseinandersetzung, bestimmt und fixiert, nicht nur in der Festlegung der Lohnhöhe, sondern auch in der Bestimmung sozialer Gesetzgebung (ist ein Auto nötig für einen ALGII-Empfänger oder nicht, etc.). Wert der Ware Arbeitskraft also als werdendes Resultat auf der Basis sich entwickelnder Arbeitsproduktivität. Ohne eine solche Neubestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft kann sich die Mehrwertrate nicht so erhöhen, wie es für die Mehrwertproduktion bei erhöhter organischer Zusammensetzung erforderlich ist.



In dieser Grafik der Inflationsraten wird auch deutlich das eingangs zu diesem Abschnitt angesprochene Wechselspiel von inflationären und deflationären Tendenz im konjunkturellen Zyklus (zeitlich versetzt) und die langfristige, überzyklische Tendenz zur Dominanz der deflationären Tendenzen. (Unabhängigkeit von Preis und Wert, Bestimmung der Preise durch den Wert, Durchsetzung des Wertgesetzes) Dies entspricht den sich verringern den Wachstumsraten in Folge der strukturellen Überakkumulation, die sich nach dem Ende der Rekonstruktionsphase des deutschen Kapitals von Zyklus zu Zyklus stärker aufbaute und weiter aufbauen wird. Auch darin zeigt sich, dass der Wert nur als Tendenz, als das die Bewegung bestimmende Gesetz, wirkt und nie „fertiges“ Resultat ist.

zu 2. Lohnabhängige Erwerbstätige und Arbeitslosigkeit

Heute träumen wohlmeinende Sozialreformisten davon, die „Vollbeschäftigung“ wieder herzustellen, wie sie in einer kurzen Phase vor dem Wendepunkt der Weltwirtschaftskrise 1974/75 bestand. Dabei werden die Bedingungen, die zu dieser „Vollbeschäftigung“ führten übersehen und wird von der „Natur“ des Kapitals abstrahiert.

Das Kapital muss wachsen und es kann nur wachsen, indem es die Anwendung von Lohnarbeit ausdehnt. Stößt es an die Grenzen des „Arbeitsmarktes“, fängt es an selbst solange eine überzählige Lohnarbeitsbevölkerung zur produzieren, bis die Preise für die Ware Arbeitskraft auf ein Niveau gesunken sind, dass, bei veränderter organischer Zusammensetzung, wieder profitable Produktion ermöglicht und mit ihr die sich ausdehnende Anwendung der Lohnarbeit.

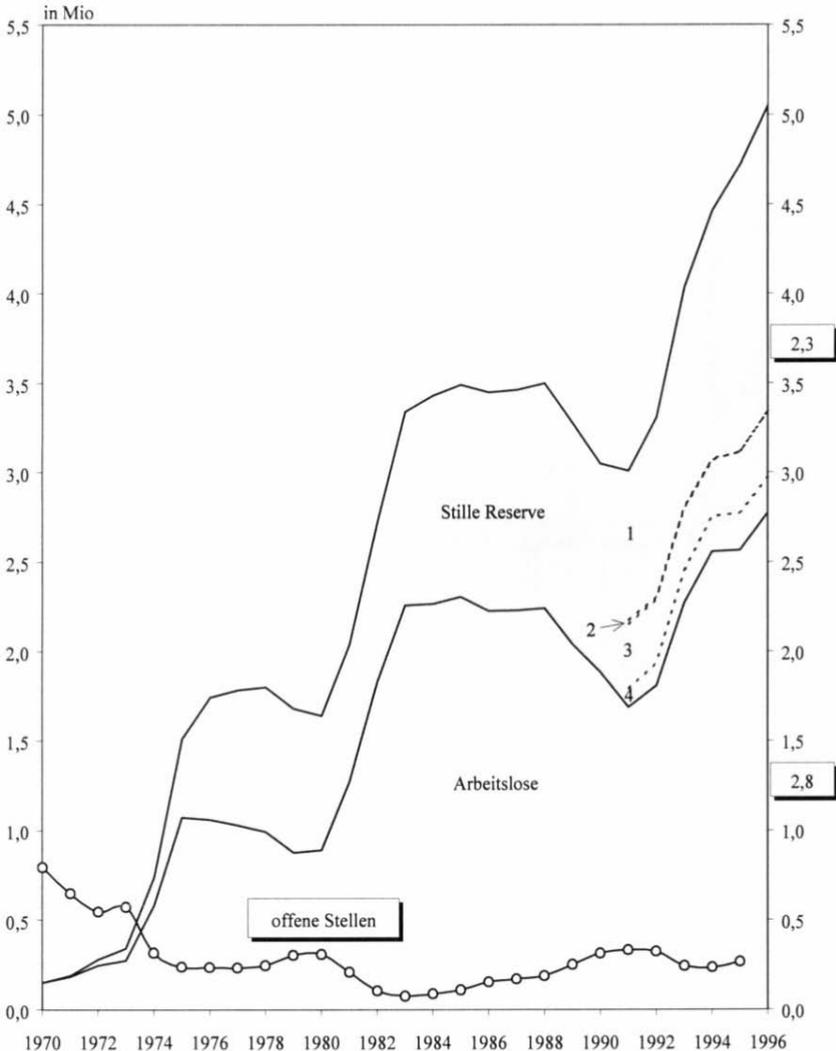
Mit der Entwicklung der Lohnarbeitslosigkeit entwickelt das Kapital also nach 2 Seiten die Bedingungen seines Wachstums:

- es schafft ein großes Heer an Lohnarbeitslosen
- und – in dem es diese Heer erzeugt und in dem Maße, in dem es dieses Heer erzeugt – wird der Druck auf die Löhne solange erhöht, bis sie auf ein Niveau fallen, in dem sich

die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft widerspiegelt. Nur in dem Maße, in dem das gelingt, kann die Mehrwertrate so stark ansteigen, dass die Tendenz zur fallenden Profitrate gebrochen wird und diese auf ein hohes Ausgangsniveau zurückkehrt.

Je höher die organische Zusammensetzung, desto tiefer müssen die Löhne fallen, damit das Niveau der Profitrate so angehoben wird, dass ein neuer Ausgangspunkt für beschleunigte Akkumulation entsteht (Der normale Zyklus ist nur die Verlaufsform, in der der Fall der Profitrate sich durchsetzt. Ohne Zusammenbruch der Kapitalakkumulation, also tiefgreifende Weltwirtschaftskrise, kann der neue Ausgangspunkt für beschleunigte Kapitalakkumulation nicht erzeugt werden). Das Spiel begänne dann von vorne, wenn die Lohnabhängigen es nicht beenden. (Eine „Theorie der langen Wellen“ möchte ich das aber nicht nennen, weil die Rekonstruktionsperiode des Kapitals nach so einem Desaster relativ rasch abgeschlossen ist.)

Schaubild 5-3: Arbeitslose, Stille Reserve und offene Stellen in Westdeutschland 1970-1996



1) Nicht arbeitslos registrierte Arbeitssuchende (1996: 1.704.000)

2) Empfänger von Vorruhestandsleistungen (1996: 1.000)

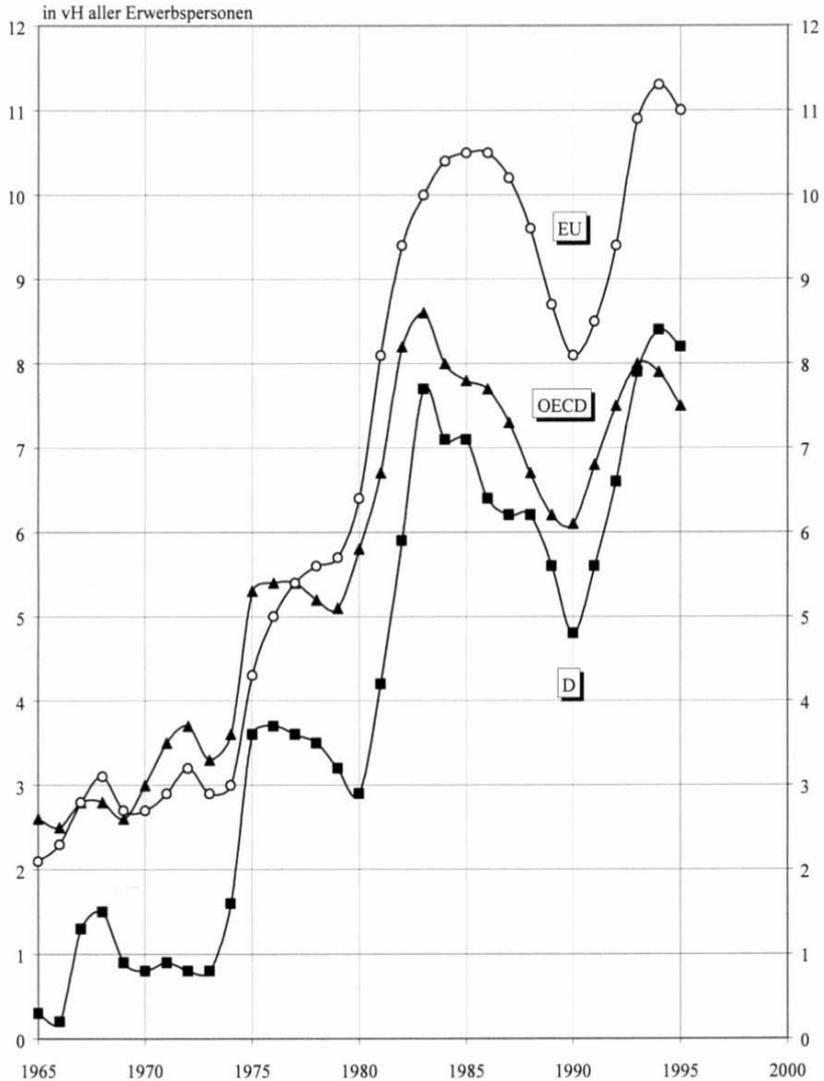
3) Teilnehmer in Vollzeit-FuU, Deutschlehrgängen und Reha-Maßnahmen (1996: 370.000)

4) Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe nach § 105 a-c AFG (1996: 201.000)

1996 geschätzt, Jahresdurchschnitte

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, IAB

Schaubild 5-1: Standardisierte Arbeitslosenanteile in der OECD, der EU und Deutschland 1965-1995



Deutschland: bis 1990 Westdeutschland

EU: 1965-1971 nur Westdeutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Belgien, Niederlande;

1972-1995 EU 15 ohne Dänemark, Griechenland, Luxemburg, Österreich

Quellen: OECD, Europäische Kommission

Zu dieser Grafik möchte man ausrufen: „Wenn das kein Zufall ist!“ Die Entwicklung scheint zumindest eine Logik zum Ausdruck zu bringen, nämlich die, dass Lohnarbeitslosigkeit von Zyklus zu Zyklus zunimmt. Wenn da niemand dran dreht, könnte sich dahinter eine Gesetzmäßigkeit verbergen. Wie schrieb doch Michael Heinrich?

„Dass diese industrielle Reservearmee, wie von Marx behauptet, langfristig zunehmen muss, lässt sich jedoch nicht behaupten.“ (Die Wissenschaft vom Wert, S. 324)

Das Kapital ist sich offensichtlich seiner Möglichkeiten gar nicht bewusst. Das kleinere variable Kapital wird nicht dazu benutzt um mehr LohnarbeiterInnen zu beschäftigen.

Zwischen 1950 und 1973 stieg die Zahl der lohnabhängigen „Arbeitnehmer“ in der alten BRD von 13.247.000 auf 23.233.000, verdoppelte sich also fast. Bis 1991 nahm diese Zahl noch einmal zu bis auf 27.913.000, stieg in einem ebenfalls fast 20jährigen Zeitabschnitt nur noch um ca. 4.000.000. Seit 1991 werden die Zahlen für Gesamtdeutschland erfasst. 1991 lag sie bei 35.101.000 und 2004 bei 34.629.000. (Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2005)

Daraus sieht man deutlich wie expansiv das Kapital sich in den 50iger und teilweise noch in den 60iger Jahren entwickelte, wie stark sich die Zunahme der lohnabhängig Beschäftigten zwischen 1973 und 1991 verringerte und dass sie zwischen 1991 und 2004 sogar abnahm. Ein Schelm, wer dabei an die zunehmende Kapitalintensität denkt oder gar an eine fallende Profitrate.

zu 3. Entwicklung der Lohnsumme

Rainer Roth schreibt in „Das Kartenhaus“:

*„Die **Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme** ist im Laufe der Jahre immer weniger gestiegen und 1997 zum ersten Mal im Nachkriegsdeutschland gefallen, in einem Jahr des Aufschwungs.*

*Die **Nettolohn- und Nettogehaltssumme** ist das verfügbare Einkommen von Lohnabhängigen. Sie wird ermittelt, in dem Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge von der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme abgezogen werden. Die **Nettolohn- und Nettogehaltssumme** wuchs von 1961 bis 1970 um 8,6% jährlich. Im nächsten Jahrzehnt um 7,8%, von 1981 bis 1990 um 4% und von 1991 bis 1998 nur noch um 1,5% jährlich. 1994 sank die **Nettolohn- und Nettogehaltssumme** zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich um 0,2%. 1997 sank sie zum zweiten Mal, diesmal um 1,6% (Statistisches Taschenbuch 1998 Tab. 1.14).“*

Zweifellos sind die Löhne nicht die Ursache für den Fall der Profitrate. Im zyklischen Verlauf der Kapitalakkumulation sind sie letztlich eine abhängige Variable. Lohnhöhe und Lohnsumme nehmen zu bei starker Nachfrage des Kapitals nach Ware Arbeitskraft. Diese Nachfrage hängt wieder ab von der Kapitalintensität und der Höhe der Löhne. Um Produktivitätsfortschritte zu erzielen, investiert das Kapital in Maschinerie etc. (also in fixes konstantes Kapital), die Kapitalintensität erhöht sich. Solange die Löhne sehr niedrig sind, kann das einhergehen mit Zunahme der Lohnarbeit also Erhöhung der Lohnsumme. Ist der Arbeitsmarkt ausgeschöpft, muss die Lohnhöhe, auf Grund der Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, ein für die Kapitalverwertung verträgliches Maß überschreiten. Das Kapital produziert auf der Basis steigender Kapitalintensität (also erhöhter organischer Zusammensetzung) und überzyklisch sinkender Rentabilität Lohnarbeitslosigkeit und schafft so die Voraussetzung für sinkende Löhne, die aber in Klassenkämpfen neu fixiert werden müssen. Die Lohnsumme beginnt zu sin-

ken, wenn sowohl der Umfang der beschäftigten Lohnarbeit nachlässt und die hohe Arbeitslosigkeit sich durch erfolgreichen „Klassenkampf von oben“ umsetzen lässt in sinkende Löhne. Lohnsumme wie Lohnhöhe sind also letztlich abhängig von der Entwicklung einer Kapitalakkumulation bei sich erhöhender organischer Zusammensetzung des Kapitals.

Schlussbemerkung

In der binnen-ökonomischen Diskussion stehen sich 2 Positionen gegenüber:

- Die einen rechtfertigen jede Maßnahme zur Vergrößerung der sozialen Kluft zwischen arm und reich, etc. aus dem ökonomischen Sachzwang, dem sie den Status eines Naturgesetzes verleihen.
- Die anderen halten Privateigentum und Markt ebenfalls für unverzichtbar, betonen aber, dass die Vergrößerung der sozialen Kluft nur falscher Politik und Bereicherungswut der individuellen Kapitalisten geschuldet sei, und dass „volkswirtschaftlich vernünftiges Handeln“ unter allen Umständen zu Wachstum und einem sozial verträglichen Kapitalismus führen könnte.

Kritik der Politischen Ökonomie bedeutet, den ökonomischen Sachzwang herauszuarbeiten und zu kritisieren und ihn nicht als unabänderlicher Naturgesetz, sondern als Produkt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sichtbar zu machen, also als ein Produkt veränderlicher, sozialer Verhältnisse, die die Menschen bei der Reproduktion ihres Lebens eingehen.

Kritik der Politischen Ökonomie bedeutet auch die praktischen Maßnahmen von Politikern und Kapitalisten als blindes und rücksichtsloses Folgen des ökonomischen Sachzwangs darzustellen und zu kritisieren und nicht als Maßnahmen persönlicher Willkür misszuverstehen. Sofern hier Willkür besteht, vollzieht sie sich im Rahmen des ökonomischen Sachzwangs und ist als solche rücksichtslos. Sie bestimmt aber diesen Sachzwang nicht.

Wenn Michael Heinrich meint, und das wird mittlerweile an der Uni Berlin gelehrt, wie ich einer Powerpoint Präsentation aus dem Internet entnahm, das die Profitrate zwar fallen könne aber nicht müsse, weil v im Zähler und Nenner der Formel zu ihrer Berechnung auftauche, dann ist in der Tat rein rechnerisch unbegrenztes Kapitalwachstum möglich und eine entsprechende sozial-verträgliche Regulation. Man muss nur wollen und das Richtige tun. Die Frage ist: Sind die Handlungen der Akteure Ausdruck einer strukturellen Logik oder folgt die Entwicklung der Struktur nur den schlecht motivierten Handlungen? Michael Heinrichs Position zu sozialem Reformismus und sozialer Revolution bleibt ambivalent, wie die verschiedenen Ausgaben seines Buches beweisen.

Für das Verständnis der strukturellen Logik ist das von Marx entdeckte Gesetze vom tendenziellen Fall der Profitrate überhaupt nicht verzichtbar, wie Michael Heinrich meint. („D.h. auch wenn man das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate aus der Kritik der Politischen Ökonomie entfernt, ist damit kein zentrales Element verschwunden, sondern eines, auf das man auch ganz gut verzichten kann.“ Die Wissenschaft vom Wert, S. 329)

Indem Michael Heinrich und bei seinem Durchgang durch Marx und seine Epigonen die Bedeutung der Kritik der Politischen Ökonomie als „neuer Wissenschaft“ betont, anbei wesentliche Grundfragen neu aufwirft und uns aus dem dogmatischen „Winterschlaf“ reißt, leistet er seinen sehr positiven Beitrag zu einer notwendigen Auseinandersetzung.

Indem er den „substantialistischen Wertbegriff“, die organische Zusammensetzung des Kapi-

„Monetäre Werttheorie“

tals und die daraus sich ergebende Tendenz zum Fall der Profitrate einer grundlegenden, meiner Meinung nach nicht haltbaren Kritik unterzieht, und Kritik des Kapitals letztlich auf eine Kritik von Markt und Geld reduziert, passt er zwar gut in die „Landschaft“ leistet aber keinen Beitrag zur Überwindung der theoretischen Misere der KommunistInnen. Seine Theorie macht die Waffe der Kritik letztlich stumpf! Der neue Gegenstand, den Marx meinte, das Kapital, trifft die „monetäre Werttheorie“ nicht.

Das Produktionsverhältnis des Kapital produziert wesentlich Mehrwert, der in all seinen Formen auf unbezahlter Mehrarbeit beruht. Die ökonomisch-soziale Dynamik des Kapitals beruht ebenso wesentlich auf den Größenveränderungen dieses Mehrwertes oder dieser unbezahlten Mehrarbeit, bzw. auf den durch das Kapital selbst bewirkten Veränderungen, die eine Vergrößerung oder Verkleinerung des Mehrwertes nach sich ziehen.

Aus meiner Sicht verfehlt jede Ökonomiekritik ihren Gegenstand (das Kapital), die sich nicht primär mit diesen Sachverhalten beschäftigt. Sie wird umso mehr unfähig die vom Verwertungsprozess des Kapitals selbst hervorgebrachten sozialen Veränderungen in ihrem Zusammenhang zu verstehen, je mehr sie auf bloße Kritik der Wertform abhebt.

Die mehr oder weniger weitgehende Reduktion der Kapitalkritik auf Wertformkritik hat mittlerweile die unterschiedlichsten und gegensätzlichsten Ausprägungen angenommen (von der „fundamentalen Wertkritik“ bis zur „monetären Werttheorie“). Ihnen allen gemein ist die Kritik am Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Daraus folgt eine Gesellschaftskritik, die sozusagen neben den zu beobachtenden Haupttendenzen sozialer Veränderung liegt und die damit keinen Beitrag liefern kann zu einer sozialrevolutionären Parteilichkeit jener Menschen, die auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozess des Kapitals die Objekte kapitalistischer Aneignung sind. Es ist und bleibt aber allein die Masse der Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware leben müssen, die , weil ihnen ihre Existenzgrundlage entzogen wird, durch Verständigung über gemeinsame Ziele zu einem revolutionären Subjekt werden können. Es gibt keine andere Hoffnung und realistische Perspektive auf soziale Emanzipation. Aber diese gibt es!

Was also alle Varianten der Wertformkritik auch verbindet und verbinden muss, ist ihr „Abschied vom Proletariat“ und ihr Verzicht auf „Klassenkampf“, der nicht mehr als notwendiges Produkt der krisenhaften Entwicklung der Kapitalverwertung und der daraus hervorgehenden Zusammenbruchstendenzen erscheint, sondern allenfalls als mögliche Variante oder gar als notwendigerweise bloß systemimmanente Auseinandersetzung.

Davon unberührt bleibt, dass auch diese Spielarten der Gesellschaftskritik einen mehr oder weniger großen Beitrag zu der eingangs angesprochenen Delegitimation des Kapitals leisten. Diesen schöpferischen „Weiterentwicklungen“ oder „Rekonstruktionen“ von Kritik der Politischen Ökonomie mit bloßen Dogmatismus kommen zu wollen, ist ebenso hilf- wie wirkungslos. Irgendwelche feindseligen Gefühle sind fehl am Platz, solange es sich nur um die Inhalte von Kritik handelt und nicht um unerträgliche persönliche Polemik und Geltungssucht.

Bochum, den 26.02.2006

in memoriam Henryk Grossmann und Paul Mattick

Robert Schlosser

Anhang

Profitratenfalle

Henning Wasmus September 2000

Die Begründung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate und von Momenten, die ihm zu widersprechen scheinen

Die folgende Beweisführung des tendenziellen Falls der Profitrate legt zugleich grundlegende Schwierigkeiten zum Verständnis des Gesetzes frei. Im Mittelpunkt der Begründung, dass die Profitrate langfristig sinken muß, wenn mit der organischen Zusammensetzung auch die Mehrwertrate steigt, stehen die Folgen der Substitution lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit als dominante Form der Produktivkraftentwicklung. Irritationen über den Fall der Profitrate entstehen, wenn die Dominanz dieser Revolutionierung des Arbeitsmittels selbst ausgeblendet, oder wenn sie mit anderen Formen der Produktivkraftentwicklung verwechselt wird -, mit der Kooperation und der Teilung der Arbeit. Dazu kommt, dass solche Irritationen durch einen >kompensatorischen Schein< gestützt werden, der zustande kommen *muss*, wenn die von Marx überlieferte Formalisierung der Profitrate $p' = m : (c + v)$ um v erweitert auf ihre Entwicklung übertragen wird. Insofern die im folgenden vorgetragene Argumentation erstmals ebenso eindeutig durch ein quantitatives Beispiel untermauert wird, an Hand dessen die theoretischen Zusammenhänge rekonstruier- und überprüfbar sind, wird zugleich der Anspruch erhoben, eine das gerade vergangene Jahrhundert durchziehende Diskussion, soweit sie sich um die theorieimmanente Konsistenz des Gesetzes drehte, zum Abschluss bringen zu können.¹

Historische Rahmenbedingungen

Nach dem >Ende der Wirtschaftswunder< scheinen Wirtschaft und Gesellschaft, zumindest, wenn man den wissenschaftlichen Charts folgt, in allerlei Fallen getappt zu sein: Wohlstands-, Wachstums-, Produktivität-, Beschäftigungs-, Schulden-, Rohstoff- und Visualisierungsfalle reichen sich die Hände. Und seit dem Wahlsieg von Rot-Grün 1998 konkurriert die >Globalisierungsfalle< mit der >Sozialisierungsfalle< um die adäquate Beschreibung der Zukunftsszenarien. Als völlig vergriffen gilt dagegen die Vorstellung - auch unter wissenschaftlich ernst zu nehmenden Autoren, die sich ansonsten auch positiv auf Marx berufen - die durch allerlei Globalisierungen gezeichnete Zukunft könnte auch durch das Gesetz des Profitratenfalls geprägt sein.

Dabei sind die periodisch wiederkehrenden Klagen über unzureichende Profitraten bzw. Kapitalrenditen so alt wie die kapitalistische Produktionsweise selbst. Auch die Entwicklung der Bundesrepublik von den 50er bis in die 70er Jahre ist von einer Tendenz zum Sinken der Kapitalrendite gekennzeichnet. Die einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre - Aufwertung der Marktsteuerung, Laissez-faire-Kapitalismus - stehen in einem engen Zusammenhang mit dieser Tendenz. Allerdings sprechen die Erfahrungen des letzten Vierteljahrhunderts nachhaltig dagegen, dass die krisenbedingten Probleme durch eine Politik der Entfesselung der Marktkräfte auf Dauer gelöst werden können. Insofern Rationalisierungsinvestitionen, Wachstum, Beschäftigung und Verfassung

„Monetäre Werttheorie“

des Sozialstaates in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Kapitalrendite stehen, unterstreichen historische Erfahrungen erneut die Bedeutung der theoretischen Frage, wodurch denn die Kapitalrendite reguliert ist.

Die Diskussion des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate wurde Ende der 60er Jahre zwar wieder verstärkt aufgenommen. Jedoch schälte sich Mitte der 70er Jahre parallel zur Weltwirtschaftskrise ein fast paradigmatisch zu bezeichnender Konsens heraus: Das Gesetz sei, theoretisch und/ oder empirisch, nicht nachweisbar. Dies hat sich bis heute nicht geändert. Auch in den Entwicklungstheorien, die das Verhältnis zwischen >Erster< und >Dritter< Welt untersuchen, scheint die endgültige Abkehr vom langfristigen Entwicklungsgesetz des Kapitalismus vollzogen. Dass Mobilität und Dynamik kapitalistischer Entwicklung darauf angewiesen sind, die Produktivkraft der Arbeit durch einen pro Arbeitskraft beständig wachsenden Aufwand an Sachkapital zu betreiben, und dass die Verwertung des Kapitals, ob (Durchschnitts-) Profitrate oder (gesamtwirtschaftliche) Kapitalrentabilität genannt, dadurch in zunehmende Schwierigkeiten geraten muß, geht in den gegenwärtigen Debatten um >Entwicklung< anscheinend völlig verloren.

Die wenigen Autoren, die in der Kritik der politischen Ökonomie noch eine wichtige Grundlage sozialwissenschaftlicher Analysen erkennen können, schweigen sich heute meist geflissentlich über das Gesetz aus. Das mag mit den mächtigen Eindrücken der anhaltenden Stabilität des Kapitalismus und des Zusammenbruchs des sogenannten Realsozialismus, wie auch mit blankem Opportunismus zusammenhängen. Aber auch der wissenschaftliche Diskurs selbst hat zur Diskreditierung des Gesetzes beigetragen. Insofern seien im folgenden nichts als der Kern des Gesetzes und die Quellen seines Missverständnisses rekonstruiert.

Das Gesetz

Das treibende Motiv der kapitalistischen Produktion ist nicht die Produktion von Gebrauchswerten und damit eine optimale Befriedigung der Bedürfnisse, sondern die Erzeugung eines möglichst großen Überschusses, gesamtgesellschaftlich eines möglichst großen Nettoprodukts im Verhältnis zum eingesetzten Gesamtkapital. Im Unterschied zu anderen Gesellschaftsformationen basiert die kapitalistische Akkumulation auf der unbedingten Entwicklung der Produktivkräfte, weil nur so das erzeugte Surplusprodukt (Mehrwert, Profit) gesteigert werden kann. Die Entwicklung der Lohnarbeit erfolgt in Kombination von unterschiedlichen Methoden: Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzung der notwendigen Arbeit, Entwicklung der Produktivkräfte, Anwendung von Kooperation, Teilung der Arbeit, Maschinerie etc., kurz: Produzieren auf großer Stufenleiter, also massenhaftes Produzieren.

Die im Wesen des Kapitalismus liegende Entfesselung der Produktion ohne Rücksicht auf die Schranken des Marktes realisiert sich als individuelle Maximierung des Betriebsergebnisses in der Konkurrenz. Sie setzt sich mikroökonomisch mittels innovierender Einzelkapitale durch, die im Verhältnis zum jeweils eingesetzten Kapital größere Überschüsse als ihre Konkurrenten realisieren. Die Verallgemeinerung neuer Produktionsmethoden durch die Zwänge der Konkurrenz hebt jedoch nicht nur solche Extravorteile einzelner Kapitale auf. Langfristig muß vielmehr auch das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Nettoprodukt und eingesetztem Gesamtkapital abnehmen -, d.h. die Profitrate muß sinken.

Die *Rate des Profits* ist also ein gesamtwirtschaftliches Verhältnis, das den Mehrwert (m) auf das eingesetzte Kapital (c+v) bezieht.

$$(1) p' = m : (c + v).$$

Die *Rate des Mehrwerts* ($m:v$) gibt dagegen den 'Ausbeutungsgrad' als Anteil des Mehrwerts am Wert der Arbeitskraft an. Und die *organische Zusammensetzung* beziffert das Verhältnis zwischen dem Wert des eingesetzten Sachkapitals und dem Wert der Arbeitskräfte ($c:v$). Da die Profitrate von der organischen Zusammensetzung wie auch von der Mehrwertrate abhängt, hat sich als ebenso übliche Schreibweise eingebürgert, den Dividenden und den Divisor durch v zu teilen:

$$(2) p' = (m:v) : ((c:v) + 1)$$

In Formel (2) ist die Profitrate nicht nur eine Ziffer wie in Formel (1). Sie drückt zugleich auch den Entwicklungsgrad eines Landes aus: Je höher organische

Zusammensetzung und Mehrwertrate, umso höher auch der Stand der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.

Formel (1) sagt ganz offensichtlich nichts über die Bestimmungsgründe der Profitrate aus, d.h. warum ein Kapital soundsoviel Mehrwert produziert. Aber auch ihre bloße Erweiterung um v liefert per se noch keine Erklärung der Profitrate, wenn die Mehrwertrate in ein Verhältnis zur organischen Zusammensetzung tritt: Die Profitrate kann hoch und sie kann niedrig sein, wenn Mehrwertrate und organische Zusammensetzung hoch sind, oder wenn beide niedrig sind. Es scheint keinen systematischen Zusammenhang zwischen der Profitrate und dem Entwicklungsstand eines Landes und damit auch keine Grund für die Annahme zu geben, langfristig müsse die Profitrate sinken, wenn organische Zusammensetzung und Mehrwertrate steigen.

Im folgenden ist nachzuweisen, dass diese Irritation zustande kommen kann, wenn die Veränderungen der Wert- und Mehrwertgröße unberücksichtigt bleiben, die der *Substitution lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit*, der Revolutionierung des Arbeitsmittels selbst, entspringen: Organische Zusammensetzung, Mehrwertrate *und* Substitution begründen, dass die Profitrate langfristig sinken muß. Wird das Substitutionsverhältnis nicht systematisch erfaßt und die Profitratenentwicklung auf Grundlage von Formel (2) untersucht, dann muß es den Anschein nehmen, als könne von einem gesetzmäßigen Fall der Profitrate keine Rede sein. Für jede Steigerung der Produktivkraft, die zum Fall der Profitrate führt, scheint es eine Gegenwirkung zu geben, die diesen Fall kompensieren kann.

Die zentrale These lautet also: Die Revolutionierung des Arbeitsmittels ist - seit der historischen Einführung der großen Industrie - die *dominante* Form der Produktivkraftentwicklung. Genau aus diesem Grund muß die Profitrate langfristig sinken. Die von Marx überlieferte Formalisierung der Profitrate erzeugt dann, wenn sie um v erweitert auf die Entwicklung der Profitrate übertragen wird, den verkehrenden Schein, der Profitratenfall sei in den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie selbst zumindest unterdeterminiert. Das Starren auf diese Formel führt zu allerlei >Kompensationstheorien<.

Produktivkraftentwicklung

Eine ganze Reihe von Missverständnissen, die Profitrate müsse nicht gesetzmäßig fallen, beruht darauf, dass nicht nur die Revolutionierung des Arbeitsmittels selbst, sondern auch *andere* Formen der *relativen* Mehrwertproduktion - die Kooperation und die Teilung der Arbeit zwecks Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit - über die Rate des Mehrwerts und die organische Zusammensetzung den Verlauf der Profitrate beeinflussen. Werden z.B. vorliegende Arbeitsgänge in Teilprozesse zerlegt, um sie von spezialisierten Arbeitskräften verrichten zu lassen, so steigt c.p. die **organische Zusammensetzung**. Sämtliche Umwälzungen der Arbeitsorganisation verstärken insofern noch die Wirkungen, die von der Revolutionierung des Arbeits-

mittels auf den Fall der Profitrate ausgehen. Umgekehrt wirkt die Steigerung kooperativer Produktivkräfte der Arbeit aber auch auf das Sinken der organischen Zusammensetzung und folglich dem Fall der Profitrate entgegen. Wird eine multiplizierte Arbeiterzahl gleichzeitig unter einem Dach zusammengefaßt, so senken entsprechende Raum- und Energiekosteneinsparungen den Produktwert. Die Produktivkraft steigt. Ähnliches gilt für die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten, wenn eine multiplizierte Arbeiterzahl innerhalb eines gegebenen Zeitrahmens (Tag, Woche, Jahr) zeitlich hintereinander geschaltet wird. Entsprechendes Einsparen konstanten Kapitals auf Seiten des Kapitalvorschusses ist ein gewaltiger Hebel zur Senkung der Wertzusammensetzung.

Ohne also das Arbeitsmittel selbst zu revolutionieren, erzeugen einzelne Momente der relativen Mehrwertproduktion unterschiedliche Wirkungen auf die organische Zusammensetzung, auf die Mehrwert- und auf die Profitrate. Aber auch im Rahmen der *absoluten* Mehrwertproduktion, also ohne die Produktivkraft zu steigern, wirkt die Verlängerung des individuellen Arbeitstages dem Fall der Profitrate entgegen. Bei der Verlängerung des individuellen Arbeitstages ist die Mehrwertrate der Hebel, der die Profitrate in die Höhe treibt; bei der Verlängerung der Maschinenlaufzeiten ist es dagegen im wesentlichen eine sinkende Wertzusammensetzung.

Die Schlüsselkategorie für die Bewegung der Profitrate bleibt auch in diesen Zusammenhängen die organische Zusammensetzung. Die bisher skizzierten Veränderungsmöglichkeiten dieses Verhältnisses haben allesamt zur Bedingung, dass die technische Basis der Arbeitsprozesse im wesentlichen unverändert bleibt. Sie charakterisieren sich in Wirkungen und Gegenwirkungen auf die Profitrate, ohne dass ein allgemeiner Grund auszumachen wäre, der ausschließt, dass sie sich nicht auch ausgleichen könnten. Denn mit der Produktivkraft der Arbeit ist auch die Entwicklung der organischen Zusammensetzung beschränkt, so dass die Entwicklung der Profitrate ambivalent bleiben muß: Sie kann steigen und fallen, je nachdem, welcher Einfluß größer ist.

Im Gegensatz dazu steht jedoch 'das Spezifische' der kapitalistischen Produktionsweise, die Form der Produktivkraftentwicklung, die auf der Substitution lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit beruht. Sie wälzt die technische Basis der Arbeitsprozesse um und impliziert mit Notwendigkeit sowohl das Steigen der organischen Zusammensetzung als auch den **Fall der Profitrate**. 'Die Maschinerie, das gewaltigste Mittel () die Produktivität der Arbeit zu steigern' (II.8/393; 23/425), existiert in der Form eines 'sehr kostenspielligen und weitläufigen Apparats' (II.8/378; 23/408) und impliziert damit ein 'stets wachsende(s) Gewicht der im lebendigen Arbeitsprozeß unter der Form von Produktionsmitteln mitwirkenden vergangenen Arbeit /.../' (II.8/571; 23/635). Trotz des Falls der Profitrate ist aber auch diese Form der Produktivkraftentwicklung 'ein immanenter Widerspruch' (II.8/397; 23/429):

Einerseits erzeugt sie die Wirkungen, die den Fall der Profitrate verursachen, andererseits bildet sie zugleich aber auch die Profitrate stabilisierende und steigernde Gegenwirkungen. In diesen Gegenwirkungen unterscheidet sich allerdings diese Form der Produktivkraftentwicklung eindeutig von allen anderen, wodurch es überhaupt erst möglich wird, von einer >Gesetzmäßigkeit< des Profitratenfalls zu sprechen. Denn diese Gegenwirkungen stoßen an notwendige, 'nicht überschreitbare Grenzen' und können 'daher den Fall der Profitrate wohl hemmen, aber nicht aufheben' (II.4.2/322; 25/258), was im folgenden nachzuweisen ist.

Nach dem Beginn der bürgerlichen Gesellschaftsformation, mit der Entstehung der großen Industrie im 19. Jahrhundert, wurde die **Revolutionierung des Arbeitsmittels** zum wichtigsten Hebel der Produktivkraftentwicklung überhaupt. Diese Form der >Modernisierung< schließt

natürlich die Kooperation und die Teilung der Arbeit nicht aus. Sie hat sich jedoch über die 'assembly line production' bis hin zur 'lean production' auf Grundlage der 'New Technologies' auch im gerade vergangenen Jahrhundert weiter durchgesetzt. Das Gewicht der vergegenständlichten Arbeit, also des angewandten Sachkapitals, wächst gegenüber dem der lebendigen Arbeit. Insofern ist es zur Begründung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate am Anfang des 21. Jahrhunderts durchaus zulässig, von anderen Formen der Produktivkraftentwicklung zunächst abzusehen.

Der Schein von Kompensation

Langfristig werden sämtliche Kompensationsmöglichkeiten des Profitratenfalls aufgehoben, wenn das Arbeitsmittel selbst revolutioniert wird. Gegenüber der Produktivkraftentwicklung durch Kooperation und Arbeitsteilung müssen dann sämtliche Vorstellungen über Ausgleichsmöglichkeiten auf bloßem Schein beruhen. Ein weiteres Kapitel der Missverständnisse über das Gesetz ist aufzuschlagen.

Erstens spielt in diesem Zusammenhang 'die Kompensationstheorie bezüglich der durch Maschinerie verdrängten Arbeiter' (II.8/426; 23/461) eine Rolle. Rationalisierungsinvestitionen würden zwar Arbeitskräfte verdrängen, aber im Investitionsgütersektor benötige man diese Arbeitskräfte, um die Investitionsgüter herzustellen. Ein gleiches Quantum lebendige Arbeit wird also an einer Stelle aus-, und an anderer Stelle eingesetzt. Aber: Entweder wird lebendige Arbeit nur umverteilt, so dass Produktivkraft, organische Zusammensetzung wie Profitrate davon unberührt bleiben (vgl. II.8/381; 23/412). Dann wird, insgesamt gesehen, auch kein Arbeiter durch Maschinerie verdrängt. Oder lebendige Arbeit wird substituiert. Dann kann eine gleiche Menge Arbeit an anderer Stelle jedoch nur über einen vergrößerten Kapitaleinsatz beschäftigt werden.

Zweitens entstehen Kompensationsvorstellungen dadurch, dass neue Technologien nur schrittweise durchgesetzt werden. Solange sich z.B. Produktivkraftsteigerungen auf Investitionsgüterindustrien beschränken, folgt daraus gewöhnlich, dass in den Konsumgüterindustrien bisher noch angewendete technische Segmente billiger reproduziert werden. Dadurch werden noch in Funktion begriffene Arbeitsmittel entwertet. Solche Verluste zwingen die Profitrate dieser Kapitale in die Knie. Für das geschrumpfte Kapital, aber auch für verbrauchtes Kapital, das ersetzt oder zusätzliches, das neu angelegt wird, gilt zwar eine niedrigere Wertzusammensetzung. Dieselbe muss aber wieder steigen, wenn auch diese Arbeitsprozesse von den neuen Technologien umgewälzt werden.

Eine dritte Kompensationsvorstellung kommt zustande, indem Produktivkraftsteigerungen gewöhnlich *alle* Waren gleichmäßig verbilligen -, Produktionsmittel und Arbeitskraft, das konstante wie das variable Kapital. Formel (2) kann in diesem Zusammenhang den Anschein erwecken, als würde die steigende Zusammensetzung durch eine gleichmäßige Wertsenkung vorhandener Elemente von c wie von v kompensiert, und die steigende Mehrwertrate analog durch die gleichmäßige Wertsenkung von v und m , so dass insofern auch die Profitrate unberührt bleibe. Eine solche allgemeine Wertsenkung der Waren läßt jedoch keineswegs den Schluß zu, wie im einzelnen noch nachgewiesen wird, aus diesem Grunde würde die organische Zusammensetzung nicht steigen und die Profitrate nicht sinken.

Die vierte und gängigste Form von >Kompensationstheorie< geht demgegenüber zwar davon aus, dass die organische Zusammensetzung steigt. Aber auch der Dividend, die Mehrwertrate - so eben die Argumentation - könne in einem solchen Maß steigen, dass kein eindeutiger Schluß

„Monetäre Werttheorie“

auf einen Profitratenfall möglich wäre. Die wichtigste, dem Fall entgegenwirkende Ursache, die Steigerung der Mehrwertrate, sei grundsätzlich in der Lage, die Wirkungen, die von der Produktivkraftsteigerung als Erhöhung der organischen Zusammensetzung auf den Fall der Profitrate ausgehen, zu kompensieren. Marx habe eben nur den Divisor ordentlich untersucht, nicht aber den Dividenten.

Die letzten beiden Kompensationsvorstellungen, die Profitrate müsse trotz der Revolutionierung der Arbeitsmittel nicht sinken, so eben die in den Mittelpunkt gerückte These, entspringen der Formel (2), da sie die Profitrate auf eine *Relation* zwischen Mehrwertrate und organischer Zusammensetzung reduziert. Wird der Entwicklungspfad der Profitrate an Hand der Formel (2) untersucht, dann kann in der Tat von einer Gesetzmäßigkeit ihres, wenn auch nur >tendenziellen< Falls, keine Rede sein. Je nachdem, welche >Kompensationstheorie< in Ansatz gebracht wird, ob die organische Zusammensetzung steigt, oder ob sie deshalb nicht steige, da das konstante und das variable Kapital gleichmäßig verbilligt wird -, in keinem Fall scheint es einen hinreichenden Grund zu geben, dass die Profitrate sinken muß. Zur Veranschaulichung des kompensatorischen Scheins dieser Formel ein Beispiel:

$$p' = \frac{m}{\frac{c}{v} + 1} = 0,5 = \frac{1}{\frac{1}{1} + 1} = \frac{1,25}{\frac{1,5}{1} + 1} = \frac{2,5}{\frac{4}{1} + 1} = \frac{5}{\frac{9}{1} + 1}$$

/.../ usw. Wie die organische Zusammensetzung auch steigen mag, auf 1,5 / 4 / 9 usw., immer scheint eine Erhöhung der Mehrwertrate auf 1,25 / 2,5 / 5 usw. möglich, die den Fall der Profitrate kompensiert.

Entmystifizierung der Formel

Formel (2) bringt im Gegensatz zu Formel (1) nicht zum Ausdruck, dass die Profitrate von der absoluten Größe des Mehrwerts - und damit von der absoluten Größe der Wertschöpfung überhaupt - abhängig ist. Die Substitution lebendiger Arbeit impliziert allerdings, dass die Wertsumme, die eine gegebene Kapitalgröße den Arbeitern auspreßt, ausgedrückt durch das Wachstum der organischen Zusammensetzung, abnimmt. Eine gleichbleibende Profitrate setzt also eine gleichbleibende Mehrwertmasse voraus, während die Produktivkraftentwicklung das Kapital zwingt, anteilig weniger lebendige Arbeit anzuwenden. D.h. die Wertschöpfung nimmt kontinuierlich ab. Folglich gibt es eine Bewegung, in der sich die sinkende Wertschöpfung dem Niveau der Mehrwertmasse annähert. Es muß sich also in diesem Procedere eine absolute Grenze herausbilden, die das Sinken der Profitrate einleitet, da jede weitere Kompensation der steigenden organischen Zusammensetzung durch steigende Mehrwertrate unmöglich wird -, und zwar bevor das Niveau der (sinkenden) Wertschöpfung das Niveau der durch die Profitrate fixierten Mehrwertgröße erreicht.

Eine solche absolute Obergrenze gilt natürlich auch für die obige Zahlenreihe. Um sie beispielhaft nachzuweisen und den Substitutionseffekt quantitativ zu veranschaulichen, sei als Ausgangssituation angenommen, die Referenzgröße des Kapitals betrage 100, der Wert pro Arbeitskraft (A_k) eins (z.B. fünf Stunden Arbeit) und die Wertschöpfung pro Arbeitskraft zwei (also zehn Stunden Arbeit). Daraus ergeben sich die Verhältnisse der Periode t_1 :

$$p' = \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v} + 1} = 0,5 = \frac{\frac{50}{50}}{\frac{50}{50} + 1} = \frac{\frac{50}{40}}{\frac{60}{40} + 1} = \frac{\frac{50}{20}}{\frac{80}{20} + 1} = \frac{\frac{50}{10}}{\frac{90}{10} + 1} \dots \frac{\frac{50^n}{0}}{\frac{100^n}{0}}$$

(50 Ak) (45 Ak) (35 Ak) (30 Ak) (25 Ak)

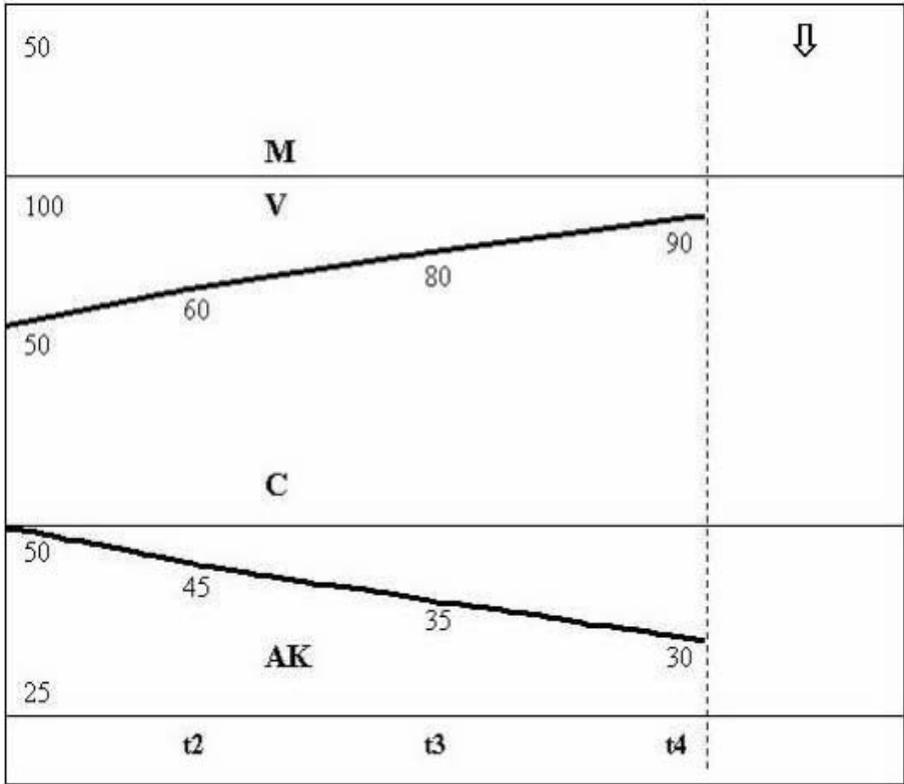
In den Folgeperioden wird lebendige Arbeit durch konstantes Kapital substituiert. Dabei wird für t2, t3 und t4 angenommen, die Mehrwertrate steige gerade in dem Umfang, der nötig wäre, um den Fall der Profitrate zu kompensieren. Deutlich wird, dass die Substitution von Arbeitskraft (5; 15; 20) und die Steigerung der organischen Zusammensetzung (60:40; 80:20; 90:10) nur zwei Seiten desselben Vorganges sind. In t2 werden z.B. fünf Arbeitskräfte durch ein Zusatzkapital c = 10 substituiert. Wenn Technik und Lebensdauer der ersetzenden Arbeitsmittel z.B. so beschaffen sind, dass die Produktivkraft um ca. 13% steigt, dann reduziert diese Wertsenkung den Gesamtwert der 45 verbliebenen Arbeitskräfte auf 40 Werteinheiten. Solange das Regenerationsniveau der Arbeitskräfte - die dazu notwendige Summe aller Gebrauchswerte und Dienstleistungen - konstant bleibt, sinkt der Gesamtwert der jeweils noch beschäftigten Arbeitskräfte überproportional zu ihrer Anzahl: Die Zahl der Arbeiter nimmt langsamer ab als das variable Kapital, was ja nichts anderes heißt, als dass die Mehrwertrate steigt (125%; 250%; 500%). Produktivkraft, Warenwert und Wertschöpfung entwickeln sich folgendermaßen:

	Warenwert	Produktivkraft	Wertschöpfung
t1	1	1	100
t2	0,89	113%	90
t3	0,57	175%	70
t4	9,33	300%	60
t5	0	¥	(50)

Quintessenz: Der kompensatorische Schein von Formel (2) beruht schlicht darauf, dass diese Formel die steigende organische Zusammensetzung nicht als Substitution von Arbeitskraft ausdrücken kann. Die organische Zusammensetzung und die Mehrwertrate wächst, obwohl stofflich identisch gebliebene Elemente des konstanten wie des variablen Kapitals verbilligt werden. Doch die Zahl der Arbeitskräfte nimmt ab! Und eine sich vermindernde Zahl von Arbeitskräften kann auf Dauer eben nicht dieselbe Mehrwertmasse produzieren, um die Wirkungen auszugleichen, die vom Steigen der organischen Zusammensetzung auf die Profitrate aus-

„Monetäre Werttheorie“

gehen.



Eine solche absolute Kompensationsgrenze wäre unwiderruflich zwischen t4 und t5 erreicht. Denn die Bedingung, dass die Profitrate konstant bliebe, würde in zwei paradoxen Situationen aufgehoben: Entweder müßte, wie oben angenommen, die Produktivkraft **unendlich steigen**. Das würde aber die Wertproduktion selbst aufheben -, also auch den Kapitalismus, und mit ihm natürlich die Profitrate und alle damit zusammenhängenden Verhältnisse. Ware und Tausch würden in ein Paradies vollautomatischer Produktion transformiert. Die menschliche Arbeitskraft wäre von der Notwendigkeit entbunden, zur Produktion von Gebrauchswert verausgabt zu werden. Oder die Produktivkraft würde begrenzt steigen, so dass Waren noch produziert und getauscht würden. Doch die Arbeiter wären dann vom Tausch ausgeschlossen. Sie müßten arbeiten und von Luft leben. Die Profitrate müßte also zwischen t4 und t5 auch dann sinken, wenn die Mehrwertrate beständig in Richtung unendlich streben würde, ohne diesen Grenzwert allerdings zu erreichen. Auf allen Stufen ist es somit 'derselbe identische Prozeß' (II.8/319; 23/339), worin 'die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit' (II.4.2/287; 25/223). Indem die Zahl der angewandten Arbeitskräfte in Richtung 25 verläuft, stößt 'die Kompensation der verringerten Arbeiterzahl durch Steigerung des Exploitationsgrades der Arbeit (an) gewisse nicht überschreitbare Grenzen' (II.4.2/322; 25/257f.). 25 Arbeiter

können eben nicht soviel Mehrwert produzieren wie 50. Und würde die Profitrate vorübergehend steigen, so würde das ihren Umschlag nur beschleunigen. Aber auch dann, wenn entgegenwirkende Ursachen den Profitratenfall eine zeitlang kompensieren könnten, wie für t_2 , t_3 und t_4 angenommen, würde sich von Anfang an der Korridor zwischen Wertschöpfung und Mehrwert kontinuierlich in Richtung einer absoluten Grenze verengen.

Resümee

Eine Art der Einwendungen gegen das Gesetz stützt sich also auf reale Produktivkraftentwicklungen, die der Kooperation und der Teilung der Arbeit entspringen. Eine andere Art beruht dagegen auf dem bloßen Schein von Kompensation. Solche >Kompensationsfällen< stellt die von Marx überlieferte Formalisierung der Profitrate, wenn sie um v erweitert auf die Profitratenentwicklung übertragen wird. Da die Revolutionierung des Produktionsmittels bisher gesellschaftlich notwendige, lebendige Arbeit substituiert und damit überflüssig macht, also nicht umverteilt, steigen organische Zusammensetzung und Produktivkraft, so dass auch die Mehrwertrate steigt. Aber auch dann folgt dem Substitutionseffekt der Fall der Profitrate, die eben nicht durch ein Kräfteverhältnis zwischen organischer Zusammensetzung und Mehrwertrate reguliert wird. Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, der organischen Zusammensetzung sowie der Mehrwertrate auf der einen, und die Tendenz zum Fall der Profitrate auf der anderen Seite sind also nur miteinander verzahnte Momente eines und desselben Entwicklungspfades.

Der Umfang allerdings, in dem lebendige Arbeit nun durch konstantes Kapital substituiert und in dem dadurch die Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird, hängt ganz von einer Reihe empirischer Bedingungen ab, die den technischen Fortschritt konkretisieren. Für die hier vertretene These, die Profitrate müsse tendenziell sinken, genügt es, dass die Steigerung der Produktivkraft überhaupt durch den Substitutionseffekt erwirkt wird. *Ursache* ist der das Arbeitsmittel revolutionierende technische Fortschritt: Das (relative) Gewicht der lebendigen Arbeit nimmt gegenüber der vergegenständlichten ab. Während die organische Zusammensetzung steigt, muß mit dem Wert der produzierten Ware der Wert der Arbeitskraft und letzten Endes auch die Profitrate sinken. Das Steigen der Mehrwertrate ist die wichtigste dem Fall *entgegenwirkende Ursache*. Aber auch dann, wenn sie fast unendlich steigen würde, könnte sie den Profitratenfall nicht verhindern. D.h. selbst unter für das Kapital idealtypischen Bedingungen - ein von allen Widerständen enthobener technischer Fortschritt und eine ungebremsete Wertsenkung der Arbeitskraft - müßte die Profitrate sinken. Denn dieselben Bewegungen, die zur Maximierung der Ausbeutung der Arbeitskraft führen, reduzieren mit der Zahl der Arbeitskräfte, die von einem gegebenen Kapital angewandt werden, die Möglichkeiten, die Profitrate konstant zu halten. Eine >Überakkumulation< von Kapital - hier gegenüber der Profitrate - tritt ein, wenn jede weitere Entwicklung der Produktivkraft den Fall der Profitrate einleiten muß.

Die beiden Raten in Formel (2) bestimmen zwar den Entwicklungsstand eines Landes, nicht aber den Entwicklungsgang der Profitrate als eine den Verlauf des Kapitalismus prägende Bewegung. Sie wird als Ziffer ausgedrückt, die vom Verhältnis zwischen Mehrwert und eingesetztem Kapital abhängig ist. Dieser Mehrwert findet am Umfang der lebendigen Arbeit und am Wert jener Arbeitskräfte seine Grenzen, die das akkumulierte konstante Kapital (noch) beschäftigt. Wird von der sinkenden Wertschöpfung der ebenfalls sinkende Wert der Arbeitskräfte saldiert, so ergeben sich über den Mehrwert die Mehrwertrate und die Profitrate. Diese Abhängigkeiten der Profitratenentwicklung sind auch formell darstellbar, indem Formel (2) um das Substitutionsverhältnis erweitert in Formel (1) eingesetzt wird. Die Substitution kann - in

„Monetäre Werttheorie“

Anlehnung an neoklassische Wachstumsmodelle (Cobb-Douglas-Funktion) - über Exponenten ausgedrückt werden, welche die Wirkungen der Substitution auf die Profitrate quantifizieren. Eine solche *Erklärung* der Profitrate kann dann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

$$p' = \frac{Ak \frac{m}{v^{1-\alpha}}}{\left(\frac{c}{v^{1-\alpha}} + 1\right)Ak}$$

Da in der Bestimmung der Profitrate der Kapitalvorschuß ($c+v$) konstant bleibt (z.B. 100), drückt die Veränderung des Divisors im Zeitablauf (t_1, t_2, \dots, t_n) aus, dass die organische Zusammensetzung steigt, wenn lebendige durch vergegenständlichte Arbeit substituiert wird. Wenn die lebendige Arbeit abnimmt, so drückt die Veränderung des Dividenden aus, dass mit der Mehrwertmasse auf Dauer auch die Profitrate sinken muß.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Je entwickelter der 'Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht' (II.8/63; 23/49), um so stärker der Druck auf die Profitrate. Die zentrale Bedingung der bürgerlichen Produktionsweise, die Produktivkraft steigern zu müssen, kann nur durch den wachsenden Sachkapitalaufwand pro Arbeitskraft >erkauft< werden. Je stärker aber die darin eingeschlossene Tendenz der Profitrate zu fallen, um so gewaltiger der wissenschaftlich-technische, ökonomische und soziale Druck auf eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte und auf die Mobilisierung entgegenwirkender Ursachen (Verlängerung der Maschinenlaufzeit und der individuellen Arbeitszeit, Deregulierungen, Lohnsenkungen, TNC-Megafusionen u.ä.m.).

Eingangs erwähnte Thesen über die Krise wie Wohlstands-, Wachstums-, Produktivitäts- oder Beschäftigungsfalle können demnach bestenfalls nur einzelne Aspekt eines solchen Gesamtzusammenhangs thematisieren. Die gesellschaftlichen Akkumulationsprozesse werden nach wie vor durch die 'Privatmacht der Einzelkapitale' (II.4.2/337; 25/274) gesteuert. Sog. Wirtschaftswunder können insofern nicht dauerhaft sein, als mit der Profitrate auch die Neigung zur Akkumulation sinkt. Das vom sog. shareholder value abhängige Investitionsverhalten der Unternehmen konzentriert sich dann zunehmend auf solche Rationalisierungsinvestitionen, die den vorhandenen Kapitalstock umwälzen und die Wertzusammensetzung durch die Substitution von lebendiger Arbeit steigen lassen, anstatt die vorhandene Beschäftigung - trotz sinkender Profitrate - durch Erweiterungen des Kapitalstocks zu stabilisieren.

Nach Marx wird das zugrundeliegende Ausbeutungsverhältnis durch die Geisel wachsender Arbeitslosigkeit und eine ihr folgenden Polarisierung von Armut und Reichtum ad absurdum geführt. Auf einer Seite stehen entsprechende tiefgreifende Krisen. Auf einer anderen diagnostiziert er eine Reihe materieller, organisatorischer und insbesondere auch bewußtseinsmäßiger Veränderungen als 'Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst' (II.4.2/503; 25/454). Seiner Auffassung nach muss diese spezifische Entwicklungsdynamik der bürgerlichen Gesellschaft nicht auf eine Revision, sondern auf 'die Auflösung dieses Verhältnisses' (II.4.2/337; 25/274) selbst drängen.

Die Kritik der politischen Ökonomie ist dessen ungeachtet dazu prädestiniert, die gesellschaftlichen Szenarien auch am Anfang des 21. Jahrhunderts adäquat zu analysieren. Das Gesetz des

Profitratenfalls ist als immanente Konsequenz zugleich ein, wenn nicht gar überhaupt der zentrale Prüfstein dieser Wissenschaft, und zwar von den ersten Sätzen über Gebrauchswert und Wert bis hin zu den letzten über die 'trinitarische Formel'. Es gibt absolut keinen Grund, und es macht absolut keinen Sinn, es zu relativieren oder gar abzukoppeln. Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate ist es wert, zur Grundlage weiterer Forschungsprozesse erhoben zu werden. Es wird sich, allen Unkenrufen zum Trotz, auf Dauer wissenschaftlich als unentbehrlich erweisen, wenn es darum geht, die Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen.

Anmerkungen:

1. Um Diskussion dieses Beitrags wird auch im Internet unter der E-Mail-Adresse wasmush@uni-muenster.de gebeten. Bei Zustimmung der Verf. werden Beiträge unter www.uni-muenster.de/Soziologie/Home/wasmus ins Internet gestellt.
2. "Die Profitrate wird also bestimmt durch zwei Hauptfaktoren: die Rate des Mehrwerts und die Wertzusammensetzung des KapitalsA (25/78): Karl Marx, >Das Kapital<. Zitiert nach Marx/Engels Gesamtausgabe (Bände II.8; II.4.2); Marx-Engels-Werke (MEW: Bände 23, 25).
3. Im Gegensatz zu ihrer Erklärung ist die Profitrate als Ziffer trivial, wenngleich ihr empirische Ermittlung auf vielfältige Probleme im verfügbaren Datenmaterial stößt.
4. Auch die Weiterentwicklung der Kooperation und Teilung der Arbeit führen natürlich zu Produktivkraftsteigerungen, ohne dass deshalb die organische Zusammensetzung mit Notwendigkeit steigen müßte. Solche Steigerungen der Arbeitsproduktivität sind jedoch gegenüber jenen, die durch Revolutionierung der Arbeitsmittel möglich werden, äußerst begrenzt. Wenngleich die empirische Seite hier auch nicht zur Debatte stehen kann, sei trotzdem darauf hingewiesen, dass die steigenden Investitionskosten für eine gegebene Menge Arbeitskraft diese These (auch) in den letzten Jahrzehnten auf Schritt und Tritt bestätigen. Es macht keinen Sinn, zeitlich beschränkte, singuläre empirische Produktivkraftentwicklungen ins Auge zu fassen, die ein partielles Sinken der Kapitalzusammensetzung erwirken, um damit allgemein gegen das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zu argumentieren.
5. Solche Entwertungen noch fungierenden Kapitals sind Verluste, die das Vermögen der betroffenen Unternehmen mindern. Die Überschüsse sind um diese Verluste zu kürzen, um die Profitrate des eingesetzten Kapitals zu bestimmen. Negativsaldi liefern Anstöße zu 'plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses', und nur in den Schranken einer technologischen Übergangsphase, und das auch nur dann, wenn tatsächlich investiert wird, sind solche Entwertungen zugleich ein Mittel, 'den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation /.../ zu beschleunigen' (II.4.2/323f.; 25/259f.).
6. Einige Passagen im Originaltext stützen diese Irritation: 'Mit Ausnahme einzelner Fälle (z.B. wenn die Produktivkraft der Arbeit gleichmäßig alle Elemente des konstanten wie des variablen Kapitals verwohlfeilert) wird die Profitrate sinken /.../' (II.4.2/317; 25/236). 'Abstrakt betrachtet' (II.4.2/319; 25/239) würde unter dieser Voraussetzung die Profitrate nicht sinken -, dem anscheinend Engels gegenüberstellt, 'aber in Wirklichkeit' (25/240) würde sie doch sinken.
7. 'Tendenziell' stellt in Rechnung, dass vorübergehende Stabilisierungen wie auch Steigerungen der Profitrate - infolge entgegenwirkender Ursachen - durchaus auf der Tagesordnung ste-

hen, den Fall der Profitrate aussetzen, jedoch langfristig nicht verhindern können.

8. Die Steigerung der Produktivkraft, also der Leistungsfähigkeit der kombinierten, d.h. lebendigen und vergegenständlichten Arbeit in der *Produktion* hat auf Seiten des (*konstanten*) *Kapitalvorschusses* zur Voraussetzung, dass c absolut und relativ wächst, und auf Seiten des *Outputs* zur Konsequenz, dass der Wert der produzierten Ware sinkt: Die Wertschöpfung der substituierten Arbeitskraft ($= 2$) ist größer als der Wertanteil des ersetzenden Produktionsmittels, der auf das Produkt übertragen wird (< 2). Die Produktion eines entsprechenden Produktionsmittels kostet - an anderer Stelle - ein Mehrfaches ($= 2$) der auf das Produkt übertragenen Arbeit. In einer produzierten Ware muß sich folglich der Anteil des übertragenen konstanten Kapitalwerts erhöhen. Vgl. II.8/381-383; 23/411-414.

9. Gerundete Zahlen für Warenwert und Produktivkraft.

10. Vgl. die analogen Beispiele II.8/396f.;23/429; II.4.2/304;25/245; II.4.2/321;25/257.

11. Anzahl und Qualifikation der Arbeitskräfte, Haltbarkeit der Arbeitsmittel, Verfügbarkeit ökologischer Ressourcen und Naturkräfte, Know how. Sich verknappende Naturvoraussetzungen beschleunigen den Fall der Profitrate, anstatt ihn zu verursachen. Jede Steigerung der "Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals" (II.4.2/304ff.; 25/87ff.) wirkt dem Fall der Profitrate entgegen. Er entspringt nicht dem Raubbau an der Natur qua "Internalisierung von Umweltbelastungen", sondern der kapitalistischen Steuerung der Akkumulation, so dass auch eine "Minimierung der Entropieproduktionsrate" dem Gesetz nicht widersprechen kann.

12. Den Profitratenfall hemmende Ursachen wirken auf Seiten des Divisors wie des Dividenden. Einerseits steigert die Revolutionierung der Produktivkraft die Mehrwertrate über die Wertsenkung des variablen Kapitals, andererseits wirken die oben zitierten Wertsenkungen des konstanten Kapitals, aber auch Verlängerung der Maschinenlaufzeiten, einer steigenden organischen Zusammensetzung entgegen. Wie und warum gerade heute, in der neoliberalen Welt eines postmodernen Individualismus, ganz bestimmte entgegenwirkende Ursachen aktualisiert werden -, der Abbau sozialer Sicherungssysteme bei gleichzeitiger Mobilisierung des Individuums und seiner Leistungsfähigkeit, insbesondere aber die Verlängerung der Produktionszeiten in Richtung rund um die Uhr als äußerst wirksamer Hebel, dem Profitratenfall entgegenzuwirken, kann in einer allgemeinen Begründung des Gesetzes nicht zur Debatte stehen.

13. Da $a + (1-a) = 1$, verhalten sich c zu v wie a zu $(1-a)$. Die organische Zusammensetzung wächst, a strebt also in Richtung 1, indem sich die Zahl der Arbeitskräfte $(1-a)$ in Richtung Null bewegt. Wird Arbeitskraft - bei gleichbleibendem Kapitalvorschuß - durch konstantes Kapital substituiert, dann wächst c absolut und relativ wie v absolut und relativ sinkt. Der Exponent bestimmt das Maß. Je größer a , je weniger Arbeitskraft wird eingesetzt und um so stärker schrumpft der im Dividenden ausgelegte Korridor zwischen Wertschöpfung und Mehrwert. Damit lösen sich Probleme, die Marx mit allerlei Beispiel- und Formelsalat, der auch Hartnäckige ins Straucheln bringen kann, vergeblich auf den Begriff zu bringen suchte: Vgl. z.B. 25/59-79, insbes. aber II.4.2/66-110.

14. Eine steigende 'organische Zusammensetzung' drückt genau die Wertveränderungen aus, die (hier: arbeitskraftsubstituierenden) produktivkraftsteigernden technischen Innovationen entspringen. Dann liegt ihr eine steigende 'technische Zusammensetzung' zugrunde. Neue Technologien erwirken also nur dann eine höhere technische Zusammensetzung, wenn sie die Produktivkraft steigern, was ja keineswegs selbstverständlich ist. Jenseits des Arbeitsquantums, auf dem die Bestimmung der Produktivität ruht, ist die technische Zusammensetzung - analog zur mikroökonomischen Produktionsfunktion - dagegen nur eine Produktivitätskons-

tellation, die Äpfeln auf Birnen bezieht. Wegen dieser Inkommensurabilität steht auch die Argumentation von Marx, die 'Masse' der Produktionsmittel müsse schneller wachsen als ihr Wert, auf schwachen Füßen. Neu Produktionsmittel (PC's) liefern ihrer Masse nach kein sinnvolles Verhältnis gegenüber alten (Schreibmaschinen). Wenn also die organische Zusammensetzung steigt, muß die Profitrate sinken (vgl. II.4.2/285-301; 25/221-241). Von den ökologischen Voraussetzungen abgesehen, ist die oben - rein hypothetisch skizzierte - vollautomatische Produktion die einzige Grenze für produktivkraftsteigernde technische Fortschritte. Derselbe Grund, die Steigerung der Produktivkraft, erzeugt "conteragierende Einflüsse" (II.4.2/301-309). Die "entgegenwirkende Ursache" schlechthin ist die steigende Mehrwertrate. Da technologische Revolutionen und die Umwälzung sozialer Regulationen (Maschinenlaufzeiten z.B.) Hand in Hand gehen, weicht die Wertzusammensetzung des Kapitals wie der Ausbeutungsrate in der Regel so von den durch die Produktivkraftentwicklung gesetzten Bedingungen ab, dass sie dem Fall der Profitrate entgegenwirken. Für alle sozialen Regulationen gilt jedoch dasselbe wie für alle vom technischen Fortschritt verursachten Veränderungen: Ihre Reichweite ist beschränkt, so dass auch der darin angelegten Potenz, dem Profitratenfall entgegenzuwirken, eindeutige Grenzen gesetzt sind. Insofern die Steigerung der Produktivkraft mittels der Substitution lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit die >letzte Instanz< ist, die den Profitratenfall erzeugt, gehört neben der Größe v auch der Umfang der lebendigen Arbeit, die ein gegebenes Kapital (noch) beschäftigt, zur Begründung dieser Entwicklung. Insofern macht es Sinn, den Divisor und den Dividend nicht um diese Größe zu kürzen, so nahe das mathematisch auch liegen mag.

Selbstverwirklichung als Flop

Fragmente einer Kritik an Günther Jacobs „Kapitalismus und Lebenswelt“

Vorspiel: Im Gleichschritt marsch!

Januar 1994 hat ein „Arbeitskreis Krisenexperiment“ an der Universität Münster eine kleine Provokation gestartet, um den Rassismus an der Universität zu erforschen. Die ForscherInnen stellten sich mit Schildern vor die Mensa, mit denen deutsche und ausländische StudentInnen aufgefordert wurden, ihre Studentenausweise vorzuzeigen und danach durch verschiedene Eingänge für „Deutsche“ und „Ausländer“ die Mensa zu betreten. Das in der FR vom 21.4.94 abgedruckte Protokoll eröffnet interessante Einblicke.

Vom Hausmeister hätte wohl kaum jemand etwas anderes erwartet, als daß er unter Hinweis auf die Hausordnung das Unternehmen verbietet. Aber die StudentInnen ... Ein erschreckend großer Teil fügte sich widerstandslos und folgte dem rassistischen Gebot. Bezeichnend ist folgender Dialog:

Ein Student:

„Ist denn diese Maßnahme wirklich rechters, und ist sie wirklich von oben angeordnet?“

Am Arbeitskreis beteiligter Dozent:

„Von ganz oben! Aber worum geht es Ihnen? Ist Ihnen die Sache, um die es hier mit den Ausländern geht, nicht recht, oder geht es Ihnen um die Rechtmäßigkeit des Verfahrens?“

Student:

„Natürlich nur um die Rechtmäßigkeit. Wenn es rechtmäßig geregelt ist, dann ist alles in Ordnung.“

Auf Initiative des Hausmeisters wurde Polizei geholt. Einer der Staatsdiener vermerkte kopfschüttelnd:

„Ist ja wirklich doll. Die gehen ja tatsächlich wie die Hammel getrennt durch die Türen!“

Das Protokoll weist aus: Von 120 StudentInnen gehen 115 durch „ihren“ Eingang, davon müssen 55 die Richtung wechseln. 5 offensichtlich deutsche StudentInnen gehen dagegen unwirsch durch den Eingang für „Ausländer“.

Von den 115 StudentInnen waren keinesfalls alle rassistisch, wohl aber gut „staatsbürgerlich“. Mensch fügte sich lediglich einer „von oben“ angeordneten Maßnahme.

I. Kritik der Mystifikation und mystifizierende Kritik

„Die gesellschaftlichen Verhältnisse existieren nicht neben oder über dem tagtäglichen, sinnlich wahrnehmbaren Verhalten der Individuen, sondern nur durch dieses Verhalten hindurch; sie existieren als die gesellschaftliche Seite des individuellen Verhaltens.“

Klaus Ottomeyer: Soziales Verhalten und Ökonomie im Kapitalismus. Gießen 1976, S. 67.

Hintergrund und theoretische Aufgabenstellung

Wer immer heute radikale Kapitalismuskritik zeitgemäß formulieren will, tut dies vor dem Hintergrund einer abgeschlossenen Epoche von sozialen und politischen Kämpfen, deren Ende augenscheinlich zusammenfällt mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Auch wenn die revolutionäre Kritik an diesem Sozialismus im Namen eines vermeintlich „wahrhaften Kommunismus“ nie verstummte, so waren die Repräsentanten dieser Kritik doch auch am Ende, als sich der „falsche Kommunismus“ in Wohlgefallen auflöste. Das deutet auf mehr Gemeinsamkeit hin, als mensch wahrhaben möchte.

Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe von Erklärungen für das Überdauern des Kapitalismus und das Verschwinden des „revolutionären Subjekts“. Die meisten sind ebenso langweilig wie bürgerlich. Anders die Arbeit Jacobs.

„Die Aufgabe besteht heute darin, den Raum der objektiven Klassen (die Struktur von Lohnarbeit und Kapital und den Raum der individuellen Lebensstile (die Struktur von Statusgruppen, neuen sozialen Milieus, Stile-Fraktionen etc.) zusammen zu denken; zu untersuchen, wie materiell fundierte Lebenschancen und Lebensstile, wie Lohnabhängigkeit und Konsummuster, wie Statusunterschiede und subkulturelle Unterschiede zusammenhängen – allerdings ohne dabei die Kategorien von ‚Basis und Überbau‘ zu bemühen, weil der Zusammenhang von Lebenschancen und Lebensstilen so nicht zu fassen ist. Kulturelle Ungleichheit ist eine Erscheinung sozialer Hierarchien, von denen wir wissen, daß sie ohne das dominierende Kapitalverhältnis nicht denkbar wären.“ (SPEZIAL Nr. 97, S.33)

Gegen den modischen Trend, die Marxsche Theorie für genauso tot zu halten, wie die Person, bemüht er sich um Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie.

Nun mag jeder neuerliche Versuch einer solchen Rekonstruktion – deren gab es ja schon viele – als von Anfang an sinnloses Unterfangen angesehen werden. Jacob will zeigen, daß die Ergebnisse der Marxschen Kapitalkritik ein Verständnis aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen – „reflexive Modernisierung“ (Beck), Individualisierung, etc. – durchaus nicht be- oder gar verhindern. Er geht davon aus, daß Verschwinden von Klassenbewusstsein und traditionellen Sozialmilieus

„ohne die Kritik der Politischen Ökonomie von Marx nicht zu verstehen ist“ (ebenda S. 33)

Sein Ansatz zur „Theorie des bürgerlichen Individuums“ zeugt nicht nur von großer Sachkenntnis aktueller Trends in Theorie und gesellschaftlicher Praxis, er versucht außerdem, den Nachweis zu erbringen, daß die Elemente zu einer solchen Theorie des bürgerlichen Individuums bereits bei Marx angelegt sind, indem er die Marxsche Kapitalkritik als das reflektiert, was sie war, ein „artistisches Ganzes“ (Marx).

Im Fortgang seiner Argumentation müht sich Jacob vor allem um die Klärung der Fragen:

- Warum ist der Klassenbegriff des traditionellen Marxismus untauglich, welcher Qualität war die alte ArbeiterInnenbewegung?

Theorie des bürgerlichen Individuums

- Was führt zur Herausbildung eines bürgerlichen Individuums mit der ihm eigenen Widersprüchlichkeit?
- Wodurch konstituieren sich moderne soziale Milieus und wie sind sie vor dem Hintergrund der Kapitalkritik zu bewerten?

Wichtige Argumentationslinien

Im Nachvollzug des Gangs der theoretischen Untersuchung bei Marx unterscheidet Jacob zwischen der „Kernstruktur“ des Kapitalismus (Produktionsverhältnisse, unmittelbarer Produktionsprozess, Produktion des Mehrwerts) und der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, der Ebene der Konkurrenz, des Marktes.

Die Konkurrenz ist nicht nur

„eine vom Kapital selbst hervorgebrachte Verwirklichungsbedingung“ sondern auch „die Handlungsebene der bürgerlichen Individuen“ , „auf der sich die bürgerlichen Menschen den falschen Schein tätig und handelnd aneignen“ (SPEZIAL Nr. 90, S. 30)

Auf dieser Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft begegnen sich die Individuen als formal freie und gleiche WarenbesitzerInnen und haben es mit den entwickelten Kategorien der Politischen Ökonomie zu tun (Lohn, Preis, Profit etc.), die die zugrundeliegenden sozialen Verhältnissen, die Quellen des Reichtums, „verdunkeln“. Ihre Gesellschaftlichkeit tritt den Individuen als fremde, verdinglichte Macht gegenüber. Sie werden sich ihrer bewusst in „verkehrter“ Form.

Der Gegensatz zwischen den Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft ist in den Produktionsverhältnissen verankert und beruht auf der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. Teilhabe am kapitalistisch erzeugten gesellschaftlichen Reichtum beruht auf Privateigentum und individuellem Geldeinkommen. Je reiner sich die kapitalistischen Verhältnisse entwickeln, desto mehr kommt es zur Herausbildung eines bürgerlichen Individuums mit relativer Handlungsautonomie (Konsument).

Weil der Kapitalismus

„die Klassen zuerst hervorbringt, sie jedoch sofort wieder unsichtbar macht und statt dessen das persönliche Individuum, die Käufer-Verkäufer-Figur als – exklusiven – Teil einer Masse hervorbringt“ (SPEZIAL Nr. 90, S. 30f),

deshalb habe schon Marx zu zeigen versucht,

„daß die objektive Analyse nicht bei den Klassen endet, sondern beim persönlichen Individuum“ (ebenda S. 30). Klassen können überhaupt „nur in sozialen Kämpfen sichtbar werden.“ (SPEZIAL Nr. 89, S.32)

Quelle des Klassenbewusstseins der vergangenen Arbeiterbewegung war nicht der erlebte Klassengegensatz in den grundlegenden Produktionsverhältnissen, sondern die sich in den sozialen Kämpfen herausbildende politische Kultur der Arbeiterbewegung. Als Resultat dieser Kämpfe entstanden gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die allmähliche und folgerichtige Herausbildung bürgerlicher Individualität (Staatsbürger).

In einer ersten Annäherung bezeichnet Günther Jacob das bürgerliche Individuum als ein *„scheinbar klassenunspezifisches, atomisiertes, schillerndes Individuum“ (SPEZIAL Nr. 90, S. 30)*

Dieses Individuum ist gleichermaßen von Selbstdisziplin und Hedonismus gekennzeichnet. Es ist Klassenindividuum (Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“ mit entsprechend vor-

gegebenen Verhaltensweisen und Einstellungen) und persönliches Individuum (freier Wille, Handlungsspielraum) zugleich.

„Das Klassenindividuum ist im persönlichen Individuum sowohl scheinbar ausgelöscht als auch als ein Moment in demselben enthalten.“ (Ebenda S. 31)

Das persönliche Individuum macht – im idealen Durchschnitt – seine Lebensentwürfe, ist für sich selbst verantwortlich. Trotzdem spielen sich – unverändert – hinter seinem Rücken gesellschaftliche Prozesse ab, die seine Pläne durchkreuzen, so daß nicht unbedingt das herauskommt aus dem Lebensentwurf, was ursprünglich beabsichtigt war. Bewusstes Handeln der Individuen ist für Jacob nicht nur an der Realität scheiternder Lebensentwurf, sondern auch bewusste Akzeptanz dieser „Naturgesetzlichkeit“.

Die relativen Sachzwänge werden dadurch absolut, daß sich die Menschen massenhaft dazu entschlossen haben, den objektiven Zwang der Verhältnisse subjektiv fortzusetzen. („Dieser Entschluss ist eine Leistung des Willens und er wird unter Einsatz des Verstandes gefasst.“ SPEZIAL Nr. 94, S. 31)

Der im Handlungsspielraum der KonsumentInnen sich ausdrückende Individualismus führt zur Ausdifferenzierung vielfältiger Deutungsmuster sozialer Realität, Verhaltensweisen etc. (Lebensstile) die ihrerseits buntscheckige soziale Milieus erzeugen. („... soziale Lagen sind nicht mehr durchgängig die Basis von Milieubildung ...“ SPEZIAL Nr. 97, S. 34)

Für Jacob soll die

„Analyse von kulturellen Äußerungen nicht Ersatz für die Analyse von wirklichen Lebenschancen und deren ökonomischer Grundlage sein, sondern deren Erweiterung um eine heute bedeutsame Dimension“ (ebenda S. 34)

Er betont:

„Was aus alledem folgt, ist noch ziemlich offen.“ (Ebenda S. 34)

Trotzdem entschließt er sich zu einer „pointierten“ These, die er provozierend gegen „antiquierte linke Denkmuster“ stellt:

„Die individuelle Selbstzuordnung zu spezifischen Habitusgruppen und die Expression bestimmter Lebensstile ist ‚Klassenkampf‘ (um Marktchancen) mit anderen Mitteln und ‚Stilbewußtsein‘ ist das ‚Klassenbewusstsein‘ von heute.“ (Ebenda S. 34)

Nicht weniger „pointiert“ stellt er fest:

„Ich bin ein Arbeiterkind‘ ist keine gültige Erklärung mehr für eine gescheiterte Karriere.“ (SPEZIAL Nr. 97, S. 32)

Damit wird aber auch deutlich, daß Jacob die marxistische Analyse

„von wirklichen Lebenschancen und deren ökonomischer Grundlage“

nicht nur ergänzt, sondern in wichtigen Punkten zu neuen Ergebnissen gelangt. Am Schluss meiner Ausführungen werde ich darauf noch einmal zurückkommen.

Drei grundlegende theoretische Mängel

Eine Kritik des Ansatzes von Günther Jacob, die seiner theoretischen Leistung gerecht wird, fällt schon wegen der Fülle des verarbeiteten Materials nicht so leicht. Wer ihm auf gleichem Niveau überallhin folgen will, muss selbst eine Arbeit vergleichbaren Umfangs schreiben. Weil meine Kritik Stückwerk bleibt, nenne ich sie „Fragmente einer Kritik“.

Theorie des bürgerlichen Individuums

Jacobs Arbeit bleibt nicht frei von Widersprüchen. Ohne diese in demagogischer Absicht gegen den Autor wenden zu wollen, liefern sie mir den Einstieg in meine Kritik. So zitiert er Marx zustimmend in der gleichen SPEZIAL, in der er die These formuliert, die objektive Analyse habe nicht bei den Klassen, sondern beim persönlichen Individuum zu enden, wie folgt:

„Die Ökonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen.“

Diese Formulierung entspricht dem ganzen Projekt der Marxschen Kritik, den Kapitalismus als „historisch bestimmte Produktionsweise“ mit „entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnissen“ darzustellen und zu kritisieren; nämlich, daß die kapitalistischen Verhältnisse „vorrübergehenden Charakter“ tragen. Marx wollte zeigen und hat gezeigt, wie das Kapitalverhältnis sich selbst zur Schranke seiner weiteren Entwicklung wird. Die gesellschaftliche Form des Kapitalverhältnisses gerät danach in die Krise, sofern sie ihren Zweck, Mehrwert zu produzieren, verfehlt. Das persönliche Individuum ist wohl ein notwendiges Produkt der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise kann aber niemals am Ende der „objektiven Analyse“ stehen, soweit es sich noch um Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse handelt. Anders als Jacob, werde ich in meiner Kritik an seinem Ansatz zu zeigen versuchen, daß das persönliche Individuum als ein Moment im Klassenindividuum enthalten ist und nicht umgekehrt. Solange der Kapitalismus besteht, reproduzieren sich die Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“ als dominante Merkmale der Individuen, was sich nicht zuletzt im „autoritären Charakter“ ausdrückt. Die Dominanz der Merkmale eines persönlichen Individuums würde die Unmöglichkeit weiterer Kapitalreproduktion bedeuten. Gestützt auf Selbstbeherrschung und Hedonismus ist Mehrwertproduktion schlecht möglich.

„In den wirklichen Subjekten müssen sich bestimmte physische und psychische Fähigkeiten und Einstellungen reproduzieren, wenn sie als tauglicher Bestandteil im übergreifenden Reproduktionsprozess des ‚automatischen Subjekts‘ fungieren sollen.“ (Klaus Ottomeyer „Soziales Verhalten und Ökonomie im Kapitalismus, focus Verlag Gießen 1976, S. 79)

An vielen – keineswegs allen – Befunden der „Individualisierung von Lebensstilen“, der Entstehung neuer „sozialer Milieus“ etc. gibt es grundsätzlich nichts zu deuteln. Wenn jedoch, wie Jacob richtig vermerkt,

„die Reproduktion des Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft ... ein Moment der Reproduktion des Kapitals“ ist (SPEZIAL Nr. 96, S.29),

dann stellt sich die Frage, wie das mit den gewachsenen Handlungsspielräumen der Individuen zusammengeht, wie sich unter veränderten Bedingungen auf Seiten der wirklichen Subjekte

„bestimmte physische und psychische Fähigkeiten und Einstellungen reproduzieren“, die sie nach wie vor zu „tauglichen Bestandteilen im übergreifenden Reproduktionsprozess des ‚automatischen Subjekts‘“ machen.

Das ‚automatische Subjekt‘ meint den Prozess der Verwertung von Wert, also die Produktion und Realisation von Mehrwert. Es setzt voraus den Tausch von Geld gegen die besondere Ware Arbeitskraft und die produktive Konsumtion des menschlichen Arbeitsvermögens im kapitalistischen Produktionsprozess. Auf dieser allgemeinen Ebene bleibt Jacob ganz der Marxschen Kapitalkritik verpflichtet. Für Jacob bleibt *„das Kapital auch ein Herrschaftsverhältnis“*. Im Nachvollzug der Marxschen Kritik spricht er von

„Über und Unterordnung“, davon, daß „der Zwang nun allgemein in den Verhältnissen und konkret in

der Kontrolle des Kapitalisten über den Produktionsprozess“ (SPEZIAL Nr. 89, S.28) liege.

Seine allgemein-kritische Vorstellung kapitalistischer Produktionsverhältnisse liefert ihm allerdings nur den Einstieg in sein Thema, ist eher der Gegenstand, von dem er sich abstoßen muss.

1. Der erste und vielleicht entscheidende theoretische Mangel besteht darin, daß Jacob die grundlegenden Produktionsverhältnisse nur noch unter dem Gesichtswinkel ihrer Mystifikation, „Verdunkelung“ behandelt und nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer konkreten Veränderung. Die weitere Existenz der Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“ wird zwar betont, nicht aber untersucht, wie sich die Charaktereigenschaften dieser sozialen Figuren unter dem Anspruch veränderter Methoden der Mehrwertproduktion selbst verändert haben.

Jacobs theoretische Leistung beruht auf der systematischen Herausarbeitung der sozialen Figur des lohnabhängigen „Konsumenten“ – logisch, wie historisch. Er verfolgt das „persönliche Individuum“ von seinen abstraktesten Bestimmungen (frei verfügbares Lohneinkommen) bis hin zu seiner konkreten Gestalt, die es heute angenommen hat.

Schnell steuert Jacob auf sein Thema zu und lässt es fortan nicht mehr los:

„Wir betrachten nun den Lohnarbeiter nicht als Arbeiter und auch nicht als Warenverkäufer, somit auch nicht mehr als Klassenindividuum. Wir betrachten ihn statt dessen als Käufer oder Konsument.“ (Ebenda S. 35)

In Nr. 94 der SPEZIAL wird bereits Vollzug gemeldet:

„Wir haben verfolgt, wie sich das Klassenindividuum zum persönlichen Individuum fortentwickelte, wie in der Figur des Käufers alle Hinweise auf die Klassenstrukturiertheit der Gesellschaft ausgelöscht wird, wie das freie Individuum lernt, sich selbst zu beherrschen und wie es sich gleichzeitig hedonistisch verhält.“ (S. 28)

Was wir nicht verfolgt haben, ist die Fortentwicklung des Klassenindividuum selbst. So notwendig die von Jacob vorgenommene Differenzierung für die Analyse, für das Verständnis der relativen Handlungsautonomie lohnabhängiger Individuen, so falsch wird ein solches Vorgehen, wenn die Vermittlung mit der Klassenstrukturiertheit nicht wieder aufgenommen wird als Konkretion der zuvor gegebenen allgemeinen Bestimmungen des Kapitals.

2. Und hier tut sich der zweite theoretische Mangel in Jacobs Theorie auf. Danach ist per Definition nur noch die Konkurrenz „Handlungsebene der bürgerlichen Individuen“,

„auf der sich die bürgerlichen Menschen den falschen Schein tätig und handelnd aneignen.“

Tatsächlich tun sie dies bereits im unmittelbaren Produktionsprozess, der bei Jacob einzig als verdunkelter, struktureller Hintergrund vorkommt. In dem Bezug auf den Produktionsprozess des Kapitals teilt er letztlich das Desinteresse bürgerlicher Soziologie und geläuterter linker Gesellschaftskritik. Er kritisiert zwar die bürgerliche Soziologie sehr richtig für ihr Unvermögen, Struktur/System und Lebenswelt/Handlungsebene miteinander zu vermitteln, aber produziert doch selbst das gleiche theoretische Verständnis eines dualen Gegenstands. Wenn er allen Ernstes die Frage stellt

„ob die Klassenstrukturiertheit der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt noch irgendwo sichtbar oder erfahrbar“ (SPEZIAL Nr. 91, S. 34) sei,

so kann ich das nur damit beantworten, daß diese zwar für TheoretikerInnen nicht mehr sichtbar ist, für die Masse der Menschen aber durchaus erfahrbar bleibt. Damit sich dies für den Theoretiker oder die Theoretikerin erschließt, muss der Frage nachgegangen werden, wie das Herrschaftsverhältnis Kapital als eine Verhältnis zwischen Personen konkret aussieht und sich

Theorie des bürgerlichen Individuums

entwickelt. (Was es mit der angeblich „abgeschwächten Wahrnehmung sozialer Hierarchien“ – SPEZIAL Nr. 97, S. 33 – auf sich hat, dazu später mehr.)

Der zweite grundlegende theoretische Fehler Günther Jacobs führt folgerichtig zu einer kapitalen Fehleinschätzung sozialer Realität. Jacob behauptet:

„Der Kapitalismus ist die erste Produktionsweise, in der die Arbeitskräfte allein Sachzwängen gehorchen und nicht patriarchalischer Willkür unterworfen sind.“ (SPEZIAL Nr. 88, S. 34)

Warum das Kapitalverhältnis bei so viel Selbstbeherrschung und der Befolgung von Sachzwängen noch Herrschaftsverhältnis sein soll, wird selbst zu einem neuen Mysterium.

Sollte die Selbstbeherrschung des freien Individuums (Käufer), dessen Verlust an Selbstbeherrschung ja immer häufiger in maßloser Verschuldung „privater Haushalte“ endet, ausreichen, um den täglichen Anforderungen unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, zu genügen?

In der Reduktion der Möglichkeiten auf „Sachzwänge“ oder „patriarchalische Willkür“ drückt sich die Reduktion der Kapitalkritik auf die Kritik an der „Figur des Käufers“ aus. Wer auch nur eine Seite zu beschreibenden Papiers für den unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals erübrigt, wird nicht umhinkommen, sich mit den konkreten Formen zu beschäftigen, in denen Personen andere Personen beaufsichtigen und kommandieren. Im unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals haben wir es mit wechselseitiger Personifikation eines ökonomisch versachlichten sozialen Verhältnisses zu tun. Der Sachzwang löst sich hier – übrigens nicht nur hier, auch das Urteil über einen verschuldeten Käufer vollstreckt sich nur als Handlung von Personen – rasch auf in wechselseitiges Verhalten von Personen zu einander. Die einen befehlen, die anderen gehorchen. Die Verausgabung unbezahlter Mehrarbeit kann niemals ohne Kommando über fremde Arbeitskraft auskommen. Aus eigenem Antrieb liefert niemand jenes notwendige und sich stetig vergrößernde Quantum an Mehrarbeit. Und selbst wenn der Geist willig ist, bleibt das Fleisch in Anbetracht permanenter Überforderung doch schwach. Die verlangten Eigenschaften auf Seiten der ProduzentInnen, zu denen nicht zuletzt der „Habitus des Hammels“ gehört, müssen im Betriebsalltag selbst immer wieder aufs neue „adressiert“ werden. Das verlangt täglich die Durchsetzung von Befehlen (Arbeitsanweisungen) gegen „Ungehorsam“, Suff und alle möglichen Widerspenstigkeiten. Der Ausgang des Zusammenpralls von Vorgesetztem und Untergebenem ist im idealen Durchschnitt so vorherbestimmt, wie die Ungleichheit derer, die hier aufeinanderprallen. Unterwerfung wird durchgesetzt durch Sanktionen und Androhung von Sanktionen. Sollten diese Formen alltäglicher Sozialisation erwachsener Menschen tatsächlich nicht mehr erfahrbar sein, nur weil die kritische Theorie die Artikulation „radikaler Bedürfnisse“ vermisst?

3. Und damit wäre ich beim dritten theoretischen Mangel von Jacobs Arbeit. In SPEZIAL Nr. 96 (S. 33) spricht er von der

„Abschwächung der Wahrnehmung sozialer Hierarchien“

im Kapitalismus und meint die Marxsche Kritik liefere neben der Kritik auch gleich noch die Erklärung hierfür. Kritik der Verdinglichung und Aufdeckung der Mystifikation sozialer Verhältnisse hat aber nichts mit der unterstellten „Abschwächung von Wahrnehmung“ zu tun. Die Menschen nehmen ihre Unterwerfung wohl wahr, sie akzeptieren sie aber als ewige Naturnotwendigkeit jeder gesellschaftlichen Ordnung. So wie der Tauschwert den Produkten menschlicher Arbeit selbst anzuhaften scheint, Gold an und für sich Geldeigenschaft zu haben scheint, so scheinen auch die materiellen Produktivkräfte an und für sich Kapital zu sein. Es handelt sich jeweils um erfahrbaren realen Schein, der wohl die grundlegenden sozialen Beziehungen verdunkelt, aber nicht deren Wahrnehmung selbst irgendwie beeinträchtigt. Nur wenn man

die LohnarbeiterInnen ausschließlich als KäuferIn und KonsumentIn und nicht mehr als WarenverkäuferIn und ArbeiterIn betrachtet, ist die theoretische Konstruktion einer abgeschwächten Wahrnehmung durchzuhalten, eben durch die Brille veränderten Konsums. Wendet man sich der Arbeitserfahrung und existentiellen Unsicherheit der Lohnabhängigen selbst zu, dann stellt sich die Frage zwingend anders, nämlich: Wie wird diese Wahrnehmung sozialer Hierarchien verarbeitet?

Diese Verarbeitung von Erfahrung geschieht immer kommunikativ und nicht einfach als bewusste Reflexion der vereinzelt Einzelnen. Auf der heutigen Stufe von Vergesellschaftung der Individuen (Individualisierung) geschieht dies „massenkommunikativ“, d. h. via Massenkommunikationsmittel. In der Form der Einbahnkommunikation gibt auch die Massenkommunikation jenen grundlegenden Sachverhalt wieder, wodurch den Individuen ihre eigene Gesellschaftlichkeit als fremde Macht gegenübertritt. Die Entwicklung und Aneignung von veränderten „Deutungsmustern“ sozialer Realität ist nicht unmittelbar aus der Individualisierung selbst zu erklären, sondern nur mittelbar, unter ausführlicher Würdigung moderner Massenkommunikation. Bei Jacob spiegelt diese Massenkommunikation allenfalls etwas wieder, sie schafft nichts. Individualisierung kann damit nur ungenügend als eine neue Stufe der kapitalistischer Vergesellschaftung begriffen und kritisiert werden.

Am Schluss meiner wiederholten Lektüre von Günther Jacobs Arbeit bin ich immer wieder etwas ratlos. Ich frage mich immer wieder, ob Jacob da eigentlich noch Kritik formuliert, oder ob es sich nur noch um nachvollziehendes Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse handelt?

Was soll und kann Kritik überhaupt noch leisten, wenn ihre letzte Erkenntnis darin besteht, daß die Menschen sich als persönliche Individuen bewusst dazu entschlossen haben, den objektiven Zwang subjektiv fortzusetzen? Das hieße doch, daß die „modernen“ kapitalistischen Verhältnisse sich letztlich auf die freie Willensentscheidung der Einzelnen gründen. Damit würde jede weitere Kritik ebenso überflüssig wie aussichtslos. Wir hätten es tatsächlich mit einer „Aussöhnung“ zu tun und nicht mit der unbewussten Reproduktion einer Gesellschaftlichkeit, die den Individuen als *fremde* Macht gegenübertritt. Was sollte an dieser Macht den noch fremd sein?

Mag sein, daß es an überholten „Deutungsmustern“ liegt, die mir ein besseres Verständnis unmöglich machen.

Um meine bis hierin magere Kritik mit etwas Inhalt anzureichern und sie nachvollziehbar zu machen, werde ich zu allen drei theoretischen Mängeln der Arbeit von Günther Jacob – sich verändernde Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“, unmittelbarer Produktionsprozess als Handlungs- und Sozialisierungsebene der Individuen und „moderne“ Massenkommunikation als Verarbeitung der Wahrnehmung sozialer Hierarchien – wenigstens skizzenhaft Verhältnisse anklagen, die bei ihm eigentlich nicht vorkommen. Daraus ergeben sich dann bei mir Anknüpfungspunkte für ein Klassenbewusstsein, das die Selbstverständigung und Handlungsorientierung in „modernen Sozialmilieus“ nicht einfach „klassenkämpferisch“ interpretiert, sondern kritisch überwinden könnte.

II. Herrschaftsausübung und soziale Qualifikation

Der unmittelbare Produktionsprozess als „Handlungsebene“ der Individuen

„Tritt des Verhältnis der Über- und Unterordnung an die Stelle der Sklaverei, Leibeigenschaft, Vasallerei, patriarchalischen etc. Formen der Unterordnung, so findet nur eine Verwandlung in seiner Form statt. Die Form wird freier, weil sie nur noch sachlicher Natur, formell freiwillig, rein ökonomisch.

Oder das Verhältnis der Über- und Unterordnung im Produktionsprozeß tritt an die Stelle früherer Selbständigkeit im Produktionsprozeß, wie z. B. bei allen selfsustainig peasants, farmers, die nur eine Produktrente, sei es an Staat, sei es an landlord zu zahlen hatten. ... Hier ist also Verlust der früheren Selbständigkeit im Produktionsprozeß vorhanden und das Verhältnis der Über- und Unterordnung ist selbst das Produkt der Einführung der kapitalistischen Produktionsweise.“

Karl Marx: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt 1969, S. 54

In „Kapitalismus und Lebenswelt“ kann nachgelesen werden, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Klassenverhältnisse sind und worauf sie beruhen. Man erfährt außerdem etwas über den qualitativen Unterschied von Klassenindividuum und persönlichem Individuum. Während letzteres von seinen abstraktesten Bestimmungen bis zu seinen konkreten Lebensäußerungen verfolgt wird, bleibt die Behandlung des Klassenindividuums schlecht-abstrakt (Aneignung unbezahlter Mehrarbeit). Dies ist um so erstaunlicher, als Jacob ja die Dynamik der Produktion des relativen Mehrwerts anspricht, ohne die von den heutigen Handlungsspielräumen der lohnabhängigen Individuen nichts zu sehen wäre. Die Frage, welche Spuren die fortwährende Umwälzung der Produktionsweise bei den am Produktionsprozess beteiligten Personen hinterlassen hat und hinterlässt, welche veränderten Eigenschaften sie infolge dessen mitbringen müssen, drängt sich auf. So allgemein Jacobs Charakterisierung des Klassenindividuums bleibt, so beliebig sein Umgang mit dem Klassenbegriff selbst. (Klasse der Kopf- und Handarbeiter, Mittelklasse usw.) Ohne konkrete Aussagen über die konkrete Ausformung der Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“ muss aber jede konkrete Abgrenzung zwischen persönlichem und Klassenindividuum beliebig werden. Es wird unmöglich der Frage nachzugehen, ob und wie die Individuen sich im „Nichtarbeitsbereich“ (Familie, Schule, Ausbildung etc.) jene wesentlichen sozialen Eigenschaften aneignen, die in der „Arbeitswelt“ verlangt werden. Ohne diese Aneignung bestimmter sozialer Eigenschaften auf Seiten der Individuen ist aber Reproduktion des ganzen Verhältnisses unmöglich. Wenn man etwas über das sich mit der Produktionsweise selbst verändernde soziale Anforderungsprofil und Aussehen der Klassenindividuen erfahren will, dann muss man sich dem Produktionsprozess selbst zuwenden. Nur dann wird es möglich sein, nach dem nötigen Ausflug in die „ungezwungene“ Lebenswelt, genauer zu bestimmen, wie weit es denn her ist mit dem „klassenneutralen, bunt-schillernden Individuum“.

In seinem 1977 in Westdeutschland erschienen Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess“ schrieb Harry Braverman:

„... : es gibt in der marxistischen Tradition einfach keine kontinuierliche Abfolge von Arbeiten, in denen die kapitalistische Produktionsweise so abgehandelt wird, wie Marx dies im ersten Band seines Kapital getan hat.“ (Harry Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Campus Verlag, Frankfurt

furt / New York 1977, S. 17)

So sehr Günther Jacob auch um eine Überwindung marxistischer Tradition bemüht ist, in diesem Punkt setzt er diese Tradition bruchlos fort.

Bravermans Arbeit beschäftigt sich mit dem Taylorismus, dem Fortgang der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Vieles von dem, was er kritisierte steht heute bereits wieder zur Disposition. Die Führungsmethoden in kapitalistischen Betrieben verändern sich ebenso rapide die Organisation der Arbeit. An die Stelle des Taylorismus treten „Kaizen“ oder „Toyotismus“. Im Rahmen dieser Kritik kann es nicht darum gehen, die Veränderungen im unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals detailliert und systematisch zu untersuchen. Sie sollen nur schlaglichtartig angesprochen werden, um deutlich zu machen, wie sehr das lohnabhängige bürgerliche Individuum diszipliniert wird, bevor es sich selbst disziplinieren kann. Exemplarisch will ich ferner zeigen, wie die Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“ ihre Charaktereigenschaften im Fortgang der kapitalistischen Produktionsweise verändern. Sie folgen darin ganz den sich verändernden Anforderungen der Mehrwertproduktion. Es wird sich dann zeigen, daß bestimmte Merkmale – erlernte Selbstbeherrschung in wachsenden Handlungsspielräumen – des persönlichen Individuums zu einer Anforderung an das lohnabhängige Klassenindividuum selbst werden.

Ich lasse dabei unberücksichtigt die Umverteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit im Verhältnis von produktivem und unproduktivem Kapital, gehe also auch nicht ein auf die Besonderheiten der hier wie dort aktiven Charaktermasken.

Die dem Kapitalismus angemessenste Form der Mehrwertproduktion ist die Produktion des relativen Mehrwerts, die zugleich die spezifische gesellschaftliche Form ist, in der im Kapitalismus die Produktivkräfte entwickelt werden. Es geht bei dieser kapitalistischen Form des Produktivitätsfortschritts nicht um die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, sondern um die Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung einer Ware, und gleichzeitig darum, eine größere Menge an unbezahlter Mehrarbeit flüssig zu machen. Das Kapitalverhältnis selbst kann sich nur entwickeln, indem es diese Produktion des relativen Mehrwerts voranbringt. Von zwei Seiten her wird das bewerkstelligt:

Entwicklung der Maschinerie

Entwicklung betrieblicher Führung und „angemessener“ Art der Arbeitskraftverausgabung.

Taylor war der erste systematische Analytiker und Bewerter von Arbeit. Er stellte sich neben die Leute, beobachtete, protokollierte und systematisierte. Später sahen sich die ArbeiterInnen mit Vorgaben konfrontiert, wie sie ihre Arbeit zu machen hatten, und vor allem in welcher Zeit. Die „Gegenstände“ der Beobachtung und Analyse konnten sich den Vorschriften beugen oder gehen. Wer einmal unter irgendwelchen Akkordsystemen in einer Fabrik gearbeitet hat, kennt diesen in gewisser Weise verallgemeinerten Vorgang: Objekt von Analyse und anschließend zur Ausführung genötigt. Bei Taylor nahm ein „modernes“ Drama seinen Ausgangspunkt, der „sachlich“, betriebswirtschaftlich legitimierte Verlust an Selbständigkeit im Produktionsprozess. Jeder Akt zusätzlicher Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit wird „rational“ begründet. Die Diktatur der „Normalarbeitszeit“ beginnt. Die „Norm“ wird beschrieben als „normale Leistungsfähigkeit“ eines Individuums, orientiert sich aber tatsächlich an den Verwertungsbedürfnissen von Kapital. Eigentümlicherweise ändert sich die „normale Leistungsfähigkeit“ eines Arbeiters oder einer Arbeiterin immer dann, wenn die Behauptung des Unternehmens auf dem Markt Senkung der Kosten verlangt.

Seit Taylor ist jedenfalls an die Stelle der überwiegend willkürlichen Herrschaftsausübung des Eigentümers der Fabrik (nach dem einfachen Motto: „Hau rein Du faule Sau! Ich bestimme

Theorie des bürgerlichen Individuums

über Dich während der Zeit, für die ich Deine Arbeitskraft gekauft habe!“) eine funktionale Hierarchie getreten, die auf „wissenschaftlicher Betriebsführung“ beruht.

Das Schlüsselereignis für die veränderten Beziehungen von „Lohnarbeit und Kapital“ und veränderten Anforderungen an die Klassenindividuen war die Aneignung des Wissens des einzelnen Arbeiters durch das Management. (Das Motto: die Werkstatt von jeder geistigen Arbeit „befreien“ und das Wissen in besonderen Abteilungen der Arbeitsvorbereitung konzentrieren.) Diese zweite Enteignung der unmittelbaren ProduzentInnen wurde zum Ausgangspunkt für eine Revolutionierung des kapitalistischen Produktionsprozesses, die bis in die jüngste Zeit wirkt. Die veränderte Organisation der Arbeit zeichnete sich aus durch rigorose Fortentwicklung der Arbeitsteilung in der Fabrik mit Entwicklung einer innerbetrieblichen Bürokratie, die nunmehr dem einzelnen Arbeiter auch vorschrieb, **wie** er seine Arbeit zu verrichten hatte. Individuelle Handlungsspielräume in der Fabrik wurden also für die Masse der dort beschäftigten LohnarbeiterInnen zunehmend enger. Das ausgefeilte bis ins Detail reichende Kommando über die Arbeit, ermöglichte es dem Management, die Produktivität enorm zu steigern, pro Zeiteinheit mehr Arbeit flüssig zu machen. Die ArbeiterInnen hatten es bald nicht mehr ausschließlich mit dem Chef und dem Meister zu tun, sondern außerdem noch mit AnalytikerInnen nach REFA oder MTM. Waren die einen damit beschäftigt die Sache selbst zu definieren, nämlich in welcher Zeit und wie die Arbeit zu machen sei, so übermittelten die anderen den nötigen Zwang. Während die ArbeiterInnen weiterhin versuchten, sich Verschnaufpausen während der Produktionsschlacht zu verschaffen, waren die anderen damit beschäftigt diese Verschnaufpausen ausfindig und unmöglich zu machen.

Die Durchsetzung dieser modernisierten Fabrikdespotie geschah gegen individuellen und kollektiven Widerstand der „Objekte“ dieses Prozesses. Ford konnte der hohen Fluktuation in seinen neuen Werken nur Herr werden durch drastische Lohnerhöhungen. In großen gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen wurden den rationalisierenden Kapitalisten zahlreiche soziale Zugeständnisse abgerungen, die letztlich erst die Akzeptanz der zweiten Enteignung und der daraus erwachsenden Schinderei in der lohnabhängigen Bevölkerung ermöglichten.

Die meisten MarxistInnen erwarteten vom Taylorismus nichts weiter als zunehmende Verelendung, eine sich undifferenziert/unqualifiziert ausdehnende industrielle Arbeiterklasse und verkannten damit dessen Auswirkungen auf den Gesamtproduktionsprozess des Kapitals.

Die tayloristische Arbeitsorganisation ermöglichte zunächst Stückzahlen von Produkten selbst mit komplexer Technologie (Auto etc.), von denen man vorher nur träumen konnte. Die größeren Stückzahlen verhießen für das Einzelkapital einen großen Gewinn auch bei verringertem Preis. Teils gegen unorganisierten Absentismus zugestandene, teils organisiert erkämpfte Lohnerhöhungen einer wachsenden Anzahl von Lohnabhängigen bei sinkenden Preisen machten auch ihnen den Kauf von Konsumgütern möglich, die vorher nur einer Minderheit zugänglich waren.

Erst im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, dessen ökonomische Bedeutung ich hier nicht im einzelnen beleuchten kann, konnten sich die tayloristischen Pionierleistungen verallgemeinern und Kapitalreproduktion mit einer enormen Dynamik in Gang setzen. Die Produktion und Realisation von Mehrwert in taylorisierten Schlüsselindustrien gaben der Akkumulation starke Impulse. Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen in alte Industrien, Investitionen in die Produktion neuer Waren, also Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitsteilung erzeugten den bekannten Nachkriegsboom. Die entfesselte kapitalistische Produktion von Waren verlangte nach immer größerer Zahl von ausbeutbarer Lohnarbeit. Sie heizte den Zirkulationsprozess an,

der zum ausgedehnten Betätigungsfeld für unproduktives Kaufmannskapital wurde. Versicherungen beanspruchten ihren Anteil am expandierenden gesamtgesellschaftlichen Mehrwert, indem sie die unkalkulierbaren Risiken kapitalistischen Wirtschaftens zu ihrem Geschäft machten usw. Dieser Entwicklungsprozess bescherte uns die sogenannte „Konsum- oder Dienstleistungsgesellschaft“, der man auf den ersten Blick immer weniger ihren Ursprung und die Quellen des sprudelnden Reichtums ansieht.

Was mit der zweiten Enteignung der lohnabhängigen ArbeiterInnen begann, ihre vollständige Unterwerfung im unmittelbaren Produktionsprozess des Kapitals, äußerte sich auf der anderen Seite – für die MarxistInnen gänzlich unerwartet – als sich ausdehnender Raum für lohnabhängigen Individualismus in der Gestalt der lohnabhängigen KonsumentInnen. Mir scheint jedoch, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, wenn über die tatsächlichen Spielräume der KonsumentInnen der Preis übersehen wird, den die ProduzentInnen dafür zu zahlen hatten. Als ProduzentInnen wurden die lohnabhängigen Individuen jeden Tag zu „Hammeln“ sozialisiert, die sich durch jede (kapitalistische) Tür führen lassen!

Die großen Weltwirtschaftskrisen der letzten 20 Jahre haben gezeigt, daß die klassischen Momente der tayloristischen Arbeitsorganisation (Entwicklung des Kommandos über fremde Arbeit durch institutionalisierte Gegenüberstellung von Konzeption und Ausführung, Analyse und bis zur Unerträglichkeit fortentwickelte Teilung der Arbeit in der Fabrik) an ihre Grenzen gestoßen ist, was die weitere Auspressung unbezahlter Mehrarbeit anbetrifft. Ein Manager der Daimler-Benz AG vermerkte jüngst, daß mit den inzwischen „klassisch“ gewordenen Methoden der Arbeitsanalyse und -bewertung keine Steigerung der Produktivität mehr möglich sei. Die „modernen“ kapitalistischen Zauberformeln für die Auspressung eines vergrößerten Quantums an Mehrarbeit lauten „Motivation“ und „Kooperation“. Weder das Winken mit den Scheinen, die das Leben im Kapitalismus so Lebenswert machen, noch drohende Lohnarbeitslosigkeit reichen aus, um jene Leistungsbereitschaft zu erzeugen, die benötigt wird, um den Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit auf das Niveau zu heben, das heute dem durchschnittlichen Verwertungsbedürfnis von Kapital entspricht. Zwar bewirkten schon alte Akkord-Lohnsysteme „Selbstausschöpfung“, wie Marx richtig vermerkte,

„Die Exploitation der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittels der Exploitation des Arbeiters durch den Arbeiter.“ (MEW 23, S.477)

doch soll das heute anders bewerkstelligt werden.

Ganze Ebenen innerbetrieblicher Hierarchie verschwinden, manche Ideologen sprechen gar von „Arbeit ohne Management“, von Teamarbeit ohne aufgesetzte Kommandogewalt. Schaut man näher zu, dann sieht man eine verringerte Zahl von Führungskräften und sogenannte „Gruppensprecher“, die das Kommando ausüben.

Eines ist allen Konzepten von Teamarbeit oder Gruppenarbeit gemeinsam:

Die unmittelbaren Produzenten sollen mehr Handlungsspielräume erhalten, mehr Selbstverantwortung, Selbstkontrolle etc. übernehmen und durch „attraktiveren“ Gestaltung der Arbeit ein höheres Maß an Leistungsbereitschaft an den Tag legen. Bei der fieberhaften Suche nach erhöhter Kapitalproduktivität der Lohnarbeit schießt das Management schon mal über das Ziel hinaus. Die „modernen“ Mittel, den Gebrauchswert der Arbeit für das Kapital zu erhöhen, kosten mitunter so viel Geld, daß der Zweck, erhöhte Rentabilität, verfehlt wird. Dies galt auch schon für den Taylorismus, wenn er in seinem „Rationalisierungswahn“ nach dem einzig wahren Weg suchte. Nach ideologischem Inhalt wie erstrebter Führung und Organisation der Arbeit weisen Taylorismus und „Toyotismus“ jedoch wesentliche Unterschiede auf, die für die je-

Theorie des bürgerlichen Individuums

weils verlangten „physischen und psychischen Fähigkeiten und Einstellungen“ der Klassenindividuen von Bedeutung sind. Die „wissenschaftliche Betriebsführung“ nach Taylor verkündete offen den Anspruch auf totale Kontrolle des Managements über den Produktionsprozess, die vollständige Gängelung der LohnarbeiterInnen.

Mit Blick auf die Motivation der LohnarbeiterInnen erscheint den von Japan lernenden ManagerInnen nicht der einseitig verkümmerte, sondern der vielseitig entwickelte Mensch zum unerschöpflichen Reichtumsspender avanciert zu sein. Das ist natürlich wesentlich Ideologie, deren Schranken durch die betriebswirtschaftliche Logik des Einzelkapitals rasch aufgezeigt werden. Und so ist denn die Gestaltung von Spielräumen in der Arbeit vor allem geprägt durch wechselseitige Kontrolle der Leistung der Lohnabhängigen. Flache betriebliche Hierarchie heißt wechselseitiges unter Druck setzen unter den ArbeiterInnen. Es wäre falsch, darin eine Bestätigung von Günther Jacobs Position zu sehen, wonach die einzelnen ArbeiterInnen nur noch Sachzwängen folgen. Das Ganze droht eher zu einem Stasi-System im Betrieb zu eskalieren. Außerdem fallen die klassischen Über- und Unterstellungen nicht weg. Verflachung der Hierarchie hat nichts zu tun mit deren Abschaffung, sondern nur mit deren Straffung. Diese Straffung muss durch flankierende Maßnahmen ergänzt werden, wenn man nicht zum archaischen autoritären Führungsstil einer kleinen Zahl von Spitzenmanagern zurückkehren will. Im Rahmen der Gruppe wird jeder so ein bisschen Vorgesetzter von jedem und der Gruppensprecher „Moderator“ des Systems wechselseitiger Kontrolle. Wer nun zu lange krank feiert, zu langsam oder schlecht arbeitet etc., kriegt es zunächst nicht mit einem vorgesetzten Meister sondern mit den lieben Kolleginnen und Kollegen zu tun. (Man könnte das auch als gezügeltes, kapitalfunktionales „Mobbing“ bezeichnen, was da verlangt wird.)

Das Ziel ist vorgegeben und heißt Behauptung des Unternehmens und damit der individuellen Existenz durch Kostensenkung und Profitmaximierung. Das Ziel wird erreicht durch wechselseitige Kontrolle der zu erbringenden Arbeitsleistung. Wer hätte gedacht, daß aus der sozialistischen Klamottenkiste stammende Begriffe wie „Selbstbestimmung in der Arbeit“ zu einem Mittel werden könnten, um die Produktion von relativem Mehrwert zu steigern.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß manches, was als grundlegende „japanische“ Erneuerung überkommt, so neu nicht ist.

„Führung durch Zielsetzung“ und „Delegation von Verantwortung“ sind Kernpunkte des sogenannten „Harzburger Modells“, nach dem Manager in Deutschland schon seit langem „erzogen“ wurden. Hierbei leitet sich industrielle Führung nicht unmittelbar und ausschließlich aus dem Besitz ab, sondern aus dem betrieblichen Ziel des Erfolges auf dem Markt, der Verwertung. Die Vorstellung geht dahin, daß alle MitarbeiterInnen sich in ihrem Handeln von diesen „rationalen“, betrieblichen Zielen leiten lassen. Die Einbindung in dieses Ziel sieht gleichermaßen „gleichberechtigte“ Kommunikation wie Befehl und Gehorsam vor. Man unterscheidet heute zwischen „Linienfunktion“ (direkte Unter- und Überordnung, Weisungsbefugnis), „Stabsfunktion“ (nebengestellte, beratende Funktion) und reiner „Dienstleistungsfunktion“ (Ausführung). Alle drei Funktionen existieren sowohl nebeneinander, also auch verschränkt ineinander, als auch in besonderen Funktionsträgern institutionalisiert. Beratung, Kommunikation soll auf den verschiedenen Ebenen stattfinden. In „MitarbeiterInnenbesprechungen“ sollen die betrieblichen Ziele überzeugend dargelegt werden, Kritiken und Verbesserungsvorschläge verarbeitet werden und notfalls „informelle Gruppenstrukturen“, die die betrieblichen Ziele gefährden, aufgebrochen werden.

Die Stellung der einzelnen Funktionen und Funktionsträger im Betrieb wird durch „Stellenbeschreibungen“ und „Führungsanweisungen“ definiert.

Die Stellenbeschreibungen enthalten unter anderem die genauen Definitionen der „Über- und Unterstellung“ innerhalb der formellen Organisation eines Betriebes, die Führungsanweisungen Rechte und Pflichten von Vorgesetzten und MitarbeiterInnen! So etwa ist der vorgesetzte verpflichtet, „Dienstaufsicht“ über die ihm unterstellten Mitarbeiter auszuüben.

Das „Harzburger Modell“ lässt erkennen, welche „modernisierten“ Fähigkeiten und Eigenschaften von der Charaktermaske „Kapitalist“ verlangt werden. Schaut man sich heute die „modernisierten“ Berufsbilder etwa in den metallverarbeitenden Berufen an, so begegnen einem auch hier veränderte „Schlüsselqualifikationen“ wie das „selbständige Planen, Ausführen und Kontrollieren“ der Arbeit. Daneben tritt die „soziale Kompetenz“, die „Fähigkeit zur Kooperation“ usw.

Stärker noch als die Veränderungen in der Betriebsführung, der Entstehung eines auf ökonomische Effizienz verpflichteten Managements, das selbst unmittelbares Resultat des Taylorismus war, weisen die veränderten Anforderungen an industrielle Facharbeit auf ein Ende des Taylorismus hin.

Diese knappen Ausführungen sollen nicht den Eindruck erwecken, als verfügte ich über eine Analyse der heutigen Produktionsverhältnisse und der sich verändernden Charaktermasken von „Lohnarbeit und Kapital“. Um Günther Jacobs persönlichem Individuum überzeugender mit dem Klassenindividuum begegnen zu können, bedürfte es intensiver Beschäftigung mit den Veränderungen in der „Berufswelt“, also mit der veränderten Verteilung von Lohnarbeit auf (auch neue) kapitalproduktive und unproduktive Bereiche, den veränderten Fachqualifikationen (neuen Formen von Facharbeit und angelernter Arbeit) und veränderten sozialen Qualifikationen (z. B. Bereitschaft zu Mobilität und Flexibilität). Dann ließe sich konkreter zeigen, daß manche Eigenschaften des persönlichen Individuums nichts anderes sind als veränderte Anforderungen an die Eigenschaften, die das Klassenindividuum entwickeln muss.

Doch selbst in den „kooperativsten“ Firmen gehorchen „die Arbeitskräfte“ keineswegs „allein“ Sachzwängen. Die Individuen handeln in ihrer ökonomischen Funktion als Vorgesetzte und Untergebene. Wenn heute mehr „Selbstbestimmung in der Arbeit“ verwirklicht wird, dann liegt das treibende Motiv in der Erhöhung betriebswirtschaftlicher Rentabilität. Durch diese wird zugleich die Grenze für die Handlungsspielräume in der Arbeit definiert. Die sich verändernde Organisation der Arbeit steht auch weiterhin unter Kontrolle des kapitalistischen Managements.

Durch „MitarbeiterInnenbesprechungen“, bzw. Gruppenarbeit soll „face-to-face“ Kommunikation verstärkt zu einem integralen Bestandteil der „formellen Organisation“ des Betriebes werden. „Führung durch Zielvorgabe“ soll ergänzt und umgesetzt werden durch Zielsetzungen der Gruppe selbst. **Die Verwirklichung betriebswirtschaftlicher Ziele erscheint hier als Selbstverwirklichung der Individuen.** Was sich hier andeutet ist eine neue Form der Mystifikation des Kapitals, die sich als unmittelbares Resultat eines veränderten Produktionsprozesses einstellt. (Wie noch zu zeigen sein wird, entspricht diese Verkehrung ganz der „Massenkommunikation“ z.B. in der Werbung. Mit dem Produkt wird zugleich eine Image gekauft. Über dieses Image vermittelt erscheint der Kauf und Verzehr einer Ware, Elementarhandlung zur Realisation von Mehrwert und Reproduktion der Ware Arbeitskraft, so als Expression eines individuellen Lebensstils.)

Wir hätten es also nicht nur mit veränderten Charaktermasken von Lohnarbeit und Kapital zu tun, sondern auch mit sich veränderndem „falschen Schein“, den sich die Individuen in veränderten Formen ihrer Vergesellschaftung tätig und handelnd aneignen.

Theorie des bürgerlichen Individuums

Wie sehr der reale Schein von Selbstverwirklichung in der Arbeit trägt, wird spätestens dann deutlich, wenn sich der betriebswirtschaftliche Erfolg nicht oder nur ungenügend einstellt. Das „selbstgesteckte“ Ziel war tatsächlich vorgegeben als Sachzwang durch den Markt (Marktpreis etc.) und unmittelbar definiert durch das Management (Zeit für die Ausführung eines Auftrages etc.); Sachzwang Markt und Herrschaft des Managements helfen gern auf die Sprünge. Spätestens bei der Entlassung ist es vorbei mit dem ganz persönlichen Entschluss unserer (lohnabhängigen) Individuen, den objektiven Sachzwang subjektiv fortzusetzen. Da ist Katzenjammer und Ohnmacht ohne Ende. Manchmal rebelliert auch das Klassenindividuum in ihnen.

Exkurs über „Akkumulationsmodelle“

Ich möchte noch einmal klarstellen, daß ich vieles, was Jacob über das persönliche Individuum, den Konsumenten etc. schreibt, für richtig halte. Ein Hauptproblem sehe ich darin, daß er nach seinem Ausflug in die Welt des Käufers, der Zirkulation nicht zurückkehrt zu einer Darstellung, die seine Ergebnisse mit den veränderten Produktionsverhältnissen vermittelt. Darum auch spielen bestimmte Aspekte des heutigen gesellschaftlichen Lebens, in denen der Klassen Gegensatz erfahrbar ist und sichtbar gemacht werden kann, keine Rolle. (Dazu später mehr.) Die Figur des Konsumenten, wird logisch richtig hergeleitet aus dem Kapitalverhältnis, und dieser Prozess wird auch historisch „abgewickelt“, wobei sich über richtig und falsch des Nachvollzugs der Geschichte im einzelnen trefflich streiten ließe.

Ich halte zum Beispiel gar nichts von dem hier strapazierten Begriff des „Akkumulationsmodells“, mit dem Jacob die „Integration der Lohnneinkommen in den kapitalistischen Gesamtproduktionsprozess“ bewältigen will. (SPEZIAL Nr. 93)

Was ist ein Modell? Ein Muster oder Vorbild für eine spätere Ausführung. Auf jeden Fall etwas, was von der Verwirklichung oder Wirklichkeit zu unterscheiden ist, sei es bloß ideell, sei es auch schon materielle Form annehmend. Hatte schon Paul Mattick die Marxsche Akkumulationstheorie unglücklicherweise als eine Modell interpretiert, so hat der Begriff des Modells bei modernen „marxistischen“ Regulationstheoretikern eine große Bedeutung erlangt (fordistisches Akkumulationsmodell), nämlich im Sinne der Gestaltbarkeit des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses. Ganz in diesem Sinne spricht auch Jacob von der „politischen Durchsetzung eines veränderten Akkumulationsmodells in Deutschland“ (SPEZIAL Nr. 93, S. 29) Ludwig Erhard gar attestiert er, er sei „an der Durchsetzung der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘ beteiligt“ gewesen. (Ebenda S. 29) Daß bürgerliche Theoretiker und Politiker dem „Allmachtswahn“ von Politik aufsitzen, ist mir schon klar. Jeden Aufschwung und jede Krise suchen sie sich anzuheften oder anderen Parteien in die Schuhe zu schieben. Aber mit Verlaub, geht das nicht ein bisschen weit? Müssen Kritiker der Politischen Ökonomie demgegenüber nicht die „Bewusstlosigkeit“ kapitalistischer Vergesellschaftung betonen, die sich die durch die verschiedenen Entscheidungen und Entwürfe von Personen und Parteien hindurch durchsetzt? Eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ hat es nie gegeben; was also hat Ludwig Erhard mit durchgesetzt? Rahmenbedingungen für erneute Kapitalreproduktion, die in ihrer konkreten Ausformung so niemand geplant hatte. Die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“, von der wir wohl sprechen sollten, ist in ihrer realen Gestalt von niemandem geplant und durchgesetzt worden. Die CDU wollte etwas anderes und SPD und Gewerkschaften auch. (Beispiele mögen die Auseinandersetzungen um Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz und Lohnfortzahlungsgesetz sein.) Alle sozialen Institutionen, die die Marktwirtschaft als sozial ausweisen sollten, stehen heute zur Disposition. Die Politiker jeder couleur mögen „modellieren“, wie sie wollen; was morgen die konkrete Form kapitalistischer Marktwirtschaft sein wird, hängt

von den sozialen Auseinandersetzungen ab, entscheidend davon, ob es noch eine genügend große Anzahl von Leuten geben wird, die das Privateigentum an Produktionsmitteln und das System von Lohnarbeit selbst in Frage stellen. Bisher jedenfalls sind alle sozialen Modifikationen des Kapitals in vorderster Reihe von SozialistInnen und KommunistInnen erkämpft worden, wie borniert auch immer ihre Vorstellungen gewesen sein mögen.

Einen besonderen Namen hat bisher nur das „fordistische Akkumulationsmodell“. Wie hieß sein Vorläufer und wie wird sein Nachfolger heißen? Wer hat das Vorläufer-Modell entworfen? Sollte gar das Kapitalverhältnis selbst eine Modell sein? Wer bitteschön hätte denn das entworfen? Marx hätte sich dann seine mühsame Arbeit der Erforschung und kritischen Darstellung sparen können. Hat er gar nur abgeschrieben?

Der Begriff des „Akkumulationsmodells“ jedenfalls geht nicht zusammen mit der Werttheorie und der Subjekt-Objekt-Verkehrung.

Das persönliche Individuum als Moment des Klassenindividuums

Eingangs hatte ich an Jacobs Arbeit kritisiert, daß darin das Klassenindividuum nur als – kaum wahrzunehmendes – Moment des persönliche Individuums vorkommt. Ich will die Beziehung genau andersherum darstellen.

Wenn Jacob sagt, daß die Individuen mit ihrem Tun mehr vollstrecken als die Gesetze des Kapitals und daß dieses „Mehr“ *„wiederum Gegenstand ihres praktischen Handelns und somit ihres Bewusstseins“* (SPEZIAL Nr. 89, S. 29) ist, dann hat er zweifellos recht. Dabei geht es ihm um die *„Grenzen einer Ableitung aus der Logik des Kapitals“*:

„Die Analyse des Nichtarbeitsbereichs kann nicht als einfache Verlängerung der ökonomischen Analyse behandelt werden. Dieser Lebensbereich hat seine eigenen Strukturen, Normen, Wertesysteme usw.“ SPEZIAL Nr. 91, S. 35

Dem stimme ich unter Vorbehalt zu. Hat Jacob die „Grenzen einer Ableitung aus der Logik des Kapitals“ wirklich ausgetestet? Nur wenn diese Grenzen richtig bestimmt werden, lässt sich zeigen, wo das Klassenindividuum als „Personifikation des sozialökonomischen Verhältnisses“ aufhört und wo das „unabhängige Privatindividuum“ anfängt. Hierzu ist es zunächst nötig, von der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft zu abstrahieren und die kapitalproduktive „GesamtarbeiterIn“ zu betrachten, eine Kategorie, die ich bei Jacob vermische. Damit diese GesamtarbeiterIn als tauglicher Bestandteil im übergeordneten Reproduktionsprozess des ‚automatischen Subjekts‘ fungieren kann, muss sie eine Fülle von sozialen Eigenschaften mitbringen. Dazu zählen neben ihrer Getrenntheit von den gegenständlichen Voraussetzung der Produktion beispielsweise auch eine Summe praktischer Fertigkeiten, beruflicher Qualifikation, in der sich der Entwicklungsstand der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit am deutlichsten ausdrückt. Umfang und Art dieser praktischen Fertigkeiten und beruflichen Qualifikationen der GesamtarbeiterIn werden ganz bestimmt von den Erfordernissen der Kapitalreproduktion (Logik des Kapitals im allgemeinen). Wie diese Fertigkeiten und Qualifikationen sich verteilen auf die Individuen, aus denen sich die GesamtarbeiterIn zusammensetzt, darüber entscheidet nicht zuletzt die Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft. Bereits hieraus ergibt sich, daß wesentliche Teile des Nichtarbeitsbereichs in die Verlängerung der ökonomischen Analyse gehören. Indem Jacob am Schluss seiner Arbeit z.B. die Expression von Lebensstilen als Konkurrenz um Marktchancen charakterisiert, hat er die ökonomische Analyse in diesen Nichtarbeitsbereich hinein verlängert. Bei ihm hängt diese These allerdings in der Luft, ja steht im Widerspruch zur Dominanz des persönlichen Individuums,

Theorie des bürgerlichen Individuums

das, indem es „*allein seinen persönlichen Bedürfnissen folgt*“ kein Klassenindividuum mehr ist.

Jacob schreibt:

„Die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft haben ihre Lebenspläne und wenn sie diese entwerfen, gehen sie von sich als Privatpersonen aus: Ausbildung, Freundin, Beruf, Heirat, Kind, heißen immer noch die Hauptstationen der Lebensstrategien ...“ SPEZIAL Nr. 94, S. 30

Indem die VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft ihre Lebenspläne nicht nur entwerfen, sondern auch umzusetzen versuchen, tun sie jedoch weit mehr, als „*allein ihren persönlichen Bedürfnisse zu folgen*“. Indem sie dies tun, konkurrieren sie untereinander. Sie verhalten sich als WarenbesitzerInnen. Der Besonderheit der Ware (Arbeitskraft), die sie verkaufen wollen, entspricht die Besonderheit dieser Konkurrenz. Die lohnabhängigen Individuen sind sich der Tatsache nicht bewusst, daß sie der Logik des Kapitals gerade dadurch Geltung verschaffen, daß sie scheinbar ausschließlich ihren persönlichen Bedürfnissen folgen. Sie sorgen durch ihre konkurrierenden Lebensstrategien für eine soziale Auswahl und die effektivste Verteilung von Qualifikation etc. unter den individuellen Bestandteilen, aus denen sich die GesamtarbeiterIn zusammensetzt. Sie wissen nicht, daß sie bloß Bruchstücke der kapitalproduktiven GesamtarbeiterIn sind. **Auch hier erscheint also die Verwirklichung der Logik des Kapitals als Selbstverwirklichung der Individuen**, denn sie wissen nicht, was sie tun. Real ist dieser Schein, weil die Menschen tatsächlich ihren Bedürfnisse folgen; Schein bleibt es, weil die Individuen weit mehr tun, als „*allein*“ ihren Bedürfnissen zu folgen.

Wenn Jacob beispielsweise schreibt, daß sich

„letztlich auch die Summe der individuellen Lebensentwürfe und die Summe der momentan angebotenen Berufe auf sehr geheimnisvolle Weise decken“ (SPEZIAL Nr. 91, S. 35)

so beruht dieses Geheimnis ganz auf dem Schein der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft. Das Geheimnis ist nicht zu lüften, wenn man über die Besonderheiten der Ausübung dieser Konkurrenz (eigene Strukturen, Normen, Wertsysteme usw.) ganz das wesentliche der Konkurrenz selber vergisst und die Verlängerung der ökonomischen Analyse in den „Nichtarbeitsbereich“ verweigert. Geheimnisvoll bleibt die Sache dann, wenn das persönliche Individuum nicht primär als ein Moment des Klassenindividuums dargestellt wird.

In „Kapitalismus und Lebenswelt“ wird nicht die faktische Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft bei der Verteilung von Lebenschancen aus der Reproduktion des Gesamtkapitals erklärt, sondern die Konkurrenz selbst erklärt die Verteilung dieser Lebenschancen im Kapitalismus. (Arbeiter zu sein, sei keine gültige Erklärung mehr für eine gescheiterte Karriere, weil prinzipiell jedem alles offen stehe usw.) Die Handlungsspielräume der Individuen werden nicht systematisch als Handlungsspielräume für die Ausübung von Konkurrenz entwickelt, sondern vor allem dargestellt in der verkehrten Form ihrer Erscheinung, als Befolgung des persönlichen Bedürfnisses, jenseits der Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozess.

In einem ersten Schritt habe ich zu zeigen versucht, daß dieses über Günther Jacobs „Logik des Kapitals“ hinausreichende „Mehr“, was die VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft im „Nichtarbeitsbereich“ tun, sich als verkehrter Schein der Konkurrenz unter ihnen erweist, wenn man die Logik des Kapitals nur weit genug verfolgt. Dieses „Mehr“ will ich damit keineswegs grundsätzlich leugnen. Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß er auf Seiten der lohnabhängigen Individuen mehr Bedürfnisse erzeugt, als sie in den Grenzen des Systems der Lohnarbeit befriedigen können. Außerdem setzt sich die kapitalistische Produktionsweise ständig über bestimmte angeborene, biologische Bedürfnisse hinweg (Bewegungsbedürfnis etc.). Menschen

sind keine Arbeitsmaschinen, weil die Arbeitskraft selbst nur Teil des Menschen in seiner komplexen Sinnlichkeit ist. Beides – die durch den Kapitalismus selbst erzeugten überschießenden Bedürfnisse, wie die angeborenen, biologischen Bedürfnisse – sorgt dafür, daß die LohnarbeiterInnen in Produktion und Zirkulation ständig mehr tun, als mit der Logik des Kapitals im allgemeinen verträglich. Das führt hier wie dort zu ständigen Konflikten, zu einem individuellen Ausbrechen und Wieder-Eingeholt-Werden durch die Sachzwänge, bzw. durch die Personen, die diese Sachzwänge an den „Bedürftigen“ vollstrecken.

Jacobs behandelt dieses „Mehr“ der handelnden Personen als eine Kategorie, die den „Nichtarbeitsbereich“ kennzeichnet. Tatsächlich lässt es sich auch in der „Arbeitswelt“ beobachten.

Die Macht des Vorgesetzten in Fabrik und Büro erwächst ihm aus seiner Funktion. Sein Handeln ist keineswegs nur funktional. Seine „rationale“ und „sachliche“ Macht gibt ihm zugleich die Möglichkeit seine persönlichen Aversionen gegen andere bis zu einem gewissen Grad „auszuleben“. (Schikane; heute nennt man das „Mobbing“ und meint damit nicht nur den „Psychoterror“ von Vorgesetzten. Besonders kluge bürgerliche Köpfe weisen auf den „volkswirtschaftlichen Schaden“ hin, den das „Mobbing“ erzeugt – Krankfeiern etc. als Konsequenz. Damit ist auch klar, daß „Mobbing“ nur teilweise funktional ist.) Die Untergebenen folgen der „Logik des Kapital“, indem sie den Anordnungen des Vorgesetzten folgen – bis zu einem gewissen Grad auch dann, wenn er gerade mal nicht da ist. Darin aber erschöpft sich nicht ihr Handeln. Sie saufen schon mal bei Geburtstagen oder anderen Anlässen. Immer wieder sind sie darum bemüht, sich den Zwängen des Arbeitsalltags zu entziehen, sitzen zu lange auf dem Scheißhaus, verlassen „ihren“ Arbeitsplatz, um herumzulaufen, quatschen mit KollegInnen, trödeln etc.

Schlimmer noch als diese individuellen Ausreißversuche ist ihre Verfestigung in regelrechten „Subkulturen“. Der Logik des Kapitals entspricht die „formelle Organisation“ des Betriebes, der „Logik des persönlichen Individuums“ die „informellen Organisationen“, die naturwüchsig entstehen. Die Führungskräfte werden so ausgebildet, daß sie mit diesen „informellen Strukturen“ rechnen. Ihre Aufgabe besteht darin, sie zu zerschlagen, wenn sie „oppositionell“ werden, und sie zu integrieren, für die betrieblichen Zwecke zu nutzen, wenn sie wesentlich „konform“ sind. Die Grenzen sind fließend. Kaffeekränzchen, Saufgelage und Bratwurstbraten können beides sein (das alles gibt es selbst in durchrationalisierten Automobilfabriken). Politische und gewerkschaftliche Aktivitäten sind in aller Regel von „oppositioneller Potenz“ und deshalb zu zerschlagen. Die innerbetrieblichen „Milieus“ der Saufgelage etc. sind überwiegend „konform“ und werden unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität eines „angenehmen Betriebsklimas“ geduldet. (Stichwort: Sozialpartnerschaft als Produktivkraft).

Ein ähnliches „Ausbrechen“ und „Einholen“ vollzieht sich auch auf dem Markt. Was heute noch exklusiver Luxus, also Ausdruck von Hedonismus war, kann morgen schon eingehen in den Wert der Ware Arbeitskraft, wird also zu einem notwendigen Lebensmittel der Lohnabhängigen im idealen Durchschnitt. Darüber entscheiden nicht zuletzt gesteigerte Arbeitsproduktivität, verbesserte Auspressung unbezahlter Mehrarbeit als auch steigende Lohneinkommen, Verkürzung der Arbeitszeit etc., also auch die sozialen Auseinandersetzungen. Der Hedonismus der Individuen wird auf dem Markt selbst auf sein für das Kapitalverhältnis erträgliches Maß gestutzt. Hedonismus kostet Geld, und wer über seine Verhältnisse lebt, kann zwar für einen Moment lang sein bürgerliches Dasein im Konsum genießen, wird dann aber sehr rasch auf eine Existenzweise zurechtgestutzt, die ihm nicht einmal mehr ein durchschnittlich bescheidenes Dasein ermöglicht. Wer sich jenseits seiner finanziellen Möglichkeiten dem Genuss hingibt, verliert alles. Die Zahl derjenigen, die Opfer ihrer Verschuldung werden, nimmt

Theorie des bürgerlichen Individuums

dramatisch zu. Manchen bleibt am Schluss nicht einmal mehr die Wohnung. Mit der erlernten Selbstbeherrschung auf Grund freier Verfügung über den Lohn des hedonistischen Individuums ist das eben so eine Sache. Auch der Markt ist ein tüchtiger Disziplinierer. Entweder die Lohnabhängigen beschränken sich auf jenes Maß an Hedonismus, das mit dem sich verändernden Wert der Ware Arbeitskraft und damit der Reproduktion der Charaktermasken von Lohnarbeit und Kapital verträglich ist, oder ihnen droht der „Platzverweis“ in dem Spiel namens Kapital. Begriffe wie persönliches Individuum oder Klassenindividuum sagen kaum noch etwas aus, über jene Menschen, die als obdachlose AlkoholikerInnen ihr Dasein fristen.

Wie der Kapitalismus von der Produktionsseite her immer wieder den „autoritären Charakter“ durchsetzt, so von der Marktseite her den „genügsamen Charakter“. Beides sind wesentliche Merkmale des Klassenindividuum „Lohnarbeiterin“. Auch in diesem „Ausbrechen“ und „Wiedereinholen“ zeigt sich, daß das persönliche Individuum nur ein Moment des dominierenden Klassenindividuum bleibt, solange das System der Lohnarbeit selbst fortbesteht.

Jacob meint:

„Der Arbeiter ... ist als Käufer nie Charaktermaske, sondern ausschließlich persönliches Individuum“. Wenn er als Konsument auftritt steht er vollständig außerhalb seines Begriffs ... (SPEZIAL Nr. 91, S. 35)

Den Grund für dieses Abstreifen der Charaktermaske sieht Jacob darin, daß sein Arbeiter beim Kauf

„alleine seinen persönlichen Bedürfnissen folgt.“ (Ebenda S. 35)

Merkwürdigerweise zitiert Jacob Marx auf der gleichen Seite zustimmend wie folgt:

„Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist ... die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse ... Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals ... Es tut nichts zur Sache, daß der Arbeiter seine individuelle Konsumtion sich selbst und nicht den Kapitalisten zuliebe vollzieht.“

Gerade letzteres aber galt Jacob als entscheidender Grund dafür, daß der Kauf seines Arbeiters nicht mehr „Teilnahme“ an der Reproduktion des Kapitalverhältnisses sei, und er demzufolge als Käufer keine Charaktermaske. Sein Hinweis, daß sich die individuelle Konsumtion der ArbeiterIn heute ja nicht mehr ausschließlich „innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen“ bewege, löst den Widerspruch nicht auf. Für Marx jedenfalls ist die ArbeiterIn auch als KäuferIn noch Charaktermaske.

Wie sollte das mit dem Ablegen der Charaktermaske auch gehen? Wie sollte jemand mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Reife nach 8 Stunden zermürbender Berufsarbeit im „idealen Durchschnitt“ darauf kommen, sich abends statt angebotener „Massenkultur“ (Fernsehen, Kino und/oder einiger Flaschen Bier) eine Theaterkarte für ein altes griechisches Drama kaufen oder sich gar Hegel oder Marx antun? In ihrer Genussfähigkeit bleiben die Individuen Charaktermasken von Lohnarbeit und Kapital. Sie genießen das, was ihre Lebensumstände zulassen, in quantitativer, wie in qualitativer Hinsicht. Was in quantitativer Hinsicht vom Geldbeutel abhängt, wird in qualitativer Hinsicht durch die Ausbildung der Sinne, der geistigen Ausbildung etc., bestimmt. Beides bestimmt auch die Kaufentscheidung von LohnarbeiterInnen und trägt in aller Regel zu nichts anderem bei als zur Reproduktion jener „physischen und psychischen Fähigkeiten und Einstellungen“, die sie zu tauglichen Bestandteilen im übergreifenden Reproduktionsprozess des ‚automatischen Subjekts‘ macht. Die Spielräume für diese Kaufentscheidungen mögen immerhin größer werden, die mögliche Auswahl ebenso, an dem

grundsätzlichen Tatbestand ändert das nichts.

Es ist eine Sache, die Selbstbeherrschung und den Hedonismus aus der freien Verfügbarkeit der ArbeiterInnen über ihren Lohn herzuleiten, den Konsum als Betätigungsfeld des so gewonnen persönlichen Individuums darzustellen, und es ist eine andere Sache, wenn daraus gefolgert wird, beim Kauf seien der Arbeiter oder die Arbeiterin keine Klassenindividuen mehr.

Wenn Jacob richtig schreibt:

„Die Reproduktion des Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft ist ein Moment der Reproduktion des Kapitals.“ (SPEZIAL Nr. 96, S. 29)

so kann ich nicht finden, daß dies wirklich ein von ihm durchgehaltener Ansatz ist. Am Schluss habe ich eher den Eindruck, als sei die Kapitalreproduktion nur noch ein Moment der Reproduktion von persönlichen Individuen innerhalb verschiedener sozialer Milieus.

III. Aspekte der Wahrnehmbarkeit des Klassegegensatzes heute

Jacob schreibt am Schluss seiner Arbeit, abgedruckt in SPEZIAL Nr. 97:

„Es geht darum, die genannten modernen Erscheinungsformen wieder an eine radikale, kritische Gesellschaftstheorie anzubinden ohne dabei in den Fehler zu verfallen, die neuen Phänomene als ‚Ausdruck von etwas‘ verkürzt misszuverstehen.“ (S. 33)

Daran hat er sich in seinen Ergänzungen zur Marxschen Kritik weitgehend gehalten. Damit hat er aber zugleich den zu Beginn seiner Arbeit formulierten Anspruch der Unterscheidung von Erscheinung und Wesen revidiert. Dort hieß es noch:

„Diese Ebene (der Konkurrenz, Handlungsebene – R.S.) mit ihrer eigenen Formenvielfalt ist getrennt – aber als Form von etwas – zu untersuchen.“ (SPEZIAL Nr. 88, S. 35)

Wenn die neuen Phänomene nicht mehr als „Ausdruck von etwas“ untersucht werden, dann wird aus der Kritik der Mystifikationen der Wert- und Kapitalvergesellschaftung eine mystifizierende Kritik. Es hat lange gebraucht, bis ich hinter diesen Widerspruch gekommen bin, der „Kapitalismus und Lebenswelt“ durchzieht. Der Übergang von dem einen „Untersuchungsprogramm“ in das andere ist fließend und nur schwer zu erkennen, aber er findet statt. Solange ich das nicht erkannt hatte, war ich immer wieder irritiert. Ich spürte diesen Übergang, nahm ihn wahr und konnte ihn doch nicht beim Namen nennen.

Bei Jacob werden individuelle Lebensstrategien, Lebensstile im wesentlichen als das vorgeführt, als was sie erscheinen: Ausdrücke eines persönlichen Individuums, das keine Charaktermaske von „Lohnarbeit und Kapital“ mehr ist, weil es mehr kaufen kann, als das zum Überleben absolut Notwendige. Dieses persönliche Individuum bewegt sich insofern außerhalb der Logik des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Jacob folgt darin nicht einem Forschungsprogramm in der Fortsetzung von Kritik der Politischen Ökonomie, sondern eher dem Ansatz von Bourdieu, den er in diesem Zusammenhang zustimmend zitiert:

„Es bleibt zu untersuchen, inwiefern die Struktur der ökonomischen Beziehungen, indem sie zugleich die Lage und Stellung der sozialen Subjekte determiniert, die Struktur der symbolischen Beziehungen zu bestimmen vermag, deren Gliederung und Organisation einer Logik gehorcht, die nicht die der ökonomischen Verhältnisse ist.“ (SPEZIAL Nr. 95, S. 31)

Eigentlich hätte Günther Jacob bei der Verfolgung dieses Untersuchungsprogramms stutzig werden müssen, wenn er schreibt:

Theorie des bürgerlichen Individuums

„Die ‚Lebenswelt‘ der Einzelnen konstituiert Realität. Andererseits muss gegen die Lebenswelttheoretiker betont werden, daß die Lebensentwürfe, wie auch die ‚Kommunikation‘ (das Konkurrenzhandeln!) weder alleine noch beliebig Realität schaffen.“ (SPEZIAL Nr. 95, S. 33)

Dieses „Konkurrenzhandeln“ begegnet uns nur noch einmal am Schluss, wenn er die Expression von Lebensstilen als Konkurrenz um Marktchancen bezeichnet. Doch was ist das für ein Markt, auf dem da konkurriert wird? Gemeint, aber nicht ausgeführt, ist offenbar der „Arbeitsmarkt“. Worum es auf diesem Markt geht, ist nicht die Konkurrenz unterschiedslos gleicher bürgerlicher Individuen, sondern die entfesselte Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft, die zu einer wesentlichen Form der Reproduktion des ganzen (Kapital-)Verhältnisses wird. Was als Verschwinden des Klassengegensatzes erscheint, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und die damit zunehmend reiner sich entwickelnde Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft. Damit fallen selbstverständlich auch überkommene Schranken zwischen verschiedenen Kategorien von LohnarbeiterInnen weg. „StahlarbeiterInnen“ und deren Kindern wird beispielsweise Weiterbildung zugänglich, die ihnen den Zugang zu qualifizierteren und besser bezahlten Berufen eröffnet. Umgekehrt kann es einem Kind „akademischer Eltern“, mit Universitätsabschluss, heute aber auch leichter widerfahren, daß es sich – wenigstens zeitweise – als angelehrte ArbeiterIn in einer Fabrik wiederfindet. Die Reproduktion des Klassengegensatzes selbst bleibt davon unberührt. Die Chance auf eine „Karriere“ über die Klassenschranken hinaus ist begrenzt durch das Kapitalverhältnis selbst. Die Spielräume werden eng, wenn es darum geht, selbst KapitalistIn/ ManagerIn zu werden. Die größere Durchlässigkeit bezieht sich einzig auf den Wechsel zwischen den verschiedenen Kategorien von Lohnarbeit.

In diesem Kontext könnten eher „arbeiterständisch“ orientierte Gewerkschaften als eine „monopolistische Krücke“ bezeichnet werden, die eine ähnliche Geburtshelferrolle spielten für die Herausbildung dieser freien Konkurrenz unter der VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft, wie bestimmte Monopole kapitalistischer Unternehmen Geburtshelfer waren für die freie Konkurrenz unter den Einzelkapitalen. Der Zerfall der alten Arbeiterbewegung jedenfalls bedeutet in jeder Hinsicht Entfaltung der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft. „Abbau des Sozialstaates“ ist insoweit nur die Kehrseite der „Individualisierung“.

Was bei Jacob nicht vorkommt, ist die Tatsache, daß sich gerade innerhalb der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft die proportionale Verteilung von sozialer Qualifikation auf die individuellen Bestandteile der GesamtarbeiterIn vollzieht. Dies ist zugleich die Antwort auf die Frage, von welchem Inhalt denn die Konkurrenz – hier als Handlungsebene der Individuen, nicht der einzelnen kapitalistischen Unternehmen – die angemessene Form ist. Insofern wird „individuelle Selbstverwirklichung“ auch hier wieder der adäquate „Ausdruck von etwas anderem“, nämlich der Reproduktion von Kapital als einem bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnis.

Jacob spricht von einer

„Abschwächung der Wahrnehmung“ sozialer Hierarchien im Kapitalismus. (SPEZIAL Nr. 97, S. 33)

Kann davon wirklich die Rede sein?

Die Verdinglichung und Mystifikation der gesellschaftlichen Verhältnisse hat jedenfalls nichts mit einer „abgeschwächten Wahrnehmung“ zu tun. Die Menschen beugen sich und akzeptieren ihre Unterwerfung, weil diese als ewige Naturnotwendigkeit jeder gesellschaftlichen Ordnung erscheint, die den Dingen selbst anhaftet. Sie nehmen ihre Unterwerfung wohl wahr und leiden darunter.

Jacobs Arbeit selbst ist allerdings gekennzeichnet durch eine „abgeschwächte Wahrnehmung“ sozialer Hierarchien. Sie ist auch „Ausdruck von etwas“, nämlich von abgeschwächter theoretischer Kritik sozialer Hierarchien, die sich selbst legitimiert durch Hinweis auf die abgeschwächte Wahrnehmung selbstbewusster Individuen.

Zur zufälligen Wahrnehmung sozialer Realität gehört heute sicherlich auch folgendes Ereignis: *„Der Mercedes-fahrende Arbeiter parkt am Supermarkt neben dem (Zweit-)Golf der Frau des Chefs.“* (SPEZIAL Nr. 95, S. 29)

Eine solche Erfahrung kann von einzelnen gemacht werden, was in der Natur der Sache liegt. Für die allgemeine Wahrnehmung sorgen dann die Bildzeitung oder ähnliche Organe. Falsch wir die Tatsache dadurch nicht, aber sie ist zugleich eine Botschaft!

Jacob will uns damit sagen, daß bei oberflächlicher Betrachtung die Einflüsse der Klassenstrukturiertheit auf die Lebensstile der Individuen sich oft nur schwer nachweisen lassen. Mit Verlaub, diese Wahrnehmung sozialer Realität von heute ist nicht nur oberflächlich, sondern extrem selektiv. Sollte die volkswirtschaftliche Tatsache, daß der Abstand zwischen arm und reich sich vergrößert hat, auch wenn es den „Abhängigen in Lohn und mit Brot“ der entwickelten kapitalistischen Länder heute besser geht als früher, nicht dazu geführt haben, daß sich die Lebensstile der Reichen verändert haben? Ich will und kann hier keinesfalls systematisch diese Veränderungen aufzählen. Mir jedenfalls ist nicht bekannt, auf welchem Flugplatz der Jet eines Arbeiters neben dem eines Managers landet. Ich wüsste auch nicht, in welcher schönen Gegend auf dieser Welt das prachtvolle Grundstück eines deutschen Managers an das eines Arbeiters aus „seiner“ Fabrik grenzt. Sie werden sich am verlängerten Wochenende kaum dort treffen. Die – wenn auch begriffslose – Offenkundigkeit schroffster sozialer Gegensätze lässt jedenfalls nichts zu wünschen übrig.

Jacob schreibt:

„Wo Kollektivschicksale wie Arbeitslosigkeit zu individualisierten persönlichen Schicksalen werden, Ungleichheiten also sozial anders gedeutet werden als früher, ist eine klassenanalytische Erklärung nicht mehr gefragt und in ihrer traditionellen Gestalt auch nicht mehr haltbar.“ (SPEZIAL Nr. 87, S. 32/ 33)

Wovon ist da die Rede? Von den „wirklichen Lebenschancen und deren ökonomischer Grundlage“ oder von den „kulturellen Äußerungen“. Offenbar leitet Günther Jacob hier „moderne Deutungsmuster“ ganz unmittelbar aus der „Individualisierung sozialer Lagen“ ab. Und was ist wirklich neu an den „modernen Deutungsmustern“? Untersuchungen unter den Lohnarbeitslosen der 30iger Jahre haben schon damals ergeben, daß viele Betroffene das Gefühl von individueller Unzulänglichkeit und Ohnmacht entwickelten. Während meiner langjährigen Erfahrung in verschiedenen Industriebetrieben habe ich gerade von älteren sozialdemokratischen Arbeitern immer wieder jenen ätzenden Spruch gehört, der da lautet:

„Wer arbeiten will, der kriegt auch Arbeit!“

Die Botschaft, wonach jeder seines Glückes Schmied sei, ist jedenfalls so neu nicht. ebenso wenig jene Interpretation des individuellen Scheiterns an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die bei sich selbst die Unzulänglichkeit verortet.

Wohl können die lohnabhängigen Individuen heute mehr „handwerkliche Fähigkeiten“ des Schmiedens an ihrem Glück entwickeln. Auch steht ihnen mehr Material zur Verfügung, an dem sie sich versuchen können. Sie können sich somit deutlicher von einander abheben und dadurch vielfältiger miteinander konkurrieren. Vielleicht kann die entfesselte Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft sich überhaupt erst heute verwirklichen, weil da-

Theorie des bürgerlichen Individuums

zu die Verschiedenheit der Individuen in der Figur der „modernen“ KonsumentIn herausgearbeitet sein musste. Je mehr dies jedenfalls geschieht, desto realer wird der gesellschaftliche Schein der individuellen „Glücksschmiede“. Je realer der Schein aber, desto wichtiger wird die Kritik daran, die aufzeigt, daß die Botschaft so verlogen bleibt, wie sie immer war.

Jacob meint ferner, wie bereits eingangs zitiert:

„Ich bin ein Arbeiterkind‘ ist keine gültige Erklärung mehr für eine gescheiterte Karriere.“ (SPEZIAL Nr. 97, S. 32)

Was heißt das? Ist etwa nunmehr der in Aussicht gestellte Weg „vom Tellerwäscher zum Millionär“ eine „gültige Erklärung“ für eine erfolgreiche Karriere?

In Jacobs Aussage offenbart sich eine bestimmte Art der Fragestellung, die wohl einem ständischen Klassendenken den Spiegel vorhält, aber keine Antwort weiß, wie sich der Klassengegensatz unter den Bedingungen entfesselter Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft reproduziert. Es geht nicht in erster Linie darum, ob ein „Arbeiterkind“ wieder ArbeiterIn wird, sondern darum, ob und wie sich das Kapitalverhältnis selbst reproduziert. Die Logik des Kapitals verlangt eine kontinuierliche Bereitstellung von ManagerInnen und ArbeiterInnen verschiedenster Qualifikation in erforderlicher Proportion. **Die Mehrheit der im Arbeitsprozess „Untergebenen“ wird nicht deshalb wieder zur ArbeiterIn, weil schon die Eltern ArbeiterIn waren, sondern weil es zur Reproduktion des reifen Kapitalverhältnisses gehört, daß die Mehrheit der Menschen vom Verkauf einer Ware Arbeitskraft lebt, deren Preis um ihren Wert schwankt.** Es liegt in der Natur des Verhältnisses – verallgemeinerte Warenproduktion, Tausch von Geld gegen lebendiges Arbeitsvermögen – selbst, daß die meisten Kinder der VerkäuferInnen einer Ware Arbeitskraft, deren Preis um ihren Wert schwankt, wieder zu VerkäuferInnen einer solchen Ware werden. **Wichtig ist dabei nicht die Lohnabhängigkeit schlechthin, sondern die Abhängigkeit von einem Lohn, der durch den Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt wird.** (Eine solche Differenzierung wird bei Jacob nirgendwo systematisch entwickelt.) Damit der Preis der Ware Arbeitskraft um ihren Wert schwanken kann, ist gerade unter den Bedingungen chronischer Überakkumulation die Durchsetzung der „freien Konkurrenz“ unter ihren VerkäuferInnen notwendig. Was in den vergangenen Jahren von den Gewerkschaften als „Klassenkampf von oben“ bezeichnet wurde, ist nichts anderes, als der Versuch der KapitalistInnen und konsequenten Marktwirtschaftler jeder couleur, die Rahmenbedingungen für diese freie Konkurrenz durchzusetzen.

Unter den Bedingungen chronischer Überakkumulation von Kapital verändern sich auch die Inhalte dieser Konkurrenz. Heute konkurriert ein wachsender Anteil von Lohnabhängigen schon nicht mehr um eine möglichst „gehobene Stellung“ unter den verschiedenen Kategorien von LohnarbeiterInnen, sondern um einen „Arbeitsplatz“, also um die Möglichkeit die eigene Ware überhaupt verkaufen zu können.

Selbstverständlich kann ein „Arbeiterkind“ heute studieren. Sein „persönliches Pech“, daß in dem Moment, wo die Universitäten sich ihm öffneten, der Abschluss keine Garantie mehr für Karriere bot?

Es muss an dieser Stelle ergänzt werden, daß die Durchlässigkeit sozialer Strukturen offenbar noch immer nicht halb so groß ist, wie das oft dargestellt wird. In einem Referat verweist Uta Meier, Vorsitzende von Pro Familia, auf eine Lebensverlaufsstudie des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Deren Ergebnisse besagen unter anderem, daß:

– der Einfluss der Klassenstruktur keineswegs verschwindet, sondern nach wie vor als zentrale Steuerungsinstante für Beschäftigungsverläufe und Lebenschancen anzusehen sei, Klassengren-

zen hierzulande sogar zunehmend bedeutungsvoller geworden sind,

– die erreichten Abschlüsse im allgemeinbildenden Schulsystem noch immer entscheidend und in der Zeit stabil durch die Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit und das Bildungsniveau der Herkunftsfamilie bestimmt sind, ungeachtet beträchtlicher Verschiebungen in den Bildungsabschlüssen über die Geburtenjahrgänge hinweg; (zitiert nach der FR Nr. 107 vom 9. Mai '94)

Frau Meier kritisiert zurecht, daß die Befunde dieser Studie in der soziologischen Debatte über Individualisierungstendenzen in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft kaum berücksichtigt wurden.

Die „vierte Gewalt“ als Moderatorin der „Arbeitsmarktkonkurrenz“

Wenn die Menschen heute die schreiendsten sozialen Gegensätze in ihrem Bewusstsein aushalten, ohne Revolution zu machen, dann hat dies statt mit „abgeschwächter Wahrnehmung“, vielmehr mit der **gesellschaftlichen Form** zu tun, in der diese Wahrnehmung verarbeitet wird.

Jakob meint, daß

„soziale Lagen nicht mehr durchgängig die Basis von Milieubildung sind“, daß die ‚moderne‘ ‚Segmentierung der Gesellschaft zu Milieus‘ sich wesentlich „über Symbole und Rituale“ definiert. (SPEZIAL Nr. 97, S. 34)

Wir haben aber von ihm auch schon gelernt, daß die alte ‚Arbeiterkultur‘ *„vor allem Kultur politischer Bewegungen war“*. (SPEZIAL Nr. 92, S. 31) Was heißt dann dieses „nicht mehr“? Soweit diese untergegangene ‚Arbeiterkultur‘ eine *„politische Kultur radikaler Bedürfnisse“ (ebenda)* und damit ‚Klassenkultur‘ war, war nie die soziale Lage durchgängig die Basis für entsprechende Milieubildung. Zu viele Intellektuelle aus anderen „sozialen Lagen“ tummelten sich in dieser Kultur. Die für diese Kultur typischen „Deutungsmuster“ entsprangen nicht aus der unmittelbaren Wahrnehmung sozialer Hierarchien, sondern aus theoretischer Reflexion, die massenkommunikativ vermittelt war („Agitation und Propaganda“). Davon wussten auch schon Kautsky und Lenin bei ihren Überlegungen bezüglich der Entstehung und Ausbreitung des „sozialistischen Bewusstseins“. Wir haben es heute nicht zum ersten Mal mit „Symbolen und Ritualen“ zu tun, über die sich bestimmte „soziale Milieus“ definieren.

Die alten SozialistInnen wähten sich in der Kenntnis „der Bedingungen, des Gangs und der allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ (Kommunistisches Manifest). Wir wissen heute, daß dem nicht so war. Um zu verstehen, daß die „Symbole und Rituale“ in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer entscheidend waren für die Milieubildung, muss man sich nur vergegenwärtigen, seit wann ArbeiterInnen lesen und schreiben können, wer sich zunächst ausschließlich um diese Fähigkeit bemühte und die ArbeiterInnen gezielt in gedrucktem Wort und Bild ansprach. Sozialdemokratie und Kommunistische Partei waren die Wegbereiter einer modernen Massenkultur, dadurch daß sie die Massen mit entsprechenden Kommunikationsmitteln ansprachen. Krupp und Konsorten meinten beispielsweise im Deutschland der Jahrhundertwende, die ArbeiterInnen sollten gefälligst „genießen, was ihnen beschieden war“. Dazu gehörten wohl der Kirchgang und die Familie, aber nicht die Teilnahme an einem „öffentlichen Leben“ durch Lesen von Massenmedien. Die Bürgerlichen wandten sich erst dann an die Massen, als philanthropische und revolutionären Kräfte das Erlernen des Lesens und Schreibens durchgesetzt hatten und die Investition in „Massenkommunikationsmittel“ selbst zu einem vielversprechenden Geschäft wurde. Wenn man das Erlernen von Lesen und Schreiben schon nicht verhindern konnte, dann sollte doch wenigstens für die richtige Lektüre gesorgt werden,

Theorie des bürgerlichen Individuums

mit der man zugleich auch noch die eine oder andere Mark verdienen konnte.

In Deutschland begann der Siegeszug der bürgerlichen Massenmedien in den 20iger Jahren. Zu den Zeitungen kam bald der Film. Unter Führung von Münzenberg versuchte die KPD, sich verzweifelt dagegen zu wehren. Mit Ausnahme der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung“ konnte „sein Konzern“ jedoch keine Massenwirksamkeit erlangen. Die Ursachen für das Scheitern kontinuierlicher Fortsetzung einer kapitalismus-kritischen „Massenkommunikation“ lag jedoch weniger im Geldmangel begründet, als in der dogmatischen Verständnislosigkeit gegenüber den sich anbahnenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Bis hierin war nur die Rede von den subjektiven Antrieben „massenkommunikativer“ gesellschaftlicher Veränderung, und es ist nun Zeit, auf die darin sich ausdrückenden objektiven Prozesse zu sprechen zu kommen.

Der Kapitalismus wälzt im Zuge seiner Durchsetzung und Entwicklung nicht nur fortwährend die Produktionsverhältnisse um, sondern auch die Verkehrsverhältnisse. Unter letzteren sind nicht nur die sich mit ausdehnender Zirkulation entwickelnden Transportmittel- und wege für Waren aller Art zu verstehen, sondern auch die Mittel und Wege der Kommunikation. Die Information selbst wird zur Ware, die transportiert werden muss. Was Eisenbahn, Flugzeug, Schiff oder Auto für den Transport der materiellen Ware, das werden Zeitung, Film, Fernsehen und Computer für den Transport der ideellen Ware „Information“. Je entwickelter, d.h. heißt je großräumiger die Zirkulation von Waren allgemein, desto großräumiger die Kommunikation. Nationaler Markt oder gar Weltmarkt schließen ein nationale bzw. weltweite Kommunikation.

Jacob weiß,

„daß der Einfluss (der) face-to-face-Gruppen tendenziell abnimmt. Eine wachsende Bedeutung haben hingegen die entfernteren ‚Institutionen‘ der Vermittlung der kollektiven Deutungen, z. B. Schule, Betrieb oder – noch entfernter – die Massenkommunikationsmittel.“ (SPEZIAL Nr. 95, S. 32)

Leider bleibt es bei diesem Hinweis, weil für Jacob die „neuen Phänomene“ nicht mehr als „Ausdruck von etwas“ untersucht werden sollen.

Der Rückgang von face-to-face Kommunikation entspricht der Auflösung kleinräumiger Vergesellschaftung, die immer ein hohes Maß an direkter Verständigung zwischen den beteiligten Menschen möglich machte. Großräumige Märkte, entwickelte gesellschaftliche Arbeitsteilung, „ausdifferenzierte Gesellschaft“ verlangen nach mittelbarer Kommunikation. Die „Massenkommunikationsmittel“ sind „entfernt“ und doch ganz nah im täglichen Konsum. Sie drücken vor allem die Entfernung der Individuen zueinander aus, die da „miteinander“ kommunizieren. Diese Entfernung meint nicht nur die zu überbrückende räumliche Distanz, sondern auch die Entfremdung in ihrer eigenen großräumigen Vergesellschaftung.

Kapitalistische „Massenkommunikation“ ist vor allem „Einbahnkommunikation“, weshalb schon der Begriff der Kommunikation einen Euphemismus darstellt. Alle „individuellen Deutungsmuster und Lebensstrategien“ werden über die moderne „Massenkommunikation“ vermittelt und finden ihren gemeinsamen Nenner immer wieder in der Akzeptanz des Kapitalverhältnisses selbst. Den Einzelnen werden verschiedene Möglichkeiten angeboten, sich innerhalb der Verwertung von Wert als individuelle Bruchstücke der GesamtarbeiterIn zu verorten, zu orientieren und „frisch aufgerüstet“ in die Konkurrenz einzutreten. Der gemeinsame Nenner besteht zum einen in der Suggestion von Selbstverwirklichung, aber auch in der Vermittlung „sachlich, demokratisch“ begründeter Herrschaft, die die Befolgung von Anordnungen, die „rechters“ sind und „von ganz oben“ kommen, zum Ziel hat.

Über die Medien kommunizieren nicht ihre KonsumentInnen miteinander, sie werden „kom-

muniziert“, sprich: in ihrem Denken als „autonome Individuen“ vergesellschaftet! Alle verkehrten Vorstellungen von dieser Welt, die die Individuen sich scheinbar in unmittelbarer Konfrontation mit der ihnen verdinglicht und fremd gegenüberstehenden eigenen Gesellschaftlichkeit „tätig aneignen“, begegnen uns in Werbung und Film, über Fernsehen und Zeitschriften etc. Der reale Schein, daß etwa Geld arbeitet, muss als Leistung des Bewusstseins formuliert und „kommuniziert“ werden. Beides gehört nicht primär zu den Leistungen des Durchschnittsindividuum.

Die „MeinungsmacherInnen“ und „IdeologieproduzentInnen“ verweisen gern darauf, daß sie ja im wesentlichen nur das verbreiten, was nachgefragt wird, also als artikuliertes Bedürfnis vorliegt. (Einschaltquoten, Verkaufszahlen etc.) Sie unterscheiden sich da gar nicht von den „Erzeugern“ sonstiger Waren. Sie tun alle so, als würden sie nur das produzieren, was die Menschen brauchen und wollen. Allerdings dürfte es schwer fallen, die Produktion von Autos oder Atomkraftwerken auf vorher vorhandene Kundenwünsche zurückzuführen. Gleiches gilt für die Produkte der „MeinungsmacherInnen“ und „IdeologieproduzentInnen“. Das gesellschaftliche Bedürfnis nach den spezifischen Formen „moderner“ Unterhaltung oder gar Werbung musste erzeugt werden, war keine vorgefundene Erkenntnisquelle von ProduzentInnenweisheit. Dies gilt auch für die übermittelten Botschaften.

Selbstverständlich, ohne das allgemeine Wahlrecht wäre die Rede vom mündigen Bürger, der seine Wahl bewusst trifft, eine leicht zu durchschauende und unwirksame Floskel. Ohne die gestiegenen Lohn Einkommen wäre alles Gerede vom mündigen Konsumenten eine kaum zu vermittelnde Phrase. Der Einfluss der Massenmedien beruht auf tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen. Dies ändert jedoch nichts am trügerischen Schein der „Individualisierung sozialer Lagen“.

Wie die Verwirklichung der Kapitallogik im Produktionsprozess und in der Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft als Selbstverwirklichung der Individuen erscheint, die „allein ihren persönlichen Bedürfnissen folgen“, so die Aneignung kollektiver Deutungsmuster als Produktion individueller Erkenntnis.

Die „Gliederung und Ordnung der symbolischen Beziehungen“, von der Bourdieu und Jacob sprechen, muss jedenfalls untersucht werden unter Hereinnahme „moderner Massenkommunikation“. Es zeigt sich dann, daß diese Beziehungen mittelbar und unmittelbar mit den ökonomischen Verhältnissen zu tun haben. (Symbole und Rituale als ‚Informations‘-Ware, großräumige Wertvergesellschaftung mobiler VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft, individuelle Lebensstrategien als Ausübung der Konkurrenz unter ihnen.)

Der Untergang traditioneller Sozialmilieus und die Entstehung „moderner Sozialmilieus“ verkörpert weit mehr, als die Ausdehnung individueller Handlungsspielräume, größere Wirksamkeit individueller Lebensstrategien etc. Er geht einher mit dem Rückgang von „face-to-face“-Kommunikation und der Ausdehnung von „Massenkommunikation“, was wiederum Produkt der Kapitallogik ist.

Spätestens seit Mitte der 80iger Jahren stehen wir – besonders in Deutschland – vor einem riesengroßen Trümmerhaufen gescheiterter Kritik und Emanzipationsbestrebungen. Über allem erhebt sich das Trauma des erlebten Faschismus und „Kommunismus“. Das eine ist so wichtig, wie das andere. Das Trauma des „Kommunismus“, das via Massenmedien in jeden bundesdeutschen Haushalt gedrungen ist, spielt bei Jacobs individuellen Deutungsmustern faktisch überhaupt keine Rolle. Es handelt sich nicht nur um Niederlagen, sondern mehr noch um eine via Massenkommunikation vermittelte Verarbeitung dieser Niederlagen radikaler Kritik und

Theorie des bürgerlichen Individuums

emanzipatorischer Bestrebungen. Heute wandelt jede radikale Kritik des Kapitalismus unter dem Menetekel der drohenden Alternative. Dies ist ein Stück Alltagsbewusstsein, das sich nicht aus der Logik der Kapitals und auch nicht allein aus den relativen Spielräumen individueller Lebensplanung ergibt. „Antikommunismus“ ist ein allgemein akzeptiertes Deutungsmuster des (deutschen) Durchschnittsindividuums, das nicht die Wahrnehmung sozialer Hierarchie abschwächt, aber die Verarbeitung dieser Wahrnehmung wesentlich beeinflusst.

Auf die Frage dieses Durchschnittsindividuums: „Was bringt mir die Mühe der Kritik?“ antwortet Jacob mit dem Hinweis darauf, daß sich die Verhältnisse dem Einzelnen „versteinert“ darstellen. (SPEZIAL Nr. 96, S. 30) In Anbetracht der Ergebnisse von Kritik ist das ein bisschen wenig. Marx konnte so noch schreiben, weil der Kommunismus zu seinen Lebzeiten vor allem ein Gespenst der bürgerlichen Welt war. Heute ist die Vorstellung von Kommunismus für jeden „Deutschen“ bedrohlich. Ich füge hinzu: aus verständlichen Gründen.

Kapitalismuskritik kann heute nur noch wirken, wenn sie zugleich „Kommunismus“-Kritik ist. Das bürgerliche Individuum fühlt sich nicht nur in den Mystifikationen des Kapitalverhältnisses ganz zu Hause, es interpretiert diese Mystifikationen auch noch durch die Brille des anheimelnden Antikommunismus. Durch „Erfahrung“ via Massenmedien untermauert!

Für Jacob ist „niemand gezwungen, diesen Mystifikationen (des Kapitals, R. S.) sein Leben lang aufzusitzen.“

„Daß man sich mit ihnen denkend auseinandersetzen kann, beweist jede Leserin und jeder Leser des Kapitals.“ (SPEZIAL Nr. 94, S. 31)

und er fügt an, daß sich die Individuen dazu entschlossen haben, den stummen Zwang der Verhältnisse auch subjektiv fortzusetzen. (Ebenda) Wenn der Weg zu Erkenntnis, radikaler Kritik und anderen Entscheidungen doch so einfach wäre. Gerade die LeserInnen des KAPITALS weisen auf etwas kompliziertere Zusammenhänge hin. Schließlich sitzen die meisten von ihnen heute auch wieder den Kapitalmystifikationen auf. Dies gilt nicht nur für die DurchschnittsleserInnen sondern auch für die „ExpertInnen“. AutorInnen, die noch Mitte der 70iger Jahre ein so ausgezeichnetes Werk wie KRISE UND KAPITALISMUS BEI MARX geschrieben haben, sind heute glühende VerfechterInnen kapitalistischer Marktwirtschaft. Joachim Bischoff meint heute, sozialistische Marktwirtschaft sei angesagt, weil „ein anderer Umgang mit Ware und Geld“ möglich sei, Elmar Altvater sieht in den Verdinglichungen kapitalistischer Marktwirtschaft mittlerweile auch „Entlastung“ der Individuen, die durch eine Vergesellschaftung mit Willen und Bewusstsein einfach überfordert seien. Usw.

Und die Vielen, die Marx nicht gelesen haben. Haben sie sich wirklich nur bewusst dazu entschieden?

Ich halte den Engelsschen Spruch, wonach der Sozialismus durch Marx zur Wissenschaft wurde, auch heute noch für richtig. Damit aber gibt es gesellschaftlich bedingte „Zutrittsschranken“ zu diesem Wissen.

Die Kritik der Politischen Ökonomie heute weiterzuspinnen, die Mystifikationen des Kapital zu durchschauen und auch noch eine kommunistische Handlungsorientierung daraus zu gewinnen, ist offenbar nicht so einfach. Ich selbst muss gestehen, daß es für mich schwer geworden ist, mir kommunistische Gesellschaft auch nur in Ansätzen vorzustellen, seit ich mit den tradierten Vorstellungen des Leninismus und Maoismus gebrochen habe. Diese Vorstellungen beruhten ja wesentlich noch auf der Dominanz vorkapitalistischer Vergesellschaftung. Demzufolge verblieb die „aufhebende“ Praxis vorgefundener Klassengegensätze im Rahmen der Ersetzung der einen „Vertretungsorgane“ durch andere; also der Institutionen bürgerlicher De-

mokratie (Parlament, Parteien etc.) durch die Institutionen „proletarischer Diktatur“. Großräumige, nationale Vergesellschaftung sollte durch einen zwangsweise verordneten Plan zum Wohle der „arbeitenden Klassen“ bewältigt werden. Der Zwang ersetzte die Konkurrenz und wurde zur Zwangsjacke für die Individuen, die weit entfernt waren von jenen Fähigkeiten, die benötigt werden, um großräumige Vergesellschaftung dem eigenen Willen und Bewusstsein zu unterwerfen.

Meine Wahrnehmung und Verarbeitung sozialer Hierarchien bezieht sich immer auf den Weltmarkt. Die Intensität dieser Größenordnung von wertvermittelter Vergesellschaftung ist ebenso beeindruckend, wie die Unterschiede im Entwicklungsniveau. Soziale Gegensätze könnten größer kaum sein. Das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Staaten und Regionen schließt ein das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Individuen. Die Dringlichkeit sozialer Emanzipation ist für mich heute ebenso einsichtig, wie deren Machbarkeit für den Moment unvorstellbar.

Die Frage „Was bringt mir die Kritik?“, die sich Menschen stellen, bezieht sich ja nicht nur auf eine unmittelbare Lebensperspektive. Es ist immer auch die Frage nach der Machbarkeit von sozialer Emanzipation oder Kommunismus. Und da herrscht heute nun wirklich absolut *tabula rasa!*

Heute kann es nur darum gehen, die theoretische Kritik so weit zu treiben, daß die Machbarkeit von Kommunismus wieder vorstellbar wird.

IV. Vordergründiges über Klassen und Lohnabhängigkeit

Ich habe in meiner Kritik an „Kapitalismus und Lebenswelt“ bis hierhin zu zeigen versucht, daß die „Individualisierung sozialer Lagen“ einhergeht mit einer neuen Mystifikation des Kapitalverhältnisses. Danach stellt sich die Reproduktion des Kapitalverhältnis auf Seiten der handelnden Individuen als ihre „Selbstverwirklichung“ dar. Auch dieser Schein ist realer Schein, der nur entstehen kann, wo die Individuen über entsprechende Handlungsspielräume verfügen, also auf sehr entwickelter kapitalistischer Basis. Es handelt sich um mehr, als um die bloße Ideologie, wonach jeder seines Glückes Schmied ist. Der falsche Schein wird durchschaubar, wenn wir die Reproduktion des Gesamtkapitals und darin eingeschlossen die Reproduktion der GesamtarbeiterIn berücksichtigen. Die Handlungsspielräume der Individuen lassen sich so als Bedingung „reiner“ Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft darstellen, also als „Fortsetzung der ökonomischen Analyse“ bis in den „Nichtarbeitsbereich“ hinein. Diese Konkurrenz erzeugt nicht die unterschiedlichen Kategorien von Lohnarbeit, sie sorgt für eine dem Kapitalverhältnis angemessene Verteilung von „Lebenschancen“ auf die individuellen Bestandteile der GesamtarbeiterIn.

Eine solche Darstellung der „Individualisierung sozialer Lagen“ lässt sich natürlich nur durchhalten, wenn wir uns von dem Mercedes fahrenden Arbeiter, der neben dem (Zweit-)Golf der Frau des Chefs parkt, nicht blenden lassen und gar meinen:

„Die zunehmende Fähigkeit auch des ‚kleinen Mannes‘, fremde Arbeit direkt zu kommandieren, macht aus dem ‚König Kunde‘ einen wirklichen kleinen Herrscher.“ (SPEZIAL 95, S. 29)

Danach konstituiert auch die Zirkulationssphäre ein unmittelbares Herrschaftsverhältnis, das mit dem gleichen Begriff des Kommandos über fremde Arbeit gekennzeichnet werden kann, wie der Produktionsprozess von Kapital selber. Die „Tyrannei“ von „König Kunde“ über den Pizza-Bäcker tritt unterschiedslos gleich neben die „Tyrannei“ der Vorgesetzten in der Fabrik.

Theorie des bürgerlichen Individuums

Produktive Konsumtion der Ware Arbeitskraft und individuelle Konsumtion einer Dienstleistung sind offenbar von gleicher Qualität. Jacob tut nichts, um diesem falschen Eindruck zu begegnen. Recht hat er mit folgendem Hinweis:

„Alle vordergründigen ‚soziologischen‘ Klassenbestimmungen ohne Bezugnahme auf das gesellschaftliche Mehrprodukt bleiben notwendig deskriptiv bzw. schlecht-abstrakt.“ SPEZIAL Nr. 90, S. 32)

Seine „abgeschwächte Wahrnehmung sozialer Hierarchie“, in der „Klassenbestimmungen“ verschwimmen ist nicht weniger vordergründig-soziologisch, weil seine Bezugnahme auf das gesellschaftliche Mehrprodukt schlecht-abstrakt bleibt.

Der Gegensatz von arm und reich äußert sich in den kapitalistischen Ländern von heute anders als vor hundert Jahren. Die Gegensätzlichkeit, in der sich die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums vollzieht, beruht noch immer auf dem kapitalistischen Lohnsystem und kann nur auf ihren Begriff gebracht werden, wenn man über die Verallgemeinerung von Lohnabhängigkeit nicht den Wert der Ware Arbeitskraft vergisst, was Jacob geflissentlich tut.

In der SPEZIAL Nr.90 schreibt er:

„An dieser Stelle muss nochmals betont werden, daß die Lohnform gerade keine Gewähr für eine ‚symmetrische Gegenüberstellung‘ von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse gibt, weil im Kapitalismus alle Arbeit als Lohnarbeit erscheint und daher sämtliche nicht-selbständigen Tätigkeiten gegen Lohn verrichtet werden. Die Verallgemeinerung der Revenueform Lohn verdeckt ja gerade, daß sich dahinter ganz verschiedene ‚soziale Klassen‘ – Handarbeiter, Kopfarbeiter, Dienstpersonal, ‚Angestellte‘, ‚Manager‘, etc. – verbergen. Die unmittelbare Anrufung der Klassentheorie zum Kronzeugen und Leitfaden des Kampfes der ‚Lohnabhängigen muss deshalb ideologischen Charakter tragen.“ (SPEZIAL Nr. 90, S.31)

Ich bin mir nicht im Klaren, gegen wen er sich hier abgrenzen will, weil mir niemand bekannt ist, der in der Lohnform die Gewähr für eine „symmetrische Gegenüberstellung“ von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse sah. Die meisten mir bekannten klassenanalytischen Ansätze von MarxistInnen berücksichtigten in dieser oder jener Form soziale Differenzierung zwischen den verschiedenen Kategorien von Lohnarbeit. Da wurde all das bemüht, was Jacob hier als ganz „verschiedene ‚soziale Klassen‘ “ vorstellt.

Jacob läßt es dabei bewenden, daß die verallgemeinerte Lohnform etwas verdeckt. Was da verdeckt wird, wird falsch bestimmt. Die von ihm angesprochenen Unterschiede der ‚sozialen Klassen‘ jedenfalls sind gerade für jeden erfahrbare Erscheinungen der Verallgemeinerung der Lohnform. Die verallgemeinerte Lohnform verdeckt ganz andere Tatbestände, beispielsweise den zwischen produktiver und unproduktiver Lohnarbeit. Die soziale Bedeutung dieses Unterschieds, die größere Anwendung unproduktiver Lohnarbeit im Verhältnis zur produktiven, kann ich hier nur erwähnen. Sie müsste aber im Verlauf einer Diskussion unbedingt berücksichtigt werden.

Was die Verallgemeinerung der Lohnform aber vor allem verdeckt, ist die Tatsache, daß nicht jeder Lohn Preisausdruck des Werts der Ware Arbeitskraft ist. Selbst wenn wir unterstellen, daß die ManagerIn durch ihre Tätigkeit im Produktionsprozess notwendige Arbeit verrichtet, also als Teil der GesamtarbeiterIn ihre Reproduktion selbst mit besorgt, so ist doch – sagen wir – 90% ihres Gehalts „Gewinnentnahme“. Sie hat Anteil am gesellschaftlichen Reichtum nicht durch Verkauf der Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert, sondern durch ihren – wenn auch vertraglich geregelten – Zugriff auf den Profit, der durch die kapitalproduktive GesamtarbeiterIn eines Unternehmens erzeugt wird.

Die Figur der ManagerIn ist auch „Ausdruck von etwas“, nämlich davon, daß Eigentum und

ökonomische Funktion in dem Maße sich ausdifferenziert haben, wie der für die Akkumulation nötige Bedarf an Geld die Grenzen des persönlichen Eigentums individueller KapitalistInnen sprengte. An die Stelle des privatkapitalistischen Unternehmers trat damit die „Kapitalgesellschaft“, in die das benötigte Geld von verschiedenen EigentümerInnen einfließt. Schon lange ist der Bedarf an vorzustreckendem Geld – langfristigen Investitionen – so enorm, daß selbst große „Kapitalgesellschaften“ fremdfinanzieren müssen. Banken oder gar Konsortien verschiedener Banken stellen die benötigten Finanzmittel bereit. Bei den großen Kapitalen hat die ManagerIn schon längst die alte Personalunion von EigentümerIn und FunktionsträgerIn im unmittelbaren Produktionsprozess verdrängt. Die daraus entstandenen neuen sozialen Hierarchien mit ihren veränderten Personifikationen werden wahrgenommen, und der Alltagsverstand hat im Gegensatz zur kritischen Theorie wohl begriffen, daß die ManagerIn nicht einfach nur „lohnabhängig“ ist

Für mich verfehlt die Kritik ihren Zweck, wenn sie den falschen Schein nur als solchen benennt und reproduziert. Es reicht nicht aus, das „klassenunspezifische, atomisierte ‚schillernde Individuum‘“ als Schein zu bezeichnen, man muss konkret zeigen, was „verdunkelt“ wird.

Zu den Aufgaben der Kritik sagt Jacob richtig:

„Sie hat anzusetzen an der Kritik des Alltags und des Alltagsverstandes.“ (SPEZIAL Nr. 90, S. 30)

Sie darf sich nicht damit begnügen den Schein als produzierte Realität nachzuzeichnen, sondern muss zeigen, von welchem sozialen Inhalt denn diese alles verkehrende Erscheinung die Form ist.

Aussichten auf Klassenkampf?

Alle Welt sagt heute von sich, sie gehe arbeiten oder müsse noch arbeiten usw. Gemeint sind allemal Tätigkeiten des Gelderwerbs oder Tätigkeiten, die auf irgend eine Weise als notwendig angesehen werden. Zu einer wie auch immer beschaffenen ArbeiterInnenklasse will dagegen kaum noch jemand gehören. Das muss auf den ersten Blick stutzig machen. Jacob schreibt:

„Ob es ... wünschenswert ist, daß die bürgerlichen Individuen lernen, sich entsprechend wissenschaftlicher Kriterien der einen oder anderen objektiven Klasse zuzuordnen, ob sie lernen sollen, ihre ‚Interessen‘ auf die idealen, charaktermaskenartigen Interessen dieser Klasse zu reduzieren und in diesem Sinne ‚klassenbewusst‘ zu werden, das kann bezweifelt werden ...“ (SPEZIAL Nr. 90, S. 31)

Wenn es richtig ist, daß die bürgerliche Gesellschaft noch immer auf dem „verdunkelten“ Klassengegensatz von „Lohnarbeit und Kapital“ beruht, dann muss die Kritik diesen Klassengegensatz aufdecken, indem sie den verkehrten Schein der klassenunspezifischen Individuen konkret als Ausdruck dieser Klassenverhältnisse nachzeichnet. Ob die KritikerInnen wollen oder nicht, sie leisten damit zugleich die Zuordnung der bürgerlichen Individuen zu objektiven Klassen und das ist sehr „wünschenswert“. Eine andere Frage ist es, ob die sich zuordnenden Individuen deshalb „ihre ‚Interessen‘ auf die idealen, charaktermaskenartigen Interessen dieser Klasse“ reduzieren sollen. Das wäre nicht „wünschenswert“, weil es jede Perspektive sozialer Emanzipation ausschließen würde. Das Interesse sozialer Emanzipation kann sich nur darauf beziehen, mit der Aufhebung des bestehenden Klassengegensatzes jeden Klassengegensatz abzuschaffen. Aber ohne dieses Interesse geht das nicht, auch wenn wir es in An- und Abführungszeichen setzen.

Die Frage ist, ob es einen bestimmten Zusammenhang gibt zwischen der sozialen Lage und einem wünschenswerten kommunistischen Denken, oder ob radikal kapital-kritische „Deutungs-

muster“ jenseits sozialer Lagen von persönlichen Individuen zusammengestrickt werden. Einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen objektiver Klassenlage und klassen-kritischem Bewusstsein kann es natürlich noch weniger geben, als einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den „charaktermaskenartigen Interessen“ einer Klasse und ihrer objektiven sozialen Lage.

Kommunistisch denken lernen kann „die moderne Arbeiterklasse“ nur insofern, als im Klassenindividuum bereits das persönliche Individuum als Moment enthalten ist, als die einzelnen Individuen also als vielseitige entwickelt und in der Lage sind, über die charaktermaskenartigen Interessen hinauszudenken. Nichts anderes bedeutet ja radikale Kapitalkritik, die nicht nur die ökonomische Funktion von KapitalistInnen und ManagerInnen kritisiert, sondern auch die ökonomische Funktion der LohnarbeiterInnen. Es handelt sich also um Kritik eines bestimmten Verhältnisses zwischen Menschen, die nicht dabei stehen bleibt, die einen im Interesse der anderen zu kritisieren, sondern in dieser Kritik auch das eigene soziale Dasein überwinden will.

Weil die Betroffenen ihre soziale Lage in der verkehrten Form reproduzieren und durch diese wahrnehmen, kann die Kritik der Verhältnisse nur eine wissenschaftlich-theoretische Leistung sein, also das Werk von entsprechend gebildeten Intellektuellen. Es bleibt jedoch dabei, daß ein Interesse an der Überwindung der sozialen Gegensätze nur dort allgemein werden kann, wo neben der Fähigkeit zur Überwindung des Kapitalismus auch Not-Wendigkeit verspürt wird. Dies kommt nur in Frage für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Auch Günther Jacob wünscht sich „die Herrschaft der Individuen über die Zufälligkeit und die Verhältnisse“. Seine Kritik endet jedoch bei der bloßen Interpretation von „Selbstzuordnung zu Habitusgruppen“ und „Expression bestimmter Lebensstile“ als ‚Klassenkampf‘ (um Marktchancen) und dem „Stilbewußtsein“ als ‚Klassenbewusstsein‘ von heute. Ich habe u.a. zu zeigen versucht, daß die „Expression von Lebensstilen“ etc. nicht als Klassenkampf, sondern als Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft verstanden werden sollte. Dann stellt sich die konkurrierende Expression von Lebensstilen gerade als Verhinderung von Klassenkampf und nicht als dessen modernisierte Form dar.

Wohin das alles führen soll, bleibt für Jacob wie für mich offen. Bei Günther Jacob allerdings habe ich den Eindruck, als handele es sich um einen naturgesetzlichen objektiven Prozess. Die „Individualisierung sozialer Lagen“ führe eben notwendig zu dieser Art „Klassenkampf“ und „Klassenbewusstsein“ und lasse auch nichts anderes zu. Dieses andere aber kann nicht von objektiven Abläufen kommen, sondern nur das Werk letztlich praktisch werdender Kritik sein. Die Aufgabe der Kritik beschränkt sich eben nicht darauf, den aktuellen Zustand durch objektive Analyse nachzuvollziehen, sondern muss das Alltagsbewusstsein kritisieren, also auch die „Expression von Lebensstilen“ und „Stilbewußtsein“. Sie muss hinter der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Phänomene den „gemeinsamen Nenner“ aufzuspüren. So wie die Marktkonkurrenz der kapitalistischen Unternehmen die Preise auf ihren Wert zurückführt, für Verteilung des Mehrwerts und Allokation der gesellschaftlichen Arbeit sorgt, so führt die Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft die Löhne auf den Wert der Ware Arbeitskraft zurück und sorgt für eine dem Kapital gemäße Verteilung von Qualifikation etc. unter den individuellen Bestandteilen der GesamtarbeiterIn. Indem die Kritik diesen „gemeinsamen Nenner“ des Widersprüchlichen aufdeckt, entwickelt sie zugleich Elemente eines kapitalkritischen „Deutungsmusters“, das zu kollektivem Bewusstsein und Handeln führen kann. Der Zusammenhang zwischen gemeinsamer „sozialer Lage“ (Klassenverhältnis) und individuell unterschiedlichen „sozialen Lagen“ (Individualisierung) muss theoretisch rekonstruiert und

kritisiert werden. Erst dann lässt sich die Frage nach der Möglichkeit einer neuen „politischen Kultur radikaler Bedürfnisse“ beantworten.

Das Vorspiel „Im Gleichschritt marsch!“ habe ich nicht von ungefähr gewählt. Es zeigt, daß die Individualisierung keineswegs „Gemeinsinn“, kollektives Denken und Handeln ausschließt. Wie die Hammel haben sich die StudentInnen durch die Türen leiten lassen. Da war ein Konsens, der alle Unterschiede bei der „individuellen Zuordnung zu spezifischen Habitusgruppen“ und der „Expression von Lebensstilen“ überlagerte. Es war ein reaktionärer Konsens, gespeist aus Gleichgültigkeit, Unterwürfigkeit und Rassismus. Für solche kollektiven Verhaltensweisen ließen sich viele andere Beispiele finden, auch weniger reaktionäre. Für mich gibt es keinen ersichtlichen Grund, der eine individuelle Selbstzuordnung zu sozialen Lagen ausschließt, die die selbstdefinierten Milieugrenzen überschreiten.

Das Problem des traditionellen Marxismus bestand unter anderem darin, jeder individuellen Lebensäußerung mit seinem „tödlichen“ Kollektivismus zu begegnen. Sofern der Kapitalismus selbst notwendig diese individuellen Handlungsspielräume erzeugte, stemmte sich der Marxismus gegen die objektive, hier fortschrittliche Entwicklung und wurde selbst reaktionär. Der reale Schein der „Selbstverwirklichung“ ist nicht nur systemkonform, sondern weist in mancher Hinsicht auf die Grenzen des Kapitalverhältnisses hin.

Für die Kritik der Politischen Ökonomie kommt es darauf an, nicht nur bei der Analyse der vorgefundenen Verhältnisse Klassenstrukturiertheit und Individualität zusammen zu denken, wie Jacob es sagt, sondern auch bei der Entwicklung einer gesellschaftsverändernden Perspektive. Es geht also nicht um „kollektivistische“ Kritik individueller Lebensstrategien und Handlungsspielräume überhaupt, sondern um Kritik an deren sozialem Inhalt heute (Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft).

Wenn wir über die Kritik zu einer gesellschaftsverändernden Perspektive gelangen wollen, dann lassen sich auch heute wesentliche Punkte festhalten, die von der Kritik herausgearbeitet werden müssen auch für die Bildung eines milieübergreifenden, kapital-kritischen Konsenses unter Lohnabhängigen. Dazu zählen z.B.:

1. Das Kapital konkret als Herrschaftsverhältnis kritisieren (unmittelbarer Produktionsprozess)
2. Kritik der allgemeinen Lohnform unter Rückgriff auf den Wert der Ware Arbeitskraft
3. Kritik der Individualisierung als Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft.
4. Kritik von Flexibilität und Mobilität als Durchsetzung existentieller Unsicherheit
5. Kritik des Kapitalverhältnisses als historisches und damit vergängliches und überwindbares Produktionsverhältnis (wie das Kapital sich selbst zur Schranke weiterer Entwicklung wird) usw.

Das Problem liegt nicht darin, daß ein kapital-kritischer, die eigene Konkurrenz mehr und mehr aufhebender Konsens unter Lohnabhängigen heute nicht möglich wäre wegen der Individualisierung sozialer Lagen, sondern darin, daß sich niemand mehr an dieser Kritik versucht. Wenn es heute die kapital-kritischen TheoretikerInnen nicht mehr gibt, dann hat das auch mit der objektiven Entwicklung zu tun, ist aber nur mittelbar Ausdruck ökonomisch-sozialer Veränderungen. Entscheidend bleiben für mich die theoretischen und praktischen Fehler der Vergangenheit. Bei aller Kritik an „Kapitalismus und Lebenswelt“, bleibt es ein Verdienst von

Günther Jacob, einen Anstoß geliefert zu haben, für die Diskussion und Überwindung dieser Fehler.

Statt einer Schlussbemerkung: Kritik an „patriarchalisch–kapitalistischer Metropolengesellschaft“?

Günther Jacob will mit „Kapitalismus und Lebenswelt“ einen Beitrag liefern für einen *„theoretischen Bezugsrahmen für das Studium der hochdifferenzierten patriarchalisch-kapitalistischen Metropolengesellschaft“*. Der Bezugsrahmen soll durch *„Dekonstruktion und Rekonstruktion des Marxschen Ansatzes den Raum der (objektiven) Klassen auf den Raum der Lebensstile beziehen und dazu die notwendigen Kategorien bereitstellen“*. (SPEZIAL Nr. 97, S. 34)

In seinem Versuch, den einen Raum auf den anderen zu beziehen, spitzt sich alles auf die Kategorie des persönlichen Individuums („Käufer-Verkäufer-Figur, Konsument) zu. Seine letztlich duale Konstruktion der beiden Räume – „Arbeitsbereich“, „Nichtarbeitsbereich“ – halte ich für falsch. Ich habe bis hierhin versucht, die „ökonomische Analyse“ in den „Nichtarbeitsbereich“ hinein zu verlängern. Dabei ist mir klar, daß nicht alles, was in diesem „Nichtarbeitsbereich“ passiert, zum Gegenstand von Kritik der Politischen Ökonomie gehört und mit deren Kategorien zu bewältigen ist. Es gehört ja mit zum realen falschen Schein dieser Politischen Ökonomie, daß alles, was nicht wert- oder kapitalproduktiv ist, auch nicht unter den Begriff der Arbeit fällt. Für Günther Jacob ist die Familie eine entscheidende Institution dieses „Nichtarbeitsbereichs“. In dem er die Familie unter seine Kategorie des „Nichtarbeitsbereichs“ subsumiert, dürfte es ihm schwer fallen, die „kapitalistischen Metropolengesellschaften“ als patriarchalisch zu kritisieren. Aber der Anspruch einer solchen Kritik wird in der ganzen Arbeit ja auch nur an dieser einen Stelle formuliert. Warum sollte er also dazu „die notwendigen Kategorien bereitstellen“?

Um nun den Raum der Klassen mit dem der Geschlechter gemeinsam zu denken, müsste ich noch einmal 30 Seiten schreiben, was ich jetzt weder will noch kann. Daß ich mir darüber bereits einige Gedanken gemacht habe, zeigt meine Kritik an der KRISIS Nr. 12 „Abspaltungstheorem und Arbeit“, nachzulesen in ÜBERGÄNGE Nr.1.

So ganz kann ich aber doch nicht schweigen. Nicht weil Jacob keine Kategorien zur Kritik des Patriarchats bereitstellt, sondern deshalb, weil seine Kategorien eine solche Kritik geradezu ausschließen.

Ich teile Jacobs Ansicht, wonach die Unterdrückung von Frauen nicht unmittelbar aus der Logik des Kapital abzuleiten ist und nicht in die Theorie des Kapitals im allgemeinen gehört. Er schreibt richtig, daß das Kapital die Unterdrückung der Frau vorfindet und „daraus jederzeit seine Vorteile“ zieht etc. (SPEZIAL Nr. 89, S. 28) Daß er es dabei bewenden lässt, ist erstaunlich genug, weil ja Gegenstand seiner Untersuchung vor allem die Konkurrenz als Handlungsebene der bürgerlichen Individuen ist. In der „Selbstzuordnung zu bestimmten Habitusgruppen“ und der „Expression von Lebensstilen“ stolpert man aber geradezu über männliches und weibliches „Stilbewusstsein“, männliche und weibliche „Lebensstrategien“ etc. Die vorgefundene Unterdrückung der Frau geht als ein wesentliches Moment in die Konkurrenz unter den VerkäuferInnen von Ware Arbeitskraft ein. Auch die Unterdrückung von Frauen bleibt dabei nicht unverändert die, als die sie vorgefunden wurde. In meiner Kritik am Abspaltungstheorem von Roswitha Scholz und KRISIS habe ich die Entwicklung und Ausbreitung eines „warenförmigen Sexismus“ als spezifischen Ausdruck von kapitalistischer Fortentwicklung der Unterdrückung

von Frauen bezeichnet. Wie eng die Verbindung von Kapital und Frauenunterdrückung wird, sieht man am besten in der Pornoindustrie, einem Kapital, das sich dadurch verwertet, daß es zu 90% die kaufkräftige Nachfrage spezifisch männlicher Bedürfnisse befriedigt.

Die soziale – nicht die biologische – Eigenschaft männlich oder weiblich zu sein, geht jedenfalls offenkundig ein in das bürgerliche Individuum, ohne darin ganz zu verschwinden. Gleiches gilt natürlich auch für die Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ oder Nation, hat aber hier wie da ganz unterschiedliche Grundlagen. Wie sehr sich die verschiedenen Momente wechselseitig beeinflussen, sieht man daran, daß in allen bürgerlichen Gesellschaften, also Nationen Klassengegensatz und Gegensatz zwischen den Geschlechtern zu beobachten ist. In allen Klassen finden wir den Gegensatz zwischen Geschlechtern und Nationen und in beiden Geschlechtern finden wir den Gegensatz zwischen den Klassen und Nationen.

Hier interessiert nur die Unterdrückung der Frau durch den Mann und damit die Frage, worauf die männlichen und weiblichen Eigenschaften gesellschaftlich beruhen. Wenn man dieser Frage interessiert nachgeht, stößt man sehr rasch auf die gesellschaftliche Teilung der Arbeit zwischen Mann und Frau. Unversehens stellt sich der angebliche „Nichtarbeitsbereich“ als Arbeitsbereich von Frauen dar.

Jacob schreibt:

„Als eigentlicher Lebensmittelpunkt erscheint dem Lohnarbeiter nicht die Arbeit, sondern die Familie, die ihm seit seiner Kindheit als der Bereich gilt, der ganz seiner Besonderheit als Individuum gewidmet ist.“ (SPEZIAL 92, S. 28)

Als eifriger „Glotze-Gucker“ sah ich neulich ein Interview mit dem Schauspieler Günther Strack. Der sagte auch:

„Die Familie ist mein Lebensmittelpunkt!“, fügte allerdings – anders als Jacob – an:
„Zuhause wird mir alles abgenommen!“

Wenn „König Kunde“ in Gestalt des kleinen Mannes irgendwo zu einem wirklichen kleinen Herrscher wird, der direkt fremde Arbeit kommandiert, dann in der Familie.

Jacob bezeichnet die „Proletarier-Familie“ auch als Ort für *„gemütliche und unbeschwerte Stunden im trauten Heim“*, wozu dem Arbeiter früher in Anbetracht der langen Arbeitszeiten wenig Zeit blieb. (Ebenda S. 28)

Wenn und solange dem Arbeiter die Familie als sein eigentlicher Lebensmittelpunkt erscheint, dann ist das auch „Ausdruck von etwas“, also Mystifikation, die allerdings nicht an Verdinglichung haftet. Es drückt sich darin aus, daß ihm zu Hause „alles abgenommen“ wird. Die Formulierung wonach die Familie als ein Bereich gilt, „der ganz der Besonderheit“ des Arbeiters „als Individuum“ gilt, ist ein patriarchalischer Euphemismus, der den wirklichen Sachverhalt verdeckt, nämlich daß Frauen hier für Männer arbeiten.

Etwas nüchterner betrachtet:

Dem modernen „Proletarier“ war und ist die Familie kaum mehr als eine notwendige Versorgungseinrichtung. Mann braucht eine Ehefrau, die ihn bekocht, seine Klamotten in Ordnung hält und sich hin und wieder auch im Bett zur Verfügung hält. Ansonsten ist die Frau kaum Partnerin für „gemütliche und unbeschwerte Stunden“. Dazu musste mann unter Männern oder auch schon mal anderen Frauen sein. Am gemütlichsten und unbeschwertesten war es allemal in der Kneipe, im Verein etc.

Kaum eine gesellschaftliche Einrichtung wird mit so großer öffentlich-rechtlich-religiöser Heuchelei betrachtet, wie die Familie. Wie schwer war es für FeministInnen, sie zumindest auch als

Theorie des bürgerlichen Individuums

Ort von Vergewaltigung und Kindesmissbrauch vorzuführen.

Eine Kritik am Patriarchat jedenfalls muss diese Kehrseite der Familie zum Thema machen und kann sich nicht mit dem Begnügen, als was diese Familie dem Mann tatsächlich oder vermeintlich erscheint. Die Kritik an der Familie könnte Ausgangspunkt einer Kritik an der geschlechtlichen Arbeitsteilung sein, indem sie den „Nichtarbeitsbereich“ als nicht wert- und kapitalproduktiven Arbeitsbereich von Frauen darstellt und kritisiert. Man könnte fortfahren, indem diese geschlechtliche Arbeitsteilung als ein bestimmendes Moment für die Konkurrenz unter den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft kritisiert und das patriarchalisch geprägte „weibliche Arbeitsvermögen“ als notwendiger Baustein der benötigten Qualifikation der GesamtarbeiterIn dargestellt wird.

Mehr denn je ist heute

„das Idealbild der Arbeitskonformen Lebensführung der oder die vollmobile Einzelne, der ohne Rücksicht auf die sozialen Bindungen und Voraussetzungen seiner Existenz und Identität sich selbst zur fungiblen, flexiblen, leistungs- und konkurrenzbewussten Arbeitskraft macht, stylt, hin und her fliegt und zieht, wie es die Nachfrage und Nachfrager am Arbeitsmarkt wünschen.“ (Beck/Beck-Gernsheim „Das ganz normale Chaos der Liebe, 1990)

Der überwiegend männliche Lohnarbeiter hatte schon immer was davon weg, sich ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft „zu verwirklichen“. Heute treten vermehrt auch Frauen in die Konkurrenz auf dem „Arbeitsmarkt“ ein und die Familie hört mehr und mehr auf männliche Idylle in der Form des männlichen „Nichtarbeitsbereich“ zu sein. Diese Entwicklung wurde jedoch nicht durch die Kapitallogik selbst eingeleitet, sondern vor allem durch die Emanzipationsbestrebungen von Frauen.

Wenn Jacob schreibt, daß „selbst der Ruf der Diskriminierten nach vorenthaltener Chancengleichheit innerhalb der Logik des Kapitals verbleibt“ (SPEZIAL Nr. 89, S. 29), so kann ich dem nur bedingt folgen. Ob dieser Ruf innerhalb dieser Logik verbleibt, hängt wesentlich davon ab, ob die Kritik an Frauenunterdrückung in die Kapitalkritik aufgenommen wird. Kapitalismuskritik darf sich nicht auf eine Kritik des Kapitals im allgemeinen beschränken. Sie muss vorstoßen zu einer Kritik der Oberflächenerscheinungen, von deren Veränderung wiederum jede grundlegende Veränderung ihren Ausgang nimmt. Für sich genommen verbleibt eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung etwa auf 20 Stunden die Woche genauso innerhalb der Logik des Kapitals, wie etwa die Forderung nach betrieblichen Kindergärten. Revolutionäre Sprengkraft können solche Forderung trotzdem entwickeln, weil soziale Emanzipation auf die Veränderung des Alltags der Menschen abzielt und nur dadurch die allgemeine Logik des Kapitals durchbricht. Die Kritik an der Unterdrückung der Frau gehört ebenso in die konkrete Kapitalismuskritik, wie die Forderungen, die auf die soziale Emanzipation der Frau abzielen, in ein revolutionäres Programm gehören.

Bisher ist der marxistische Hinweis darauf, daß der Ruf nach Chancengleichheit der Geschlechter innerhalb der Logik des Kapitals verbleibt, immer dazu genutzt worden, die Kritik an der Frauenunterdrückung aus der Kapitalismuskritik auszublenden und die Forderungen der Frauen entweder zu ignorieren oder als bürgerlich zu denunzieren. Auch dies ein Grund für das Scheitern dieses Marxismus.